DIE SCHRIFTEN VON HENRY GEORGE

FORTSCHRITT UND ARMUT

Neuübersetzung aus dem englischen Original

EINE UNTERSUCHUNG ÜBER DIE URSACHEN INDUSTRIELLER KRISEN UND DER ZUNAHME DER NOT BEI WACHSENDEM WOHLSTAND

NEW YORK: DOUBLEDAY AND MCCLURE COMPANY 1898

Copyright 1891, Henry George

The De Vinne Press.

DENJENIGEN, DIE DAS UNRECHT UND ELEND ERKENNEN, DAS AUS DER UNGLEICHEN VERTEILUNG VON WOHLSTAND UND PRIVILEGIEN ENTSTEHT, DIE MÖGLICHKEIT EINER HÖHEREN GESELLSCHAFTSORDNUNG EMPFINDEN UND NACH IHRER VERWIRKLICHUNG STREBEN

San Francisco, März 1879

Es muss einen Ausweg geben! Menschen
starben im Winterwind, bis einer Feuer schlug
aus kalten Feuersteinen, die verborgen bargen,
den roten Funken, einst der Sonne entnommen.
Sie schlangen Fleisch wie Wölfe, bis einer Korn aussäte,
das wie Unkraut wuchs und doch den Menschen nährt.
Sie lärmten und stammelten, bis eine Zunge Sprache schuf
und geduldige Finger dem Laut Schriftzeichen gaben.
Welche gute Gabe besitzen meine Brüder,
die nicht aus Suchen, Ringen und liebendem Opfer entstand?

Edwin Arnold.

Noch nie
wurde ein Teil der Wahrheit vergeblich gesät
in die weite Brache der Welt;
spätere Hände werden den Samen streuen,
spätere Hände, von Hügel und Flur,
die goldene Ernte einbringen.

Whittier.

Mach dir von dem Gegenstand, der dir begegnet, eine klare Bestimmung oder Beschreibung, damit du deutlich erkennst, was er seinem Wesen nach, unverhüllt und als Ganzes ist. Nenne dir seinen eigenen Namen und die Namen der Bestandteile, aus denen er zusammengesetzt ist und in die er sich wieder auflösen wird. Denn nichts erhebt den Geist so sehr wie die Fähigkeit, jeden Gegenstand, der uns im Leben begegnet, methodisch und wahrheitsgemäß zu untersuchen und ihn stets so zu betrachten, dass wir zugleich erkennen, welchem Ganzen er dient, welchen Wert er für dieses Ganze hat und welche Bedeutung er für den Menschen besitzt, den Bürger des höchsten Gemeinwesens, zu dem alle anderen Gemeinwesen gleichsam wie Hausgemeinschaften gehören; was der Gegenstand ist, woraus er besteht und wie lange er seiner Natur nach bestehen wird.

Marcus Aurelius Antoninus.

Inhaltsverzeichnis

ERSTES BUCH	LÖHNE UND KAPITAL
ZWEITES BUCH	BEVÖLKERUNG UND LEBENSUNTERHALT
DRITTES BUCH	DIE GESETZE DER VERTEILUNG
VIERTES BUCH	DIE AUSWIRKUNGEN DES MATERIELLEN FORTSCHRITTS AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS
FÜNFTES BUCH	DAS PROBLEM GELÖST
SECHSTES BUCH	DIE LÖSUNG (the remedy)
SIEBTES BUCH	DIE GERECHTIGKEIT DER LÖSUNG
ACHTES BUCH	DIE ANWENDUNG DER LÖSUNG
NEUNTES BUCH	DIE WIRKUNGEN DER LÖSUNG
ZEHNTES BUCH	DAS GESETZ DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS

VORWORT ZUR VIERTEN AUFLAGE

Die hier dargelegten Ansichten habe ich im Wesentlichen bereits in der 1871 in San Francisco erschienenen Broschüre »Our Land and Land Policy« kurz umrissen. Schon damals wollte ich sie, sobald es mir möglich wäre, ausführlicher darstellen; doch lange Zeit bot sich dazu keine Gelegenheit. Inzwischen überzeugte ich mich noch fester von ihrer Richtigkeit und erkannte ihre Zusammenhänge vollständiger und klarer. Zugleich sah ich, wie viele falsche Vorstellungen und verfestigte Denkfehler ihrer Anerkennung im Wege stehen und wie notwendig es ist, das gesamte Gebiet zu untersuchen.

Das habe ich hier so gründlich versucht, wie es der verfügbare Raum zuließ. Bevor ich aufbauen konnte, musste ich zunächst Irrtümer ausräumen. Dabei galt es, sowohl für Leserinnen und Leser ohne Vorkenntnisse als auch für solche zu schreiben, die mit wirtschaftlichen Gedankengängen vertraut sind. Der Gegenstand ist jedoch so weitläufig, dass viele der aufgeworfenen Fragen nicht mit der Ausführlichkeit behandelt werden konnten, die sie verdienen. Mein Hauptanliegen war es, allgemeine Grundsätze herauszuarbeiten. Wo es nötig ist, mögen die Leserinnen und Leser deren Anwendung selbst weiterverfolgen.

In mancher Hinsicht wird dieses Buch denjenigen am meisten sagen, die mit der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur etwas vertraut sind. Für das Verständnis der Argumentation und die Beurteilung ihrer Ergebnisse sind jedoch keine Vorkenntnisse erforderlich. Die Tatsachen, auf die ich mich stütze, lassen sich nicht nur durch Nachforschungen in Bibliotheken überprüfen. Es sind Tatsachen der alltäglichen Beobachtung und des allgemeinen

Wissens, die jeder selbst prüfen kann - ebenso wie die Frage, ob die daraus gezogenen Schlüsse stichhaltig sind.

Nach einer kurzen Darstellung der Tatsachen, die zu dieser Untersuchung Anlass geben, prüfe ich zunächst die Erklärung, die die herrschende Volkswirtschaftslehre dafür bietet, dass die Löhne trotz wachsender Produktivkraft zum bloßen Existenzminimum tendieren. Dabei zeigt sich, dass die verbreitete Lohntheorie auf einem Irrtum beruht: Tatsächlich werden die Löhne durch die Arbeit erzeugt, für die sie gezahlt werden, und müssten unter sonst gleichen Bedingungen mit der Zahl der Arbeitenden steigen. An diesem Punkt stößt die Untersuchung auf eine Lehre, die zahlreichen bedeutenden Wirtschaftstheorien zugrunde liegt und das Denken weit über die Wirtschaftswissenschaft hinaus geprägt hat: die malthusianische Lehre, wonach die Bevölkerung dazu neige, schneller zu wachsen als die Mittel zu ihrem Unterhalt. Die Prüfung zeigt jedoch, dass diese Lehre weder durch Tatsachen noch durch Analogieschlüsse wirklich gestützt wird und einer entscheidenden Überprüfung nicht standhält.

Bis hierher sind die Ergebnisse der Untersuchung, so wichtig sie auch sind, vorwiegend negativer Art. Sie zeigen, dass die herrschenden Theorien den Zusammenhang zwischen Armut und materiellem Fortschritt nicht befriedigend erklären. Für das eigentliche Problem ergeben sie nur den Hinweis, dass seine Lösung in den Gesetzen gesucht werden muss, welche die Verteilung des Wohlstands bestimmen. Deshalb ist die Untersuchung auf dieses Gebiet auszudehnen. Eine erste Betrachtung zeigt, dass die drei Verteilungsgesetze notwendig miteinander zusammenhängen müssen. In der Form, in der die herrschende Volkswirtschaftslehre sie darstellt, tun sie dies jedoch nicht. Eine Prüfung der verwendeten Begriffe macht jene gedankliche

Unklarheit sichtbar, mit der dieser Widerspruch übergangen wird. Bei der Herleitung der Verteilungsgesetze befasse ich mich zunächst mit dem Gesetz der Grundrente. Dieses wird von der herrschenden Volkswirtschaftslehre, wie sich leicht erkennen lässt, richtig erfasst. Seine volle Tragweite wurde jedoch nicht erkannt. Aus ihm folgen zugleich die Gesetze des Lohns und des Zinses: Die Ursache, die bestimmt, welcher Teil des Ertrags dem Grundeigentümer zufällt, bestimmt notwendig auch, welcher Teil für Arbeit und Kapital verbleibt. Ich belasse es nicht dabei, sondern leite die Gesetze des Zinses und des Lohns unabhängig davon her. Dabei bestimme ich die wirkliche Ursache und Rechtfertigung des Zinses und weise auf eine wichtige Quelle von Missverständnissen hin: Monopolgewinne werden häufig mit dem rechtmäßigen Ertrag des Kapitals verwechselt. Kehren wir danach zur Hauptfrage zurück, so zeigt sich, dass der Zins gemeinsam mit dem Lohn steigen und fallen muss und letztlich von demselben Faktor abhängt wie die Grundrente - von der Anbaugrenze oder jenem Punkt der Produktion, an dem Grundrente entsteht. Eine eigenständige Untersuchung des Lohngesetzes führt zu einem entsprechenden Ergebnis. So stützen und ergänzen sich die drei Verteilungsgesetze. Dass die Grundrente mit dem materiellen Fortschritt überall steigt, erklärt zugleich, weshalb Löhne und Zinsen nicht ebenfalls steigen.

Damit stellt sich als Nächstes die Frage, wodurch dieser Anstieg der Grundrente verursacht wird. Sie verlangt eine Untersuchung der Wirkungen des materiellen Fortschritts auf die Verteilung des Wohlstands. Unterscheidet man als Faktoren des materiellen Fortschritts das Bevölkerungswachstum und die Verbesserung der Produktionstechnik, zeigt sich zunächst: Eine wachsende Bevölkerung erhöht fortwährend den

Anteil des Gesamtertrags, der als Grundrente abgeschöpft wird, und verringert den Anteil, der als Lohn und Zins verbleibt. Dies geschieht nicht nur durch die Verschiebung der Anbaugrenze, sondern auch dadurch, dass die mit einer größeren Bevölkerung verbundenen Vorteile und Kräfte räumlich gebündelt werden. Lässt man das Bevölkerungswachstum außer Betracht, zeigt sich, dass Verbesserungen der Produktionsmethoden und der Produktivkraft in dieselbe Richtung wirken. Solange Boden Privateigentum ist, würden sie selbst bei gleichbleibender Bevölkerung alle Wirkungen hervorrufen, welche die malthusianische Lehre dem Bevölkerungsdruck zuschreibt. Betrachtet man anschließend den fortgesetzten Anstieg der Bodenwerte, der aus dem materiellen Fortschritt hervorgeht, so erweist sich der bei privatem Grundeigentum unvermeidliche spekulative Anstieg als eine abgeleitete, aber außerordentlich mächtige Ursache für steigende Grundrenten und sinkende Löhne. Die theoretische Ableitung zeigt, dass diese Ursache notwendig wiederkehrende Wirtschaftskrisen hervorbringen muss; die Beobachtung bestätigt diesen Schluss. Aus der gesamten Analyse ergibt sich zugleich: Solange Boden Privateigentum ist, führt materieller Fortschritt unabhängig vom Bevölkerungswachstum notwendig dazu, die Löhne der Arbeitenden auf das bloße Existenzminimum zu drücken.

Die Ursache, die Armut mit Fortschritt verbindet, weist zugleich auf das Gegenmittel hin. Dieses Mittel ist jedoch so grundlegend, dass ich zunächst prüfen musste, ob es nicht ein anderes gibt. Deshalb habe ich die Untersuchung von einem anderen Ausgangspunkt aus neu begonnen und jene Maßnahmen und Entwicklungen geprüft, die gegenwärtig zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung empfohlen werden oder

auf die man dabei vertraut. Das Ergebnis bestätigt die vorangegangene Untersuchung: Nur die Überführung des Bodens in Gemeineigentum kann die Armut dauerhaft lindern und verhindern, dass die Löhne bis an die Hungergrenze sinken.

Damit stellt sich notwendig die Frage der Gerechtigkeit, und die Untersuchung tritt in das Gebiet der Ethik ein. Eine Prüfung von Wesen und Grundlage des Eigentums zeigt einen grundlegenden und unaufhebbaren Unterschied zwischen dem Eigentum an Dingen, die durch Arbeit hervorgebracht wurden, und dem Eigentum an Boden. Das eine besitzt eine natürliche Grundlage und Berechtigung, das andere nicht. Die Anerkennung ausschließlichen Eigentums an Boden bedeutet daher notwendig, das Eigentumsrecht an den Erzeugnissen der Arbeit zu verneinen. Die weitere Untersuchung zeigt, dass privates Grundeigentum im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung stets zur Unterwerfung der arbeitenden Klasse geführt hat und führen muss; dass Grundeigentümer keinen gerechten Anspruch auf Entschädigung besitzen, wenn die Gesellschaft ihr Recht wieder in Anspruch nimmt; dass privates Grundeigentum keineswegs dem natürlichen Rechtsempfinden der Menschen entspricht, sondern diesem vielmehr widerspricht; und dass wir in den Vereinigten Staaten bereits beginnen, die Folgen der Anerkennung dieses falschen und zerstörerischen Grundsatzes zu spüren.

Die Untersuchung wendet sich danach der praktischen Politik zu. Es zeigt sich, dass privates Grundeigentum für die Verbesserung und Nutzung des Bodens nicht notwendig ist, sondern beides behindert und eine gewaltige Verschwendung produktiver Kräfte verursacht. Das gemeinsame Recht am Boden kann ohne Erschütterung und ohne Enteignung anerkannt werden: Es genügt, alle Steuern mit Ausnahme einer Abgabe auf

Bodenwerte abzuschaffen. Die Prüfung der Besteuerungsgrundsätze zeigt, dass Bodenwerte in jeder Hinsicht die beste Grundlage der Besteuerung bilden.

Die Betrachtung der Wirkungen dieser Reform zeigt sodann, dass sie die Produktion stark erhöhen, eine gerechte Verteilung sichern, allen gesellschaftlichen Gruppen zugutekommen und den Weg zu einer höheren und menschlicheren Zivilisation öffnen würde.

Nun erweitert sich die Untersuchung und setzt an einem anderen Ausgangspunkt neu an. Die geweckten Hoffnungen geraten nicht nur mit der verbreiteten Vorstellung in Konflikt, gesellschaftlicher Fortschritt sei allein durch eine langsame Verbesserung der menschlichen Abstammung möglich. Unsere bisherigen Ergebnisse behaupten außerdem das Bestehen bestimmter Gesetze, die sich, sofern es sich wirklich um Naturgesetze handelt, in der gesamten Geschichte zeigen müssen. Als letzte Prüfung gilt es daher, das Gesetz des menschlichen Fortschritts zu ermitteln. Denn sobald wir uns diesem Gegenstand zuwenden, drängen sich große Tatsachen auf, die mit der gegenwärtig herrschenden Theorie völlig unvereinbar erscheinen. Die Untersuchung zeigt, dass Unterschiede der Zivilisation nicht auf Unterschiede zwischen einzelnen Menschen, sondern vor allem auf Unterschiede der gesellschaftlichen Organisation zurückgehen; dass der durch menschliche Verbindung entzündete Fortschritt in Rückschritt umschlägt, sobald die Ungleichheit zunimmt; und dass sich selbst in der modernen Zivilisation bereits jene Ursachen zeigen, die alle früheren Zivilisationen zerstört haben, während eine bloß politische Demokratie auf Anarchie und Despotismus zutreibt. Zugleich erweist sich das Gesetz des gesellschaftlichen Lebens als identisch mit dem großen sittlichen

Gesetz der Gerechtigkeit. Damit werden die früheren Ergebnisse bestätigt und es wird sichtbar, wie der Rückschritt verhindert und ein umfassenderer Fortschritt begonnen werden kann. Hier endet die Untersuchung. Das Schlusskapitel spricht für sich selbst.

Die große Bedeutung dieser Untersuchung liegt auf der Hand. Wenn sie sorgfältig und folgerichtig durchgeführt wurde, verändern ihre Ergebnisse den Charakter der Volkswirtschaftslehre grundlegend: Sie verleihen ihr den Zusammenhang und die Gewissheit einer wirklichen Wissenschaft und bringen sie in Einklang mit den Bestrebungen der breiten Bevölkerung, denen sie lange entfremdet war. Wenn ich das große Problem, das ich untersuchen wollte, richtig gelöst habe, dann habe ich in diesem Buch die von der Schule um Smith und Ricardo erkannte Wahrheit mit der von den Schulen Proudhons und Lassalles erkannten Wahrheit verbunden. Ich habe gezeigt, dass *laissez-faire* in seinem vollständigen und wahren Sinn den Weg zur Verwirklichung der edlen Ziele des Sozialismus öffnet; dass gesellschaftliches Gesetz und sittliches Gesetz übereinstimmen; und dass Vorstellungen widerlegt werden können, die vielen Menschen den Blick auf große und erhebende Einsichten verstellen.

Dieses Werk entstand zwischen August 1877 und März 1879; die Druckplatten waren im September desselben Jahres fertiggestellt. Seither haben neue Beispiele die Richtigkeit der hier vertretenen Auffassungen bestätigt. Auch der Gang der Ereignisse - insbesondere die große Bewegung, die in Großbritannien mit der irischen Bodenreformbewegung eingesetzt hat - zeigt noch deutlicher, wie dringlich das Problem ist, das ich zu lösen versucht habe. Die Einwände, die gegen meine Auffassungen erhoben wurden, geben keinen Anlass, sie zu ändern oder einzuschränken;

tatsächlich ist mir bisher kein Einwand begegnet, der nicht bereits im Buch selbst vorweg beantwortet wäre. Abgesehen von der Berichtigung einiger sprachlicher Fehler und der Ergänzung eines Vorworts entspricht diese Ausgabe daher den früheren Ausgaben.

HENRY GEORGE

NEW YORK, *November* 1880

EINLEITUNG

Das Problem.

> Ihr baut und baut – doch zieht nicht ein,
> wie jene Stämme, die die Wüste für ihre Sünde verschlang;
> aus dem verheißenen Land schwindet ihr dahin und sterbt,
> noch ehe sein Grün vor euren müden Augen aufleuchtet.
>
> – *Mrs. Sigourney.*

Das gegenwärtige Jahrhundert ist durch eine gewaltige Steigerung der Fähigkeit gekennzeichnet, Wohlstand hervorzubringen. Die Nutzung von Dampf und Elektrizität, verbesserte Verfahren und arbeitssparende Maschinen, die stärkere Arbeitsteilung, die Ausweitung der Produktion und die erstaunliche Erleichterung des Austauschs haben die Wirksamkeit menschlicher Arbeit vervielfacht.

Zu Beginn dieser erstaunlichen Epoche lag die Erwartung nahe, arbeitssparende Erfindungen würden die Mühe der Arbeit verringern und die Lage der Arbeitenden verbessern; die enorme Steigerung der Fähigkeit, Wohlstand hervorzubringen, werde wirkliche Armut zu einem Überbleibsel der Vergangenheit machen. Hätte ein Mensch des vorigen Jahrhunderts - ein Franklin oder Priestley - in einer Zukunftsvision gesehen, wie das Dampfschiff das Segelschiff, die Eisenbahn den Fuhrwagen, die Erntemaschine die Sense und die Dreschmaschine den Flegel ersetzt; hätte er das Stampfen der Maschinen gehört, die dem menschlichen Willen gehorchen und zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse mehr Kraft entfalten als alle Menschen und Lasttiere der Erde zusammen; hätte er gesehen, wie ein Baumstamm

fast ohne menschliche Berührung in fertiges Bauholz, in Türen, Fensterrahmen, Läden, Kisten oder Fässer verwandelt wird; wie in großen Werkstätten Stiefel und Schuhe mit weniger Arbeit kistenweise hergestellt werden, als ein Schuster alter Art benötigte, um eine einzige Sohle anzubringen; wie in Fabriken unter den Augen eines jungen Mädchens Baumwolle schneller zu Stoff wird, als Hunderte kräftige Weber ihn an ihren Handwebstühlen herstellen könnten; hätte er Dampfhämmer gewaltige Wellen und mächtige Anker formen und feinste Maschinen winzige Uhren fertigen sehen; hätte er erlebt, wie der Diamantbohrer in das Innere des Felses dringt und Petroleum den Walfang entbehrlich macht; hätte er die ungeheure Arbeitsersparnis ermessen können, die aus verbesserten Verkehrs- und Kommunikationsmitteln hervorgeht - in Australien geschlachtete Schafe werden frisch in England gegessen, und ein Auftrag, den ein Londoner Bankier am Nachmittag erteilt, wird noch am Morgen desselben Tages in San Francisco ausgeführt -; hätte er sich die hunderttausend weiteren Verbesserungen vorstellen können, auf die diese Beispiele nur hindeuten: Welche Schlüsse hätte er daraus für die gesellschaftliche Lage der Menschheit gezogen?

Es wäre ihm nicht wie eine bloße Schlussfolgerung erschienen. Über die eigentliche Vision hinaus hätte er geglaubt, die Zukunft unmittelbar vor sich zu sehen. Sein Herz hätte höher geschlagen und seine Nerven hätten gebebt wie bei einem Menschen, der von einer Anhöhe aus vor einer verdurstenden Karawane das lebendige Grün rauschender Wälder und das Glitzern heiterer Wasser erblickt. Vor seinem inneren Auge hätte er gesehen, wie die neuen Kräfte die Gesellschaft von Grund auf emporheben, selbst die Ärmsten vor Not bewahren und auch die Niedrigsten von der Sorge

um die materiellen Bedürfnisse des Lebens befreien. Er hätte gesehen, wie diese Diener aus der Lampe des Wissens den überlieferten Fluch der Arbeit auf sich nehmen und wie Muskeln aus Eisen und Sehnen aus Stahl das Leben selbst des ärmsten Arbeiters in einen Feiertag verwandeln, an dem jede hohe Fähigkeit und jeder edle Impuls Raum zur Entfaltung findet.

Aus diesen reichen materiellen Verhältnissen, so hätte er weiter gesehen, müssten notwendig sittliche Verhältnisse hervorgehen, die das goldene Zeitalter verwirklichen, von dem die Menschheit seit jeher träumt. Die Jugend wäre nicht länger verkümmert und ausgehungert, das Alter nicht länger von Habgier gehetzt; das Kind spielte mit dem Tiger, und der Mann mit der Mistharke nähme die Herrlichkeit der Sterne in sich auf. Das Widerwärtige wäre verschwunden, das Wilde gezähmt, der Missklang in Harmonie verwandelt. Wie könnte Habgier bestehen, wenn alle genug hätten? Wie könnten Laster, Verbrechen, Unwissenheit und Verrohung, die aus Armut und der Furcht vor Armut erwachsen, fortbestehen, wenn die Armut verschwunden wäre? Wer sollte sich ducken, wenn alle frei wären; wer unterdrücken, wenn alle einander ebenbürtig wären?

Mehr oder weniger unbestimmt oder deutlich waren dies die Hoffnungen und Träume, die aus jenen Verbesserungen hervorgingen, denen dieses erstaunliche Jahrhundert seine Vorrangstellung verdankt. Sie haben sich so tief im allgemeinen Bewusstsein verankert, dass sie die Denkströmungen grundlegend verändert, Glaubenssätze neu geformt und selbst die elementarsten Vorstellungen verdrängt haben. Die immer wiederkehrenden Bilder höherer Möglichkeiten haben nicht nur an Glanz und Lebendigkeit gewonnen; auch ihre Richtung hat

sich verändert. Statt hinter uns die schwachen Farben eines erlöschenden Abendrots zu sehen, erblicken wir vor uns den Himmel in der ganzen Pracht der Morgendämmerung.

Gewiss folgte eine Enttäuschung auf die andere. Entdeckung um Entdeckung und Erfindung um Erfindung haben weder die Mühe derjenigen verringert, die Erholung am dringendsten benötigen, noch den Armen Wohlstand gebracht. Doch das Scheitern ließ sich scheinbar auf so viele einzelne Umstände zurückführen, dass der neue Glaube bis in unsere Zeit kaum erschüttert wurde. Wir haben die zu überwindenden Schwierigkeiten besser erkannt, aber weiterhin darauf vertraut, dass die Entwicklung der Zeit sie überwinden werde.

Nun stoßen wir jedoch auf Tatsachen, die sich nicht länger missverstehen lassen. Aus allen Teilen der zivilisierten Welt kommen Klagen über Wirtschaftskrisen, über unfreiwillige Arbeitslosigkeit, über angehäuftes und brachliegendes Kapital, über finanzielle Bedrängnis der Geschäftsleute sowie über Not, Leiden und Angst in der arbeitenden Bevölkerung. All der dumpfe, lähmende Schmerz und all die scharfe, rasend machende Qual, die für große Menschenmengen in den Worten »schlechte Zeiten« liegen, bedrängen heute die Welt. Dieser Zustand ist Gesellschaften gemeinsam, die sich hinsichtlich ihrer Lage, ihrer politischen Institutionen, ihrer Steuer- und Finanzsysteme, ihrer Bevölkerungsdichte und ihrer gesellschaftlichen Ordnung stark unterscheiden. Er lässt sich daher kaum mit örtlichen Ursachen erklären. Not herrscht dort, wo große stehende Heere unterhalten werden, aber auch dort, wo solche Heere kaum bestehen; sie herrscht dort, wo Schutzzölle den Handel töricht und verschwenderisch behindern, aber auch dort, wo der Handel nahezu frei ist; sie herrscht unter

autokratischen Regierungen ebenso wie dort, wo die politische Macht vollständig in den Händen des Volkes liegt; in Ländern mit Papiergeld ebenso wie in Ländern, in denen nur Gold und Silber als Zahlungsmittel dienen. Unter all diesen Unterschieden muss offenbar eine gemeinsame Ursache liegen.

Dass es eine gemeinsame Ursache gibt und dass sie entweder in dem liegt, was wir materiellen Fortschritt nennen, oder eng damit verbunden ist, wird mehr als eine bloße Vermutung, sobald wir Folgendes beachten: Die Erscheinungen, die wir unter dem Begriff Wirtschaftskrise zusammenfassen, sind lediglich Verschärfungen von Erscheinungen, die den materiellen Fortschritt stets begleiten und mit ihm immer deutlicher und stärker hervortreten. Wo die Verhältnisse, auf die der materielle Fortschritt überall zusteuert, am vollständigsten verwirklicht sind - wo also die Bevölkerung am dichtesten, der Wohlstand am größten und die Einrichtungen von Produktion und Austausch am weitesten entwickelt sind -, finden wir die tiefste Armut, den härtesten Kampf ums Dasein und das größte Ausmaß erzwungener Untätigkeit.

In die neueren Länder, in denen der materielle Fortschritt noch am Anfang steht, wandern Arbeitende auf der Suche nach höheren Löhnen aus, und dorthin fließt Kapital auf der Suche nach höheren Zinsen. In den älteren Ländern, in denen der materielle Fortschritt weiter fortgeschritten ist, findet sich dagegen inmitten des größten Überflusses weitverbreitete Not. Betreten wir eine neue Siedlung, in der die angloamerikanische Tatkraft eben erst den Wettlauf des Fortschritts beginnt; in der die Mittel von Produktion und Austausch noch roh und wenig leistungsfähig sind; in der der Zuwachs an Wohlstand noch nicht ausreicht, um irgendeiner Klasse ein bequemes

Leben im Luxus zu ermöglichen; in der das beste Haus nur eine Blockhütte oder eine mit Stoff und Papier verkleidete Baracke ist und selbst der reichste Mann täglich arbeiten muss. Dort fehlt zwar der Wohlstand mit allem, was ihn begleitet, doch Bettler wird man nicht finden. Es gibt keinen Luxus, aber auch keine völlige Not. Niemand verdient seinen Lebensunterhalt mühelos oder besonders gut; doch jeder *kann* ihn verdienen, und niemand, der arbeiten kann und will, lebt unter der drückenden Furcht vor Mangel.

Sobald eine solche Gemeinschaft jedoch jene Verhältnisse erreicht, nach denen alle zivilisierten Gemeinwesen streben, und auf der Stufenleiter des materiellen Fortschritts emporsteigt, nimmt die Armut eine düsterere Gestalt an. Dichtere Besiedlung, engere Verbindungen mit der übrigen Welt und der stärkere Einsatz arbeitssparender Maschinen ermöglichen größere Einsparungen in Produktion und Austausch; dadurch wächst der Wohlstand nicht nur insgesamt, sondern auch je Einwohner. Einige können nun unendlich viel besser und leichter leben, während es anderen schwerfällt, überhaupt ihren Lebensunterhalt zu finden. Mit der Lokomotive kommt der Landstreicher, und Armenhäuser und Gefängnisse sind ebenso sichere Kennzeichen des »materiellen Fortschritts« wie kostspielige Wohnhäuser, reich gefüllte Lagerhallen und prächtige Kirchen. In gasbeleuchteten und von uniformierten Polizisten bewachten Straßen warten Bettler auf die Vorübergehenden; und im Schatten von Hochschulen, Bibliotheken und Museen sammeln sich jene noch schrecklicheren Hunnen und wilderen Vandalen, von denen Macaulay gesprochen hat.

Diese entscheidende Tatsache - dass Armut und alle ihre Begleiterscheinungen gerade dann in einer Gemeinschaft hervortreten, wenn sie sich den

Verhältnissen nähert, auf die der materielle Fortschritt zuläuft - beweist, dass die gesellschaftlichen Schwierigkeiten, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe auftreten, nicht aus örtlichen Umständen entstehen. In irgendeiner Weise werden sie durch den Fortschritt selbst hervorgebracht.

So unangenehm dieses Eingeständnis sein mag, wird doch allmählich deutlich: Die enorme Steigerung der Produktivkraft, die das gegenwärtige Jahrhundert geprägt hat und sich weiter beschleunigt, zeigt keine Neigung, die Armut auszurotten oder die Last derjenigen zu erleichtern, die zu harter Arbeit gezwungen sind. Sie verbreitert lediglich die Kluft zwischen dem reichen Mann und Lazarus und verschärft den Kampf ums Dasein. Der Erfindungsfortschritt hat der Menschheit Kräfte verliehen, von denen selbst die kühnste Fantasie vor einem Jahrhundert nicht hätte träumen können. Doch in den Fabriken, in denen arbeitssparende Maschinen ihre höchste Entwicklung erreicht haben, arbeiten kleine Kinder. Wo immer die neuen Kräfte annähernd vollständig genutzt werden, leben große Bevölkerungsschichten von Wohltätigkeit oder unmittelbar an der Grenze dazu. Inmitten der größten Anhäufungen von Wohlstand verhungern Menschen, und schwächliche Säuglinge saugen an leeren Brüsten; überall zeigt die Gier nach Gewinn und die Verehrung des Reichtums, wie mächtig die Furcht vor Not ist. Das verheißene Land weicht vor uns zurück wie eine Luftspiegelung. Die Früchte vom Baum der Erkenntnis werden in unseren Händen zu Äpfeln von Sodom, die bei der Berührung zu Staub zerfallen.

Zwar ist der Wohlstand stark gewachsen, und im Durchschnitt haben Komfort, freie Zeit und Bildung zugenommen. Doch diese Gewinne kommen nicht allen zugute. Die unterste Klasse hat keinen Anteil daran. [1] Damit behaupte ich nicht, ihre Lage habe

sich nirgends und in keiner Hinsicht verbessert. Ich behaupte vielmehr, dass keine solche Verbesserung der gestiegenen Produktivkraft zugerechnet werden kann. Was wir materiellen Fortschritt nennen, verbessert die wesentlichen Voraussetzungen eines gesunden und glücklichen menschlichen Lebens für die unterste Klasse keineswegs. Mehr noch: Er neigt dazu, ihre Lage weiter zu verschlechtern. Die neuen Kräfte, die ihrem Wesen nach erhebend wirken könnten, setzen nicht - wie lange gehofft und geglaubt wurde - unterhalb des gesellschaftlichen Gefüges an. Sie treffen es vielmehr zwischen oben und unten. Es ist, als würde ein gewaltiger Keil nicht unter die Gesellschaft, sondern mitten durch sie getrieben. Wer oberhalb der Trennlinie steht, wird emporgehoben; wer darunter steht, wird nach unten gedrückt.

Diese niederdrückende Wirkung wird meist nicht erkannt, weil sie dort unsichtbar bleibt, wo seit Langem eine Klasse besteht, die gerade noch überleben kann. Wo die unterste Klasse, wie seit Langem in vielen Teilen Europas, kaum das Lebensnotwendige besitzt, kann sie nicht weiter absinken; die nächste Stufe wäre ihr Untergang. Eine weitere Verschlechterung lässt sich daher nicht ohne Weiteres erkennen. Beim Übergang neuer Siedlungen zu den Verhältnissen älterer Gemeinwesen zeigt sich jedoch deutlich, dass der materielle Fortschritt die Armut nicht nur nicht beseitigt, sondern sie tatsächlich hervorbringt. In den Vereinigten Staaten lässt sich beobachten, wie Verwahrlosung und Elend sowie die daraus entstehenden Laster und Verbrechen überall zunehmen, wenn aus einem Dorf eine Stadt wird und die Entwicklung die Vorteile verbesserter Produktions- und Austauschmethoden bringt. Gerade in den älteren und reicheren Teilen der Union treten Armenwesen und Not unter den

Arbeitenden am schmerzlichsten hervor. Wenn die tiefe Armut in San Francisco geringer ist als in New York - liegt das nicht daran, dass San Francisco bei allem, wonach beide Städte streben, noch hinter New York zurückliegt? Wer könnte daran zweifeln, dass auch in den Straßen San Franciscos zerlumpte und barfüßige Kinder leben werden, sobald die Stadt den heutigen Entwicklungsstand New Yorks erreicht?

Diese Verbindung von Armut und Fortschritt ist das große Rätsel unserer Zeit. Sie ist die zentrale Tatsache, aus der die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Schwierigkeiten hervorgehen, welche die Welt beunruhigen und denen Politik, Wohltätigkeit und Bildung vergeblich begegnen. Aus ihr steigen die Wolken auf, die über der Zukunft der fortschrittlichsten und selbstbewusstesten Nationen hängen. Sie ist das Rätsel, das die Sphinx des Schicksals unserer Zivilisation stellt - und wenn wir es nicht lösen, werden wir zugrunde gehen. Solange der gesamte zusätzliche Wohlstand, den der moderne Fortschritt hervorbringt, nur große Vermögen vermehrt, den Luxus steigert und den Gegensatz zwischen den Besitzenden und den Bedürftigen verschärft, ist der Fortschritt nicht wirklich und kann keinen Bestand haben. Die Gegenbewegung muss kommen. Der Turm neigt sich bereits von seinem Fundament, und jedes weitere Stockwerk beschleunigt den endgültigen Einsturz. Menschen zu bilden, die zur Armut verurteilt bleiben, bedeutet nur, sie unruhig zu machen. Politische Einrichtungen, in denen die Menschen theoretisch gleich sind, auf einen Zustand offenkundigster gesellschaftlicher Ungleichheit zu gründen, heißt, eine Pyramide auf ihre Spitze zu stellen.

So überragend wichtig diese Frage ist und so schmerzlich sie sich von allen Seiten aufdrängt, hat sie doch noch keine Lösung gefunden, die sämtliche

Tatsachen erklärt und auf ein klares, einfaches Gegenmittel weist. Das zeigen die höchst unterschiedlichen Versuche, die herrschende Wirtschaftskrise zu erklären. Sie offenbaren nicht nur eine Kluft zwischen verbreiteten Vorstellungen und wissenschaftlichen Theorien. Sie zeigen auch, dass die Übereinstimmung, die zwischen den Vertretern derselben allgemeinen Theorie bestehen müsste, bei praktischen Fragen in eine Anarchie der Meinungen zerfällt. Unter Berufung auf höchste wirtschaftswissenschaftliche Autoritäten wurde behauptet, die Krise beruhe auf Überkonsum; mit ebenso großer Autorität wurde sie auf Überproduktion zurückgeführt. Andere angesehene Autoren nennen jeweils für sich die Verschwendung durch Kriege, den Ausbau der Eisenbahnen, die Bemühungen der Arbeiter um den Erhalt ihrer Löhne, die Entmonetarisierung des Silbers, die Ausgabe von Papiergeld, die Zunahme arbeitssparender Maschinen oder die Eröffnung kürzerer Handelswege als Ursache.

Während die Gelehrten auf diese Weise uneins sind, verbreiten sich in der breiten Bevölkerung rasch Vorstellungen, wonach zwischen Kapital und Arbeit notwendig ein Konflikt bestehe, Maschinen ein Übel seien, der Wettbewerb beschränkt und der Zins abgeschafft werden müsse, Wohlstand durch die Ausgabe von Geld geschaffen werden könne und der Staat verpflichtet sei, Kapital oder Arbeit bereitzustellen. Diese Menschen spüren den Schaden unmittelbar und sind sich eines Unrechts deutlich bewusst. Solche Vorstellungen bringen große Bevölkerungsmassen, bei denen letztlich die politische Macht liegt, unter die Führung von Scharlatanen und Demagogen und bergen daher große Gefahren. Erfolgreich bekämpfen lassen sie sich jedoch erst, wenn die Volkswirtschaftslehre eine Antwort auf die große Frage gibt, die mit ihren

übrigen Lehren vereinbar ist und auch dem Urteil der breiten Bevölkerung einleuchtet.

Eine solche Antwort zu geben, muss Aufgabe der Volkswirtschaftslehre sein. Denn die Volkswirtschaftslehre ist keine Sammlung von Dogmen. Sie erklärt einen bestimmten Bereich von Tatsachen. Wie die Naturwissenschaften auf anderen Gebieten sucht sie in der Abfolge bestimmter Erscheinungen gegenseitige Beziehungen aufzuspüren und Ursache und Wirkung zu bestimmen. Ihre Grundlagen ruhen auf festem Boden. Die Voraussetzungen, aus denen sie ihre Schlüsse zieht, sind Wahrheiten mit höchster Geltung: Grundsätze, die wir alle anerkennen, auf die wir das Denken und Handeln des täglichen Lebens verlässlich stützen und die sich auf die abstrakte Formulierung jenes Naturgesetzes zurückführen lassen, wonach Bewegung den Weg des geringsten Widerstands sucht - nämlich darauf, dass Menschen ihre Bedürfnisse mit möglichst geringer Anstrengung befriedigen wollen. Von einer so gesicherten Grundlage ausgehend, besitzen auch ihre Verfahren, die im Wesentlichen im Unterscheiden und Zuordnen bestehen, dieselbe Gewissheit. In diesem Sinne ist sie eine ebenso exakte Wissenschaft wie die Geometrie, die aus vergleichbaren Wahrheiten über den Raum mit vergleichbaren Mitteln ihre Folgerungen ableitet; gültige Folgerungen der Volkswirtschaftslehre sollten ebenso unmittelbar einleuchten. Zwar können wir ihre Theorien nicht wie in manchen anderen Wissenschaften anhand künstlich hergestellter Kombinationen oder Bedingungen prüfen. Doch stehen uns nicht weniger schlüssige Prüfungen offen: Wir können Gesellschaften mit unterschiedlichen Bedingungen vergleichen oder in Gedanken Kräfte und Faktoren mit bekannter Wirkungsrichtung trennen, verbinden, hinzufügen oder ausschalten.

Auf den folgenden Seiten will ich versuchen, das umrissene große Problem mit den Methoden der Volkswirtschaftslehre zu lösen. Ich suche nach dem Gesetz, das Armut mit Fortschritt verbindet und die Not mit wachsendem Wohlstand zunehmen lässt. In der Erklärung dieses Widerspruchs, so glaube ich, werden wir zugleich die Erklärung für jene wiederkehrenden Phasen wirtschaftlicher Lähmung finden, die unverständlich erscheinen, wenn man sie losgelöst von umfassenderen Erscheinungen betrachtet. Eine richtig begonnene und sorgfältig durchgeführte Untersuchung muss zu einem Ergebnis führen, das jeder Prüfung standhält und sich als Wahrheit mit allen anderen Wahrheiten verbindet. Denn in der Abfolge der Erscheinungen gibt es keinen Zufall. Jede Wirkung hat eine Ursache, und jede Tatsache setzt eine frühere Tatsache voraus.

Die Volkswirtschaftslehre in ihrer gegenwärtig gelehrten Form erklärt das Fortbestehen der Armut inmitten wachsenden Wohlstands nicht in einer Weise, die mit dem tief verwurzelten Empfinden der Menschen übereinstimmt. Die unbestreitbaren Wahrheiten, die sie lehrt, stehen unverbunden nebeneinander. Sie hat im allgemeinen Denken nicht jenen Fortschritt erzielt, den eine Wahrheit selbst dann erzielen muss, wenn sie unangenehm ist. Im Gegenteil: Nach einem Jahrhundert der Pflege, in dem einige der scharfsinnigsten und kraftvollsten Denker ihr ihre ganze Aufmerksamkeit gewidmet haben, wird sie von Politikern zurückgewiesen, von der breiten Bevölkerung verspottet und von vielen gebildeten und nachdenklichen Menschen als Scheinwissenschaft betrachtet, in der nichts feststeht und nichts feststehen könne. Dies kann meines Erachtens nicht an einer Unfähigkeit der Wissenschaft selbst liegen, sofern sie richtig betrieben wird. Die Ursache muss vielmehr in einem falschen Schritt bei ihren

Ausgangsannahmen oder in einem übersehenen Faktor ihrer Berechnungen liegen. Da solche Fehler gewöhnlich durch die Achtung vor Autoritäten verdeckt werden, will ich in dieser Untersuchung nichts als selbstverständlich voraussetzen. Auch anerkannte Theorien werde ich an den ersten Grundsätzen prüfen. Bestehen sie diese Prüfung nicht, müssen die Tatsachen neu befragt werden, um das ihnen zugrunde liegende Gesetz zu entdecken.

Ich will keine Frage durch eine unbegründete Voraussetzung entscheiden und vor keiner Schlussfolgerung zurückweichen, sondern der Wahrheit folgen, wohin sie auch führt. Wir tragen die Verantwortung, dieses Gesetz zu suchen, denn heute sinken im Herzen unserer Zivilisation Frauen vor Schwäche zusammen und klagen kleine Kinder vor Hunger. Welches Gesetz sich dabei zeigen wird, steht nicht in unserer Verfügung. Widersprechen unsere Ergebnisse unseren Vorurteilen, dürfen wir nicht zurückschrecken; stellen sie Einrichtungen infrage, die lange als vernünftig und natürlich galten, dürfen wir nicht umkehren.

ANMERKUNG

[1] Zwar können heute selbst die Ärmsten in mancher Hinsicht Dinge genießen, die sich vor einem Jahrhundert auch die Reichsten nicht hätten verschaffen können. Doch solange ihre Fähigkeit, das Lebensnotwendige zu erwerben, nicht gewachsen ist, beweist dies keine Verbesserung ihrer Lage. Ein Bettler in einer Großstadt mag an vielem teilhaben, was einem selbstständigen Farmer im Hinterland verwehrt bleibt. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Bettler in der Stadt bessergestellt wäre als der unabhängige Farmer.

FORTSCHRITT UND ARMUT

Henry George

ERSTES BUCH	LÖHNE UND KAPITAL
ZWEITES BUCH	BEVÖLKERUNG UND LEBENSUNTERHALT
DRITTES BUCH	DIE GESETZE DER VERTEILUNG
VIERTES BUCH	DIE AUSWIRKUNGEN DES MATERIELLEN FORTSCHRITTS AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS
FÜNFTES BUCH	DAS PROBLEM GELÖST
SECHSTES BUCH	DIE LÖSUNG
SIEBTES BUCH	DIE GERECHTIGKEIT DER LÖSUNG
ACHTES BUCH	DIE ANWENDUNG DER LÖSUNG
NEUNTES BUCH	DIE WIRKUNGEN DER LÖSUNG
ZEHNTES BUCH	DAS GESETZ DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS

Neuübersetzung aus dem englischen Original

ERSTES BUCH LÖHNE UND KAPITAL

Wer der Philosophie folgen will, muss im Geist frei sein.
- *Ptolemäus*.

KAPITEL I DIE GELTENDE LOHNTHEORIE UND IHRE UNZULÄNGLICHKEIT

Bringen wir das Problem, das wir untersuchen wollen, zunächst auf seine knappste Form und prüfen wir Schritt für Schritt, wie die heute maßgebliche Volkswirtschaftslehre es erklärt.

Die Ursache, die inmitten wachsenden Wohlstands Armut hervorbringt, ist offenbar dieselbe, die sich in der allgemein beobachteten Tendenz der Löhne zum Mindestmaß zeigt. Fassen wir unsere Frage daher so:

Warum tendieren die Löhne trotz steigender Produktivkraft zu einem Minimum, das kaum zum Leben reicht?

Die herrschende Volkswirtschaftslehre antwortet: Die Löhne werden durch das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitenden und dem Kapital bestimmt, das für ihre Beschäftigung eingesetzt wird. Sie tendieren fortwährend zu dem niedrigsten Betrag, von dem Arbeitende zu leben und sich zu vermehren bereit sind, weil die Zahl der Arbeitenden jeder Zunahme des Kapitals naturgemäß folgt und sie zu überholen sucht. Da die Vergrößerung des Divisors nur durch die Größe des Quotienten begrenzt wird, kann der Dividend bis ins

Unendliche wachsen, ohne dass sich am Ergebnis etwas ändert.

Im heutigen Denken herrscht diese Lehre nahezu unangefochten. Sie trägt die Billigung der bedeutendsten Namen der Volkswirtschaftslehre; und obwohl sie angegriffen worden ist, richten sich diese Angriffe meist eher gegen ihre Form als gegen ihren Kern. [2] Buckle legt sie seinen Verallgemeinerungen über die Universalgeschichte zugrunde. Sie wird an fast allen großen englischen und amerikanischen Hochschulen gelehrt und steht in Lehrbüchern, die der breiten Bevölkerung Orientierung in praktischen Fragen geben sollen. Zugleich scheint sie mit jener neuen Philosophie übereinzustimmen, die innerhalb weniger Jahre beinahe die gesamte wissenschaftliche Welt erobert hat und nun rasch in das allgemeine Denken eindringt.

In den höheren Regionen des Denkens so fest verankert, wurzelt sie in gröberer Form noch tiefer in den unteren. Die Irrtümer des Protektionismus behaupten sich trotz ihrer offenkundigen Widersprüche und Absurditäten so hartnäckig, weil man glaubt, die in einer Gesellschaft für Löhne verfügbare Summe sei fest begrenzt und müsse durch die Konkurrenz »ausländischer Arbeit« noch weiter aufgeteilt werden. Derselbe Gedanke liegt den meisten Theorien zugrunde, die den Anteil der Arbeitenden am allgemeinen Wohlstand durch Abschaffung des Zinses oder Beschränkung des Wettbewerbs erhöhen wollen. Und überall begegnet er bei Menschen, die sich über ökonomische Fragen keine ausgearbeitete Theorie gebildet haben: in Zeitungen und Parlamenten ebenso wie in Gewerkschaften. Er zeigt sich in allen Versuchen, die Arbeitenden durch eine Begrenzung der Zahl oder der Leistungsfähigkeit der Arbeit zu schützen.

So weit verbreitet und tief verwurzelt diese Theorie auch ist, scheint sie mir doch offenkundigen

Tatsachen zu widersprechen. Wenn die Löhne vom Verhältnis zwischen der Menge der Arbeit, die Beschäftigung sucht, und dem für ihre Beschäftigung bestimmten Kapital abhängen, muss die relative Knappheit des einen Faktors den relativen Überfluss des anderen bedeuten - und umgekehrt. Wo die Löhne hoch sind, müsste Kapital demnach relativ reichlich vorhanden sein; wo die Löhne niedrig sind, relativ knapp. Da das zur Lohnzahlung verwendete Kapital zu einem großen Teil aus Kapital bestehen muss, das fortwährend nach Anlage sucht, müsste der jeweilige Zinssatz seine relative Fülle oder Knappheit anzeigen. Träfe die Theorie zu, müssten hohe Löhne als Zeichen knapper Arbeit von niedrigen Zinsen als Zeichen reichlichen Kapitals begleitet werden. Umgekehrt müssten niedrige Löhne mit hohen Zinsen einhergehen.

Tatsächlich ist es genau umgekehrt. Rechnet man aus dem Zins den Versicherungsanteil heraus und betrachtet nur den eigentlichen Zins, also den Ertrag für die Nutzung von Kapital, gilt dann nicht allgemein: Der Zins ist dort und dann hoch, wo und wann die Löhne hoch sind, und niedrig, wo und wann die Löhne niedrig sind? Sowohl Löhne als auch Zinsen waren in den Vereinigten Staaten höher als in England, in den Pazifikstaaten höher als in den Atlantikstaaten. Fließt nicht dorthin, wohin Arbeit auf der Suche nach höheren Löhnen wandert, auch Kapital auf der Suche nach höheren Zinsen? Und ging nicht ein allgemeiner Anstieg oder Rückgang der Löhne stets mit einem entsprechenden Anstieg oder Rückgang der Zinsen einher? In Kalifornien etwa waren nicht nur die Löhne höher als irgendwo sonst auf der Welt, sondern auch die Zinsen. Beide sind dort gemeinsam gesunken. Als der übliche Tageslohn fünf Dollar betrug, lag der gewöhnliche Bankzins bei vierundzwanzig Prozent im Jahr. Heute, da der

übliche Tageslohn zwei bis zweieinhalb Dollar beträgt, liegt der gewöhnliche Bankzins bei zehn bis zwölf Prozent.

Die umfassende Tatsache, dass die Löhne in neuen Ländern mit relativ wenig Kapital höher sind als in alten Ländern mit relativ viel Kapital, ist zu auffällig, um übergangen zu werden. Auch die Vertreter der herrschenden Volkswirtschaftslehre erwähnen sie, wenn auch nur beiläufig. Gerade die Art ihrer Erklärung bestätigt jedoch, dass sie mit der anerkannten Lohntheorie völlig unvereinbar ist. Autoren wie Mill, Fawcett und Price geben bei ihrer Erklärung jene Lohntheorie praktisch auf, auf der sie in denselben Werken ausdrücklich bestehen. Obwohl sie erklären, die Löhne würden durch das Verhältnis von Kapital und Arbeitenden bestimmt, führen sie die höheren Löhne und Zinsen neuer Länder auf deren verhältnismäßig größere Güterproduktion zurück. Später werde ich zeigen, dass dies nicht zutrifft, sondern die Güterproduktion in alten, dicht besiedelten Ländern relativ größer ist als in neuen, dünn besiedelten. Hier will ich lediglich auf den Widerspruch hinweisen. Wer die höheren Löhne neuer Länder mit einer verhältnismäßig größeren Produktion erklärt, macht offensichtlich das Verhältnis zur Produktion - nicht das Verhältnis zum Kapital - zum Bestimmungsgrund des Lohns.

Die betreffenden Autoren scheinen diesen Widerspruch nicht bemerkt zu haben. Einer der folgerichtigsten Vertreter der herrschenden Volkswirtschaftslehre, Professor Cairnes, [3] hat ihn jedoch erkannt und versucht auf sehr einfallsreiche Weise, Tatsache und Theorie miteinander zu versöhnen. Er nimmt an, dass in neuen Ländern, deren Produktion überwiegend auf Nahrungsmittel und auf das gerichtet ist, was in der Industrie Rohstoffe heißt, ein viel größerer Anteil des eingesetzten Kapitals für Löhne verwendet werde

als in älteren Ländern, wo ein größerer Teil für Maschinen und Material ausgegeben werden müsse. Deshalb könne in einem neuen Land trotz knapperen Kapitals und höherer Zinsen der für Löhne bestimmte Betrag größer und der Lohn ebenfalls höher sein. Von 100.000 Dollar, die in einem alten Land in einen Industriebetrieb fließen, würden beispielsweise 80.000 Dollar für Gebäude, Maschinen und Material aufgewendet; für Löhne blieben nur 20.000 Dollar. Von 30.000 Dollar, die in einem neuen Land in Landwirtschaft und Ähnliches fließen, würden dagegen vielleicht nur 5.000 Dollar für Werkzeuge und andere Betriebsmittel benötigt; 25.000 Dollar könnten als Lohn verteilt werden. So soll der Lohnfonds dort vergleichsweise groß sein können, wo Kapital vergleichsweise knapp ist, und so sollen hohe Löhne und hohe Zinsen zugleich auftreten können.

Ich glaube im Folgenden zeigen zu können, dass diese Erklärung auf einem völligen Missverständnis des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital beruht - auf einem grundlegenden Irrtum über den Fonds, aus dem der Lohn stammt. Für den Augenblick genügt der Hinweis, dass sich der Gleichlauf von Lohn und Zins innerhalb desselben Landes und desselben Produktionszweigs damit nicht erklären lässt. In den Wechseln zwischen »guten« und »schlechten Zeiten« geht eine lebhafte Nachfrage nach Arbeit und ein hoher Lohn stets mit einer lebhaften Nachfrage nach Kapital und hohen Zinsen einher. Finden Arbeitende dagegen keine Beschäftigung und sinken die Löhne, sammelt sich immer Kapital an, das zu niedrigen Sätzen nach Anlage sucht. [4] Die gegenwärtige Krise ist ebenso sehr durch Arbeitslosigkeit und Not unter den arbeitenden Klassen gekennzeichnet wie durch die Anhäufung unbeschäftigten Kapitals in allen großen Zentren und durch minimale Zinsen für unzweifelhafte Sicherheiten. Unter Bedingungen,

die sich mit der herrschenden Theorie nicht vereinbaren lassen, treffen also hohe Zinsen mit hohen Löhnen und niedrige Zinsen mit niedrigen Löhnen zusammen: Kapital scheint knapp, wenn Arbeit knapp ist, und reichlich, wenn Arbeit reichlich vorhanden ist.

Alle diese bekannten und miteinander übereinstimmenden Tatsachen weisen auf einen Zusammenhang zwischen Lohn und Zins hin - aber auf einen Gleichlauf, nicht auf einen Gegensatz. Sie widersprechen offensichtlich der Theorie, der Lohn werde durch das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital oder irgendeinem Teil des Kapitals bestimmt.

Wie konnte eine solche Theorie dann entstehen? Und weshalb wurde sie von einer Folge von Ökonomen seit Adam Smith bis in die Gegenwart übernommen?

Prüfen wir die Begründung, mit der die gängigen Lehrbücher diese Lohntheorie stützen, so zeigt sich sofort: Sie ist keine Verallgemeinerung beobachteter Tatsachen, sondern eine Folgerung aus einer zuvor angenommenen Lehre - nämlich, dass Löhne aus Kapital gezahlt werden. Nimmt man Kapital als Quelle der Löhne an, folgt notwendig, dass die Gesamtsumme der Löhne durch den für die Beschäftigung von Arbeit bestimmten Kapitalbetrag begrenzt sein muss. Der Betrag, den die einzelne arbeitende Person erhalten kann, müsste dann vom Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitenden und dem zu ihrer Vergütung vorhandenen Kapital abhängen. [5] Diese Schlussfolgerung ist logisch; doch wie wir gesehen haben, stimmt ihr Ergebnis nicht mit den Tatsachen überein. Der Fehler muss daher in der Voraussetzung liegen. Prüfen wir sie.

Mir ist bewusst, dass der Satz, Löhne würden aus Kapital gezahlt, zu den grundlegendsten und scheinbar am sichersten begründeten Lehren der herrschenden Volkswirtschaftslehre gehört. Alle

großen Denker, die ihre Kraft der Klärung dieser Wissenschaft gewidmet haben, nahmen ihn als Axiom an. Dennoch lässt er sich meines Erachtens als grundlegender Irrtum erweisen - als fruchtbare Quelle einer langen Reihe weiterer Irrtümer, die höchst wichtige praktische Folgerungen verfälschen. Diesen Nachweis will ich nun führen. Er muss klar und zwingend sein; denn eine Lehre, auf der so viele wichtige Gedankengänge beruhen, die ein solches Gewicht an Autorität trägt, die für sich genommen so plausibel ist und in so vielen Gestalten wiederkehrt, lässt sich nicht gefahrlos in einem einzigen Absatz beiseiteschieben.

Die These, die ich beweisen will, lautet:

Die Löhne werden nicht aus Kapital gezahlt, sondern stammen in Wirklichkeit aus dem Erzeugnis der Arbeit, für die sie gezahlt werden. [6]

Da auch die herrschende Theorie, nach der Löhne aus Kapital gezahlt werden, davon ausgeht, dass dieses Kapital durch die Produktion wieder ersetzt wird, könnte der Unterschied zunächst rein sprachlich erscheinen. Eine Auseinandersetzung darüber wäre dann nur eine jener unfruchtbaren Debatten, die so viele volkswirtschaftliche Schriften ebenso wertlos machen wie die Streitigkeiten gelehrter Gesellschaften über die richtige Lesart der Inschrift auf dem Stein, den Mr. Pickwick fand. Dass es um weit mehr als eine formale Unterscheidung geht, wird jedoch deutlich, sobald man bedenkt, dass der Unterschied zwischen beiden Sätzen sämtliche herrschenden Theorien über das Verhältnis von Kapital und Arbeit trägt. Aus ihm werden Lehren abgeleitet, die ihrerseits als Axiome gelten und selbst die fähigsten Köpfe bei der Erörterung der bedeutsamsten Fragen binden und lenken. Auf der Annahme, Löhne stammten unmittelbar aus Kapital und nicht aus dem Arbeitserzeugnis, beruht nicht nur die Lehre, die Löhne hingen vom Verhältnis zwischen Kapital und

Arbeit ab. Darauf beruhen auch die Lehren, die Produktion werde durch Kapital begrenzt; Kapital müsse angesammelt werden, bevor Arbeit beschäftigt werden könne, und Arbeit könne nur in dem Maß beschäftigt werden, in dem Kapital angesammelt sei; jede Vermehrung des Kapitals schaffe oder ermögliche zusätzliche Beschäftigung; die Umwandlung von umlaufendem in festes Kapital vermindere den für den Unterhalt der Arbeit verfügbaren Fonds; bei niedrigen Löhnen könnten mehr Arbeitende beschäftigt werden als bei hohen; in der Landwirtschaft eingesetztes Kapital könne mehr Arbeitende unterhalten als in der Industrie; Gewinne seien hoch, wenn Löhne niedrig seien, und niedrig, wenn Löhne hoch seien, oder hingen von den Kosten des Lebensunterhalts der Arbeitenden ab. Hinzu kommen paradoxe Sätze wie jene, die Nachfrage nach Waren sei keine Nachfrage nach Arbeit, oder bestimmte Waren könnten durch eine Lohnsenkung teurer und durch eine Lohnerhöhung billiger werden.

Kurz gesagt: Die Lehren der herrschenden Volkswirtschaftslehre beruhen in ihrem weitesten und wichtigsten Bereich mehr oder weniger unmittelbar auf der Annahme, Arbeit werde aus vorhandenem Kapital unterhalten und bezahlt, bevor das Erzeugnis vorliegt, das ihr Endziel bildet. Erweist sich dies als Irrtum und zeigt sich, dass Unterhalt und Bezahlung der Arbeit das Kapital nicht einmal vorübergehend in Anspruch nehmen, sondern unmittelbar aus dem Arbeitserzeugnis stammen, verliert der gesamte gewaltige Überbau seine Stütze und muss fallen. Mit ihm müssen auch die populären Theorien fallen, die von der Annahme ausgehen, die zu verteilende Lohnsumme sei fest und die einzelnen Anteile müssten mit wachsender Zahl der Arbeitenden zwangsläufig kleiner werden.

Der Unterschied zwischen der herrschenden Theorie und der von mir vertretenen ähnelt dem

Unterschied zwischen der merkantilistischen Theorie des internationalen Handels und der Lehre, die Adam Smith an ihre Stelle setzte. Zwischen der Auffassung, Handel sei der Austausch von Waren gegen Geld, und der Auffassung, er sei der Austausch von Waren gegen Waren, scheint zunächst kein wirklicher Unterschied zu bestehen. Schließlich nahmen auch die Vertreter des Merkantilismus nicht an, Geld habe einen anderen Nutzen, als gegen Waren getauscht zu werden. In der praktischen Anwendung führen beide Theorien dennoch zu dem ganzen Unterschied zwischen einem starren staatlichen Protektionismus und freiem Handel.

Wenn ich die entscheidende Bedeutung der folgenden Überlegungen deutlich genug gemacht habe, brauche ich mich weder für ihre Einfachheit noch für ihre Ausführlichkeit zu entschuldigen. Eine Lehre von solcher Tragweite und mit einem solchen Gewicht an Autorität muss ebenso klar wie gründlich geprüft werden.

Ohne diese Bedeutung wäre ich versucht, die Annahme, Löhne würden aus Kapital gezahlt, mit einem Satz abzutun. Denn der ganze gewaltige Überbau, den die herrschende Volkswirtschaftslehre auf dieser Lehre errichtet, ruht in Wahrheit auf einer bloß vorausgesetzten Grundlage; nicht der geringste Versuch wurde unternommen, Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden. Weil Löhne gewöhnlich in Geld und in vielen Produktionsprozessen gezahlt werden, bevor das Erzeugnis vollständig fertiggestellt oder nutzbar ist, schließt man, sie stammten aus bereits vorhandenem Kapital. Daraus folgert man wiederum, die Produktion werde durch Kapital begrenzt: Arbeit könne erst beschäftigt werden, nachdem Kapital angesammelt worden sei, und nur in dem Maß, in dem Kapital angesammelt wurde.

Doch gerade jene Lehrbücher, die ohne jeden Vorbehalt behaupten, Kapital begrenze die Produktion, und darauf ihre wichtigsten Gedankengänge und ausgearbeiteten Theorien stützen, erklären zugleich: Kapital sei gespeicherte oder angesammelte Arbeit - »jener Teil des Güterbestands, der zur Unterstützung künftiger Produktion zurückgelegt wird«. Ersetzen wir das Wort »Kapital« durch diese Definition, widerlegt sich der Satz selbst. Die Behauptung, Arbeit könne erst eingesetzt werden, nachdem die Ergebnisse von Arbeit angespart worden sind, ist zu widersinnig, um erörtert zu werden.

Wollten wir die Erörterung mit dieser *reductio ad absurdum* beenden, würde man uns vermutlich nicht erwidern, die ersten Arbeitenden seien von der Vorsehung mit dem zu ihrer Beschäftigung nötigen Kapital ausgestattet worden. Man würde vielmehr erklären, der Satz beziehe sich nur auf eine Gesellschaft, in der Produktion zu einem komplexen Vorgang geworden ist.

Die grundlegende Wahrheit, die in jeder volkswirtschaftlichen Überlegung festgehalten werden muss, lautet jedoch: Die Gesellschaft in ihrer höchstentwickelten Form ist nur eine Ausgestaltung der Gesellschaft in ihren einfachsten Anfängen. Grundsätze, die in den einfachen Beziehungen der Menschen offen zutage liegen, werden durch die komplizierteren Verhältnisse der Arbeitsteilung und durch komplexe Werkzeuge und Verfahren lediglich verhüllt, nicht aufgehoben oder umgekehrt. Die Dampfmühle mit ihrem komplizierten, Bewegungen aller Art hervorbringenden Mechanismus ist im Grunde dasselbe wie der grobe Steinmörser, den man in einem alten Flussbett ausgegraben hat: ein Werkzeug zum Mahlen von Getreide. Und jeder, der in der Mühle arbeitet - ob er Holz ins Feuer wirft, die Maschine führt, die Mühlsteine zurichtet, Säcke

bedruckt oder Bücher führt -, widmet seine Arbeit in Wahrheit demselben Zweck wie der Mensch der Vorzeit mit seinem Mörser: der Zubereitung von Getreide zur menschlichen Nahrung.

Führen wir ebenso die komplexen Vorgänge moderner Produktion auf ihre einfachsten Bestandteile zurück, erkennen wir: Jede Person, die an diesem unendlich verzweigten Geflecht von Produktion und Austausch mitwirkt, tut im Kern dasselbe wie der Mensch der Frühzeit, der auf Bäume stieg, um Früchte zu pflücken, oder bei zurückweichender Flut nach Muscheln suchte. Sie bemüht sich, der Natur durch den Einsatz ihrer Kräfte die Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse abzuringen. Behalten wir dies fest im Blick und betrachten die Produktion als Ganzes - als Zusammenarbeit aller Angehörigen ihrer großen Gruppen zur Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse jedes Einzelnen -, dann sehen wir klar: Was jeder für seine Anstrengung erhält, stammt ebenso wirklich und unmittelbar aus der Natur als Ergebnis dieser Anstrengung wie beim ersten Menschen.

Ein Beispiel: Im einfachsten denkbaren Zustand gräbt jeder seinen eigenen Köder aus und fängt seine eigenen Fische. Bald werden die Vorteile der Arbeitsteilung erkennbar, und einer gräbt Köder aus, während die anderen fischen. Offensichtlich trägt der Ködersammler ebenso viel zum Fischfang bei wie diejenigen, die die Fische tatsächlich fangen. Entdeckt man später die Vorteile von Kanus und bleibt einer an Land, um Kanus zu bauen und auszubessern, widmet auch der Kanubauer seine Arbeit ebenso sehr dem Fischfang wie die Fischer selbst. Die Fische, die er am Abend bei ihrer Heimkehr isst, sind ebenso wirklich das Erzeugnis seiner Arbeit wie das der ihren. Ist die Arbeitsteilung erst richtig in Gang gekommen, versucht nicht mehr jeder, alle Bedürfnisse

unmittelbar aus der Natur zu befriedigen: Einer fischt, ein anderer jagt, ein dritter pflückt Beeren, ein vierter sammelt Früchte, ein fünfter fertigt Werkzeuge, ein sechster baut Hütten und ein siebter stellt Kleidung her. Soweit jeder das unmittelbare Erzeugnis seiner Arbeit gegen das unmittelbare Erzeugnis der Arbeit anderer tauscht, wendet er seine eigene Arbeit tatsächlich zur Herstellung der Dinge an, die er benutzt. Er befriedigt seine besonderen Bedürfnisse durch den Einsatz seiner besonderen Kräfte; was er erhält, hat er in diesem Sinn selbst erzeugt. Gräbt er Wurzeln aus und tauscht sie gegen Wildbret, hat er das Wildbret ebenso wirklich beschafft, als wäre er selbst dem Hirsch gefolgt und hätte den Jäger seine Wurzeln ausgraben lassen. Die verbreitete Wendung »Ich habe mir dies oder jenes gemacht« im Sinn von »Ich habe es verdient« oder »Ich habe das Geld verdient, mit dem ich es gekauft habe« ist volkswirtschaftlich nicht bildlich, sondern wörtlich wahr. Verdienen heißt erzeugen.

Verfolgen wir diese in einer einfachen Gesellschaft klar erkennbaren Grundsätze durch die komplizierten Verhältnisse des sogenannten zivilisierten Zustands, so sehen wir: In jedem Fall, in dem Arbeit gegen Güter getauscht wird, geht die Produktion dem Genuss tatsächlich voraus. Löhne sind der Ertrag - das Erzeugnis - der Arbeit, keine Vorschüsse des Kapitals. Wer den Lohn in Geld erhält, das möglicherweise schon vor Beginn der Arbeit geprägt oder gedruckt wurde, erhält für die Vermehrung des allgemeinen Güterbestands durch seine Arbeit in Wahrheit eine Anweisung auf diesen Bestand. Diese Anweisung kann in jene besondere Güterform eingelöst werden, die die eigenen Bedürfnisse am besten befriedigt. Weder das Geld, das nur die Anweisung darstellt, noch die besondere Güterform, die damit abgerufen wird, ist ein Kapitalvorschuss zum Unterhalt des Arbeitenden.

Beides vertritt vielmehr die Güter oder einen Teil der Güter, welche die eigene Arbeit dem allgemeinen Bestand bereits hinzugefügt hat.

Behalten wir diese Grundsätze im Blick, erkennen wir: Der technische Zeichner, der in einem düsteren Büro am Themseufer Pläne für eine große Schiffsmaschine entwirft, widmet seine Arbeit in Wahrheit ebenso sehr der Erzeugung von Brot und Fleisch, als erntete er Getreide in Kalifornien oder schwang auf einer Pampa am La Plata das Lasso. Er stellt seine Kleidung ebenso wirklich her, als scherte er in Australien Schafe oder webte in Paisley Stoff; und er erzeugt den Bordeauxwein zu seinem Abendessen ebenso wirksam, als pflückte er die Trauben am Ufer der Garonne. Der Bergmann, der sechshundert Meter unter Tage im Herzen der Comstock-Lagerstätte Silbererz abbaut, erntet kraft tausendfacher Tauschvorgänge tatsächlich Feldfrüchte in Tälern, die dem Erdmittelpunkt anderthalb Kilometer näher liegen; er jagt den Wal durch arktische Eisfelder; pflückt Tabakblätter in Virginia und Kaffeebeeren in Honduras; schneidet Zuckerrohr auf Hawaii; erntet Baumwolle in Georgia oder webt sie in Manchester oder Lowell; fertigt im Harz eigenartige Holzspielzeuge für seine Kinder; oder pflückt zwischen dem Grün und Gold der Obstgärten von Los Angeles die Orangen, die er nach Ende seiner Schicht seiner kranken Frau mit nach Hause bringt. Was ist der Lohn, den er am Samstagabend am Schachteingang erhält, anderes als die Bescheinigung an die ganze Welt, dass er all dies getan hat - der erste Tausch in der langen Kette, die seine Arbeit in die Dinge verwandelt, für die er tatsächlich gearbeitet hat?

Aus dieser Perspektive ist der Zusammenhang klar. Um den Irrtum jedoch in all seinen Zufluchtsorten aufzuspüren, müssen wir von der deduktiven zur induktiven Untersuchung wechseln.

Prüfen wir nun an den Tatsachen, ob Löhne tatsächlich aus Kapital gezahlt werden. Zuvor müssen wir allerdings klären, was unter Lohn und Kapital genau zu verstehen ist.

KAPITEL II DIE BEDEUTUNG DER BEGRIFFE

Bevor wir unsere Untersuchung fortsetzen, müssen wir die Bedeutung unserer Begriffe sichern; denn ein unscharfer Gebrauch führt unvermeidlich zu Mehrdeutigkeit und Unbestimmtheit im Denken. Wörter wie »Güter«, »Kapital«, »Grundrente« und »Lohn« müssen in volkswirtschaftlichen Überlegungen nicht nur viel genauer bestimmt werden als im gewöhnlichen Gespräch. Leider besteht selbst innerhalb der Volkswirtschaftslehre über manche dieser Begriffe keine einheitliche Bedeutung: Verschiedene Autoren geben demselben Wort verschiedene Bedeutungen, und derselbe Autor verwendet es nicht selten in wechselndem Sinn. Viele bedeutende Autoren haben mit Nachdruck auf die Notwendigkeit klarer und genauer Definitionen hingewiesen; nichts verstärkt ihre Warnung mehr als die keineswegs seltenen Fälle, in denen sie selbst gerade wegen der gerügten Unklarheit in schwere Irrtümer geraten. Und nichts zeigt den Einfluss der Sprache auf das Denken deutlicher, als wenn selbst scharfsinnige Denker wichtige Folgerungen darauf gründen, dass dasselbe Wort in verschiedenen Bedeutungen gebraucht wird. Ich werde versuchen, diese Gefahren zu vermeiden: Sobald ein Begriff wichtig wird, will ich klar angeben, was ich darunter verstehe, und ihn ausschließlich in diesem Sinn verwenden. Ich bitte die Leserinnen und Leser, die jeweiligen Definitionen festzuhalten; andernfalls kann ich nicht hoffen, richtig verstanden zu werden. Ich werde Wörtern keine willkürlichen Bedeutungen geben und auch dort keine neuen Begriffe erfinden, wo dies bequem wäre. Vielmehr will ich mich so eng wie möglich an den Sprachgebrauch halten und die Bedeutung nur so

weit festlegen, dass die Wörter den Gedanken eindeutig ausdrücken.

Wir wollen nun feststellen, ob Löhne tatsächlich aus Kapital gezahlt werden. Zuvor müssen wir klären, was unter Lohn und unter Kapital zu verstehen ist. Dem ersten Wort haben die Ökonomen eine hinreichend bestimmte Bedeutung gegeben. Die Mehrdeutigkeiten, die sich in der Volkswirtschaftslehre mit dem Kapitalbegriff verbunden haben, erfordern dagegen eine ausführliche Untersuchung.

Im gewöhnlichen Sprachgebrauch bezeichnet »Lohn« die Vergütung, die eine angestellte Person für ihre Dienste erhält. Wir sagen, jemand arbeite »für Lohn«, im Unterschied zu jemandem, der »für sich selbst« arbeitet. Noch enger wird der Begriff dadurch, dass man ihn meist nur auf die Vergütung körperlicher Arbeit anwendet. Bei Angehörigen freier Berufe, leitenden Angestellten oder Bürokräften spricht man nicht von Lohn, sondern von Honorar, Provision oder Gehalt. Im Alltagsgebrauch bedeutet Lohn also die Vergütung, die eine angestellte Person für körperliche Arbeit erhält. In der Volkswirtschaftslehre hat der Begriff dagegen einen weit umfassenderen Sinn und schließt jeden Ertrag menschlicher Anstrengung ein. Denn die drei Faktoren der Produktion sind, wie die Ökonomen erklären, Boden, Arbeit und Kapital; und den Teil des Erzeugnisses, der dem zweiten Faktor zufällt, nennen sie Lohn.

Der Begriff Arbeit umfasst somit jede menschliche Anstrengung zur Erzeugung von Gütern; und der Lohn als der Anteil des Erzeugnisses, der auf die Arbeit entfällt, umfasst jede Vergütung für eine solche Anstrengung. Im volkswirtschaftlichen Sinn unterscheidet der Lohnbegriff daher weder nach der Art der Arbeit noch danach, ob die Vergütung durch einen Arbeitgeber gezahlt wird. Lohn ist der Ertrag

menschlicher Arbeit - im Unterschied zum Ertrag aus der Nutzung von Kapital und zum Ertrag, den der Grundeigentümer aus der Nutzung des Bodens bezieht. Wer den eigenen Boden bewirtschaftet, erhält den Lohn in Form des Erzeugnisses; setzt diese Person zugleich eigenes Kapital ein und besitzt den Boden, kann sie außerdem Zins und Grundrente erhalten. Der Lohn des Jägers ist das erlegte Wild, der des Fischers der gefangene Fisch. Das Gold, das ein selbstständig arbeitender Goldwäscher gewinnt, ist ebenso sehr sein Lohn wie das Geld, das ein angestellter Bergmann vom Käufer seiner Arbeit erhält. [7] Und wie Adam Smith zeigt, bestehen die hohen Gewinne von Einzelhändlern zu einem großen Teil aus Lohn, weil sie deren Arbeit und nicht deren Kapital vergüten. Kurz: Alles, was jemand als Ergebnis oder Vergütung eigener Anstrengung erhält, ist »Lohn«.

Mehr ist zum Begriff »Lohn« vorerst nicht nötig; doch diese Bedeutung muss festgehalten werden. In den maßgeblichen wirtschaftswissenschaftlichen Werken wird sie zwar mehr oder weniger deutlich anerkannt, in der Anwendung jedoch häufig wieder vergessen.

Weitaus schwieriger ist es, den Kapitalbegriff von den Mehrdeutigkeiten zu befreien, die ihn umgeben, und seinen wissenschaftlichen Gebrauch festzulegen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird alles, was einen Wert hat oder einen Ertrag abwirft, unbestimmt als Kapital bezeichnet. Die Definitionen der Ökonomen weichen so stark voneinander ab, dass dem Wort kaum eine feste Bedeutung zukommt. Vergleichen wir einige repräsentative Autoren:

Adam Smith schreibt (Buch II, Kapitel I): »Der Teil des Bestands eines Menschen, von dem er einen Ertrag erwartet, heißt sein Kapital.« Das Kapital eines Landes oder einer Gesellschaft besteht ihm zufolge aus: 1. Maschinen und gewerblichen

Werkzeugen, die Arbeit erleichtern und verkürzen; 2. Gebäuden, die nicht bloß Wohnzwecken dienen, sondern als gewerbliche Mittel gelten können, etwa Läden und Wirtschaftsgebäude; 3. Bodenverbesserungen, die den Boden besser für Ackerbau oder sonstige Nutzung geeignet machen; 4. den erworbenen nützlichen Fähigkeiten aller Einwohner; 5. Geld; 6. Vorräten in den Händen von Produzenten und Händlern, aus deren Verkauf sie einen Gewinn erwarten; 7. Rohstoffen und teilweise fertiggestellten Erzeugnissen, die sich noch in den Händen von Produzenten oder Händlern befinden; 8. fertigen Erzeugnissen, die sich noch in den Händen von Produzenten oder Händlern befinden. Die ersten vier Gruppen nennt Smith festes, die letzten vier umlaufendes Kapital. Für unsere Untersuchung ist diese Unterscheidung nicht von Bedeutung.

Ricardo definiert:

»Kapital ist der Teil des Güterbestands eines Landes, der in der Produktion eingesetzt wird. Es besteht aus Lebensmitteln, Kleidung, Werkzeugen, Rohstoffen, Maschinen und anderem, was nötig ist, um Arbeit wirksam werden zu lassen.« - *Principles of Political Economy*, Kapitel V.

Diese Definition unterscheidet sich deutlich von der Adam Smiths. Sie schließt vieles aus, was Smith einbezieht - erworbene Fähigkeiten ebenso wie Gegenstände des bloßen Geschmacks oder Luxusgüter im Besitz von Produzenten und Händlern. Dafür schließt sie Dinge ein, die Smith ausschließt, etwa Lebensmittel und Kleidung im Besitz der Verbraucher.

McCulloch definiert:

»Das Kapital einer Nation umfasst in Wirklichkeit alle in ihr vorhandenen Teile des Arbeitserzeugnisses, die *unmittelbar* zur Erhaltung des menschlichen Lebens oder zur Erleichterung

der Produktion eingesetzt werden können.« - *Notes on the Wealth of Nations*, Buch II, Kapitel I.

Diese Definition folgt Ricardo, ist jedoch weiter gefasst. Sie schließt alles aus, was die Produktion nicht unterstützen kann, nimmt aber alles auf, was dazu fähig ist - unabhängig davon, ob es tatsächlich so verwendet wird oder überhaupt verwendet werden muss. Nach McCullochs ausdrücklich erklärter Ansicht ist daher ein Pferd vor einer Vergnügungskutsche ebenso sehr Kapital wie ein Pferd vor dem Pflug, weil es bei Bedarf zum Pflügen eingesetzt werden könnte.

John Stuart Mill folgt im Allgemeinen Ricardo und McCulloch, macht jedoch weder die tatsächliche Verwendung noch die Verwendbarkeit, sondern die Bestimmung zur Verwendung zum Kennzeichen des Kapitals. Er schreibt:

»Alle Dinge, die dazu bestimmt sind, der produktiven Arbeit Unterkunft, Schutz, Werkzeuge und die erforderlichen Stoffe zu liefern sowie den Arbeitenden während des Produktionsprozesses zu ernähren und anderweitig zu unterhalten, sind Kapital.« - *Principles of Political Economy*, Buch I, Kapitel IV.

Diese Zitate zeigen deutlich genug, wie stark die maßgeblichen Autoren voneinander abweichen. Bei weniger bedeutenden Autoren ist die Uneinigkeit noch größer, wie einige Beispiele zeigen.

Professor Wayland, dessen *Elements of Political Economy* lange Zeit ein bevorzugtes Lehrbuch an amerikanischen Bildungseinrichtungen war, sofern dort überhaupt Volkswirtschaftslehre unterrichtet wurde, bietet folgende »klare« Definition:

»Das Wort Kapital wird in zwei Bedeutungen gebraucht. In Bezug auf das Erzeugnis bezeichnet es jeden Stoff, auf den wirtschaftliche Tätigkeit angewendet werden soll. In Bezug auf die wirtschaftliche Tätigkeit bezeichnet es den Stoff, dem sie einen Wert verleihen soll oder bereits

verliehen hat, die Werkzeuge, mit denen Wert geschaffen wird, und ebenso die Unterhaltsmittel, von denen der Mensch lebt, während er den Vorgang ausführt.« - *Elements of Political Economy*, Buch I, Kapitel I.

Henry C. Carey, der amerikanische Apostel des Protektionismus, definiert Kapital als »das Werkzeug, mit dem der Mensch die Herrschaft über die Natur gewinnt«, und zählt dazu auch die körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen selbst. Professor Perry, ein Freihändler aus Massachusetts, wendet dagegen mit Recht ein, dass Carey damit die Grenzen zwischen Kapital und Arbeit hoffnungslos verwischt. Perry selbst verwischt anschließend ebenso gründlich die Grenze zwischen Kapital und Boden, indem er Kapital als »jede wertvolle Sache außerhalb des Menschen, deren Nutzung einen geldwerten Zuwachs oder Gewinn hervorbringt«, definiert. Der angesehene englische Ökonom William Thornton beginnt seine ausführliche Untersuchung über das Verhältnis von Arbeit und Kapital (*On Labor*) mit der Erklärung, er werde den Boden zum Kapital rechnen. Das ist ungefähr so, als wollte jemand Algebra lehren und erklärte zunächst, Plus und Minus bedeuteten dasselbe und hätten denselben Wert. Der ebenfalls angesehene amerikanische Ökonom Francis A. Walker macht in seinem ausführlichen Buch *The Wages Question* dieselbe Ankündigung. Ein weiterer englischer Autor, N. A. Nicholson (*The Science of Exchanges*, London 1873), steigert die Absurdität anscheinend noch: In einem Absatz erklärt er, »Kapital müsse selbstverständlich durch Sparen angesammelt werden«; gleich im nächsten Absatz zählt er »den Boden, der eine Ernte hervorbringt, den Pflug, der die Erde wendet, die Arbeit, die das Erzeugnis gewinnt, und das Erzeugnis selbst« gleichermaßen zum Kapital, sofern aus ihrer Verwendung ein

materieller Gewinn entstehen soll. Wie Boden und Arbeit durch Sparen angesammelt werden können, erklärt er nirgends. Ähnlich verfährt der amerikanische Standardautor Professor Amasa Walker: Zunächst erklärt er, Kapital entstehe aus den Nettoersparnissen der Arbeit; unmittelbar danach erklärt er den Boden zum Kapital.

Ich könnte seitenlang widersprüchliche und in sich widersprüchliche Definitionen zitieren. Das würde die Leserinnen und Leser jedoch nur ermüden. Weitere Zitate sind unnötig; die angeführten genügen, um zu zeigen, wie weit die Auffassungen über den Umfang des Kapitalbegriffs auseinanderliegen. Wer weitere Beispiele für die »noch tiefer verwirrte Verwirrung« unter den Professoren der Volkswirtschaftslehre sucht, findet sie in jeder Bibliothek, in der ihre Werke nebeneinanderstehen.

Welche Namen wir den Dingen geben, ist im Grunde gleichgültig, solange wir mit einem Namen stets dieselben Dinge und keine anderen meinen. Die vagen und wechselnden Kapitaldefinitionen führen jedoch zu einem besonderen Problem: Nur in den Voraussetzungen einer Argumentation wird der Begriff in der jeweils eigens definierten Bedeutung verwendet; in den praktischen Schlussfolgerungen dagegen wird er stets in einem allgemeinen und bestimmten Sinn gebraucht oder zumindest so verstanden. Wenn es etwa heißt, Löhne würden aus Kapital gezahlt, versteht man Kapital in demselben Sinn wie bei Aussagen über seine Knappheit oder Fülle, seine Zu- oder Abnahme, seine Vernichtung oder Vermehrung. Dieser allgemein verstandene, bestimmte Sinn grenzt Kapital sowohl von den anderen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit als auch von gleichartigen Dingen ab, die bloß dem Genuss dienen. Tatsächlich wissen die meisten Menschen recht gut, was Kapital ist, bis sie es definieren wollen. Und die Werke jener Ökonomen,

deren Definitionen so weit auseinandergehen, zeigen meines Erachtens, dass auch sie den Begriff außerhalb ihrer Definitionen und der darauf gestützten Argumente in diesem allgemein verstandenen Sinn verwenden.

In diesem allgemeinen Sinn bezeichnet Kapital Güter, die zur Gewinnung weiterer Güter eingesetzt werden. Adam Smith bringt die Vorstellung richtig zum Ausdruck: »Der Teil des Bestands eines Menschen, von dem er einen Ertrag erwartet, heißt sein Kapital.« Das Kapital einer Gesellschaft ist offenkundig die Summe solcher Einzelbestände, also jener Teil des Gesamtbestands, von dem weitere Güter erwartet werden. Darin liegt auch die ursprüngliche Bedeutung des Wortes. Philologen führen »Kapital« auf eine Zeit zurück, in der Güter in Vieh bemessen wurden und das Einkommen eines Menschen von der Zahl der Tiere - der Köpfe - abhing, die er zur Vermehrung halten konnte.

Die Schwierigkeiten, das Wort Kapital als genauen Begriff zu verwenden, treten in heutigen politischen und gesellschaftlichen Debatten noch deutlicher hervor als in den Definitionen der Ökonomen. Sie entstehen aus zwei Tatsachen: Erstens gibt es Arten von Dingen, deren Besitz für den Einzelnen genau so vorteilhaft ist wie der Besitz von Kapital, die aber nicht zum Kapital der Gesellschaft gehören. Zweitens können Dinge derselben Art Kapital sein oder auch nicht - je nachdem, welchem Zweck sie dienen.

Beachtet man diese beiden Punkte, lässt sich ohne große Schwierigkeit eine hinreichend klare und feste Vorstellung davon gewinnen, was der gewöhnlich verwendete Kapitalbegriff zu Recht umfasst. Dann können wir bestimmen, welche Dinge Kapital sind und welche nicht, und das Wort ohne Mehrdeutigkeit oder unbemerkten Bedeutungswechsel verwenden.

Boden, Arbeit und Kapital sind die drei Faktoren der Produktion. Da Kapital im Gegensatz zu Boden und Arbeit steht, kann nichts, was unter einen dieser beiden Begriffe fällt, zugleich Kapital sein. »Boden« bezeichnet notwendigerweise nicht nur die Erdoberfläche im Unterschied zu Wasser und Luft, sondern das gesamte materielle Universum außerhalb des Menschen. Denn nur über den Zugang zum Boden, aus dem auch sein eigener Körper stammt, kann der Mensch mit der Natur in Berührung kommen oder sie nutzen. Kurz: Boden umfasst alle natürlichen Stoffe, Kräfte und Möglichkeiten. Was die Natur frei bereitstellt, kann daher nicht zum Kapital gerechnet werden. Ein fruchtbares Feld, eine reiche Erzader oder ein fallender Wasserlauf, der Energie liefert, kann dem Besitzer Vorteile verschaffen, die denen des Kapitalbesitzes entsprechen. Solche Dinge Kapital zu nennen, würde jedoch die Unterscheidung zwischen Boden und Kapital aufheben und beide Begriffe, soweit sie aufeinander bezogen sind, bedeutungslos machen. Ebenso umfasst »Arbeit« jede menschliche Anstrengung. Menschliche Fähigkeiten - natürliche wie erworbene - können deshalb niemals im eigentlichen Sinn Kapital sein. Im Alltag sprechen wir zwar häufig von Wissen, Können oder Fleiß als dem »Kapital« eines Menschen. Das ist jedoch ein bildlicher Sprachgebrauch, der in einer auf Genauigkeit gerichteten Untersuchung vermieden werden muss. Überlegenheit in diesen Eigenschaften kann das Einkommen eines Einzelnen ebenso steigern wie Kapital; und mehr Wissen, Können oder Fleiß kann die Produktion einer Gesellschaft ebenso erhöhen wie zusätzliches Kapital. Die Wirkung beruht dann aber auf einer größeren Leistungsfähigkeit der Arbeit, nicht auf Kapital. Eine höhere Geschwindigkeit kann einem Geschoss dieselbe Wucht verleihen wie ein größeres Gewicht; dennoch

sind Geschwindigkeit und Gewicht verschiedene Dinge.

Aus der Kategorie des Kapitals müssen wir daher alles ausschließen, was entweder zum Boden oder zur Arbeit gehört. Übrig bleiben Dinge, die weder Boden noch Arbeit sind, sondern aus der Verbindung dieser beiden ursprünglichen Produktionsfaktoren hervorgegangen sind. Nichts kann Kapital sein, das nicht daraus besteht - anders gesagt: Nichts kann Kapital sein, das nicht zu den Gütern gehört.

Viele Unklarheiten des Kapitalbegriffs entstehen jedoch aus der Mehrdeutigkeit des umfassenderen Begriffs »Güter«.

Im gewöhnlichen Sprachgebrauch wird »Vermögen« oder »Reichtum« auf alles angewendet, was einen Tauschwert besitzt. Als volkswirtschaftlicher Begriff muss das Wort jedoch enger bestimmt werden. Vieles, was gewöhnlich als Vermögen gilt, kann bei einer Rechnung über den gesamten Güterbestand einer Gesellschaft überhaupt nicht als Gut angesehen werden. Solche Dinge besitzen zwar einen Tauschwert und gelten als Vermögen, weil sie im Verhältnis zwischen Einzelnen oder Gruppen die Macht vertreten, Güter zu erlangen. Wirkliche Güter sind sie aber nicht, denn ihre Zu- oder Abnahme verändert die Gesamtmenge der Güter nicht. Dazu gehören Anleihen, Hypotheken, Schuldscheine, Banknoten und andere Ansprüche auf die Übertragung von Gütern. Dazu gehören Sklaven, deren Wert nur die Macht einer Klasse ausdrückt, sich den Ertrag einer anderen anzueignen. Dazu gehören Boden und andere natürliche Möglichkeiten, deren Wert allein daraus entsteht, dass bestimmten Personen ein ausschließliches Nutzungsrecht zuerkannt wird, und daher nur die Macht der Eigentümer ausdrückt, einen Anteil an den von den Nutzern erzeugten Gütern zu verlangen. Mehr Anleihen, Hypotheken,

Schuldscheine oder Banknoten vermehren den Güterbestand einer Gesellschaft nicht, wenn zu ihr sowohl die Zahlungspflichtigen als auch die Empfangsberechtigten gehören. Auch die Versklavung eines Teils der Bevölkerung könnte den gesellschaftlichen Güterbestand nicht erhöhen; was die Versklavenden gewinnen, verlieren die Versklavten. Steigende Bodenwerte vermehren den gemeinsamen Güterbestand ebenfalls nicht; was Grundeigentümer durch höhere Preise gewinnen, verlieren Pächter oder Käufer, die diese Preise zahlen müssen. All dieses relative Vermögen, das im allgemeinen Denken und Sprechen sowie in Gesetzgebung und Recht nicht von wirklichen Gütern unterschieden wird, könnte vollständig vernichtet werden, ohne dass mehr als einige Tropfen Tinte und etwas Papier verbraucht würden. Die höchste Staatsgewalt könnte Schulden aufheben, Sklaven befreien und den Boden wieder zum Gemeineigentum des ganzen Volkes machen, ohne den gesamten Güterbestand auch nur um den Wert einer Prise Schnupftabak zu vermindern; was die einen verlören, gewännen die anderen. Dabei würden ebenso wenig Güter vernichtet, wie Güter geschaffen wurden, als Elisabeth Tudor ihre Günstlinge durch Monopolrechte bereicherte oder Boris Godunow russische Bauern zu handelbarem Eigentum machte.

Nicht alles, was Tauschwert besitzt, gehört daher zu den Gütern in dem einzigen Sinn, in dem der Begriff in der Volkswirtschaftslehre brauchbar ist. Güter können nur solche Dinge sein, deren Herstellung den Gesamtbestand vermehrt und deren Vernichtung ihn vermindert. Betrachten wir diese Dinge und ihre gemeinsame Beschaffenheit, lässt sich der Begriff ohne Schwierigkeit bestimmen.

Wenn wir sagen, der Güterbestand einer Gesellschaft sei gewachsen - etwa England sei seit

der Thronbesteigung Victorias reicher geworden oder Kalifornien sei heute reicher als zu seiner Zeit als mexikanisches Gebiet -, meinen wir weder, dass es mehr Boden gebe, noch dass dessen natürliche Kräfte größer geworden seien. Auch meinen wir nicht, dass mehr Menschen dort lebten; dafür sprechen wir von Bevölkerungswachstum. Ebenso wenig meinen wir, die Schulden und Forderungen der Menschen untereinander hätten zugenommen. Gemeint ist vielmehr die Vermehrung bestimmter greifbarer Dinge mit einem wirklichen und nicht bloß relativen Wert: Gebäude, Vieh, Werkzeuge, Maschinen, landwirtschaftliche und mineralische Erzeugnisse, Fertigwaren, Schiffe, Wagen, Möbel und Ähnliches. Ihre Zunahme vermehrt, ihre Abnahme vermindert den Güterbestand; und die Gesellschaft, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung am meisten davon besitzt, ist die reichste. Gemeinsam ist diesen Dingen, dass sie aus natürlichen Stoffen oder Erzeugnissen bestehen, die durch menschliche Arbeit für menschlichen Gebrauch oder Genuss hergerichtet wurden. Ihr Wert hängt von der Arbeitsmenge ab, die durchschnittlich erforderlich wäre, um Dinge derselben Art herzustellen.

Güter in dem einzigen volkswirtschaftlich brauchbaren Sinn bestehen somit aus Naturerzeugnissen, die durch menschliche Anstrengung gewonnen, bewegt, verbunden, getrennt oder sonst verändert wurden, sodass sie menschliche Bedürfnisse befriedigen können. Sie sind, anders gesagt, in Stoff eingeprägte Arbeit: In ihnen ist die Fähigkeit menschlicher Arbeit, Bedürfnisse zu befriedigen, gleichsam gespeichert wie die Sonnenwärme in der Kohle. Güter sind nicht das einzige Ziel der Arbeit, denn Arbeit kann auch unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung dienen. Sie sind jedoch Ziel und Ergebnis der sogenannten produktiven Arbeit, also jener Arbeit, die

materiellen Dingen Wert verleiht. Was die Natur dem Menschen ohne seine Arbeit liefert, ist kein Gut in diesem Sinn. Auch führt der Einsatz von Arbeit nur dann zu Gütern, wenn ein greifbares Erzeugnis entsteht, das die Fähigkeit besitzt und behält, Bedürfnisse zu befriedigen.

Da Kapital aus Gütern besteht, die einem bestimmten Zweck dienen, kann nichts Kapital sein, was nicht unter diese Güterdefinition fällt. Wer dies erkennt und festhält, vermeidet Missverständnisse, die jede darauf beruhende Argumentation verfälschen, das allgemeine Denken verdunkeln und selbst scharfsinnige Menschen in ein Labyrinth von Widersprüchen geführt haben.

Doch obwohl jedes Kapital aus Gütern besteht, sind nicht alle Güter Kapital. Kapital ist nur der Teil des Güterbestands, der die Produktion unterstützt. Bei der Grenzziehung zwischen den Gütern, die Kapital sind, und jenen, die es nicht sind, entsteht eine zweite Gruppe von Missverständnissen.

Die bisher behandelten Irrtümer verwechseln mit Gütern und Kapital Dinge, die ihrem Wesen nach verschieden sind oder nur relativ bestehen. Es sind heute bloß verbreitete Irrtümer. Zwar sind sie weit verbreitet und tief verwurzelt: Sie finden sich nicht nur bei weniger gebildeten Schichten, sondern offenbar auch bei einer großen Mehrheit der Menschen, die in fortgeschrittenen Ländern wie England und den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung formen, Gesetze in Parlamenten und gesetzgebenden Körperschaften erlassen und sie vor Gericht anwenden. Sie treten auch in den Abhandlungen vieler kraftloser Autoren hervor, die die Presse mit zahlreichen Bänden belastet und die Beratung verdunkelt haben - Bänden, die sich Volkswirtschaftslehre nennen, bei Unwissenden als Lehrbücher und bei Menschen, die nicht selbst denken, als Autoritäten gelten. Dennoch bleiben es bloß verbreitete Irrtümer, denn die besten

Ökonomen stützen sie nicht. Adam Smith zählt in einer jener Unachtsamkeiten, die sein großes Werk beeinträchtigen und die Grenzen selbst höchsten Talents zeigen, bestimmte persönliche Fähigkeiten zum Kapital. Das widerspricht seiner ursprünglichen Definition des Kapitals als einem Bestand, von dem Ertrag erwartet wird. Seine bedeutendsten Nachfolger vermeiden diesen Fehler; die genannten Definitionen Ricardos, McCullochs und Mills enthalten ihn nicht. Ebenso wenig enthalten ihre Definitionen oder die Smiths den Irrtum, bloß relatives Vermögen wie Schuldtitel oder Bodenwerte mit wirklichem Kapital gleichzusetzen. Bei Dingen, die tatsächlich Güter sind, weichen ihre Definitionen jedoch sowohl voneinander als auch stark von Smith ab. Der Warenbestand eines Juweliers wäre nach Smith Kapital, während Lebensmittel oder Kleidung im Besitz eines Arbeitenden ausgeschlossen wären. Ricardo und McCulloch würden den Warenbestand des Juweliers dagegen ausschließen; Mill ebenfalls, sofern man seine zitierten Worte so versteht, wie die meisten Menschen sie verstehen würden. Nach Mills eigener Erläuterung entscheidet allerdings weder die Beschaffenheit noch die Bestimmung der Dinge selbst, sondern die Absicht des Eigentümers, entweder die Dinge oder ihren Verkaufserlös dafür einzusetzen, produktive Arbeit mit Werkzeugen, Stoffen und Unterhalt zu versorgen. Alle diese Definitionen stimmen jedoch darin überein, Lebensmittel und Kleidung des Arbeitenden zum Kapital zu rechnen, obwohl Smith sie ausschließt.

Betrachten wir nun diese drei Definitionen, die für die besten Lehren der herrschenden Volkswirtschaftslehre stehen:

Gegen McCullochs Definition des Kapitals als "alle Teile der Industrieerzeugnisse, die unmittelbar zur Erhaltung des menschlichen Lebens oder zur Erleichterung der Produktion verwendet werden

können", bestehen offenkundige Einwände. Wer durch eine Hauptstraße einer blühenden Stadt geht, sieht Geschäfte voller wertvoller Dinge, die weder das menschliche Leben erhalten noch die Produktion erleichtern können und dennoch zweifellos zum Kapital der Geschäftsinhaber und damit der Gemeinschaft gehören. Zugleich sieht er Industrieerzeugnisse, die das menschliche Leben erhalten oder die Produktion erleichtern könnten, aber für Zurschaustellung oder nutzlosen Luxus verbraucht werden. Solche Dinge *könnten* zwar Kapital sein, *sind* es aber nicht.

Ricardos Definition vermeidet es, Dinge zum Kapital zu rechnen, die zwar in der Produktion eingesetzt werden könnten, tatsächlich aber nicht eingesetzt werden; sie erfasst nur die wirklich verwendeten. Gegen sie gilt jedoch der erste Einwand, der auch McCullochs Definition trifft. Wenn nur Güter Kapital sind, die zur Versorgung der Produzenten oder zur Unterstützung der Produktion verwendet werden können, tatsächlich verwendet werden oder dafür bestimmt sind, dann wären die Warenbestände von Juwelieren, Spielwarenhändlern, Tabakhändlern, Konditoren, Kunsthändlern und ähnlichen Geschäften kein Kapital - kurz: alle Bestände aus Luxusartikeln, soweit sie aus solchen bestehen.

Falls Mill diese Schwierigkeit dadurch vermeidet, dass er die Unterscheidung in die Absicht des Kapitalbesitzers verlegt - was mir keineswegs klar erscheint -, macht er sie zugleich so unbestimmt, dass in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt nur Allwissenheit entscheiden könnte, was Kapital ist und was nicht.

Der große gemeinsame Mangel dieser Definitionen liegt jedoch darin, dass sie Dinge zum Kapital zählen, die unmöglich Kapital sein können, wenn zwischen Arbeitenden und Kapitalbesitzern überhaupt unterschieden werden soll. Sie rechnen

nämlich sowohl Lebensmittel, Kleidung und Ähnliches im Besitz des Tagelöhners zum Kapital - Dinge, die er verbraucht, ob er arbeitet oder nicht - als auch den Bestand im Besitz des Kapitalisten, mit dem dieser den Arbeitenden für seine Arbeit bezahlen will.

Offenkundig verwenden diese Autoren den Kapitalbegriff jedoch nicht in diesem Sinn, wenn sie Arbeit und Kapital als getrennte Beteiligte am Produktionsprozess und als Empfänger getrennter Anteile am Ertrag behandeln; wenn sie behaupten, Löhne würden aus Kapital gezahlt oder hingen vom Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital ab; oder wenn sie den Begriff auf andere für sie übliche Weise gebrauchen. In all diesen Fällen bedeutet Kapital in seinem allgemein verstandenen Sinn jenen Teil des Güterbestands, den die Eigentümer nicht unmittelbar zu ihrer eigenen Befriedigung verwenden, sondern zur Gewinnung weiterer Güter einsetzen wollen. Kurz gesagt: Außerhalb ihrer Definitionen und Ausgangssätze verwenden die Ökonomen - ebenso wie die Allgemeinheit - Adam Smiths Bedeutung: »Der Teil des Bestands eines Menschen, von dem er einen Ertrag erwartet, heißt sein Kapital.« Nur in diesem Sinn bezeichnet Kapital eine feste Vorstellung; nur so lässt es sich klar vom allgemeinen Güterbestand abgrenzen und der Arbeit gegenüberstellen. Müssten wir dagegen alles zum Kapital rechnen, was Arbeitende mit Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Ähnlichem versorgt, könnten wir einen Arbeitenden, der kein Kapitalist ist, nur finden, wenn wir nach einem völlig nackten Menschen suchten, der weder einen angespitzten Stock noch eine Erdhöhle besitzt - eine Lage, in der Menschen, abgesehen von außergewöhnlichen Umständen, niemals angetroffen worden sind.

Die Unterschiede und Ungenauigkeiten dieser Definitionen entstehen meines Erachtens daraus, dass die Vorstellung vom Kapital aus einer

vorgefassten Meinung darüber abgeleitet wurde, wie Kapital die Produktion unterstützt. Statt zuerst zu bestimmen, was Kapital ist, und danach zu beobachten, was es leistet, hat man seine Funktionen vorausgesetzt und anschließend eine Definition gebildet, die alles erfasst, was diese Funktionen erfüllt oder erfüllen könnte. Kehren wir das Verfahren um und folgen der natürlichen Reihenfolge: Stellen wir zunächst fest, was die Sache ist, bevor wir bestimmen, was sie tut. Mehr ist nicht nötig. Wir müssen lediglich die Grenzen eines im Wesentlichen bereits verstandenen Begriffs festlegen - also eine geläufige Vorstellung an ihren Rändern scharf und eindeutig machen.

Legte man zwölf verständigen Menschen, die nie eine Zeile Volkswirtschaftslehre gelesen haben, alle zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer Gesellschaft vorhandenen Güter *an Ort und Stelle* vor, würden sie sich vermutlich bei kaum einem Gegenstand darüber streiten, ob er als Kapital zu gelten hat. Geld, das der Eigentümer für ein Geschäft oder für Spekulationen bereithält, würden sie als Kapital ansehen; für Haushalts- oder persönliche Ausgaben zurückgelegtes Geld nicht. Den Teil der Ernte eines Landwirts, den er zum Verkauf, als Saatgut oder zur teilweisen Verpflegung seiner Beschäftigten als Bestandteil des Lohns zurückhält, würden sie zum Kapital rechnen; den für seine eigene Familie bestimmten Teil nicht. Pferde und Wagen eines Fuhrunternehmers wären Kapital, ein Gespann zum Vergnügen seines Eigentümers dagegen nicht. Niemand würde das falsche Haar auf dem Kopf einer Frau, die Zigarre im Mund eines Rauchers oder das Spielzeug, mit dem ein Kind spielt, zum Kapital rechnen. Die Bestände eines Haarwarenhändlers, eines Tabakhändlers oder eines Spielwarenladens würden dagegen ohne Zögern als Kapital gelten. Ein Mantel, den ein

Schneider zum Verkauf gefertigt hat, wäre Kapital; ein Mantel für den eigenen Gebrauch nicht. Lebensmittel im Besitz eines Hotel- oder Gastwirts wären Kapital, Lebensmittel in der Speisekammer eines Haushalts oder im Proviantkorb eines Arbeitenden nicht. Roheisen in den Händen eines Hüttenwerks, einer Gießerei oder eines Händlers wäre Kapital, dasselbe Roheisen als Ballast im Laderaum einer Jacht nicht. Der Blasebalg eines Schmieds und die Webstühle einer Fabrik wären Kapital; die Nähmaschine einer Frau, die nur für den eigenen Bedarf näht, nicht. Ein vermietetes oder für geschäftliche oder produktive Zwecke genutztes Gebäude wäre Kapital, ein selbst bewohntes Haus nicht. Kurz: Wir würden heute wie zu Adam Smiths Zeit feststellen, dass »der Teil des Bestands eines Menschen, von dem er einen Ertrag erwartet, sein Kapital heißt«. Sieht man von Smiths unglücklichem Fehlgriff bei den persönlichen Fähigkeiten ab und schränkt seine Aufzählung des Geldes etwas ein, lässt sich kaum eine bessere Liste der Kapitalarten erstellen als jene, die ich weiter oben zusammengefasst habe.

Wenn wir auf diese Weise die Güter, die Kapital sind, von den Gütern getrennt haben, die kein Kapital sind, und nun nach dem Unterschied zwischen beiden Gruppen fragen, werden wir ihn nicht im Charakter, in den Eigenschaften oder im endgültigen Zweck der Dinge selbst finden, wie man es vergeblich versucht hat. Entscheidend ist vielmehr, ob sie sich bereits im Besitz des Verbrauchers befinden. [8] Güter, die als solche, durch ihre Nutzung oder in Form ihrer Erzeugnisse noch ausgetauscht werden sollen, sind Kapital; Güter in den Händen des Verbrauchers sind kein Kapital. Definieren wir Kapital daher als *Güter im Tauschprozess* , wobei der Tausch nicht nur den Übergang von Hand zu Hand umfasst, sondern auch jene Umwandlungen, die eintreten, wenn die

vermehrenden oder umformenden Kräfte der Natur zur Vergrößerung des Güterbestands genutzt werden, so erfasst diese Definition meines Erachtens alles, was der allgemeine Kapitalbegriff zu Recht einschließt, und schließt alles andere aus. Unter diese Definition fallen etwa alle Werkzeuge, die tatsächlich Kapital sind. Ob ihre Dienste oder ihre Nutzung ausgetauscht werden sollen, entscheidet darüber, ob ein Werkzeug Kapital oder lediglich ein Gebrauchsgut ist. Die Drehbank eines Herstellers, mit der Waren für den Austausch gefertigt werden, ist Kapital; die Drehbank, die ein Privatmann zu seinem Vergnügen hält, ist es nicht. Ebenso können Güter, die für den Bau einer Eisenbahn, einer öffentlichen Telegrafenleitung, einer Postkutsche, eines Theaters oder eines Hotels verwendet werden, als in den Tauschprozess eingebracht gelten. Der Austausch vollzieht sich nicht auf einmal, sondern nach und nach mit einer unbestimmten Zahl von Menschen. Gleichwohl findet ein Austausch statt; die Verbraucher der Eisenbahn, der Telegrafenleitung, der Postkutsche, des Theaters oder des Hotels sind nicht deren Eigentümer, sondern die Menschen, die sie jeweils benutzen.

Diese Definition widerspricht auch nicht der Vorstellung, Kapital sei der Teil des Güterbestands, der der Produktion dient. Produktion wird zu eng verstanden, wenn man sie nur auf die Herstellung von Dingen beschränkt. Sie umfasst nicht nur deren Herstellung, sondern auch ihren Weg zum Verbraucher. Händler und Ladeninhaber sind daher ebenso wirklich Produzenten wie Hersteller oder Landwirte; ihr Warenbestand oder Kapital dient der Produktion ebenso sehr wie das Kapital jener. Es lohnt sich hier jedoch nicht, länger bei den Funktionen des Kapitals zu verweilen; später können wir sie besser bestimmen. Auch meine vorgeschlagene Definition ist an sich nicht wichtig.

Ich schreibe kein Lehrbuch, sondern versuche lediglich, die Gesetze zu entdecken, die ein großes gesellschaftliches Problem bestimmen. Wenn die Leserinnen und Leser eine klare Vorstellung davon gewonnen haben, welche Dinge wir meinen, wenn wir von Kapital sprechen, ist mein Zweck erreicht.

Bevor ich diesen Exkurs beende, möchte ich auf etwas häufig Vergessenes hinweisen: »Güter«, »Kapital«, »Lohn« und ähnliche Wörter sind in der Volkswirtschaftslehre abstrakte Begriffe. Nichts lässt sich allgemein über sie bejahen oder verneinen, was sich nicht ebenso über die gesamte Klasse der Dinge bejahen oder verneinen lässt, für die sie stehen. Wer dies nicht beachtet, gerät leicht in gedankliche Verwirrung und hält sonst leicht erkennbare Fehlschlüsse für offenkundige Wahrheiten. Da »Güter« ein abstrakter Begriff ist, schließt ihre Vorstellung stets die Tauschfähigkeit ein. Wer Güter eines bestimmten Werts besitzt, besitzt der Möglichkeit nach jede einzelne oder alle Arten von Gütern, die diesem Tauschwert entsprechen. Dasselbe gilt folglich für Kapital.

KAPITEL III LÖHNE STAMMEN NICHT AUS KAPITAL SONDERN AUS DER ARBEIT

Wie wichtig dieser begriffliche Exkurs ist, wird im Verlauf unserer Untersuchung immer deutlicher werden. Für die Frage, mit der wir uns jetzt befassen, ist seine Bedeutung schon unmittelbar erkennbar.

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung des Begriffs »Lohn« aus dem Blick gerät und sich die Aufmerksamkeit auf den engeren Alltagsgebrauch des Wortes richtet, wenn behauptet wird, Löhne würden aus Kapital gezahlt. Denn in allen Fällen, in denen Arbeitende für sich selbst tätig sind und das Erzeugnis ihrer Arbeit unmittelbar als Entgelt erhalten, ist offenkundig, dass der Lohn nicht aus Kapital stammt, sondern direkt aus der Arbeit hervorgeht. Wenn ich zum Beispiel Vogeleier sammle oder wilde Beeren pflücke, sind die Eier oder Beeren, die ich erhalte, mein Lohn. Gewiss wird niemand behaupten, dieser Lohn stamme aus Kapital. In diesem Fall gibt es gar kein Kapital. Selbst ein völlig unbekleideter Mensch, der auf eine Insel gelangt, die noch nie ein anderer Mensch betreten hat, kann Vogeleier sammeln oder Beeren pflücken.

Oder wenn ich ein Stück Leder nehme und daraus ein Paar Schuhe fertige, sind die Schuhe mein Lohn - das Entgelt für meine Anstrengung. Sie stammen gewiss weder aus meinem Kapital noch aus dem Kapital eines anderen, sondern werden durch eben jene Arbeit hervorgebracht, deren Lohn sie bilden. Indem ich dieses Paar Schuhe als Lohn meiner Arbeit erhalte, wird das Kapital nicht einmal für einen Augenblick um das Geringste vermindert. Beziehen wir den Begriff des Kapitals mit ein,

besteht mein Kapital zu Beginn aus dem Stück Leder, dem Faden und den übrigen Materialien. Im Verlauf meiner Arbeit kommt fortwährend Wert hinzu, bis ich mit den fertigen Schuhen mein ursprüngliches Kapital zuzüglich der Wertdifferenz zwischen den Materialien und den Schuhen besitze. An welchem Punkt wird bei der Entstehung dieses zusätzlichen Werts - meines Lohns - Kapital in Anspruch genommen?

Adam Smith, der dem volkswirtschaftlichen Denken jene Richtung gab, aus der die heute ausgearbeiteten Theorien über das Verhältnis von Lohn und Kapital hervorgegangen sind, erkannte, dass in solchen einfachen Fällen, wie ich sie geschildert habe, der Lohn das Erzeugnis der Arbeit ist. Sein Kapitel über den Arbeitslohn (Kapitel VIII) beginnt daher mit den Worten:

»*Das Erzeugnis der Arbeit bildet das natürliche Entgelt oder den natürlichen Lohn der Arbeit.* In jenem ursprünglichen Zustand, der sowohl der Aneignung des Bodens als auch der Ansammlung von Kapital vorausgeht, gehört das gesamte Arbeitserzeugnis dem Arbeitenden. Es gibt weder einen Grundeigentümer noch einen Unternehmer, mit dem er es teilen müsste.«

Hätte der große Schotte diesen Gedanken zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen gemacht und das Arbeitserzeugnis weiterhin als den natürlichen Lohn der Arbeit, Grundeigentümer und Unternehmer dagegen lediglich als daran Beteiligte betrachtet, wären seine Schlussfolgerungen ganz anders ausgefallen. Die heutige Volkswirtschaftslehre enthielte dann nicht eine solche Fülle von Widersprüchen und Absurditäten. Doch statt die in den einfachen Produktionsformen offen zutage liegende Wahrheit als Leitfaden durch die Verwicklungen der komplizierteren Formen zu nutzen, erkennt Smith sie nur für einen Augenblick an und gibt sie sogleich wieder auf. Mit dem

Hinweis, dass »in jedem Teil Europas auf einen selbstständig Arbeitenden zwanzig kommen, die unter einem Unternehmer dienen«, setzt er die Untersuchung aus einer Perspektive fort, in der der Unternehmer den Lohn der Beschäftigten aus seinem Kapital bereitstellt.

Indem Adam Smith den Anteil der selbstständig Arbeitenden mit nur einem von zwanzig angab, dachte er offenkundig nur an das Handwerk. Bezieht man alle Arbeitenden ein, muss der Anteil derjenigen, die ihren Erwerb ohne Vermittlung eines Arbeitgebers unmittelbar erhalten, selbst im Europa vor hundert Jahren wesentlich größer gewesen sein. Neben den selbstständig Arbeitenden, die es in jeder Gemeinschaft in beträchtlicher Zahl gibt, wurde die Landwirtschaft in weiten Teilen Europas seit der Zeit des Römischen Reiches im Teilpachtsystem betrieben. Dabei erhält der Kapitalgeber seinen Ertrag vom Arbeitenden und nicht der Arbeitende seinen Lohn vom Kapitalgeber. Jedenfalls muss in den Vereinigten Staaten, wo jedes allgemeine Lohngesetz ebenso uneingeschränkt gelten muss wie in Europa und wo trotz des Aufschwungs der Industrie noch immer ein sehr großer Teil der Bevölkerung aus selbstständig wirtschaftenden Landwirten besteht, der Anteil der Arbeitenden, die ihren Lohn über einen Arbeitgeber beziehen, vergleichsweise gering sein.

Es ist jedoch weder nötig, das zahlenmäßige Verhältnis selbstständig Arbeitender zu abhängig Beschäftigten zu untersuchen, noch müssen wir weitere Beispiele für die selbstverständliche Wahrheit anführen, dass der unmittelbar empfangene Lohn das Erzeugnis der eigenen Arbeit ist. Sobald man erkennt, dass der Begriff »Lohn« sämtliche Erträge der Arbeit umfasst - gleichgültig, ob die arbeitende Person sie unmittelbar als Ergebnis ihrer Tätigkeit oder von einem

Arbeitgeber erhält -, wird deutlich, dass die als allgemeine Wahrheit behandelte Annahme, Löhne würden aus Kapital gezahlt, zumindest zu einem großen Teil falsch ist. Auf dieser Annahme errichten die maßgeblichen volkswirtschaftlichen Werke dennoch ohne Zögern einen gewaltigen theoretischen Überbau. Mit einiger Plausibilität ließe sich allenfalls behaupten, bestimmte Löhne - *das heißt* die von einem Arbeitgeber gezahlten - stammten aus Kapital. Schon diese Einschränkung der Hauptprämisse entzieht jedoch allen daraus abgeleiteten Folgerungen ihre Gültigkeit. Bleiben wir aber nicht dabei stehen, sondern prüfen wir, ob die Behauptung selbst in dieser eingeschränkten Form mit den Tatsachen übereinstimmt. Nehmen wir den Leitfaden dort wieder auf, wo Adam Smith ihn fallen ließ, und gehen wir Schritt für Schritt vor. So wird sich zeigen, ob der in den einfachsten Produktionsformen erkennbare Zusammenhang nicht bis in die kompliziertesten hinein fortbesteht.

Dem »ursprünglichen Zustand«, von dem sich noch heute viele Beispiele finden lassen und in dem das gesamte Arbeitserzeugnis dem Arbeitenden gehört, folgt als nächsteinfache Form eine Vereinbarung, bei der jemand zwar für eine andere Person oder mit deren Kapital arbeitet, den Lohn aber in Naturalien erhält - also in den Dingen, die seine Arbeit hervorbringt. Hier ist ebenso klar wie bei selbstständiger Arbeit, dass der Lohn tatsächlich aus dem Arbeitserzeugnis und keineswegs aus Kapital stammt. Stelle ich jemanden ein, um Eier zu sammeln, Beeren zu pflücken oder Schuhe herzustellen, und bezahle ich ihn mit einem Teil der Eier, Beeren oder Schuhe, die seine Arbeit hervorbringt, kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Lohn aus der Arbeit stammt, für die er gezahlt wird. Zu dieser Form der Beschäftigung gehört die von Sir Henry Maine in seiner Early History of Institutions so anschaulich beschriebene

sær- und dær-Viehpacht. Das Verhältnis zwischen Beschäftigendem und Beschäftigtem trat dabei so deutlich hervor, dass derjenige, der das Vieh übernahm, zum Gefolgsmann oder Vasallen des Kapitalgebers wurde, der ihn auf diese Weise beschäftigte. Unter solchen Bedingungen arbeitete Jakob für Laban; und selbst in zivilisierten Ländern ist diese Art der Beschäftigung bis heute nicht selten. Was sind die in den Südstaaten der Union und in Kalifornien weitverbreitete Bewirtschaftung gegen Ertragsanteil, das europäische Teilpachtsystem sowie die vielen Fälle, in denen Aufsichtspersonen, Verkäufer und andere einen Anteil am Gewinn erhalten, anderes als Arbeit gegen einen Lohn, der aus einem Teil ihres Erzeugnisses besteht?

Der nächste Schritt von der einfachen zur komplizierteren Form liegt darin, dass der Lohn zwar in Naturalien bemessen, aber in einem gleichwertigen anderen Gut ausgezahlt wird. Auf amerikanischen Walfangschiffen war es beispielsweise üblich, keinen festen Lohn, sondern einen als »Lay« bezeichneten Anteil am Fang zu zahlen. Dieser reichte von einem Sechzehntel oder Zwölftel für den Kapitän bis zu einem Dreihundertstel für den Schiffsjungen. Kehrte ein Walfangschiff nach erfolgreicher Fahrt nach New Bedford oder San Francisco zurück, führte es daher im Laderaum sowohl den Lohn seiner Besatzung als auch den Gewinn seiner Eigentümer und den Gegenwert der während der Reise verbrauchten Vorräte mit sich. Könnte etwas deutlicher zeigen, dass dieser Lohn - das von der Besatzung gewonnene Öl und Fischbein - nicht aus Kapital stammt, sondern tatsächlich einen Teil ihres Arbeitserzeugnisses bildet? Daran ändert sich nicht das Geringste, wenn der Anteil jedes Besatzungsmitglieds der Einfachheit halber nicht in Öl und Fischbein ausgeteilt, sondern nach dem

Marktpreis bewertet und in Geld ausgezahlt wird. Das Geld ist lediglich der Gegenwert des wirklichen Lohns, nämlich des Öls und Fischbeins. Bei dieser Zahlung wird in keiner Weise Kapital vorgeschossen. Der Anspruch auf Lohn entsteht erst, wenn der Wert, aus dem er bezahlt werden soll, in den Hafen gebracht worden ist. In dem Augenblick, in dem der Eigentümer Geld aus seinem Kapital entnimmt, um die Besatzung zu bezahlen, fügt er seinem Kapital Öl und Fischbein hinzu.

Bis hierher kann es keinen Streit geben. Gehen wir nun einen Schritt weiter zu der üblichen Form von Beschäftigung und Lohnzahlung.

Die Farallon-Inseln vor der Bucht von San Francisco sind ein Brutgebiet für Seevögel. Ein Unternehmen, das diese Inseln für sich beansprucht, beschäftigt während der geeigneten Jahreszeit Männer, die dort Eier sammeln. Das Unternehmen könnte ihnen, wie im Walfang, einen Anteil an den gesammelten Eiern überlassen und würde dies vermutlich tun, wenn das Geschäft mit erheblichen Unsicherheiten verbunden wäre. Da die Vögel jedoch zahlreich und zutraulich sind und sich mit einem bestimmten Arbeitsaufwand ungefähr eine bestimmte Menge Eier sammeln lässt, ist es bequemer, feste Löhne zu zahlen. Die Männer fahren hinaus, bleiben auf den Inseln, sammeln die Eier und bringen sie zu einer Anlegestelle. Von dort werden sie alle paar Tage mit einem kleinen Schiff nach San Francisco gebracht und verkauft. Nach dem Ende der Saison kehren die Männer zurück und erhalten den vereinbarten Lohn in Münzen. Läuft dieses Geschäft nicht auf genau dasselbe hinaus, als würde ihnen statt des Geldes der entsprechende Wert in gesammelten Eiern ausgezahlt? Vertritt das Geld nicht die Eier, durch deren Verkauf es erlangt wurde? Und ist dieser Lohn nicht ebenso sehr das Erzeugnis der Arbeit, für die er gezahlt wird, wie es die Eier im Besitz eines Menschen wären, der sie

ohne Vermittlung eines Arbeitgebers für sich selbst gesammelt hätte?

Ein weiteres Beispiel zeigt umgekehrt, dass Geldlohn und Naturallohn wesensgleich sind. In San Buenaventura lebt ein Mann, der seinen Lebensunterhalt sehr gut damit verdient, die an den Inseln im Santa-Barbara-Kanal häufig vorkommenden Seehunde wegen ihres Öls und ihrer Felle zu jagen. Auf diese Fahrten nimmt er zwei oder drei chinesische Arbeiter als Helfer mit, die er zunächst vollständig in Geld bezahlte. Manche Organe der Seehunde werden von Chinesen jedoch hoch geschätzt, getrocknet und zu Arzneimitteln zermahlen. Auch die langen Barthaare männlicher Tiere sind, sobald sie eine bestimmte Länge erreichen, für einen Zweck begehrt, der den »äußeren Barbaren« nicht recht verständlich ist. Der Mann stellte bald fest, dass seine Helfer diese Teile der erlegten Seehunde sehr gern anstelle von Geld annahmen. Heute zahlt er ihnen daher einen großen Teil ihres Lohns auf diese Weise.

Was sich in all diesen Fällen zeigt - die Gleichwertigkeit von Geldlohn und Naturallohn -, gilt es nicht für jede produktive Arbeit? Wird der Fonds, den die Arbeit schafft, nicht tatsächlich zur Zahlung des Lohnes verwendet?

Vielleicht wird man einwenden: »Es besteht folgender Unterschied: Wer für sich selbst arbeitet oder bei einem Arbeitgeber Naturallohn erhält, dessen Lohn hängt vom Erfolg der Arbeit ab. Bleibt sie durch ein Missgeschick ohne Ergebnis, erhält er nichts. Wer dagegen für einen Arbeitgeber arbeitet, bekommt seinen Lohn in jedem Fall; er hängt von der Leistung der Arbeit, nicht von ihrem Ergebnis ab.« Doch darin liegt offenkundig kein wirklicher Unterschied. Im Durchschnitt bringt Arbeit, die gegen festen Lohn geleistet wird, nicht nur den Betrag dieses Lohns, sondern mehr hervor; andernfalls könnten Arbeitgeber keinen Gewinn

erzielen. Ist der Lohn fest vereinbart, übernimmt der Arbeitgeber das gesamte Risiko und wird für diese Absicherung entschädigt, denn ein fester Lohn ist stets etwas niedriger als ein erfolgsabhängiger. Zwar hat ein Arbeitender, der seinen Teil eines Vertrags über einen festen Lohn erfüllt hat, in der Regel einen Rechtsanspruch gegen den Arbeitgeber. Häufig, wenn nicht gewöhnlich, hindert jedoch gerade das Unglück, das dem Arbeitgeber den Nutzen aus der Arbeit nimmt, ihn zugleich daran, den Lohn zu bezahlen. In einem wichtigen Wirtschaftszweig ist der Arbeitgeber bei einem solchen Unglück sogar von Gesetzes wegen von der Zahlung befreit, obwohl ein bestimmter und nicht erfolgsabhängiger Lohn vereinbart wurde. Denn im Seerecht gilt der Grundsatz: »Die Fracht ist die Mutter des Lohns.« Selbst wenn der Seemann seinen Teil erfüllt hat, verliert er daher seinen Lohnanspruch, wenn ein Unglück das Schiff daran hindert, Fracht zu verdienen.

In diesem Rechtsgrundsatz liegt die Wahrheit, für die ich eintrete: Die Produktion ist stets die Mutter des Lohns. Ohne Produktion gäbe und könnte es keinen Lohn geben. Der Lohn stammt aus dem Erzeugnis der Arbeit, nicht aus den Vorschüssen des Kapitals.

Wo immer wir die Tatsachen untersuchen, bestätigt sich dies. Denn die Arbeit geht dem Lohn stets voraus. Das gilt für den Lohn, den ein Arbeitgeber zahlt, ebenso uneingeschränkt wie für den Ertrag, den selbstständig Arbeitende unmittelbar erhalten. In beiden Fällen setzt das Entgelt eine vorherige Leistung voraus. Ob der Lohn täglich, häufiger wöchentlich oder monatlich, gelegentlich jährlich und in vielen Produktionszweigen nach Stückzahl gezahlt wird: Die Lohnzahlung eines Arbeitgebers an einen Beschäftigten setzt stets voraus, dass der Beschäftigte zuvor für den Arbeitgeber gearbeitet

hat. Die wenigen Fälle, in denen persönliche Dienstleistungen im Voraus bezahlt werden, gehören offenkundig entweder zur Unterstützung oder zur Sicherung und zum Kauf einer Leistung. Die Bezeichnung »Vorschusshonorar« für Vorauszahlungen an Rechtsanwälte zeigt den wahren Charakter des Geschäfts. Dasselbe gilt für den Ausdruck »Blutgeld«, mit dem Hafenarbeiter eine Zahlung bezeichnen, die dem Namen nach ein Lohnvorschuss an Seeleute, in Wahrheit aber ein Kaufpreis ist - denn sowohl das englische als auch das amerikanische Recht behandeln den Seemann dabei kaum anders als eine bewegliche Sache.

Ich verweile bei der offenkundigen Tatsache, dass Arbeit stets vor dem Lohn geleistet wird, weil sie für das Verständnis der komplizierteren Lohnerscheinungen unbedingt im Gedächtnis bleiben muss. So selbstverständlich der Satz in dieser Form ist, so beruht doch die scheinbare Plausibilität der Behauptung, Löhne würden aus Kapital gezahlt - einer Behauptung, aus der so wichtige und weitreichende Folgerungen gezogen werden -, zunächst auf einer Aussage, die diese Wahrheit ausblendet und die Aufmerksamkeit von ihr ablenkt. Diese Aussage lautet: Arbeit könne ihre produktive Kraft nur entfalten, wenn Kapital für ihren Unterhalt sorge. [9] Unversehens erkennt der Leser die Tatsache an, dass Arbeitende Nahrung, Kleidung und anderes benötigen, um arbeiten zu können. Nachdem ihm erklärt wurde, die von produktiv Arbeitenden verbrauchten Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und sonstigen Güter seien Kapital, stimmt er der Folgerung zu, dass der Einsatz von Arbeit den Verbrauch von Kapital voraussetze. Daraus scheint sich unmittelbar zu ergeben, dass die Produktion durch Kapital begrenzt werde, die Nachfrage nach Arbeit vom vorhandenen Kapital abhänge und der Lohn folglich durch das Verhältnis zwischen der Zahl der

Beschäftigung Suchenden und dem für ihre Einstellung bestimmten Kapital festgelegt werde.

Die Erörterung im vorigen Kapitel wird jedoch, wie ich glaube, erkennen lassen, worin der Fehlschluss liegt, der einige der schärfsten Köpfe in ein selbst gesponnenes Netz verstrickt hat: Das Wort »Kapital« wird in zwei verschiedenen Bedeutungen gebraucht. In der Ausgangsthese, Kapital sei für die Ausübung produktiver Arbeit notwendig, umfasst der Begriff sämtliche Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Ähnliches. In den daraus gezogenen Folgerungen wird er dagegen in seinem üblichen und berechtigten Sinn verwendet: als Güter, die nicht der unmittelbaren Befriedigung von Bedürfnissen, sondern der Gewinnung weiterer Güter dienen - also als Güter in den Händen der Arbeitgeber im Unterschied zu denen der Arbeitenden. Diese Schlussfolgerung wäre nicht gültiger als der Gedankengang, aus dem zutreffenden Satz, ein Arbeitender könne ohne Frühstück und Kleidung nicht zur Arbeit gehen, zu folgern, es könnten nur so viele Menschen arbeiten, wie die Arbeitgeber zuvor mit Frühstück und Kleidung versorgen. Tatsächlich beschaffen sich die Arbeitenden ihr Frühstück und die Kleidung, in der sie zur Arbeit gehen, im Allgemeinen selbst. Darüber hinaus kann Kapital - in dem Sinn, in dem es der Arbeit gegenübergestellt wird - in Ausnahmefällen zwar Vorschüsse leisten, bevor die Arbeit beginnt, ist dazu aber niemals gezwungen. Unter der gewaltigen Zahl arbeitsloser Menschen in der heutigen zivilisierten Welt dürfte sich kaum jemand befinden, der arbeiten möchte, aber nicht ohne einen Lohnvorschuss beschäftigt werden könnte. Ein sehr großer Teil würde zweifellos gern eine Arbeit annehmen, bei der der Lohn erst am Monatsende bezahlt wird. Es ist fraglich, ob es überhaupt genügend Menschen für eine eigene Gruppe gäbe, die nicht bis zum Ende der Woche

warten würden, wie es die meisten Arbeitenden gewöhnlich tun. Und gewiss gibt es niemanden, der nicht bis zum Ende des Tages oder, wenn man so will, bis zur nächsten Mahlzeit warten würde. Der genaue Zeitpunkt der Zahlung ist unerheblich. Entscheidend - und darauf lege ich Wert - ist, dass der Lohn *nach* der geleisteten Arbeit gezahlt wird.

Jede Lohnzahlung setzt somit voraus, dass zuvor Arbeit geleistet wurde. Was aber bedeutet die Leistung von Arbeit in der Produktion? Offenkundig die Erzeugung von Gütern, die, wenn sie getauscht oder in der Produktion eingesetzt werden sollen, Kapital sind. Die Zahlung von Kapital als Lohn setzt daher voraus, dass die Arbeit, für die der Lohn gezahlt wird, zuvor Kapital erzeugt hat. Da der Arbeitgeber im Allgemeinen einen Gewinn erzielt, gibt er mit der Lohnzahlung aus seiner Sicht lediglich einen Teil des Kapitals an den Arbeitenden zurück, das er durch dessen Arbeit erhalten hat. Aus Sicht des Beschäftigten bedeutet sie lediglich den Empfang eines Teils des Kapitals, das seine Arbeit zuvor hervorgebracht hat. Wenn der als Lohn gezahlte Wert also gegen einen Wert getauscht wird, den die Arbeit geschaffen hat, wie kann man dann sagen, der Lohn stamme aus Kapital oder werde vom Kapital vorgeschossen? Beim Tausch von Arbeit gegen Lohn erhält der Arbeitgeber das durch die Arbeit geschaffene Kapital stets, bevor er Kapital als Lohn auszahlt. An welchem Punkt wird sein Kapital auch nur vorübergehend vermindert? [10]

Prüfen wir dies an den Tatsachen. Nehmen wir einen Fabrikanten, der Rohstoffe zu Fertigwaren verarbeitet - Baumwolle zu Tuch, Eisen zu Beschlägen, Leder zu Stiefeln oder Ähnliches - und seine Beschäftigten, wie allgemein üblich, einmal wöchentlich bezahlt. Erstellen wir am Montagmorgen vor Arbeitsbeginn eine genaue Bestandsaufnahme seines Kapitals. Es besteht aus Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen, vorhandenen

Geldmitteln und dem Lagerbestand fertiger Erzeugnisse. Nehmen wir der Einfachheit halber an, dass er während der Woche weder etwas kauft noch verkauft, und erstellen wir nach Arbeitsende und der Lohnzahlung am Samstagabend eine neue Bestandsaufnahme. Der Geldbestand ist kleiner, weil daraus die Löhne bezahlt wurden. Auch Rohstoffe, Kohle und andere Vorräte haben abgenommen, und vom Wert der Gebäude und Maschinen muss ein angemessener Betrag für die Abnutzung der Woche abgezogen werden. Betreibt der Fabrikant jedoch ein rentables Geschäft - was im Durchschnitt der Fall sein muss -, ist der Bestand fertiger Waren so viel größer geworden, dass er alle diese Abnahmen ausgleicht und die Gesamtrechnung eine Vermehrung des Kapitals ergibt. Der als Lohn ausgezahlte Wert ist daher offenkundig weder seinem Kapital noch dem Kapital eines anderen entnommen worden. Er stammt nicht aus Kapital, sondern aus dem von der Arbeit selbst geschaffenen Wert. Es wurde ebenso wenig Kapital vorgeschossen, wie wenn der Fabrikant Menschen zum Muschelsammeln eingestellt und ihnen einen Teil der gesammelten Muscheln überlassen hätte. Ihr Lohn war ebenso wahrhaft das Erzeugnis ihrer Arbeit wie der Lohn eines Menschen in frühester Zeit, der lange »vor der Aneignung des Bodens und der Ansammlung von Kapital« eine Auster erhielt, indem er sie mit einem Stein vom Felsen schlug.

Da jemand, der für einen Arbeitgeber arbeitet, den Lohn erst nach erbrachter Leistung erhält, gleicht seine Lage der eines Bankkunden, der erst Geld abheben kann, nachdem er es eingezahlt hat. So wie der Bankkunde durch die Abhebung seines zuvor eingezahlten Geldes das Kapital der Bank nicht vermindert, können auch Arbeitende durch den Empfang ihres Lohns weder das Kapital des Arbeitgebers noch das Gesamtkapital der Gesellschaft auch nur vorübergehend verringern.

Ihr Lohn stammt ebenso wenig aus dem Kapital wie die Schecks der Einleger auf das Eigenkapital der Bank gezogen werden. Zwar erhalten Arbeitende als Lohn gewöhnlich nicht Güter in genau der Form zurück, in der sie ihren Wert geschaffen haben - ebenso wenig wie Bankkunden genau dieselben Münzen oder Banknoten zurückerhalten, die sie eingezahlt haben. Sie erhalten jedoch einen gleichwertigen Betrag in anderer Form. So wie wir mit Recht sagen, der Einleger erhalte von der Bank das Geld zurück, das er eingezahlt hat, können wir sagen, der Arbeitende erhalte als Lohn die Güter zurück, die er durch seine Arbeit hervorgebracht hat.

Dass diese allgemeine Wahrheit so oft verdunkelt wird, liegt großenteils an einer ergiebigen Quelle volkswirtschaftlicher Unklarheit: der Verwechslung von Gütern und Geld. Bemerkenswert ist, wie viele von denen, die seit Dr. Adam Smiths Kunststück, das Ei auf den Kopf zu stellen, ausführlich die Irrtümer des Merkantilsystems nachgewiesen haben, bei der Behandlung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit in ganz ähnliche Täuschungen verfallen. Geld ist das allgemeine Tauschmittel, der gemeinsame Strom, durch den Güter von einer Form in eine andere übergehen. Deshalb zeigen sich Schwierigkeiten des Tauschs gewöhnlich bei der Umwandlung in Geld. Mitunter ist es leichter, Geld gegen irgendeine andere Güterform zu tauschen als ein bestimmtes Gut gegen Geld, weil mehr Güterbesitzer irgendeinen Tausch vornehmen wollen, als einen ganz bestimmten Tausch suchen. Ein produzierender Arbeitgeber, der sein Geld als Lohn ausgezahlt hat, kann daher Schwierigkeiten haben, den Mehrwert, gegen den er das Geld tatsächlich getauscht hat, rasch wieder in Geld umzuwandeln. Dann heißt es, er habe sein Kapital durch die Lohnzahlung aufgebraucht oder vorgeschossen. Solange der von der Arbeit neu

geschaffene Wert jedoch nicht geringer ist als der gezahlte Lohn - was nur ausnahmsweise vorkommen kann -, besitzt er das Kapital, das er zuvor als Geld hatte, nun in Form von Waren. Seine Gestalt hat sich verändert, sein Umfang aber nicht.

In einem Produktionszweig entstehen die Verwirrungen, die aus der Gewohnheit folgen, Kapital in Geld zu messen, besonders selten, weil sein Erzeugnis das allgemeine Maß des Wertes ist: im Goldbergbau. Gerade dieser Wirtschaftszweig bietet uns nahezu nebeneinander Beispiele dafür, wie die Produktion von ihren einfachsten zu ihren kompliziertesten Formen übergeht.

In den frühen Jahren Kaliforniens und später ebenso in Australien sammelte oder wusch der Goldsucher die glänzenden Teilchen aus, welche die langsamen Vorgänge der Natur über Jahrhunderte in Flussbetten und oberflächennahen Ablagerungen angesammelt hatten. Damit gewann er seinen »Lohn« - so nannte er ihn selbst - unmittelbar in Geld. Da Münzen knapp waren, diente Goldstaub nach Gewicht als Zahlungsmittel; am Ende des Tages trug der Goldsucher seinen Lohn in einem Beutel aus Hirschleder bei sich. Ob dieser Lohn aus Kapital stammte, konnte nicht zweifelhaft sein: Er war offenkundig das Erzeugnis seiner Arbeit. Ebenso wenig bestand ein Zweifel, wenn der Besitzer eines besonders ergiebigen Claims andere beschäftigte und sie mit genau dem Geld bezahlte, das ihre Arbeit aus der Schlucht oder von der Sandbank gewonnen hatte. Als Münzen häufiger wurden, verdrängte ihre größere Bequemlichkeit den Goldstaub in die Rolle einer gewöhnlichen Ware, weil das mühsame und verlustanfällige Abwiegen entfiel. Der Minenbesitzer verkaufte den durch die Arbeit gewonnenen Goldstaub und bezahlte seine Beschäftigten mit den dafür erhaltenen Münzen. Verfügte er über genügend Münzgeld, behielt er den Goldstaub, statt ihn im

nächsten Laden unter Abzug des Händlergewinns zu verkaufen, bis genug für eine eigene Reise oder einen Versand nach San Francisco zusammengekommen war. Dort konnte die Münzstätte ihn kostenlos zu Münzen prägen. Während er Goldstaub ansammelte, nahm sein Münzbestand ab - ebenso wie bei einem Hersteller, der Warenbestände aufbaut, der Geldbestand sinkt. Dennoch wäre niemand so begriffsstutzig anzunehmen, der Minenbesitzer vermindere sein Kapital, indem er Goldstaub entgegennimmt und Münzen auszahlt.

Doch die Vorkommen, die sich ohne Vorarbeiten abbauen ließen, waren bald erschöpft, und der Goldbergbau nahm rasch kompliziertere Formen an. Bevor ein Claim überhaupt Ertrag bringen konnte, mussten tiefe Schächte abgeteuft, große Dämme errichtet, lange Tunnel durch härtestes Gestein getrieben, Wasser über viele Meilen über Bergrücken und durch tiefe Täler geleitet und kostspielige Maschinen aufgebaut werden. Solche Anlagen konnten ohne Kapital nicht geschaffen werden. Mitunter dauerte ihre Errichtung Jahre, in denen noch kein Ertrag zu erwarten war, während die Beschäftigten jede Woche oder jeden Monat ihren Lohn erhalten mussten. In solchen Fällen, wird man sagen, stamme der Lohn - selbst wenn dies sonst nirgends zutreffe - tatsächlich aus Kapital, werde wirklich vom Kapital vorgeschossen und müsse das Kapital bei seiner Zahlung zwangsläufig vermindern. Zumindest hier werde die Produktion gewiss durch Kapital begrenzt, denn ohne Kapital könnten solche Arbeiten nicht durchgeführt werden. Prüfen wir das.

Gerade Fälle dieser Art werden stets als Beleg dafür angeführt, dass Löhne aus Kapital vorgeschossen werden. Wird der Lohn gezahlt, bevor das Ziel der Arbeit erreicht oder das Erzeugnis fertiggestellt ist - etwa in der

Landwirtschaft, wo zwischen Pflügen und Säen einerseits und der Ernte andererseits mehrere Monate liegen, oder beim Bau von Gebäuden, Schiffen, Eisenbahnen und Kanälen -, können die Eigentümer des als Lohn ausgezahlten Kapitals offenkundig keine sofortige Rückzahlung erwarten. Sie müssen das Kapital, wie man sagt, »auslegen« oder eine Zeit lang »darauf verzichten«; und diese Zeit kann sich mitunter über viele Jahre erstrecken. Verliert man die Grundsätze aus dem Blick, liegt daher der vorschnelle Schluss nahe, der Lohn werde vom Kapital vorgeschossen.

Wer den bisherigen Gedankengang verstanden hat, wird an solchen Fällen jedoch nicht hängen bleiben. Eine einfache Analyse zeigt, dass auch dort, wo der Lohn vor Fertigstellung oder sogar vor Entstehung des Endprodukts gezahlt wird, keine Ausnahme von der Regel vorliegt, die wir bei einer Fertigstellung vor der Lohnzahlung erkannt haben.

Wenn ich bei einem Händler Silber gegen Gold tausche, lege ich mein Silber hin; er zählt es, legt es beiseite und gibt mir - abzüglich seiner Provision - den entsprechenden Betrag in Gold. Schießt mir der Händler damit Kapital vor? Offensichtlich nicht. Was er zuvor in Gold besaß, besitzt er nun in Silber, vermehrt um seinen Gewinn. Und da er das Silber erhält, bevor er das Gold auszahlt, schießt er nicht einmal für einen Augenblick Kapital vor.

Dieser Tauschvorgang entspricht genau dem, was ein Kapitalbesitzer tut, wenn er in den hier betrachteten Fällen Kapital als Lohn auszahlt. Da die Arbeit vor der Lohnzahlung geleistet wird und produktive Arbeit Wert schafft, empfängt der Arbeitgeber Wert, bevor er Wert auszahlt: Er tauscht lediglich Kapital der einen Form gegen Kapital einer anderen Form. Die Entstehung von Wert hängt nicht davon ab, dass das Erzeugnis fertiggestellt ist. Wert entsteht in jeder Stufe des Produktionsprozesses als unmittelbares Ergebnis

der Arbeit. Unabhängig davon, wie lange der Vorgang dauert, fügt die Arbeit dem Kapital durch ihre Leistung daher stets etwas hinzu, bevor sie ihm durch den Lohn etwas entnimmt.

Hier steht ein Schmied an der Esse und fertigt Spitzhacken. Offenkundig schafft er Kapital: Er fügt dem Kapital seines Arbeitgebers die Spitzhacken hinzu, bevor er daraus Geld als Lohn erhält. Dort arbeitet ein Maschinenschlosser oder Kesselschmied an den Kielplatten der *Great Eastern*. Schafft nicht auch er ebenso eindeutig Wert und damit Kapital? Der gewaltige Dampfer ist ebenso wie die Spitzhacke ein Gut und ein Produktionsmittel. Auch wenn der eine erst nach Jahren, die andere dagegen in wenigen Minuten fertig wird, ist die tägliche Arbeit in beiden Fällen ebenso eindeutig Gütererzeugung und damit eine Vermehrung des Kapitals. Beim Dampfschiff schafft weder der letzte Schlag allein den Wert des fertigen Erzeugnisses noch der erste. Die Wertschöpfung erfolgt fortlaufend und entsteht unmittelbar aus der Arbeit.

Besonders deutlich sehen wir dies überall dort, wo die Arbeitsteilung dazu geführt hat, dass verschiedene Abschnitte des gesamten Produktionsprozesses von unterschiedlichen Produzenten ausgeführt werden - also überall dort, wo wir gewöhnlich den Wert bemessen, den die in einer vorbereitenden Produktionsstufe aufgewendete Arbeit geschaffen hat. Ein kurzer Gedanke zeigt, dass dies für die große Mehrheit aller Erzeugnisse gilt. Nehmen wir ein Schiff, ein Gebäude, ein Taschenmesser, ein Buch, den Fingerhut einer Frau oder einen Laib Brot. Es sind fertige Erzeugnisse, doch sie wurden weder in einem einzigen Arbeitsgang noch von einer einzigen Gruppe von Produzenten hergestellt. Deshalb unterscheiden wir ohne Weiteres verschiedene Punkte oder Stufen, in denen der Wert entstand,

den sie als fertige Gegenstände verkörpern. Auch wenn wir die einzelnen Teile der letzten Produktionsstufe nicht auseinanderhalten, unterscheiden wir doch den Wert der verwendeten Materialien. Dieser Materialwert lässt sich häufig mehrfach weiter zerlegen, wobei ebenso viele klar bestimmbare Stufen der Entstehung des endgültigen Wertes sichtbar werden. Auf jeder dieser Stufen rechnen wir gewöhnlich mit neu geschaffenem Wert und damit mit einem Zuwachs an Kapital. Das Brot, das der Bäcker aus dem Ofen nimmt, hat einen bestimmten Wert. Dieser enthält jedoch einen Teil des Wertes des Mehls, aus dem der Teig bereitet wurde; und der Wert des Mehls setzt sich wiederum aus dem Wert des Weizens, dem durch das Mahlen hinzugefügten Wert und Weiterem zusammen. Roheisen ist noch weit von einem fertigen Erzeugnis entfernt. Es muss mehrere, vielleicht sogar viele Produktionsstufen durchlaufen, bevor daraus die fertigen Gegenstände entstehen, für die das Eisenerz letztlich aus der Grube gefördert wurde. Und doch ist Roheisen Kapital. Ebenso ist der Produktionsprozess noch nicht abgeschlossen, wenn die Baumwolle geerntet, entkörnt und gepresst wird, wenn sie Lowell oder Manchester erreicht, zu Garn versponnen oder zu Tuch verwebt wird, sondern erst dann, wenn sie schließlich in die Hände der Verbraucher gelangt. Dennoch wird auf jeder dieser Stufen offenkundig Wert geschaffen und Kapital vermehrt. Weshalb sollte dann nicht auch beim Pflügen des Bodens für die Ernte Wert entstehen und Kapital hinzukommen, nur weil wir diesen Zuwachs gewöhnlich nicht gesondert erkennen und beziffern? Weil eine schlechte Jahreszeit eintreten und die Ernte ausfallen könnte? Offenkundig nicht; denn ein entsprechendes Missgeschick kann jede der vielen Stufen auf dem Weg zum fertigen Erzeugnis treffen. Im Durchschnitt wächst die Ernte

heran, und ein bestimmter Aufwand an Pflügen und Säen bringt im Durchschnitt ebenso sicher eine bestimmte Menge Baumwolle in der Kapsel hervor, wie ein bestimmter Aufwand beim Spinnen von Baumwollgarn eine bestimmte Menge Tuch ergibt.

Kurz gesagt: Da die Lohnzahlung stets von der vorherigen Arbeitsleistung abhängt, bedeutet die Zahlung von Löhnen in der Produktion unabhängig von der Dauer des Vorgangs niemals einen Kapitalvorschuss und vermindert das Kapital auch nicht vorübergehend. Der Bau eines Schiffes kann ein Jahr oder mehrere Jahre dauern. Doch die Schaffung des Wertes, dessen Summe das fertige Schiff bildet, schreitet Tag für Tag und Stunde für Stunde fort - vom Legen des Kiels oder sogar schon vom Freimachen des Bauplatzes an. Zahlt der Schiffbauer Löhne, bevor das Schiff fertiggestellt ist, vermindert er dadurch weder sein eigenes Kapital noch das Kapital der Gesellschaft; denn an die Stelle des als Lohn ausgezahlten Wertes tritt der Wert des teilweise fertiggestellten Schiffes. Die Lohnzahlung enthält keinen Kapitalvorschuss. Die Arbeit der Beschäftigten schafft während einer Woche oder eines Monats mehr Kapital und überträgt es auf den Schiffbauer, als dieser ihnen am Ende der Woche oder des Monats zurückzahlt. Das zeigt sich daran, dass der Schiffbauer beim Verkauf eines teilweise fertiggestellten Schiffes in jeder Bauphase einen Gewinn erwarten würde.

Dasselbe gilt beim Bau des Sutro- oder des Gotthardtunnels sowie des Suezkanals: Auch dort wird kein Kapital vorgeschossen. Mit jedem Baufortschritt wird der Tunnel oder Kanal ebenso zu Kapital wie das für den Bau ausgegebene Geld - oder, wenn man so will, das dabei verbrauchte Pulver, die Bohrer und anderen Geräte sowie die von den Arbeitenden verwendeten Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und sonstigen Güter. Das zeigt sich daran, dass der Wert des Gesellschaftskapitals nicht

sinkt, während Kapital in diesen Formen nach und nach in Kapital in Form eines Tunnels oder Kanals umgewandelt wird. Im Gegenteil: Wahrscheinlich und im Durchschnitt steigt er im Verlauf der Arbeiten, ebenso wie Kapital, das in ein schnelleres Produktionsverfahren investiert wird, im Durchschnitt wächst.

Auch in der Landwirtschaft ist dies offenkundig. Der Wert entsteht nicht mit einem Mal bei der Ernte, sondern Schritt für Schritt während des gesamten Vorgangs, den die Ernte abschließt. Ebenso wenig vermindert eine zwischenzeitliche Lohnzahlung das Kapital des Landwirts. Greifbar wird dies, wenn Land während des Produktionsprozesses verkauft oder verpachtet wird: Ein gepflügtes Feld erzielt mehr als ein ungepflügtes, ein bereits bestelltes mehr als ein nur gepflügtes. Es zeigt sich ebenso, wenn heranwachsende Feldfrüchte verkauft werden, was gelegentlich vorkommt, oder wenn der Landwirt die Ernte nicht selbst einbringt, sondern einem Besitzer von Erntemaschinen den Auftrag überträgt. Sichtbar ist es auch bei Obstgärten und Weinbergen, deren Preis schon vor dem ersten Ertrag mit ihrem Alter steigt, sowie bei Pferden, Rindern und Schafen, die auf dem Weg zur Reife an Wert gewinnen. Selbst wenn dieser Wertzuwachs zwischen den üblichen Austauschpunkten der Produktion nicht immer unmittelbar zu erkennen ist, tritt er doch mit jeder Arbeitsleistung ebenso sicher ein. Wird die Arbeit vor der Lohnzahlung erbracht, stammt der wirkliche Kapitalvorschuss daher von der Arbeit: Der Beschäftigte leistet ihn an den Arbeitgeber, nicht der Arbeitgeber an den Beschäftigten.

»Aber«, könnte man einwenden, »in solchen Fällen wird doch Kapital benötigt.« Gewiss. Das bestreite ich nicht. Es wird nur nicht benötigt, um der Arbeit Vorschüsse zu zahlen. Es wird für einen

anderen Zweck gebraucht. Welcher Zweck das ist, lässt sich leicht erkennen.

Wird der Lohn in Naturalien gezahlt - also in Gütern derselben Art, wie die Arbeit sie hervorbringt -, ist offenkundig kein Kapital zur Lohnzahlung erforderlich. Stelle ich etwa Männer zum Holzschlagen ein und vereinbare als Lohn einen Teil des von ihnen geschlagenen Holzes, wie es Eigentümer oder Pächter von Waldflächen bisweilen tun, bedarf es keines Kapitals. Auch wenn wir aus beiderseitiger Zweckmäßigkeit - weil sich eine große Holzmenge leichter und vorteilhafter tauschen lässt als viele kleine Mengen - statt der Zahlung in Holz einen Geldlohn vereinbaren, brauche ich kein Kapital, sofern ich das Holz vor Fälligkeit des Lohns gegen Geld tauschen kann. Kapital benötige ich erst, wenn ich diesen Tausch oder jedenfalls einen Tausch zu den von mir gewünschten Bedingungen nicht vornehmen kann, bevor sich eine größere Holzmenge angesammelt hat. Selbst dann brauche ich kein Kapital, wenn ich durch ein Darlehen auf das Holz einen teilweisen oder vorläufigen Tausch bewirken kann. Kann oder will ich das Holz weder verkaufen noch beleihen, möchte aber dennoch mit der Ansammlung eines großen Vorrats fortfahren, benötige ich Kapital. Dieses Kapital brauche ich jedoch offenkundig nicht zur Lohnzahlung, sondern zur Ansammlung des Holzvorrats. Dasselbe gilt beim Tunnelbau. Würden die Arbeitenden in Tunnelanteilen bezahlt - was bei entsprechender Zweckmäßigkeit leicht durch Aktien der Gesellschaft geschehen könnte -, wäre zur Lohnzahlung kein Kapital erforderlich. Kapital wird nur benötigt, wenn die Unternehmer selbst Kapital in Form eines Tunnels ansammeln wollen. Kehren wir zu unserem ersten Beispiel zurück: Der Händler, dem ich mein Silber verkaufe, kann sein Geschäft nicht ohne Kapital betreiben. Er braucht dieses Kapital aber nicht deshalb, weil er mir mit

der Entgegennahme des Silbers und der Aushändigung von Gold einen Kapitalvorschuss leistet. Er benötigt es, weil die Art seines Geschäfts verlangt, stets einen gewissen Kapitalbestand bereitzuhalten, um einem Kunden bei dessen Erscheinen den gewünschten Tausch anbieten zu können.

Dasselbe werden wir in jedem Produktionszweig feststellen. Kapital muss niemals für Lohnzahlungen bereitgestellt werden, wenn das Erzeugnis der Arbeit, für die der Lohn gezahlt wird, unmittelbar nach seiner Entstehung getauscht wird. Es ist nur erforderlich, wenn dieses Erzeugnis gelagert oder - was für den Einzelnen auf dasselbe hinausläuft - in den allgemeinen Austauschstrom gegeben wird, ohne dass sofort über seinen Gegenwert verfügt wird, also wenn es auf Kredit verkauft wird. Das hierfür benötigte Kapital dient jedoch weder der Lohnzahlung noch einem Vorschuss an die Arbeit, denn es ist stets im Arbeitserzeugnis verkörpert. Kein Produzent braucht Kapital in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber. Benötigt er Kapital, dann deshalb, weil er nicht nur Arbeit beschäftigt, sondern zugleich mit Arbeitserzeugnissen handelt, auf sie spekuliert oder sie ansammelt. Bei Arbeitgebern ist dies gewöhnlich der Fall.

Fassen wir zusammen: Wer für sich selbst arbeitet, erhält seinen Lohn in den Dingen, die er hervorbringt, und zwar in dem Maß, in dem er sie hervorbringt. Mit dem Verkauf des Erzeugnisses tauscht er diesen Wert in eine andere Form um. Wer für einen anderen gegen einen vereinbarten Geldlohn arbeitet, schließt dagegen einen Tauschvertrag. Auch er schafft seinen Lohn, während er seine Arbeit leistet, erhält ihn jedoch erst zu festgelegten Zeiten, in festgelegten Beträgen und in einer anderen Form. Mit der Arbeitsleistung erbringt er beim Tausch die Vorleistung; mit dem Empfang des Lohns wird der

Tausch vollendet. Während er den Lohn verdient, schießt er seinem Arbeitgeber Kapital vor. Der Arbeitgeber dagegen schießt ihm zu keinem Zeitpunkt Kapital vor - es sei denn, der Lohn wird vor der Arbeitsleistung bezahlt. Ob der Arbeitgeber das im Tausch gegen den Lohn empfangene Erzeugnis sofort weiterveräußert oder eine Zeit lang behält, ändert am Charakter des Vorgangs ebenso wenig wie die endgültige Verwendung durch den letzten Empfänger, der sich vielleicht auf der anderen Seite der Erde und am Ende einer Kette von Hunderten von Tauschvorgängen befindet.

KAPITEL IV DER UNTERHALT DER ARBEITENDEN STAMMT NICHT AUS KAPITAL

Dennoch kann im Denken der Leserinnen und Leser ein Einwand verbleiben oder erneut auftauchen.

Da der Pflügende die Furche nicht essen kann und eine erst teilweise fertiggestellte Dampfmaschine in keiner Weise zur Herstellung der Kleidung beiträgt, die der Maschinenschlosser trägt, habe ich da nicht - mit John Stuart Mills Worten - »vergessen, dass die Bevölkerung eines Landes nicht vom Erzeugnis gegenwärtiger, sondern vergangener Arbeit unterhalten und versorgt wird«? Oder, um die Formulierung eines verbreiteten elementaren Lehrbuchs von Millicent Garrett Fawcett zu verwenden: Habe ich nicht »vergessen, dass zwischen der Aussaat und dem Zeitpunkt, an dem ihr Ertrag zu einem Laib Brot verarbeitet wird, viele Monate vergehen müssen« und dass es »daher offenkundig ist, dass Arbeitende nicht von dem leben können, was ihre Arbeit gerade hervorbringen hilft, sondern von Gütern unterhalten werden, die ihre eigene oder fremde Arbeit zuvor erzeugt hat - und diese Güter sind Kapital«? [11]

Die diesen Passagen zugrunde liegende Annahme - der Unterhalt der Arbeit müsse so selbstverständlich aus Kapital stammen, dass man den Satz nur auszusprechen brauche, um Zustimmung zu erzwingen - durchzieht das gesamte Gebäude der herrschenden Volkswirtschaftslehre. So sicher gilt der Unterhalt der Arbeit als dem Kapital entnommen, dass auch der Satz, »die Bevölkerung richte sich nach den Fonds, die sie beschäftigen sollen, und nehme daher mit der Zunahme oder Abnahme des Kapitals stets zu oder

ab«, [12] als Axiom behandelt und seinerseits zur Grundlage wichtiger Gedankengänge gemacht wird.

Aufgelöst erweisen sich diese Sätze jedoch nicht als selbstverständlich, sondern als widersinnig. Sie setzen voraus, dass Arbeit erst ausgeübt werden könne, nachdem Arbeitserzeugnisse angespart worden sind - das Erzeugnis müsste also vor der Arbeit vorhanden sein.

Bei näherer Prüfung zeigt sich, dass ihre scheinbare Plausibilität lediglich aus einer Begriffsverwirrung stammt.

Ich habe bereits auf den Fehlschluss hingewiesen, der sich hinter einer falschen Definition verbirgt und dem Satz zugrunde liegt, die Produktion werde durch Kapital begrenzt, weil produktive Arbeit Nahrung, Kleidung und Unterkunft voraussetze. Dass jemand vor der Arbeit frühstücken muss, bedeutet nicht, dass er nur arbeiten kann, wenn ein Kapitalbesitzer ihm das Frühstück bereitstellt. Dieses Frühstück kann - und wird in jedem Land ohne wirkliche Hungersnot - nicht aus Gütern stammen, die zur Unterstützung der Produktion bestimmt sind, sondern aus Gütern für den Lebensunterhalt. Wie bereits gezeigt, sind Lebensmittel, Kleidung und überhaupt alle Güter nur so lange Kapital, wie sie Menschen gehören, die sie nicht selbst verbrauchen, sondern gegen andere Güter oder produktive Leistungen eintauschen wollen. Kapital sind sie nicht mehr, sobald sie in den Besitz derjenigen übergehen, die sie verbrauchen. Mit diesem Vorgang wechseln sie aus dem Güterbestand, der zur Gewinnung weiterer Güter gehalten wird, in den Bestand, der der Bedürfnisbefriedigung dient - unabhängig davon, ob ihr Verbrauch die Güterproduktion unterstützt. Hält man diese Unterscheidung nicht fest, lässt sich keine Grenze zwischen Kapital und Nichtkapital ziehen, selbst wenn man die Entscheidung wie John

Stuart Mill in die »Absicht des Besitzers« verlegt. Menschen essen oder fasten, tragen Kleidung oder gehen nackt nicht danach, ob sie produktiv arbeiten wollen. Sie essen, weil sie hungrig sind, und tragen Kleidung, weil sie sich ohne sie unwohl fühlten. Nehmen wir das Essen auf dem Frühstückstisch einer arbeitenden Person, die an diesem Tag je nach Gelegenheit Beschäftigung finden kann oder auch nicht. Wenn die Unterstützung produktiver Arbeit über Kapital oder Nichtkapital entscheidet - ist dieses Essen dann Kapital? Das kann die betreffende Person ebenso wenig sagen wie irgendein Philosoph der Ricardo-Mill-Schule. Auch im Magen lässt es sich noch nicht entscheiden; findet sie zunächst keine Arbeit, sucht aber weiter, bleibt die Frage sogar offen, bis die Nahrung in Blut und Gewebe übergegangen ist. Das Frühstück wird sie dennoch essen.

Obwohl dies logisch ausreichen würde, wäre es kaum ratsam, hier stehen zu bleiben und die Beweisführung allein von der Unterscheidung zwischen Gütern und Kapital abhängen zu lassen. Das ist auch nicht nötig. Der Satz, gegenwärtige Arbeit müsse aus dem Erzeugnis vergangener Arbeit unterhalten werden, erweist sich bei näherer Prüfung nur in dem Sinn als wahr, dass die Arbeit am Nachmittag mithilfe des Mittagessens verrichtet wird oder dass ein Hase gefangen und gekocht sein muss, bevor man ihn essen kann. Offenkundig ist dies nicht der Sinn, in dem der Satz jene wichtigen Gedankengänge stützen soll, die darauf aufgebaut werden. Gemeint ist vielmehr: Bevor eine Arbeit begonnen werden kann, die nicht sofort für den Lebensunterhalt verfügbare Güter hervorbringt, müsse ein Vorrat an Unterhaltsmitteln vorhanden sein, der die Arbeitenden während des Vorgangs versorgt. Prüfen wir, ob das stimmt.

Das Kanu, das Robinson Crusoe mit unendlicher Mühe baute, war ein Erzeugnis, bei dem seine

Arbeit keinen unmittelbaren Ertrag liefern konnte. Musste er deshalb vor Beginn einen Lebensmittelvorrat ansammeln, der ihn während des Fällens des Baumes, des Aushöhlens des Kanus und schließlich beim Zuwasserlassen unterhielt? Keineswegs. Er musste nur einen Teil seiner Zeit der Beschaffung von Nahrung widmen, während er den übrigen Teil für Bau und Stapellauf des Kanus verwendete. Oder nehmen wir an, hundert Menschen landeten ohne jeden Proviant in einem neuen Land. Müssen sie einen Vorrat für eine ganze Jahreszeit ansammeln, bevor sie mit der Bodenbestellung beginnen können? Keineswegs. Erforderlich ist nur, dass Fische, Wild, Beeren und Ähnliches so reichlich vorhanden sind, dass ein Teil der Hundert täglich genug davon für den Unterhalt aller beschaffen kann, und dass ein Bewusstsein des gemeinsamen Interesses oder eine entsprechende Übereinstimmung der Bedürfnisse jene, die gegenwärtig Nahrung gewinnen, dazu bringt, mit denen zu teilen - also zu tauschen -, deren Anstrengungen erst künftig entlohnt werden.

Was in diesen Fällen gilt, gilt allgemein. Für die Herstellung von Dingen, die weder als Unterhalt dienen noch sofort genutzt werden können, müssen die zur Versorgung der Arbeitenden während der Produktion benötigten Güter nicht schon vorher erzeugt worden sein. Erforderlich ist nur, dass irgendwo innerhalb des Tauschkreises gleichzeitig genügend Unterhaltsmittel für die Arbeitenden erzeugt werden und die Bereitschaft besteht, diese gegen das Gut einzutauschen, an dem gearbeitet wird.

Und ist es nicht tatsächlich so, dass unter normalen Verhältnissen der laufende Verbrauch durch die laufende Produktion getragen wird?

Betrachten wir einen wohlhabenden Müßiggänger, der weder mit dem Kopf noch mit den Händen produktiv arbeitet, sondern, wie wir sagen,

von dem Vermögen lebt, das sein Vater ihm sicher in Staatsanleihen hinterlassen hat. Stammt sein Unterhalt tatsächlich aus früher angesammelten Gütern oder aus der produktiven Arbeit, die gegenwärtig um ihn herum geleistet wird? Auf seinem Tisch liegen frisch gelegte Eier, Butter, die erst vor wenigen Tagen hergestellt wurde, Milch, die die Kuh heute Morgen gab, Fische, die vor vierundzwanzig Stunden noch im Meer schwammen, Fleisch, das der Metzgerjunge gerade rechtzeitig zum Kochen brachte, frisches Gemüse aus dem Garten und Obst aus dem Obstgarten - kurz: kaum etwas, das nicht erst vor Kurzem aus der Hand produktiv Arbeitender kam. Zu ihnen müssen neben den in den ersten Produktionsstufen Tätigen auch Transportierende und Handelnde gerechnet werden. Mit Ausnahme vielleicht einiger Flaschen alten Weins wurde nichts davon vor längerer Zeit erzeugt. Was dieser Mann von seinem Vater geerbt hat und wovon er angeblich lebt, sind in Wahrheit keine Güter, sondern lediglich die Macht, über Güter zu verfügen, während andere sie erzeugen. Sein Unterhalt stammt aus dieser gegenwärtigen Produktion.

Die fünfzig Quadratmeilen Londons enthalten zweifellos mehr Güter als irgendeine gleich große Fläche anderswo. Käme die produktive Arbeit in London jedoch vollständig zum Erliegen, würden innerhalb weniger Stunden Menschen wie verendende Schafe zu sterben beginnen; nach einigen Wochen oder spätestens wenigen Monaten wäre kaum noch jemand am Leben. Eine vollständige Einstellung produktiver Arbeit wäre eine schrecklichere Katastrophe als alles, was je eine belagerte Stadt traf. Nicht nur ein äußerer Belagerungswall wie der des Titus um Jerusalem würde den ständigen Zufluss der Vorräte unterbrechen, von denen eine Großstadt lebt; vielmehr wäre gleichsam jeder einzelne Haushalt

von einem solchen Wall umgeben. Man stelle sich eine derartige Arbeitseinstellung in irgendeiner Gemeinschaft vor, und es wird deutlich, wie sehr die Menschheit tatsächlich von der Hand in den Mund lebt: Die tägliche Arbeit der Gemeinschaft versorgt sie mit ihrem täglichen Brot.

Der Unterhalt der Menschen, die die Pyramiden bauten, stammte nicht aus einem zuvor gehorteten Vorrat, sondern aus den fortlaufenden Ernten des Niltals. Ebenso weist eine moderne Regierung einem großen, auf Jahre angelegten Vorhaben nicht bereits erzeugte, sondern erst künftig entstehende Güter zu, die sie im Verlauf der Arbeiten durch Steuern von den Produzenten einzieht. Genauso stammt der Unterhalt der Menschen, die an Erzeugnissen arbeiten, welche nicht unmittelbar dem Lebensunterhalt dienen, aus der gleichzeitigen Herstellung von Unterhaltsmitteln durch andere.

Verfolgen wir den Tauschkreis, durch den die Arbeit an einer großen Dampfmaschine dem Arbeitenden Brot, Fleisch, Kleidung und Unterkunft verschafft, können zwischen dem Maschinenschlosser und den Produzenten dieser Güter tausend einzelne Tauschvorgänge liegen. Auf seinen Kern reduziert, handelt es sich dennoch um einen Austausch von Arbeit zwischen ihm und ihnen. Die Arbeit an der Maschine wird offenkundig deshalb aufgewendet, weil jemand, der über die vom Maschinenschlosser gewünschten Dinge verfügen kann, dafür eine Maschine erhalten möchte. Mit anderen Worten: Eine Nachfrage nach der Maschine besteht entweder bei den Herstellern von Brot, Fleisch und Ähnlichem oder bei Menschen, die etwas herstellen, was diese Produzenten wünschen. Diese Nachfrage lenkt die Arbeit des Maschinenschlossers auf die Herstellung der Maschine. Umgekehrt lenkt daher seine Nachfrage nach Brot, Fleisch und Ähnlichem eine gleichwertige Menge Arbeit auf die Erzeugung

dieser Dinge. Seine tatsächlich für die Dampfmaschine geleistete Arbeit bringt somit mittelbar die Güter hervor, für die er seinen Lohn ausgibt.

Oder als allgemeiner Grundsatz formuliert:

Die Nachfrage nach Konsumgütern bestimmt, in welche Richtung die Arbeit in der Produktion gelenkt wird.

Dieser Grundsatz ist so einfach und offenkundig, dass er keiner weiteren Veranschaulichung bedarf. In seinem Licht verschwinden jedoch alle Verwicklungen unseres Gegenstands. Selbst in den verschlungenen Abläufen moderner Produktion gewinnen wir damit dieselbe Sicht auf Ziele und Erträge der Arbeit, die uns die einfachen Produktions- und Tauschformen in den Anfängen der Gesellschaft vermittelt haben. Heute wie damals versucht jeder arbeitende Mensch durch eigene Anstrengung seine Bedürfnisse zu befriedigen. Die feine Arbeitsteilung weist zwar jedem Produzenten nur einen kleinen Teil der besonderen Dinge zu, die er erwerben möchte - vielleicht stellt er keines davon selbst her. Indem er jedoch zur Herstellung dessen beiträgt, was andere Produzenten wünschen, lenkt er deren Arbeit auf die Dinge, die er selbst braucht; der Wirkung nach erzeugt er sie also selbst. Fertigt er Taschenmesser und isst Weizen, ist der Weizen ebenso wirklich das Erzeugnis seiner Arbeit, als hätte er ihn selbst angebaut und den Weizenbauern die Herstellung ihrer Taschenmesser überlassen.

Daran erkennen wir vollständig, dass alles, was Arbeitende als Gegenleistung für ihre Arbeit erhalten oder verbrauchen, keinen Kapitalvorschuss an sie darstellt. Habe ich Taschenmesser hergestellt und mit dem erhaltenen Lohn Weizen gekauft, habe ich lediglich Taschenmesser gegen Weizen getauscht: Dem vorhandenen Güterbestand fügte ich

Taschenmesser hinzu und entnahm ihm Weizen. Solange die Grenze der Weizenproduktion nicht erreicht ist, kann man nicht einmal sagen, ich hätte den Weizenbestand vermindert. Denn die Nachfrage der Verbraucher bestimmt, in welche Richtung Arbeit in der Produktion eingesetzt wird. Indem ich Taschenmesser in den tauschbaren Güterbestand einbrachte und Weizen entnahm, lenkte ich am anderen Ende einer Kette von Tauschvorgängen Arbeit auf die Weizenproduktion. Ebenso lenkte der Weizenbauer, der Weizen einbrachte und Taschenmesser verlangte, Arbeit auf die Herstellung von Taschenmessern, weil er auf diesem Weg am leichtesten Weizen erwerben konnte.

Auch der Mensch hinter dem Pflug erzeugt durch seine Arbeit mittelbar die Nahrung, die er verzehrt, und den Lohn, den er erhält - obwohl die Saat für die Frucht, deren Boden er aufbricht, noch nicht ausgebracht ist und danach Monate bis zur Reife braucht. Denn das Pflügen ist zwar nur ein Teil der Erzeugung einer Ernte, aber es *ist* ein Teil davon und ebenso notwendig wie das Einbringen der Ernte. Es bildet einen Schritt auf dem Weg zur Ernte; durch die Aussicht auf den künftigen Ertrag setzt es aus dem ständig bereitgehaltenen Bestand den Unterhalt und Lohn des Pflügenden frei. Das ist nicht nur theoretisch, sondern praktisch und wörtlich wahr. Stellen wir das Pflügen zur richtigen Zeit ein: Würden sich Anzeichen von Knappheit nicht sofort zeigen, ohne dass man bis zur Ernte wartete? Würden die Folgen nicht unverzüglich in Kontoren, Maschinenwerkstätten und Fabriken spürbar? Kämen Webstuhl und Spindel nicht bald ebenso zum Stillstand wie der Pflug? Dass dies geschähe, erkennen wir an den unmittelbaren Folgen einer schlechten Erntezeit. Wenn dem so ist, erzeugt der Pflügende dann nicht ebenso wirklich seinen Unterhalt und seinen Lohn, als würde seine

tägliche oder wöchentliche Arbeit unmittelbar in den Dingen resultieren, gegen die sie eingetauscht wird?

Wo Arbeit Beschäftigung sucht, hindert Kapitalmangel einen Eigentümer tatsächlich nicht daran, Boden bewirtschaften zu lassen, der eine nachgefragte Ernte verspricht. Entweder vereinbart er eine Bewirtschaftung gegen Ertragsanteil, wie sie in Teilen der Vereinigten Staaten üblich ist; dann erhalten die Arbeitenden, wenn ihnen die Mittel zum Lebensunterhalt fehlen, aufgrund der bereits geleisteten Arbeit Kredit beim nächsten Händler. Oder der Landwirt will lieber Lohn zahlen und beschafft sich selbst Kredit. So wird die im Anbau geleistete Arbeit unmittelbar genutzt oder schon während ihrer Ausführung eingetauscht. Falls dabei überhaupt mehr verbraucht wird, als wenn die Beschäftigungslosen statt zu arbeiten betteln müssten - denn in einem zivilisierten Land müssen sie unter normalen Verhältnissen ohnehin unterhalten werden -, handelt es sich um Reservekapital, das die Aussicht auf Ersatz mobilisiert und das tatsächlich durch die fortschreitende Arbeit ersetzt wird. In den rein landwirtschaftlich geprägten Gebieten Südkaliforniens fiel 1877 beispielsweise die Ernte vollständig aus; von Millionen Schafen blieben nur die Knochen. Im großen San Joaquin Valley hatten viele Landwirte nicht einmal genügend Nahrung, um ihre Familien bis zur nächsten Ernte zu versorgen, geschweige denn Beschäftigte. Doch als die Regenfälle zur richtigen Jahreszeit zurückkehrten, stellten gerade diese Landwirte Arbeitskräfte zum Pflügen und Säen ein. Denn hier und da hatte ein Landwirt einen Teil seiner Ernte zurückgehalten. Sobald der Regen kam, wollte er vor der nächsten Ernte verkaufen, ehe die Preise sanken. Durch die Mechanismen von Tausch und Vorschuss gelangte das zurückgehaltene Getreide

so zu den Menschen, die den Boden bestellten: Es wurde durch die Arbeit für die nächste Ernte freigesetzt - der Wirkung nach hervorgebracht.

Die Folge von Tauschvorgängen, die Produktion und Verbrauch miteinander verbindet, lässt sich mit einem gebogenen, wassergefüllten Rohr vergleichen. Gießt man an einem Ende Wasser hinein, tritt am anderen eine gleiche Menge aus. Es ist nicht dasselbe Wasser, aber sein Gegenwert. Ebenso erhalten produktiv Arbeitende, während sie Arbeit leisten, als Lebensunterhalt und Lohn die Frucht ihrer Arbeit.

KAPITEL V DIE WIRKLICHEN FUNKTIONEN DES KAPITALS

Nun lässt sich fragen: Wenn Kapital weder für die Zahlung der Löhne noch für den Unterhalt der Arbeitenden während der Produktion erforderlich ist - welche Funktionen hat es dann?

Die bisherige Untersuchung hat die Antwort deutlich gemacht. Kapital besteht, wie wir gesehen haben, aus Gütern, die zur Gewinnung weiterer Güter eingesetzt werden - im Unterschied zu Gütern, die unmittelbar Bedürfnisse befriedigen. Oder, wie ich es definieren möchte: Kapital sind Güter im Tauschprozess.

Kapital steigert daher die Fähigkeit der Arbeit, Güter hervorzubringen: (1) Es ermöglicht den Einsatz wirksamerer Verfahren - etwa Muscheln mit einem Spaten statt mit bloßen Händen auszugraben oder ein Schiff durch Kohlefeuerung anzutreiben, statt es mit Rudern fortzubewegen. (2) Es ermöglicht der Arbeit, die Fortpflanzungs- und Wachstumskräfte der Natur zu nutzen - etwa Getreide durch Aussaat oder Tiere durch Zucht zu gewinnen. (3) Es ermöglicht Arbeitsteilung. Dadurch erhöht es einerseits die Leistungsfähigkeit des menschlichen Produktionsfaktors, weil besondere Fähigkeiten genutzt, Fertigkeiten erworben und Verluste vermieden werden. Andererseits erschließt es die Kräfte des natürlichen Produktionsfaktors in höchstem Maß, indem Unterschiede von Boden, Klima und Lage genutzt werden, sodass jede Güterart dort erzeugt wird, wo die Natur ihre Herstellung am stärksten begünstigt.

Kapital liefert nicht, wie irrtümlich gelehrt wird, die Stoffe, die Arbeit zu Gütern verarbeitet; die Natur liefert diese Stoffe. Teilweise verarbeitete

Stoffe, die sich im Tauschprozess befinden, sind allerdings Kapital.

Kapital stellt den Lohn nicht bereit und schießt ihn auch nicht vor, wie irrtümlich gelehrt wird. Lohn ist der Teil des Arbeitserzeugnisses, den die arbeitende Person erhält.

Kapital unterhält die Arbeitenden während ihrer Tätigkeit nicht, wie irrtümlich gelehrt wird. Die Arbeitenden erhalten sich durch ihre Arbeit: Wer ganz oder teilweise etwas erzeugt, das sich gegen Lebensmittel und andere Unterhaltsmittel eintauschen lässt, erzeugt damit tatsächlich seinen eigenen Unterhalt.

Kapital begrenzt daher nicht die wirtschaftliche Tätigkeit, wie irrtümlich gelehrt wird; deren einzige Grenze ist der Zugang zu natürlichen Stoffen. Kapital kann jedoch die Form und die Produktivität der Tätigkeit begrenzen, indem es den Einsatz von Werkzeugen und die Arbeitsteilung beschränkt.

Dass Kapital die Form der Produktion begrenzen kann, liegt auf der Hand. Ohne Fabrik gäbe es keine Fabrikarbeit; ohne Nähmaschine kein Nähen mit Maschinen; ohne Pflug keine Pflugarbeit. Und ohne einen großen, im Austausch eingesetzten Kapitalbestand könnte die Produktion nicht jene zahlreichen spezialisierten Formen annehmen, die dem Austausch dienen. Ebenso offenkundig ist, dass Werkzeugmangel die Produktivität der Arbeit stark begrenzen muss. Muss ein Landwirt den Spaten benutzen, weil sein Kapital nicht für einen Pflug reicht, die Sichel statt einer Erntemaschine und den Dreschflegel statt einer Dreschmaschine; muss der Maschinenschlosser Eisen mit dem Meißel bearbeiten und der Weber am Handwebstuhl arbeiten, kann die Produktivität kaum ein Zehntel dessen erreichen, was sie mit dem Kapital in Gestalt der besten heute verfügbaren Werkzeuge beträgt. Auch könnte die Arbeitsteilung kaum über ihre gröbsten, beinahe unmerklichen Anfänge

hinausgehen; und die Tauschbeziehungen, die sie ermöglichen, könnten sich nicht über die nächsten Nachbarn hinaus erstrecken, wenn nicht ein Teil der erzeugten Dinge fortwährend auf Lager oder unterwegs wäre. Selbst Jagd, Fischfang, das Sammeln von Nüssen und die Herstellung von Waffen könnten nicht so spezialisiert werden, dass sich jemand ausschließlich einer dieser Tätigkeiten widmet, wenn nicht ein Teil dessen, was jeder gewinnt, vom sofortigen Verbrauch zurückbehalten würde. Nur so kann jemand, der Dinge einer bestimmten Art beschafft, die übrigen bei Bedarf erhalten und mit dem Ertrag eines guten Tages den Mangel des nächsten ausgleichen. Um die feine Arbeitsteilung zu ermöglichen, die für eine hoch entwickelte Gesellschaft kennzeichnend und notwendig ist, müssen fortwährend große Mengen von Gütern aller Art auf Lager oder unterwegs sein. Damit ein Mitglied einer solchen Gesellschaft seine Arbeit nach eigener Wahl gegen die Arbeit der Menschen in seiner Umgebung oder in den entferntesten Teilen der Erde tauschen kann, müssen Waren in Lagerhäusern, Läden, Schiffsräumen und Eisenbahnwagen bereitliegen - ebenso wie Milliarden Liter Wasser in Reservoirs gespeichert und durch kilometerlange Leitungen geführt werden müssen, damit ein Bewohner einer Großstadt jederzeit ein Glas Wasser entnehmen kann.

Zu sagen, Kapital könne die Form oder die Produktivität der Produktion begrenzen, ist jedoch etwas völlig anderes als zu behaupten, Kapital begrenze die Produktion selbst. Der Lehrsatz der herrschenden Volkswirtschaftslehre, »Kapital begrenzt die Produktion«, meint nicht, dass Kapital die Form oder die Produktivität der Arbeit begrenze, sondern dass es die Betätigung der Arbeit selbst beschränke. Seine scheinbare Plausibilität bezieht dieser Satz aus der Annahme, Kapital

versorge die Arbeit mit Stoffen und Unterhalt. Diese Annahme hat sich als unbegründet erwiesen; und sobald man bedenkt, dass Kapital durch Arbeit hervorgebracht wird und Arbeit daher dem Kapital vorausgehen muss, zeigt sich ihre offenkundige Widersinnigkeit. Kapital kann die Form und die Produktivität der Produktion begrenzen. Daraus folgt aber ebenso wenig, dass es ohne Kapital keine Produktion geben könne, wie aus dem Fehlen eines mechanischen Webstuhls folgt, dass nicht gewebt werden könne; aus dem Fehlen einer Nähmaschine, dass nicht genäht werden könne; aus dem Fehlen eines Pflugs, dass kein Boden bestellt werden könne; oder dass in einer nur aus Robinson Crusoe bestehenden Gemeinschaft nicht gearbeitet werden könne, weil kein Austausch möglich ist.

Und zu sagen, Kapital *könne* die Form und Produktivität der Produktion begrenzen, ist wiederum etwas anderes als zu sagen, dass es dies tatsächlich *tut*. Die Fälle, in denen sich wahrheitsgemäß behaupten lässt, Form oder Produktivität der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Gemeinschaft würden durch ihren Kapitalbestand begrenzt, dürften sich bei näherer Prüfung eher als theoretisch denn als wirklich erweisen. Offenkundig würde ein umfassenderer Einsatz von Kapital in Ländern wie Mexiko oder Tunis die Produktionsformen stark verändern und ihre Produktivität außerordentlich erhöhen; häufig heißt es daher, solche Länder benötigten Kapital zur Erschließung ihrer Ressourcen. Liegt dahinter jedoch nicht ein tieferer Mangel, der den Kapitalmangel einschließt? Sind es nicht die Habgier und die Missbräuche der Regierung, unsichere Eigentumsverhältnisse sowie Unwissenheit und Vorurteile in der Bevölkerung, die Ansammlung und Einsatz von Kapital verhindern? Liegt die wirkliche Begrenzung nicht in diesen Umständen statt in einem Kapitalmangel -

zumal bereitgestelltes Kapital unter solchen Bedingungen gar nicht genutzt würde? Natürlich können wir uns eine Gemeinschaft vorstellen, in der Kapitalmangel das einzige Hindernis für eine höhere Arbeitsproduktivität bildet. Dazu müssen wir jedoch ein Zusammentreffen von Umständen annehmen, das kaum jemals vorkommt, außer zufällig oder als vorübergehende Phase. Als mögliche Beispiele erscheinen mir nur eine Gemeinschaft, deren Kapital durch Krieg, Brand oder eine Naturkatastrophe vernichtet wurde, und vielleicht eine Gemeinschaft zivilisierter Menschen, die sich gerade in einem neuen Land niedergelassen hat. Wie rasch das üblicherweise verwendete Kapital in einer vom Krieg verwüsteten Gesellschaft wiederhergestellt wird, ist jedoch seit Langem bekannt; ebenso auffällig ist, wie schnell eine neue Gemeinschaft das Kapital hervorbringt, das sie einsetzen kann oder einsetzen will.

Außer solchen seltenen und vorübergehenden Zuständen fällt mir kein Fall ein, in dem die Produktivität der Arbeit wirklich durch Kapitalmangel begrenzt wäre. Zwar kann es in einer Gesellschaft einzelne Menschen geben, die ihre Arbeit wegen fehlenden Kapitals nicht so wirksam einsetzen können, wie sie möchten. Solange in der Gesellschaft insgesamt jedoch genügend Kapital vorhanden ist, liegt die wirkliche Beschränkung nicht in dessen Mangel, sondern in seiner unzureichenden Verteilung. Beraubt eine schlechte Regierung die Arbeitenden ihres Kapitals, nehmen ungerechte Gesetze den Produzenten die Güter, mit denen sie die Produktion unterstützen würden, und übertragen sie diese an Menschen, die bloß von der Arbeit anderer leben, dann begrenzt schlechte Herrschaft die Wirksamkeit der Arbeit - nicht Kapitalmangel. Dasselbe gilt für Unwissenheit, Gewohnheiten oder andere Umstände, die den Kapitaleinsatz verhindern: Sie bilden die

tatsächliche Begrenzung. Einem Bewohner Feuerlands eine Kreissäge, einem beduinischen Araber eine Lokomotive oder einer Frau aus dem Volk der Flathead eine Nähmaschine zu geben, würde die Wirksamkeit ihrer Arbeit nicht erhöhen. Auch durch andere Geschenke ließe sich ihr Kapital kaum vergrößern; Güter, die über das hinausgingen, was sie bisher als Kapital einzusetzen gewohnt waren, würden verbraucht oder ungenutzt verfallen. Nicht der Mangel an Saatgut und Werkzeugen hält Apachen und Sioux vom Ackerbau ab. Selbst wenn man ihnen beides gäbe, würden sie es nicht produktiv verwenden, solange sie nicht zugleich sesshaft würden und lernten, den Boden zu bewirtschaften. Gäbe man ihnen in ihrem damaligen Zustand das gesamte Kapital Londons, hörte es schlicht auf, Kapital zu sein. Produktiv genutzt würde nur ein verschwindend kleiner Teil, der bei der Jagd helfen könnte; und selbst dieser Teil käme erst zum Einsatz, nachdem alle essbaren Bestandteile des ihnen überlassenen Vorrats verbraucht wären. Das Kapital, das sie tatsächlich benötigen, beschaffen sie sich dagegen selbst - in manchen Formen trotz größter Schwierigkeiten. Diese Völker jagen und kämpfen mit den besten Waffen amerikanischer und englischer Fabriken und übernehmen fortlaufend die neuesten Verbesserungen. Erst in dem Maß, in dem sie eine europäisch geprägte Lebensweise übernahmen, interessierten sie sich auch für die übrigen Kapitalformen, die eine solche Gesellschaft benötigt, und konnten sie sinnvoll verwenden.

Während der Herrschaft Georgs IV. brachten zurückkehrende Missionare einen neuseeländischen Häuptling namens Hongi mit nach England. Seine eindrucksvolle Erscheinung und seine kunstvolle Tätowierung erregten große Aufmerksamkeit. Vor seiner Rückkehr zu seinem Volk schenkten ihm der König und einige religiöse

Gesellschaften einen beträchtlichen Vorrat an Werkzeugen, landwirtschaftlichen Geräten und Saatgut. Der dankbare Neuseeländer setzte dieses Kapital tatsächlich zur Erzeugung von Nahrung ein - allerdings auf eine Weise, von der seine englischen Gastgeber kaum geträumt hatten. Auf der Rückreise tauschte er in Sydney alles gegen Waffen und Munition. Nach seiner Heimkehr begann er damit einen Krieg gegen einen anderen Stamm, und zwar mit solchem Erfolg, dass nach der ersten Schlacht dreihundert Gefangene gekocht und gegessen wurden. Hongi eröffnete das Mahl, indem er seinem tödlich verwundeten Gegner, dem Häuptling der anderen Seite, die Augen ausstach und verschlang und dessen warmes Blut trank. [13] Inzwischen sind die früher unablässigen Kriege beendet, und die verbliebenen Māori haben weitgehend europäische Lebensgewohnheiten übernommen. Viele von ihnen besitzen und nutzen heute erhebliche Mengen Kapital.

Ebenso wäre es falsch, die einfachen Produktions- und Tauschformen neuer Gemeinschaften allein auf Kapitalmangel zurückzuführen. Diese Formen benötigen wenig Kapital und sind für sich genommen grob und wenig leistungsfähig. Unter den Bedingungen solcher Gemeinschaften erweisen sie sich jedoch tatsächlich als die wirksamsten. Eine große Fabrik mit allen neuesten technischen Verbesserungen ist das leistungsfähigste bisher entwickelte Mittel, um Wolle oder Baumwolle zu Tuch zu verarbeiten - aber nur dann, wenn große Mengen hergestellt werden sollen. Das für ein kleines Dorf benötigte Tuch ließe sich mit Spinnrad und Handwebstuhl mit weit geringerem Arbeitsaufwand herstellen. Eine moderne Schnellpresse druckt je eingesetzter Arbeitskraft viele Tausend Exemplare, während ein Mann und ein Junge mit einer Stanhope- oder Franklin-Presse nur hundert herstellen würden. Für

die kleine Auflage einer Landzeitung ist die altmodische Presse dennoch bei Weitem die effizientere Maschine. Sollen gelegentlich zwei oder drei Personen befördert werden, ist ein Kanu zweckmäßiger als ein Dampfschiff. Einige Säcke Mehl lassen sich mit einem Packpferd und geringerem Arbeitsaufwand transportieren als mit einem Eisenbahnzug. Einen großen Warenbestand in einem Laden an einer Wegkreuzung im dünn besiedelten Hinterland vorzuhalten, wäre nichts anderes als Kapitalverschwendung. Allgemein zeigt sich daher: Die einfachen Produktions- und Tauschmittel dünn besiedelter neuer Länder beruhen weniger auf Kapitalmangel als darauf, dass sich mehr Kapital dort nicht gewinnbringend einsetzen lässt.

So wie ein Eimer unabhängig von der hineingegossenen Wassermenge niemals mehr als einen Eimer voll enthalten kann, wird auch kein größerer Güterbestand als Kapital verwendet, als jene Produktions- und Austauschverfahren benötigen, die unter den bestehenden Bedingungen - Bildungsstand, Gewohnheiten, Sicherheit, Bevölkerungsdichte und Ähnlichem - für die Bevölkerung am besten geeignet sind. Ich neige zu der Annahme, dass diese Menge im Allgemeinen auch vorhanden sein wird: Der gesellschaftliche Organismus bringt gewissermaßen die erforderliche Kapitalmenge hervor, so wie ein gesunder menschlicher Organismus die benötigte Fettreserve bildet.

Ob der Kapitalbestand die Produktivität der Arbeit überhaupt jemals begrenzt und damit eine Obergrenze festlegt, die der Lohn nicht überschreiten kann, mag dahingestellt bleiben. Offenkundig ist jedenfalls, dass die Armut der breiten Bevölkerung in den zivilisierten Ländern nicht aus Kapitalknappheit entsteht. Denn die Löhne erreichen nirgends die durch die

Produktivität der Arbeit bestimmte Grenze; zudem sind sie gerade dort relativ am niedrigsten, wo Kapital am reichlichsten vorhanden ist. In allen am weitesten entwickelten Ländern übersteigen die vorhandenen Werkzeuge und Maschinen offenkundig ihre tatsächliche Nutzung, und sobald sich eine Aussicht auf lohnende Beschäftigung bietet, steht mehr als das benötigte Kapital bereit. Der Eimer ist nicht nur voll, er läuft über. Dies ist so augenfällig, dass nicht nur Unkundige, sondern auch angesehene Ökonomen wirtschaftliche Flauten auf einen Überfluss an Maschinen und die Ansammlung von Kapital zurückführen. Zugleich gilt Krieg, der Kapital vernichtet, als Ursache lebhaften Handels und hoher Löhne - eine Vorstellung, die angesichts der gedanklichen Verwirrung auf diesem Gebiet bemerkenswerterweise auch viele vertreten, die behaupten, Kapital beschäftige Arbeit und zahle Löhne.

Wir wollen in dieser Untersuchung ein Problem lösen, auf das so viele widersprüchliche Antworten gegeben werden. Indem wir geklärt haben, was Kapital tatsächlich ist und was es tatsächlich leistet, haben wir den ersten und entscheidenden Schritt getan. Es ist jedoch nur der erste Schritt. Fassen wir ihn zusammen und gehen wir weiter.

Wir haben gesehen, dass die herrschende Theorie, wonach die Löhne vom Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitenden und dem für ihre Beschäftigung eingesetzten Kapital abhängen, nicht mit der allgemeinen Tatsache vereinbar ist, dass Lohn und Zins nicht gegensinnig, sondern gemeinsam steigen und fallen.

Dieser Widerspruch führte uns dazu, die Grundlagen der Theorie zu prüfen. Dabei zeigte sich: Entgegen der herrschenden Vorstellung stammen Löhne überhaupt nicht aus Kapital, sondern unmittelbar aus dem Erzeugnis der Arbeit,

für die sie gezahlt werden. Kapital schießt den Lohn nicht vor und unterhält die Arbeitenden nicht. Seine Aufgabe besteht darin, die Produktion mit Werkzeugen, Saatgut und ähnlichen Mitteln sowie mit den für den Austausch nötigen Gütern zu unterstützen.

Damit gelangen wir zwingend zu praktischen Folgerungen von solcher Bedeutung, dass die Sorgfalt ihrer Herleitung vollauf gerechtfertigt ist.

Wenn die Löhne nicht aus Kapital, sondern aus dem Arbeitserzeugnis stammen, sind die herrschenden Theorien über das Verhältnis von Kapital und Arbeit unhaltbar. Dann müssen auch alle Vorschläge scheitern, die Armut durch Vermehrung des Kapitals oder durch eine Begrenzung der Zahl oder der Leistungsfähigkeit der Arbeitenden lindern wollen - gleichgültig, ob sie von Professoren der Volkswirtschaftslehre oder von Arbeitenden selbst stammen.

Wenn jede arbeitende Person durch ihre Tätigkeit tatsächlich den Fonds schafft, aus dem ihr Lohn stammt, kann eine größere Zahl von Arbeitenden die Löhne nicht senken. Im Gegenteil: Da die Leistungsfähigkeit der Arbeit mit der Zahl der Arbeitenden offenbar zunimmt, müssten - unter sonst gleichen Bedingungen - auch die Löhne steigen.

Doch der notwendige Vorbehalt »unter sonst gleichen Bedingungen« führt uns zu einer Frage, die geklärt werden muss, bevor wir weitergehen können: Neigen die Produktivkräfte der Natur dazu, mit den wachsenden Anforderungen einer zunehmenden Bevölkerung abzunehmen?

ANMERKUNGEN ZUM ERSTEN BUCH

2 Dies gilt meines Erachtens auch für Thorntons Einwände. Er bestreitet zwar einen im Voraus festgelegten Lohnfonds, also einen für den Kauf von Arbeit ausgesonderten Teil des Kapitals. An der entscheidenden Annahme hält er jedoch fest: Löhne würden aus Kapital gezahlt, und eine Zu- oder Abnahme des Kapitals vergrößere oder verkleinere den für Löhne verfügbaren Fonds. Der gründlichste mir bekannte Angriff auf die Lohnfondslehre stammt von Professor Francis A. Walker (The Wages Question, New York 1876). Doch auch er räumt ein, dass Löhne zu einem großen Teil aus Kapital vorgeschossen würden - mehr könnte selbst der entschiedenste Verteidiger der Lohnfondslehre kaum verlangen - und übernimmt die malthusianische Theorie vollständig. Seine praktischen Folgerungen unterscheiden sich daher nicht von denen der Vertreter der herrschenden Lehre.

3 Some Leading Principles of Political Economy Newly Expounded, Kapitel 1, Teil 2.

4 Zeiten wirtschaftlicher Panik sind durch hohe Diskontsätze gekennzeichnet. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen hohen Zins im eigentlichen Sinn, sondern um eine hohe Prämie für die Übernahme von Risiken.

5 McCulloch schreibt beispielsweise (Anmerkung VI zu Wealth of Nations): »Der Teil des Kapitals oder Güterbestands eines Landes, den die Arbeitgeber für den Kauf von Arbeit ausgeben wollen oder auszugeben bereit sind, kann zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich groß sein. Unabhängig von seiner absoluten Größe bildet er jedoch offensichtlich die einzige Quelle, aus der irgendein Teil des Arbeitslohns stammen

kann. Es gibt keinen anderen Fonds, aus dem der Arbeitende als solcher auch nur einen Schilling beziehen könnte. Daraus folgt, dass die durchschnittliche Lohnhöhe - also der auf jeden Arbeitenden entfallende Anteil des für die Beschäftigung von Arbeit bestimmten nationalen Kapitals - vollständig von seiner Größe im Verhältnis zur Zahl derjenigen abhängen muss, unter denen es aufgeteilt wird.« Entsprechende Zitate ließen sich bei allen maßgeblichen Ökonomen finden.

6 Wir sprechen von Arbeit, die in der Produktion eingesetzt wird; der Einfachheit halber sollte die Untersuchung zunächst darauf beschränkt bleiben. Fragen nach der Vergütung unproduktiver Dienstleistungen werden daher besser zurückgestellt.

7 Dies zeigte sich auch im kalifornischen Sprachgebrauch: Goldwäscher bezeichneten ihren Ertrag als »Lohn« und sprachen je nach der gewonnenen Goldmenge von hohem oder niedrigem Lohn.

8 Geld kann als in den Händen des Verbrauchers gelten, sobald es zur Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist. Es wird zwar nicht selbst verbraucht, vertritt aber Güter, die verbraucht werden. Damit wird die im vorigen Absatz genannte übliche Einteilung von dieser Unterscheidung erfasst und ist im Wesentlichen richtig. Wenn ich in diesem Zusammenhang von Geld spreche, meine ich Münzgeld. Papiergeld kann zwar alle Funktionen von Münzen erfüllen, ist aber selbst kein Gut und kann daher kein Kapital sein.

9 »Die Produktion wird durch Kapital begrenzt ... Es kann nicht mehr Produktion geben, als mit zu verarbeitenden Stoffen und mit Nahrung versorgt werden kann. So selbstverständlich dies ist, wird doch oft vergessen, dass die

Bevölkerung eines Landes nicht durch das Erzeugnis gegenwärtiger, sondern vergangener Arbeit unterhalten und versorgt wird. Sie verbraucht, was bereits erzeugt worden ist, nicht das, was erst erzeugt werden soll. Von dem bereits Erzeugten ist nur ein Teil für den Unterhalt produktiver Arbeit bestimmt; und es wird nicht mehr produktive Arbeit geben können, als der dafür bestimmte Teil - das Kapital des Landes - ernähren und mit Stoffen und Werkzeugen ausstatten kann.« - John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Buch I, Kapitel V, Abschnitt I.

10 Der größeren Klarheit wegen spreche ich davon, dass Arbeit Kapital erzeugt. Was Arbeit stets hervorbringt, sind entweder Güter, die Kapital sein können, aber nicht müssen, oder Dienstleistungen; Fälle, in denen nichts erlangt wird, bilden lediglich außergewöhnliche Unglücksfälle. Dient die Arbeit allein der persönlichen Bedürfnisbefriedigung des Arbeitgebers - etwa wenn ich jemanden dafür bezahle, meine Stiefel zu putzen -, zahle ich den Lohn nicht aus Kapital, sondern aus Gütern, die ich nicht produktiven Zwecken, sondern meinem eigenen Verbrauch gewidmet habe. Selbst wenn man den so gezahlten Lohn als dem Kapital entnommen ansehen wollte, ginge der entsprechende Wert durch diesen Vorgang aus der Kategorie des Kapitals in diejenige der persönlichen Bedürfnisbefriedigung über - so wie wenn ein Zigarrenhändler ein Dutzend Zigarren aus seinem zum Verkauf bestimmten Bestand nimmt und zum eigenen Gebrauch einsteckt.

11 Millicent Garrett Fawcett, Political Economy for Beginners, Kapitel III, S. 25.

12 Die zitierten Worte stammen von Ricardo (Kapitel II); der Gedanke ist jedoch in den

maßgeblichen Lehrbüchern allgemein verbreitet.

13 Richard Taylor, New Zealand and its Inhabitants, London 1855, Kapitel XXI.

ZWEITES BUCH BEVÖLKERUNG UND LEBENSUNTERHALT

Stehen Gott und Natur denn im Streit,
dass die Natur solch böse Träume
weckt?
Um die Art scheint sie so besorgt,
so unbekümmert um das einzelne Leben.
- Tennyson

KAPITEL I DIE MALTHUSIANISCHE THEORIE – IHRE ENTSTEHUNG UND BEGRÜNDUNG

Hinter der Theorie, die wir soeben geprüft haben, steht eine weitere, die noch zu untersuchen ist. Die herrschende Lehre über Ursprung und Gesetz des Lohns findet ihre stärkste Stütze in einer ebenso allgemein anerkannten Lehre: in der nach Malthus benannten Annahme, dass die Bevölkerung von Natur aus schneller wächst als die Mittel zu ihrem Unterhalt. Beide Lehren greifen ineinander und bilden gemeinsam die Antwort, welche die herrschende Volkswirtschaftslehre auf das große Problem gibt, das wir zu lösen versuchen.

Die bisherigen Ausführungen haben meines Erachtens gezeigt, dass die herrschende Lehre, nach der die Löhne durch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeitenden bestimmt werden, jeder Grundlage entbehrt. Umso erstaunlicher ist es, wie allgemein und wie lange sie sich behaupten konnte. Dass eine solche Theorie in einer Gesellschaft

entstand, in der die große Masse der Arbeitenden bei Beschäftigung und Lohn von einer gesonderten Klasse von Kapitalbesitzern abhängig zu sein scheint, ist nicht verwunderlich. Ebenso wenig überrascht, dass sie sich unter diesen Bedingungen in der breiten Bevölkerung hielt, die sich nur selten die Mühe macht, Wirklichkeit und Anschein voneinander zu trennen. Erstaunlich ist jedoch, dass eine Theorie, die sich bei näherer Prüfung als so unbegründet erweist, nacheinander von so vielen scharfsinnigen Denkern übernommen wurde, die im 19. Jahrhundert ihre Kräfte der Klärung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaftslehre widmeten.

Die Erklärung für diese sonst kaum verständliche Tatsache liegt in der allgemeinen Anerkennung der malthusianischen Theorie. Die herrschende Lohntheorie wurde nie unvoreingenommen geprüft, weil sie - gestützt auf die Theorie von Malthus - den Ökonomen als selbstverständliche Wahrheit erschien. Beide Theorien verbinden, stärken und schützen einander. Zusätzlichen Rückhalt erhalten sie durch einen Grundsatz, der in den Erörterungen über die Grundrente besonders hervorgehoben wurde: Von einem bestimmten Punkt an bringt der weitere Einsatz von Kapital und Arbeit auf demselben Boden einen abnehmenden Ertrag. Zusammen liefern diese Lehren eine scheinbar mit allen Tatsachen übereinstimmende Erklärung der Erscheinungen einer hoch organisierten, sich fortentwickelnden Gesellschaft - und haben dadurch eine genauere Untersuchung verhindert.

Welcher der beiden Theorien historisch der Vorrang zukommt, lässt sich schwer sagen. Die Bevölkerungstheorie wurde erst dann so formuliert, dass sie als wissenschaftlicher Lehrsatz gelten konnte, nachdem dies bereits mit der Lohntheorie geschehen war. Beide entstehen und wachsen jedoch auf natürliche Weise miteinander und

wurden in mehr oder weniger roher Form schon lange vertreten, bevor jemand versuchte, ein System der Volkswirtschaftslehre zu errichten. Mehrere Passagen zeigen, dass die malthusianische Theorie in Ansätzen bereits im Denken Adam Smiths vorhanden war, obwohl er sie nie vollständig entwickelte. Darauf ist meines Erachtens zu einem großen Teil die falsche Richtung zurückzuführen, die seine Überlegungen zum Lohn nahmen. Wie dem auch sei: Beide Theorien sind so eng verbunden und ergänzen einander so vollständig, dass Buckle in seiner Darstellung der Entwicklung der Volkswirtschaftslehre - in der *Untersuchung des schottischen Geistes im 18. Jahrhundert* - hauptsächlich Malthus das Verdienst zuschreibt, die herrschende Lohntheorie durch die Lehre vom Druck der Bevölkerung auf die Unterhaltsmittel »entscheidend bewiesen« zu haben. In seiner *Geschichte der Zivilisation in England*, Band 3, Kapitel 5, schreibt er:

> »Kaum war das 18. Jahrhundert zu Ende gegangen, als entscheidend bewiesen wurde, dass der Ertrag der Arbeit allein von zwei Dingen abhängt: von der Größe des nationalen Fonds, aus dem sämtliche Arbeit bezahlt wird, und von der Zahl der Arbeitenden, unter denen dieser Fonds aufzuteilen ist. Diesen gewaltigen Erkenntnisfortschritt verdanken wir hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, Malthus. Sein Werk über die Bevölkerung bezeichnet nicht nur einen Wendepunkt in der Geschichte des theoretischen Denkens, sondern hat bereits beträchtliche praktische Wirkungen hervorgebracht und wird wahrscheinlich noch bedeutendere nach sich ziehen. Es erschien 1798; Adam Smith, der 1790 starb, entging daher die große Freude zu sehen,

> wie seine eigenen Ansichten darin eher erweitert als berichtigt wurden. Tatsächlich steht fest, dass es ohne Smith keinen Malthus gegeben hätte: Hätte Smith nicht das Fundament gelegt, hätte Malthus den Überbau nicht errichten können.«

Die berühmte Lehre, die seit ihrer Verkündung nicht nur die Volkswirtschaftslehre, sondern auch weit darüber hinausgehende Bereiche des Denkens so stark beeinflusst hat, formulierte Malthus folgendermaßen: Wie das Wachstum der nordamerikanischen Kolonien zeige, neige die Bevölkerung von Natur aus dazu, sich mindestens alle fünfundzwanzig Jahre zu verdoppeln und damit in einer geometrischen Reihe zu wachsen. Die Unterhaltsmittel, die sich dem Boden abgewinnen lassen, könnten dagegen »selbst unter den für menschliche Arbeit günstigsten Umständen unmöglich schneller als in einer arithmetischen Reihe zunehmen, also alle fünfundzwanzig Jahre nur um eine Menge wachsen, die der gegenwärtigen Produktion entspricht«. »Die notwendigen Folgen dieser beiden unterschiedlichen Wachstumsraten werden, wenn man sie zusammenführt, sehr auffällig sein«, fährt Malthus unbefangen fort. In Kapitel I stellt er sie so gegenüber:

> »Nehmen wir die Bevölkerung dieser Insel mit elf Millionen an und setzen wir voraus, die gegenwärtige Produktion reiche aus, um eine solche Zahl bequem zu ernähren. In den ersten fünfundzwanzig Jahren würde die Bevölkerung auf zweiundzwanzig Millionen anwachsen; da sich auch die Nahrungsmenge verdoppelt hätte, würden die Unterhaltsmittel dieser Zunahme entsprechen. In den nächsten fünfundzwanzig Jahren würde die Bevölkerung vierundvierzig Millionen betragen, die Unterhaltsmittel würden

> jedoch nur für dreiunddreißig Millionen ausreichen. Im folgenden Zeitraum stiege die Bevölkerung auf achtundachtzig Millionen, während die Unterhaltsmittel nur die Hälfte davon versorgen könnten. Am Ende des ersten Jahrhunderts betrüge die Bevölkerung hundertsechsundsiebzig Millionen; die Unterhaltsmittel reichten dagegen lediglich für fünfundfünfzig Millionen. Hunderteinundzwanzig Millionen Menschen blieben damit völlig unversorgt.«
>
> »Betrachten wir anstelle dieser Insel die ganze Erde, ist Auswanderung selbstverständlich ausgeschlossen. Setzen wir die heutige Bevölkerung mit einer Milliarde an, würde sich das Menschengeschlecht nach der Zahlenfolge 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256 vermehren, die Unterhaltsmittel dagegen nach der Folge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9. Nach zwei Jahrhunderten verhielte sich die Bevölkerung zu den Unterhaltsmitteln wie 256 zu 9, nach drei Jahrhunderten wie 4.096 zu 13; nach zweitausend Jahren wäre der Unterschied beinahe unermesslich.«

Ein solches Ergebnis wird selbstverständlich durch die physische Tatsache verhindert, dass nicht mehr Menschen leben können, als Unterhalt finden. Malthus folgert daher, die Tendenz der Bevölkerung zu unbegrenzter Vermehrung müsse entweder durch sittliche Selbstbeschränkung bei der Fortpflanzung oder durch jene verschiedenen Ursachen gebremst werden, welche die Sterblichkeit erhöhen und die er unter Laster und Elend zusammenfasst. Ursachen, die die Fortpflanzung verhindern, nennt er die *vorbeugende Hemmung*; Ursachen, welche die Sterblichkeit erhöhen, die *positive Hemmung*. Dies ist die berühmte malthusianische Lehre, wie

Malthus selbst sie im *Essay über das Bevölkerungsgesetz* darlegte.

Es lohnt sich nicht, länger bei dem Fehlschluss zu verweilen, der in der Annahme geometrischer und arithmetischer Wachstumsraten liegt. Dieses Spiel mit Zahlenverhältnissen erreicht kaum die gedankliche Höhe des bekannten Rätsels von Hase und Schildkröte, bei dem der Hase die Schildkröte bis in alle Ewigkeit verfolgt, ohne sie jemals einzuholen. Denn diese Annahme ist für die malthusianische Lehre nicht erforderlich; einige ihrer entschiedenen Anhänger weisen sie sogar ausdrücklich zurück. John Stuart Mill etwa bezeichnet sie als »einen unglücklichen Versuch, Dingen eine Genauigkeit zu verleihen, die eine solche nicht zulassen - einen Versuch, von dem jeder urteilsfähige Mensch erkennen muss, dass er für die Beweisführung völlig entbehrlich ist«. [14] Der Kern der malthusianischen Lehre besteht darin, dass die Bevölkerung schneller zu wachsen neige als die Fähigkeit, Nahrung bereitzustellen. Ob man diesen Unterschied wie Malthus als geometrisches Wachstum der Bevölkerung und arithmetisches Wachstum der Unterhaltsmittel beschreibt oder wie Mill als gleichbleibende Wachstumsrate der Bevölkerung und abnehmende Wachstumsrate der Unterhaltsmittel, ist lediglich eine Frage der Formulierung. Der entscheidende Punkt, in dem beide übereinstimmen, lautet mit Malthus: »In der Bevölkerung besteht eine natürliche Tendenz und ein ständiges Streben, über die vorhandenen Unterhaltsmittel hinauszuwachsen.«

In ihrer stärksten und am wenigsten angreifbaren Form lässt sich die heute vertretene malthusianische Lehre so zusammenfassen:

> Eine Bevölkerung, die fortwährend zur Vermehrung neigt, muss, wenn sie nicht gehemmt wird, schließlich an die Grenze der Unterhaltsmittel stoßen - nicht an eine

> starre, sondern an eine elastische Schranke, welche die Beschaffung des Lebensunterhalts zunehmend erschwert. Überall dort, wo die Fortpflanzung genügend Zeit hatte, ihre Kraft zu entfalten, und nicht durch Vorsicht begrenzt wird, muss daher ein solches Maß an Not bestehen, dass die Bevölkerung innerhalb der Grenzen der Unterhaltsmittel bleibt.

Diese Theorie widerspricht der Vorstellung einer durch schöpferische Güte und Weisheit bewirkten harmonischen Ordnung in Wahrheit nicht stärker als jene selbstzufriedene Nicht-Theorie, die Armut und ihre Begleiterscheinungen den unerforschlichen Beschlüssen der Vorsehung zuschreibt, ohne deren Ursachen untersuchen zu wollen. Doch indem sie Laster und Leiden ausdrücklich zu notwendigen Folgen eines natürlichen Triebs erklärt, mit dem die reinsten und innigsten Gefühle verbunden sind, gerät sie heftig mit tief im menschlichen Denken verwurzelten Vorstellungen in Konflikt. Sobald sie förmlich verkündet worden war, wurde sie daher mit einer Erbitterung bekämpft, in der sich häufig mehr Eifer als Logik zeigte. Die Theorie hat diese Prüfung jedoch triumphierend bestanden. Trotz der Widerlegungsversuche der Godwins, der Anklagen der Cobbetts und aller Geschosse, die Beweisführung, Sarkasmus, Spott und Gefühl gegen sie richten konnten, gilt sie heute in der Welt des Denkens als anerkannte Wahrheit, die selbst diejenigen zur Zustimmung zwingt, die ihr gern widersprechen würden.

Die Gründe ihres Sieges und die Quellen ihrer Stärke liegen offen zutage. Scheinbar wird die malthusianische Theorie durch eine unbestreitbare mathematische Wahrheit gestützt: Eine fortwährend wachsende Bevölkerung müsse schließlich die Fähigkeit der Erde übersteigen,

Nahrung oder auch nur Raum zum Leben bereitzustellen. Hinzu kommen Analogien aus dem Tier- und Pflanzenreich, wo das Leben überall verschwenderisch gegen die Schranken drängt, welche die verschiedenen Arten begrenzen. Die Entwicklung des modernen Denkens, die Unterschiede zwischen den Lebensformen zunehmend einebnet, hat diesen Analogien immer größeres Gewicht verliehen. Scheinbar bestätigt wird die Theorie außerdem durch viele augenfällige Tatsachen: die Verbreitung von Armut, Laster und Elend in dicht besiedelten Gebieten; die allgemeine Wirkung materiellen Fortschritts, der die Bevölkerung vermehrt, ohne die Armut zu lindern; das rasche Wachstum der Bevölkerung in neu besiedelten Ländern und ihre offenkundig verlangsamte Zunahme in dichter besiedelten Ländern infolge der Sterblichkeit jener Schichten, die zur Not verurteilt sind.

Die malthusianische Theorie liefert einen allgemeinen Grundsatz, der diese und ähnliche Tatsachen erklärt - und zwar in einer Weise, die mit der Lehre vereinbar ist, Löhne stammten aus Kapital, sowie mit allen daraus abgeleiteten Grundsätzen. Nach der herrschenden Lohntheorie sinkt der Lohn, weil eine wachsende Zahl von Arbeitenden eine immer feinere Aufteilung des Kapitals verlangt. Nach der malthusianischen Theorie entsteht Armut, weil die wachsende Bevölkerung eine immer feinere Aufteilung der Unterhaltsmittel erzwingt. Man braucht lediglich Kapital mit Unterhaltsmitteln und die Zahl der Arbeitenden mit der Bevölkerung gleichzusetzen - eine Gleichsetzung, die in den gängigen volkswirtschaftlichen Abhandlungen durch den häufigen Austausch dieser Begriffe tatsächlich vorgenommen wird -, und beide Sätze sind nicht nur inhaltlich, sondern auch formal identisch. [15] Deshalb konnte Buckle in der bereits zitierten Passage

erklären, die von Malthus entwickelte Bevölkerungstheorie habe die von Smith vertretene Lohntheorie entscheidend bewiesen.

Ricardo berichtigte einige Jahre nach dem Erscheinen des *Essays über das Bevölkerungsgesetz* den Irrtum Smiths über Wesen und Ursache der Grundrente. Damit verschaffte er der malthusianischen Theorie eine weitere Stütze. Er wies darauf hin, dass die Grundrente steige, wenn die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung dazu zwängen, immer weniger ertragreiche Böden oder immer weniger ertragreiche Einsatzstufen auf demselben Boden zu bewirtschaften. So entstand eine dreifache Verbindung, durch welche die malthusianische Theorie von beiden Seiten gestützt wurde. Die zuvor anerkannte Lohntheorie und die später anerkannte Theorie der Grundrente erschienen nun lediglich als besondere Beispiele für die Wirkung jenes allgemeinen Grundsatzes, der mit dem Namen Malthus verbunden ist: Sinkende Löhne und steigende Grundrenten bei wachsender Bevölkerung galten nur als unterschiedliche Erscheinungsformen des Drucks der Bevölkerung auf die Unterhaltsmittel.

Damit nahm die malthusianische Theorie ihren Platz im Grundgerüst der Volkswirtschaftslehre ein. Denn seit Ricardo hat die allgemein anerkannte Lehre keine wesentliche Veränderung oder Verbesserung erfahren, auch wenn einzelne Punkte verdeutlicht und anschaulicher gemacht wurden. Die Theorie widerspricht zwar den bereits erwähnten Empfindungen, nicht jedoch anderen Vorstellungen, die zumindest in älteren Ländern unter den arbeitenden Klassen weit verbreitet sind. Im Gegenteil: Wie die Lohntheorie, von der sie gestützt wird und die sie ihrerseits stützt, stimmt sie mit diesen Vorstellungen überein. Für Handwerker und Fabrikarbeiter liegt die Ursache niedriger

Löhne und fehlender Beschäftigung offenkundig in dem durch die große Zahl der Arbeitenden verursachten Wettbewerb; und was scheint in den elenden Wohnstätten der Armut einleuchtender als die Annahme, es gebe zu viele Menschen?

Der wichtigste Grund für den Sieg dieser Theorie liegt jedoch darin, dass sie keine bestehenden Rechte bedroht und keinen mächtigen Interessen widerspricht. Für jene Klassen, die mit der Macht des Vermögens das Denken weithin beherrschen, wirkt sie im Gegenteil ausgesprochen beruhigend. In einer Zeit, in der alte Rechtfertigungen zerfielen, kam sie den besonderen Privilegien zu Hilfe, durch die wenige Menschen so viele Güter dieser Welt an sich ziehen. Sie erklärte Not und Elend zu Folgen einer natürlichen Ursache - Erscheinungen, die jede politische Ordnung verurteilen müssten, wenn sie auf gesellschaftliche Einrichtungen zurückzuführen wären. Der *Essay über das Bevölkerungsgesetz* war ausdrücklich als Antwort auf William Godwins *Untersuchung über politische Gerechtigkeit* gedacht, ein Werk, das den Grundsatz menschlicher Gleichheit vertrat. Sein Zweck bestand darin, die bestehende Ungleichheit zu rechtfertigen, indem er die Verantwortung dafür von menschlichen Einrichtungen auf die Gesetze des Schöpfers verlagerte. Neu war dies nicht: Schon fast vierzig Jahre zuvor hatte Wallace auf Forderungen nach einer gerechten Verteilung der Güter mit der Gefahr übermäßiger Vermehrung geantwortet. Die damaligen Umstände bewirkten jedoch, dass dieselbe Vorstellung, als Malthus sie vorbrachte, einer mächtigen Klasse besonders willkommen war. Der Ausbruch der Französischen Revolution hatte in ihr eine heftige Furcht vor jeder Infragestellung der bestehenden Verhältnisse geweckt.

Heute wie damals wehrt die malthusianische Lehre Forderungen nach Reformen ab. Indem sie eine unabwendbare Notwendigkeit

dazwischenschiebt, schützt sie den Eigennutz vor kritischen Fragen und vor dem Gewissen. Sie liefert eine Philosophie, mit deren Hilfe Dives, der reiche Mann, beim Festmahl das Bild des vor seiner Tür hungernden Lazarus verdrängen kann; mit deren Hilfe der Reichtum selbstzufrieden die Taschen zuknöpft, wenn die Armut um ein Almosen bittet; und mit deren Hilfe sich der reiche Christ am Sonntag in einer bequem gepolsterten Kirchenbank niederbeugt, um den Allvater um seine guten Gaben anzuflehen - ohne jede Verantwortung für das erbärmliche Elend zu empfinden, das nur einen Häuserblock entfernt wuchert. Denn Armut, Not und Hunger sind nach dieser Theorie weder persönlicher Habgier noch gesellschaftlichen Fehlordnungen anzulasten. Sie sind unvermeidliche Folgen allgemeiner Gesetze, gegen die aufzubegehren ebenso aussichtslos wäre wie ein Streit mit dem Gesetz der Schwerkraft - sofern es nicht sogar als gottlos erschiene. Wer inmitten der Not Vermögen angehäuft hat, hat nach dieser Vorstellung lediglich eine kleine Oase gegen den treibenden Sand eingefriedet, der sie sonst verschüttet hätte. Er hat für sich gewonnen, aber niemandem geschadet. Selbst wenn die Reichen Christi Gebot wörtlich befolgten und ihr Vermögen unter den Armen verteilten, wäre nichts erreicht. Die Bevölkerung würde wachsen und bald erneut an die Grenzen der Unterhaltsmittel oder des Kapitals stoßen; die entstandene Gleichheit wäre nur eine Gleichheit gemeinsamen Elends. Reformen, die in die Interessen einer mächtigen Klasse eingreifen würden, erscheinen damit als aussichtslos. Das Sittengesetz verbietet, den Verfahren vorzugreifen, mit denen das Naturgesetz die überschüssige Bevölkerung beseitigt und so eine Vermehrungskraft begrenzt, die stark genug wäre, die Erdoberfläche mit Menschen zu füllen wie eine Dose mit Sardinen. Deshalb könne weder durch

persönliches noch durch gemeinschaftliches Handeln wirklich etwas zur Beseitigung der Armut getan werden - außer auf die Wirksamkeit der Bildung zu vertrauen und die Notwendigkeit vorsichtigen Verhaltens zu predigen.

Eine Theorie, die an die Denkgewohnheiten der ärmeren Klassen anknüpft und zugleich die Habgier der Reichen sowie den Eigennutz der Mächtigen rechtfertigt, verbreitet sich rasch und schlägt tiefe Wurzeln. Genau dies ist mit der von Malthus entwickelten Theorie geschehen.

In jüngerer Zeit hat die malthusianische Theorie durch den raschen Wandel der Vorstellungen über den Ursprung des Menschen und die Entstehung der Arten neue Unterstützung erhalten. Dass Buckle zu Recht behauptete, ihre Verkündung habe einen Wendepunkt in der Geschichte des theoretischen Denkens markiert, ließe sich meines Erachtens leicht zeigen. Ihren Einfluss auf die höheren Bereiche der Philosophie nachzuzeichnen - Buckles eigenes Werk ist dafür ein Beispiel - wäre zwar außerordentlich interessant, würde jedoch über den Rahmen dieser Untersuchung hinausführen. Bei jeder Beurteilung der heutigen Stärke der Theorie muss aber berücksichtigt werden, wie viel Unterstützung ihr die neue, sich rasch in alle Richtungen ausbreitende Entwicklungslehre gewährt - gleichgültig, wie viel davon Rückwirkung und wie viel ursprünglicher Einfluss ist. In der Volkswirtschaftslehre erhoben Lohn- und Grundrententheorie gemeinsam die malthusianische Lehre in den Rang einer zentralen Wahrheit. Die Übertragung verwandter Vorstellungen auf die Entwicklung des Lebens in allen seinen Formen verleiht ihr nun eine noch höhere und scheinbar unangreifbarere Stellung. Agassiz, bis zu seinem Tod ein entschiedener Gegner der neuen Entwicklungslehre, bezeichnete den Darwinismus als »Malthus durch und durch«. [16]

Darwin selbst erklärt, der Kampf ums Dasein sei »die mit vielfacher Kraft auf das gesamte Tier- und Pflanzenreich angewandte Lehre von Malthus«. [17]

Dennoch scheint es mir nicht ganz richtig, die Theorie der Entwicklung durch natürliche Auslese oder das Überleben der am besten Angepassten als erweiterten Malthusianismus zu bezeichnen. Die Lehre von Malthus enthielt ursprünglich nicht notwendig die Vorstellung eines Fortschritts. Diese wurde ihr jedoch bald hinzugefügt. McCulloch [18] führt den gesellschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der Künste auf das »Vermehrungsprinzip« zurück. Die dadurch entstehende Armut, so erklärt er, wirke als mächtiger Antrieb für die Entwicklung der Produktion, die Ausweitung der Wissenschaft und die Anhäufung von Vermögen durch die oberen und mittleren Klassen; ohne diesen Antrieb würde die Gesellschaft rasch in Teilnahmslosigkeit und Verfall versinken. Ist dies etwas anderes als die Anerkennung der entwickelnden Wirkungen von »Kampf ums Dasein« und »Überleben der am besten Angepassten« für die menschliche Gesellschaft? Nach heutiger naturwissenschaftlicher Lehre sind gerade dies die Mittel, mit denen die Natur sämtliche unendlich vielfältigen und erstaunlich angepassten Formen hervorgebracht hat, in denen sich das reiche Leben der Erde zeigt. Ist es etwas anderes als die Anerkennung jener scheinbar grausamen und erbarmungslosen Kraft, die im Lauf zahlloser Zeitalter dennoch höhere aus niedrigeren Formen entwickelt, Mensch und Affe voneinander geschieden und auf die Steinzeit das 19. Jahrhundert folgen lassen hat?

Auf diese Weise empfohlen und scheinbar bewiesen, mit anderen Lehren verbunden und durch sie gestützt, gilt die malthusianische Theorie heute weithin als unbestreitbare Wahrheit. Danach beruht Armut auf dem Druck der Bevölkerung

gegen die Unterhaltsmittel; anders ausgedrückt: Die wachsende Zahl der Arbeitenden müsse die Löhne stets auf jenes Mindestmaß herabdrücken, bei dem sich die arbeitende Bevölkerung gerade noch fortpflanzen kann. Im Licht dieser Lehre werden gesellschaftliche Erscheinungen erklärt - so wie über Jahrhunderte die Himmelserscheinungen unter der Annahme gedeutet wurden, die Erde stehe fest, oder geologische Befunde unter der Annahme, der mosaische Bericht sei wörtlich göttlich eingegeben. Ginge es allein nach Autoritäten, erforderte die ausdrückliche Zurückweisung dieser Lehre beinahe so viel Kühnheit wie der kürzlich begonnene Feldzug eines schwarzen Predigers gegen die Auffassung, die Erde bewege sich um die Sonne. Denn in der einen oder anderen Form findet die malthusianische Lehre in der geistigen Welt nahezu allgemeine Zustimmung und tritt in der anspruchsvollsten ebenso wie in der verbreitetsten Literatur der Gegenwart überall hervor. Ökonomen und Staatsmänner, Historiker und Naturforscher vertreten sie; sozialwissenschaftliche Kongresse und Gewerkschaften; Kirchenvertreter und Materialisten; strengste Konservative und entschiedenste Radikale. Viele Menschen gehen wie selbstverständlich von ihr aus, obwohl sie nie von Malthus gehört haben und nicht die geringste Vorstellung davon besitzen, was seine Theorie besagt.

Doch so, wie sich die Grundlagen der herrschenden Lohntheorie bei unvoreingenommener Prüfung aufgelöst haben, werden meines Erachtens auch die Grundlagen ihrer Zwillingslehre verschwinden. Mit dem Nachweis, dass Löhne nicht aus Kapital stammen, haben wir diesen Antäus von der Erde gehoben.

KAPITEL II SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEN TATSACHEN

Die allgemeine Anerkennung der malthusianischen Theorie und die hohe Autorität ihrer Befürworter ließen es mir zweckmäßig erscheinen, ihre Grundlagen und die Ursachen zu untersuchen, die ihr in der Erörterung gesellschaftlicher Fragen einen so beherrschenden Einfluss verschafft haben.

Unterzieht man die Theorie selbst jedoch einer nüchternen Prüfung, erweist sie sich meines Erachtens als ebenso unhaltbar wie die herrschende Lohntheorie.

Erstens beweisen die zu ihrer Stützung angeführten Tatsachen die Theorie nicht, und auch die Analogien sprechen nicht für sie.

Zweitens gibt es Tatsachen, die sie eindeutig widerlegen.

Ich treffe den Kern der Sache mit der Feststellung, dass weder Erfahrung noch Analogie zu der Annahme berechtigen, die Bevölkerung neige dazu, schneller zu wachsen als die Unterhaltsmittel. Die dafür angeführten Tatsachen zeigen lediglich Folgendes: Wo das menschliche Leben wegen dünner Besiedlung - wie in neuen Ländern - oder wegen ungleicher Verteilung des Wohlstands - wie bei den ärmeren Klassen alter Länder - von den physischen Notwendigkeiten des Daseins beherrscht wird, ist die Fortpflanzungsrate so hoch, dass sie bei ungebremster Fortdauer irgendwann die Unterhaltsmittel übersteigen würde. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, die Fortpflanzungsneigung werde sich mit derselben Stärke zeigen, wenn die Bevölkerung hinreichend dicht und der Wohlstand hinreichend gleichmäßig verteilt ist, um die ganze Gemeinschaft über die

Notwendigkeit zu erheben, ihre Kräfte im bloßen Kampf ums Dasein einzusetzen. Ebenso wenig darf man annehmen, die Fortpflanzungsneigung müsse durch die von ihr verursachte Armut das Entstehen einer solchen Gemeinschaft verhindern. Damit würde man gerade den strittigen Punkt voraussetzen und sich im Kreis bewegen. Selbst wenn eingeräumt wird, dass die Vermehrungsneigung letztlich Armut hervorbringen müsse, folgt daraus allein noch nicht, dass die bestehende Armut auf diese Ursache zurückgeht. Das dürfte erst behauptet werden, wenn erwiesen wäre, dass keine anderen Ursachen sie erklären können - ein Nachweis, der beim heutigen Zustand von Regierung, Gesetzen und Gebräuchen offenkundig unmöglich ist.

Dies zeigt der *Essay über das Bevölkerungsgesetz* selbst zur Genüge. Dieses berühmte Buch, über das weit häufiger gesprochen wird, als dass man es liest, ist noch immer lesenswert - wenn auch nur als literarische Kuriosität. Der Gegensatz zwischen den Vorzügen des Buches und der Wirkung, die es tatsächlich hervorgebracht hat oder die ihm zumindest zugeschrieben wird, gehört meines Erachtens zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der Literaturgeschichte. Zwar teilen Sir James Steuart, Townsend und andere mit Malthus den Ruhm, das »Bevölkerungsgesetz« entdeckt zu haben; doch erst die Veröffentlichung des *Essays über das Bevölkerungsgesetz* rückte es in den Vordergrund. So ist leicht zu verstehen, weshalb Godwin, dessen *Untersuchung über politische Gerechtigkeit* den Essay veranlasst hatte, eine Erwiderung bis ins hohe Alter verschmähte. Das Buch beginnt mit der Annahme, die Bevölkerung neige zum Wachstum in geometrischer Reihe, während sich die Unterhaltsmittel bestenfalls in arithmetischer Reihe vermehren ließen. Diese Annahme ist genauso

stichhaltig - und nicht stichhaltiger - wie die Behauptung, aus der Tatsache, dass sich bei einem jungen Hund die Länge des Schwanzes verdoppelt, während sein Gewicht um eine bestimmte Zahl von Pfunden zunimmt, folge ein geometrisches Wachstum des Schwanzes und ein arithmetisches Wachstum des Gewichts. Auch die Folgerung daraus entspricht genau dem, was Swift in einer Satire den Gelehrten einer zuvor hundelosen Insel hätte zuschreiben können: Brächten sie beide Reihen zusammen, könnten sie als höchst »auffällige Folge« errechnen, dass der Schwanz mehr als eine Meile lang und außerordentlich schwer zu bewegen wäre, sobald der Hund fünfzig Pfund wiegt. Sie würden dann die vorbeugende Hemmung durch einen Verband als einzige Alternative zur positiven Hemmung durch fortgesetzte Amputationen empfehlen. Nach einem so absurden Anfang enthält der Essay eine lange Begründung für Zölle auf die Einfuhr und Prämien auf die Ausfuhr von Getreide - eine Vorstellung, die längst im Reich widerlegter Irrtümer verschwunden ist. Seine argumentierenden Abschnitte sind durchweg von Stellen geprägt, die bei dem ehrwürdigen Geistlichen eine geradezu lächerliche Unfähigkeit zu folgerichtigem Denken erkennen lassen. So behauptet er etwa, eine Erhöhung des Tageslohns von achtzehn Pence oder zwei Schilling auf fünf Schilling müsse den Fleischpreis zwangsläufig von acht oder neun Pence auf zwei oder drei Schilling je Pfund treiben; die Lage der arbeitenden Klassen würde sich daher nicht verbessern. Als annähernd vergleichbar fällt mir nur die Behauptung eines Druckers ein, der allen Ernstes erklärte: Ein ihm bekannter Schriftsteller sei vierzig gewesen, als er selbst zwanzig war; nun müsse der Schriftsteller achtzig sein, weil er, der Drucker, jetzt vierzig sei. Diese gedankliche Verwirrung tritt nicht nur gelegentlich hervor,

sondern prägt das gesamte Werk. [19] Den Hauptteil des Buches nimmt in Wahrheit eine Widerlegung der von ihm vertretenen Theorie ein. Denn Malthus' Überblick über die von ihm so genannten positiven Hemmnisse der Bevölkerung zeigt lediglich, dass die von ihm der Überbevölkerung zugeschriebenen Folgen tatsächlich andere Ursachen haben. Unter allen von ihm behandelten Fällen - und seine Übersicht erstreckt sich fast über den gesamten Erdball -, in denen Laster und Elend die Zunahme durch die Begrenzung von Eheschließungen oder die Verkürzung des menschlichen Lebens hemmen, findet sich kein einziger, bei dem Laster und Elend auf eine wirkliche Zunahme der Zahl der zu ernährenden Münder über die Fähigkeit der zugehörigen Hände hinaus zurückgeführt werden könnten. In jedem Fall zeigt sich vielmehr, dass Laster und Elend entweder aus gemeinschaftsfeindlicher Unwissenheit und Habgier oder aus schlechter Regierung, ungerechten Gesetzen oder zerstörerischen Kriegen entstehen.

Was Malthus nicht nachzuweisen vermochte, hat auch nach ihm niemand nachgewiesen. Vergeblich kann man die Erde überblicken und die Geschichte durchforschen, um ein Beispiel für ein Land von beträchtlicher Größe zu finden, [20] in dem sich Armut und Not mit Recht dem Druck einer wachsenden Bevölkerung zuschreiben ließen. Welche Gefahren die menschliche Vermehrungsfähigkeit auch bergen mag - sie sind bisher nie in Erscheinung getreten. Was irgendwann einmal eintreten mag: Dies jedenfalls war noch nie das Übel, das die Menschheit bedrängt hat. Die Bevölkerung soll stets dazu neigen, die Grenze der Unterhaltsmittel zu überschreiten! Wie kommt es dann, dass unser Erdball nach all den Tausenden, nach heutiger Annahme sogar Millionen von Jahren menschlicher Existenz noch immer so dünn besiedelt ist? Wie

kommt es, dass so viele einstige Zentren menschlichen Lebens verlassen liegen, dass Dschungel auf ehemals bestellten Feldern wuchert und wilde Tiere ihre Jungen dort lecken, wo einst das geschäftige Leben der Menschen pulsierte?

Wenn wir unsere wachsenden Millionenzahlen betrachten, übersehen wir leicht eine Tatsache, die dennoch Tatsache bleibt: In der uns bekannten Weltgeschichte kommt ein Rückgang der Bevölkerung ebenso häufig vor wie ihr Wachstum. Ob die Gesamtbevölkerung der Erde heute größer ist als in irgendeiner früheren Epoche, lässt sich nur vermuten. Seit Montesquieu zu Beginn des 18. Jahrhunderts die damals wohl verbreitete Ansicht äußerte, die Bevölkerung der Erde sei seit Beginn der christlichen Zeitrechnung erheblich zurückgegangen, hat sich die Meinung in die entgegengesetzte Richtung bewegt. Neuere Forschungen und Entdeckungen neigen jedoch dazu, den für übertrieben gehaltenen Berichten antiker Historiker und Reisender mehr Glauben zu schenken. Sie weisen auf dichtere Bevölkerungen und höher entwickelte Zivilisationen hin, als man zuvor angenommen hatte, und ebenso auf ein höheres Alter des Menschengeschlechts. Wenn wir unsere Bevölkerungsschätzungen auf die Entwicklung des Handels, den Fortschritt der Künste und die Größe der Städte stützen, unterschätzen wir leicht die Bevölkerungsdichte, die durch den für frühe Zivilisationen typischen intensiven Anbau erhalten werden kann - besonders mithilfe von Bewässerung. Wie die sorgfältig bewirtschafteten Gebiete Chinas und Europas zeigen, kann eine sehr große Bevölkerung mit einfachen Lebensgewohnheiten auch bei geringem Handel, bei einem weit niedrigeren Stand jener Künste, in denen der moderne Fortschritt besonders hervortritt, und ohne die für moderne

Bevölkerungen typische Konzentration in Städten ohne Weiteres bestehen. [21]

Wie dem auch sei: Der einzige Kontinent, von dem wir mit Sicherheit sagen können, dass er heute mehr Menschen beherbergt als jemals zuvor, ist Europa. Doch selbst das gilt nicht für alle seine Teile. Griechenland, die Mittelmeerinseln und der europäische Teil der Türkei hatten gewiss, Italien wahrscheinlich und Spanien möglicherweise einst größere Bevölkerungen als heute. Dasselbe kann für Nordwesteuropa sowie für Teile Mittel- und Osteuropas gelten.

Auch die Bevölkerung Amerikas hat während der uns bekannten Zeit zugenommen; doch der Zuwachs ist geringer, als gewöhnlich angenommen wird. Nach manchen Schätzungen hatte allein Peru zur Zeit der Entdeckung mehr Einwohner, als heute auf dem gesamten südamerikanischen Kontinent leben. Alle Anzeichen sprechen zudem dafür, dass Amerikas Bevölkerung schon vor der Entdeckung im Rückgang begriffen war. Welche großen Völker dort ihren Lauf vollendeten, welche Reiche in »jener neuen Welt, die die alte ist«, entstanden und untergingen, können wir nur erahnen. Bruchstücke gewaltiger Ruinen zeugen noch von einer großartigeren Zivilisation vor der Zeit der Inka. In den tropischen Wäldern Yucatáns und Mittelamerikas liegen die Überreste großer Städte, die bereits vor der spanischen Eroberung vergessen waren. Mexiko, wie Cortés es vorfand, zeigte die Überlagerung einer höheren gesellschaftlichen Entwicklung durch Barbarei. Über weite Teile der heutigen Vereinigten Staaten verstreute Erdhügel belegen eine einst verhältnismäßig dichte Bevölkerung; und hier und da - etwa in den Kupferminen am Oberen See - finden sich Spuren fortgeschrittenerer Techniken, als sie den indigenen Völkern bekannt waren, mit denen die Weißen in Berührung kamen.

Bei Afrika kann es keinen Zweifel geben. Nordafrika beherbergt heute nur einen Bruchteil der Bevölkerung, die dort im Altertum lebte. Das Niltal trug einst eine unvergleichlich größere Bevölkerung als heute; südlich der Sahara gibt es keinen Hinweis auf eine Zunahme in historischer Zeit, während der Sklavenhandel mit Sicherheit zu weitreichender Entvölkerung führte.

Was Asien betrifft, so lebt dort noch heute mehr als die Hälfte der Menschheit, obwohl seine Bevölkerungsdichte nur wenig mehr als halb so hoch ist wie die Europas. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass Indien und China früher größere Bevölkerungen hatten als heute. Auch jene große Wiege von Völkern, aus der Schwärme hervorgingen, die beide Länder überrannten und mächtige Menschenwellen nach Europa sandten, muss einst weit dichter besiedelt gewesen sein. Am auffälligsten ist der Wandel jedoch in Kleinasien, Syrien, Babylonien und Persien - kurz, in jenem weiten Gebiet, das sich den erobernden Heeren Alexanders beugte. Wo einst große Städte und dichte Bevölkerungen bestanden, finden sich heute elende Dörfer und öde Flächen.

Es ist einigermaßen erstaunlich, dass unter all den aufgestellten Theorien noch niemand die Vorstellung einer festen Gesamtmenge menschlichen Lebens auf der Erde vorgebracht hat. Sie würde mit den historischen Tatsachen immerhin besser übereinstimmen als die Annahme, die Bevölkerung neige ständig dazu, die Unterhaltsmittel zu überholen. Offenkundig ist die Bevölkerung hier zurückgegangen und dort angewachsen; ihre Schwerpunkte haben sich verlagert; neue Nationen sind entstanden und alte verfallen; dünn besiedelte Gebiete wurden bevölkerungsreich, bevölkerungsreiche Gebiete verloren ihre Bewohner. Doch soweit wir zurückblicken können, ohne uns völlig auf

Vermutungen zu verlassen, weist nichts auf ein stetiges Wachstum hin, ja nicht einmal eindeutig auf eine zeitweise Zunahme der Gesamtbevölkerung. Soweit erkennbar, drangen die Vorhutgruppen von Völkern niemals in unbewohntes Land vor; ihr Zug war stets ein Kampf gegen andere Völker, die es schon besaßen. Hinter den undeutlich erkennbaren Reichen tauchen noch schemenhaftere Schatten früherer Reiche auf. Dass die Weltbevölkerung einmal klein begonnen haben muss, folgern wir mit Sicherheit: Wir wissen, dass es eine geologische Epoche gab, in der menschliches Leben unmöglich war, und wir können nicht glauben, die Menschen seien mit einem Mal aus dem Boden gewachsen wie aus den von Kadmos gesäten Drachenzähnen. Dennoch erkennen wir in den weiten Zeiträumen, die Geschichte, Überlieferung und Altertümer mit immer schwächer werdendem Licht erhellen, große Bevölkerungen. Während all dieser langen Zeiträume war das Bevölkerungsprinzip nicht stark genug, die Erde vollständig zu besiedeln oder - soweit sich klar erkennen lässt - auch nur ihre Gesamtbevölkerung wesentlich zu vermehren. Gemessen an ihrer Fähigkeit, menschliches Leben zu tragen, ist die Erde als Ganzes noch immer äußerst dünn besiedelt.

Eine weitere umfassende Tatsache muss jedem auffallen, der bei der Betrachtung dieser Frage über die moderne Gesellschaft hinausblickt. Der Malthusianismus behauptet ein allgemeines Gesetz: Die Bevölkerung neige von Natur aus dazu, die Unterhaltsmittel zu überholen. Gäbe es ein solches Gesetz, müsste es überall, wo die Bevölkerung eine gewisse Dichte erreicht hat, ebenso offenkundig werden wie die großen Naturgesetze, die überall erkannt wurden. Wie kommt es dann, dass wir weder in den Glaubenslehren und Gesetzbüchern der Antike noch in denen der Juden, Ägypter, Hindus und Chinesen oder irgendeines anderen eng

zusammenlebenden Volkes eine Aufforderung zu den vorsorglichen Beschränkungen des Malthus finden? Weshalb haben vielmehr die Weisheit der Jahrhunderte und die Religionen der Welt stets Vorstellungen von bürgerlicher und religiöser Pflicht gelehrt, die genau das Gegenteil dessen besagen, was die herrschende Volkswirtschaftslehre fordert und Annie Besant gegenwärtig in England zu verbreiten versucht?

Dabei ist zu bedenken, dass es Gesellschaften gegeben hat, in denen die Gemeinschaft jedem Mitglied Beschäftigung und Unterhalt garantierte. John Stuart Mill erklärt (Buch II, Kapitel XII, Abschnitt 2), dies müsse ohne staatliche Regelung von Eheschließungen und Geburten zu allgemeinem Elend und allgemeiner Erniedrigung führen. »Diese Folgen«, schreibt er, »sind von angesehenen Autoren so häufig und so deutlich dargelegt worden, dass Unkenntnis darüber bei gebildeten Menschen nicht länger entschuldbar ist.« Dennoch scheint man in Sparta, Peru und Paraguay ebenso wie in den wirtschaftlichen Gemeinschaften, die anscheinend beinahe überall die ursprüngliche landwirtschaftliche Organisationsform bildeten, diese schrecklichen Folgen einer natürlichen Tendenz vollständig übersehen zu haben.

Neben den angeführten umfassenden Tatsachen gibt es allgemein bekannte Erscheinungen, die mit einer so überwältigenden Vermehrungsneigung gänzlich unvereinbar scheinen. Wenn der Fortpflanzungstrieb so stark ist, wie der Malthusianismus annimmt, weshalb sterben dann Familien, in denen keine Not herrscht, so häufig aus? Weshalb erlöschen in einer Aristokratie wie der englischen so viele Adelstitel, obwohl erbliche Titel und erblicher Besitz nicht nur die Vermehrung, sondern auch die Bewahrung genealogischen Wissens und den Nachweis der Abstammung in jeder Weise begünstigen? Weshalb kann das

Oberhaus von Jahrhundert zu Jahrhundert nur durch die Verleihung neuer Titel erhalten werden?

Um auch nur ein einziges Beispiel für eine Familie zu finden, die trotz gesicherten Unterhalts und gesellschaftlicher Ehre einen sehr langen Zeitraum überdauert hat, müssen wir in das nahezu unveränderliche China blicken. Dort leben noch immer Nachkommen des Konfuzius. Sie genießen besondere Vorrechte und besonderes Ansehen und bilden tatsächlich die einzige erbliche Aristokratie. Unter der Annahme, die Bevölkerung verdopple sich alle fünfundzwanzig Jahre, hätte ihre Zahl 2.150 Jahre nach dem Tod des Konfuzius 859.559.193.106.709.670.198.710.528 Menschen betragen müssen. Tatsächlich zählte man unter der Herrschaft Kangxis, 2.150 Jahre nach dem Tod des Konfuzius, nur 11.000 männliche Nachkommen, also insgesamt etwa 22.000 Menschen. Der Unterschied ist beträchtlich. Noch auffälliger wird er, wenn man bedenkt, dass die Verehrung dieser Familie wegen ihres Ahnherrn, des »Allerheiligsten Lehrers des Altertums«, die positive Hemmung ausgeschaltet hat, während die Lehren des Konfuzius alles andere als vorsorgliche Zurückhaltung empfehlen.

Nun könnte man einwenden, selbst dieser Zuwachs sei groß. Zweiundzwanzigtausend Menschen, die innerhalb von 2.150 Jahren von einem einzigen Paar abstammen, bleiben zwar weit hinter der malthusianischen Rate zurück; dennoch könnten sie an eine mögliche Überfüllung denken lassen.

Doch überlegen wir. Eine Zunahme der Nachkommen bedeutet keine Zunahme der Bevölkerung. Das wäre nur bei fortgesetzter Verwandtenheirat der Fall. Nehmen wir an, Herr und Frau Smith haben einen Sohn und eine Tochter. Beide heiraten jeweils Tochter und Sohn anderer Eltern, und jedes Paar hat zwei Kinder. Herr und

Frau Smith hätten dann vier Enkel; dennoch wäre die eine Generation nicht größer als die andere, denn jedes Kind hätte vier Großeltern. Setzte sich dieser Vorgang fort, könnte sich die Abstammungslinie beständig in Hunderte, Tausende und Millionen verzweigen. Doch keine Nachkommengeneration umfasste mehr Menschen als eine frühere Vorfahrengeneration. Das Geflecht der Generationen gleicht einem Gitter oder den schräg verlaufenden Fäden in einem Gewebe. Beginnt der Blick an einem Punkt oben, folgt er Linien, die unten weit auseinanderlaufen; beginnt er an einem Punkt unten, laufen die Linien nach oben ebenso auseinander. Wie viele Kinder ein Mensch haben mag, ist ungewiss. Dass er zwei Eltern hatte und dass wiederum jeder von ihnen zwei Eltern hatte, steht dagegen fest. Verfolgt man diese geometrische Reihe nur wenige Generationen zurück, gelangt man zu ebenso »auffälligen Folgen« wie Malthus bei seiner Besiedlung der Sonnensysteme.

Gehen wir von solchen Überlegungen zu einer bestimmteren Untersuchung über. Ich behaupte, dass die gewöhnlich als Beispiele für Überbevölkerung angeführten Fälle einer Prüfung nicht standhalten. Indien, China und Irland gelten als die stärksten Beispiele. In jedem dieser Länder sind zahlreiche Menschen verhungert, und große Bevölkerungsschichten wurden in tiefstes Elend gedrängt oder zur Auswanderung gezwungen. Doch liegt dies wirklich an Überbevölkerung?

Vergleicht man die Gesamtbevölkerung mit der Gesamtfläche, gehören Indien und China bei Weitem nicht zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde. Nach den Schätzungen der Herren Behm und Wagner leben in Indien nur 132 und in China 119 Menschen je Quadratmeile, dagegen in Sachsen 442, in Belgien 441, in England 422, in den Niederlanden 291, in Italien 234 und in

Japan 233. [22] In beiden Ländern gibt es somit große ungenutzte oder nicht vollständig genutzte Gebiete. Doch selbst in ihren dichter besiedelten Regionen könnte zweifellos eine wesentlich größere Bevölkerung mit einem weit höheren Lebensstandard unterhalten werden. In beiden Ländern wird die Arbeit auf die einfachsten und unwirksamsten Verfahren der Produktion verwendet, und große natürliche Ressourcen bleiben völlig ungenutzt. Das beruht nicht auf einer angeborenen Unzulänglichkeit ihrer Bevölkerungen. Wie die vergleichende Sprachwissenschaft gezeigt hat, sind die Hindus mit uns verwandt; und China besaß bereits eine hoch entwickelte Zivilisation sowie die Vorformen der wichtigsten modernen Erfindungen, als unsere Vorfahren noch als umherziehende Wilde lebten. Die Ursache liegt vielmehr in der Gestalt, welche die gesellschaftliche Ordnung in beiden Ländern angenommen hat: Sie fesselt die Produktivkraft und raubt der Arbeit ihren Ertrag.

In Indien wurden die arbeitenden Klassen seit unvordenklicher Zeit durch Abgaben und Unterdrückung in einen Zustand hilfloser und hoffnungsloser Erniedrigung gedrängt. Jahrhunderte hindurch konnte sich der Ackerbauer glücklich schätzen, wenn ihm die gewaltsame Erpressung von seiner Ernte noch genug zum Leben und als Saatgut ließ. Kapital ließ sich nirgends sicher ansammeln oder in nennenswertem Umfang zur Unterstützung der Produktion einsetzen. Alles, was dem Volk an Wohlstand abgepresst werden konnte, befand sich im Besitz von Fürsten, die kaum mehr als im Land einquartierte Räuberhauptleute waren, oder im Besitz ihrer Steuereinnehmer und Günstlinge. Es wurde in nutzlosem oder schlimmer als nutzlosem Luxus vergeudet, während eine in kunstvollen und schrecklichen Aberglauben abgesunkene Religion den Geist ebenso

tyrannisierte wie rohe Gewalt die Körper der Menschen. Unter solchen Bedingungen konnten nur die Künste vorankommen, die dem Prunk und Luxus der Mächtigen dienten. Die Elefanten des Rajas glänzten im Gold kunstvollster Arbeit, und die Schirme als Zeichen seiner königlichen Macht funkelten von Edelsteinen; doch der Pflug des Bauern bestand nur aus einem zugespitzten Stock. Die Frauen im Harem des Rajas hüllten sich in so feinen Musselin, dass man ihn »gewebten Wind« nannte; die Werkzeuge der Handwerker hingegen waren äußerst dürftig und primitiv, und Handel ließ sich gleichsam nur heimlich treiben.

Ist es nicht offenkundig, dass diese Tyrannei und Unsicherheit Not und Hunger in Indien hervorgebracht haben - und nicht, wie Buckle annimmt, der Bevölkerungsdruck auf die Unterhaltsmittel zunächst die Not und diese wiederum die Tyrannei? [23] Der Geistliche William Tennant, Kaplan im Dienst der Ostindien-Kompanie, schrieb 1796, zwei Jahre vor der Veröffentlichung des *Essays über das Bevölkerungsgesetz*:

> »Angesichts der großen Fruchtbarkeit Hindustans ist es erstaunlich, wie häufig Hungersnöte auftreten. Offenkundig liegt dies nicht an der Unfruchtbarkeit von Boden oder Klima. Das Übel muss eine politische Ursache haben, und es bedarf nur geringer Einsicht, um sie in der Habgier und Erpressung der verschiedenen Regierungen zu erkennen. Der große Antrieb der Arbeit, die Sicherheit, ist beseitigt. Deshalb baut niemand mehr Getreide an, als er gerade für sich selbst benötigt, und schon die erste ungünstige Jahreszeit führt zu einer Hungersnot.
>
> »Die Mogulregierung bot zu keiner Zeit dem Fürsten volle Sicherheit, noch weniger seinen Vasallen und den Bauern am

allerwenigsten. Sie war ein ununterbrochenes Geflecht aus Gewalt und Aufruhr, Verrat und Bestrafung, unter dem weder Handel noch Künste gedeihen konnten und die Landwirtschaft nicht die Gestalt eines geordneten Systems annehmen konnte. Ihr Untergang führte zu einem noch schlimmeren Zustand, denn Anarchie ist schlimmer als schlechte Herrschaft. So elend die mohammedanische Regierung auch war, die europäischen Nationen können sich nicht rühmen, sie gestürzt zu haben. Sie brach unter dem Gewicht ihrer eigenen Verderbtheit zusammen und war bereits durch die vielfältige Tyrannei kleiner Häuptlinge abgelöst worden, deren Recht zu herrschen in ihrem Verrat am Staat bestand und deren Forderungen an die Bauern ebenso grenzenlos waren wie ihre Habgier. Die Abgaben an die Regierung wurden - und werden dort, wo Einheimische herrschen, noch immer - zweimal im Jahr von einer erbarmungslosen Räuberbande in der Verkleidung einer Armee eingetrieben. Nachdem sie die unglücklichen Bauern aus den Dörfern in die Wälder gejagt hat, zerstört oder verschleppt sie mutwillig jeden Teil der Ernte, der ihre Laune befriedigt oder ihre Gier sättigt. Jeder Versuch der Bauern, in den Lehmwällen ihrer Dörfer Leib und Eigentum zu verteidigen, ruft an diesen nützlichen, aber unglücklichen Menschen nur umso härtere Vergeltung hervor. Sie werden umzingelt und mit Musketen und Feldgeschützen angegriffen, bis ihr Widerstand erlischt; dann verkauft man die Überlebenden, brennt ihre Häuser nieder und macht sie dem Erdboden gleich. Daher sieht man die Bauern häufig die verstreuten

> Reste dessen zusammensuchen, was am Vortag noch ihre Behausung war - sofern die Furcht ihnen die Rückkehr erlaubt hat. Häufiger jedoch rauchen die Ruinen nach einem zweiten solchen Überfall, ohne dass ein Mensch die furchtbare Stille der Verwüstung unterbräche. Diese Beschreibung gilt nicht allein für die mohammedanischen Häuptlinge; sie trifft ebenso auf die Rajas in den von Hindus beherrschten Gebieten zu.« [24]

Auf diese erbarmungslose Habgier, die selbst bei einem einzigen Einwohner je Quadratmeile und einem Land wie dem Garten Eden Not und Hunger erzeugt hätte, folgte in der ersten Zeit britischer Herrschaft in Indien eine ebenso erbarmungslose Habgier, gestützt auf eine noch weit unwiderstehlichere Macht. Macaulay schreibt in seinem Essay über Lord Clive:

> »In Kalkutta wurden rasch ungeheure Vermögen angehäuft, während Millionen Menschen ins äußerste Elend sanken. Sie waren gewohnt, unter Tyrannei zu leben, doch niemals unter einer Tyrannei wie dieser. Sie mussten feststellen, dass der kleine Finger der Kompanie dicker war als die Lenden Suraj ud-Daulas. [...] Diese Herrschaft glich eher der Regierung böser Geister als der Regierung menschlicher Tyrannen. Zuweilen unterwarfen sie sich in geduldig ertragenem Elend. Zuweilen flohen sie vor dem weißen Mann, wie ihre Väter einst vor den Marathen geflohen waren; und die Sänfte des englischen Reisenden wurde oft durch schweigende Dörfer und Städte getragen, die schon die Nachricht von seiner Annäherung entvölkert hatte.«

Auf die Schrecken, die Macaulay nur streift, wirft Burkes lebhafte Beredsamkeit ein schärferes Licht:

Ganze Landstriche wurden der ungezügelten Habgier der schlimmsten Menschen ausgeliefert; verarmte Bauern wurden auf teuflische Weise gefoltert, damit sie ihre kleinen Vorräte herausgaben; einst dicht besiedelte Gebiete verwandelten sich in Wüsten.

Doch die gesetzlose Willkür der frühen englischen Herrschaft ist längst eingeschränkt worden. Der starken Hand Englands verdankt diese gewaltige Bevölkerung einen Frieden, der selbst den römischen übertrifft. Die gerechten Grundsätze des englischen Rechts wurden durch ein ausgefeiltes System von Gesetzbüchern und Justizbeamten ausgedehnt, das selbst den Niedrigsten dieser unterdrückten Menschen die Rechte angelsächsischer Freier sichern sollte. Eisenbahnen durchziehen die gesamte Halbinsel, und große Bewässerungsanlagen wurden errichtet. Dennoch folgte mit zunehmender Häufigkeit eine Hungersnot auf die andere, und sie wüteten immer heftiger über immer größere Gebiete.

Beweist dies nicht die malthusianische Theorie? Zeigt es nicht, dass die Bevölkerung selbst dann weiterhin gegen die Unterhaltsmittel drängt, wenn deren Möglichkeiten noch so sehr erweitert werden? Zeigt es nicht, wie Malthus behauptete, dass die Natur zum Öffnen neuer Schleusen gezwungen wird, sobald man jene schließt, durch die sich die überschüssige Bevölkerung bislang entlud - und dass, wenn die Quellen menschlicher Vermehrung nicht durch vorsorgliche Zurückhaltung begrenzt werden, an die Stelle des Krieges die Hungersnot tritt? So lautet die herrschende Erklärung. Die Wahrheit ist jedoch, wie die in jüngeren Debatten über Indien in englischen Zeitschriften vorgebrachten Tatsachen zeigen: Die Hungersnöte, die Millionen hinweggerafft haben und noch immer hinwegraffen, beruhen ebenso wenig auf einem Druck der

Bevölkerung gegen die natürlichen Grenzen der Unterhaltsmittel wie die Verwüstung Karnatakas, als die Reiter Hyder Alis wie ein Sturmwind der Zerstörung über das Land hereinbrachen.

Indiens Millionen haben ihren Nacken unter das Joch vieler Eroberer gebeugt. Am schlimmsten aber ist die stetige, zermalmende Last der englischen Herrschaft - eine Last, die buchstäblich Millionen Menschen aus dem Leben drängt und nach den Darstellungen englischer Autoren unausweichlich auf eine entsetzliche, weitreichende Katastrophe zutreibt. Frühere Eroberer lebten im Land; so schlecht und tyrannisch ihre Herrschaft auch war, verstanden sie das Volk und wurden von ihm verstanden. Heute dagegen gleicht Indien einem großen Landgut, das einem abwesenden, landfremden Eigentümer gehört. Ein äußerst kostspieliger militärischer und ziviler Apparat wird aufrechterhalten, verwaltet und mit englischen Amtsträgern besetzt, die Indien nur als Ort vorübergehender Verbannung ansehen. Mindestens zwanzig Millionen Pfund jährlich werden einer Bevölkerung entzogen, deren Arbeitende vielerorts in guten Zeiten froh sind, für anderthalb bis vier Pence am Tag Beschäftigung zu finden. Dieses Geld fließt in Form von Überweisungen, Pensionen, Ausgaben der Regierung im Mutterland und Ähnlichem nach England - ein Tribut ohne jede Gegenleistung. Die ungeheuren Summen für Eisenbahnen haben sich, wie die Ergebnisse zeigen, volkswirtschaftlich nicht ausgezahlt; die großen Bewässerungsanlagen sind überwiegend kostspielige Fehlschläge. In weiten Teilen Indiens übertrugen die Engländer in dem Bestreben, eine Klasse von Grundeigentümern zu schaffen, den Boden als uneingeschränktes Eigentum erblichen Steuereinnehmern, die den Bauern unbarmherzig Höchstmieten abpressen. In anderen Teilen zieht der Staat die Grundrente weiterhin in Form einer

Bodensteuer ein. Dort sind die Bemessungen so hoch und werden die Steuern so unerbittlich eingetrieben, dass die Bauern, die selbst in guten Jahren nur das dürftigste Auskommen finden, in die Fänge von Geldverleihern geraten, die womöglich noch habgieriger sind als die Zamindare. Auf Salz, das überall lebensnotwendig und bei fast ausschließlich pflanzlicher Ernährung besonders unentbehrlich ist, wird eine Steuer von nahezu zwölfhundert Prozent erhoben. Dadurch werden seine verschiedenen gewerblichen Verwendungen unmöglich, und große Teile der Bevölkerung können sich nicht genug davon leisten, um sich selbst oder ihr Vieh gesund zu erhalten. Unterhalb der englischen Beamten steht eine Schar einheimischer Bediensteter, die unterdrücken und erpressen. Das englische Recht mit seinen starren Regeln und seinen für die Einheimischen undurchsichtigen Verfahren hat den einheimischen Geldverleihern lediglich ein mächtiges Werkzeug zur Ausplünderung in die Hand gegeben. Bei ihnen müssen die Bauern zu maßlosen Bedingungen Geld aufnehmen, um ihre Steuern zu bezahlen; ihnen gegenüber lassen sie sich leicht zu Verpflichtungen bewegen, deren Bedeutung sie nicht verstehen. »Wir kümmern uns nicht um die Menschen in Indien«, schreibt Florence Nightingale mit Worten, die wie ein Schluchzen klingen. »Der traurigste Anblick im Osten - wahrscheinlich sogar in der ganzen Welt - ist der Bauer unseres östlichen Reiches.« Sie zeigt, dass die Ursachen der schrecklichen Hungersnöte in einer Besteuerung liegen, die den Bauern die Mittel zur Bewirtschaftung nimmt, und in der tatsächlichen Knechtschaft, zu der sie als »Folge unserer eigenen Gesetze« herabgedrückt werden. So entstehe »im fruchtbarsten Land der Welt ein zermürbender, chronischer Halbhunger an vielen Orten, an denen keine sogenannte Hungersnot herrscht«. [25] »Die

Hungersnöte, die Indien verwüsten«, schreibt H. M. Hyndman, [26] »sind in erster Linie finanzielle Hungersnöte. Männer und Frauen können keine Nahrung erhalten, weil sie kein Geld zurücklegen können, um sie zu kaufen. Und dennoch sehen wir uns, wie wir behaupten, gezwungen, diese Menschen noch stärker zu besteuern.« Er zeigt, wie selbst aus Hungergebieten Lebensmittel zur Begleichung von Steuern ausgeführt werden und wie ganz Indien einem stetigen, erschöpfenden Abfluss unterliegt, der die Bevölkerung zusammen mit den gewaltigen Regierungskosten Jahr für Jahr ärmer macht. Indiens Ausfuhren bestehen fast ausschließlich aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Für mindestens ein Drittel davon, so weist Hyndman nach, erhält das Land überhaupt keine Gegenleistung. Diese Ausfuhren sind Tribut: Überweisungen von Engländern in Indien oder Aufwendungen der englischen Abteilung der indischen Regierung. [27] Die Gegenleistung für den Rest besteht größtenteils in staatlichen Vorräten oder in Komfort- und Luxusgütern, welche die englischen Herren Indiens verbrauchen. Hyndman zeigt, dass die Regierungsausgaben unter der imperialen Herrschaft ungeheuer gestiegen sind; dass die unerbittliche Besteuerung einer so erbärmlich armen Bevölkerung, deren Massen nicht einmal zur Hälfte satt werden, ihnen die dürftigen Mittel zur Bodenbewirtschaftung raubt; dass die Zahl der Ochsen, der indischen Zugtiere, sinkt und die wenigen Ackergeräte an Geldverleiher fallen. Bei ihnen »zwingen wir als geschäftstüchtiges Volk die Bauern, zu 12, 24 oder 60 Prozent [28] Geld aufzunehmen, um gewaltige öffentliche Anlagen zu errichten und die Zinsen auf deren Kosten zu bezahlen, obwohl sie niemals annähernd fünf Prozent abgeworfen haben«. Hyndman erklärt: »Die Wahrheit ist, dass die indische Gesellschaft als Ganze unter unserer Herrschaft entsetzlich verarmt

ist und dass dieser Prozess jetzt mit außerordentlicher Geschwindigkeit fortschreitet.« Angesichts der Tatsachen, die nicht nur die erwähnten Autoren, sondern auch indische Amtsträger selbst vorgelegt haben, lässt sich diese Feststellung nicht bezweifeln. Selbst die Bemühungen der Regierung, Hungersnöte zu lindern, verschärfen und erweitern durch die dafür erhobenen zusätzlichen Steuern nur deren eigentliche Ursache. Obwohl während der jüngsten Hungersnot in Südindien schätzungsweise sechs Millionen Menschen tatsächlich verhungerten und die große Masse der Überlebenden alles verloren hatte, wurden die Steuern nicht erlassen. Die Salzsteuer, die für die große Mehrheit dieser verarmten Menschen bereits unerschwinglich war, wurde sogar um vierzig Prozent erhöht - so wie nach der schrecklichen Hungersnot in Bengalen von 1770 die Staatseinnahmen durch höhere Bemessungen für die Überlebenden und unerbittliche Eintreibung tatsächlich noch gesteigert wurden.

Heute wie in früheren Zeiten kann nur eine äußerst oberflächliche Betrachtung die Not und den Hunger in Indien dem Druck der Bevölkerung auf die Fähigkeit des Bodens zur Erzeugung von Unterhaltsmitteln zuschreiben. Könnten die Bauern ihr geringes Kapital behalten, könnten sie von dem Abfluss befreit werden, der große Teile von ihnen selbst in Jahren ohne Hungersnot auf einen Lebensstandard herabdrückt, der nicht nur unter dem für die Sepoys als notwendig geltenden Maß liegt, sondern sogar unter dem, was englische Menschlichkeit den Gefangenen in den Gefängnissen gewährt, so würde eine wiederauflebende und produktivere Formen annehmende Wirtschaft zweifellos eine weit größere Bevölkerung ernähren. Noch immer liegen in Indien große Flächen unbebaut und gewaltige Bodenschätze unerschlossen. Sicher ist, dass die

Bevölkerung Indiens weder heute noch jemals in historischer Zeit die wirkliche Grenze erreicht hat, bis zu der sein Boden Unterhalt liefern kann - ja nicht einmal den Punkt, an dem diese Fähigkeit unter steigender Beanspruchung abzunehmen beginnt. Die wirkliche Ursache der Not in Indien war und ist die Habgier der Menschen, nicht die Kargheit der Natur.

Was für Indien gilt, gilt auch für China. So dicht viele Teile Chinas besiedelt sind, zeigen zahlreiche Tatsachen, dass die äußerste Armut der unteren Klassen auf ähnliche Ursachen wie in Indien und nicht auf eine zu große Bevölkerung zurückzuführen ist. Unsicherheit herrscht vor, die Produktion leidet unter schwersten Nachteilen, und der Austausch wird eng gefesselt. Wo die Regierung aus einer Folge von Auspressungen besteht und die Sicherheit jedes Kapitals bei einem Mandarin erkauft werden muss; wo für den Transport im Landesinneren hauptsächlich menschliche Schultern herangezogen werden; wo Dschunken so gebaut werden müssen, dass sie sich nicht für die offene See eignen; wo Piraterie ein gewöhnliches Gewerbe ist und Räuber häufig in Regimentern marschieren - dort muss Armut herrschen und eine Missernte zur Hungersnot führen, wie dünn die Bevölkerung auch sein mag. [29] Dass China eine weit größere Bevölkerung ernähren könnte, zeigen nicht allein die ausgedehnten unbebauten Flächen, von denen sämtliche Reisenden berichten, sondern auch die gewaltigen unerschlossenen Lagerstätten bekannter Bodenschätze. China soll beispielsweise über die größten und hochwertigsten bislang entdeckten Kohlevorkommen verfügen. Wie sehr ihre Nutzung die Fähigkeit zur Ernährung einer größeren Bevölkerung steigern würde, lässt sich leicht vorstellen. Kohle ist zwar kein Lebensmittel, doch ihre Gewinnung ist der Erzeugung von Lebensmitteln gleichwertig. Denn Kohle kann nicht

nur, wie in allen Bergbaugebieten, gegen Nahrung getauscht werden; die bei ihrer Nutzung freigesetzte Kraft kann auch zur Erzeugung von Nahrung eingesetzt werden oder Arbeitskraft dafür freisetzen.

Weder in Indien noch in China können Armut und Hunger somit dem Druck der Bevölkerung auf die Unterhaltsmittel angelastet werden. Nicht die dichte Besiedlung, sondern die Ursachen, die eine natürliche Entwicklung der gesellschaftlichen Ordnung verhindern und der Arbeit ihren vollen Ertrag vorenthalten, halten Millionen Menschen unmittelbar am Rand des Hungers und treiben immer wieder Millionen darüber hinaus. Dass der indische Arbeiter froh über eine Handvoll Reis ist und Menschen in China Ratten und junge Hunde essen, beruht ebenso wenig auf Bevölkerungsdruck wie die Tatsache, dass die Digger-Indianer von Heuschrecken und die indigene Bevölkerung Australiens von Würmern aus morschem Holz leben.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich will nicht bloß sagen, Indien oder China könnten bei höher entwickelter Zivilisation eine größere Bevölkerung ernähren; dem würde jeder Malthusianer zustimmen. Die malthusianische Lehre bestreitet nicht, dass Fortschritte in den Produktionstechniken einer größeren Bevölkerung Unterhalt ermöglichen. Sie behauptet vielmehr - und darin liegt ihr Wesen -, dass die Bevölkerung unabhängig von der jeweiligen Produktionsfähigkeit von Natur aus dazu neige, diese Grenze zu erreichen und bei dem Versuch, sie zu überschreiten, mit Malthus gesprochen jenes Maß an Laster und Elend hervorzubringen, das jede weitere Zunahme verhindert. Steige die Produktivkraft, so wachse die Bevölkerung entsprechend und bringe nach kurzer Zeit dieselben Folgen wie zuvor hervor. Ich behaupte dagegen: Nirgends findet sich ein Beispiel, das diese Theorie

stützt. Nirgends lässt sich Not zu Recht auf den Druck der Bevölkerung gegen die Fähigkeit zurückführen, beim jeweils vorhandenen Stand menschlichen Wissens Unterhalt zu beschaffen. Überall können Laster und Elend, die der Überbevölkerung zugeschrieben werden, auf Krieg, Tyrannei und Unterdrückung zurückgeführt werden - auf Kräfte also, die die Nutzung des Wissens verhindern und jene Sicherheit verweigern, die für die Produktion unerlässlich ist. Weshalb das natürliche Bevölkerungswachstum keine Not hervorbringt, werden wir später untersuchen. Im Augenblick geht es um die Tatsache, dass dies bisher nirgends geschehen ist. Für Indien und China liegt diese Tatsache offen zutage. Sie wird sich ebenso überall dort zeigen, wo wir die Erscheinungen, die bei oberflächlicher Betrachtung häufig als Folgen der Überbevölkerung gelten, auf ihre Ursachen zurückführen.

Unter allen europäischen Ländern gilt Irland als das klassische Beispiel für Überbevölkerung. Die äußerste Armut der bäuerlichen Bevölkerung, die dort herrschenden niedrigen Löhne, die irische Hungersnot und die irische Auswanderung werden immer wieder als Beweis für die malthusianische Theorie angeführt, der sich vor den Augen der zivilisierten Welt vollzogen habe. Wohl kaum ein anderes Beispiel zeigt eindrucksvoller, wie eine vorgefasste Theorie den Blick für die wirklichen Zusammenhänge der Tatsachen verstellen kann. Die Wahrheit liegt an der Oberfläche: Irland hatte noch nie eine Bevölkerung, die von den natürlichen Kräften des Landes beim bestehenden Stand der Produktionstechniken nicht in reichlichem Wohlstand hätte ernährt werden können. In der Zeit seiner höchsten Bevölkerungszahl zwischen 1840 und 1845 lebten etwas mehr als acht Millionen Menschen in Irland. Ein sehr großer Teil von ihnen vermochte jedoch nur knapp zu überleben: Sie

hausten in elenden Hütten, trugen elende Lumpen und ernährten sich hauptsächlich von Kartoffeln. Als die Kartoffelfäule ausbrach, starben sie zu Tausenden. Doch zwang wirklich die Unfähigkeit des Bodens, eine so große Bevölkerung zu ernähren, derart viele zu diesem erbärmlichen Leben und setzte sie beim Ausfall einer einzigen Wurzelfrucht dem Hungertod aus? Im Gegenteil: Ursache war dieselbe unerbittliche Habgier, die dem indischen Bauern die Früchte seiner Arbeit raubte und ihn dort verhungern ließ, wo die Natur Überfluss bot. Keine gnadenlose Bande von Steuereintreibern zog plündernd und folternd durch das Land. Doch eine ebenso erbarmungslose Schar von Grundeigentümern, unter denen der Boden ohne Rücksicht auf die Rechte seiner Bewohner als uneingeschränktes Eigentum aufgeteilt worden war, nahm den Arbeitenden ebenso wirksam alles.

Betrachten wir die Produktionsbedingungen, unter denen diese acht Millionen bis zum Ausbruch der Kartoffelfäule ihr Leben fristeten. Auf sie lassen sich Tennants Worte über Indien ebenso gut anwenden: »Der große Antrieb der Arbeit, die Sicherheit, war beseitigt.« Der Boden wurde größtenteils von jederzeit kündbaren Pächtern bewirtschaftet. Selbst wenn die ihnen abgepressten Höchstmieten es erlaubt hätten, wagten sie keine Verbesserungen, weil diese nur das Signal für eine Erhöhung der Pacht gewesen wären. So wurde Arbeit in denkbar unwirksamer und verschwenderischer Weise eingesetzt; zugleich versickerte Arbeitskraft in zielloser Untätigkeit, die bei gesichertem Ertrag unermüdlich tätig geworden wäre. Doch selbst unter diesen Bedingungen ernährte Irland tatsächlich mehr als acht Millionen Menschen. Denn auf dem Höhepunkt seiner Bevölkerungszahl führte Irland Nahrungsmittel aus. Selbst während der Hungersnot wurden Getreide, Fleisch, Butter und Käse auf Straßen, die von

Hungernden gesäumt waren, und vorbei an Gruben, in denen man die Toten aufschichtete, zur Ausfuhr transportiert. Für diese ausgeführten Nahrungsmittel - oder jedenfalls für einen großen Teil davon - erhielt das Land keine Gegenleistung. Für die irische Bevölkerung hätten sie ebenso gut verbrannt, ins Meer geworfen oder überhaupt nicht erzeugt werden können. Sie wurden nicht zum Tausch, sondern als Tribut ausgeführt: zur Bezahlung der Pacht an abwesende Grundeigentümer, als Abgabe, welche Menschen, die in keiner Weise zur Produktion beitrugen, den Produzenten abpressten.

Wären diese Nahrungsmittel bei denen geblieben, die sie erzeugten; hätten die Bauern das durch ihre Arbeit geschaffene Kapital behalten und einsetzen dürfen; hätte Sicherheit ihre Tätigkeit angeregt und die Anwendung wirtschaftlicherer Verfahren ermöglicht - dann wäre mehr als genug vorhanden gewesen, um selbst die größte Bevölkerung, die Irland je hatte, in reichlichem Wohlstand zu erhalten. Die Kartoffelfäule hätte kommen und wieder verschwinden können, ohne einem einzigen Menschen eine volle Mahlzeit vorzuenthalten. Denn nicht die »Unvorsichtigkeit irischer Bauern«, von der englische Ökonomen so kühl sprechen, veranlasste sie, die Kartoffel zu ihrem Hauptnahrungsmittel zu machen. Irische Auswanderer leben nicht von Kartoffeln, wenn ihnen andere Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Gerade in den Vereinigten Staaten ist vielmehr bemerkenswert, wie vorausschauend Menschen irischer Herkunft etwas für schlechte Zeiten zurückzulegen versuchen. Sie lebten von Kartoffeln, weil ihnen die Höchstmieten alles andere nahmen. In Wahrheit ließen sich Armut und Elend in Irland niemals mit Recht der Überbevölkerung zuschreiben.

McCulloch schrieb 1838 in Anmerkung IV zu Adam Smiths *Wohlstand der Nationen*:

> »Die erstaunliche Bevölkerungsdichte Irlands ist die unmittelbare Ursache der bitteren Armut und niedergedrückten Lage der großen Mehrheit des Volkes. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass Irland gegenwärtig mehr als doppelt so viele Menschen beherbergt, wie es mit seinen vorhandenen Produktionsmitteln vollständig beschäftigen oder in mäßigem Wohlstand erhalten kann.«

Für 1841 wurde die Bevölkerung Irlands mit 8.175.124 angegeben; für 1838 dürfen wir daher von etwa acht Millionen ausgehen. Formulieren wir McCullochs negative Aussage positiv, so hätte Irland nach der Überbevölkerungstheorie etwas weniger als vier Millionen Menschen vollständig beschäftigen und in mäßigem Wohlstand erhalten können. Zu Beginn des vorangegangenen Jahrhunderts, als Jonathan Swift seinen *Bescheidenen Vorschlag* schrieb, lebten in Irland etwa zwei Millionen Menschen. Da sich weder die Produktionsmittel noch die Produktionstechniken in der Zwischenzeit merklich entwickelt hatten, hätte Irland 1727 nach McCullochs eigenem Eingeständnis für die gesamten zwei Millionen mehr als volle Beschäftigung und weit mehr als mäßigen Wohlstand bieten müssen - sofern die bittere Armut und die niedergedrückte Lage des irischen Volkes im Jahr 1838 tatsächlich auf Überbevölkerung zurückgingen. Das Gegenteil war der Fall: Armut und Erniedrigung des irischen Volkes waren 1727 so groß, dass Swift mit brennender, vernichtender Ironie vorschlug, die überschüssige Bevölkerung durch die Entwicklung einer Vorliebe für gebratene Säuglinge zu vermindern und jedes Jahr hunderttausend irische

Kleinkinder als Delikatesse für die Reichen auf die Schlachtbank zu bringen.

Wer wie ich während der Arbeit an diesem Kapitel die Literatur über das irische Elend durchgesehen hat, kann über die selbstzufriedene Erklärung irischer Not und irischen Leidens durch Überbevölkerung kaum in maßvollen Worten sprechen - zumal sie sich selbst in den Werken so redlicher Männer wie Mill und Buckle findet. Nichts bringt das Blut leichter zum Kochen als die kühlen Berichte über die habgierige, zermalmende Tyrannei, der das irische Volk unterworfen wurde. Auf diese Tyrannei - und nicht auf irgendeine Unfähigkeit des Landes, seine Bevölkerung zu ernähren - sind irische Massenarmut und irische Hungersnot zurückzuführen. Würde die Weltgeschichte nicht überall zeigen, wie lähmend tiefste Armut wirkt, könnte man sich beinahe der Verachtung für ein Volk nicht erwehren, das unter solchen Misshandlungen nur gelegentlich einen Grundeigentümer ermordete.

Ob Überbevölkerung jemals Massenarmut und Hunger verursacht hat, mag eine offene Frage sein. Doch die Massenarmut und der Hunger Irlands können ihr ebenso wenig zugeschrieben werden wie der Sklavenhandel der Überbevölkerung Afrikas oder die Zerstörung Jerusalems der Unfähigkeit der Unterhaltsmittel, mit der Fortpflanzung Schritt zu halten. Wäre Irland von Natur aus ein Hain aus Bananen- und Brotfruchtbäumen, wären seine Küsten von den Guanovorkommen der Chincha-Inseln gesäumt und würde die Sonne niedrigerer Breiten seinen feuchten Boden zu reicherem Leben erwärmen - die dort herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse hätten dennoch Armut und Hunger hervorgebracht. Wie hätten Massenarmut und Hungersnot in einem Land ausbleiben können, in dem Höchstmieten den Bauern den gesamten Ertrag ihrer Arbeit bis auf das

gerade zum Überleben in guten Jahren Notwendige entrissen; in dem jederzeit kündbare Pacht Verbesserungen verhinderte und jeden Anreiz außer zu der verschwenderischsten, ärmlichsten Bewirtschaftung beseitigte; in dem der Pächter selbst dann kein Kapital anzusammeln wagte, wenn es ihm möglich gewesen wäre, weil der Grundeigentümer es mit der Pacht eingefordert hätte; in dem er tatsächlich ein elender Sklave war, den der Wink eines anderen Menschen jederzeit aus seiner kümmerlichen Lehmhütte vertreiben konnte - hinaus als obdachlosen, heimatlosen, hungernden Wanderer, dem es sogar untersagt war, wild wachsende Früchte zu pflücken oder einen Hasen zu fangen, um seinen Hunger zu stillen? Wie dünn die Bevölkerung und wie groß die natürlichen Reichtümer auch sein mögen: Sind Massenarmut und Hunger nicht notwendige Folgen in einem Land, in dem die Produzenten des Wohlstands unter Bedingungen arbeiten müssen, die ihnen Hoffnung, Selbstachtung, Tatkraft und Sparsamkeit nehmen; in dem abwesende Grundeigentümer ohne jede Gegenleistung mindestens ein Viertel des Reinertrags des Bodens abziehen; und in dem eine hungernde Wirtschaft außer ihnen auch noch die im Land lebenden Grundeigentümer samt Pferden und Jagdhunden, Verwaltern, Geschäftemachern, Zwischenpächtern und Gerichtsvollziehern unterhalten muss, dazu eine fremde Staatskirche, welche die religiösen Überzeugungen beleidigt, und ein Heer von Polizisten und Soldaten, das jeden Widerstand gegen dieses ungerechte System einschüchtert und verfolgt? Ist es nicht eine schlimmere Gottlosigkeit als der Atheismus, ein so verursachtes Elend den Naturgesetzen anzulasten?

Was in diesen drei Fällen gilt, wird sich bei näherer Prüfung in allen Fällen als wahr erweisen. Soweit unsere Tatsachenkenntnis reicht, können wir mit Sicherheit bestreiten, dass das

Bevölkerungswachstum jemals so auf die Unterhaltsmittel gedrückt hätte, dass daraus Laster und Elend entstanden, oder dass eine Zunahme der Bevölkerungszahl jemals die relative Nahrungsmittelproduktion vermindert hätte. Die Hungersnöte Indiens, Chinas und Irlands lassen sich ebenso wenig der Überbevölkerung zuschreiben wie die Hungersnöte im dünn besiedelten Brasilien. Laster und Elend, die aus Not hervorgehen, können ebenso wenig der Kargheit der Natur angelastet werden wie die sechs Millionen Menschen, die durch das Schwert Dschingis Khans starben, Timur Lenks Pyramide aus Schädeln oder die Vernichtung der alten Briten und der indigenen Bevölkerung der Westindischen Inseln.

KAPITEL III SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER ANALOGIE

Wenden wir uns von der Prüfung der Tatsachen, die zur Veranschaulichung der malthusianischen Theorie angeführt werden, den Analogien zu, auf die sie sich stützt, so erweisen sich auch diese als nicht schlüssig.

Seit Malthus bis hin zu den heutigen Lehrbüchern wird immer wieder auf die starke Fortpflanzungskraft im Tier- und Pflanzenreich verwiesen: Ein einziges Lachspaar könnte, bliebe es einige Jahre vor seinen natürlichen Feinden geschützt, den Ozean füllen; ein Kaninchenpaar würde unter denselben Bedingungen bald einen Kontinent überschwemmen; viele Pflanzen verbreiten ihre Samen zu Hunderten, manche Insekten legen Tausende von Eiern. Überall in diesen Reichen neigt jede Art ständig dazu, gegen die Grenzen ihrer Unterhaltsmittel zu drängen, und wenn die Zahl ihrer Feinde sie nicht begrenzt, tut sie dies offenkundig auch. Daraus wird gefolgert, die menschliche Bevölkerung dränge ebenfalls gegen ihre Unterhaltsmittel. Werde ihr natürliches Wachstum nicht auf andere Weise gehemmt, müsse es zwangsläufig so niedrige Löhne und eine solche Not hervorrufen - oder, falls selbst das nicht ausreiche und die Vermehrung fortdauere, ein solches tatsächliches Verhungern -, dass die Bevölkerung innerhalb der Grenzen der Unterhaltsmittel bleibe.

Doch ist diese Analogie gültig? Die Nahrung des Menschen stammt aus dem Pflanzen- und Tierreich. Die im Vergleich zum Menschen stärkere Fortpflanzungskraft von Pflanzen und Tieren beweist daher lediglich, dass die Unterhaltsmittel schneller wachsen können als die Bevölkerung.

Sämtliche Dinge, die dem Menschen als Unterhalt dienen, können sich um ein Vielfaches vermehren - manche um das Tausendfache, manche um das Millionen- oder sogar Milliardenfache -, während der Mensch seine Zahl nur verdoppelt. Zeigt dies nicht, dass das Bevölkerungswachstum die Unterhaltsmittel niemals übersteigen kann, selbst wenn sich die Menschen im vollen Umfang ihrer Fortpflanzungsfähigkeit vermehren? Dies wird deutlich, wenn man bedenkt: Zwar drängt im Pflanzen- und Tierreich jede Art kraft ihrer Fortpflanzungsfähigkeit von Natur aus und zwangsläufig gegen die Bedingungen, die ihr weiteres Wachstum begrenzen; doch diese Bedingungen sind nirgends fest und endgültig. Keine Art erreicht die äußerste Grenze von Boden, Wasser, Luft und Sonnenlicht. Ihre tatsächliche Grenze liegt vielmehr in der Existenz anderer Arten - ihrer Konkurrenten, ihrer Feinde oder ihrer Nahrung. Der Mensch kann die Bedingungen erweitern, welche die Existenz der ihm als Nahrung dienenden Arten begrenzen; in manchen Fällen genügt dazu schon sein bloßes Auftreten. Statt sich an ihren bisherigen Grenzen zu erschöpfen, entfalten diese Arten ihre Fortpflanzungskraft nun in seinem Dienst mit einer Geschwindigkeit, mit der seine eigene Vermehrungsfähigkeit nicht Schritt halten kann. Schießt er nur die Habichte, vermehren sich die als Nahrung dienenden Vögel; fängt er die Füchse, nimmt die Zahl der Wildkaninchen zu. Die Honigbiene folgt dem Siedler, und Fische ernähren sich von den organischen Stoffen, mit denen die Anwesenheit des Menschen die Flüsse anreichert.

Selbst wenn jede Betrachtung von Zweckursachen ausgeschlossen wird; selbst wenn man nicht annehmen darf, die starke und beständige Fortpflanzungskraft der Pflanzen und Tiere sei dazu bestimmt, sie dem Menschen nutzbar

zu machen, und der Druck der niederen Lebensformen gegen ihre Unterhaltsmittel beweise daher nicht, dass es sich beim Menschen, der »Krone der Schöpfung«, ebenso verhalten müsse - selbst dann bleibt ein Unterschied zwischen dem Menschen und allen anderen Lebensformen bestehen, der die Analogie zerstört. Unter allen Lebewesen kann allein der Mensch jene Fortpflanzungskräfte, die stärker sind als seine eigene und die ihn mit Nahrung versorgen, gezielt zur Entfaltung bringen. Tiere, Insekten, Vögel und Fische nehmen lediglich, was sie vorfinden. Ihre Vermehrung geht auf Kosten ihrer Nahrung; haben sie deren bestehende Grenze erreicht, muss zuerst ihre Nahrung zunehmen, bevor sie selbst weiter zunehmen können. Anders als bei jedem anderen Lebewesen geht die Vermehrung des Menschen jedoch mit einer Vermehrung seiner Nahrung einher. Hätte man statt Menschen Bären aus Europa nach Nordamerika gebracht, gäbe es dort heute nicht mehr Bären als zur Zeit des Kolumbus, möglicherweise sogar weniger. Denn die Einwanderung der Bären hätte weder ihre Nahrung vermehrt noch ihre Lebensbedingungen erweitert, sondern vermutlich das Gegenteil bewirkt. Allein innerhalb der Vereinigten Staaten leben heute dagegen fünfundvierzig Millionen Menschen, wo es damals nur einige Hunderttausend waren; und dennoch steht diesen fünfundvierzig Millionen dort heute je Person wesentlich mehr Nahrung zur Verfügung als seinerzeit den wenigen Hunderttausend. Nicht die Vermehrung der Nahrung hat diese Zunahme der Menschen bewirkt; vielmehr hat die Zunahme der Menschen die Vermehrung der Nahrung hervorgebracht. Es gibt mehr Nahrung, einfach weil es mehr Menschen gibt.

Hier liegt ein Unterschied zwischen Tier und Mensch. Habicht und Mensch essen beide Hühner; doch je mehr Habichte es gibt, desto weniger

Hühner gibt es, während mit der Zahl der Menschen auch die Zahl der Hühner wächst. Robbe und Mensch essen beide Lachs; doch wenn eine Robbe einen Lachs frisst, ist ein Lachs weniger vorhanden, und vermehrten sich die Robben über einen bestimmten Punkt hinaus, müsste die Zahl der Lachse sinken. Der Mensch dagegen kann den Lachslaich unter günstige Bedingungen bringen und dadurch so viele zusätzliche Lachse hervorbringen, dass sie seine gesamte Entnahme mehr als ausgleichen. Wie sehr sich die Menschen daher auch vermehren mögen: Ihr Wachstum muss den Lachsbestand niemals übersteigen.

Kurz gesagt: Im gesamten Pflanzen- und Tierreich ist die Grenze der Unterhaltsmittel unabhängig von dem Lebewesen, das sich von ihnen erhält. Beim Menschen dagegen hängt diese Grenze - innerhalb der äußersten Schranken von Erde, Luft, Wasser und Sonnenlicht - vom Menschen selbst ab. Damit bricht die Analogie, die man zwischen den niederen Lebensformen und dem Menschen ziehen will, offenkundig zusammen. Pflanzen und Tiere drängen tatsächlich gegen die Grenzen ihrer Unterhaltsmittel; der Mensch kann gegen die Grenzen seiner Unterhaltsmittel jedoch erst dann stoßen, wenn die Grenzen des Erdballs erreicht sind. Dies gilt nicht nur für das Ganze, sondern ebenso für jeden einzelnen Teil. So wenig wir den Wasserspiegel der kleinsten Bucht oder des kleinsten Hafens senken können, ohne zugleich nicht nur den Spiegel des mit ihnen verbundenen Ozeans, sondern aller Meere und Ozeane der Erde zu senken, so wenig entspricht die Grenze der Unterhaltsmittel an einem bestimmten Ort den physischen Grenzen dieses Ortes. Sie entspricht vielmehr der physischen Grenze des Erdballs. Beim heutigen Stand der Produktionstechniken können fünfzig Quadratmeilen Boden nur einigen Tausend Menschen unmittelbar Unterhalt liefern. Auf den

fünfzig Quadratmeilen der Stadt London werden dagegen etwa dreieinhalb Millionen Menschen unterhalten, und die Unterhaltsmittel wachsen mit der Bevölkerung. Soweit es allein um deren Grenze geht, könnte London auf hundert Millionen, fünfhundert Millionen oder eine Milliarde Einwohner anwachsen. Denn London bezieht seinen Unterhalt vom gesamten Erdball; und die Grenze, welche die Unterhaltsmittel seinem Bevölkerungswachstum setzen, ist die Fähigkeit des Erdballs, seine Bewohner mit Nahrung zu versorgen.

An dieser Stelle erhebt sich jedoch ein weiterer Gedanke, aus dem die malthusianische Theorie große Unterstützung bezieht: die abnehmende Ertragsfähigkeit des Bodens. Als endgültiger Beweis für das Gesetz des abnehmenden Ertrags erklären die gängigen Abhandlungen: Wäre es nicht wahr, dass der Boden von einem bestimmten Punkt an auf zusätzliche Einsätze von Arbeit und Kapital immer geringere Mehrerträge liefert, müsste eine wachsende Bevölkerung die Anbaufläche nicht erweitern. Der gesamte zusätzliche Bedarf könnte und würde dann gedeckt, ohne neuen Boden in Bewirtschaftung zu nehmen. Wer dem zustimmt, scheint damit auch der Lehre zuzustimmen, dass die Beschaffung des Lebensunterhalts bei wachsender Bevölkerung immer schwieriger werden müsse.

Meines Erachtens besteht diese Notwendigkeit jedoch nur dem Anschein nach. Untersucht man den Satz genauer, so zeigt sich, dass er zu einer Klasse von Aussagen gehört, deren Gültigkeit von einem mitgedachten oder angedeuteten Vorbehalt abhängt: Was relativ wahr ist, wird zur Unwahrheit, wenn man es absolut setzt. Dass der Mensch die Kräfte der Natur weder erschöpfen noch vermindern kann, folgt aus der Unzerstörbarkeit der Materie und der Erhaltung der Kraft. Produktion und Verbrauch sind lediglich relative

Begriffe. Absolut betrachtet produziert und verbraucht der Mensch nichts. Selbst wenn die gesamte Menschheit bis in alle Ewigkeit arbeitete, könnte sie diese rollende Kugel weder um ein einziges Atom schwerer noch um ein einziges Atom leichter machen. Sie könnte der Summe jener Kräfte, deren ewiger Kreislauf alle Bewegung hervorbringt und alles Leben erhält, nicht das Geringste hinzufügen oder entziehen. Wie das Wasser, das wir dem Ozean entnehmen, wieder in den Ozean zurückkehren muss, so befindet sich auch die Nahrung, die wir den Vorratskammern der Natur entnehmen, vom Augenblick ihrer Entnahme an auf dem Weg zurück dorthin. Was wir einem begrenzten Stück Land entziehen, kann seine Ertragsfähigkeit vorübergehend vermindern, weil die Rückführung auf anderem Land erfolgen, sich zwischen diesem und anderem Land verteilen oder vielleicht über alles Land erstrecken kann. Doch diese Möglichkeit nimmt mit wachsender Fläche ab und verschwindet, sobald man den gesamten Erdball betrachtet. Dass die Erde eine Billion Menschen ebenso leicht unterhalten könnte wie eine Milliarde, folgt notwendig aus den offenkundigen Wahrheiten, dass - zumindest soweit unser Einfluss reicht - die Materie ewig besteht und die Kraft unaufhörlich weiterwirkt. Das Leben verbraucht die Kräfte nicht, die es erhalten. Wir treten in die materielle Welt ein, ohne etwas mitzubringen, und verlassen sie, ohne etwas mitzunehmen. Physisch betrachtet ist der Mensch nur eine vorübergehende Form der Materie, eine sich wandelnde Form der Bewegung. Die Materie bleibt, die Kraft besteht fort. Nichts wird vermindert, nichts geschwächt. Daraus folgt, dass die Bevölkerung des Erdballs letztlich nur durch den verfügbaren Raum begrenzt sein kann.

Diese räumliche Begrenzung - die Gefahr, dass die Menschheit so stark anwachsen könnte, dass sie

keinen Platz mehr findet - liegt so fern, dass sie für uns ebenso wenig praktische Bedeutung hat wie die Wiederkehr einer Eiszeit oder das endgültige Erlöschen der Sonne. Dennoch verleiht gerade diese ferne und schemenhafte Möglichkeit der malthusianischen Theorie ihren scheinbar selbstverständlichen Charakter. Verfolgen wir sie jedoch weiter, verschwindet selbst dieser Schatten. Auch er entspringt einer falschen Analogie. Dass pflanzliches und tierisches Leben dazu neigen, gegen die räumlichen Grenzen zu drängen, beweist keine entsprechende Neigung des menschlichen Lebens.

Nehmen wir an, der Mensch sei lediglich ein höher entwickeltes Tier; der Ringelschwanzaffe sei ein entfernter Verwandter, der allmählich eine Vorliebe für Akrobatik entwickelt habe, und der Buckelwal ein ferner Angehöriger, den es frühzeitig ins Meer gezogen habe. Nehmen wir weiter an, hinter diesen sei der Mensch sogar mit den Pflanzen verwandt und unterliege noch immer denselben Gesetzen wie Pflanzen, Fische, Vögel und andere Tiere. Dennoch besteht zwischen ihm und allen anderen Tieren ein Unterschied: Er ist das einzige Tier, dessen Wünsche wachsen, je mehr sie befriedigt werden; das einzige Tier, das niemals zufriedengestellt ist. Die Bedürfnisse jedes anderen Lebewesens sind gleichförmig und fest. Der Ochse von heute strebt nach nicht mehr als der Ochse, den der Mensch zum ersten Mal ins Joch spannte. Die Möwe über dem Ärmelkanal, die über einem schnellen Dampfschiff schwebt, verlangt weder bessere Nahrung noch eine bessere Behausung als die Möwen, die Caesars Galeeren umkreisten, als deren Kiele erstmals über einen britischen Strand schrammten. Wie reichlich die Natur ihre Gaben auch anbietet: Mit Ausnahme des Menschen kann jedes Lebewesen nur so viel davon aufnehmen und verwenden, wie seine bestimmten und

feststehenden Bedürfnisse verlangen. Zusätzliche Vorräte oder zusätzliche Möglichkeiten kann es allein zur Vermehrung nutzen.

Beim Menschen ist es anders. Kaum sind seine tierischen Bedürfnisse befriedigt, entstehen neue Wünsche. Wie das Tier verlangt er zuerst nach Nahrung, dann nach Schutz; sind beide vorhanden, behauptet auch bei ihm der Fortpflanzungstrieb seine Macht. Doch an diesem Punkt trennen sich die Wege von Mensch und Tier. Das Tier geht niemals weiter; der Mensch hat dagegen erst den Fuß auf die erste Stufe eines unendlichen Aufstiegs gesetzt - eines Aufstiegs, den das Tier niemals beginnt, eines Aufstiegs fort vom Tier und über das Tier hinaus.

Ist das Verlangen nach Menge einmal befriedigt, sucht der Mensch nach Qualität. Selbst die Bedürfnisse, die er mit dem Tier teilt, erweitern, verfeinern und erhöhen sich. Bei der Nahrung verlangt nicht mehr nur der Hunger, sondern auch der Geschmack nach Befriedigung; in der Kleidung sucht er nicht allein Schutz und Behaglichkeit, sondern auch Schmuck; aus dem rohen Unterstand wird ein Haus. Die unterschiedslose sexuelle Anziehung beginnt, sich in feinere Einflüsse zu verwandeln, und der harte, gewöhnliche Stamm tierischen Lebens treibt Blüten von zarter Schönheit. Mit der Fähigkeit, seine Wünsche zu befriedigen, wächst auch sein Streben. Bleibt dieses auf die niedrigeren Ebenen des Begehrens beschränkt, speist Lukullus bei Lukullus; zwölf Wildschweine drehen sich am Spieß, damit Antonius' einziger Bissen Fleisch genau richtig gegart sei; jedes Reich der Natur wird geplündert, um Kleopatras Reize zu steigern; Marmorkolonnaden, hängende Gärten und Pyramiden, die mit Hügeln wetteifern, erheben sich. Geht das Begehren in höhere Formen über, erwacht im Menschen, was in der Pflanze schlummerte und

sich im Tier nur unstet regte. Die Augen des Geistes öffnen sich, und er verlangt nach Erkenntnis. Er trotzt der sengenden Hitze der Wüste und den eisigen Stürmen des Polarmeers - doch nicht um der Nahrung willen. Er wacht die ganze Nacht, um die Bahnen der ewigen Sterne zu verfolgen. Er häuft Mühe auf Mühe, um einen Hunger zu stillen, den kein Tier je empfand, und einen Durst zu löschen, den kein Tier kennen kann.

Nach außen in die Natur, nach innen in sich selbst, zurück durch die Nebel, die die Vergangenheit verhüllen, und vorwärts in die Dunkelheit über der Zukunft richtet sich das ruhelose Verlangen, das erwacht, sobald die tierischen Bedürfnisse befriedigt schlummern. Hinter den Dingen sucht der Mensch das Gesetz. Er will wissen, wie der Erdball geformt und die Sterne aufgehängt wurden; er will die Quellen des Lebens bis zu ihrem Ursprung verfolgen. Entwickelt er dann seine edlere Natur, entsteht ein noch höheres Verlangen - die Leidenschaft aller Leidenschaften, die Hoffnung aller Hoffnungen: der Wunsch, dass er, gerade er, irgendwie dazu beitragen möge, das Leben besser und heller zu machen, Not und Sünde, Leid und Schande zu überwinden. Er beherrscht und zügelt das Tier in sich; er kehrt dem Festmahl den Rücken und verzichtet auf die Stellung der Macht. Anderen überlässt er es, Wohlstand anzuhäufen, angenehme Neigungen zu befriedigen und sich im warmen Sonnenlicht des kurzen Tages zu sonnen. Er arbeitet für Menschen, die er niemals gesehen hat und niemals sehen kann; für einen Ruhm oder vielleicht nur für ein geringes Maß an Gerechtigkeit, das erst lange, nachdem die Erdschollen auf seinen Sargdeckel gefallen sind, zu ihm kommen kann. Er müht sich an der vordersten Linie, wo es kalt ist, wo die Menschen ihm wenig Ermutigung geben, die Steine scharf und die Dornen dicht sind. Unter dem Spott der Gegenwart

und unter höhnischen Worten, die wie Messer stechen, baut er für die Zukunft. Er bahnt den Pfad, den eine fortschreitende Menschheit später zur breiten Straße ausbauen kann. In immer höhere und großartigere Sphären steigt das Verlangen und winkt ihm; ein Stern, der im Osten aufgeht, führt ihn weiter. Siehe: Im Menschen schlägt die Sehnsucht des Göttlichen - er möchte am Werden der Sonnen mitwirken!

Ist die Kluft nicht zu weit, als dass eine Analogie sie überbrücken könnte? Gibt man einer Pflanze oder einem Tier mehr Nahrung und bessere Lebensbedingungen, können sie sich nur vermehren; der Mensch dagegen entwickelt sich. Dort kann die sich ausdehnende Kraft das Leben nur auf eine größere Zahl von Wesen verteilen; hier wird sie das Leben zwangsläufig zu höheren Formen und umfassenderen Fähigkeiten führen. Der Mensch ist ein Tier - aber ein Tier, zu dem noch etwas hinzukommt. Er ist der mythische Weltenbaum, dessen Wurzeln in der Erde liegen, während seine höchsten Zweige im Himmel blühen können.

Wie man die Beweisführung zur Stützung der Theorie, die Bevölkerung neige ständig dazu, gegen die Grenzen der Unterhaltsmittel zu drängen, auch dreht: Stets beruht sie auf einer unberechtigten Annahme, auf einem nicht verteilten Mittelbegriff, wie die Logiker sagen würden. Die Tatsachen rechtfertigen sie nicht, die Analogie stützt sie nicht. Sie ist ein reines Hirngespinst, vergleichbar mit jenen Vorstellungen, die die Menschen lange daran hinderten, die Kugelgestalt und die Bewegung der Erde zu erkennen. Sie gleicht der Annahme, auf der uns gegenüberliegenden Seite der Erde müsse alles herabfallen, was nicht am Boden befestigt ist; oder eine vom Mast eines fahrenden Schiffes fallengelassene Kugel müsse hinter dem Mast aufschlagen; oder ein lebender Fisch in einem

randvoll mit Wasser gefüllten Gefäß verdränge kein Wasser. Sie ist ebenso unbegründet, wenn auch vielleicht weniger grotesk, wie eine Annahme, die Adam hätte treffen können, wäre er mathematisch veranlagt gewesen und hätte das Wachstum seines ersten Kindes anhand seiner ersten Lebensmonate hochgerechnet. Aus der Tatsache, dass es bei der Geburt zehn Pfund und acht Monate später zwanzig Pfund wog, hätte er mit den mathematischen Kenntnissen, die ihm manche Gelehrte zuschreiben, ein ebenso auffälliges Ergebnis errechnen können wie Malthus: Mit zehn Jahren wäre das Kind so schwer wie ein Ochse, mit zwölf so schwer wie ein Elefant und mit dreißig wöge es nicht weniger als 175.716.339.548 Tonnen.

Tatsächlich haben wir ebenso wenig Anlass, uns wegen des Drucks der Bevölkerung auf die Unterhaltsmittel zu beunruhigen, wie Adam Anlass gehabt hätte, sich wegen des raschen Wachstums seines Kindes zu sorgen. Soweit eine Schlussfolgerung wirklich durch Tatsachen gerechtfertigt und durch Analogien nahegelegt wird, lautet sie vielmehr: Das Bevölkerungsgesetz enthält ebenso harmonische Anpassungen, wie die Forschung sie bereits in anderen Naturgesetzen entdeckt hat. Wir sind zu der Annahme, der Fortpflanzungstrieb neige in der natürlichen Entwicklung der Gesellschaft dazu, Elend und Laster hervorzubringen, ebenso wenig berechtigt wie zu der Annahme, die Schwerkraft müsse den Mond auf die Erde und die Erde in die Sonne stürzen. Ebenso wenig dürfen wir daraus, dass sich Wasser bei sinkender Temperatur bis zum Gefrierpunkt zusammenzieht, folgern, Flüsse und Seen müssten bei jedem Frost bis zum Grund gefrieren und selbst gemäßigte Winter die gemäßigten Erdregionen unbewohnbar machen. Viele bekannte Tatsachen weisen darauf hin, dass es neben den positiven und vorsorglichen

Hemmnissen des Malthus ein drittes Hemmnis gibt, das mit steigendem Lebensstandard und zunehmender geistiger Entwicklung wirksam wird. In neuen Siedlungsgebieten, wo der Kampf mit der Natur nur wenig Raum für geistiges Leben lässt, ist die Geburtenrate bekanntlich höher. Dasselbe gilt für die in Armut gefangenen Klassen älterer Länder, die inmitten des Wohlstands all seiner Vorteile beraubt und beinahe auf ein tierisches Dasein herabgedrückt werden. Niedriger ist sie dagegen bei den Klassen, denen der wachsende Wohlstand Unabhängigkeit, Muße, Behaglichkeit und ein erfüllteres, vielfältigeres Leben gebracht hat. Diese Tatsache, die schon lange in dem volkstümlichen Sprichwort »Dem Reichen das Glück, dem Armen die Kinder« Ausdruck findet, bemerkte auch Adam Smith. Er schreibt, nicht selten sei eine arme, halb verhungerte Frau im schottischen Hochland Mutter von dreiundzwanzig oder vierundzwanzig Kindern gewesen. Die Erscheinung ist überall so deutlich wahrnehmbar, dass ein Hinweis darauf genügt.

Wenn sich hierin, wie ich meine, das wirkliche Bevölkerungsgesetz zeigt, dann ist die Vermehrungsneigung nicht stets gleich stark. Sie ist dort stark, wo eine größere Bevölkerung den Wohlstand erhöhen würde und wo die durch ungünstige Bedingungen verursachte Sterblichkeit den Fortbestand des Menschengeschlechts gefährdet. Sie nimmt dagegen in dem Maß ab, in dem die höhere Entwicklung des Einzelnen möglich und der Fortbestand des Menschengeschlechts gesichert wird. Mit anderen Worten: Das Bevölkerungsgesetz stimmt mit dem Gesetz der geistigen Entwicklung überein und ist ihm untergeordnet. Jede Gefahr, dass Menschen in eine Welt geboren werden, in der nicht für sie gesorgt werden kann, entsteht nicht aus den Ordnungen der Natur, sondern aus gesellschaftlichen Fehlverhältnissen, die Menschen inmitten des Wohlstands zur Not verurteilen. Die Wahrheit

dieses Satzes wird sich meines Erachtens endgültig zeigen, wenn wir nach der Klärung der Grundlagen die wirklichen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung verfolgen. Es würde jedoch die natürliche Ordnung der Beweisführung stören, ihnen hier vorzugreifen. Ist es mir gelungen, eine negative Aussage zu begründen - nämlich zu zeigen, dass die malthusianische Theorie durch die zu ihrer Stützung vorgebrachte Beweisführung nicht bewiesen wird -, so genügt dies für den Augenblick. Im nächsten Kapitel werde ich die positive Gegenposition vertreten und zeigen, dass die Tatsachen diese Theorie widerlegen.

KAPITEL IV WIDERLEGUNG DER MALTHUSIANISCHEN THEORIE

Die Lehre, Bevölkerungswachstum neige dazu, die Löhne zu senken und Armut hervorzubringen, ist so tief in den Gedankengängen der herrschenden Volkswirtschaftslehre verwurzelt und so eng mit ihnen verflochten; sie stimmt so vollständig mit vielen verbreiteten Vorstellungen überein und kehrt so leicht in verschiedenen Formen wieder, dass ich es für notwendig hielt, ihr entgegenzutreten und die Unzulänglichkeit ihrer Begründung im Einzelnen zu zeigen, bevor ich sie an den Tatsachen prüfe. Denn die allgemeine Anerkennung dieser Theorie liefert eines der auffälligsten unter den vielen Beispielen aus der Geschichte des Denkens dafür, wie leicht Menschen Tatsachen übersehen, wenn ihnen eine vorgefasste Theorie den Blick verstellt.

Diese Theorie lässt sich ohne Weiteres der entscheidenden und letzten Prüfung durch die Tatsachen unterziehen. Die Frage, ob Bevölkerungswachstum notwendig dazu neigt, die Löhne zu senken und Not hervorzurufen, ist offensichtlich nichts anderes als die Frage, ob dadurch die Gütermenge abnimmt, die mit einer gegebenen Menge Arbeit erzeugt werden kann.

Genau dies behauptet die herrschende Lehre. Nach der anerkannten Theorie gibt die Natur umso weniger her, je mehr man von ihr verlangt; eine Verdoppelung des Arbeitseinsatzes verdoppele deshalb nicht den Ertrag. Bevölkerungswachstum müsse folglich dazu neigen, die Löhne zu senken und die Armut zu verschärfen, oder, mit Malthus gesprochen, in Laster und Elend münden. John Stuart Mill drückt es so aus:

> »Eine größere Zahl von Menschen kann bei einem gegebenen Stand der Zivilisation

insgesamt nicht ebenso gut versorgt sein wie eine kleinere. Die Kargheit der Natur, nicht die Ungerechtigkeit der Gesellschaft, ist die Ursache der Strafe, die an die Überbevölkerung geknüpft ist. Eine ungerechte Verteilung des Wohlstands verschärft das Übel nicht; sie führt höchstens dazu, dass es etwas früher spürbar wird. Vergeblich wendet man ein, mit allen Mündern, welche die Vermehrung der Menschheit ins Dasein ruft, kämen auch Hände. Die neuen Münder benötigen ebenso viel Nahrung wie die alten, die Hände aber erzeugen nicht ebenso viel. Befänden sich alle Produktionsmittel im gemeinschaftlichen Eigentum des ganzen Volkes, würde das Erzeugnis vollkommen gleichmäßig verteilt und wäre in einer so verfassten Gesellschaft der Arbeitseifer ebenso groß und das Erzeugnis ebenso reichlich wie heute, dann wäre genug vorhanden, um der gesamten bestehenden Bevölkerung ein äußerst behagliches Leben zu ermöglichen. Hätte sich diese Bevölkerung jedoch verdoppelt - was bei den bestehenden Gewohnheiten des Volkes unter einer solchen Ermutigung zweifellos in wenig mehr als zwanzig Jahren geschehen würde -, wie stünde es dann um sie? Wenn sich die Produktionsverfahren in dieser Zeit nicht in einem nahezu beispiellosen Maß verbesserten, müsste man zur Ernährung einer so viel größeren Bevölkerung auf schlechtere Böden ausweichen und die besseren Böden arbeitsaufwendiger und mit geringerem Ertrag bewirtschaften. Mit unausweichlicher Notwendigkeit würde dadurch jedes Mitglied der Gemeinschaft ärmer als zuvor. Wüchse die Bevölkerung im selben Tempo weiter,

> käme bald eine Zeit, in der niemand mehr als das unbedingt Notwendige besäße; wenig später käme eine Zeit, in der niemand selbst davon genug hätte, und der weitere Bevölkerungszuwachs würde durch den Tod aufgehalten.«[30]

All dies bestreite ich. Ich behaupte, dass genau das Gegenteil dieser Sätze wahr ist. Ich behaupte, dass bei einem gegebenen Stand der Zivilisation eine größere Zahl von Menschen insgesamt besser versorgt werden kann als eine kleinere. Ich behaupte, dass die Ungerechtigkeit der Gesellschaft - nicht die Kargheit der Natur - die Ursache jener Not und jenes Elends ist, welche die herrschende Theorie der Überbevölkerung zuschreibt. Ich behaupte, dass die neuen Münder, die eine wachsende Bevölkerung ins Dasein ruft, nicht mehr Nahrung benötigen als die alten, während die Hände, die mit ihnen kommen, im natürlichen Lauf der Dinge mehr erzeugen können. Ich behaupte, dass unter sonst gleichen Bedingungen eine gerechte Verteilung der Güter jedem Einzelnen umso mehr Behaglichkeit verschaffen würde, je größer die Bevölkerung ist. Ich behaupte, dass das natürliche Bevölkerungswachstum unter Bedingungen der Gleichheit fortwährend dazu neigen würde, jeden Einzelnen reicher statt ärmer zu machen.

Damit formuliere ich den Widerspruch eindeutig und stelle die Frage der Prüfung durch die Tatsachen.

Dabei ist Folgendes zu beachten; selbst auf die Gefahr einer Wiederholung hin möchte ich vor einem Denkfehler warnen, der sich sogar bei sehr angesehenen Autoren findet. Die Tatsachenfrage, auf die sich dieser Streit zurückführen lässt, lautet nicht: Bei welchem Bevölkerungsstand werden die meisten Unterhaltsmittel erzeugt? Sie lautet vielmehr: Bei welchem Bevölkerungsstand ist die

Fähigkeit zur Gütererzeugung am größten? Denn die Fähigkeit, Güter jeder Art zu erzeugen, ist zugleich die Fähigkeit, Unterhaltsmittel zu erzeugen; und der Verbrauch beliebiger Güter oder gütererzeugender Kraft entspricht dem Verbrauch von Unterhaltsmitteln. Ich habe beispielsweise etwas Geld in der Tasche. Dafür kann ich Lebensmittel, Zigarren, Schmuck oder Theaterkarten kaufen; je nachdem, wofür ich mein Geld ausgebe, lenke ich Arbeit in die Erzeugung von Lebensmitteln, Zigarren und Schmuck oder in Theateraufführungen. Ein Satz Diamanten hat denselben Wert wie eine bestimmte Zahl Fässer Mehl. Das heißt: Im Durchschnitt erfordert die Herstellung der Diamanten ebenso viel Arbeit wie die Erzeugung dieser Mehlmenge. Behänge ich meine Frau mit Diamanten, beanspruche ich die Fähigkeit zur Erzeugung von Unterhaltsmitteln ebenso, als hätte ich eine entsprechende Menge Lebensmittel dem Prunk gewidmet. Halte ich einen Diener, entziehe ich dem Pflug einen möglichen Pflüger. Zucht und Unterhalt eines Rennpferdes erfordern so viel Sorgfalt und Arbeit, wie für Zucht und Unterhalt vieler Arbeitspferde genügen würden. Die Vernichtung von Gütern durch eine allgemeine Festbeleuchtung oder das Abfeuern eines Saluts entspricht dem Verbrennen einer bestimmten Nahrungsmenge. Der Unterhalt eines Soldatenregiments oder eines Kriegsschiffes samt Besatzung lenkt Arbeit, die Unterhaltsmittel für viele Tausend Menschen erzeugen könnte, in unproduktive Verwendungen. Die Fähigkeit einer Bevölkerung, das Lebensnotwendige hervorzubringen, darf deshalb nicht an der Menge des tatsächlich erzeugten Lebensnotwendigen gemessen werden, sondern an der gesamten Leistung, die sie für alle möglichen Zwecke aufwendet.

Abstrakte Überlegungen sind nicht nötig. Es handelt sich um eine einfache Tatsachenfrage: Nimmt die relative Fähigkeit zur Gütererzeugung mit wachsender Bevölkerung ab?

Die Tatsachen liegen so offen zutage, dass man nur auf sie hinzuweisen braucht. In neuerer Zeit haben wir in vielen Gemeinwesen ein Wachstum der Bevölkerung erlebt. Ist ihr Wohlstand nicht gleichzeitig noch schneller gewachsen? Wir sehen, wie die Bevölkerung vieler Gemeinwesen weiterhin zunimmt. Wächst ihr Wohlstand nicht noch schneller? Besteht irgendein Zweifel daran, dass Englands Wohlstand stärker zunahm als seine Bevölkerung, obwohl diese um jährlich zwei Prozent wuchs? Trifft es nicht zu, dass sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten alle neunundzwanzig Jahre verdoppelte,[31] während sich ihr Wohlstand in wesentlich kürzeren Abständen verdoppelte? Ist unter vergleichbaren Bedingungen - also bei Gemeinwesen mit einer ähnlichen Bevölkerung und auf einer ähnlichen Zivilisationsstufe - nicht das am dichtesten besiedelte zugleich das reichste? Sind die dichter besiedelten Oststaaten der Vereinigten Staaten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung nicht reicher als die dünner besiedelten Staaten des Westens oder Südens? Ist England, dessen Bevölkerung noch dichter ist als die der Oststaaten der Union, nicht ebenfalls verhältnismäßig reicher? Wo findet man den verschwenderischsten Einsatz von Gütern für unproduktive Zwecke - kostspielige Gebäude, wertvolle Möbel, luxuriöse Kutschen, Statuen, Gemälde, Lustgärten und Jachten? Doch dort, wo die Bevölkerung am dichtesten ist, nicht dort, wo sie am dünnsten ist. Wo findet man im größten Verhältnis jene Menschen, die aus der allgemeinen Produktion unterhalten werden, ohne selbst produktiv zu arbeiten - Rentiers und Menschen vornehmer Muße, Diebe, Polizisten, Hausbedienstete, Anwälte, Schriftsteller und

Ähnliche? Doch eher bei dichter als bei dünner Bevölkerung. Woher strömt Kapital ab, das eine einträgliche Anlage sucht? Doch aus dicht besiedelten in dünn besiedelte Länder. Dies alles beweist schlüssig: Die größte Gütermenge findet sich dort, wo die Bevölkerung am dichtesten ist; und die mit einer gegebenen Menge Arbeit erzeugte Gütermenge nimmt mit der Bevölkerung zu. Wohin wir auch blicken, diese Tatsachen treten offen hervor. Bei gleichem Zivilisationsstand, gleichem Entwicklungsstand der Produktionstechniken und gleichen staatlichen Verhältnissen sind die bevölkerungsreichsten Länder stets auch die reichsten.

Betrachten wir einen Einzelfall, und zwar den Fall, der von allen denkbaren auf den ersten Blick am stärksten für die hier geprüfte Theorie zu sprechen scheint: ein Gemeinwesen, in dem die Bevölkerung erheblich gewachsen, der Lohn zugleich stark gesunken und die abnehmende Freigebigkeit der Natur keine unsichere Folgerung, sondern eine offenkundige Tatsache ist. Dieses Gemeinwesen ist Kalifornien. Als nach der Entdeckung des Goldes die erste Einwanderungswelle nach Kalifornien strömte, fand sie ein Land vor, in dem die Natur sich höchst großzügig zeigte. An den Flussufern und auf den Sandbänken ließen sich die glänzenden Ablagerungen von Jahrtausenden mit den einfachsten Geräten in Mengen gewinnen, bei denen eine Unze Gold - 16 Dollar - am Tag nur ein gewöhnlicher Lohn war. Die mit nahrhaften Gräsern bedeckten Ebenen wimmelten von zahllosen Pferde- und Rinderherden. Sie waren so reichlich vorhanden, dass jeder Reisende seinen Sattel nach Belieben auf ein frisches Pferd legen oder für ein Stück Fleisch ein Rind schlachten durfte; nur die Haut, der einzig wertvolle Teil, blieb dem Eigentümer. Auf den fruchtbaren Böden, die zuerst

unter den Pflug genommen wurden, genügten Pflügen und Säen für Ernten, die in älteren Ländern - wenn überhaupt - nur mit gründlichster Düngung und Bewirtschaftung erzielt werden können. In diesem frühen Kalifornien mit seiner überreichen Natur waren Lohn und Zins höher als irgendwo sonst auf der Welt.

Diese ursprüngliche Fülle der Natur ist den immer größeren Ansprüchen einer wachsenden Bevölkerung stetig gewichen. Man beutete immer ärmere Goldvorkommen aus, bis sich heute kaum noch nennenswerte Goldseifen finden. Der Goldbergbau erfordert inzwischen viel Kapital, große Fachkenntnis und aufwendige Maschinen und ist mit erheblichen Risiken verbunden. »Pferde kosten Geld«; Rinder, die in den Beifußsteppen Nevadas gezüchtet werden, bringt man mit der Eisenbahn über die Berge und schlachtet sie in San Francisco. Die Bauern beginnen unterdessen, ihr Stroh aufzubewahren und nach Dünger zu suchen; selbst Land wird bestellt, das ohne Bewässerung kaum in drei von vier Jahren eine Ernte liefert. Gleichzeitig sind Lohn und Zins stetig gesunken. Viele Menschen sind heute froh, eine Woche lang für weniger zu arbeiten, als sie früher für einen Tag verlangten; Geld wird für ein Jahr zu einem Satz verliehen, den man früher für einen Monat kaum als Wucher betrachtet hätte. Ist der Zusammenhang zwischen der gesunkenen Ertragsfähigkeit der Natur und dem gesunkenen Lohnsatz ein Verhältnis von Ursache und Wirkung? Ist der Lohn niedriger, weil Arbeit weniger Güter hervorbringt? Im Gegenteil! Ich bin überzeugt, dass die gütererzeugende Kraft der Arbeit in Kalifornien 1879 größer war als 1849. Wer bedenkt, wie gewaltig die Leistungsfähigkeit der Arbeit in Kalifornien während dieser Jahre durch Straßen, Kaianlagen, Wassergräben, Eisenbahnen, Dampfschiffe, Telegrafen und Maschinen aller Art,

durch die engere Verbindung mit der übrigen Welt und durch die zahllosen Einsparungen einer größeren Bevölkerung gesteigert wurde, kann meines Erachtens nicht daran zweifeln: Der Ertrag, den die Arbeit dort aus der Natur gewinnt, ist im Ganzen heute viel größer als zur Zeit der unerschöpften Goldseifen und unberührten Böden. Die wachsende Kraft des menschlichen Faktors hat den Rückgang der Kraft des natürlichen Faktors mehr als ausgeglichen. Dass diese Schlussfolgerung richtig ist, beweisen zahlreiche Tatsachen. Sie zeigen, dass heute im Verhältnis zur Zahl der Arbeitenden weit mehr Güter verbraucht werden als damals. Statt einer Bevölkerung, die fast ausschließlich aus Männern im besten Lebensalter bestand, wird heute ein großer Anteil von Frauen und Kindern unterhalten; die Zahl anderer nicht produktiv Tätiger ist noch sehr viel stärker gewachsen als die Bevölkerung. Der Luxus hat weit stärker zugenommen, als die Löhne gesunken sind. Wo die besten Häuser einst Hütten aus Stoff und Papier waren, stehen heute Villen, deren Pracht mit europäischen Palästen wetteifert. Durch die Straßen San Franciscos fahren Kutschen mit livrierten Bediensteten, auf seiner Bucht kreuzen Vergnügungsjachten. Die Klasse, die von ihren Einkünften prunkvoll leben kann, ist stetig gewachsen. Es gibt reiche Menschen, neben denen selbst die Reichsten der frühen Jahre kaum besser als Bettler erscheinen würden. Kurz gesagt: Überall finden sich die auffälligsten und schlüssigsten Belege dafür, dass Erzeugung und Verbrauch von Gütern noch schneller gewachsen sind als die Bevölkerung; erhält irgendeine Klasse weniger, so liegt dies allein an der größeren Ungleichheit der Verteilung.

Was an diesem Einzelfall offensichtlich ist, wird bei einem weiteren Blick ebenso offensichtlich. Die reichsten Länder sind nicht jene, in denen die Natur

am ergiebigsten ist, sondern jene, in denen die Arbeit am wirksamsten ist - nicht Mexiko, sondern Massachusetts; nicht Brasilien, sondern England. Unter sonst gleichen Bedingungen sind die Länder, in denen die Bevölkerung am dichtesten ist und die Möglichkeiten der Natur am stärksten beansprucht werden, zugleich jene, in denen sich der größte Teil des Erzeugnisses für Luxus und den Unterhalt nicht produktiv Tätiger verwenden lässt, in denen Kapital überströmt und die im Notfall, etwa im Krieg, den größten Aderlass verkraften können. Dass die Güterproduktion im Verhältnis zur eingesetzten Arbeit in einem dicht besiedelten Land wie England größer sein muss als in neuen Ländern, in denen Lohn und Zins höher sind, zeigt sich daran, dass dort ein viel kleinerer Teil der Bevölkerung produktiv arbeitet und dennoch ein viel größerer Überschuss für andere Zwecke als die Befriedigung körperlicher Bedürfnisse zur Verfügung steht. In einem neuen Land ist die gesamte verfügbare Kraft des Gemeinwesens der Produktion gewidmet: Kein gesunder Mann verrichtet keinerlei produktive Arbeit, keine gesunde Frau ist von häuslichen Aufgaben befreit. Es gibt dort weder Arme noch Bettler, weder müßige Reiche noch eine Klasse, deren Arbeit den Annehmlichkeiten oder Launen der Reichen dient; keine rein literarische oder wissenschaftliche Klasse, keine verbrecherische Klasse, die davon lebt, die Gesellschaft auszuplündern, und keine große Klasse, die zum Schutz der Gesellschaft vor ihr unterhalten wird. Obwohl die gesamte Kraft des Gemeinwesens so der Produktion gewidmet ist, findet dort im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kein so großer Güterverbrauch statt, wie ihn sich das alte Land leisten kann. Zwar geht es der untersten Klasse besser und jeder kann seinen Lebensunterhalt verdienen; doch niemand erhält wesentlich mehr, nur wenige oder gar niemand kann auf eine Weise

leben, die im älteren Land als Luxus oder auch nur als Behaglichkeit gelten würde. Im älteren Land ist der Güterverbrauch im Verhältnis zur Bevölkerung also größer, obwohl ein geringerer Anteil der Arbeit der Gütererzeugung gewidmet wird. Mit anderen Worten: Weniger Arbeitende erzeugen mehr Güter; denn Güter müssen erzeugt werden, bevor sie verbraucht werden können.

Man könnte allerdings einwenden, der größere Wohlstand älterer Länder beruhe nicht auf einer überlegenen Produktivkraft, sondern auf den angesammelten Gütern, für deren Erzeugung dem neuen Land bislang die Zeit fehlte.

Es ist angebracht, diesen Gedanken angesammelten Wohlstands einen Augenblick zu prüfen. In Wahrheit lassen sich Güter nur in geringem Maß ansammeln; Gemeinwesen leben wie die große Mehrheit der Menschen tatsächlich von der Hand in den Mund. Güter eignen sich kaum zur Anhäufung; von einigen wenig bedeutsamen Formen abgesehen, sind sie nicht dauerhaft. Die Materie des Universums, die zu Gütern wird, wenn Arbeit sie in erwünschte Formen bringt, strebt fortwährend in ihren ursprünglichen Zustand zurück. Manche Güter bestehen einige Stunden, manche einige Tage, manche einige Monate und manche einige Jahre; nur sehr wenige Güterformen lassen sich von einer Generation an die nächste weitergeben. Betrachten wir einige der nützlichsten und dauerhaftesten Formen - Schiffe, Häuser, Eisenbahnen und Maschinen. Ohne fortwährende Arbeit an ihrer Erhaltung und Erneuerung würden sie fast sofort unbrauchbar. Käme in einem Gemeinwesen jede Arbeit zum Stillstand, verschwänden die Güter beinahe so schnell wie der Strahl eines Brunnens, wenn man den Wasserzufluss sperrt. Setzte die Arbeit wieder ein, würden die Güter beinahe ebenso schnell wieder erscheinen. Das ließ sich schon oft beobachten,

wenn Krieg oder andere Katastrophen Güter vernichteten, die Bevölkerung jedoch unversehrt ließen. London ist heute nicht weniger reich wegen des großen Brandes von 1666; Chicago ist nicht weniger reich wegen des großen Brandes von 1870. Auf den vom Feuer verwüsteten Flächen erhoben sich unter der Hand der Arbeit prächtigere Gebäude, gefüllt mit größeren Warenbeständen. Ein Fremder, der die Geschichte der Stadt nicht kennt und durch diese stattlichen Straßen geht, würde nicht ahnen, dass noch vor wenigen Jahren alles schwarz und kahl dalag. Dasselbe Prinzip - die fortwährende Neuerzeugung von Gütern - zeigt sich in jeder neuen Stadt. Bei gleicher Bevölkerung und gleicher Leistungsfähigkeit der Arbeit wird die erst gestern entstandene Stadt ebenso viel besitzen und genießen wie eine von den Römern gegründete. Niemand, der Melbourne oder San Francisco gesehen hat, kann bezweifeln, dass Neuseeland bald ebenso reich wäre wie das heutige England, wenn Englands Bevölkerung dorthin übersiedelte und alle angesammelten Güter zurückließe. Umgekehrt wäre Englands Bevölkerung trotz der angesammelten Güter bald ebenso arm, wenn sie auf die geringe Dichte der heutigen Bevölkerung Neuseelands zurückginge. Angesammelte Güter scheinen für den gesellschaftlichen Organismus ungefähr dieselbe Rolle zu spielen wie gespeicherte Nährstoffe für den körperlichen. Ein gewisser Vorrat ist notwendig und kann in Notlagen bis zu einem bestimmten Grad aufgezehrt werden. Doch die von vergangenen Generationen erzeugten Güter können den heutigen Verbrauch ebenso wenig erklären, wie die Mahlzeiten des Vorjahres einem Menschen heute Kraft geben können.

Doch auch ohne diese Erwägungen, die ich eher wegen ihrer allgemeinen als wegen ihrer besonderen Bedeutung erwähne, liegt Folgendes auf der Hand: Größere Gütervorräte können einen

größeren Güterverbrauch nur dann erklären, wenn die Vorräte abnehmen. Wo ihr Umfang erhalten bleibt, und noch deutlicher dort, wo er wächst, muss ein größerer Güterverbrauch auch eine größere Gütererzeugung voraussetzen. Ob wir nun verschiedene Gemeinwesen miteinander oder dasselbe Gemeinwesen zu verschiedenen Zeiten vergleichen: Der fortschreitende Zustand, den das Wachstum der Bevölkerung kennzeichnet, ist offensichtlich auch durch einen wachsenden Verbrauch und eine wachsende Ansammlung von Gütern gekennzeichnet - nicht nur insgesamt, sondern auch je Person. Soweit das Bevölkerungswachstum bislang irgendwo fortgeschritten ist, bedeutet es daher keine Abnahme, sondern eine Zunahme der durchschnittlichen Gütererzeugung.

Der Grund dafür liegt auf der Hand. Selbst wenn das Bevölkerungswachstum die Kraft des natürlichen Faktors der Gütererzeugung vermindert, weil es etwa zum Ausweichen auf schlechtere Böden zwingt, steigert es die Kraft des menschlichen Faktors so gewaltig, dass dies den Verlust mehr als ausgleicht. Zwanzig gemeinsam arbeitende Menschen erzeugen selbst bei karger Natur mehr als das Zwanzigfache dessen, was ein Einzelner bei größter Freigebigkeit der Natur hervorbringen kann. Je dichter die Bevölkerung, desto feiner wird die Arbeitsteilung und desto größer werden die Einsparungen bei Produktion und Verteilung. Deshalb ist das genaue Gegenteil der malthusianischen Lehre wahr: Innerhalb der Grenzen, bis zu denen das Wachstum vermutlich noch fortdauern würde, kann bei einem gegebenen Stand der Zivilisation eine größere Zahl von Menschen eine verhältnismäßig größere Gütermenge erzeugen und ihre Bedürfnisse vollständiger befriedigen als eine kleinere Zahl.

Man braucht nur die Tatsachen zu betrachten. Könnte etwas deutlicher sein, als dass die Ursache der Armut, die in den Zentren der Zivilisation wuchert, nicht in einer Schwäche der Produktivkräfte liegt? In den Ländern mit der tiefsten Armut sind die Produktivkräfte offensichtlich stark genug, um bei voller Nutzung selbst den Ärmsten nicht bloß Behaglichkeit, sondern Luxus zu bieten. Die industrielle Lähmung und die wirtschaftliche Depression, die heute auf der zivilisierten Welt lasten, entspringen offenkundig keinem Mangel an Produktivkraft. Worin das Problem auch bestehen mag: An der Fähigkeit zur Gütererzeugung fehlt es eindeutig nicht.

Gerade die Tatsache, dass Not dort auftritt, wo die Produktivkraft am größten und die Gütererzeugung am umfangreichsten ist, bildet das Rätsel, das die zivilisierte Welt beschäftigt und das wir zu lösen versuchen. Die malthusianische Theorie, die Not auf eine abnehmende Produktivkraft zurückführt, kann es offensichtlich nicht erklären. Diese Theorie widerspricht sämtlichen Tatsachen. Sie schreibt in Wahrheit ohne jede Grundlage den Gesetzen Gottes Folgen zu, die - wie wir bereits aus dieser Untersuchung schließen dürfen - tatsächlich aus den Fehlordnungen der Menschen hervorgehen. Im weiteren Verlauf wird aus dieser Schlussfolgerung ein Beweis werden. Denn wir müssen erst noch herausfinden, was Armut inmitten wachsenden Wohlstands *wirklich* hervorbringt.

ANMERKUNGEN ZUM ZWEITEN BUCH

14 John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Buch II, Kapitel IX, Abschnitt VI. Ungeachtet dessen, was Mill schreibt, ist klar, dass Malthus selbst großen Wert auf seine geometrischen und arithmetischen Reihen legt. Wahrscheinlich verdankt er ihnen auch einen erheblichen Teil seines Ruhms: Sie lieferten eine jener hochtrabend klingenden Formeln, die bei vielen Menschen weit mehr Gewicht besitzen als die klarste Beweisführung.

15 Der Einfluss der malthusianischen Lehre auf die Definitionen des Kapitals wird meines Erachtens sichtbar, wenn man die noch vor Malthus entstandene Definition von Smith mit den späteren Definitionen Ricardos, McCullochs und Mills vergleicht; siehe im englischen Original S. 32–34.

16 Ansprache vor dem Massachusetts State Board of Agriculture, 1872; Report of the United States Department of Agriculture, 1873.

17 Charles Darwin, On the Origin of Species, Kapitel III.

18 Anmerkung IV zu Adam Smiths Wealth of Nations.

19 Die anderen Werke von Malthus, obwohl nach seiner Berühmtheit entstanden, hinterließen keine Wirkung und werden selbst von denen geringschätzig behandelt, die im Essay eine große Entdeckung sehen. So schreibt etwa die Encyclopædia Britannica, obwohl sie die malthusianische Theorie vollständig übernimmt, über Malthus' Political Economy: »Das Werk ist sehr schlecht geordnet und in keiner Hinsicht eine praktische oder wissenschaftliche Darstellung des Gegenstands. Es befasst sich zu

einem großen Teil mit der Prüfung einzelner besonderer Lehren Ricardos und mit einer Untersuchung des Wesens und der Ursachen des Wertes. Nichts jedoch könnte unbefriedigender sein als diese Erörterungen. In Wahrheit hatte Malthus niemals eine klare oder zutreffende Vorstellung von Ricardos Theorien oder von den Grundsätzen, welche den Tauschwert verschiedener Güter bestimmen.«

20 Ich spreche von einem Land beträchtlicher Größe, weil es kleine Inseln wie Pitcairn geben mag, die vom Austausch mit der übrigen Welt abgeschnitten sind. Dieser Austausch ist jedoch für die verbesserten Produktionsweisen erforderlich, auf die bei wachsender Bevölkerungsdichte zurückgegriffen wird. Solche Inseln könnten daher auf den ersten Blick als Gegenbeispiele erscheinen. Eine kurze Überlegung zeigt jedoch, dass diese Ausnahmefälle hier nicht einschlägig sind.

21 Wie die Karte in H. H. Bancrofts Native Races zeigt, gehört der Bundesstaat Veracruz nicht zu den durch Altertümer besonders ausgezeichneten Teilen Mexikos. Dennoch berichtet Hugo Fink aus Córdoba an die Smithsonian Institution (Reports 1870), es gebe im ganzen Staat kaum einen Fußbreit Boden, auf dem man bei einer Ausgrabung nicht entweder ein zerbrochenes Obsidianmesser oder ein Bruchstück von Töpferware finde. Das ganze Land werde von parallelen Steinreihen durchzogen, die das Abschwemmen der Erde während der Regenzeit verhindern sollten. Sie zeigten, dass selbst der allerärmste Boden genutzt wurde und man sich der Schlussfolgerung kaum entziehen könne, die alte Bevölkerung sei mindestens ebenso dicht gewesen wie heute in den bevölkerungsreichsten Gebieten Europas.

22 Ich entnehme diese Zahlen dem Smithsonian Report für 1873 und lasse die Nachkommastellen weg. Die Herren Behm und Wagner beziffern die Bevölkerung Chinas auf 446.500.000, obwohl manche behaupten, sie übersteige 150.000.000 nicht. Für Vorderindien nennen sie 206.225.580 Einwohner oder 132,39 je Quadratmeile, für Ceylon 2.405.287 oder 97,36 je Quadratmeile und für Hinterindien 21.018.062 oder 27,94 je Quadratmeile. Die Weltbevölkerung schätzen sie auf 1.377.000.000, im Durchschnitt 26,64 Menschen je Quadratmeile.

23 History of Civilization, Band I, Kapitel 2. In diesem Kapitel hat Buckle zahlreiche Belege für die Unterdrückung und Erniedrigung der indischen Bevölkerung seit frühester Zeit zusammengetragen. Durch die malthusianische Lehre geblendet, nahm er diesen Zustand hin und machte ihn zum Eckstein seiner Theorie der Zivilisationsentwicklung; zugleich führte er ihn auf die Leichtigkeit zurück, mit der sich dort Nahrung erzeugen lässt.

24 William Tennant, Indian Recreations, London 1804, Band I, Abschnitt XXXIX.

25 Florence Nightingale schildert in The People of India (Nineteenth Century, August 1878) Beispiele, die nach ihrer Aussage für Millionen von Fällen stehen, in denen die Bauern Südindiens durch die von den Zivilgerichten begünstigten Betrügereien und Unterdrückungen von Geldverleihern und niederen einheimischen Beamten in Schuldknechtschaft gerieten. »Unsere Zivilgerichte gelten als Einrichtungen, die es den Reichen ermöglichen, die Armen zu zermalmen; viele sehen sich gezwungen, sich ihrem Zuständigkeitsbereich zu entziehen und in einheimischem Gebiet Zuflucht zu suchen«, schreibt Sir David Wedderburn in einem Beitrag

über Protected Princes in India in der vorangegangenen Juli-Ausgabe derselben Zeitschrift. Dort nennt er außerdem einen einheimischen Staat mit vergleichsweise geringer Besteuerung als Beispiel für die wohlhabendste Bevölkerung Indiens.

26 Siehe die Beiträge in Nineteenth Century vom Oktober 1878 und März 1879.

27 Professor Fawcett weist in einem neueren Beitrag über die vorgeschlagenen Kredite für Indien auf Posten hin wie 1.200 Pfund für Ausstattung und Überfahrt eines Mitglieds des Generalgouverneursrats sowie 2.450 Pfund für Ausstattung und Überfahrt der Bischöfe von Kalkutta und Bombay.

28 Florence Nightingale schreibt, hundert Prozent seien üblich; selbst dann werde der Bauer noch auf andere, von ihr erläuterte Weise beraubt. Es muss kaum darauf hingewiesen werden, dass solche Sätze ebenso wie die eines Pfandleihers keinen Zins im volkswirtschaftlichen Sinn darstellen.

29 Die jüngste Hungersnot in China traf nicht die am dichtesten besiedelten Gebiete.

30 John Stuart Mill, Principles of Political Economy, Buch I, Kapitel XIII, Abschnitt 2.

31 Bis 1860 betrug die Wachstumsrate in jedem Jahrzehnt 35 Prozent.

DRITTES BUCH DIE GESETZE DER VERTEILUNG

KAPITEL I – EINGRENZUNG DER UNTERSUCHUNG AUF DIE VERTEILUNGSGESETZE – NOTWENDIGER ZUSAMMENHANG DIESER GESETZE

KAPITEL II – GRUNDRENTE UND DAS GESETZ DER GRUNDRENTE

KAPITEL III – ZINS UND DIE URSACHE DES ZINSES

KAPITEL IV – SCHEINKAPITAL UND GEWINNE, DIE OFT MIT ZINSEN VERWECHSELT WERDEN

KAPITEL V – DAS GESETZ DES ZINSES

KAPITEL VI – LOHN UND DAS GESETZ DES LOHNS

KAPITEL VII – ZUSAMMENHANG UND ABSTIMMUNG DIESER GESETZE

KAPITEL VIII – DIE STATIK DES SO ERKLÄRTEN PROBLEMS

Die Maschinen, die zuerst zur Ausführung einer bestimmten Bewegung erfunden werden, sind stets die kompliziertesten. Spätere Konstrukteure entdecken gewöhnlich, dass sich dieselbe Wirkung mit weniger Rädern und weniger Bewegungsprinzipien leichter erzielen lässt, als ursprünglich verwendet wurden. Ebenso sind die ersten philosophischen Systeme stets die kompliziertesten. Für die Verbindung jeweils zweier scheinbar unzusammenhängender Erscheinungen hält man in der Regel eine besondere Kette oder ein besonderes Prinzip für nötig. Später zeigt sich jedoch oft, dass ein einziges großes verbindendes Prinzip ausreicht, um alle widersprüchlichen Erscheinungen einer ganzen Klasse von Dingen zusammenzuführen. – *Adam Smith, Essay über die Prinzipien, die philosophische Untersuchungen leiten, veranschaulicht an der Geschichte der Astronomie*.

KAPITEL I EINGRENZUNG DER UNTERSUCHUNG AUF DIE VERTEILUNGSGESETZE ZUSAMMENHANG DIESER GESETZE

Die vorangegangene Untersuchung hat meines Erachtens schlüssig gezeigt, dass die Erklärung, die heute im Namen der Volkswirtschaftslehre für das von uns untersuchte Problem gegeben wird, überhaupt keine Erklärung ist.

Dass der Lohn mit dem materiellen Fortschritt nicht steigt, sondern eher zu sinken neigt, lässt sich nicht durch die Theorie erklären, die wachsende Zahl der Arbeitenden teile die Kapitalsumme, aus der die Löhne gezahlt würden, fortwährend in kleinere Stücke. Denn wie wir gesehen haben, stammen die Löhne nicht aus Kapital, sondern sind das unmittelbare Erzeugnis der Arbeit. Jede produktiv arbeitende Person schafft während ihrer Arbeit den eigenen Lohn; und mit jeder zusätzlichen Arbeitskraft wächst der wirkliche Lohnfonds, also der gemeinsame Güterbestand, in der Regel um erheblich mehr als den als Lohn bezogenen Betrag.

Ebenso wenig lässt es sich durch die Theorie erklären, die Natur gebe unter den wachsenden Ansprüchen einer zunehmenden Bevölkerung immer weniger her. Denn die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeit macht den fortschreitenden Zustand zu einem Zustand fortwährend wachsender Produktion je Person; und unter sonst gleichen Bedingungen besitzen die am dichtesten besiedelten Länder stets den größten Wohlstand.

Bislang haben wir die Rätselhaftigkeit des Problems nur noch vergrößert. Wir haben eine Theorie widerlegt, die die bestehenden Tatsachen

zumindest auf gewisse Weise erklärte, und sie dadurch lediglich noch unerklärlicher erscheinen lassen. Es wäre, als hätte man zu einer Zeit, in der die ptolemäische Theorie noch unangefochten galt, nur bewiesen, dass Sonne und Sterne nicht um die Erde kreisen. Die Erscheinungen von Tag und Nacht und die scheinbare Bewegung der Himmelskörper wären weiterhin unerklärt geblieben; ohne eine bessere Erklärung hätten sie die alte Theorie zwangsläufig wieder zur Geltung gebracht. Unsere Überlegungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass jede produktiv arbeitende Person den eigenen Lohn erzeugt und eine Zunahme der Zahl der Arbeitenden den Lohn jedes Einzelnen erhöhen müsste. Die sichtbaren Tatsachen zeigen dagegen viele Menschen, die keine angemessen bezahlte Beschäftigung finden können, und einen sinkenden Lohn bei wachsender Zahl der Arbeitenden. Kurz gesagt: Wir haben bewiesen, dass der Lohn dort am höchsten sein müsste, wo er in Wirklichkeit am niedrigsten ist.

Dennoch haben wir auch damit einen gewissen Fortschritt erzielt. Unmittelbar nach dem Auffinden des Gesuchten kommt die Erkenntnis, wo man vergeblich sucht. Zumindest haben wir das Untersuchungsfeld eingegrenzt. Eines steht jetzt fest: Die Ursache, die trotz der gewaltigen Zunahme der Produktivkraft die große Masse der Produzenten auf den kleinsten Anteil am Erzeugnis beschränkt, von dem sie noch zu leben bereit ist, liegt weder in einer Begrenzung des Kapitals noch in einer Begrenzung der Naturkräfte, auf welche die Arbeit einwirkt. Da sie folglich nicht in den Gesetzen zu finden ist, welche die Gütererzeugung begrenzen, muss sie in den Gesetzen gesucht werden, welche die Verteilung bestimmen. Wenden wir uns ihnen zu.

Dazu müssen wir das gesamte Gebiet der Güterverteilung in seinen Hauptzweigen

untersuchen. Um die Ursache zu erkennen, welche bei wachsender Bevölkerung und fortschreitenden Produktionstechniken die Armut der untersten Klasse verschärft, müssen wir das Gesetz finden, das bestimmt, welcher Teil des Erzeugnisses als Lohn an die Arbeit fällt. Um das Lohngesetz zu finden oder zumindest sicher zu sein, dass wir es gefunden haben, müssen wir auch die Gesetze bestimmen, welche die Anteile des Kapitals und der Grundeigentümer festlegen. Denn da Boden, Arbeit und Kapital gemeinsam Güter erzeugen, muss das Erzeugnis zwischen diesen drei Faktoren verteilt werden. Unter dem Erzeugnis oder der Produktion eines Gemeinwesens ist die Summe der von ihm erzeugten Güter zu verstehen: der allgemeine Fonds, aus dem jeder Verbrauch gedeckt und jedes Einkommen bezogen werden muss, solange der bereits vorhandene Bestand nicht vermindert wird. Wie schon erläutert, bedeutet Produktion nicht nur die Herstellung von Dingen; sie umfasst auch die Wertsteigerung, die durch ihren Transport oder Austausch entsteht. Ein rein auf Handel beruhendes Gemeinwesen erzeugt ebenso Güter wie ein rein landwirtschaftliches oder industrielles. Im einen wie im anderen Fall fällt ein Teil dieses Erzeugnisses an das Kapital, ein Teil an die Arbeit und ein Teil - sofern Boden einen Wert besitzt - an die Grundeigentümer. Tatsächlich wird ein Teil der erzeugten Güter fortwährend dafür verwendet, Kapital zu ersetzen, das laufend verbraucht und erneuert wird. Dies muss jedoch nicht gesondert berücksichtigt werden, weil wir Kapital beim Sprechen und Denken gewöhnlich als fortbestehenden Bestand auffassen. Mit »Erzeugnis« meinen wir daher den Teil der erzeugten Güter, der über das zur Ersetzung des in der Produktion verbrauchten Kapitals erforderliche Maß hinausgeht. Mit »Zins« oder dem Ertrag des

Kapitals meinen wir, was nach seiner Ersetzung oder Erhaltung an das Kapital fällt.

Weiterhin ist es eine Tatsache, dass in jedem Gemeinwesen, das die ursprünglichste Entwicklungsstufe hinter sich gelassen hat, ein Teil des Erzeugnisses als Steuer eingezogen und vom Staat verbraucht wird. Bei der Suche nach den Verteilungsgesetzen brauchen wir dies jedoch nicht zu berücksichtigen. Wir können entweder annehmen, es gebe keine Steuern, oder das Erzeugnis gedanklich um ihren Betrag vermindern. Dasselbe gilt für jene Teile des Erzeugnisses, die durch bestimmte Formen des Monopols entzogen werden. Diese werden in einem späteren Kapitel - Kapitel IV - behandelt und üben eine der Besteuerung ähnliche Macht aus. Sobald wir die Verteilungsgesetze gefunden haben, können wir feststellen, welchen Einfluss die Besteuerung gegebenenfalls auf sie hat.

Diese Verteilungsgesetze müssen wir selbst ermitteln - zumindest zwei der drei. Dass die herrschende Volkswirtschaftslehre sie jedenfalls in ihrer Gesamtheit nicht richtig erfasst, lässt sich unabhängig von unserer vorangegangenen Prüfung eines dieser Gesetze in jedem Standardwerk erkennen.

Dies zeigt sich zunächst an der verwendeten Begrifflichkeit.

Alle volkswirtschaftlichen Werke erklären, die drei Faktoren der Produktion seien Boden, Arbeit und Kapital und das gesamte Erzeugnis werde zunächst in drei entsprechende Anteile verteilt. Daher werden drei Begriffe benötigt, von denen jeder eindeutig einen dieser Anteile unter Ausschluss der beiden anderen bezeichnet. »Grundrente« bezeichnet hinreichend klar den ersten Anteil, der den Grundeigentümern zufällt. »Lohn« bezeichnet ebenso klar den zweiten, der den Ertrag der Arbeit bildet. Beim dritten Begriff, der

den Ertrag des Kapitals ausdrücken sollte, herrschen in den Standardwerken dagegen höchst verwirrende Mehrdeutigkeit und Unklarheit.

Unter den gebräuchlichen Wörtern kommt »Zins« der ausschließlichen Bezeichnung des Ertrags für die Nutzung von Kapital am nächsten. Im gewöhnlichen Sprachgebrauch meint Zins den Ertrag für die Nutzung von Kapital unter Ausschluss der Arbeit, die für seine Verwendung oder Verwaltung geleistet wird, und unter Ausschluss jedes Risikos außer demjenigen, das mit der Sicherheit der Rückzahlung verbunden sein kann. Das Wort »Gewinn« ist im gewöhnlichen Sprachgebrauch dagegen fast gleichbedeutend mit Ertrag. Es bezeichnet einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben und umfasst häufig Einnahmen, die eigentlich Grundrente sind. Beinahe immer enthält es außerdem Einnahmen, die ihrem Wesen nach Lohn darstellen, sowie Vergütungen für die besonderen Risiken verschiedener Kapitalverwendungen. Ohne den Wortsinn gewaltsam zu verändern, kann »Gewinn« in der Volkswirtschaftslehre deshalb nicht den Anteil des Erzeugnisses bezeichnen, der im Unterschied zu den Anteilen der Arbeit und der Grundeigentümer an das Kapital fällt.

All dies erkennen die volkswirtschaftlichen Standardwerke an. Adam Smith veranschaulicht gut, in welchem Umfang Lohn und Risikovergütung in den Gewinn eingehen. So zeigt er, dass die hohen Gewinne von Apothekern und kleinen Einzelhändlern in Wirklichkeit Lohn für ihre Arbeit und nicht Zins auf ihr Kapital sind. Ebenso sind die bisweilen hohen Gewinne riskanter Geschäfte wie des Schmuggels und des Holzhandels tatsächlich nur Risikovergütungen. Langfristig gleichen die damit verbundenen Verluste diese Gewinne so weit aus, dass der Ertrag des dort eingesetzten Kapitals auf den gewöhnlichen oder sogar einen niedrigeren

Satz sinkt. Ähnliche Beispiele finden sich in den meisten späteren Werken. Dort wird Gewinn ausdrücklich in seinem gewöhnlichen Sinn definiert, allenfalls unter Ausschluss der Grundrente. Alle diese Werke erklären, der Gewinn setze sich aus drei Bestandteilen zusammen: dem Lohn für die Leitung, der Vergütung für das Risiko und dem Zins, also dem Ertrag für die Nutzung von Kapital.

Damit kann der Gewinn weder in seiner gewöhnlichen Bedeutung noch in dem Sinn, den ihm die herrschende Volkswirtschaftslehre ausdrücklich gibt, einen Platz in der Untersuchung der Güterverteilung zwischen den drei Produktionsfaktoren haben. Von einer Verteilung der Güter in Grundrente, Lohn und Gewinn zu sprechen, gleicht in beiden Bedeutungen einer Einteilung der Menschheit in Männer, Frauen und Menschen.

Dennoch geschieht genau dies - zur völligen Verwirrung der Lesenden - in sämtlichen Standardwerken. Nachdem sie den Gewinn ausdrücklich in Leitungslohn, Risikovergütung und Zins, also den reinen Ertrag für die Nutzung von Kapital, zerlegt haben, behandeln sie die Verteilung der Güter auf die Grundrente des Bodens, den Lohn der Arbeit und den GEWINN des Kapitals.

Zweifellos haben sich Tausende Menschen vergeblich den Kopf über diese Begriffsverwirrung zerbrochen und schließlich verzweifelt aufgegeben, weil sie glaubten, der Fehler könne nicht bei so großen Denkern liegen und müsse daher in ihrer eigenen Begriffsstutzigkeit zu suchen sein. Sollte es ihnen ein Trost sein, können sie Buckles *History of Civilization* aufschlagen. Dort lässt sich beobachten, wie ein Mann, der das Gelesene zweifellos mit außerordentlicher Klarheit erfasste und die wichtigsten Ökonomen seit Smith sorgfältig studiert hatte, durch dieses Durcheinander von Gewinn und

Zins unauflöslich verwirrt wurde. Buckle spricht in Band I, Kapitel II und den zugehörigen Anmerkungen beharrlich von der Verteilung der Güter in Grundrente, Lohn, Zins *und* Gewinn.

Das ist nicht verwunderlich. Nachdem diese Ökonomen den Gewinn ausdrücklich in Leitungslohn, Versicherung gegen Risiken und Zins zerlegt haben, führen sie als Ursachen für die allgemeine Gewinnrate Umstände an, die offensichtlich nur den von ihnen als Zins bezeichneten Teil beeinflussen. Sprechen sie anschließend über den Zinssatz, nennen sie entweder die nichtssagende Formel von Angebot und Nachfrage oder erörtern Ursachen, welche die Risikovergütung beeinflussen. Sie verwenden das Wort dann offenkundig in seinem gewöhnlichen Sinn und nicht in dem von ihnen festgelegten volkswirtschaftlichen Sinn, aus dem die Risikovergütung ausgeschlossen ist. Wer in John Stuart Mills *Principles of Political Economy* das Kapitel über den Gewinn - Buch II, Kapitel XV - mit dem Kapitel über den Zins - Buch III, Kapitel XXIII - vergleicht, sieht die daraus entstehende Verwirrung beim folgerichtigsten englischen Ökonomen in einer Deutlichkeit, die ich lieber nicht näher charakterisieren möchte.

Solche Männer sind nicht ohne Ursache in diese gedankliche Verwirrung geraten. Wenn sie nacheinander Adam Smith folgten wie Kinder beim Spiel »Folge dem Anführer«, wenn sie sprangen, wo er sprang, und fielen, wo er fiel, dann deshalb, weil dort, wo er sprang, tatsächlich ein Zaun stand und dort, wo er fiel, tatsächlich ein Loch war.

Die Schwierigkeit, aus der diese Verwirrung entstand, liegt in der vorab angenommenen Lohntheorie. Aus den bereits genannten Gründen erschien es den Ökonomen als selbstverständliche Wahrheit, dass die Löhne bestimmter Klassen von Arbeitenden vom Verhältnis zwischen Kapital und

Zahl der Arbeitenden abhingen. Auf bestimmte Vergütungen persönlicher Anstrengung lässt sich diese Theorie jedoch offensichtlich nicht anwenden. Deshalb wurde der Begriff »Lohn« im Gebrauch auf den Lohn im engen alltäglichen Sinn verengt. Unter diesen Umständen wären sämtliche Vergütungen persönlicher Anstrengung mit Ausnahme derjenigen der gewöhnlich so genannten Lohnarbeitenden unberücksichtigt geblieben, hätte man den Begriff »Zins« entsprechend den eigenen Definitionen zur Bezeichnung des dritten Anteils am Erzeugnis verwendet. Indem man die Güterverteilung jedoch als Verteilung zwischen Grundrente, Lohn und Gewinn statt zwischen Grundrente, Lohn und Zins behandelt, wird die Schwierigkeit verdeckt: Alle Löhne, die nicht unter die vorab angenommene Lohntheorie fallen, werden vage als Leitungslohn dem Gewinn zugeschlagen.

Wer genau liest, was die Ökonomen über die Güterverteilung schreiben, erkennt: Obwohl sie den Lohn richtig definieren, verwenden sie den Begriff in diesem Zusammenhang in einem Sinn, den Logiker als nicht verteilt bezeichnen würden. Er umfasst nicht alle Löhne, sondern nur einen Teil davon, nämlich den von einem Arbeitgeber gezahlten Lohn körperlicher Arbeit. Andere Löhne werden daher mit dem Ertrag des Kapitals zusammengeworfen und unter den Gewinn gerechnet. So vermeidet man jede klare Unterscheidung zwischen dem Ertrag des Kapitals und dem Ertrag menschlicher Anstrengung. Tatsächlich gibt die herrschende Volkswirtschaftslehre keine klare und widerspruchsfreie Darstellung der Güterverteilung. Das Gesetz der Grundrente *ist* klar formuliert, steht aber ohne Zusammenhang da. Der Rest ist ein verworrenes und widersprüchliches Durcheinander.

Schon der Aufbau dieser Werke zeigt die Verwirrung und Unbestimmtheit des Denkens. In keiner mir bekannten volkswirtschaftlichen Abhandlung werden die Verteilungsgesetze so zusammengeführt, dass man sie auf einen Blick erfassen und ihren Zusammenhang erkennen könnte. Stattdessen sind die Ausführungen zu jedem einzelnen Gesetz in eine Fülle politischer und moralischer Betrachtungen und Abhandlungen eingebettet. Der Grund ist leicht zu erkennen: Führt man die drei Verteilungsgesetze in ihrer heute gelehrten Form zusammen, zeigt sich auf einen Blick, dass ihnen der notwendige Zusammenhang fehlt.

Die Gesetze der Güterverteilung sind offensichtlich Verhältnisgesetze. Sie müssen so miteinander zusammenhängen, dass sich aus zwei gegebenen Anteilen der dritte ableiten lässt. Denn wenn einer der drei Teile eines Ganzen größer oder kleiner wird, müssen umgekehrt einer oder beide anderen Teile kleiner oder größer werden. Sind Tom, Dick und Harry Geschäftspartner, muss eine Vereinbarung, die den Gewinnanteil eines von ihnen festlegt, zugleich entweder die einzelnen oder den gemeinsamen Anteil der beiden anderen bestimmen. Erhält Tom vierzig Prozent, bleiben nur sechzig Prozent zur Verteilung zwischen Dick und Harry. Werden Dicks Anteil auf vierzig und Harrys Anteil auf fünfunddreißig Prozent festgelegt, ist Toms Anteil damit auf fünfundzwanzig Prozent bestimmt.

Zwischen den Verteilungsgesetzen, wie sie in den Standardwerken dargestellt werden, besteht jedoch kein solcher Zusammenhang. Sucht man sie aus den Werken heraus und stellt sie nebeneinander, ergibt sich Folgendes:

> Der Lohn wird durch das Verhältnis zwischen dem Kapitalbetrag bestimmt, der für Bezahlung und Unterhalt der Arbeit

vorgesehen ist, und der Zahl der Arbeitenden, die Beschäftigung suchen.

Die Grundrente wird durch die Bewirtschaftungsgrenze bestimmt. Jeder Boden wirft als Grundrente den Teil seines Erzeugnisses ab, der über das hinausgeht, was derselbe Einsatz von Arbeit und Kapital auf dem schlechtesten noch genutzten Boden hervorbringen könnte.

Der Zins wird durch das Gleichgewicht zwischen der Nachfrage der Kreditnehmer und dem von den Kreditgebern angebotenen Kapital bestimmt. Legt man stattdessen das sogenannte Gewinngesetz zugrunde, wird er vom Lohn bestimmt: Er sinkt bei steigendem Lohn und steigt bei sinkendem Lohn - oder, mit Mill gesprochen, nach den Arbeitskosten des Kapitalisten.

Die Gegenüberstellung dieser gängigen Aussagen über die Verteilungsgesetze zeigt sofort, dass ihnen der Zusammenhang fehlt, den die wahren Verteilungsgesetze besitzen müssen. Sie stimmen weder miteinander überein noch greifen sie ineinander. Mindestens zwei der drei Gesetze sind daher entweder falsch verstanden oder falsch formuliert. Dies entspricht unserer bisherigen Erkenntnis, dass die herrschende Auffassung vom Lohngesetz und damit mittelbar auch vom Zinsgesetz einer Prüfung nicht standhält. Suchen wir also die wahren Gesetze für die Verteilung des Arbeitserzeugnisses in Lohn, Grundrente und Zins. Der Beweis, dass wir sie gefunden haben, wird in ihrem Zusammenhang liegen: Sie müssen zusammenlaufen, aufeinander bezogen sein und sich gegenseitig begrenzen.

Mit dem Gewinn hat diese Untersuchung offensichtlich nichts zu tun. Wir wollen herausfinden, wodurch die Verteilung des gemeinsam erzeugten Erzeugnisses zwischen

Boden, Arbeit und Kapital bestimmt wird; »Gewinn« bezeichnet aber keinen Anteil, der ausschließlich einem dieser drei Faktoren zufällt. Von den drei Bestandteilen, in welche die Ökonomen den Gewinn zerlegen - Risikovergütung, Leitungslohn und Ertrag für die Nutzung des Kapitals -, fällt der letzte unter den Zins. Dieser umfasst jeden Ertrag für die Nutzung von Kapital und schließt alles andere aus. Der Leitungslohn fällt unter den Lohn, der jeden Ertrag menschlicher Anstrengung umfasst und alles andere ausschließt. Die Risikovergütung hat hier überhaupt keinen Platz, weil sich das Risiko aufhebt, wenn sämtliche Geschäfte eines Gemeinwesens gemeinsam betrachtet werden. In Übereinstimmung mit den Definitionen der Ökonomen werde ich daher mit »Zins« den Teil des Erzeugnisses bezeichnen, der an das Kapital fällt.

Fassen wir zusammen:

Boden, Arbeit und Kapital sind die Faktoren der Produktion. Der Begriff »Boden« umfasst alle natürlichen Möglichkeiten und Kräfte, »Arbeit« jede menschliche Anstrengung und »Kapital« alle Güter, die zur Erzeugung weiterer Güter eingesetzt werden. Das gesamte Erzeugnis wird als Ertrag auf diese drei Faktoren verteilt. Der Teil, der den Grundeigentümern als Gegenleistung für die Nutzung natürlicher Möglichkeiten zufällt, heißt Grundrente. Der Teil, der die Vergütung menschlicher Anstrengung bildet, heißt Lohn. Der Teil, der den Ertrag für die Nutzung von Kapital bildet, heißt Zins. Diese Begriffe schließen einander aus. Das Einkommen eines Menschen kann aus einer, zwei oder allen drei dieser Quellen stammen; bei der Suche nach den Verteilungsgesetzen müssen wir sie jedoch auseinanderhalten.

Der folgenden Untersuchung möchte ich eine Bemerkung voranstellen. Das Versagen der Volkswirtschaftslehre, das meines Erachtens nun hinreichend belegt ist, lässt sich auf die Einnahme

eines falschen Standpunkts zurückführen. Die maßgeblichen Vertreter der Wissenschaft lebten und beobachteten in einer Gesellschaft, in der ein Kapitalist gewöhnlich Boden pachtet und Arbeitskräfte beschäftigt und daher als Unternehmer und eigentlicher Anstoßgeber der Produktion erscheint. Das führte sie dazu, Kapital als den vorrangigen Produktionsfaktor, Boden als sein Instrument und Arbeit als seinen Beauftragten oder sein Werkzeug zu betrachten. Dies zeigt sich auf jeder Seite: in Form und Verlauf ihrer Gedankengänge, in der Art ihrer Beispiele und selbst in der Wahl ihrer Begriffe. Überall bildet das Kapital den Ausgangspunkt und der Kapitalist die zentrale Gestalt. Das geht so weit, dass Smith und Ricardo mit »natürlichem Lohn« das Minimum bezeichnen, von dem Arbeitende leben können. Wenn Ungerechtigkeit nicht natürlich ist, müsste jedoch eher alles, was Arbeitende hervorbringen, als ihr natürlicher Lohn gelten. Die Gewohnheit, Kapital als Arbeitgeber der Arbeit zu betrachten, führte sowohl zur Theorie, der Lohn hänge von der relativen Fülle des Kapitals ab, als auch zur Theorie, der Zins verändere sich im umgekehrten Verhältnis zum Lohn. Zugleich verstellte sie den Blick auf Wahrheiten, die ohne diese Gewohnheit offenkundig gewesen wären. Der Fehltritt, der die Volkswirtschaftslehre bei den großen Verteilungsgesetzen in den Dschungel statt auf die Berggipfel führte, geschah, als Adam Smith im ersten Buch den in dem Satz »Das Erzeugnis der Arbeit bildet die natürliche Vergütung oder den natürlichen Lohn der Arbeit« ausgedrückten Standpunkt verließ und zu der Vorstellung überging, Kapital beschäftige Arbeit und zahle Lohn.

Betrachten wir dagegen den Ursprung und die natürliche Abfolge der Dinge, kehrt sich diese Ordnung um. Das Kapital steht nicht am Anfang,

sondern am Ende; es ist nicht Arbeitgeber der Arbeit, sondern wird in Wahrheit von der Arbeit eingesetzt. Boden muss vorhanden sein, bevor Arbeit geleistet werden kann, und Arbeit muss geleistet werden, bevor Kapital entstehen kann. Kapital ist ein Ergebnis der Arbeit und wird von ihr als Hilfsmittel weiterer Produktion verwendet. Arbeit ist die tätige und ursprüngliche Kraft und daher der Arbeitgeber des Kapitals. Sie kann nur auf Boden ausgeübt werden, und aus dem Boden muss sie den Stoff gewinnen, den sie in Güter verwandelt. Der Boden ist somit die notwendige Voraussetzung, das Feld und das Material der Arbeit. Die natürliche Reihenfolge lautet Boden, Arbeit, Kapital. Statt Kapital zum Ausgangspunkt zu machen, müssen wir beim Boden beginnen.

Noch etwas ist zu beachten: Kapital ist kein notwendiger Produktionsfaktor. Auf Boden eingesetzte Arbeit kann ohne Hilfe von Kapital Güter erzeugen und muss dies in der notwendigen Entstehungsfolge der Dinge getan haben, bevor Kapital überhaupt bestehen konnte. Deshalb müssen Grundrenten- und Lohngesetz auch ohne Bezug auf das Zinsgesetz miteinander übereinstimmen und ein vollkommenes Ganzes bilden. Andernfalls würden sie nicht auf die leicht vorstellbaren und bis zu einem gewissen Grad tatsächlich bestehenden Fälle passen, in denen Kapital an der Produktion keinen Anteil hat. Da Kapital, wie oft gesagt wird, lediglich gespeicherte Arbeit ist, bildet es nur eine Form der Arbeit, eine Untergliederung des allgemeinen Begriffs »Arbeit«. Sein Gesetz muss daher dem Lohngesetz untergeordnet sein und zugleich selbstständig mit ihm zusammenhängen, damit es auch auf Fälle passt, in denen das gesamte Erzeugnis ohne Abzug einer Grundrente zwischen Arbeit und Kapital verteilt wird. Greifen wir auf das frühere Beispiel zurück: Die Verteilung des Erzeugnisses zwischen

Boden, Arbeit und Kapital muss so erfolgen wie zwischen Tom, Dick und Harry, wenn Tom und Dick die ursprünglichen Partner wären und Harry lediglich als Helfer und Teilhaber Dicks hinzukäme.

KAPITEL II GRUNDRENTE UND DAS GESETZ DER GRUNDRENTE

Der Begriff »Grundrente« in seinem volkswirtschaftlichen Sinn - also in der Bedeutung, in der ich ihn verwende, um jenen Teil des Erzeugnisses zu bezeichnen, der den Eigentümern von Boden oder anderen natürlichen Möglichkeiten allein kraft ihres Eigentums zufällt - unterscheidet sich von »Miete« oder »Pacht« im üblichen Sprachgebrauch. In mancher Hinsicht ist diese volkswirtschaftliche Bedeutung enger als die gewöhnliche, in anderer Hinsicht weiter.

Enger ist sie in folgender Hinsicht: Im gewöhnlichen Sprachgebrauch nennen wir sowohl Zahlungen für die Nutzung von Gebäuden, Maschinen, Einrichtungen und Ähnlichem als auch Zahlungen für die Nutzung von Boden oder anderen natürlichen Möglichkeiten Miete oder Pacht. Wenn wir von der Miete eines Hauses oder der Pacht eines Bauernhofs sprechen, trennen wir den Preis für die Nutzung der Verbesserungen nicht vom Preis für die Nutzung des bloßen Bodens. Im volkswirtschaftlichen Sinn der Grundrente bleiben Zahlungen für die Nutzung sämtlicher Erzeugnisse menschlicher Anstrengung jedoch außer Betracht. Von den pauschalen Zahlungen für die Nutzung von Häusern, Bauernhöfen und Ähnlichem ist nur der Teil Grundrente, der als Gegenleistung für die Bodennutzung gezahlt wird. Der Teil, der auf Gebäude oder andere Verbesserungen entfällt, ist richtigerweise Zins, denn er wird für die Nutzung von Kapital gezahlt.

Weiter ist sie in folgender Hinsicht: Im gewöhnlichen Sprachgebrauch sprechen wir nur dann von Miete oder Pacht, wenn Eigentümer und Nutzer verschiedene Personen sind. Im

volkswirtschaftlichen Sinn entsteht Grundrente dagegen auch, wenn ein und dieselbe Person Eigentümer und Nutzer ist. Was diese Person durch die Überlassung des Bodens an einen anderen als Teil ihres Einkommens erzielen könnte, ist Grundrente; der Ertrag ihrer Arbeit und ihres Kapitals ist dagegen jener Teil ihres Einkommens, den Arbeit und Kapital ihr einbringen würden, wenn sie den Boden pachtete, statt ihn zu besitzen. Grundrente drückt sich auch in einem Verkaufspreis aus. Beim Kauf von Boden ist die Zahlung für das Eigentum oder das Recht auf dauernde Nutzung nichts anderes als abgegoltene oder kapitalisierte Grundrente. Kaufe ich Boden billig, halte ihn und verkaufe ihn später teuer, bin ich nicht durch Lohn für meine Arbeit oder durch Zins auf mein Kapital reich geworden, sondern durch den Anstieg der Grundrente. Kurz gesagt: Die Grundrente ist jener Anteil an den erzeugten Gütern, den das ausschließliche Recht zur Nutzung natürlicher Möglichkeiten dem Eigentümer verschafft. Wo Boden einen Tauschwert besitzt, besteht Grundrente im volkswirtschaftlichen Sinn. Wird Boden mit einem Wert vom Eigentümer oder einem Pächter genutzt, entsteht tatsächliche Grundrente; wird er nicht genutzt, besitzt aber dennoch einen Wert, besteht eine mögliche Grundrente. Diese Fähigkeit, Grundrente abzuwerfen, verleiht dem Boden seinen Wert. Solange sein Eigentum keinen Vorteil verschafft, hat Boden keinen Wert.[32]

Grundrente oder Bodenwert entstehen somit nicht aus der Produktivität oder Nützlichkeit des Bodens. Sie stellen keinerlei Hilfe oder Vorteil für die Produktion dar, sondern lediglich die Macht, sich einen Teil ihrer Ergebnisse zu sichern. Welche Möglichkeiten ein Boden auch bieten mag: Er kann keine Grundrente abwerfen und keinen Wert besitzen, solange niemand bereit ist, für das Recht seiner Nutzung Arbeit oder Arbeitserzeugnisse

herzugeben. Was jemand dafür herzugeben bereit ist, hängt nicht von der Leistungsfähigkeit dieses Bodens an sich ab, sondern von seiner Leistungsfähigkeit im Vergleich zu Boden, der unentgeltlich verfügbar ist. Ich mag äußerst ertragreichen Boden besitzen; solange gleich guter Boden kostenlos zu haben ist, wirft meiner keine Grundrente ab und besitzt keinen Wert. Wird der andere Boden jedoch angeeignet und ist der beste noch kostenlos verfügbare Boden in seiner Fruchtbarkeit, Lage oder einer anderen Eigenschaft schlechter, beginnt mein Boden einen Wert zu besitzen und Grundrente abzuwerfen. Selbst wenn seine Produktivität sinkt, kann die von mir erzielbare Grundrente und damit sein Wert fortwährend steigen, sofern die Produktivität des unentgeltlich verfügbaren Bodens noch stärker abnimmt. Kurz gesagt: Grundrente ist der Preis des Monopols. Sie entsteht dadurch, dass natürliche Elemente, die menschliche Anstrengung weder hervorbringen noch vermehren kann, zu individuellem Eigentum gemacht werden.

Gehörte einer einzigen Person der gesamte Boden, der einem Gemeinwesen zugänglich ist, könnte sie für seine Nutzung selbstverständlich jeden beliebigen Preis und jede beliebige Bedingung verlangen. Solange ihr Eigentum anerkannt würde, bliebe den anderen Mitgliedern des Gemeinwesens nur die Wahl zwischen Unterwerfung unter ihre Bedingungen, Tod oder Auswanderung. In vielen Gemeinwesen war dies tatsächlich der Fall. In der modernen Gesellschaft ist der Boden zwar im Allgemeinen zu individuellem Eigentum geworden, befindet sich aber in den Händen zu vieler verschiedener Personen, als dass der für seine Nutzung erzielbare Preis allein durch Laune oder Verlangen festgesetzt werden könnte. Jeder Eigentümer versucht, so viel wie möglich zu erhalten; doch das Erreichbare besitzt eine Grenze.

Diese bildet den Marktpreis oder die marktübliche Grundrente des Bodens und unterscheidet sich je nach Boden und Zeitpunkt. Das Gesetz oder Verhältnis, das unter diesen Bedingungen des freien Wettbewerbs aller Beteiligten - von denen bei der Ableitung volkswirtschaftlicher Grundsätze stets auszugehen ist - bestimmt, welche Grundrente oder welchen Preis der Eigentümer erzielen kann, heißt Gesetz der Grundrente. Ist dieses Gesetz sicher bestimmt, besitzen wir einen festen Ausgangspunkt, von dem aus sich die Gesetze für Lohn und Zins ableiten lassen. Denn da Güterverteilung Teilung bedeutet, erkennen wir mit der Bestimmung des als Grundrente anfallenden Erzeugnisanteils zugleich, wodurch der für den Lohn verbleibende Anteil bestimmt wird, wenn kein Kapital an der Produktion mitwirkt, und wodurch der gemeinsame Anteil für Lohn und Zins bestimmt wird, wenn Kapital daran mitwirkt.

Zum Glück besteht beim Gesetz der Grundrente kein Anlass zu einer Auseinandersetzung. Hier stimmen die maßgeblichen Autoritäten mit dem gesunden Menschenverstand überein.[33] Der anerkannte Lehrsatz der heutigen Volkswirtschaftslehre besitzt den selbstverständlichen Charakter eines geometrischen Axioms. Dieses anerkannte Gesetz der Grundrente, das John Stuart Mill als *pons asinorum* der Volkswirtschaftslehre bezeichnet, wird bisweilen »Ricardos Gesetz der Grundrente« genannt. Ricardo hat es zwar nicht als Erster formuliert, aber als Erster nachdrücklich zur Geltung gebracht.[34] Es lautet:

> *Die Grundrente eines Bodens wird durch den Überschuss seines Erzeugnisses über das bestimmt, was derselbe Einsatz auf dem am wenigsten produktiven genutzten Boden hervorbringen kann.*

Dieses Gesetz gilt selbstverständlich auch für Boden, der anderen Zwecken als der Landwirtschaft dient, sowie für alle natürlichen Möglichkeiten wie Bergwerke, Fischgründe und Ähnliches. Seit Ricardo haben sämtliche führenden Ökonomen es eingehend erklärt und veranschaulicht. Doch schon seine bloße Formulierung besitzt die ganze Kraft eines selbstverständlichen Satzes. Denn offensichtlich bewirkt der Wettbewerb, dass die geringste Vergütung, für die Arbeit und Kapital in die Produktion eintreten, zugleich die höchste ist, die sie beanspruchen können. Dadurch kann sich der Eigentümer eines produktiveren Bodens als Grundrente den gesamten Ertrag aneignen, der über den Betrag hinausgeht, der Arbeit und Kapital zum gewöhnlichen Satz vergütet - also über das hinaus, was sie auf dem am wenigsten produktiven genutzten Boden oder an der am wenigsten produktiven genutzten Stelle erzielen können, wo selbstverständlich keine Grundrente gezahlt wird.

> Zu einem vollständigeren Verständnis des Gesetzes der Grundrente trägt vielleicht folgende Formulierung bei: Das Eigentum an einer natürlichen Möglichkeit der Produktion verleiht die Macht, sich von den Gütern, die Arbeit und Kapital mit ihrer Hilfe erzeugen, so viel anzueignen, wie über den Ertrag hinausgeht, den derselbe Einsatz von Arbeit und Kapital in dem am wenigsten produktiven Erwerbszweig erzielen könnte, dem sie sich frei zuwenden.

Dies läuft jedoch genau auf dasselbe hinaus. Es gibt keinen Erwerbszweig, in dem Arbeit und Kapital tätig werden können, ohne Boden zu nutzen. Außerdem wird die Bewirtschaftung oder sonstige Nutzung von Boden unter Berücksichtigung aller Umstände stets bis zu einer ebenso niedrigen Vergütung ausgedehnt, wie sie in jedem anderen Erwerbszweig freiwillig hingenommen wird.

Nehmen wir beispielsweise ein Gemeinwesen an, in dem ein Teil der Arbeit und des Kapitals der Landwirtschaft, ein anderer Teil der gewerblichen Produktion dient. Der schlechteste bewirtschaftete Boden erbringt einen durchschnittlichen Ertrag, den wir mit 20 ansetzen. Damit beträgt die durchschnittliche Vergütung für Arbeit und Kapital sowohl in der gewerblichen Produktion als auch in der Landwirtschaft 20. Nehmen wir nun an, der Ertrag in der gewerblichen Produktion sinke aus einer dauerhaften Ursache auf 15. Offensichtlich werden die dort eingesetzte Arbeit und das dort eingesetzte Kapital in die Landwirtschaft wechseln. Dieser Vorgang endet erst, wenn die Erträge von Arbeit und Kapital in beiden Tätigkeiten unter Berücksichtigung aller Umstände wieder dasselbe Niveau erreicht haben: entweder durch die Ausdehnung der Bewirtschaftung auf schlechtere Böden oder auf weniger produktive Nutzungsstufen desselben Bodens, durch einen infolge der verminderten Erzeugung steigenden relativen Wert gewerblicher Produkte oder - wie es tatsächlich geschehen wird - durch beides. Unabhängig davon, bei welchem letzten Produktivitätsgrad die gewerbliche Produktion noch fortgesetzt wird, ob bei 18, 17 oder 16, wird auch die Bodennutzung bis zu diesem Punkt ausgedehnt. Die Aussage, Grundrente sei der Produktivitätsüberschuss gegenüber dem Ertrag an der Bewirtschaftungsgrenze oder auf der niedrigsten Bewirtschaftungsstufe, bedeutet daher dasselbe wie die Aussage, sie sei der Überschuss des Erzeugnisses über das, was dieselbe Menge Arbeit und Kapital im am schlechtesten vergüteten Erwerbszweig erzielt.

Das Gesetz der Grundrente ist in Wahrheit nur eine Folgerung aus dem Gesetz des Wettbewerbs. Es besagt schlicht: Da Lohn und Zins zu einem gemeinsamen Niveau tendieren, fällt jener Teil der

gesamten Güterproduktion, der über das hinausgeht, was die eingesetzte Arbeit und das eingesetzte Kapital bei Anwendung auf die schlechteste noch genutzte natürliche Möglichkeit für sich selbst hätten erzielen können, den Grundeigentümern als Grundrente zu. Letztlich beruht es auf dem Grundsatz, der für die Volkswirtschaftslehre dieselbe Bedeutung hat wie die Gravitation für die Physik: Menschen suchen ihre Bedürfnisse mit dem geringsten Aufwand zu befriedigen.

Dies also ist das Gesetz der Grundrente. Viele Standardwerke folgen allerdings zu sehr dem Beispiel Ricardos, der es offenbar nur in seiner Beziehung zur Landwirtschaft betrachtet und an mehreren Stellen behauptet, die gewerbliche Produktion werfe keine Grundrente ab. Tatsächlich bringen Industrie und Handel die höchsten Grundrenten hervor, wie der höhere Bodenwert in Industrie- und Handelsstädten zeigt. Indem diese Werke dies übersehen, verbergen sie die volle Bedeutung des Gesetzes. Das Gesetz selbst wird dennoch seit Ricardos Zeit klar verstanden und vollständig anerkannt. Nicht so seine Folgerungen. So offenkundig sie sind, hat die herrschende Lohntheorie ihre Anerkennung bisher verhindert - gestützt und befestigt nicht nur durch die bereits erörterten Gründe, sondern auch durch Erwägungen, deren gewaltiges Gewicht sichtbar werden wird, sobald wir die logische Schlussfolgerung erreichen, auf die unsere Untersuchung zuläuft.[35] Ist es jedoch nicht so klar wie der einfachste geometrische Beweis, dass aus dem Gesetz der Grundrente das Lohngesetz folgt, wenn das Erzeugnis nur zwischen Grundrente und Lohn verteilt wird, und das gemeinsame Gesetz von Lohn und Zins, wenn es zwischen Grundrente, Lohn und Zins verteilt wird? Von der anderen Seite betrachtet ist das Gesetz der Grundrente notwendig

zugleich das gemeinsame Gesetz von Lohn und Zins. Es besagt: Wie groß das aus dem Einsatz von Arbeit und Kapital hervorgehende Erzeugnis auch sein mag, diese beiden Faktoren erhalten als Lohn und Zins nur jenen Teil, den sie auf einem Boden hätten erzeugen können, der ihnen ohne Zahlung einer Grundrente frei zur Verfügung steht - also auf dem am wenigsten produktiven genutzten Boden oder an der am wenigsten produktiven genutzten Stelle. Muss nämlich alles, was über den Betrag hinausgeht, den Arbeit und Kapital auf einem Boden ohne Grundrentenzahlung erzielen könnten, den Grundeigentümern als Grundrente zufallen, dann können Arbeit und Kapital als Lohn und Zins nur jenen Betrag beanspruchen, den sie auf einem Boden ohne Grundrente hätten erzielen können.

Oder algebraisch ausgedrückt:

Da Erzeugnis = Grundrente + Lohn + Zins,
gilt: Erzeugnis - Grundrente = Lohn + Zins.

Lohn und Zins hängen somit nicht vom Erzeugnis von Arbeit und Kapital ab, sondern von dem, was nach Abzug der Grundrente übrig bleibt - oder vom Erzeugnis, das sie ohne Zahlung einer Grundrente erzielen könnten, also auf dem schlechtesten noch genutzten Boden. Wie stark die Produktivkraft daher auch wachsen mag: Hält der Anstieg der Grundrente damit Schritt, können weder Lohn noch Zins steigen.

Sobald man diesen einfachen Zusammenhang erkennt, fällt helles Licht auf das zuvor Unerklärliche, und scheinbar widersprüchliche Tatsachen ordnen sich einem klaren Gesetz unter. Der in fortschreitenden Ländern anhaltende Anstieg der Grundrente erweist sich unmittelbar als der Schlüssel zur Erklärung, weshalb Lohn und Zins nicht mit der Produktivkraft wachsen. Denn die in jedem Gemeinwesen erzeugten Güter werden durch die sogenannte Grundrentenlinie in zwei Teile geteilt. Diese Linie wird von der

Bewirtschaftungsgrenze bestimmt, also von dem Ertrag, den Arbeit und Kapital aus jenen natürlichen Möglichkeiten erzielen könnten, die ihnen ohne Zahlung einer Grundrente frei zugänglich sind. Aus dem Teil des Erzeugnisses unterhalb dieser Linie müssen Lohn und Zins bestritten werden; alles darüber fällt den Grundeigentümern zu. Wo der Bodenwert niedrig ist, kann daher trotz einer geringen Güterproduktion ein hoher Lohn- und Zinssatz bestehen, wie wir es in neuen Ländern beobachten. Wo der Bodenwert hoch ist, kann die Güterproduktion dagegen sehr groß und der Lohn- und Zinssatz dennoch niedrig sein, wie wir es in alten Ländern beobachten. Wo die Produktivkraft wächst, wie in allen fortschreitenden Ländern, werden Lohn und Zins nicht durch diesen Zuwachs selbst beeinflusst, sondern durch seine Wirkung auf die Grundrente. Steigt der Bodenwert im selben Verhältnis wie die Produktivkraft, verschlingt die Grundrente die gesamte Mehrproduktion, und Lohn und Zins bleiben unverändert. Steigt der Bodenwert stärker als die Produktivkraft, verschlingt die Grundrente sogar mehr als den Zuwachs; das Erzeugnis von Arbeit und Kapital wird dann zwar erheblich größer, Lohn und Zins sinken jedoch. Nur wenn der Bodenwert langsamer wächst als die Produktivkraft, können Lohn und Zins mit ihr steigen. All dies bestätigt sich in der Wirklichkeit.

KAPITEL III ZINS UND DIE URSACHE DES ZINSES

Nachdem wir das Gesetz der Grundrente geklärt haben, ergibt sich daraus als notwendige Folgerung das Lohngesetz, wenn das Erzeugnis zwischen Grundrente und Lohn verteilt wird, und das gemeinsame Gesetz von Lohn und Zins, wenn die Verteilung zwischen allen drei Faktoren erfolgt. Der Anteil des Erzeugnisses, den die Grundrente beansprucht, muss bestimmen, welcher Anteil für den Lohn verbleibt, wenn nur Boden und Arbeit beteiligt sind, oder zwischen Lohn und Zins aufgeteilt wird, wenn Kapital an der Produktion mitwirkt.

Unabhängig von dieser Folgerung wollen wir jedoch jedes dieser Gesetze für sich untersuchen. Stimmen die auf diesem Weg gewonnenen Ergebnisse miteinander überein, besitzen unsere Schlussfolgerungen die größtmögliche Gewissheit.

Da das eigentliche Ziel unserer Untersuchung darin besteht, das Lohngesetz zu entdecken, befassen wir uns zunächst mit dem Zins.

Auf den Bedeutungsunterschied zwischen Gewinn und Zins habe ich bereits hingewiesen. Ergänzend ist festzuhalten, dass »Zins« als abstrakter Begriff der Güterverteilung in folgender Hinsicht vom gewöhnlichen Sprachgebrauch abweicht: Er umfasst jeden Ertrag aus der Nutzung von Kapital, nicht nur Zahlungen eines Kreditnehmers an einen Kreditgeber. Zugleich schließt er die Vergütung des Risikos aus, die einen so großen Teil dessen bildet, was gewöhnlich Zins genannt wird. Die Risikovergütung gleicht offensichtlich nur die Erträge verschiedener Kapitalverwendungen aneinander an. Zu bestimmen ist der allgemeine Satz des eigentlichen

Zinses. Addiert man dazu die je nach Risiko unterschiedlichen Vergütungen, erhält man die üblichen Zinssätze des Geschäftsverkehrs.

Offensichtlich gehen die größten Unterschiede dessen, was gewöhnlich Zins heißt, auf unterschiedliche Risiken zurück. Ebenso offensichtlich schwankt aber auch der eigentliche Zinssatz zwischen verschiedenen Ländern und Zeiten erheblich. In Kalifornien galten zwei Prozent im Monat einst selbst bei einer Sicherheit nicht als übermäßig, auf die heute Darlehen zu sieben oder acht Prozent im Jahr gewährt würden. Ein Teil dieses Unterschieds mag auf das gewachsene Vertrauen in die allgemeine Stabilität zurückgehen; der größere Teil beruht offenkundig auf einer anderen allgemeinen Ursache. In den Vereinigten Staaten war der Zinssatz insgesamt höher als in England, in den neueren Bundesstaaten höher als in den älteren. Die Tendenz des Zinses, mit dem gesellschaftlichen Fortschritt zu sinken, tritt deutlich hervor und wird seit Langem beobachtet. Welches Gesetz verbindet all diese Schwankungen und macht ihre Ursache sichtbar?

Es lohnt sich nicht, über die bisherigen beiläufigen Hinweise hinaus ausführlich auf das Versagen der herrschenden Volkswirtschaftslehre einzugehen, das wahre Zinsgesetz zu bestimmen. Ihre Überlegungen zu diesem Gegenstand besitzen nicht jene Bestimmtheit und Geschlossenheit, durch welche die anerkannte Lohntheorie den tatsächlichen Belegen standhalten konnte; sie bedürfen daher keiner ebenso eingehenden Prüfung. Dass sie den Tatsachen widersprechen, ist offenkundig. Der Zins hängt nicht von der Produktivität von Arbeit und Kapital ab, denn im Allgemeinen ist er dort am niedrigsten, wo Arbeit und Kapital am produktivsten sind. Ebenso wenig verhält er sich umgekehrt zum Lohn oder zu den Arbeitskosten, sodass er bei steigendem Lohn

sinken und bei fallendem Lohn steigen würde. Denn im Allgemeinen ist der Zins dort und dann hoch, wo und wann der Lohn hoch ist, und niedrig, wo und wann der Lohn niedrig ist.

Beginnen wir am Anfang. Wesen und Funktionen des Kapitals sind bereits hinreichend dargestellt. Dennoch wollen wir, selbst auf die Gefahr eines gewissen Exkurses hin, vor der Untersuchung des Zinsgesetzes zunächst die Ursache des Zinses bestimmen. Dies erleichtert unsere Untersuchung, weil es uns einen festeren und klareren Zugriff auf den Gegenstand verschafft; außerdem kann es zu Schlussfolgerungen führen, deren praktische Bedeutung später erkennbar wird.

Worin liegen Grund und Rechtfertigung des Zinses? Weshalb soll der Kreditnehmer dem Kreditgeber mehr zurückzahlen, als er erhalten hat? Diese Fragen verdienen nicht nur wegen ihrer theoretischen, sondern auch wegen ihrer praktischen Bedeutung eine Antwort. Die Auffassung, Zins sei Raub an der Arbeit, ist weit verbreitet, gewinnt an Boden und tritt auf beiden Seiten des Atlantiks immer deutlicher in populären Schriften und Bewegungen hervor. Die Vertreter der herrschenden Volkswirtschaftslehre erklären, zwischen Arbeit und Kapital bestehe kein Gegensatz, und wenden sich gegen jeden Plan zur Begrenzung des Kapitalertrags, weil er der Arbeit ebenso schade wie dem Kapital. In denselben Werken lehren sie jedoch, Lohn und Zins stünden in einem umgekehrten Verhältnis und der Zins sei niedrig oder hoch, je nachdem, ob der Lohn hoch oder niedrig sei.[36] Trifft diese Lehre zu, lässt sich aus Sicht der Arbeitenden gegen einen Plan zur Senkung des Zinses folgerichtig nur einwenden, er werde nicht funktionieren. Solange die Vorstellung von der Allmacht des Gesetzgebers so weit verbreitet ist, bildet dies offenkundig eine sehr schwache Grundlage. Ein solcher Einwand mag zur

Aufgabe eines bestimmten Plans führen, wird die Suche nach einem anderen aber nicht beenden.

Warum gibt es überhaupt Zins? Sämtliche Standardwerke erklären, Zins sei die Vergütung des Verzichts. Dies genügt jedoch offensichtlich nicht als Erklärung. Verzicht ist keine aktive, sondern eine passive Eigenschaft; er ist kein Tun, sondern lediglich ein Unterlassen. Für sich genommen erzeugt Verzicht nichts. Weshalb sollte ihm dann ein Teil des Erzeugten zufallen? Schließe ich einen Geldbetrag ein Jahr lang weg, übe ich denselben Verzicht wie bei seiner Ausleihe. Im zweiten Fall erwarte ich die Rückzahlung samt einem zusätzlichen Betrag als Zins; im ersten besitze ich nach Ablauf des Jahres nur dieselbe Summe ohne Zuwachs. Der Verzicht ist jedoch derselbe. Man könnte einwenden, ich leistete dem Kreditnehmer mit dem Darlehen einen Dienst. Darauf lässt sich erwidern, dass auch er mir einen Dienst leistet, indem er mein Geld sicher verwahrt. Unter bestimmten Umständen kann dieser Dienst sehr wertvoll sein, sodass ich lieber dafür zahlen würde, als auf ihn zu verzichten. Bei manchen Kapitalarten ist dies noch deutlicher als bei Geld. Viele Formen des Kapitals sind nicht haltbar, sondern müssen fortwährend erneuert werden; andere verursachen erhebliche Unterhaltskosten, wenn man sie nicht unmittelbar benötigt. Unterstützt der Ansammler von Kapital dessen Nutzer durch die Überlassung, begleicht der Nutzer seine Schuld dann nicht vollständig, wenn er das Kapital zurückgibt? Bilden seine sichere Aufbewahrung, Erhaltung und Wiederherstellung nicht einen vollständigen Ausgleich für die Nutzung? Die Ansammlung ist Ziel und Ergebnis des Verzichts. Mehr kann der Verzicht nicht leisten; für sich allein kann er nicht einmal dies bewirken. Wie viele Güter würden innerhalb eines Jahres verschwinden, wenn wir lediglich darauf verzichteten, sie zu verwenden! Und wie

wenig wäre nach zwei Jahren noch übrig! Wird für den Verzicht mehr verlangt als die sichere Rückgabe des Kapitals, wird dann nicht die Arbeit geschädigt? Auf solchen Überlegungen beruht die verbreitete Auffassung, Zins könne nur auf Kosten der Arbeit entstehen und sei in Wahrheit eine Beraubung der Arbeit, die in einer gerechten Gesellschaft abgeschafft würde.

Die Versuche, diese Auffassung zu widerlegen, erscheinen mir nicht immer überzeugend. Ein Beispiel für die übliche Argumentation ist Bastiats häufig angeführtes Hobelgleichnis. Der Schreiner James fertigt sich mit zehn Arbeitstagen einen Hobel, der während 290 der 300 Arbeitstage eines Jahres verwendet werden kann. Ein anderer Schreiner, William, möchte den Hobel für ein Jahr ausleihen. Er bietet an, am Ende des Jahres, wenn der Hobel abgenutzt sein wird, einen gleich guten neuen Hobel zurückzugeben. James lehnt diese Bedingungen ab. Er wendet ein, die bloße Rückgabe eines Hobels entschädige ihn nicht für den Vorteil, den ihm dessen Nutzung während des Jahres verschafft hätte. William erkennt dies an und erklärt sich bereit, James neben einem neuen Hobel auch ein neues Brett zu geben. Beide führen die Vereinbarung zu ihrer Zufriedenheit aus. Der Hobel wird im Lauf des Jahres aufgebraucht, doch am Jahresende erhält James einen gleich guten neuen Hobel und zusätzlich ein Brett. Den neuen Hobel verleiht er immer wieder, bis er schließlich in die Hände seines Sohnes gelangt, »der ihn weiterhin verleiht« und jedes Mal ein Brett erhält. Dieses Brett, das den Zins darstellt, soll eine natürliche und gerechte Vergütung sein. Denn indem William es für die Nutzung des Hobels hingibt, »erlangt er die im Werkzeug liegende Kraft, die Produktivität der Arbeit zu steigern«, und steht nicht schlechter da, als wenn er den Hobel nicht ausgeliehen hätte. James wiederum erhält nicht mehr, als er bei

eigener Nutzung des Hobels statt seiner Ausleihe erhalten hätte.

Trifft dies wirklich zu? Es wird wohlgemerkt nicht behauptet, James könne den Hobel herstellen und William nicht; andernfalls wäre das Brett die Vergütung einer überlegenen Fertigkeit. James hat lediglich darauf verzichtet, das Ergebnis seiner Arbeit zu verbrauchen, bis er es in Gestalt eines Hobels angesammelt hatte. Genau darin liegt der wesentliche Gedanke des Kapitals.

Hätte James den Hobel nicht verliehen, hätte er ihn 290 Tage lang verwenden können. Danach wäre er abgenutzt gewesen, und James hätte die verbleibenden zehn Arbeitstage des Jahres für die Herstellung eines neuen Hobels benötigt. Hätte William den Hobel nicht ausgeliehen, hätte er sich in zehn Tagen selbst einen hergestellt und ihn während der übrigen 290 Tage verwenden können. Setzen wir ein Brett mit dem Ertrag eines Arbeitstages gleich, der mithilfe eines Hobels geleistet wird, hätten beide am Jahresende ohne Ausleihe hinsichtlich des Hobels ebenso dagestanden wie zu Jahresbeginn: James mit einem Hobel, William ohne Hobel. Zugleich hätte jeder als Ergebnis seiner Jahresarbeit 290 Bretter besessen. Hätte die Vereinbarung nur Williams ursprünglichen Vorschlag umfasst, also die Rückgabe eines neuen Hobels, wäre dasselbe Verhältnis gewahrt geblieben. William hätte 290 Tage gearbeitet und die letzten zehn Tage für die Herstellung des Hobels verwendet, den er James zurückgeben musste. James hätte während der ersten zehn Tage des Jahres einen weiteren Hobel hergestellt und diesen 290 Tage lang verwendet; anschließend hätte er von William einen neuen erhalten. Die bloße Rückgabe des Hobels hätte somit beide am Jahresende in dieselbe Lage versetzt wie ohne Ausleihe. James hätte durch Williams Vorteil nichts verloren und William durch James'

Verlust nichts gewonnen. Jeder hätte den Ertrag erzielt, den seine Arbeit sonst erbracht hätte, nämlich 290 Bretter; James hätte außerdem weiterhin den Vorteil besessen, mit dem er begonnen hatte: einen neuen Hobel.

Erhält James neben dem Hobel jedoch ein Brett, steht er am Jahresende besser da als ohne die Ausleihe und William schlechter. James besitzt dann 291 Bretter und einen neuen Hobel, William dagegen 289 Bretter und keinen Hobel. Leiht William nun auch das Brett zu denselben Bedingungen wie zuvor den Hobel, muss er James am Ende des Jahres einen Hobel, zwei Bretter und einen Bruchteil eines weiteren Bretts zurückgeben. Wird auch dieser Unterschied wieder ausgeliehen und so fort, sinkt dann nicht offensichtlich das Einkommen des einen fortwährend, während das des anderen wächst? Wird der Vorgang lange genug fortgesetzt, kommt schließlich die Zeit, in der James infolge der ursprünglichen Ausleihe eines Hobels das gesamte Erzeugnis von Williams Arbeit erhält - William also praktisch zu seinem Sklaven wird.

Ist Zins demnach natürlich und gerecht? Dieses Beispiel beweist es nicht. Was Bastiat und viele andere als Grundlage des Zinses betrachten - »die im Werkzeug liegende Kraft, die Produktivität der Arbeit zu steigern« -, bildet weder tatsächlich noch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten seine Grundlage. Bastiats Beispiel wirkt auf diejenigen überzeugend, die es nicht wie wir näher untersuchen, weil sie mit der Überlassung des Hobels zugleich die Übertragung der gesteigerten Produktivkraft verbinden, die ein Hobel der Arbeit verleiht. Diese ist jedoch gar nicht Gegenstand der Überlassung. Was James William im Wesentlichen überließ, war nicht die gesteigerte Kraft, die der Einsatz eines Hobels der Arbeit verleiht. Das ließe sich nur annehmen, wenn Herstellung und Verwendung von Hobeln ein Geschäftsgeheimnis

oder Patentrecht wären. Dann handelte das Beispiel aber von einem Monopol, nicht von Kapital. James überließ William nicht das Recht, seine Arbeit wirksamer einzusetzen, sondern die Nutzung des greifbaren Ergebnisses von zehn Arbeitstagen. Wäre »die im Werkzeug liegende Kraft, die Produktivität der Arbeit zu steigern«, die Ursache des Zinses, müsste der Zinssatz mit dem technischen Fortschritt steigen. Das ist nicht der Fall. Ebenso wenig wird man von mir einen höheren Zins verlangen, wenn ich eine Nähmaschine im Wert von fünfzig Dollar statt Nadeln desselben Werts ausleihe oder eine Dampfmaschine statt eines gleich wertvollen Ziegelhaufens. Kapital ist ebenso wie Güter austauschbar. Es ist kein bestimmtes Ding, sondern innerhalb des Tauschverkehrs jedes beliebige Ding desselben Werts. Auch erhöht die Verbesserung der Werkzeuge nicht die Fähigkeit des Kapitals zur Vermehrung, sondern die Produktivkraft der Arbeit.

Ich neige daher zu der Auffassung: Bestünden sämtliche Güter aus Dingen wie Hobeln, Brettern oder Geld, die keine eigene Vermehrungskraft besitzen, und bestünde die gesamte Produktion in Tätigkeiten wie derjenigen von Schreinern - würden die Güter also nur aus der trägen Materie des Universums bestehen und würde die Produktion diese Materie lediglich in andere Formen bringen -, dann wäre Zins tatsächlich Raub an der Arbeit und könnte nicht lange fortbestehen. Das bedeutet nicht, dass keine Güter angesammelt würden. Die Aussicht auf Zuwachs bildet zwar einen Anreiz, Güter in Kapital zu verwandeln, ist aber nicht das einzige und wohl nicht einmal das wichtigste Motiv des Ansammelns. Kinder sparen ihre Münzen für Weihnachten; Piraten vergrößern ihren vergrabenen Schatz; orientalische Fürsten häufen Münzvorräte an. Männer wie Stewart oder Vanderbilt würden, einmal von der Leidenschaft des

Ansammelns ergriffen, ihre Millionen so lange vermehren, wie sie könnten, selbst wenn die Ansammlung keinen Zuwachs brächte. Ebenso wenig bedeutet es, dass es kein Leihen und Verleihen gäbe. Dazu würde in erheblichem Maß schon der gegenseitige Nutzen führen. Müsste William eine Arbeit sofort beginnen, während James' Arbeit erst zehn Tage später anfinge, könnte die Überlassung des Hobels beiden nützen, auch wenn dafür kein Brett gezahlt würde.

Doch nicht alle Güter gleichen Hobeln, Brettern oder Geld und besitzen keine Vermehrungskraft. Ebenso wenig besteht jede Produktion nur darin, die träge Materie des Universums in andere Formen zu bringen. Lege ich Geld beiseite, vermehrt es sich tatsächlich nicht. Lege ich stattdessen Wein zurück, besitzt er nach einem Jahr einen höheren Wert, weil seine Qualität gereift ist. Stelle ich in einem dafür geeigneten Land Bienenvölker auf, besitze ich nach einem Jahr mehr Schwärme und zusätzlich den von ihnen erzeugten Honig. Lasse ich dort, wo Weideland vorhanden ist, Schafe, Schweine oder Rinder grasen, besitze ich am Jahresende im Durchschnitt ebenfalls mehr als zuvor.

Den Zuwachs bewirkt in diesen Fällen etwas, das zu seiner Nutzung zwar gewöhnlich Arbeit erfordert, sich von ihr aber unterscheidet und trennen lässt: die tätige Kraft der Natur, das Prinzip des Wachstums und der Fortpflanzung, das sämtliche Formen dessen kennzeichnet, was wir Leben nennen. Darin liegt meines Erachtens die Ursache des Zinses, also jenes Kapitalzuwachses, der über den Beitrag der Arbeit hinausgeht. In den Bewegungen, aus denen sich der ewige Wandel der Natur zusammensetzt, verlaufen gleichsam bestimmte Lebensströme. Wenn wir sie nutzen, helfen sie uns mit einer von unserer eigenen Anstrengung unabhängigen Kraft, Materie in die

von uns gewünschten Formen zu bringen - also in Güter zu verwandeln.

Viele Dinge wie Geld, Hobel, Bretter, Maschinen oder Kleidung besitzen keine eigene Fähigkeit zur Vermehrung. Unter die Begriffe Güter und Kapital fallen jedoch auch andere Dinge: Wein steigert bis zu einem bestimmten Punkt von selbst seine Qualität; Bienen und Vieh vermehren sich von selbst. Wieder andere Dinge wie Saatgut werfen einen Zuwachs oder einen über den Beitrag der Arbeit hinausgehenden Ertrag ab, sobald die Bedingungen für ihre Vermehrung erhalten werden, auch wenn dazu Arbeit erforderlich sein mag.

Da Güter austauschbar sind, werden besondere Vorteile, die der Besitz einer bestimmten Güterart verschafft, notwendig zwischen allen Güterarten ausgeglichen. Niemand würde Kapital in einer Form behalten, wenn er es in eine vorteilhaftere umwandeln könnte. Niemand würde beispielsweise Weizen zu Mehl mahlen und dieses für Menschen bereithalten, die von Zeit zu Zeit Weizen oder einen entsprechenden Wert gegen Mehl tauschen möchten, wenn er dadurch nicht einen Zuwachs erzielen könnte, der unter Berücksichtigung aller Umstände dem Ertrag der Aussaat seines Weizens entspräche. Wer eine Schafherde halten könnte, würde sie heute nicht gegen ihr Nettogewicht an Hammelfleisch eintauschen, das ihm erst im nächsten Jahr zurückgegeben wird. Denn bei eigener Haltung besäße er im nächsten Jahr nicht nur dieselbe Menge Fleisch, sondern auch die Lämmer und die Wolle. Niemand würde einen Bewässerungsgraben ausheben, wenn ihm diejenigen, die damit die Fortpflanzungskräfte der Natur nutzen können, nicht einen solchen Anteil an ihrem Zuwachs überließen, dass sein Kapital ebenso viel abwirft wie ihres. In jedem Tauschkreis muss sich daher die Fähigkeit zur Vermehrung, welche die fortpflanzende oder lebendige Kraft der Natur

manchen Kapitalarten verleiht, auf alle Kapitalarten ausgleichen. Wer Geld, Hobel, Ziegel oder Kleidung verleiht oder zum Tausch einsetzt, verliert die Möglichkeit eines Zuwachses ebenso wenig, wie wenn er denselben Kapitalbetrag in einer vermehrungsfähigen Form verliehen oder produktiv verwendet hätte.

Auch die durch den Austausch ermöglichte Nutzung der unterschiedlichen Kräfte von Natur und Mensch erzeugt einen Zuwachs, der demjenigen aus den Lebenskräften der Natur in gewisser Weise ähnelt. An einem Ort bringt eine bestimmte Arbeitsmenge beispielsweise 200 Einheiten pflanzlicher oder 100 Einheiten tierischer Nahrung hervor. An einem anderen Ort sind die Verhältnisse umgekehrt: Dieselbe Arbeitsmenge erzeugt 100 Einheiten pflanzlicher oder 200 Einheiten tierischer Nahrung. Am ersten Ort beträgt der relative Wert pflanzlicher Nahrung gegenüber tierischer Nahrung zwei zu eins, am zweiten eins zu zwei. Wird von beiden Nahrungsarten dieselbe Menge benötigt, kann dieselbe Arbeitsmenge an jedem Ort insgesamt 150 Einheiten beider Nahrungsarten beschaffen. Widmen die Menschen am ersten Ort ihre Arbeit jedoch der Erzeugung pflanzlicher und am zweiten der Erzeugung tierischer Nahrung und tauschen anschließend die benötigten Mengen, kann dieselbe Arbeitsmenge an beiden Orten insgesamt 200 Einheiten beider Nahrungsarten beschaffen, abzüglich der Verluste und Kosten des Austauschs. Das dem unmittelbaren Verbrauch entzogene und dem Tausch gewidmete Erzeugnis kehrt an jedem Ort mit einem Zuwachs zurück. So verwandelt sich Whittingtons Katze, die in ein fernes Land mit wenigen Katzen und vielen Ratten geschickt wird, bei ihrer Rückkehr in Warenballen und Säcke voller Gold.

Für den Austausch ist selbstverständlich ebenso Arbeit erforderlich wie für die Nutzung der Fortpflanzungskräfte der Natur; das Erzeugnis des Austauschs ist ebenso eindeutig ein Arbeitserzeugnis wie das Erzeugnis der Landwirtschaft. Dennoch wirkt in beiden Fällen neben der Arbeit eine davon unterscheidbare Kraft. Deshalb lässt sich das Ergebnis nicht allein nach der aufgewendeten Arbeit bemessen; auch die Menge des Kapitals und die Dauer seines Einsatzes bilden notwendige Bestandteile der gesamten wirksamen Kräfte. Kapital unterstützt Arbeit in allen Produktionsweisen. Dennoch unterscheidet sich ihr Verhältnis bei Produktionsweisen, die lediglich Form oder Ort der Materie verändern - etwa beim Hobeln von Brettern oder beim Kohleabbau -, von ihrem Verhältnis bei Produktionsweisen, welche die Fortpflanzungskräfte der Natur oder den aus der ungleichen Verteilung natürlicher und menschlicher Kräfte entstehenden Zuwachs nutzen, etwa beim Getreideanbau oder beim Tausch von Eis gegen Zucker. Bei der ersten Produktionsart ist allein die Arbeit die wirksame Ursache; endet die Arbeit, endet auch die Produktion. Legt der Schreiner bei Sonnenuntergang seinen Hobel nieder, endet die von ihm und seinem Werkzeug bewirkte Wertsteigerung, bis er am folgenden Morgen weiterarbeitet. Läutet die Fabrikglocke zum Feierabend oder wird das Bergwerk geschlossen, ruht die Produktion bis zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Zwischenzeit könnte für die Produktion ebenso gut gestrichen werden. Der Ablauf der Tage und der Wechsel der Jahreszeiten sind kein Element einer Produktion, die allein von der aufgewendeten Arbeit abhängt. Anders ist es bei den zuvor genannten Produktionsweisen. Der Anteil der Arbeit lässt sich dort mit der Tätigkeit von Holzfällern vergleichen, die ihre Stämme in einen Fluss werfen und der

Strömung überlassen, sie bis zum viele Meilen entfernten Sammelbecken des Sägewerks zu tragen. Hier *ist* die Zeit ein Element. Das Saatkorn keimt und wächst im Boden, während der Landwirt schläft oder neue Felder pflügt; die stetigen Strömungen der Luft und des Meeres tragen Whittingtons Katze zum von Ratten geplagten Herrscher im Reich der Legende.

Kehren wir zu Bastiats Beispiel zurück. Wenn es einen Grund gibt, weshalb William James am Jahresende mehr als einen gleich guten Hobel zurückgeben sollte, liegt er nicht, wie Bastiat meint, in der gesteigerten Kraft, die das Werkzeug der Arbeit verleiht. Diese ist, wie gezeigt, kein Bestandteil der Überlassung. Der Grund liegt vielmehr im Faktor Zeit, also in dem Jahr zwischen Überlassung und Rückgabe des Hobels. Beschränkt man sich auf das Beispiel, bleibt allerdings unklar, wie dieser Faktor wirken sollte, denn ein Hobel ist am Jahresende nicht mehr wert als am Jahresanfang. Ersetzen wir den Hobel jedoch durch ein Kalb, wird deutlich, dass William am Jahresende nicht ein Kalb, sondern eine Kuh zurückgeben muss, um James so zu stellen, als hätte dieser nichts verliehen. Nehmen wir stattdessen an, James hätte die zehn Arbeitstage für die Aussaat von Getreide verwendet. Dann wäre er offenkundig nicht vollständig entschädigt, wenn er am Jahresende lediglich dieselbe Menge ausgesäten Getreides zurückerhielte; denn im Lauf des Jahres hätte das Getreide gekeimt, wäre gewachsen und hätte sich vermehrt. Hätte er den Hobel zum Austausch eingesetzt, hätte dieser im Lauf des Jahres mehrmals umgesetzt werden können, wobei jeder Tausch James einen Zuwachs gebracht hätte. Da James seine Arbeit auf jede dieser Arten hätte verwenden können - oder, was auf dasselbe hinausläuft, weil ein Teil der für die Herstellung von Hobeln eingesetzten Arbeit entsprechend hätte

verlagert werden können -, wird er William keinen Hobel für ein Jahr herstellen, wenn er nicht mehr als einen Hobel zurückerhält. William kann mehr zurückgeben, weil auch ihm der allgemeine Ausgleich der Vorteile verschiedener Arbeitsverwendungen ermöglicht, aus dem Faktor Zeit einen Vorteil für seine Arbeit zu gewinnen. Dieser allgemeine Ausgleich oder, wie man sagen könnte, diese »Zusammenlegung« der Vorteile findet notwendig statt, weil die Erfordernisse der Gesellschaft die gleichzeitige Ausübung verschiedener Produktionsweisen verlangen. Sie verschafft dem Besitz von Gütern, die sich aus eigener Kraft nicht vermehren können, einen ähnlichen Vorteil wie Gütern, die so eingesetzt werden, dass sie aus dem Zeitablauf einen Zuwachs gewinnen. Letztlich entspringt der durch den Zeitablauf entstehende Vorteil der Zeugungskraft der Natur und den unterschiedlichen Kräften von Natur und Mensch.

Wären Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit der Materie überall gleich und läge sämtliche Produktivkraft im Menschen, gäbe es keinen Zins. Der Vorteil überlegener Werkzeuge könnte zeitweise zu Bedingungen übertragen werden, die einer Zinszahlung ähneln; solche Geschäfte wären jedoch unregelmäßig und vorübergehend - die Ausnahme, nicht die Regel. Denn die Möglichkeit solcher Erträge wäre dann nicht wie heute mit dem Besitz von Kapital verbunden, und der Zeitvorteil käme nur unter besonderen Umständen zur Geltung. Dass ich tausend Dollar sicher gegen Zins verleihen kann, liegt nicht daran, dass andere Menschen ohne tausend Dollar mir gern für deren Nutzung zahlen, wenn sie das Geld anders nicht beschaffen können. Es liegt daran, dass das von meinen tausend Dollar vertretene Kapital jedem, der darüber verfügt, einen Zuwachs verschaffen kann - selbst einem Millionär. Welchen Preis eine

Sache erzielt, hängt weniger davon ab, was der Käufer lieber zahlen würde, als auf sie zu verzichten, als davon, welchen Ertrag der Verkäufer anderweitig erzielen kann. Nehmen wir etwa einen Fabrikanten, der sich aus dem Geschäft zurückziehen möchte und Maschinen im Wert von 100.000 Dollar besitzt. Könnte er diese Maschinen nicht verkaufen, die 100.000 Dollar anschließend anlegen und daraus Zins beziehen, wäre es für ihn - bei gleichem Risiko - ohne Bedeutung, ob er den gesamten Preis sofort oder in Raten erhielte. Verfügt der Käufer über das erforderliche Kapital, was wir voraussetzen müssen, um das Geschäft aus sich selbst heraus zu beurteilen, wäre es auch für ihn gleichgültig, ob er sofort oder später zahlte. Fehlt ihm das erforderliche Kapital, kann ein Zahlungsaufschub für ihn bequem sein. Nur unter außergewöhnlichen Umständen würde der Verkäufer dafür jedoch einen Aufschlag verlangen oder der Käufer ihn akzeptieren; ein solcher Aufschlag wäre auch kein eigentlicher Zins. Denn Zins ist streng genommen keine Zahlung für die Nutzung von Kapital, sondern ein Ertrag aus dessen Vermehrung. Würde Kapital keinen Zuwachs hervorbringen, könnte sein Eigentümer nur in wenigen Ausnahmefällen einen Aufschlag erzielen. William würde bald erkennen, dass es sich für ihn nicht lohnt, für den Zahlungsaufschub auf James' Hobel ein Brett zu geben.

Zusammenfassend zeigt die Analyse drei Produktionsweisen:

Anpassen: Naturerzeugnisse werden in ihrer Form oder an ihrem Ort so verändert, dass sie menschliche Bedürfnisse befriedigen können.

Wachsenlassen: Die Lebenskräfte der Natur werden genutzt, indem Pflanzen oder Tiere aufgezogen werden.

Austauschen: Die an verschiedenen Orten unterschiedlich starken Naturkräfte oder die je nach Lage, Tätigkeit oder persönlichen Eigenschaften unterschiedlichen menschlichen Kräfte werden so genutzt, dass sich der allgemeine Güterbestand vermehrt.

Bei jeder dieser drei Produktionsweisen kann Kapital die Arbeit unterstützen. Genauer gesagt: Bei der ersten kann Kapital die Arbeit unterstützen, ist jedoch nicht unbedingt erforderlich; bei den beiden anderen muss es die Arbeit unterstützen und ist daher notwendig.

Indem wir Kapital in geeignete Formen bringen, können wir die Fähigkeit der Arbeit steigern, Materie den Charakter von Gütern aufzuprägen: etwa wenn wir Holz und Eisen zu einem Hobel formen, Eisen, Kohle, Wasser und Öl in einer Dampfmaschine nutzbar machen oder Stein, Lehm, Holz und Eisen zu einem Gebäude verbinden. Kennzeichnend für diese Verwendung des Kapitals ist jedoch, dass der Vorteil in seiner Nutzung liegt. Setzen wir Kapital dagegen in der zweiten Produktionsweise ein - säen wir Getreide aus, bringen Tiere auf eine Viehfarm oder lagern Wein, damit er reift -, entsteht der Vorteil nicht aus der Nutzung, sondern aus der Vermehrung. Dasselbe gilt für die dritte Produktionsweise: Verwenden wir eine Sache nicht selbst, sondern tauschen sie ein, liegt der Vorteil im Zuwachs oder im höheren Wert der im Gegenzug erhaltenen Dinge.

Grundsätzlich fallen die Vorteile der Nutzung der Arbeit zu, die Vorteile der Vermehrung dagegen dem Kapital. Arbeitsteilung und Austauschbarkeit der Güter erfordern und bewirken jedoch einen Ausgleich der Vorteile. Soweit diese verschiedenen Produktionsweisen miteinander verbunden sind, gleichen sich die Vorteile der einen mit denen der anderen aus. Denn weder Arbeit noch Kapital wenden sich einer Produktionsweise zu, solange

eine andere ihnen offenstehende Verwendung einen höheren Ertrag verspricht. Die in der ersten Produktionsweise eingesetzte Arbeit erhält daher nicht den gesamten Ertrag, sondern den Ertrag abzüglich jenes Anteils, der erforderlich ist, um dem Kapital denselben Zuwachs zu verschaffen, den es in den anderen Produktionsweisen erzielt hätte. Das in der zweiten und dritten Produktionsweise eingesetzte Kapital erhält umgekehrt nicht den gesamten Zuwachs, sondern den Zuwachs abzüglich dessen, was der Arbeit dieselbe Vergütung verschafft, die sie in der ersten Produktionsweise hätte erzielen können.

Der Zins entspringt somit der Fähigkeit zur Vermehrung, welche die Fortpflanzungskräfte der Natur und die im Ergebnis vergleichbare Möglichkeit des Austauschs dem Kapital verleihen. Er ist keine willkürliche, sondern eine natürliche Erscheinung; er entsteht nicht aus einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung, sondern aus den Naturgesetzen, auf denen die Gesellschaft beruht. Deshalb ist er gerecht.

Wer von der Abschaffung des Zinses spricht, begeht einen ähnlichen Fehler wie den bereits erläuterten, der die Lehre plausibel erscheinen lässt, Löhne würden aus Kapital gezahlt. Beim Zins denkt man dann nur an die Zahlung des Kapitalnutzers an den Kapitaleigentümer. Dies ist jedoch offenkundig nicht der gesamte Zins, sondern nur ein Teil davon. Wer Kapital verwendet und den Zuwachs erhält, den es hervorbringen kann, bezieht Zins. Pflanze und pflege ich einen Baum bis zu seiner Reife, erhalte ich in seinen Früchten Zins auf das von mir angesammelte Kapital, also auf die dafür aufgewendete Arbeit. Ziehe ich eine Kuh auf, ist die Milch, die sie mir morgens und abends gibt, nicht nur die Vergütung der jeweils verrichteten Arbeit, sondern zugleich Zins auf das Kapital, das meine für ihre Aufzucht eingesetzte Arbeit in der

Kuh angesammelt hat. Verwende ich eigenes Kapital zur unmittelbaren Unterstützung der Produktion, etwa in Form von Maschinen, oder unterstütze ich die Produktion mittelbar durch Austausch, erhalte ich aufgrund der Vermehrungsfähigkeit des Kapitals einen besonderen und klar unterscheidbaren Vorteil. Dieser ist ebenso wirklich, wenn auch vielleicht weniger deutlich sichtbar, wie wenn ich mein Kapital einem anderen verliehen hätte und er mir dafür Zins zahlte.

KAPITEL IV SCHEINKAPITAL UND GEWINNE, DIE OFT MIT ZINS VERWECHSELT WERDEN

Die Auffassung, Zins sei Raub an der Arbeit, beruht meines Erachtens zu einem großen Teil darauf, dass nicht zwischen wirklichem Kapital und Dingen unterschieden wird, die kein Kapital sind, und ebenso wenig zwischen Gewinnen, die tatsächlich Zins darstellen, und Gewinnen, die aus anderen Quellen als der Nutzung von Kapital stammen. Im heutigen Sprachgebrauch und Schrifttum gilt jeder als Kapitalist, der etwas besitzt, das ihm unabhängig von seiner Arbeit einen Ertrag verschafft. Alles auf diese Weise Empfangene wird als Verdienst oder Einnahme des Kapitals bezeichnet, und überall ist vom Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital die Rede. Ob ein solcher Gegensatz tatsächlich besteht, braucht die Leserschaft an dieser Stelle noch nicht zu entscheiden. Zunächst sollten jedoch einige Missverständnisse ausgeräumt werden, welche das Urteil verwirren.

Bereits hingewiesen wurde auf die Tatsache, dass Bodenwerte, die einen so gewaltigen Teil dessen ausmachen, was gewöhnlich Kapital genannt wird, überhaupt kein Kapital sind. Auch die Grundrente, die ebenso gewöhnlich zu den Kapitaleinnahmen gerechnet wird und einen immer größeren Teil des Erzeugnisses eines fortschreitenden Gemeinwesens beansprucht, ist kein Ertrag des Kapitals und muss sorgfältig vom Zins getrennt werden. Darauf braucht an dieser Stelle nicht weiter eingegangen zu werden. Ebenso wurde bereits dargelegt, dass Aktien, Anleihen und Ähnliches, die einen weiteren großen Teil des sogenannten Kapitals bilden, überhaupt kein Kapital sind. In manchen Formen ähneln diese

Schuldurkunden dem Kapital jedoch so stark und erfüllen tatsächlich oder scheinbar dessen Funktionen, während sie ihren Eigentümern einen Ertrag verschaffen, der nicht nur Zins genannt wird, sondern auch in jeder Hinsicht wie Zins erscheint, dass sie noch einmal ausführlicher behandelt werden sollten, bevor wir den Zinsbegriff von weiteren Unklarheiten befreien.

Halten wir stets fest: Nichts kann Kapital sein, was nicht zu den Gütern gehört. Kapital muss daher aus wirklichen, greifbaren Dingen bestehen, die nicht ohne menschliche Arbeit von der Natur bereitgestellt werden und aus eigener Kraft, nicht nur stellvertretend, menschliche Bedürfnisse unmittelbar oder mittelbar befriedigen können.

Eine Staatsanleihe ist demnach kein Kapital und vertritt auch kein Kapital. Das Kapital, das der Staat ursprünglich dafür erhalten hat, wurde unproduktiv verbraucht: Es wurde aus Kanonenmündungen verschossen, in Kriegsschiffen aufgebraucht und dafür ausgegeben, Menschen marschieren und exerzieren, töten und zerstören zu lassen. Die Anleihe kann kein vernichtetes Kapital vertreten. Sie vertritt überhaupt kein Kapital. Sie ist lediglich die feierliche Erklärung, der Staat werde irgendwann durch Steuern aus dem dann vorhandenen Güterbestand der Bevölkerung eine bestimmte Gütermenge entnehmen und dem Inhaber der Anleihe übertragen. Bis dahin werde er ihm auf dieselbe Weise von Zeit zu Zeit so viel zukommen lassen, wie jenes Kapital, dessen künftige Übertragung er verspricht, bei tatsächlichem Besitz an Zuwachs abwerfen würde. Die gewaltigen Beträge, die in jedem modernen Land dem Erzeugnis zur Zahlung von Zinsen auf Staatsschulden entzogen werden, sind daher weder Ertrag noch Zuwachs von Kapital. Sie sind kein wirklicher Zins im strengen Sinn, sondern Steuern auf das Erzeugnis von Arbeit und Kapital.

Entsprechend weniger bleibt für Lohn und wirklichen Zins.

Nehmen wir dagegen an, die Anleihen seien zur Vertiefung eines Flussbetts, zum Bau von Leuchttürmen oder zur Errichtung einer öffentlichen Markthalle ausgegeben worden; oder nehmen wir, um denselben Gedanken an einem anderen Beispiel zu zeigen, die Anleihen einer Eisenbahngesellschaft. In diesen Fällen vertreten sie vorhandenes und produktiv eingesetztes Kapital und können ebenso wie Aktien eines Unternehmens, das Dividenden ausschüttet, als Nachweise von Kapitaleigentum gelten. Das gilt jedoch nur, soweit sie tatsächlich Kapital vertreten, nicht soweit ihr Nennwert das eingesetzte Kapital übersteigt. Fast alle unsere Eisenbahngesellschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften sind auf diese Weise überlastet. Für jeden Dollar tatsächlich eingesetzten Kapitals wurden Urkunden über zwei, drei, vier, fünf oder sogar zehn Dollar ausgegeben; auf diesen fiktiven Betrag werden mehr oder weniger regelmäßig Zinsen oder Dividenden gezahlt. Was diese Gesellschaften über den Zins hinaus erwirtschaften, der dem wirklich eingesetzten Kapital zusteht, und anschließend ausschütten, stammt offenkundig nicht aus dem Dienst, den das Kapital für die Gesamtproduktion des Gemeinwesens leistet. Dasselbe gilt für die großen Beträge, die von Führungszirkeln abgeschöpft und niemals ausgewiesen werden. All dies ist kein Zins. Beschränken wir uns auf die Begrifflichkeit der Ökonomen, die den Gewinn in Zins, Risikovergütung und Leitungslohn zerlegen, muss es dem Leitungslohn zugerechnet werden.

Zum Leitungslohn gehören eindeutig Einkünfte, die aus persönlichen Eigenschaften wie Können, Taktgefühl, Unternehmungsgeist, Organisationstalent, Erfindungskraft oder Charakter hervorgehen. Zu den Gewinnen, von

denen hier die Rede ist, trägt jedoch noch ein weiteres Element bei, das sich diesen Eigenschaften nur willkürlich zurechnen lässt: das Monopol.

Als Jakob I. seinem Günstling das ausschließliche Recht zur Herstellung von Gold- und Silberfäden verlieh und allen anderen ihre Herstellung unter schweren Strafen verbot, stammte Buckinghams daraus erzieltes Einkommen weder aus dem Zins auf das in der Produktion eingesetzte Kapital noch aus dem Können derjenigen, die den Betrieb tatsächlich führten. Es beruhte auf dem vom König verliehenen ausschließlichen Recht, also in Wahrheit auf der Macht, von allen Verwendern solcher Fäden eine Abgabe für eigene Zwecke zu erheben. Aus einer ähnlichen Quelle stammt ein großer Teil der Gewinne, die gewöhnlich mit Kapitalerträgen verwechselt werden. Dazu zählen eindeutig die Einnahmen aus zeitlich begrenzten Patenten, die zur Förderung von Erfindungen erteilt werden, ebenso wie die Erträge aus Monopolen, die unter dem Vorwand der Förderung einheimischer Produktion durch Schutzzölle geschaffen werden. Daneben besteht jedoch eine weit heimtückischere und allgemeinere Form des Monopols. Werden große Kapitalmassen unter gemeinsamer Kontrolle zusammengefasst, entsteht eine neue Kraft, die sich grundlegend von jener allgemeinen Fähigkeit des Kapitals zur Vermehrung unterscheidet, aus der der Zins hervorgeht. Diese Fähigkeit ist ihrem Wesen nach gewissermaßen aufbauend; die Macht, die sich mit wachsender Konzentration auf ihr erhebt, ist dagegen zerstörerisch. Sie ist von derselben Art wie die Macht, die Jakob Buckingham verlieh, und wird häufig ebenso rücksichtslos ausgeübt - unter Missachtung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der persönlichen Rechte des Einzelnen. Eine Eisenbahngesellschaft nähert sich einer Kleinstadt wie ein Wegelagerer seinem Opfer. Die Drohung »Wenn ihr unsere Bedingungen nicht

annehmt, führen wir die Bahn zwei oder drei Meilen an eurer Stadt vorbei!« wirkt ebenso zuverlässig wie die Forderung »Geld oder Leben!«, wenn diese von einer gespannten Pistole unterstützt wird. Denn die Eisenbahngesellschaft droht nicht bloß damit, der Stadt die Vorteile der Bahn vorzuenthalten, sondern damit, sie erheblich schlechter zu stellen, als wenn überhaupt keine Bahn gebaut worden wäre. Wird dort, wo Wasserverkehr besteht, ein Konkurrenzschiff eingesetzt, senkt das Monopol seine Preise, bis der Wettbewerber aufgeben muss. Anschließend muss die Allgemeinheit die Kosten dieses Vorgehens tragen - so wie die Rohillas jene vierzig Lakhs bezahlen mussten, mit denen Surajah Dowlah von Warren Hastings eine englische Streitmacht mietete, die ihm half, ihr Land zu verwüsten und ihre Bevölkerung zu dezimieren. Wie sich Räuber zum gemeinsamen Plündern zusammenschließen und die Beute teilen, so vereinigen sich die großen Eisenbahnlinien, um Preise zu erhöhen und ihre Einnahmen zusammenzulegen; oder die pazifischen Eisenbahngesellschaften verbinden sich mit der Pacific Mail Steamship Company und errichten damit faktisch Mautstellen auf dem Land und auf dem Meer. Wie Buckinghams Handlanger aufgrund des Goldfadenpatents Privathäuser durchsuchten und zur Befriedigung ihrer Begierden und zur Erpressung Schriftstücke und Menschen beschlagnahmten, greift auch die große Telegrafengesellschaft, die der Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch die Macht zusammengeschlossenen Kapitals den vollen Nutzen einer segensreichen Erfindung vorenthält, in den Schriftverkehr ein und vernichtet Zeitungen, die ihr missfallen.

Es genügt, auf diese Dinge hinzuweisen; eine ausführliche Behandlung ist hier nicht erforderlich. Jeder kennt die Tyrannei und Habgier, mit der in

großen Mengen konzentriertes Kapital häufig eingesetzt wird, um zu bestechen, zu rauben und zu zerstören. Entscheidend ist: Die auf diese Weise erzielten Gewinne dürfen nicht mit dem rechtmäßigen Ertrag des Kapitals als Produktionsfaktor verwechselt werden. Sie gehen größtenteils auf eine Fehlordnung der Kräfte in der gesetzgebenden Staatsgewalt zurück sowie auf das blinde Festhalten an alten Barbareien und die abergläubische Ehrfurcht vor den Förmlichkeiten eines engstirnigen Berufsstands bei der Rechtspflege. Die allgemeine Ursache dafür, dass sich in fortschreitenden Gemeinwesen mit dem Wohlstand auch die Macht konzentriert, bildet die Lösung des großen Problems, das wir untersuchen, aber noch nicht gelöst haben.

Jede genauere Untersuchung zeigt, dass viele Gewinne, die im allgemeinen Denken mit Zins verwechselt werden, in Wahrheit nicht auf der Macht des Kapitals beruhen, sondern auf der Macht konzentrierten Kapitals oder auf konzentriertem Kapital, das auf fehlerhafte gesellschaftliche Verhältnisse einwirkt. Ebenso zeigt sich, dass Einkünfte, die eindeutig und richtigerweise Leitungslohn sind, sehr häufig mit dem Ertrag des Kapitals verwechselt werden.

Auch Gewinne, die richtigerweise auf das Risiko entfallen, werden häufig mit Zins verwechselt. Manche Menschen erwerben Vermögen, indem sie Risiken eingehen, die der Mehrheit notwendig Verluste bringen müssen. Dazu gehören viele Formen der Spekulation und insbesondere jene Art des Glücksspiels, die als Aktienhandel bekannt ist. Nervenstärke, Urteilskraft, Kapitalbesitz und Geschick in jenen Künsten, die bei niedrigeren Formen des Glücksspiels als Methoden von Betrügern und Falschspielern gelten, verschaffen dem Einzelnen einen Vorteil. Doch wie am

Spieltisch muss das, was der eine gewinnt, ein anderer verlieren.

Betrachten wir die großen Vermögen, die so häufig als Belege für die Anhäufungskraft des Kapitals angeführt werden - die Herzöge von Westminster und die Marquesses of Bute, die Rothschilds, Astors, Stewarts, Vanderbilts, Goulds, Stanfords und Floods -, zeigt sich ohne Schwierigkeit: Sie wurden zu einem größeren oder kleineren Teil nicht durch Zins aufgebaut, sondern durch Elemente der eben untersuchten Art.

Wie wichtig die genannten Unterscheidungen sind, zeigen die laufenden Debatten, in denen der Schild je nach Standpunkt abwechselnd weiß oder schwarz erscheint. Einerseits sollen wir in der tiefen Armut neben gewaltigen Vermögensanhäufungen einen Angriff des Kapitals auf die Arbeit erkennen. Dagegen wird eingewandt, Kapital unterstütze die Arbeit. Daraus sollen wir wiederum schließen, an der tiefen Kluft zwischen Arm und Reich sei nichts ungerecht oder unnatürlich; Reichtum sei lediglich die Belohnung von Fleiß, Verstand und Sparsamkeit, Armut dagegen die Strafe für Trägheit, Unwissenheit und Leichtsinn.

KAPITEL V DAS GESETZ DES ZINSES

Wenden wir uns nun dem Gesetz des Zinses zu. Dabei müssen wir zwei bereits erläuterte Punkte im Gedächtnis behalten:

Erstens: Nicht das Kapital beschäftigt die Arbeit, sondern die Arbeit setzt das Kapital ein.

Zweitens: Kapital ist keine feststehende Größe. Es kann jederzeit vermehrt oder vermindert werden, und zwar erstens durch einen größeren oder geringeren Einsatz von Arbeit für die Erzeugung von Kapital und zweitens durch die Umwandlung von Gütern in Kapital oder von Kapital in Güter. Denn Kapital besteht lediglich aus Gütern, die auf bestimmte Weise verwendet werden; »Güter« ist der weitere und umfassendere Begriff.

Unter freien Bedingungen kann für die Nutzung von Kapital offensichtlich höchstens der Zuwachs gezahlt werden, den es hervorbringt; die Untergrenze oder der Nullpunkt liegt bei der bloßen Ersetzung des Kapitals. Oberhalb der ersten Grenze würde die Aufnahme von Kapital einen Verlust verursachen, unterhalb der zweiten könnte das Kapital nicht erhalten werden.

Beachten wir erneut: Diese Obergrenze wird nicht, wie manche Autoren ungenau behaupten, durch die gesteigerte Leistungsfähigkeit bestimmt, die eine bestimmte Form oder Verwendung des Kapitals der Arbeit verleiht. Entscheidend ist vielmehr die durchschnittliche Fähigkeit zur Vermehrung, die dem Kapital im Allgemeinen zukommt. Die Möglichkeit, geeignete vorteilhafte Formen anzunehmen, ist eine Fähigkeit der Arbeit, auf die Kapital als solches keinen Anspruch erheben und an der es keinen Anteil verlangen kann. Mit

Pfeil und Bogen kann ein indigener Jäger beispielsweise jeden Tag einen Büffel erlegen, während ihm mit Stöcken und Steinen kaum einer in der Woche gelänge. Der Waffenmacher seines Stammes könnte für die Nutzung von Pfeil und Bogen dennoch nicht sechs von je sieben erlegten Büffeln verlangen. Ebenso wenig wirft das in einer Wollfabrik eingesetzte Kapital dem Kapitalisten den Unterschied zwischen dem Fabrikerzeugnis und dem Erzeugnis ab, das dieselbe Arbeitsmenge mit Spinnrad und Handwebstuhl hätte herstellen können. Wenn William von James einen Hobel ausleiht, erhält er damit nicht den Vorteil der gesteigerten Leistungsfähigkeit, die der Hobel der Arbeit beim Glätten von Brettern im Vergleich zu einer Muschel oder einem Feuerstein verleiht. Der Wissensfortschritt hat den Vorteil des Hobelgebrauchs zu einem Gemeingut und einer allgemeinen Fähigkeit der Arbeit gemacht. Von James erhält William lediglich jenen Vorteil, den der Zeitablauf eines Jahres dem Besitz des im Hobel verkörperten Kapitalbetrags verschafft.

Sind die Lebenskräfte der Natur, die dem Faktor Zeit einen Vorteil verleihen, die Ursache des Zinses, scheint daraus zu folgen, dass der Höchstsatz des Zinses von der Stärke dieser Kräfte und dem Umfang ihres Einsatzes in der Produktion bestimmt wird. Die Fortpflanzungskraft der Natur weist offenbar gewaltige Unterschiede auf: Der Lachs legt Tausende Eier, während der Wal nur im Abstand mehrerer Jahre ein einziges Junges zur Welt bringt; ebenso unterscheiden sich Kaninchen und Elefant, Distel und gewaltiger Mammutbaum. Die Erhaltung des natürlichen Gleichgewichts zeigt jedoch, dass sich Fortpflanzungs- und Zerstörungskräfte der Natur gegenseitig ausgleichen und das Prinzip der Vermehrung im Ergebnis auf ein einheitliches Maß bringen. Innerhalb enger Grenzen kann der Mensch dieses natürliche Gleichgewicht stören und durch

die Veränderung natürlicher Bedingungen die unterschiedlich starke Fortpflanzungskraft der Natur nach Belieben nutzen. Tut er dies, bewirkt der weite Umfang seiner Bedürfnisse jedoch ein anderes Prinzip, das beim Güterzuwachs einen ähnlichen Ausgleich und ein ähnliches Gleichgewicht herstellt, wie sie in der Natur zwischen den verschiedenen Lebensformen bestehen. Dieser Ausgleich vollzieht sich über die Werte. Züchte ich in einem Land, das für beides geeignet ist, Kaninchen und züchten Sie Pferde, vermehren sich meine Kaninchen bis zum Erreichen ihrer natürlichen Grenze möglicherweise schneller als Ihre Pferde. Mein Kapital wächst dadurch aber nicht schneller. Die unterschiedlichen Vermehrungsraten senken nämlich den Wert der Kaninchen im Verhältnis zu den Pferden und erhöhen den Wert der Pferde im Verhältnis zu den Kaninchen.

Obwohl die unterschiedliche Stärke der Lebenskräfte der Natur auf diese Weise vereinheitlicht wird, kann ihr Anteil an der gesamten Güterproduktion je nach Entwicklungsstufe einer Gesellschaft unterschiedlich groß sein. Dazu sind jedoch zwei Punkte anzumerken. Erstens hat in einem Land wie England der Anteil der gewerblichen Produktion an der gesamten Gütererzeugung gegenüber dem Anteil der Landwirtschaft zwar stark zugenommen. In hohem Maß gilt dies jedoch nur für das politisch oder geografisch abgegrenzte Gebiet, nicht für die wirtschaftliche Gemeinschaft. Wirtschaftliche Gemeinschaften enden weder an politischen Grenzen noch an Meeren oder Gebirgen. Ihre Grenzen werden allein durch die Reichweite ihres Austauschs bestimmt. Bei der Bestimmung des Verhältnisses, in dem Landwirtschaft und Viehzucht zur gewerblichen Produktion im Wirtschaftsleben Englands stehen, wirken daher Iowa und Illinois,

Texas und Kalifornien, Kanada und Indien, Queensland und der Ostseeraum mit - kurz: jedes Land, das der weltweite englische Handel erreicht. Zweitens wächst im Verlauf der Zivilisation zwar tendenziell die gewerbliche Produktion im Verhältnis zur Landwirtschaft, sodass die Produktion verhältnismäßig weniger auf den Fortpflanzungskräften der Natur beruht. Gleichzeitig weitet sich jedoch der Austausch entsprechend aus, wodurch die aus ihm entstehende Fähigkeit zur Vermehrung stärker genutzt wird. Diese Entwicklungen gleichen einander daher weitgehend und wahrscheinlich bis zu unserem heutigen Entwicklungsstand vollständig aus. So bewahren sie das Gleichgewicht, das den durchschnittlichen Kapitalzuwachs oder den normalen Zinssatz bestimmt.

Der normale Zins liegt zwischen der notwendigen Ober- und Untergrenze des Kapitalertrags. Wo genau er sich auch einpendelt, muss er unter Berücksichtigung aller Umstände - etwa des Sicherheitsgefühls und des Wunsches nach Ansammlung - bewirken, dass Kapital und Arbeit gleichwertig vergütet werden. Das bedeutet: Für die jeweils erforderliche Anstrengung oder den erforderlichen Verzicht müssen beide ein gleich lohnendes Ergebnis bieten. Dieser Punkt lässt sich vielleicht nicht als Formel ausdrücken, weil der Lohn gewöhnlich als Menge, der Zins dagegen als Verhältnis angegeben wird. Nehmen wir jedoch an, eine bestimmte Gütermenge sei das Erzeugnis einer bestimmten Arbeitsmenge, die während einer festgelegten Zeit mit einer bestimmten Kapitalmenge zusammenwirkt. Dann ermöglicht das Verhältnis, in dem das Erzeugnis zwischen Arbeit und Kapital geteilt wird, einen Vergleich. Einen solchen Punkt, auf den sich der Zinssatz ungefähr zubewegen muss, muss es geben. Ohne dieses Gleichgewicht würde die Arbeit den Einsatz

von Kapital nicht annehmen oder das Kapital der Arbeit nicht zur Verfügung gestellt. Denn Arbeit und Kapital sind nur verschiedene Formen derselben Sache: menschlicher Anstrengung. Kapital wird durch Arbeit erzeugt. Es ist nichts anderes als in Materie eingeprägte Arbeit, in Materie gespeicherte Arbeit, die bei Bedarf wieder freigesetzt wird, wie die in Kohle gespeicherte Sonnenwärme im Ofen freigesetzt wird. Der Einsatz von Kapital in der Produktion ist daher lediglich eine Form der Arbeit. Da Kapital nur durch Verbrauch genutzt werden kann, bedeutet seine Nutzung den Verbrauch von Arbeit. Soll das Kapital erhalten bleiben, muss seine Erzeugung durch Arbeit seinem Verbrauch zur Unterstützung der Arbeit entsprechen. Der Grundsatz, der unter Bedingungen freien Wettbewerbs den Lohn auf ein gemeinsames Niveau und den Gewinn auf eine annähernde Gleichheit bringt, stellt daher auch dieses Gleichgewicht zwischen Lohn und Zins her und erhält es: Menschen suchen ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung zu befriedigen.

Dieses natürliche Verhältnis zwischen Zins und Lohn - das Gleichgewicht, bei dem beide gleiche Erträge für gleiche Anstrengungen darstellen - lässt sich in einer Form ausdrücken, die einen Gegensatz vermuten lässt. Dieser Gegensatz besteht jedoch nur scheinbar. Erhält Dick in einer Partnerschaft mit Harry einen bestimmten Anteil am Gewinn, bedeutet dies, dass Harrys Anteil kleiner oder größer wird, wenn Dicks Anteil größer oder kleiner wird. Erhält in unserem Fall jedoch jeder nur das, was er dem gemeinsamen Fonds hinzufügt, vermindert die Vergrößerung des einen Anteils nicht den Ertrag des anderen.

Ist dieses Verhältnis bestimmt, müssen Zins und Lohn offenkundig gemeinsam steigen und fallen. Der Zins kann nicht steigen, ohne dass auch der Lohn steigt; ebenso kann der Lohn nicht sinken,

ohne den Zins zu drücken. Sinkt der Lohn, muss auch der Zins verhältnismäßig sinken; andernfalls wäre es einträglicher, Arbeit in Kapital umzuwandeln, als sie unmittelbar einzusetzen. Sinkt der Zins, muss der Lohn entsprechend ebenfalls sinken; andernfalls würde der Zuwachs des Kapitals gebremst.

Gemeint sind selbstverständlich nicht einzelne Löhne oder Zinssätze, sondern der allgemeine Lohnsatz und der allgemeine Zinssatz. Unter Zins verstehen wir dabei stets den Ertrag, den Kapital nach Abzug der Risikovergütung und des Leitungslohns erzielen kann. In einem einzelnen Fall oder Erwerbszweig kann die Tendenz von Lohn und Zins zum Gleichgewicht gehemmt sein; zwischen dem allgemeinen Lohn- und Zinssatz muss sie jedoch rasch wirken. In einem bestimmten Produktionszweig mag zwar eine klare Grenze zwischen denjenigen verlaufen, welche die Arbeit leisten, und denjenigen, welche das Kapital bereitstellen. Doch selbst in Gemeinwesen, in denen die Klassen der Arbeitenden und der Kapitalisten am schärfsten voneinander getrennt sind, gehen beide durch unmerkliche Abstufungen ineinander über. An den Rändern, an denen beide Klassen in denselben Personen zusammentreffen, kann die Wechselwirkung, die das Gleichgewicht wiederherstellt oder seine Störung vielmehr verhindert, ungehindert stattfinden - unabhängig davon, welche Hindernisse bei vollständiger Trennung bestehen. Außerdem ist zu beachten, dass Kapital, wie bereits erläutert, nur ein Teil der Güter ist und sich vom allgemeinen Güterbestand allein durch seinen Verwendungszweck unterscheidet. Der gesamte Güterbestand übt daher auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit dieselbe ausgleichende Wirkung aus wie ein Schwungrad auf den Lauf einer Maschine: Bei einem Überschuss nimmt er Kapital auf, bei einem Mangel gibt er es

wieder frei. So kann ein Juwelier seiner Frau bei einem übergroßen Bestand Diamanten zum Tragen geben und sie wieder in die Auslage legen, sobald sein Bestand zurückgeht. Jede Tendenz des Zinses, über das Gleichgewicht mit dem Lohn zu steigen, erzeugt somit unverzüglich nicht nur eine Tendenz, Arbeit auf die Erzeugung von Kapital zu richten, sondern auch Güter als Kapital einzusetzen. Umgekehrt führt jede Tendenz des Lohns, über das Gleichgewicht mit dem Zins zu steigen, nicht nur dazu, Arbeit von der Erzeugung von Kapital abzuziehen. Sie vermindert auch den Kapitalanteil, indem ein Teil der Güter, aus denen das Kapital besteht, von einer produktiven in eine unproduktive Verwendung überführt wird.

Zusammengefasst besteht zwischen Lohn und Zins ein bestimmtes Verhältnis. Es wird von Ursachen festgelegt, die sich, wenn überhaupt, nur langsam verändern. Bei diesem Verhältnis wird so viel Arbeit in Kapital umgewandelt, wie nötig ist, um die Kapitalmenge bereitzustellen, welche die Produktion beim jeweiligen Wissensstand, Stand der Technik, der Bevölkerungsdichte, der Art der Tätigkeiten sowie der Vielfalt, Reichweite und Geschwindigkeit des Austauschs verlangt. Die Wechselwirkung zwischen Arbeit und Kapital erhält dieses Verhältnis fortwährend aufrecht. Deshalb muss der Zins mit dem Lohn steigen und fallen.

Ein Beispiel: Der Mehlpreis wird vom Weizenpreis und von den Mahlkosten bestimmt. Die Mahlkosten verändern sich langsam und nur wenig; selbst über lange Zeiträume ist der Unterschied kaum wahrnehmbar. Der Weizenpreis schwankt dagegen häufig und stark. Deshalb sagen wir zu Recht, der Mehlpreis werde vom Weizenpreis bestimmt. In derselben Form wie der vorangegangene Satz ausgedrückt: Zwischen dem Wert des Weizens und dem Wert des Mehls besteht ein bestimmtes, von den Mahlkosten festgelegtes

Verhältnis. Die Wechselwirkung zwischen der Nachfrage nach Mehl und dem Angebot an Weizen erhält dieses Verhältnis fortwährend aufrecht. Deshalb muss der Mehlpreis mit dem Weizenpreis steigen und fallen.

Wie wir sagen, der Mehlpreis hänge von der Beschaffenheit der Jahreszeiten, von Kriegen und Ähnlichem ab, und dabei das Verbindungsglied - den Weizenpreis - unausgesprochen lassen, können wir auch das Gesetz des Zinses in eine Form bringen, die es unmittelbar mit dem Gesetz der Grundrente verbindet: Der allgemeine Zinssatz wird durch den Kapitalertrag auf dem schlechtesten Boden bestimmt, auf dem Kapital frei eingesetzt wird - also auf dem besten Boden, der ihm ohne Zahlung einer Grundrente offensteht. Damit erhält das Gesetz des Zinses eine Form, die es als Folgerung aus dem Gesetz der Grundrente erkennen lässt.

Diese Schlussfolgerung lässt sich auch auf einem anderen Weg beweisen. Dass der Zins mit steigender Grundrente sinken muss, wird unmittelbar erkennbar, wenn wir den Lohn aus der Betrachtung entfernen. Dazu müssen wir uns allerdings ein Universum vorstellen, das nach völlig anderen Grundsätzen geordnet ist. Stellen wir uns dennoch ein Paradies der Narren vor, wie Carlyle es nennen würde: Die Güterproduktion erfolgt dort ohne Arbeit und allein durch die Vermehrungskraft des Kapitals. Schafe tragen fertige Kleidung auf dem Rücken, Kühe bringen Butter und Käse hervor, und Ochsen zerlegen sich selbst in Steaks und Bratenstücke, sobald sie den richtigen Mastgrad erreicht haben. Häuser wachsen aus Samen, und ein auf den Boden geworfenes Taschenmesser schlägt Wurzeln und trägt zu gegebener Zeit eine Ernte verschiedener Schneidwaren. Stellen wir uns vor, einige Kapitalisten würden mit ihrem Kapital in geeigneten Formen an einen solchen Ort versetzt. Offensichtlich erhielten sie als Kapitalertrag nur so

lange die gesamte von ihm hervorgebrachte Gütermenge, wie kein Teil des Erzeugnisses als Grundrente beansprucht würde. Sobald Grundrente entstünde, müsste sie dem Erzeugnis des Kapitals entnommen werden; mit ihrem Anstieg müsste der Ertrag der Kapitaleigentümer notwendig sinken. Nehmen wir weiter an, der Ort, an dem Kapital ohne Hilfe von Arbeit Güter erzeugen kann, sei räumlich begrenzt, etwa auf eine Insel. Sobald das Kapital bis zu der Menge angewachsen wäre, welche die Insel aufnehmen kann, müsste der Kapitalertrag auf einen geringfügig über der bloßen Ersetzung liegenden Betrag sinken. Die Grundeigentümer erhielten beinahe das gesamte Erzeugnis als Grundrente, denn den Kapitalisten bliebe nur die Möglichkeit, ihr Kapital ins Meer zu werfen. Stünde eine solche Insel dagegen mit der übrigen Welt in Verbindung, würde sich der Kapitalertrag auf dem andernorts üblichen Satz einpendeln. Der Zins wäre dort weder höher noch niedriger als anderswo. Die Grundrente nähme den gesamten besonderen Vorteil auf, und der Boden dieser Insel besäße einen hohen Wert.

Zusammenfassend lautet das Gesetz des Zinses:

> *Das Verhältnis zwischen Lohn und Zins wird durch die durchschnittliche Fähigkeit zur Vermehrung bestimmt, die das Kapital aus seinem Einsatz in vermehrenden Produktionsweisen gewinnt. Sobald Grundrente entsteht, sinkt der Zins gemeinsam mit dem Lohn; anders ausgedrückt wird er durch die Bewirtschaftungsgrenze bestimmt.*

Ich habe das Gesetz des Zinses so ausführlich hergeleitet und erläutert, um der bestehenden Begrifflichkeit und den herrschenden Denkweisen Rechnung zu tragen, nicht weil eine von verwirrenden Auseinandersetzungen unbelastete Untersuchung dies tatsächlich erfordern würde. In

Wahrheit erfolgt die ursprüngliche Güterverteilung auf zwei, nicht auf drei Teile. Kapital ist lediglich eine Form der Arbeit. Seine Unterscheidung von der Arbeit stellt in Wahrheit nur eine Untergliederung dar, ähnlich wie die Einteilung der Arbeit in qualifizierte und unqualifizierte Arbeit. Unsere Untersuchung ist an demselben Punkt angelangt, den wir erreicht hätten, wenn wir Kapital einfach als eine Form der Arbeit behandelt und nach dem Gesetz gesucht hätten, das das Erzeugnis zwischen Grundrente und Lohn verteilt - also zwischen den Besitzern der beiden Faktoren, deren Verbindung alle Güter hervorbringt: den natürlichen Stoffen und Kräften einerseits und der menschlichen Anstrengung andererseits.

KAPITEL VI LOHN UND DAS GESETZ DES LOHNS

Das Gesetz des Lohns haben wir durch Schlussfolgerung bereits gewonnen. Um diese Herleitung jedoch zu überprüfen und den Gegenstand von jeder Zweideutigkeit zu befreien, wollen wir das Gesetz von einem unabhängigen Ausgangspunkt aus bestimmen.

Es gibt natürlich keinen einheitlichen Lohnsatz in dem Sinn, in dem zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort ein einheitlicher Zinssatz besteht. Die Löhne, zu denen sämtliche aus Arbeit bezogenen Erträge zählen, unterscheiden sich nicht nur nach den unterschiedlichen Fähigkeiten der Einzelnen, sondern mit der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft auch stark zwischen den Erwerbszweigen. Dennoch besteht zwischen allen Löhnen ein bestimmtes allgemeines Verhältnis. Deshalb drücken wir einen klaren und allgemein verständlichen Gedanken aus, wenn wir sagen, die Löhne seien zu einer bestimmten Zeit oder an einem bestimmten Ort höher oder niedriger als zu einer anderen Zeit oder an einem anderen Ort. Ihrem jeweiligen Niveau nach steigen und fallen die Löhne gemäß einem gemeinsamen Gesetz. Wie lautet dieses Gesetz?

Der grundlegende Antrieb menschlichen Handelns - das Gesetz, das für die Volkswirtschaftslehre dieselbe Bedeutung besitzt wie das Gravitationsgesetz für die Physik - besteht darin, dass Menschen ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung zu befriedigen suchen. Durch den Wettbewerb, den dieser Grundsatz hervorruft, muss er offenkundig dazu führen, dass gleiche Anstrengungen unter ähnlichen Umständen gleich vergütet werden. Arbeiten Menschen für sich

selbst, wird dieser Ausgleich weitgehend durch den Preisausgleich bewirkt; dieselbe Tendenz zum Ausgleich wirkt auch zwischen denen, die für sich selbst arbeiten, und denen, die für andere arbeiten. Zu welchen Bedingungen kann unter freien Verhältnissen nun jemand andere für sich arbeiten lassen? Diese Bedingungen werden offenkundig durch das bestimmt, was die betreffenden Personen erzielen könnten, wenn sie für sich selbst arbeiteten. Derselbe Grundsatz, der verhindert, dass der Arbeitgeber ihnen mehr als diesen Betrag zahlen muss - abgesehen von dem, was nötig ist, um sie zum Wechsel zu bewegen -, verhindert auch, dass sie weniger annehmen. Verlangten sie mehr, würde die Konkurrenz anderer verhindern, dass sie Beschäftigung fänden. Böte er weniger, würde niemand seine Bedingungen annehmen, weil die Arbeitenden durch selbstständige Arbeit einen höheren Ertrag erzielen könnten. Obwohl der Arbeitgeber möglichst wenig zahlen und der Beschäftigte möglichst viel erhalten will, wird der Lohn daher durch den Wert oder das Erzeugnis bestimmt, das diese Arbeit für die Arbeitenden selbst hervorbringen würde. Steigt oder fällt der Lohn vorübergehend über oder unter diese Linie, entsteht sofort eine Tendenz, ihn zu ihr zurückzuführen.

Der Ertrag oder Verdienst der Arbeit hängt jedoch nicht allein von der Intensität oder Qualität der Arbeit selbst ab. Dies zeigt sich besonders deutlich in jenen ursprünglichen und grundlegenden Erwerbszweigen, denen sich Arbeit zuerst zuwendet und die selbst in der höchstentwickelten Gesellschaft weiterhin die Grundlage der Produktion bilden. Güter entstehen aus zwei Faktoren: Boden und Arbeit. Was eine bestimmte Arbeitsmenge hervorbringt, hängt daher von der Ergiebigkeit der natürlichen Möglichkeiten ab, auf die sie angewandt wird. Der Grundsatz, dass

Menschen ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung zu befriedigen suchen, legt den Lohn somit auf den Ertrag fest, den diese Arbeit an der produktivsten natürlichen Möglichkeit erzielt, die ihr offensteht. Kraft desselben Grundsatzes ist diese produktivste noch offene Möglichkeit unter den bestehenden Bedingungen zugleich die niedrigste Produktivitätsstufe, auf der die Produktion fortgeführt wird. Denn Menschen, die einem grundlegenden Gesetz des menschlichen Denkens zufolge ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung befriedigen wollen, werden ihre Arbeit nicht auf einer weniger produktiven Stufe einsetzen, solange ihnen eine produktivere offensteht. Der Lohn, den ein Arbeitgeber zahlen muss, bemisst sich daher nach der niedrigsten natürlichen Produktivitätsstufe, bis zu der sich die Produktion erstreckt; steigt oder fällt diese Stufe, steigt oder fällt auch der Lohn.

Zur Veranschaulichung: In einer einfachen Gesellschaft arbeitet nach ursprünglicher Sitte jeder für sich selbst - einige etwa als Jäger, andere als Fischer und wieder andere in der Landwirtschaft. Nehmen wir an, die Bodenbewirtschaftung habe gerade erst begonnen und der gesamte genutzte Boden sei von gleicher Beschaffenheit, sodass gleiche Anstrengungen ähnliche Erträge hervorbringen. Der Lohn - denn auch wenn es weder Arbeitgeber noch Beschäftigte gibt, gibt es dennoch Lohn - besteht dann im gesamten Arbeitserzeugnis. Berücksichtigt man die unterschiedliche Annehmlichkeit, das Risiko und Ähnliches in den drei Tätigkeiten, ist er im Durchschnitt überall gleich; gleiche Anstrengungen führen also zu gleichen Ergebnissen. Will nun einer von ihnen einige seiner Mitmenschen dafür beschäftigen, für ihn statt für sich selbst zu arbeiten, muss er einen Lohn zahlen, der durch

dieses volle durchschnittliche Arbeitserzeugnis bestimmt wird.

Lassen wir einige Zeit vergehen. Die Bewirtschaftung hat sich ausgedehnt und umfasst nun Böden unterschiedlicher Beschaffenheit. Der Lohn entspricht jetzt nicht mehr wie zuvor dem durchschnittlichen Arbeitserzeugnis. Er entspricht dem durchschnittlichen Arbeitserzeugnis an der Bewirtschaftungsgrenze, also am Punkt des geringsten Ertrags. Da Menschen ihre Bedürfnisse mit der geringstmöglichen Anstrengung zu befriedigen suchen, muss dieser geringste Ertrag aus der Bodenbewirtschaftung der Arbeit einen Ertrag verschaffen, der dem durchschnittlichen Ertrag aus Jagd und Fischfang entspricht.[37] Gleiche Anstrengungen erbringen nun nicht mehr gleiche Erträge. Wer seine Arbeit auf dem besseren Boden einsetzt, erzielt mit derselben Anstrengung ein größeres Erzeugnis als diejenigen, die den schlechteren Boden bewirtschaften. Der Lohn bleibt dennoch gleich, denn der Mehrertrag derjenigen, die den besseren Boden bewirtschaften, ist in Wahrheit Grundrente und verleiht dem Boden einen Wert, sobald er individuellem Eigentum unterworfen ist. Will unter diesen veränderten Umständen ein Mitglied des Gemeinwesens andere für sich arbeiten lassen, braucht es ihnen nur das zu zahlen, was Arbeit an der niedrigsten Bewirtschaftungsstufe hervorbringt. Sinkt die Bewirtschaftungsgrenze danach auf immer weniger produktive Stufen, muss auch der Lohn sinken; steigt sie dagegen, muss ebenso der Lohn steigen. Denn wie ein freier Körper auf dem kürzesten Weg zum Erdmittelpunkt strebt, so suchen Menschen den leichtesten Weg zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse.

Damit haben wir das Gesetz des Lohns aus einem höchst offenkundigen und allgemeinen Grundsatz abgeleitet. Dass der Lohn von der

Bewirtschaftungsgrenze abhängt - dass er höher oder niedriger ist, je nachdem, ob das Erzeugnis höher oder niedriger ist, das Arbeit aus den produktivsten ihr offenstehenden natürlichen Möglichkeiten gewinnen kann -, folgt aus dem Grundsatz, dass Menschen ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung zu befriedigen suchen.

Wenden wir uns nun von einfachen gesellschaftlichen Verhältnissen den komplexen Erscheinungen hoch entwickelter Gesellschaften zu, zeigt die Untersuchung, dass auch sie diesem Gesetz unterliegen.

In solchen Gesellschaften unterscheiden sich die Löhne stark, stehen aber weiterhin in einem mehr oder weniger bestimmten und erkennbaren Verhältnis zueinander. Dieses Verhältnis ist nicht unveränderlich. Zu einer Zeit kann ein angesehener Philosoph mit seinen Vorträgen ein Vielfaches des Lohns des besten Handwerkers verdienen, zu einer anderen kaum auf die Bezahlung eines Dieners hoffen. In einer Großstadt können Tätigkeiten verhältnismäßig hohe Löhne einbringen, die in einer neuen Siedlung verhältnismäßig niedrig bezahlt würden. Trotz solcher Schwankungen und trotz willkürlicher Abweichungen durch Gewohnheit, Recht und Ähnliches lassen sich die Lohnunterschiede unter allen Umständen auf bestimmte Ursachen zurückführen. In einem seiner interessantesten Kapitel zählt Adam Smith die wichtigsten Umstände auf, »die bei manchen Beschäftigungen einen geringen Geldgewinn ausgleichen und bei anderen einen großen aufwiegen: erstens die Annehmlichkeit oder Unannehmlichkeit der Tätigkeiten selbst; zweitens die Leichtigkeit und geringen Kosten oder die Schwierigkeit und hohen Kosten ihrer Erlernung; drittens die Beständigkeit oder Unbeständigkeit der Beschäftigung; viertens das geringe oder große Vertrauen, das den Beschäftigten

entgegengebracht werden muss; fünftens die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit des Erfolgs.«[38] Auf diese Ursachen der Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Erwerbszweigen müssen wir nicht im Einzelnen eingehen. Adam Smith und die ihm folgenden Ökonomen haben sie ausgezeichnet erklärt und veranschaulicht. Sie haben die Einzelheiten gründlich ausgearbeitet, auch wenn sie das grundlegende Gesetz nicht erkannten.

Die Wirkung sämtlicher Umstände, die Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Erwerbszweigen hervorrufen, lässt sich unter Angebot und Nachfrage zusammenfassen. Es ist völlig richtig zu sagen, die Löhne in verschiedenen Erwerbszweigen unterschieden sich relativ entsprechend den Unterschieden im Angebot und in der Nachfrage nach Arbeit. Mit Nachfrage ist dabei der Bedarf des gesamten Gemeinwesens an Leistungen einer bestimmten Art gemeint; Angebot bezeichnet die relative Menge an Arbeit, die sich unter den bestehenden Bedingungen zur Erbringung dieser Leistungen bewegen lässt. Für die relativen Lohnunterschiede trifft dies zu. Die häufige Behauptung, der allgemeine Lohnsatz werde durch Angebot und Nachfrage bestimmt, ist dagegen bedeutungslos. Angebot und Nachfrage sind lediglich relative Begriffe. Das Angebot an Arbeit kann nur Arbeit bedeuten, die im Tausch gegen andere Arbeit oder gegen Arbeitserzeugnisse angeboten wird; die Nachfrage nach Arbeit kann nur Arbeit oder Arbeitserzeugnisse bedeuten, die im Tausch gegen Arbeit angeboten werden. Angebot ist somit Nachfrage und Nachfrage Angebot; im gesamten Gemeinwesen müssen beide denselben Umfang besitzen. Für den Warenverkehr erkennt die herrschende Volkswirtschaftslehre dies klar. Die Überlegung Ricardos, Mills und anderer, wonach Veränderungen von Angebot und Nachfrage zwar

den Wert eines bestimmten Gegenstands erhöhen oder senken, aber keinen allgemeinen Anstieg oder Rückgang der Werte bewirken können, gilt ebenso für die Arbeit. Dass die Absurdität einer allgemeinen Berufung auf Angebot und Nachfrage bei der Arbeit verdeckt bleibt, liegt an der Gewohnheit, die Nachfrage nach Arbeit als etwas vom Kapital Ausgehendes und von der Arbeit Getrenntes anzusehen. Die bisherige Untersuchung dieser Vorstellung hat ihre Unhaltbarkeit jedoch hinreichend gezeigt. Schon aus der bloßen Formulierung wird deutlich, dass der Lohn das Arbeitserzeugnis niemals dauerhaft übersteigen kann und es daher keinen Fonds gibt, aus dem er auch nur zeitweilig stammen könnte, außer demjenigen, den die Arbeit fortwährend schafft.

Obwohl alle Umstände, die Lohnunterschiede zwischen Erwerbszweigen hervorrufen, als Wirkungen von Angebot und Nachfrage betrachtet werden können, lassen sie - genauer gesagt ihre Wirkungen, denn dieselbe Ursache wirkt mitunter auf beide Arten - sich in zwei Gruppen einteilen: Die einen erhöhen nur den scheinbaren Lohn, die anderen den wirklichen Lohn, also die durchschnittliche Vergütung für gleiche Anstrengung. Die hohen Löhne mancher Tätigkeiten ähneln stark den Gewinnen einer Lotterie, mit denen Adam Smith sie vergleicht: Der große Gewinn des einen wird durch die Verluste vieler anderer aufgebracht. Dies gilt nicht nur für die freien Berufe, an denen Smith den Grundsatz erläutert, sondern in hohem Maß auch für die Vergütung leitender Tätigkeiten im Handel. Das zeigt die Tatsache, dass mehr als neunzig Prozent der Handelsunternehmen, die ihre Tätigkeit aufnehmen, letztlich scheitern. Auch die höheren Löhne in Tätigkeiten, die nur bei bestimmten Wetterlagen ausgeübt werden können oder aus anderen Gründen unregelmäßig und unsicher sind,

gehören in diese Gruppe. Unterschiede, die aus Beschwerlichkeit, geringem Ansehen, Gesundheitsgefahren und Ähnlichem entstehen, entsprechen dagegen Unterschieden im Opfer; die höhere Vergütung dafür stellt lediglich gleiche Erträge für gleiche Anstrengungen wieder her. All diese Unterschiede sind in Wahrheit Ausgleichszahlungen. Sie entstehen aus Umständen, die mit Adam Smiths Worten »bei manchen Beschäftigungen einen geringen Geldgewinn ausgleichen und bei anderen einen großen aufwiegen«. Neben diesen nur scheinbaren Unterschieden bestehen jedoch wirkliche Lohnunterschiede zwischen Erwerbszweigen. Sie entstehen daraus, dass die verlangten Eigenschaften unterschiedlich selten sind; größere natürliche oder erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten erzielen im Durchschnitt höhere Löhne. Solche Eigenschaften entsprechen im Wesentlichen den Unterschieden in Kraft und Schnelligkeit bei körperlicher Arbeit. Wie dort der höhere Lohn eines Menschen, der mehr leisten kann, auf dem Lohn derjenigen beruht, die nur die durchschnittliche Menge leisten können, muss auch der Lohn in Erwerbszweigen, die überlegene Fähigkeiten und Fertigkeiten verlangen, vom üblichen Lohn für durchschnittliche Fähigkeiten und Fertigkeiten abhängen.

Beobachtung und Theorie zeigen: Welche Umstände auch immer die Lohnunterschiede zwischen Erwerbszweigen hervorrufen und wie häufig sich diese Löhne im Verhältnis zueinander verändern mögen, sodass ihre relativen Unterschiede von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort größer oder kleiner werden - der Lohnsatz in einem Erwerbszweig hängt stets vom Lohnsatz in einem anderen ab und so fort, bis die unterste und breiteste Lohnschicht erreicht ist. Sie umfasst

Tätigkeiten, in denen die Nachfrage gleichmäßiger ist und der Zugang am wenigsten beschränkt wird.

Obwohl mehr oder weniger schwer zu überwindende Hindernisse bestehen können, ist die Arbeitsmenge, die sich einem bestimmten Erwerbszweig zuwendet, nirgends absolut festgelegt. Alle Handwerker könnten als ungelernte Arbeiter tätig sein, und viele ungelernte Arbeiter könnten ohne Weiteres Handwerker werden. Alle Ladeninhaber könnten als Verkäufer arbeiten, und viele Verkäufer könnten leicht Ladeninhaber werden. Viele Landwirte würden bei entsprechendem Anreiz Jäger oder Bergleute, Fischer oder Seeleute werden; viele Jäger, Bergleute, Fischer und Seeleute verstehen genug von der Landwirtschaft, um sich ihr bei Bedarf zuzuwenden. In jedem Erwerbszweig gibt es Menschen, die ihn mit anderen verbinden oder zwischen verschiedenen Tätigkeiten wechseln. Junge Menschen, die fortwährend in das Erwerbsleben eintreten und die Reihen der Arbeitenden auffüllen, wenden sich dorthin, wo die Anreize am stärksten und die Hindernisse am geringsten sind. Darüber hinaus gehen alle Lohnabstufungen unmerklich ineinander über, statt durch klar bestimmte Abgründe getrennt zu sein. Selbst schlechter bezahlte Handwerker verdienen gewöhnlich mehr als ungelernte Arbeiter; dennoch gibt es stets Handwerker, die insgesamt weniger verdienen als manche ungelernten Arbeiter. Die bestbezahlten Rechtsanwälte erzielen wesentlich höhere Löhne als die bestbezahlten Angestellten. Doch die bestbezahlten Angestellten verdienen mehr als manche Rechtsanwälte, und selbst die am schlechtesten bezahlten Angestellten verdienen mehr als die am schlechtesten bezahlten Rechtsanwälte. Am Rand jedes Erwerbszweigs stehen daher Menschen, für die sich die Anreize verschiedener Tätigkeiten so genau die Waage

halten, dass schon die geringste Veränderung ihre Arbeit in die eine oder andere Richtung lenkt. Eine steigende oder sinkende Nachfrage nach einer bestimmten Art von Arbeit kann deren Lohn deshalb nur vorübergehend über das relative Niveau der Löhne in anderen Erwerbszweigen heben oder darunter drücken. Dieses Verhältnis wird durch die bereits genannten Umstände bestimmt, etwa durch die unterschiedliche Annehmlichkeit oder Beständigkeit der Beschäftigung. Selbst wo künstliche Schranken wie beschränkende Gesetze, Zunftordnungen oder ein Kastensystem diese Wechselwirkung behindern, können sie das Gleichgewicht erfahrungsgemäß zwar stören, aber nicht verhindern. Sie wirken lediglich wie Dämme, die das Wasser eines Flusses über sein natürliches Niveau aufstauen, seinen Überlauf jedoch nicht verhindern können.

Obwohl sich die Löhne mit veränderten Bedingungen ihrer relativen Niveaus von Zeit zu Zeit im Verhältnis zueinander verschieben können, müssen somit die Löhne sämtlicher Schichten letztlich von den Löhnen der untersten und breitesten Schicht abhängen. Der allgemeine Lohnsatz steigt oder fällt mit ihnen.

Die ursprünglichen und grundlegenden Erwerbszweige, auf denen alle anderen gleichsam aufbauen, sind offenkundig diejenigen, die Güter unmittelbar der Natur abgewinnen. Das Gesetz des Lohns in diesen Tätigkeiten muss daher das allgemeine Gesetz des Lohns sein. Da der Lohn in ihnen eindeutig davon abhängt, was Arbeit an der niedrigsten natürlichen Produktivitätsstufe hervorbringt, auf der sie gewöhnlich eingesetzt wird, hängt der Lohn allgemein von der Bewirtschaftungsgrenze ab - oder genauer gesagt von der produktivsten natürlichen Möglichkeit, auf die sich Arbeit ohne Zahlung einer Grundrente frei anwenden kann.

Dieses Gesetz ist so offenkundig, dass es häufig erfasst wird, ohne erkannt zu werden. Von Ländern wie Kalifornien und Nevada heißt es oft, billige Arbeit würde ihre Entwicklung außerordentlich fördern, weil sie die Ausbeutung geringhaltiger, aber sehr ausgedehnter Erzvorkommen ermöglichen würde. Wer so spricht, erkennt den Zusammenhang zwischen niedrigem Lohn und einer niedrigen Produktionsstufe, vertauscht aber Ursache und Wirkung. Nicht niedrige Löhne führen zur Ausbeutung geringhaltiger Erze; vielmehr senkt die Ausdehnung der Produktion auf diese niedrigere Stufe den Lohn. Könnte der Lohn willkürlich herabgesetzt werden, wie es zuweilen durch Gesetze versucht worden ist, würden die weniger ergiebigen Bergwerke nicht ausgebeutet, solange ergiebigere zur Verfügung stünden. Würde dagegen die Produktionsgrenze künstlich nach unten gedrückt - etwa weil die ergiebigeren natürlichen Möglichkeiten Eigentümern gehörten, die lieber auf künftige Wertsteigerungen warteten, als ihre gegenwärtige Nutzung zuzulassen -, müsste der Lohn notwendig sinken.

Der Nachweis ist vollständig. Das auf diesem Weg gewonnene Gesetz des Lohns stimmt mit dem Gesetz überein, das wir zuvor als Folgerung aus dem Gesetz der Grundrente abgeleitet haben, und es steht vollständig im Einklang mit dem Gesetz des Zinses. Es lautet:

> *Der Lohn hängt von der Produktionsgrenze ab, also von dem Erzeugnis, das Arbeit aus der produktivsten natürlichen Möglichkeit gewinnen kann, die ihr ohne Zahlung einer Grundrente offensteht.*

Dieses Gesetz des Lohns stimmt mit allgemeinen Tatsachen überein und erklärt sie, obwohl sie ohne

seine Kenntnis unverbunden und widersprüchlich erscheinen. Es zeigt:

> Wo der Boden frei ist und die Arbeit nicht durch Kapital unterstützt wird, fällt das gesamte Erzeugnis der Arbeit als Lohn zu.
>
> Wo der Boden frei ist und die Arbeit durch Kapital unterstützt wird, besteht der Lohn aus dem gesamten Erzeugnis abzüglich des Teils, der erforderlich ist, um zur Ansammlung von Arbeit in Form von Kapital anzuregen.
>
> Wo der Boden dem Eigentum unterliegt und Grundrente entsteht, wird der Lohn durch das bestimmt, was Arbeit aus den produktivsten natürlichen Möglichkeiten erlangen könnte, die ihr ohne Zahlung einer Grundrente offenstehen.
>
> Wo sämtliche natürlichen Möglichkeiten monopolisiert sind, kann die Konkurrenz unter den Arbeitenden den Lohn bis auf das Mindestmaß drücken, bei dem sie bereit sind, sich fortzupflanzen.

Dieses notwendige Lohnminimum - das Smith und Ricardo als Punkt des »natürlichen Lohns« bezeichnen und das Mill für den bestimmenden Faktor des Lohns hält, der höher oder niedriger sei, je nachdem, ob die arbeitenden Klassen bereit sind, sich bei einem höheren oder niedrigeren Lebensstandard fortzupflanzen - ist jedoch bereits in dem zuvor formulierten Gesetz des Lohns enthalten. Denn offenkundig kann die Produktionsgrenze nicht unter den Punkt sinken, an dem vom Erzeugnis noch genug als Lohn verbleibt, um die Arbeitskraft zu erhalten.

Wie Ricardos Gesetz der Grundrente, dessen Folgerung es ist, enthält dieses Gesetz des Lohns seinen eigenen Beweis und wird bereits durch seine Formulierung selbstverständlich. Es ist lediglich eine Anwendung jener zentralen Wahrheit, auf der

das volkswirtschaftliche Denken beruht: Menschen suchen ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung zu befriedigen. Unter sonst gleichen Umständen wird ein durchschnittlicher Mensch für einen Arbeitgeber nicht für weniger arbeiten, als er durch selbstständige Arbeit verdienen könnte; ebenso wenig wird er für sich selbst für weniger arbeiten, als er bei einem Arbeitgeber verdienen könnte. Deshalb muss der Ertrag, den Arbeit aus den ihr frei zugänglichen natürlichen Möglichkeiten erzielen kann, den Lohn bestimmen, den Arbeit überall erhält. Anders gesagt: Die Grundrentenlinie ist das notwendige Maß der Lohnlinie. Tatsächlich setzt die Anerkennung des geltenden Gesetzes der Grundrente eine vorherige, wenn auch häufig offenbar unbewusste Anerkennung dieses Gesetzes des Lohns voraus. Dass Boden bestimmter Beschaffenheit als Grundrente den Überschuss seines Erzeugnisses über das Erzeugnis des am wenigsten produktiven genutzten Bodens abwirft, wird erst durch folgende Tatsache offenkundig: Der Eigentümer des besseren Bodens kann die zu seiner Bewirtschaftung nötige Arbeit erhalten, wenn er dafür zahlt, was dieselbe Arbeit auf dem schlechteren Boden hervorbringen könnte.

In seinen einfacheren Erscheinungsformen wird dieses Gesetz des Lohns von Menschen erkannt, die sich nicht mit Volkswirtschaftslehre beschäftigen - so wie die Tatsache, dass ein schwerer Körper zur Erde fällt, lange vor jeder Beschäftigung mit dem Gravitationsgesetz bekannt war. Es bedarf keines Philosophen, um zu erkennen, dass der allgemeine Lohnsatz eines Landes steigen würde, wenn natürliche Möglichkeiten freigegeben würden, aus denen Arbeitende für sich selbst einen höheren als den gegenwärtig niedrigsten Lohn erzielen könnten. Selbst die unwissendsten und einfältigsten Seifengoldschürfer im frühen Kalifornien wussten, dass der Lohn sinken musste, sobald die Seifenlager

erschöpft oder monopolisiert waren. Es bedarf auch keiner spitzfindigen Theorie, um zu erklären, weshalb die Löhne im Verhältnis zur Produktion in neuen Ländern so hoch sind, solange der Boden dort noch nicht monopolisiert ist. Die Ursache liegt offen zutage. Niemand wird für einen anderen für weniger arbeiten, als seine Arbeit tatsächlich hervorbringt, wenn er die nächste freie Parzelle von 160 Acres übernehmen und selbst einen Hof gründen kann. Erst wenn der Boden monopolisiert und der Arbeit diese natürlichen Möglichkeiten verschlossen werden, müssen Arbeitende miteinander um Beschäftigung konkurrieren. Dann kann ein Landwirt Arbeitskräfte einstellen, die seine Arbeit verrichten, und selbst von der Differenz zwischen ihrem Erzeugnis und ihrem Lohn leben.

Adam Smith selbst erkannte die Ursache hoher Löhne, wo Boden noch zur Besiedlung offenstand, obwohl er die Bedeutung und den Zusammenhang dieser Tatsache nicht erfasste. Im Abschnitt über die Ursachen des Wohlstands neuer Kolonien im siebten Kapitel des vierten Buches von Wohlstand der Nationen schreibt er:

> »Jeder Kolonist erhält mehr Boden, als er überhaupt bewirtschaften kann. Er hat keine Grundrente und kaum Steuern zu zahlen. […] Deshalb ist er bestrebt, Arbeitende aus allen Gegenden anzuwerben und ihnen die großzügigsten Löhne zu zahlen. Doch diese großzügigen Löhne führen zusammen mit dem reichlichen und billigen Boden bald dazu, dass die Arbeitenden ihn verlassen, um selbst Grundeigentümer zu werden und andere Arbeitende ebenso großzügig zu entlohnen; diese verlassen sie aus demselben Grund, aus dem sie ihre ersten Arbeitgeber verlassen haben.«

Dieses Kapitel enthält zahlreiche Formulierungen, die ebenso wie der erste Satz des

Kapitels über den Arbeitslohn zeigen: Adam Smith erkannte die wahren Gesetze der Güterverteilung nur deshalb nicht, weil er sich bei der Suche nach grundlegenden Prinzipien von den einfacheren Formen der Gesellschaft abwandte und den komplexen gesellschaftlichen Erscheinungen zuwandte. Dort wurde sein Blick von einer zuvor angenommenen Theorie über die Funktionen des Kapitals und, wie mir scheint, von einer unbestimmten Zustimmung zu jener Lehre verstellt, die Malthus zwei Jahre nach Smiths Tod formulierte. Wer die Werke der Ökonomen liest, die seit Smith die Volkswirtschaftslehre ausbauen und erläutern wollten, kann kaum übersehen, wie sie immer wieder über das Gesetz des Lohns stolpern, ohne es auch nur einmal zu erkennen. Und doch gilt: »Wäre es ein Hund, würde er sie beißen!« Es fällt sogar schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, manche von ihnen hätten dieses Gesetz tatsächlich erkannt, es jedoch aus Furcht vor seinen praktischen Folgerungen lieber übergangen und verdeckt, statt es als Schlüssel zu den ohne dieses Gesetz so verwirrenden Problemen zu verwenden. Eine große Wahrheit ist für ein Zeitalter, das sie verworfen und mit Füßen getreten hat, kein Friedenswort, sondern ein Schwert!

Bevor ich dieses Kapitel abschließe, sollte ich vielleicht an das bereits Gesagte erinnern: Ich verwende das Wort Lohn nicht im Sinn einer Menge, sondern im Sinn eines Anteils. Wenn ich sage, der Lohn sinke mit steigender Grundrente, meine ich nicht, dass die Gütermenge, welche die Arbeitenden als Lohn erhalten, zwangsläufig kleiner wird. Gemeint ist vielmehr, dass ihr Anteil am gesamten Erzeugnis notwendig kleiner wird. Der Anteil kann sinken, während die Menge gleich bleibt oder sogar wächst. Sinkt die Bewirtschaftungsgrenze von einer Produktivitätsstufe, die wir 25 nennen wollen, auf eine Stufe, die wir 20 nennen wollen, steigt die

Grundrente aller Böden, die bereits zuvor Grundrente abwarfen, um diese Differenz. Im selben Maß sinkt der Anteil des Gesamterzeugnisses, der den Arbeitenden als Lohn zufällt. Haben jedoch inzwischen der technische Fortschritt oder die durch eine größere Bevölkerung ermöglichten Effizienzvorteile die Produktivkraft der Arbeit so weit gesteigert, dass dieselbe Anstrengung auf Stufe 20 ebenso viele Güter hervorbringt wie zuvor auf Stufe 25, erhalten die Arbeitenden als Lohn weiterhin dieselbe Gütermenge. Der relative Rückgang des Lohns macht sich dann nicht durch eine Verminderung der lebensnotwendigen Güter oder Annehmlichkeiten der Arbeitenden bemerkbar, sondern nur durch den gestiegenen Bodenwert sowie die höheren Einkommen und großzügigeren Ausgaben der grundrentenbeziehenden Klasse.

KAPITEL VII ZUSAMMENHANG UND ABSTIMMUNG DIESER GESETZE

Die Schlussfolgerungen, zu denen wir über die Gesetze der Güterverteilung gelangt sind, gestalten einen großen und äußerst wichtigen Teil der heute gelehrten Volkswirtschaftslehre neu. Sie stürzen einige ihrer am sorgfältigsten ausgearbeiteten Theorien und werfen neues Licht auf einige ihrer wichtigsten Probleme. Dennoch haben wir dabei keinen strittigen Boden betreten und keinen einzigen grundlegenden Satz aufgestellt, der nicht bereits anerkannt wäre.

Die Gesetze des Zinses und des Lohns, die wir an die Stelle der heute gelehrten gesetzt haben, sind notwendige Folgerungen aus jenem großen Gesetz, das eine wissenschaftliche Volkswirtschaftslehre überhaupt erst möglich macht. Dieses zwingende Gesetz ist vom menschlichen Denken so wenig zu trennen wie die Anziehung von der Materie. Ohne es ließe sich keine menschliche Handlung voraussehen oder berechnen, weder die unbedeutendste noch die wichtigste. Dieses grundlegende Gesetz, nach dem Menschen ihre Bedürfnisse mit der geringsten Anstrengung zu befriedigen suchen, wird in seiner Beziehung zum einen Produktionsfaktor zum Gesetz der Grundrente, in seiner Beziehung zu einem anderen zum Gesetz des Zinses und in seiner Beziehung zum dritten zum Gesetz des Lohns. Wer das Gesetz der Grundrente anerkennt, erkennt damit folgerichtig auch die von mir formulierten Gesetze des Zinses und des Lohns als notwendige Folgerungen an. Das Gesetz der Grundrente wird seit Ricardo von jedem angesehenen Ökonomen anerkannt und erzwingt wie ein geometrisches Axiom Zustimmung, sobald es verstanden wird. Eigentlich können das Gesetz

des Zinses und das Gesetz des Lohns nur in einem relativen Sinn als Folgerungen bezeichnet werden, denn mit der Anerkennung des Gesetzes der Grundrente müssen auch sie anerkannt werden. Worauf beruht schließlich die Anerkennung des Gesetzes der Grundrente? Offenkundig auf der Einsicht, dass der Wettbewerb verhindert, dass der Ertrag von Arbeit und Kapital irgendwo höher ist als auf dem schlechtesten genutzten Boden. Aus dieser Einsicht folgt, dass der Grundeigentümer als Grundrente den gesamten Teil des Erzeugnisses beanspruchen kann, der über das hinausgeht, was derselbe Einsatz von Arbeit und Kapital auf dem schlechtesten genutzten Boden hervorbringen würde.

Die Harmonie und der Zusammenhang der Verteilungsgesetze, wie wir sie nun erkannt haben, stehen in auffälligem Gegensatz zu der Zusammenhangslosigkeit, die diese Gesetze in der herrschenden Volkswirtschaftslehre kennzeichnet. Stellen wir beide Fassungen einander gegenüber:

DIE HERRSCHENDE LEHRE	DIE ZUTREFFENDE LEHRE
Grundrente hängt von der Bewirtschaftungsgrenze ab; sie steigt, wenn diese sinkt, und sinkt, wenn diese steigt.	**Grundrente** hängt von der Bewirtschaftungsgrenze ab; sie steigt, wenn diese sinkt, und sinkt, wenn diese steigt.
Lohn hängt vom Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitenden und der für ihre Beschäftigung bestimmten Kapitalmenge ab.	**Lohn** hängt von der Bewirtschaftungsgrenze ab; er sinkt, wenn diese sinkt, und steigt, wenn diese steigt.
Zins hängt vom Ausgleich zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage ab oder, wie es für den Gewinn formuliert wird, vom Lohn beziehungsweise von den Arbeitskosten; er steigt, wenn der Lohn sinkt, und sinkt, wenn der Lohn steigt.	**Zins** hängt - wobei sein Verhältnis zum Lohn durch die dem Kapital eigene Nettofähigkeit zur Vermehrung bestimmt wird - von der Bewirtschaftungsgrenze ab; er sinkt, wenn diese sinkt, und steigt, wenn diese steigt.

In der herrschenden Fassung besitzen die Verteilungsgesetze kein gemeinsames Zentrum und keinen gegenseitigen Zusammenhang. Sie bilden nicht aufeinander bezogene Teile eines Ganzen, sondern Maßstäbe unterschiedlicher Größen. In der hier entwickelten Fassung gehen sie von einem gemeinsamen Punkt aus, stützen und ergänzen einander und bilden aufeinander bezogene Teile eines vollständigen Ganzen.

KAPITEL VIII DIE STATIK DES SO ERKLÄRTEN PROBLEMS

Wir haben nun eine klare, einfache und in sich stimmige Theorie der Güterverteilung gewonnen. Sie stimmt mit den grundlegenden Prinzipien und den beobachteten Tatsachen überein und leuchtet, sobald man sie verstanden hat, unmittelbar ein.

Bevor ich diese Theorie entwickelte, hielt ich es für notwendig, die Unzulänglichkeit der herrschenden Theorien schlüssig nachzuweisen. Denn im Denken wie im Handeln folgt die Mehrheit der Menschen lediglich ihren Autoritäten. Eine Lohntheorie, die nicht nur von den angesehensten Namen gestützt wird, sondern auch fest in verbreiteten Ansichten und Vorurteilen verwurzelt ist, verhindert, dass eine andere Theorie überhaupt erwogen wird, solange ihre Unhaltbarkeit nicht bewiesen ist. Ebenso verhinderte die Annahme, die Erde sei der Mittelpunkt des Universums, jede Auseinandersetzung mit der Theorie, dass sie sich um die eigene Achse dreht und die Sonne umkreist, bis eindeutig gezeigt wurde, dass sich die scheinbaren Bewegungen der Himmelskörper nicht mit der Unbeweglichkeit der Erde erklären lassen.

Zwischen der heute gelehrten Volkswirtschaftslehre und der Astronomie, wie sie vor Anerkennung der kopernikanischen Theorie gelehrt wurde, besteht tatsächlich eine auffällige Ähnlichkeit. Die Hilfskonstruktionen, mit denen die herrschende Volkswirtschaftslehre jene gesellschaftlichen Erscheinungen erklären will, die sich der zivilisierten Welt heute mit Macht aufdrängen, lassen sich gut mit dem komplizierten System aus Kreisen und Epizykeln vergleichen, das Gelehrte ersonnen hatten, um die Himmelserscheinungen im Einklang mit den

Dogmen der Autoritäten und den rohen Vorstellungen und Vorurteilen der Ungebildeten zu erklären. So wie die Beobachtungen, die zeigten, dass diese Theorie der Kreise und Epizykeln nicht alle Himmelserscheinungen erklären konnte, den Weg für die einfachere Theorie bereiteten, die an ihre Stelle trat, wird auch die Einsicht, dass die herrschenden Theorien die gesellschaftlichen Erscheinungen nicht erklären können, den Weg für eine Theorie freimachen, die der Volkswirtschaftslehre dieselbe Einfachheit und Geschlossenheit verleiht, die die kopernikanische Theorie der Astronomie gab.

Hier endet jedoch die Parallele. Die Vorstellung, dass die »feste und unbewegliche Erde« in Wahrheit mit unvorstellbarer Geschwindigkeit durch den Raum rast, widerspricht der unmittelbaren Wahrnehmung aller Menschen, unabhängig von ihrer Lebenslage. Die Wahrheit, die ich verdeutlichen will, wird dagegen ganz natürlich erkannt und war jedem Volk schon in seiner Frühzeit vertraut. Verdeckt wurde sie nur durch die komplexen Verhältnisse der Zivilisation, die Verzerrungen eigennütziger Interessen und die falsche Richtung, welche die Überlegungen der Gelehrten genommen haben. Um sie zu erkennen, müssen wir lediglich zu den Grundprinzipien zurückkehren und auf einfache Wahrnehmungen achten. Nichts kann klarer sein als der Satz, dass der Lohn trotz steigender Produktivkraft deshalb nicht zunimmt, weil die Grundrente steigt.

Drei Dinge wirken bei der Produktion zusammen: Arbeit, Kapital und Boden.

Drei Parteien teilen das Erzeugnis unter sich: der Arbeitende, der Kapitalbesitzer und der Grundeigentümer.

Erhält bei steigender Produktion weder der Arbeitende noch der Kapitalbesitzer mehr, folgt

notwendig, dass der Grundeigentümer den gesamten Zuwachs erhält.

Und die Tatsachen bestätigen diese Folgerung. Während weder Löhne noch Zinsen im Zuge des materiellen Fortschritts steigen, wird dieser stets von einer Zunahme der Grundrente, also vom Anstieg der Bodenwerte, begleitet und gekennzeichnet.

Der Anstieg der Grundrente erklärt, warum Löhne und Zinsen nicht steigen. Dieselbe Ursache, die dem Grundeigentümer mehr verschafft, versagt den Arbeitenden und Kapitalbesitzern diesen Zuwachs. Dass Löhne und Zinsen in neuen Ländern höher sind als in alten, liegt nicht, wie die maßgeblichen Ökonomen behaupten, daran, dass die Natur dem Einsatz von Arbeit und Kapital einen höheren Ertrag gewährt. Es liegt vielmehr daran, dass Boden billiger ist. Da deshalb ein geringerer Anteil des Ertrags als Grundrente abgezogen wird, können Arbeit und Kapital einen größeren Anteil am Ertrag der Natur behalten. Nicht das Gesamterzeugnis bestimmt, was als Lohn und Zins verteilt werden kann, sondern das Nettoerzeugnis, das nach Abzug der Grundrente verbleibt. Deshalb wird die Höhe von Lohn und Zins überall weniger durch die Produktivität der Arbeit als durch den Bodenwert bestimmt. Wo der Bodenwert relativ niedrig ist, sind Löhne und Zinsen relativ hoch; wo er relativ hoch ist, sind Löhne und Zinsen relativ niedrig.

Wäre die Produktion nicht über jenes einfache Stadium hinausgelangt, in dem sämtliche Arbeit unmittelbar auf den Boden angewandt und jeder Lohn mit dessen Erzeugnissen gezahlt wird, ließe sich nicht übersehen: Nimmt der Grundeigentümer einen größeren Anteil, muss sich der Arbeitende mit einem kleineren begnügen.

Die komplexen Produktionsverhältnisse der zivilisierten Gesellschaft verdecken diese Tatsache

zwar für eine oberflächliche Betrachtung, ändern sie aber nicht. In ihnen spielt der Austausch eine so große Rolle, und so viel Arbeit wird auf Materialien verwendet, nachdem sie dem Boden entnommen wurden. Dennoch bleibt jede Produktion eine Verbindung der beiden Faktoren Boden und Arbeit. Die Grundrente, der Anteil des Grundeigentümers, kann nur auf Kosten des Lohns, des Anteils der Arbeit, und des Zinses, des Anteils des Kapitals, steigen. In einfacheren Formen der Wirtschaftsorganisation verringert der Anteil der Ernte, den der Eigentümer landwirtschaftlichen Bodens am Ende der Ernte als Grundrente erhält, den Betrag, der dem Bewirtschafter als Lohn und Zins verbleibt. Ebenso verringert die Grundrente für den Boden, auf dem eine Industrie- oder Handelsstadt errichtet ist, den Betrag, den die dort an der Produktion und am Austausch von Gütern beteiligte Arbeit und das Kapital als Lohn und Zins unter sich aufteilen können.

Kurz gesagt: Da der Bodenwert ausschließlich auf der Macht beruht, die sein Eigentum verleiht, sich von Arbeit geschaffene Güter anzueignen, steigt der Bodenwert stets auf Kosten des Wertes der Arbeit. Deshalb lässt eine höhere Produktivkraft den Lohn nicht steigen, weil sie den Bodenwert erhöht. Die Grundrente verschlingt den gesamten Zuwachs, und Armut begleitet den Fortschritt.

Es ist nicht nötig, einzelne Tatsachen anzuführen; sie werden dem Leser selbst in den Sinn kommen. Überall ist zu beobachten, dass mit steigendem Bodenwert auch der Gegensatz zwischen Reichtum und Not hervortritt. Allgemein gilt: Wo der Bodenwert am höchsten ist, zeigt die Zivilisation den größten Luxus unmittelbar neben dem erbärmlichsten Elend. Um Menschen in der tiefsten, hilflosesten und hoffnungslosesten Lage zu sehen, muss man nicht in die offenen Prärien und zu den Blockhütten neuer Rodungssiedlungen in

abgelegenen Waldgebieten gehen, wo ein einzelner Mensch den Kampf mit der Natur beginnt und der Boden noch nichts wert ist. Man findet sie in den großen Städten, wo der Besitz eines kleinen Stücks Boden bereits ein Vermögen darstellt.

ANMERKUNGEN ZUM DRITTEN BUCH

32 Wenn ich vom Wert des Bodens spreche, meine ich damit stets den Wert des bloßen Bodens. Will ich vom Wert des Bodens samt Verbesserungen sprechen, verwende ich ausdrücklich diese Formulierung.

33 Ich will nicht behaupten, das anerkannte Gesetz der Grundrente sei niemals bestritten worden. Bei all dem Unsinn, der im gegenwärtig ungeordneten Zustand der Wissenschaft als Volkswirtschaftslehre veröffentlicht worden ist, dürfte sich kaum etwas finden, das nicht bestritten wurde. Ich meine vielmehr, dass das Gesetz die Zustimmung aller ökonomischen Autoren besitzt, die wirklich als Autoritäten gelten können. John Stuart Mill schreibt (Buch II, Kapitel XVI): »Nur wenige haben ihm ihre Zustimmung verweigert, sofern sie es nicht völlig missverstanden haben. Bemerkenswert ist, wie unbestimmt und ungenau es häufig von denen aufgefasst wird, die es zu widerlegen vorgeben.« Diese Beobachtung hat seither viele weitere Bestätigungen gefunden.

34 Nach McCulloch wurde das Gesetz der Grundrente erstmals 1777 in einer Schrift von Dr. James Anderson aus Edinburgh formuliert und zu Beginn des 19. Jahrhunderts gleichzeitig von Sir Edward West, Mr. Malthus und Mr. Ricardo.

35 Buckle (History of Civilization, Kapitel II) erkennt den notwendigen Zusammenhang zwischen Grundrente, Zins und Lohn, hat ihn aber offenbar nie vollständig ausgearbeitet.

36 Dies wird eigentlich über den Gewinn gesagt, meint aber offensichtlich den Ertrag des Kapitals.

37 Dieser Ausgleich wird durch den Ausgleich der Preise bewirkt.

38 Dieser letzte Umstand, der dem Risikoelement im Gewinn entspricht, erklärt die hohen Löhne erfolgreicher Rechtsanwälte, Ärzte, Unternehmer, Schauspieler und ähnlicher Berufe.

VIERTES BUCH DIE AUSWIRKUNGEN DES MATERIELLEN FORTSCHRITTS AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS

KAPITEL I – DIE TRIEBKRÄFTE DES PROBLEMS SIND NOCH ZU ERMITTELN

KAPITEL II – DIE AUSWIRKUNGEN DES BEVÖLKERUNGSWACHSTUMS AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS

KAPITEL III – DIE AUSWIRKUNGEN TECHNISCHER VERBESSERUNGEN AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS

KAPITEL IV – DIE AUSWIRKUNGEN DER DURCH DEN MATERIELLEN FORTSCHRITT GEWECKTEN ERWARTUNGEN

Bis heute ist fraglich, ob sämtliche mechanischen Erfindungen, die je gemacht wurden, auch nur einem einzigen Menschen die tägliche Arbeit erleichtert haben. – John Stuart Mill

Hört ihr die Kinder weinen, meine Brüder,

noch ehe mit den Jahren der Kummer kommt?

Sie lehnen ihre jungen Köpfe an die Mütter,

doch selbst das kann ihre Tränen nicht stillen.

Die jungen Lämmer blöken auf den Wiesen;

die jungen Vögel zwitschern im Nest;

die jungen Rehe spielen mit den Schatten;

die jungen Blumen neigen sich nach Westen –

doch die jungen, jungen Kinder, meine Brüder,

sie weinen bitterlich!

Sie weinen, während die anderen spielen,

im Land der Freien.

– Elizabeth Barrett Browning

KAPITEL I DIE TRIEBKRÄFTE DES PROBLEMS SIND NOCH ZU ERMITTELN

Wir haben erkannt, dass die Grundrente jene zusätzliche Produktion aufnimmt, die der materielle Fortschritt hervorbringt, die der Arbeit jedoch nicht zugutekommt. Ebenso haben wir gesehen, dass der Interessengegensatz nicht, wie allgemein angenommen, zwischen Arbeit und Kapital besteht, sondern in Wirklichkeit zwischen Arbeit und Kapital auf der einen und dem Grundeigentum auf der anderen Seite. Damit sind wir zu einem Ergebnis

von größter praktischer Tragweite gelangt. Doch es lohnt sich noch nicht, näher darauf einzugehen, denn das eingangs gestellte Problem ist noch nicht vollständig gelöst. Zu sagen, die Löhne blieben niedrig, weil die Grundrente steige, ist so, als sage man, ein Dampfschiff bewege sich, weil sich seine Schaufelräder drehen. Es bleibt die weiterführende Frage: Was lässt die Grundrente steigen? Welche Kraft oder Notwendigkeit bewirkt, dass bei wachsender Produktivkraft ein immer größerer Anteil des Ertrags als Grundrente verteilt wird?

Als einzige Ursache steigender Grundrenten nennt Ricardo das Bevölkerungswachstum. Weil dadurch mehr Nahrungsmittel benötigt werden, müsse der Anbau auf schlechtere Böden oder auf weniger ertragreiche Produktionsstufen desselben Bodens ausgedehnt werden. Auch in den gängigen Werken anderer Autoren wird die Ausdehnung der Produktion von besseren auf schlechtere Böden so ausschließlich als Ursache steigender Grundrenten behandelt, dass Carey – und ihm folgend Professor Perry und andere – glaubte, die Ricardosche Rententheorie widerlegt zu haben, indem er bestritt, dass die Landwirtschaft von besseren zu schlechteren Böden fortschreite.[39]

Zweifellos erhöht der zunehmende Bevölkerungsdruck die Grundrente, wenn er dazu zwingt, auf weniger ertragreiche Produktionsmöglichkeiten auszuweichen. Ich halte jedoch weder alle Schlussfolgerungen für richtig, die gewöhnlich aus diesem Grundsatz gezogen werden, noch erklärt er vollständig, weshalb die Grundrente mit dem materiellen Fortschritt steigt. Offenbar wirken weitere Ursachen in dieselbe Richtung. Sie wurden aber durch die verbreiteten Irrtümer über die Funktion des Kapitals und die Entstehung der Löhne ganz oder teilweise verdeckt. Um diese Ursachen und ihre Wirkungsweise zu erkennen, wollen wir verfolgen, wie sich der

materielle Fortschritt auf die Verteilung des Wohlstands auswirkt.

Drei Veränderungen bilden den materiellen Fortschritt oder tragen zu ihm bei: erstens das Bevölkerungswachstum, zweitens Verbesserungen der Verfahren von Produktion und Austausch und drittens Fortschritte bei Wissen, Bildung, Staatsführung, öffentlicher Sicherheit, Umgangsformen und Moral, soweit sie die Fähigkeit zur Wohlstandsproduktion erhöhen. Der materielle Fortschritt im üblichen Sinn umfasst diese drei Elemente oder Entwicklungsrichtungen. In allen drei Bereichen haben sich fortschrittliche Nationen seit längerer Zeit weiterentwickelt, wenn auch in unterschiedlichem Maß. Betrachtet man allein die materiellen Kräfte und wirtschaftlichen Wirkungen, haben mehr Wissen, eine bessere Staatsführung und Ähnliches denselben Effekt wie technische Verbesserungen. Deshalb müssen wir sie hier nicht gesondert behandeln. Welche Bedeutung geistiger oder moralischer Fortschritt als solcher für unser Problem besitzt, können wir später untersuchen. Gegenwärtig befassen wir uns mit dem materiellen Fortschritt. Wissen, Bildung und bessere Institutionen gehören dazu nur, soweit sie die Fähigkeit zur Wohlstandsproduktion steigern; ihre Wirkungen werden daher sichtbar, wenn wir die Folgen technischer Verbesserungen betrachten.

Um die Auswirkungen des materiellen Fortschritts auf die Verteilung des Wohlstands zu bestimmen, betrachten wir deshalb zunächst das Bevölkerungswachstum unabhängig von technischen Verbesserungen und anschließend die technischen Verbesserungen unabhängig vom Bevölkerungswachstum.

KAPITEL II DIE AUSWIRKUNGEN DES BEVÖLKERUNGSWACHSTUMS AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS

Die gängigen Abhandlungen erklären und veranschaulichen den Anstieg der Grundrente infolge des Bevölkerungswachstums folgendermaßen: Der wachsende Bedarf an Lebensmitteln zwingt dazu, schlechtere Böden oder weniger ertragreiche Produktionsmöglichkeiten zu nutzen. Liegt die Anbaugrenze bei einer bestimmten Bevölkerungszahl beispielsweise bei 30, werfen alle Böden mit einer Produktivität von mehr als 30 Grundrente ab. Verdoppelt sich die Bevölkerung, wird eine zusätzliche Versorgung benötigt. Sie lässt sich nur erreichen, indem der Anbau so weit ausgedehnt wird, dass nun auch Böden Grundrente abwerfen, bei denen dies zuvor nicht der Fall war. Wird die Anbaugrenze bis 20 verschoben, werfen alle Böden zwischen 20 und 30 Grundrente ab und erhalten einen Wert; alle Böden mit mehr als 30 werfen eine höhere Grundrente ab und steigen im Wert.

An dieser Stelle erhält die malthusianische Lehre durch die übliche Darstellung der Rententheorie jene Unterstützung, von der ich bei der Aufzählung der Gründe gesprochen habe, die ihr im gegenwärtigen Denken eine nahezu unangefochtene Herrschaft verschafft haben. Nach der malthusianischen Theorie verschärft sich mit wachsender Bevölkerung der Druck auf die Existenzmittel. Obwohl mit jedem neuen Mund auch zwei Hände zur Welt kommen, wird es – in den Worten John Stuart Mills – für die neuen Hände immer schwieriger, die neuen Münder zu ernähren. Nach Ricardos Rententheorie entsteht Grundrente aus den Produktivitätsunterschieden der genutzten

Böden. Ricardo und die ihm folgenden Ökonomen erklären den erfahrungsgemäß mit der Bevölkerung steigenden Grundrentenanstieg damit, dass sich zusätzliche Nahrungsmittel nur mit höheren Kosten beschaffen ließen. Dies dränge die Anbaugrenze auf immer weniger ertragreiche Produktionsstufen und erhöhe die Grundrente entsprechend. Wie bereits erläutert, werden beide Theorien auf diese Weise miteinander in Einklang gebracht und verschmolzen: Das Gesetz der Grundrente erscheint als bloße Sonderanwendung des umfassenderen, von Malthus formulierten Gesetzes; der Anstieg der Grundrente bei wachsender Bevölkerung gilt als Beleg für dessen unaufhaltsame Wirkung. Ich erwähne dies beiläufig, weil wir nun den Irrtum erkennen müssen, durch den die Rententheorie zur Stütze einer Lehre herangezogen wurde, die sie in Wirklichkeit keineswegs bestätigt. Die malthusianische Theorie haben wir bereits widerlegt. Ein weiterer, jeden verbleibenden Zweifel beseitigender Gegenbeweis wird später erbracht, wenn sich zeigt, dass die dem Bevölkerungsdruck auf die Existenzmittel zugeschriebenen Erscheinungen unter den bestehenden Verhältnissen auch bei gleichbleibender Bevölkerung auftreten würden.

Der Irrtum, den ich meine und der für ein richtiges Verständnis der Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die Verteilung des Wohlstands ausgeräumt werden muss, liegt in folgender Annahme: In nahezu allen gängigen Überlegungen zum Zusammenhang von Grundrente und Bevölkerung wird ausdrücklich oder stillschweigend vorausgesetzt, dass der Übergang zu weniger ertragreichen Produktionsmöglichkeiten den Gesamtertrag im Verhältnis zum eingesetzten Arbeitsaufwand verringere. Dass dies nicht immer der Fall ist, wird zwar im Zusammenhang mit Verbesserungen der

Landwirtschaft klar anerkannt. Diese gelten, um Mill zu zitieren, als »teilweise Lockerung der Fesseln, welche die Zunahme der Bevölkerung begrenzen«. Doch selbst ohne technischen Fortschritt ist eine solche Verringerung nicht zwangsläufig – auch dann nicht, wenn das Ausweichen auf weniger ertragreiche Produktionsmöglichkeiten eindeutig aus der höheren Nachfrage einer gewachsenen Bevölkerung folgt. Denn eine größere Bevölkerung erhöht schon für sich allein und ohne jeden technischen Fortschritt die Produktivkraft der Arbeit. Unter sonst gleichen Umständen erzeugt die Arbeit von hundert Menschen weit mehr als das Hundertfache der Arbeit eines einzelnen Menschen; die Arbeit von tausend Menschen wiederum weit mehr als das Zehnfache der Arbeit von hundert Menschen. Jedes zusätzliche Paar Hände, das mit der wachsenden Bevölkerung hinzukommt, steigert die Produktivkraft der Arbeit daher überproportional. Mit zunehmender Bevölkerung kann es somit zu einem Rückgriff auf geringere natürliche Produktionskräfte kommen, ohne dass die durchschnittliche Wohlstandsproduktion je Arbeitseinheit sinkt – ja sogar ohne einen Rückgang am niedrigsten Produktionspunkt. Verdoppelt sich die Bevölkerung, kann ein Boden mit einer Produktivität von nur 20 bei demselben Arbeitsaufwand ebenso viel hervorbringen wie zuvor ein Boden mit einer Produktivität von 30. Denn man darf nicht vergessen – was häufig geschieht –, dass die Produktivität weder des Bodens noch der Arbeit anhand eines einzigen Gutes gemessen werden darf, sondern anhand aller gewünschten Güter. Ein Siedler kann mit seiner Familie auf einem Grundstück hundert Meilen von der nächsten Siedlung entfernt ebenso viel Mais anbauen wie mitten in einem bevölkerungsreichen Gebiet. Im dicht besiedelten Gebiet könnte die

Familie jedoch mit demselben Arbeitsaufwand auf wesentlich schlechterem Boden ebenso gut leben oder auf gleichwertigem Boden trotz einer hohen Grundrente denselben Lebensstandard erreichen. Denn inmitten einer großen Bevölkerung wäre ihre Arbeit wirksamer geworden – vielleicht nicht bei der Maiserzeugung, wohl aber bei der Produktion von Wohlstand insgesamt, also bei der Beschaffung aller Güter und Dienstleistungen, auf die ihre Arbeit letztlich gerichtet ist.

Doch selbst wenn die Produktivität der Arbeit am niedrigsten Produktionspunkt sinkt – wenn also die wachsende Nachfrage nach Wohlstand die Produktion auf eine Stufe geringerer natürlicher Produktivität drängt und der durch das Bevölkerungswachstum bewirkte Produktivitätsgewinn der Arbeit diesen Rückgang nicht ausgleicht –, folgt daraus nicht, dass der Gesamtertrag im Verhältnis zur insgesamt eingesetzten Arbeit gesunken ist.

Nehmen wir Böden unterschiedlicher und abnehmender Qualität an. Naturgemäß würde zunächst der beste Boden besiedelt; mit wachsender Bevölkerung würde jeweils die nächstschlechtere Qualität in die Produktion einbezogen. Gleichzeitig erhöht das Bevölkerungswachstum jedoch die Wirksamkeit der Arbeit, weil es größere Einsparungen und eine weitergehende Zusammenarbeit ermöglicht. Dieselbe Ursache, die nacheinander jede schlechtere Bodenqualität in Nutzung bringt, steigert daher zugleich die Menge an Wohlstand, die mit gleich viel Arbeit auf dieser Bodenqualität erzeugt werden kann. Und sie bewirkt noch mehr: Sie erhöht die Fähigkeit zur Wohlstandsproduktion auf allen bereits genutzten besseren Böden. Steigerte das Bevölkerungswachstum die Wirksamkeit der Arbeit schneller, als es zum Rückgriff auf weniger produktive Bodenqualitäten

zwingt, würde zwar die Anbaugrenze sinken und die Grundrente steigen, doch zugleich würde der Mindestertrag der Arbeit zunehmen. Mit anderen Worten: Der Lohnanteil am Ertrag würde sinken, die Lohnmenge aber steigen. Auch die durchschnittliche Wohlstandsproduktion würde wachsen. Gliche die zunehmende Wirksamkeit der Arbeit den Rückgang der Produktivität des jeweils neu genutzten Bodens gerade aus, würde das Bevölkerungswachstum die Grundrente durch das Absinken der Anbaugrenze erhöhen, ohne die Lohnmenge zu vermindern; zugleich würde die durchschnittliche Produktion steigen. Nehmen wir nun an, die Bevölkerung wachse weiter, zwischen dem schlechtesten bereits genutzten Boden und der nächstschlechteren Qualität liege jedoch ein so großer Abstand, dass der zusätzliche Produktivitätsgewinn der Arbeit, der mit der für ihre Nutzung erforderlichen Bevölkerung einhergeht, diesen Unterschied nicht ausgleichen kann. Dann sinkt der Mindestertrag der Arbeit; mit dem Anstieg der Grundrente fallen die Löhne nicht nur als Anteil, sondern auch als Menge. Sofern der Qualitätsabfall des Bodens jedoch nicht sehr viel steiler ist, als man vernünftigerweise annehmen kann oder meines Erachtens irgendwo tatsächlich vorkommt, wird die durchschnittliche Produktion dennoch steigen. Denn die höhere Wirksamkeit, die aus dem Bevölkerungswachstum entsteht, das zur Nutzung der schlechteren Bodenqualität zwingt, kommt jeder Arbeit zugute. Der Gewinn auf den besseren Böden wird den Produktionsrückgang auf dem zuletzt einbezogenen Boden mehr als ausgleichen. Die gesamte Wohlstandsproduktion wird im Verhältnis zum gesamten Arbeitsaufwand größer, obwohl sie ungleicher verteilt wird.

Indem das Bevölkerungswachstum die Produktion auf niedrigere natürliche Ertragsstufen ausdehnt, erhöht es somit die Grundrente und senkt

den Lohnanteil. Ob es auch die Lohnmenge vermindert, hängt von den Umständen ab. Die gesamte Wohlstandsproduktion im Verhältnis zum gesamten Arbeitsaufwand kann es dagegen nur selten und wahrscheinlich niemals verringern; im Gegenteil erhöht es sie, häufig sogar erheblich.

Das Bevölkerungswachstum erhöht die Grundrente zwar dadurch, dass es die Anbaugrenze senkt. Doch es wäre falsch, darin den einzigen Weg zu sehen, auf dem die Grundrente mit der Bevölkerung steigt. Eine wachsende Bevölkerung erhöht die Grundrente auch ohne eine Absenkung der Anbaugrenze. Entgegen den Lehrsätzen von Autoren wie McCulloch, die behaupten, bei unbegrenzt verfügbarem, gleich gutem Boden könne keine Grundrente entstehen, geschieht dies unabhängig von den natürlichen Eigenschaften des Bodens. Denn die mit wachsender Bevölkerung zunehmenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Austauschs entsprechen einer höheren Leistungsfähigkeit des Bodens – ja, ohne bildhafte Rede kann man sagen: Sie verleihen ihm eine solche höhere Leistungsfähigkeit.

Damit meine ich nicht nur, dass die aus dem Bevölkerungswachstum entstehende zusätzliche Kraft – ähnlich wie verbesserte Produktionsmethoden oder Werkzeuge – derselben Arbeit einen höheren Ertrag ermöglicht und deshalb einer Steigerung der natürlichen Leistungsfähigkeit des Bodens gleichkommt. Vielmehr bringt sie eine überlegene Leistungsfähigkeit der Arbeit hervor, die an einem bestimmten Ort gebunden ist. Sie kommt nicht der Arbeit im Allgemeinen zugute, sondern nur der Arbeit auf einem bestimmten Grundstück. Damit haftet sie dem Boden ebenso an wie dessen Bodenbeschaffenheit, Klima, Bodenschätze oder natürliche Lage und geht ebenso wie diese mit dem Besitz des Bodens über.

Eine verbesserte Anbaumethode, die bei gleichem Aufwand zwei Ernten statt einer ermöglicht, oder bessere Werkzeuge und Maschinen, die den Arbeitsertrag verdoppeln, wirken sich auf einem bestimmten Grundstück offensichtlich ebenso aus wie eine Verdopplung seiner Fruchtbarkeit. Der Unterschied besteht jedoch darin: Verbesserte Methoden oder Werkzeuge können auf jedem Boden eingesetzt werden; eine höhere Fruchtbarkeit lässt sich nur auf dem Grundstück nutzen, dem sie eigen ist. Ein großer Teil der durch das Bevölkerungswachstum bewirkten höheren Arbeitsproduktivität kann ebenfalls nur auf bestimmten Grundstücken genutzt werden – und dort in sehr unterschiedlichem Maß.

Stellen wir uns eine grenzenlose Savanne vor, die sich in ununterbrochener Gleichförmigkeit aus Gras und Blumen, Bäumen und Bächen erstreckt, bis der Reisende der Eintönigkeit überdrüssig wird. Nun kommt der Wagen des ersten Einwanderers. Wo soll er sich niederlassen? Jeder Hektar scheint ebenso gut wie jeder andere. Bei Holz, Wasser, Fruchtbarkeit und Lage gibt es keinerlei Unterschied; die Fülle der Möglichkeiten macht die Entscheidung schwierig. Erschöpft von der Suche nach einem Ort, der besser wäre als ein anderer, hält er schließlich irgendwo an und beginnt, sich ein Zuhause zu schaffen. Der Boden ist unberührt und fruchtbar, Wild gibt es im Überfluss, in den Bächen wimmelt es von den besten Forellen. Die Natur zeigt sich von ihrer günstigsten Seite. Er verfügt über das, was ihn in einem dicht besiedelten Gebiet reich machen würde – und doch ist er sehr arm. Ganz abgesehen von seinem Bedürfnis nach menschlicher Gesellschaft, das ihn selbst den armseligsten Fremden willkommen heißen ließe, leidet er unter allen materiellen Nachteilen der Einsamkeit. Für Arbeiten, die mehr gemeinsame Kraft erfordern, als seine Familie oder dauerhaft beschäftigte Helfer

aufbringen können, findet er keine vorübergehende Unterstützung. Obwohl er Vieh besitzt, kann er nur selten frisches Fleisch essen, denn für ein einziges Rindersteak müsste er ein ganzes Tier schlachten. Er muss zugleich sein eigener Schmied, Wagenbauer, Zimmermann und Schuhmacher sein – kurz: ein Tausendsassa, der nichts wirklich beherrscht. Seine Kinder können keinen Unterricht erhalten, denn er müsste einen Lehrer allein bezahlen und unterhalten. Was er nicht selbst herstellen kann, muss er in großen Mengen einkaufen und lagern oder darauf verzichten. Er kann seine Arbeit nicht ständig liegen lassen, um die lange Reise bis zum Rand der Zivilisation anzutreten. Wird eine solche Reise unvermeidlich, können ihn ein Fläschchen Medizin oder der Ersatz eines zerbrochenen Bohrers mehrere Arbeitstage für sich und seine Pferde kosten. Unter diesen Umständen bleibt der Mensch arm, obwohl die Natur verschwenderisch reich ist. Genug zu essen kann er sich leicht beschaffen; darüber hinaus reicht seine Arbeit jedoch nur aus, um die einfachsten Bedürfnisse auf die primitivste Weise zu befriedigen.

Bald kommt ein zweiter Einwanderer. Obwohl jeder Abschnitt der grenzenlosen Ebene ebenso gut ist wie jeder andere, fällt ihm die Wahl des Siedlungsorts nicht schwer. Der Boden ist überall gleich, doch ein Ort ist für ihn eindeutig besser als jeder andere: dort, wo bereits ein Siedler lebt und er einen Nachbarn haben kann. Er lässt sich neben dem ersten nieder. Dessen Lage verbessert sich sofort erheblich; vieles, was zuvor unmöglich war, wird nun möglich, denn zwei Menschen können einander bei Arbeiten helfen, die einer allein niemals bewältigen könnte.

Ein weiterer Einwanderer kommt und folgt derselben Anziehungskraft: Er siedelt dort, wo bereits zwei Menschen leben. Dann kommen

weitere, bis der erste Siedler von zwanzig Nachbarn umgeben ist. Die Arbeit erreicht nun eine Wirksamkeit, die sie in der Vereinzelung nie hätte erreichen können. Ist eine schwere Arbeit zu erledigen, helfen alle beim gemeinsamen Baumstammerücken und vollbringen an einem Tag, wofür ein Einzelner Jahre bräuchte. Schlachtet einer ein Rind, nehmen die anderen einen Teil des Fleisches ab und revanchieren sich bei der nächsten Schlachtung; so steht ihnen jederzeit frisches Fleisch zur Verfügung. Gemeinsam beschäftigen sie einen Lehrer. Jedes Kind erhält Unterricht für einen Bruchteil dessen, was der erste Siedler allein dafür hätte aufbringen müssen. Auch Besorgungen in der nächsten Stadt werden viel leichter, weil immer jemand dorthin fährt. Zugleich werden solche Reisen seltener nötig. Bald eröffnen ein Schmied und ein Wagenbauer ihre Werkstätten, und der Siedler kann seine Werkzeuge mit einem Bruchteil des früher erforderlichen Arbeitsaufwands reparieren lassen. Ein Laden öffnet, in dem er bei Bedarf bekommt, was er braucht; später sorgt ein Postamt für regelmäßigen Kontakt zur übrigen Welt. Dann kommen Schuhmacher, Zimmermann, Sattler und Arzt, und bald entsteht eine kleine Kirche. Bedürfnisse lassen sich befriedigen, deren Erfüllung in der Einsamkeit unmöglich war. Auch die soziale und geistige Natur des Menschen – jener Teil, der ihn über das Tier erhebt – findet Nahrung. Mitgefühl, Gemeinschaft und der Ansporn durch Vergleich und Unterschied eröffnen ein weiteres, erfüllteres und vielfältigeres Leben. Wer sich freut, findet andere, die seine Freude teilen; wer trauert, trauert nicht allein. Es gibt gemeinsames Maisschälen, Apfelschälen und Zusammenkünfte zum Nähen von Steppdecken. Mag der Tanzsaal auch unverputzt sein und das Orchester nur aus einer Geige bestehen: In der Melodie liegt dennoch ein Zauber, und Amor tanzt mit. Bei einer Hochzeit

gibt es Menschen, die sich mitfreuen und das Paar bewundern; im Sterbehaus halten andere Wache; am offenen Grab stützt menschliches Mitgefühl die Trauernden. Gelegentlich kommt ein umherziehender Vortragender und gewährt Einblicke in Wissenschaft, Literatur oder Kunst. Vor Wahlen erscheinen Redner, und der Bürger gewinnt ein Gefühl für seine Würde und Macht, wenn ihm im Kampf zweier Kandidaten um seine Unterstützung und Stimme Fragen vorgelegt werden, von denen das Schicksal ganzer Reiche abzuhängen scheint. Und irgendwann kommt der Zirkus, über den schon Monate zuvor gesprochen wurde. Kindern, deren Horizont bisher die Prärie begrenzte, eröffnet er die ganze Welt der Fantasie: Prinzen und Prinzessinnen aus Märchen, Kreuzritter in Kettenhemden und Mauren mit Turbanen, Aschenputtels Feenkutsche und die Riesen aus Kindergeschichten; Löwen, wie sie sich vor Daniel duckten oder in römischen Amphitheatern die Heiligen Gottes zerrissen; Strauße, die an Sandwüsten erinnern; Kamele wie jene, die dabeistanden, als Josefs ruchlose Brüder ihn aus dem Brunnen zogen und in die Sklaverei verkauften; Elefanten wie jene, die mit Hannibal die Alpen überquerten oder das Schwert der Makkabäer zu spüren bekamen; und herrliche Musik, die die Seele erschüttert und in den Kammern des Geistes Gebäude errichtet wie einst der sonnige Palast des Kubla Khan.

Gehen wir nun zu unserem Siedler und sagen zu ihm: »Du hast Obstbäume gepflanzt, Zäune errichtet, einen Brunnen, eine Scheune und ein Haus gebaut – kurz, durch deine Arbeit hast du den Wert dieses Hofes beträchtlich erhöht. Der Boden selbst ist nicht mehr ganz so gut. Du hast ihn abgeerntet, und bald wird er Dünger brauchen. Ich zahle dir den vollen Wert all deiner Verbesserungen, wenn du mir das Grundstück überlässt und mit deiner Familie erneut über den

Rand des besiedelten Gebiets hinausziehst.« Er würde uns auslachen. Sein Boden liefert nicht mehr Weizen oder Kartoffeln als zuvor, wohl aber sehr viel mehr von allem, was zum Leben notwendig und angenehm ist. Seine Arbeit auf diesem Grundstück bringt keine größeren und – wie wir annehmen wollen – auch keine wertvolleren Ernten hervor; sie verschafft ihm jedoch weit mehr von all den anderen Dingen, um derentwillen Menschen arbeiten. Die Anwesenheit weiterer Siedler, also das Bevölkerungswachstum, hat die Produktivität der auf diesem Grundstück geleisteten Arbeit in dieser Hinsicht erhöht. Diese zusätzliche Produktivität verleiht ihm einen Vorteil gegenüber einem natürlich gleichwertigen Grundstück, in dessen Nähe noch niemand siedelt. Gibt es nur noch unbesiedelten Boden, der ebenso weit von anderen Menschen entfernt liegt wie das Grundstück unseres Siedlers zu Beginn, dann bemisst sich der Wert oder die Grundrente seines Grundstücks nach dieser gesamten zusätzlichen Leistungsfähigkeit. Erstreckt sich hingegen, wie angenommen, weiterhin ein zusammenhängendes Gebiet gleichwertigen Bodens, über das sich die Bevölkerung nun ausbreitet, muss ein neuer Siedler nicht ebenso weit in die Wildnis ziehen wie der erste. Er lässt sich unmittelbar hinter den anderen nieder und profitiert von ihrer Nähe. Wert oder Grundrente des Grundstücks unseres ersten Siedlers hängen dann von dem Vorteil ab, den seine Lage im Mittelpunkt der Bevölkerung gegenüber dem Land am Rand besitzt. Im ersten Fall bleibt die Produktionsgrenze unverändert; im zweiten steigt sie.

Die Bevölkerung wächst weiter. Mit ihr wachsen die Einsparungen und Vorteile, die eine größere Bevölkerung ermöglicht und die faktisch die Produktivität des Bodens erhöhen. Das Grundstück unseres ersten Siedlers liegt im Zentrum der

Bevölkerung. Auf ihm oder an seinem Rand entstehen der Laden, die Schmiede und die Werkstatt des Wagenbauers. Bald bildet sich ein Dorf, das rasch zu einer Stadt und zum Zentrum des Austauschs für das ganze Gebiet wird. Obwohl seine landwirtschaftliche Produktivität nicht höher ist als zu Beginn, entwickelt dieses Grundstück nun eine Produktivität höherer Art. Arbeit, die dort Mais, Weizen oder Kartoffeln erzeugt, gewinnt dem Boden nicht mehr davon ab als früher. Arbeit dagegen, die in den arbeitsteilig gegliederten Produktionszweigen geleistet wird und die Nähe anderer Produzenten voraussetzt, bringt dort erheblich höhere Erträge. Das gilt insbesondere für jenen letzten Teil der Produktion, der in der Verteilung besteht. Der Weizenbauer kann weiterziehen und Land finden, auf dem seine Arbeit ebenso viel Weizen und beinahe ebenso viel Wohlstand erzeugt. Handwerker, Fabrikant, Ladenbesitzer und Angehörige freier Berufe stellen dagegen fest, dass ihre Arbeit hier im Zentrum des Austauschs sehr viel mehr einbringt als nur wenig weiter entfernt. Diesen Produktivitätsüberschuss für bestimmte Nutzungen kann der Grundeigentümer ebenso beanspruchen wie einen Überschuss der Weizenertragsfähigkeit. So kann unser Siedler einige Hektar als Baugrundstücke zu Preisen verkaufen, die der Boden als Acker selbst dann nicht erzielen würde, wenn sich seine Fruchtbarkeit vervielfacht hätte. Mit dem Erlös baut er ein stattliches Haus und richtet es großzügig ein. Auf das Wesentliche reduziert bedeutet das: Die Menschen, die das Grundstück nutzen möchten, bauen und möblieren ihm das Haus – unter der Bedingung, dass er sie an der höheren Produktivität teilhaben lässt, die das Bevölkerungswachstum seinem Boden verliehen hat.

Die Bevölkerung nimmt weiter zu und verleiht dem Grundstück immer größeren Nutzen und seinem Eigentümer immer mehr Wohlstand. Aus der Kleinstadt ist eine Großstadt geworden – ein St. Louis, Chicago oder San Francisco –, und sie wächst weiter. Hier findet Produktion in großem Maßstab, mit den besten Maschinen und unter den günstigsten Bedingungen statt. Die Arbeitsteilung wird bis ins Kleinste verfeinert und vervielfacht die Leistungsfähigkeit auf erstaunliche Weise. Umfang und Geschwindigkeit des Austauschs sind so groß, dass Reibungsverluste auf ein Mindestmaß sinken. Hier liegen Herz und Gehirn des gewaltigen gesellschaftlichen Organismus, der aus dem Keim der ersten Siedlung hervorgegangen ist; hier hat sich ein großes Nervenzentrum der menschlichen Welt gebildet. Hierher führen alle Straßen, hierher strömen aus den weiten umliegenden Gebieten alle Bewegungen. Wer etwas verkaufen will, findet hier den Markt; wer etwas kaufen will, findet hier die größte und vielfältigste Auswahl. Hier bündelt sich die geistige Tätigkeit, und hier entsteht jener Anstoß, den die Begegnung von Geist mit Geist hervorbringt. Hier befinden sich die großen Bibliotheken, die Speicher und Kornkammern des Wissens, die gelehrten Professoren und berühmten Spezialisten. Hier gibt es Museen und Kunstgalerien, wissenschaftliche Instrumentensammlungen und alle Dinge, die selten, wertvoll oder die besten ihrer Art sind. Hier treten große Schauspieler, Redner und Sänger aus aller Welt auf. Kurz: Hier liegt ein Zentrum menschlichen Lebens in all seinen vielfältigen Erscheinungsformen.

Die Vorteile, die dieser Boden für den Einsatz von Arbeit bietet, sind inzwischen so gewaltig, dass nicht mehr ein einzelner Mensch mit einem Pferdegespann mühsam mehrere Hektar bearbeitet. Stellenweise arbeiten nun Tausende

Menschen auf einem einzigen Hektar, Stockwerk über Stockwerk in Gebäuden mit fünf, sechs, sieben oder acht Etagen. Unter der Erdoberfläche pulsieren zugleich Maschinen mit der Kraft Tausender Pferde.

All diese Vorteile sind an den Boden gebunden. Nur auf diesem und keinem anderen Grundstück können sie genutzt werden, denn hier liegt das Zentrum der Bevölkerung, der Brennpunkt des Austauschs, der Markt- und Produktionsort der höchstentwickelten Gewerbe. Die Produktivkräfte, die eine dichte Bevölkerung an diesen Boden gebunden hat, entsprechen einer hundert- oder tausendfachen Vervielfachung seiner ursprünglichen Fruchtbarkeit. Entsprechend ist die Grundrente gestiegen, die den Unterschied zwischen dieser zusätzlichen Produktivität und der Produktivität des am wenigsten ertragreichen genutzten Bodens misst. Unser Siedler – oder wer immer in sein Recht an dem Grundstück eingetreten ist – ist nun Millionär. Wie ein zweiter Rip Van Winkle hätte er sich schlafen legen können; reich wäre er dennoch geworden, nicht aufgrund eigener Leistung, sondern aufgrund des Bevölkerungswachstums. Es gibt Grundstücke, deren Eigentümer für jeden Meter Straßenfront mehr beziehen kann, als ein durchschnittlicher Handwerker verdient; andere ließen sich für mehr verkaufen, als nötig wäre, um ihre Fläche mit Goldmünzen zu pflastern. An den wichtigsten Straßen erheben sich hohe Gebäude aus Granit, Marmor, Eisen und Glas, aufwendig ausgestattet und mit allen Annehmlichkeiten versehen. Und doch sind sie weniger wert als der Boden, auf dem sie stehen – derselbe unveränderte Boden, der keinen Wert besaß, als unser erster Siedler ihn betrat.

Wer sich in einem fortschreitenden Land umsieht, kann selbst erkennen, dass das Bevölkerungswachstum auf diese Weise die

Grundrente besonders stark erhöht. Der Vorgang spielt sich vor seinen Augen ab. Die zunehmenden Produktivitätsunterschiede zwischen den genutzten Grundstücken, die den Anstieg der Grundrente bewirken, entstehen weniger daraus, dass die Bedürfnisse einer größeren Bevölkerung zum Ausweichen auf schlechteren Boden zwingen. Sie entstehen vielmehr aus der höheren Produktivität, die das Bevölkerungswachstum den bereits genutzten Grundstücken verleiht. Die wertvollsten Böden der Welt, die die höchste Grundrente abwerfen, zeichnen sich nicht durch eine außergewöhnliche natürliche Fruchtbarkeit aus. Ihren außergewöhnlichen Nutzen verdanken sie dem Bevölkerungswachstum.

Die höhere Produktivität oder Nutzbarkeit, die das Bevölkerungswachstum bestimmten Grundstücken auf die beschriebene Weise verleiht, haftet gewissermaßen schon ihrer bloßen Ausdehnung an. Die wertvolle Eigenschaft eines Grundstücks, das zum Bevölkerungszentrum geworden ist, besteht in seiner verfügbaren Fläche. Ob es sich um fruchtbaren Schwemmboden wie in Philadelphia, reiches Niederungsland wie in New Orleans, aufgeschüttetes Sumpfland wie in St. Petersburg oder eine Sandfläche wie in weiten Teilen San Franciscos handelt, macht keinen Unterschied.

Und selbst dort, wo der Wert scheinbar aus überlegenen natürlichen Eigenschaften entsteht – etwa aus tiefem Wasser und einem guten Ankerplatz, reichen Kohle- und Eisenvorkommen oder dichtem Nutzholzbestand –, zeigt die Beobachtung, dass erst die Bevölkerung diese Eigenschaften erschließt und wirtschaftlich wirksam macht. Die Kohle- und Eisengebiete Pennsylvanias, die heute gewaltige Summen wert sind, waren vor fünfzig Jahren wertlos. Was ist die wirksame Ursache dieses Unterschieds? Allein der

Unterschied in der Bevölkerungszahl. Die heute wertlosen Kohle- und Eisenvorkommen in Wyoming und Montana werden in fünfzig Jahren viele Millionen wert sein, einzig weil die Bevölkerung bis dahin erheblich zugenommen haben wird.

Das Schiff, auf dem wir durch den Weltraum reisen, ist reichlich mit Vorräten versehen. Scheinen Brot und Fleisch an Deck knapp zu werden, öffnen wir nur eine Luke und finden darunter neue Vorräte, von denen wir zuvor nichts ahnten. Und wer beim Öffnen dieser Luken sagen darf: »Das gehört mir!«, gewinnt eine gewaltige Verfügungsmacht über die Leistungen anderer Menschen.

Zusammenfassend wirkt sich das Bevölkerungswachstum auf die Verteilung des Wohlstands so aus, dass es die Grundrente erhöht und damit den Anteil des Ertrags vermindert, der Kapital und Arbeit zufällt – und zwar auf zwei Wegen: Erstens senkt es die Anbaugrenze. Zweitens erschließt es besondere, sonst verborgene Fähigkeiten des Bodens und bindet besondere Vorteile an bestimmte Grundstücke.

Ich neige zu der Auffassung, dass der zweite Weg, dem die politische Ökonomie bisher wenig Beachtung geschenkt hat, in Wirklichkeit der wichtigere ist. Für unsere Untersuchung kommt es darauf jedoch nicht entscheidend an.

KAPITEL III DIE AUSWIRKUNGEN TECHNISCHER VERBESSERUNGEN AUF DIE VERTEILUNG DES WOHLSTANDS

Nachdem wir technische Verbesserungen zunächst ausgeklammert hatten, haben wir die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die Verteilung des Wohlstands untersucht. Blenden wir nun umgekehrt das Bevölkerungswachstum aus und fragen, wie Verbesserungen der Produktionsverfahren die Verteilung beeinflussen.

Wir haben gesehen, dass das Bevölkerungswachstum die Grundrente eher durch eine Steigerung als durch eine Verringerung der Arbeitsproduktivität erhöht. Lässt sich nun zeigen, dass verbesserte Produktions- und Austauschmethoden die Grundrente unabhängig vom Bevölkerungswachstum ebenfalls steigern, ist die malthusianische Theorie – mitsamt allen aus ihr abgeleiteten oder mit ihr verwandten Lehren – endgültig und vollständig widerlegt. Denn dann können wir erklären, weshalb der materielle Fortschritt dazu neigt, die Löhne zu drücken und die Lage der untersten Bevölkerungsschicht zu verschlechtern, ohne auf die angeblich wachsende Belastung der Existenzmittel zurückzugreifen.

Dass es sich so verhält, wird meines Erachtens schon bei kurzer Überlegung deutlich.

Erfindungen und Verbesserungen der Produktionstechnik sparen Arbeit. Mit weniger Arbeit lässt sich dasselbe Ergebnis erzielen oder mit derselben Arbeit ein größeres.

In einer Gesellschaft, in der die vorhandene Arbeitskraft alle materiellen Wünsche befriedigen würde und die Möglichkeit ihrer Erfüllung keine neuen Wünsche wecken könnte, würden arbeitssparende Verbesserungen lediglich die

eingesetzte Arbeitsmenge vermindern. Eine solche Gesellschaftsform gibt es jedoch – wenn überhaupt, was ich bezweifle – nur dort, wo der Mensch dem Tier am nächsten steht. In einer sogenannten zivilisierten Gesellschaft, um die es in dieser Untersuchung geht, verhält es sich genau umgekehrt. Die Nachfrage ist keine feste Größe, die nur mit der Bevölkerung zunimmt. Bei jedem einzelnen Menschen wächst sie mit seiner Fähigkeit, die gewünschten Dinge zu erlangen. Der Mensch ist kein Ochse, der sich nach dem Fressen hinlegt und wiederkäut; er gleicht vielmehr der Tochter des Blutegels, die unaufhörlich »Gib, gib!« ruft. »Sobald ich etwas Geld habe«, sagte Erasmus, »kaufe ich mir griechische Bücher – und danach Kleidung.« Nirgendwo entspricht die erzeugte Wohlstandsmenge auch nur annähernd dem Verlangen nach Wohlstand; mit jeder zusätzlichen Möglichkeit der Befriedigung wachsen die Wünsche weiter.

Unter diesen Voraussetzungen führen arbeitssparende Verbesserungen zu einer höheren Wohlstandsproduktion. Für die Produktion von Wohlstand sind zwei Dinge erforderlich: Arbeit und Boden. Arbeitssparende Verbesserungen steigern daher die Nachfrage nach Boden. Wo die Qualitätsgrenze der genutzten Flächen erreicht ist, führen sie dazu, dass Boden mit geringerer natürlicher Produktivität in Nutzung genommen oder die Nutzung desselben Bodens bis zu einer weniger ertragreichen Stufe ausgedehnt wird. Die unmittelbare Wirkung arbeitssparender Verbesserungen besteht somit darin, die Leistungskraft der Arbeit zu erhöhen. Ihre mittelbare Wirkung besteht darin, die Produktion auszuweiten und – soweit dadurch die Anbaugrenze sinkt – die Grundrente zu erhöhen. Wo der Boden vollständig angeeignet ist, wie in England, oder wo er so schnell angeeignet wird beziehungsweise

angeeignet werden kann, wie er für die Nutzung benötigt wird, wie in den Vereinigten Staaten, besteht die endgültige Wirkung arbeitssparender Maschinen und Verbesserungen daher in einem Anstieg der Grundrente, ohne dass Löhne oder Zinsen steigen.

Es ist wichtig, dies vollständig zu verstehen. Es zeigt, dass Wirkungen, die nach den gängigen Theorien dem Bevölkerungswachstum zugeschrieben werden, in Wirklichkeit auf dem technischen Fortschritt beruhen. Zugleich erklärt es die sonst schwer verständliche Tatsache, dass arbeitssparende Maschinen den Arbeitenden nirgends zugutekommen.

Um diese Wahrheit vollständig zu erfassen, muss man jedoch im Gedächtnis behalten, worauf ich schon mehrfach hingewiesen habe: Wohlstand ist in seinen verschiedenen Formen austauschbar. Ich erwähne dies erneut, weil es von Autoren hartnäckig vergessen oder übergangen wird, die von landwirtschaftlicher Produktion sprechen, als sei sie von der Produktion im Allgemeinen zu trennen, und von Nahrung oder Lebensunterhalt, als gehörten diese nicht zum Wohlstand.

Die Leserinnen und Leser mögen sich daher vor Augen halten, was bereits hinreichend veranschaulicht wurde: Wer irgendeine Form von Wohlstand besitzt oder erzeugt, besitzt oder erzeugt damit faktisch jede andere Form von Wohlstand, gegen die sie eingetauscht werden kann. Dann wird deutlich, dass nicht nur Verbesserungen, die unmittelbar bei der Bodenbearbeitung Arbeit sparen, die Grundrente erhöhen, sondern sämtliche Verbesserungen, die auf irgendeine Weise Arbeit einsparen.

Dass die Arbeit eines einzelnen Menschen ausschließlich auf die Herstellung einer bestimmten Form von Wohlstand gerichtet ist, beruht allein auf der Arbeitsteilung. Ziel der Arbeit ist für den

Einzelnen nicht, Wohlstand in einer bestimmten Form zu erlangen, sondern Wohlstand in all den Formen, die seinen Wünschen entsprechen. Eine Verbesserung, die den Arbeitsaufwand für eines der gewünschten Güter vermindert, erhöht daher faktisch auch die Fähigkeit, alle übrigen Güter herzustellen. Muss ein Mensch die Hälfte seiner Arbeit für seine Ernährung und die andere Hälfte für Kleidung und Unterkunft einsetzen, dann erhöht eine Verbesserung, die seine Fähigkeit zur Nahrungsproduktion steigert, zugleich seine Fähigkeit, Kleidung und Unterkunft zu beschaffen. Sind seine Wünsche nach mehr oder besserer Nahrung ebenso stark wie jene nach mehr oder besserer Kleidung und Unterkunft, entspricht eine Verbesserung in einem Arbeitsbereich genau einer gleich großen Verbesserung im anderen. Verdoppelt die Verbesserung seine Fähigkeit zur Nahrungsproduktion, wird er ein Drittel weniger Arbeit für Nahrung und ein Drittel mehr für Kleidung und Unterkunft einsetzen. Verdoppelt sie seine Fähigkeit, Kleidung und Unterkunft zu beschaffen, wird er dafür ein Drittel weniger und für Nahrung ein Drittel mehr Arbeit aufwenden. Das Ergebnis ist in beiden Fällen dasselbe: Mit der gleichen Arbeit kann er von allen gewünschten Dingen in Menge oder Qualität ein Drittel mehr erhalten.

Wo die Produktion durch Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Menschen organisiert ist, erhöht eine größere Fähigkeit zur Herstellung eines der insgesamt angestrebten Güter daher zugleich die Fähigkeit, andere Güter zu beschaffen, und steigert deren Produktion. Das Ausmaß hängt vom Verhältnis der eingesparten Arbeit zur gesamten eingesetzten Arbeit und von der relativen Stärke der jeweiligen Wünsche ab. Ich kann mir keine Form von Wohlstand vorstellen, nach der die Nachfrage nicht stiege, wenn sich die zur

Herstellung anderer Güter erforderliche Arbeit verringerte. Leichenwagen und Särge werden gelegentlich als Dinge genannt, deren Nachfrage kaum zunehmen könne. Das trifft jedoch nur auf ihre Zahl zu. Wer beobachtet hat, wie stark der Wunsch ist, den Verstorbenen durch kostspielige Bestattungen Achtung zu erweisen, kann nicht bezweifeln, dass eine höhere Leistungsfähigkeit die Nachfrage nach teureren Leichenwagen und Särgen erhöhen würde.

Auch die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ist nicht begrenzt, wie in ökonomischen Überlegungen häufig, aber fälschlich angenommen wird. Der Lebensunterhalt wird oft wie eine feste Größe behandelt; fest ist jedoch nur sein Mindestmaß. Unterhalb einer bestimmten Menge kann ein Mensch nicht am Leben bleiben; unterhalb einer etwas größeren Menge kann er nicht gesund bleiben. Oberhalb dieses Minimums lässt sich der von einem Menschen beanspruchte Lebensunterhalt dagegen beinahe unbegrenzt steigern. Adam Smith sagt – und Ricardo stimmt ihm zu –, das Verlangen jedes Menschen nach Nahrung werde durch die geringe Aufnahmefähigkeit des menschlichen Magens begrenzt. Offenkundig trifft dies nur in dem Sinn zu, dass der Hunger gestillt ist, wenn der Bauch gefüllt ist. Die Ansprüche an Nahrung kennen eine solche Grenze nicht. Der Magen eines Ludwig XIV., Ludwig XV. oder Ludwig XVI. konnte nicht mehr aufnehmen oder verdauen als der Magen eines gleich großen französischen Bauern. Dennoch genügten dem Bauern wenige Quadratmeter Land für Schwarzbrot und Kräuter, während zur Erfüllung der königlichen Ansprüche Hunderttausende Hektar nötig waren. Der König verschwendete nicht nur selbst die feinsten Nahrungsmittel, sondern benötigte gewaltige Mengen für seine Bediensteten, Pferde und Hunde. Auch im gewöhnlichen Alltag und in den

unbefriedigten, vielleicht nur verborgenen Wünschen jedes Menschen lässt sich erkennen, dass jede größere Fähigkeit zur Herstellung irgendeiner Form von Wohlstand die Nachfrage nach Boden und nach unmittelbaren Bodenerzeugnissen steigern muss. Wer heute einfache Nahrung isst und in einem kleinen Haus lebt, wird bei höherem Einkommen gewöhnlich kostspieligere Nahrung wählen und in ein größeres Haus ziehen. Wird er immer reicher, hält er Pferde und Bedienstete und unterhält Gärten und Rasenflächen; sein Bedarf an Bodennutzung wächst fortwährend mit seinem Wohlstand. In der Stadt, in der ich schreibe, lebt ein Mann – ein Typus, den man überall findet –, der früher seine Bohnen selbst kochte und seinen Speck selbst briet. Seit er reich geworden ist, unterhält er ein Stadthaus, das einen ganzen Häuserblock einnimmt und als erstklassiges Hotel dienen könnte, zwei oder drei Landsitze mit weitläufigem Gelände, eine große Zahl von Rennpferden, ein Zuchtgestüt und eine private Rennbahn. Um seine heutigen Ansprüche zu erfüllen, ist gewiss mindestens tausendmal, vielleicht mehrere Tausend Mal so viel Boden erforderlich wie zu der Zeit, als er arm war.

Jede Verbesserung oder Erfindung, gleich welcher Art, die der Arbeit die Fähigkeit verleiht, mehr Wohlstand zu erzeugen, steigert somit die Nachfrage nach Boden und dessen unmittelbaren Erzeugnissen. Sie drängt die Anbaugrenze daher ebenso nach unten, wie es die Nachfrage einer wachsenden Bevölkerung tun würde. Jede arbeitssparende Erfindung – ob Dampfpflug, Telegraf, verbessertes Verfahren zur Erzverhüttung, leistungsfähigere Druckmaschine oder Nähmaschine – besitzt folglich die Tendenz, die Grundrente zu erhöhen.

Knapp formuliert lautet diese Wahrheit:

Da Wohlstand in all seinen Formen aus Arbeit entsteht, die auf Boden oder auf Bodenerzeugnisse angewandt wird, und da die Nachfrage nach Wohlstand unbefriedigt bleibt, wird jede Steigerung der Arbeitskraft dazu genutzt, mehr Wohlstand zu beschaffen. Dadurch nimmt die Nachfrage nach Boden zu.

Um die Wirkung arbeitssparender Maschinen und Verbesserungen zu veranschaulichen, nehmen wir ein Land an, in dem – wie in allen Ländern der zivilisierten Welt – nur ein Teil der Bevölkerung den Boden besitzt. Unterstellen wir weiter, dass ein dauerhaftes Hindernis jedes weitere Bevölkerungswachstum verhindert: entweder ein erlassenes und streng durchgesetztes herodianisches Gesetz oder eine Veränderung der Sitten und Moralvorstellungen, wie sie aus der weiten Verbreitung der Schriften Annie Besants folgen könnte. Die Anbau- oder Produktionsgrenze liege bei 20. Boden oder andere natürliche Möglichkeiten, die bei Einsatz von Arbeit und Kapital einen Ertrag von 20 liefern, erbringen dann gerade den gewöhnlichen Lohn- und Zinssatz, aber keine Grundrente. Alle Flächen, die bei gleichem Einsatz von Arbeit und Kapital mehr als 20 abwerfen, liefern den Überschuss als Grundrente. Bei gleichbleibender Bevölkerung werden nun Erfindungen und Verbesserungen eingeführt, die den für dieselbe Wohlstandsmenge erforderlichen Einsatz von Arbeit und Kapital um ein Zehntel verringern. Nun kann entweder ein Zehntel der Arbeit und des Kapitals freigesetzt werden, während die Produktion unverändert bleibt, oder Arbeit und Kapital werden in derselben Menge weiter eingesetzt und die Produktion wächst entsprechend. Die industrielle Ordnung ist jedoch – wie in allen zivilisierten Ländern – so beschaffen, dass Arbeit und Kapital, insbesondere aber die Arbeit, zu fast allen Bedingungen nach

Beschäftigung drängen müssen. Reine Lohnarbeitende sind nicht in der Lage, bei der neuen Verteilung ihren gerechten Anteil zu verlangen. Eine Verminderung des Arbeitseinsatzes in der Produktion zeigt sich deshalb zumindest zunächst nicht darin, dass jeder Arbeitende für weniger Arbeit dieselbe Ertragsmenge erhält, sondern darin, dass einige ihre Beschäftigung verlieren und überhaupt nichts vom Ertrag bekommen. Durch die mit den Verbesserungen gesteigerte Wirksamkeit der Arbeit lässt sich nun auf einer natürlichen Produktivitätsstufe von 18 derselbe Ertrag erzielen wie zuvor bei 20. Das unbefriedigte Verlangen nach Wohlstand und der Wettbewerb von Arbeit und Kapital um Beschäftigung sorgen daher dafür, dass sich die Produktionsgrenze – sagen wir – bis 18 ausdehnt. Die Grundrente steigt um den Unterschied zwischen 18 und 20, während Löhne und Zinsen ihrer Menge nach nicht höher sind als zuvor und als Anteil am Gesamtertrag sinken. Es wird mehr Wohlstand erzeugt, doch der gesamte Vorteil fällt – abgesehen von später zu erläuternden vorübergehenden Abzügen – den Grundeigentümern zu.

Gehen Erfindung und Verbesserung weiter, steigt die Wirksamkeit der Arbeit erneut, und für einen bestimmten Ertrag werden noch weniger Arbeit und Kapital benötigt. Dieselben Ursachen führen dazu, dass auch dieser neue Produktivitätsgewinn für die Herstellung zusätzlichen Wohlstands genutzt wird. Die Anbaugrenze wird weiter ausgedehnt, die Grundrente steigt sowohl ihrem Anteil als auch ihrer Menge nach, während Löhne und Zinsen unverändert bleiben. So wird die Produktionsgrenze mit dem Fortschritt von Erfindung und Verbesserung immer weiter abgesenkt und die Grundrente fortwährend erhöht, selbst wenn die Bevölkerung unverändert bleibt.

Damit will ich nicht sagen, dass die Absenkung der Produktionsgrenze stets genau dem Zuwachs an Produktivkraft entspricht oder dass der Vorgang in klar abgegrenzten Stufen verläuft. Ob die Produktionsgrenze im Einzelfall weniger oder weiter sinkt als es dem Produktivitätsgewinn entspricht, hängt meines Erachtens davon ab, wie groß der Produktivitätsbereich ist, der genutzt werden kann, bevor die Produktion auf die nächstniedrigere Stufe ausweichen muss. Liegt die Anbaugrenze beispielsweise bei 20, werden Verbesserungen, die denselben Ertrag mit einem Zehntel weniger Kapital und Arbeit ermöglichen, die Grenze nicht bis 18 verschieben, wenn der Bereich mit einer Produktivität von 19 groß genug ist, um die gesamte auf den besseren Böden freigesetzte Arbeit und das gesamte freigesetzte Kapital aufzunehmen. Dann bleibt die Anbaugrenze bei 19. Die Grundrente steigt um den Unterschied zwischen 19 und 20, Löhne und Zinsen um den Unterschied zwischen 18 und 19. Reicht der Produktivitätsbereich zwischen 20 und 18 bei demselben Produktivitätszuwachs dagegen nicht aus, um die gesamte freigesetzte Arbeit und das gesamte Kapital zu beschäftigen, muss die Anbaugrenze unter 18 sinken, sofern Arbeit und Kapital weiterhin in gleicher Menge Beschäftigung suchen. In diesem Fall gewinnt die Grundrente mehr hinzu, als der Ertrag insgesamt steigt, und Löhne und Zinsen liegen niedriger als vor den Verbesserungen, welche die Produktivkraft erhöht haben.

Ebenso wenig trifft es genau zu, dass sämtliche durch eine Verbesserung freigesetzte Arbeit nach einer neuen Beschäftigung in der Produktion zusätzlichen Wohlstands suchen wird. Die größere Möglichkeit zur Bedürfnisbefriedigung, die jede neue Verbesserung einem Teil der Gesellschaft verschafft, wird nicht nur für die Nachfrage nach

Wohlstand, sondern auch für Freizeit oder Dienstleistungen genutzt. Einige Arbeitende werden daher zu Nichtarbeitenden; andere wechseln aus der produktiven in die unproduktive Arbeit, deren Anteil, wie die Beobachtung zeigt, mit dem gesellschaftlichen Fortschritt zunimmt.

Ich werde jedoch gleich auf eine bisher noch nicht berücksichtigte Ursache eingehen, die fortwährend dazu neigt, die Anbaugrenze zu senken, den Anstieg der Grundrente zu verstetigen und ihn sogar über das Maß hinauszutreiben, das die tatsächliche Anbaugrenze bestimmen würde. Deshalb lohnt es sich nicht, diese Schwankungen in der Abwärtsbewegung der Anbaugrenze und der Aufwärtsbewegung der Grundrente näher zu berücksichtigen. Entscheidend ist allein: Auch ohne jedes Bevölkerungswachstum bewirkt der technische Fortschritt fortwährend, dass ein größerer Anteil des Ertrags den Grundeigentümern zufällt und ein immer kleinerer Anteil Arbeit und Kapital.

Da wir dem technischen Fortschritt keine Grenze setzen können, können wir auch dem Anstieg der Grundrente keine Grenze setzen – außer dem gesamten Ertrag. Würden arbeitssparende Erfindungen bis zur Vollkommenheit fortschreiten und jede Notwendigkeit menschlicher Arbeit bei der Wohlstandsproduktion beseitigen, ließe sich alles, was die Erde hervorbringen kann, ohne Arbeit gewinnen. Die Anbaugrenze sänke auf null. Löhne und Zinsen wären ebenfalls null; die Grundrente nähme alles in Anspruch. Da die Grundeigentümer ohne Arbeit den gesamten aus der Natur zu gewinnenden Wohlstand erhalten könnten, hätten sie weder für Arbeit noch für Kapital irgendeine Verwendung. Arbeit und Kapital hätten keine Möglichkeit, einen Anteil am erzeugten Wohlstand zu erzwingen. Wie klein die Bevölkerung auch sein mag: Wenn neben den Grundeigentümern

überhaupt noch jemand lebte, dann nur nach deren Belieben oder aus deren Gnade – entweder zu ihrer Unterhaltung oder als Bedürftiger, den sie aus Mildtätigkeit versorgten.

Die vollkommene arbeitssparende Erfindung mag sehr fern oder gar unerreichbar erscheinen. Doch auf dieses Ziel bewegt sich der technische Fortschritt täglich mit wachsender Kraft zu. Die Entvölkerung der ländlichen Gebiete Großbritanniens, wo kleine Höfe zu größeren Betrieben zusammengelegt werden, und die riesigen maschinell bewirtschafteten Weizenfelder Kaliforniens und Dakotas, durch deren wogendes Getreide man viele Meilen weit reiten kann, ohne eine menschliche Behausung zu sehen, lassen bereits das Endziel erahnen, auf das die gesamte zivilisierte Welt zusteuert. Dampfpflug und Erntemaschine schaffen in der modernen Welt Latifundien derselben Art, wie sie im alten Italien durch den Zustrom von Sklaven aus auswärtigen Kriegen entstanden. Für manchen armen Menschen, der von seinem gewohnten Platz verdrängt und zum Weiterziehen gezwungen wird – wie die römischen Bauern, die sich dem Proletariat der Großstadt anschließen oder ihr Blut in den Legionen für Brot verkaufen mussten –, erscheinen diese arbeitssparenden Erfindungen als Fluch an sich. Daher hört man Menschen von Arbeit sprechen, als wäre die ermüdende Anspannung der Muskeln um ihrer selbst willen etwas Erstrebenswertes.

In den vorstehenden Ausführungen habe ich selbstverständlich von Erfindungen und Verbesserungen gesprochen, die allgemein verbreitet sind. Solange eine Erfindung oder Verbesserung nur von wenigen genutzt wird und ihnen einen besonderen Vorteil verschafft, beeinflusst sie in Höhe dieses Sondervorteils die allgemeine Verteilung des Wohlstands nicht.

Dasselbe gilt für begrenzte Monopole, die durch das Patentrecht oder durch jene Umstände entstehen, die etwa Eisenbahn- und Telegrafenlinien einen vergleichbaren Charakter verleihen. Die daraus entstehenden Sondergewinne werden gewöhnlich mit Kapitalerträgen verwechselt, sind aber in Wahrheit – wie bereits in einem früheren Kapitel erläutert – Monopolerträge. Soweit sie den allgemeinen Nutzen einer Verbesserung abschöpfen, beeinflussen sie die allgemeine Verteilung zunächst nicht. Der Nutzen einer Eisenbahn oder einer ähnlichen Verbesserung in Form niedrigerer Transportkosten wird beispielsweise in dem Maß verbreitet oder monopolisiert, in dem die Tarife auf einen Satz sinken, der nur den gewöhnlichen Zins auf das investierte Kapital abwirft, oder auf einem Niveau gehalten werden, das eine außerordentliche Rendite beziehungsweise die Bereicherung der Erbauer oder Direktoren deckt. Bekanntlich steigen Grundrente und Bodenwerte in dem Maß, in dem die Tarife sinken.

Wie bereits gesagt, gehören zu den Verbesserungen, welche die Grundrente erhöhen, nicht nur jene, die die Produktivkraft unmittelbar steigern. Dazu zählen auch Verbesserungen der Staatsführung, der Sitten und der Moral, sofern sie die Produktivkraft mittelbar erhöhen. Als materielle Kräfte betrachtet, steigern sie alle die Leistungsfähigkeit der Produktion; wie bei Verbesserungen der Produktionstechnik wird ihr Nutzen letztlich von den Grundeigentümern monopolisiert. Ein bemerkenswertes Beispiel liefert die Abschaffung des Protektionismus in England. Der Freihandel hat den Wohlstand Großbritanniens gewaltig gesteigert, ohne die Armut zu vermindern. Er hat lediglich die Grundrente erhöht. Würden die korrupten Verwaltungen unserer großen amerikanischen Städte zu Vorbildern von

Redlichkeit und Sparsamkeit, stiege ebenfalls nur der Bodenwert – weder Löhne noch Zinsen würden zunehmen.

KAPITEL IV DIE AUSWIRKUNGEN DER DURCH DEN MATERIELLEN FORTSCHRITT GEWECKTEN ERWARTUNGEN

Wir haben nun gesehen, dass eine wachsende Bevölkerung die Grundrente erhöht. Ebenso wirken alle Ursachen, die in einer fortschreitenden Gesellschaft die Produktivkraft der Arbeit steigern, auf einen Anstieg der Grundrente hin – nicht auf höhere Löhne oder Zinsen. Die zusätzliche Wohlstandsproduktion fällt letztlich den Grundeigentümern in Form einer höheren Grundrente zu. Im Verlauf des Fortschritts können zwar auch Menschen Vorteile erhalten, die keinen Boden besitzen, und erhebliche Teile des zusätzlichen Ertrags in ihren Händen bündeln. In all diesen Verbesserungen liegt jedoch nichts, was den allgemeinen Ertrag der Arbeit oder des Kapitals erhöhen würde.

Um den Einfluss des materiellen Fortschritts auf die Verteilung des Wohlstands vollständig zu erklären, müssen wir jedoch noch eine bisher nicht erwähnte Ursache berücksichtigen.

Diese Ursache ist die zuversichtliche Erwartung künftig steigender Bodenwerte. Sie entsteht in allen fortschreitenden Ländern aus dem stetigen Anstieg der Grundrente und führt zur Spekulation: Boden wird zu einem höheren Preis zurückgehalten, als er

unter den gegenwärtigen Verhältnissen sonst erzielen könnte.

Bisher haben wir – wie es in Erläuterungen der Rententheorie gewöhnlich geschieht – vorausgesetzt, dass die tatsächliche Anbaugrenze stets mit der notwendigen Anbaugrenze übereinstimmt. Wir haben also angenommen, dass sich die Produktion nur dann auf weniger ertragreiche Möglichkeiten ausdehnt, wenn dies notwendig wird, weil die natürlichen Möglichkeiten auf den ertragreicheren Stufen bereits vollständig genutzt werden.

In gleichbleibenden oder nur sehr langsam fortschreitenden Gesellschaften mag dies zutreffen. In schnell wachsenden Gesellschaften, in denen der rasche und stetige Anstieg der Grundrente die Erwartung weiterer Steigerungen nährt, ist es jedoch anders. Die zuversichtliche Erwartung höherer Preise erzeugt dort in größerem oder geringerem Maß eine Wirkung wie eine Absprache unter Grundeigentümern. Sie führt dazu, dass Boden in Erwartung höherer Preise der Nutzung entzogen wird. Dadurch wird die Anbaugrenze weiter verschoben, als es die Erfordernisse der Produktion verlangen.

Diese Ursache muss in allen fortschreitenden Gesellschaften bis zu einem gewissen Grad wirken. In Ländern wie England, wo in der Landwirtschaft das Pachtsystem vorherrscht, zeigt sie sich möglicherweise stärker im Verkaufspreis des Bodens als in der landwirtschaftlichen Anbaugrenze oder der tatsächlich gezahlten Grundrente. In Gesellschaften wie den Vereinigten Staaten dagegen, wo Nutzerinnen und Nutzer den Boden nach Möglichkeit gewöhnlich selbst besitzen wollen und große Gebiete erschlossen werden können, entfaltet sie eine gewaltige Wirkung.

Die riesige Fläche, über die sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten verteilt, macht dies

sichtbar. Wer von der Ostküste aufbricht, um die Anbaugrenze zu erreichen, an der Boden ohne Grundrente erhältlich ist, muss – wie der Mann, der einen Fluss durchschwamm, um etwas zu trinken – lange Strecken durch halb bewirtschaftete Höfe und weite Gebiete unberührten Bodens zurücklegen, bevor er an den Punkt gelangt, an dem Boden tatsächlich ohne Grundrente, also durch Heimstätteneintrag oder Vorkaufsrecht, erworben werden kann. Er selbst und mit ihm die Anbaugrenze werden durch die Spekulation viel weiter hinausgedrängt, als es nötig wäre. Denn die dazwischenliegenden ungenutzten Flächen werden in der Erwartung zurückgehalten, künftig im Wert zu steigen. Lässt er sich schließlich nieder, nimmt er seinerseits möglichst mehr Boden in Besitz, als er nutzen kann, weil er davon ausgeht, dass dieser bald wertvoll sein werde. Wer ihm folgt, wird dadurch erneut weiter hinausgedrängt, als es die Produktion erfordert. Die Anbaugrenze wandert zu noch weniger ertragreichen Möglichkeiten, weil diese noch weiter entfernt liegen.

Dasselbe lässt sich in jeder schnell wachsenden Stadt beobachten. Würde Boden mit besserer Lage stets vollständig genutzt, bevor Boden mit schlechterer Lage in Anspruch genommen wird, blieben bei der Ausdehnung einer Stadt keine Grundstücke unbebaut; ebenso wenig stünden armselige Hütten zwischen kostspieligen Gebäuden. Solche Grundstücke, darunter äußerst wertvolle, werden der Nutzung oder der vollständigen möglichen Nutzung entzogen. Ihre Eigentümer können oder wollen sie nicht selbst bebauen und halten sie in Erwartung steigender Bodenwerte zu einem höheren Preis zurück, als Menschen, die sie entwickeln möchten, gegenwärtig zahlen könnten. Weil diese Grundstücke ungenutzt oder untergenutzt bleiben,

wird der Stadtrand entsprechend weiter vom Zentrum weggeschoben.

Erreichen wir den Rand der wachsenden Stadt – also die tatsächliche Baugrenze, die der Anbaugrenze in der Landwirtschaft entspricht –, können wir den Boden nicht zu seinem landwirtschaftlichen Wert kaufen, wie es der Fall wäre, wenn die Grundrente allein durch den gegenwärtigen Bedarf bestimmt würde. Vielmehr besitzt der Boden noch weit über die Stadt hinaus einen Spekulationswert, der auf der Erwartung beruht, er werde künftig für städtische Zwecke benötigt. Um den Punkt zu erreichen, an dem Boden zu einem Preis erhältlich ist, der nicht auf einer städtischen Grundrente beruht, müssen wir deshalb sehr weit über die tatsächliche Grenze der städtischen Nutzung hinausgehen.

Nehmen wir einen anders gelagerten Fall, zu dem sich zweifellos in jeder Gegend ähnliche Beispiele finden lassen. Im Marin County liegt in gut erreichbarer Nähe von San Francisco ein prächtiger Bestand an Küstenmammutbäumen. Naturgemäß müsste dieses Holz zuerst genutzt werden, bevor der Markt von San Francisco aus sehr viel weiter entfernten Waldgebieten versorgt wird. Dennoch ist der Bestand bis heute unangetastet, während täglich Holz, das viele Meilen weiter entfernt geschlagen wurde, mit der Eisenbahn an ihm vorbeigefahren wird. Der Eigentümer zieht es vor, auf den höheren Preis zu warten, den das Holz künftig erzielen wird. Weil dieser Waldbestand der Nutzung entzogen wird, verschiebt sich die Produktionsgrenze für Mammutbaumholz an der Küstenkette entsprechend weiter nach Norden und Süden. Ebenso ist bekannt, dass mineralhaltiger Boden nach seiner Überführung in Privateigentum häufig ungenutzt bleibt, während ärmere Lagerstätten ausgebeutet werden. In neuen Bundesstaaten begegnet man oft Menschen, die als

»landarm« bezeichnet werden: Sie bleiben arm, mitunter bis zur Entbehrung, weil sie darauf bestehen, Boden, den sie selbst nicht nutzen können, zu Preisen zu halten, zu denen auch niemand sonst ihn wirtschaftlich nutzen kann.

Kehren wir nun zu dem Beispiel des vorangegangenen Kapitels zurück. Die Anbaugrenze liegt bei 20. Dann steigt die Produktivkraft so, dass sich derselbe Ertrag mit einem Zehntel weniger Arbeit erzielen lässt. Aus den bereits genannten Gründen muss die Produktionsgrenze nun sinken. Bleibt sie bei 18, erhalten Arbeit und Kapital denselben Ertrag wie zuvor bei einer Grenze von 20. Ob sie bis 18 oder noch weiter sinkt, hängt von dem Produktivitätsbereich zwischen 20 und 18 ab. Veranlasst die sichere Erwartung eines weiteren Grundrentenanstiegs die Grundeigentümer jedoch dazu, für Boden der Stufe 20 eine Grundrente von 3, für Boden der Stufe 19 eine von 2 und für Boden der Stufe 18 eine von 1 zu verlangen und ihre Flächen bis zur Erfüllung dieser Bedingungen zurückzuhalten, kann der nutzbare Produktivitätsbereich so stark schrumpfen, dass die Anbaugrenze auf 17 oder noch tiefer fallen muss. Als Folge der gestiegenen Leistungsfähigkeit der Arbeit erhalten die Arbeitenden dann weniger als zuvor; die Zinsen sinken entsprechend, während die Grundrente stärker steigt als die Produktivkraft.

Ob wir diesen Vorgang als Ausdehnung der Produktionsgrenze oder als Verschiebung der Grundrentenlinie über die Produktionsgrenze hinaus beschreiben: Der Einfluss der Bodenspekulation auf die Erhöhung der Grundrente ist eine bedeutende Tatsache, die keine vollständige Theorie der Wohlstandsverteilung in fortschreitenden Ländern übergehen kann. Sie ist eine vom materiellen Fortschritt hervorgebrachte Kraft, die fortwährend dazu neigt, die Grundrente

stärker zu erhöhen als die Produktion. Mit fortschreitendem materiellem Fortschritt und wachsender Produktivkraft drückt sie die Löhne daher nicht nur relativ, sondern auch absolut. Gerade diese expansive Kraft bringt in neuen Ländern mit großer Macht scheinbar lange vor ihrer Zeit die sozialen Krankheiten älterer Länder hervor: Sie erzeugt Obdachlose auf unberührtem Boden und lässt Bedürftige auf nur halb bewirtschaftetem Land entstehen.

Kurz gesagt erzeugt der allgemeine und stetige Anstieg der Bodenwerte in einer fortschreitenden Gesellschaft zwangsläufig eine zusätzliche Aufwärtstendenz. Dasselbe beobachten wir bei Waren, wenn eine allgemeine und anhaltende Ursache ihren Preis erhöht. Während der raschen Geldentwertung in den letzten Tagen der Südstaatenkonföderation ließ die Möglichkeit, eine heute gekaufte Ware morgen zu einem höheren Preis weiterzuverkaufen, die Warenpreise noch schneller steigen als der Geldwert fiel. Ebenso beschleunigt der stetige Anstieg der Bodenwerte, den der materielle Fortschritt hervorbringt, diesen Anstieg zusätzlich. In den spekulativen Bodenpreisräuschen, die das Wachstum neuer Gesellschaften begleiten, sehen wir diese sekundäre Ursache mit voller Kraft. Doch auch wenn solche Spekulationswellen außergewöhnliche und nur zeitweise auftretende Erscheinungen sind, wirkt die zugrunde liegende Ursache unbestreitbar in allen fortschreitenden Gesellschaften fortwährend, wenn auch mit unterschiedlicher Stärke.

Die Kraft, welche die Spekulation mit Waren begrenzt – dass steigende Preise ein zusätzliches Angebot hervorrufen –, kann den spekulativen Anstieg der Bodenwerte nicht begrenzen. Boden ist mengenmäßig festgelegt; menschliches Handeln kann seine Menge weder vermehren noch

vermindern. Dennoch besitzt auch der Bodenpreis eine Grenze: das Mindestmaß, das Arbeit und Kapital erhalten müssen, damit Produktion überhaupt stattfindet. Könnten die Löhne fortlaufend bis auf null gesenkt werden, ließe sich die Grundrente erhöhen, bis sie den gesamten Ertrag verschlänge. Doch die Löhne können dauerhaft nicht unter den Punkt fallen, an dem Menschen bereit sind zu arbeiten und sich fortzupflanzen; ebenso wenig können die Zinsen unter den Punkt sinken, an dem Kapital noch für die Produktion eingesetzt wird. Diese Grenze bremst den spekulativen Anstieg der Grundrente. Deshalb kann Spekulation die Grundrente in Ländern, in denen Löhne und Zinsen bereits nahe am Minimum liegen, nicht ebenso stark erhöhen wie in Ländern, in denen sie deutlich darüber liegen. Gleichwohl besteht meines Erachtens in allen fortschreitenden Ländern eine ständige Tendenz des spekulativen Grundrentenanstiegs, die Grenze zu überschreiten, an der die Produktion zum Erliegen kommt. Dies zeigen die wiederkehrenden Phasen industrieller Lähmung – ein Gegenstand, den wir im nächsten Buch eingehender untersuchen werden.

ANMERKUNGEN ZUM VIERTEN BUCH

39 Dazu sei Folgendes angemerkt: (1) Die allgemeine Tatsache ist, wie die Entwicklung der Landwirtschaft in den neueren Bundesstaaten der Union und die Beschaffenheit der in den älteren Staaten ungenutzt gebliebenen Flächen zeigen,

dass der Anbau von besseren zu schlechteren Bodenqualitäten fortschreitet. (2) Ob die Produktion von den absolut besseren zu den absolut schlechteren Böden verläuft oder umgekehrt – und vieles spricht dafür, dass »besser« und »schlechter« in diesem Zusammenhang lediglich unser Wissen widerspiegeln und künftige Fortschritte in heute als besonders unfruchtbar geltenden Teilen der Erde ausgleichende Eigenschaften entdecken könnten –, sie bewegt sich stets und muss sich aufgrund der Natur des menschlichen Geistes stets von Boden, der unter den bestehenden Bedingungen als besser gilt, zu Boden, der unter den bestehenden Bedingungen als schlechter gilt. (3) Ricardos Gesetz der Grundrente hängt nicht von der Richtung ab, in der sich der Anbau ausdehnt, sondern von dem Satz, dass ein Boden höherer Qualität mehr Ertrag abwirft als ein Boden bestimmter geringerer Qualität, sofern dieser überhaupt einen Ertrag liefert.

FÜNFTES BUCH DAS PROBLEM GELÖST

KAPITEL I – DIE HAUPTURSACHE WIEDERKEHRENDER WIRTSCHAFTSKRISEN

KAPITEL II – DAS FORTBESTEHEN DER ARMUT BEI WACHSENDEM WOHLSTAND

Wem zu einer bestimmten Zeit der Boden gehört, dem gehören auch seine Früchte. Weiße Sonnenschirme und vor Stolz rasende Elefanten sind die Blüten einer Landverleihung. – Sir William Jones, Übersetzung einer in Tanna gefundenen indischen Landurkunde

Die Witwe sammelt Brennnesseln für das Mittagessen ihrer Kinder; ein parfümierter Seigneur, der sich behaglich im Œil-de-Bœuf räkelt, verfügt über eine Alchemie, mit der er ihr die dritte Brennnessel entzieht – und nennt dies Grundrente. – Thomas Carlyle

KAPITEL I DIE HAUPTURSACHE WIEDERKEHRENDER WIRTSCHAFTSKRISEN

Unsere lange Untersuchung ist beendet. Nun können wir ihre Ergebnisse ordnen.

Beginnen wir mit den Wirtschaftskrisen, zu deren Erklärung so viele widersprüchliche und in sich widersprüchliche Theorien vorgebracht werden.

Betrachten wir, wie der spekulative Anstieg der Bodenwerte die Erträge von Arbeit und Kapital vermindert und die Produktion hemmt, führt dies meines Erachtens zwingend zu folgendem Schluss: Darin liegt die Hauptursache jener periodischen Wirtschaftskrisen, für die jedes zivilisierte Land und alle zivilisierten Länder gemeinsam zunehmend anfällig zu sein scheinen.

Damit will ich nicht behaupten, es gebe keine weiteren unmittelbaren Ursachen. Die wachsende Komplexität und gegenseitige Abhängigkeit des Produktionsapparats, durch die sich jede Erschütterung oder Unterbrechung in immer weiteren Kreisen ausbreitet; der grundlegende Mangel von Währungssystemen, die sich gerade dann verengen, wenn sie am dringendsten benötigt werden; die gewaltigen Schwankungen im Umfang der einfacheren Formen des Handelskredits, die den Austausch in viel größerem Maß vermitteln und in Gang halten als jede Form von Bargeld; Schutzzölle, die dem Zusammenspiel der Produktivkräfte künstliche Hindernisse entgegensetzen; und andere vergleichbare Ursachen tragen zweifellos erheblich zur Entstehung und Fortdauer dessen bei, was man als schlechte Zeiten bezeichnet. Sowohl aus den Grundsätzen als auch aus der Beobachtung der Erscheinungen wird jedoch deutlich, dass die große auslösende Ursache im spekulativen Anstieg der Bodenwerte gesucht werden muss.

Im vorangegangenen Kapitel habe ich gezeigt, dass der spekulative Anstieg der Bodenwerte dazu neigt, die Anbau- oder Produktionsgrenze über ihr normales Maß hinauszudrängen. Arbeit und Kapital werden dadurch gezwungen, sich mit einem

geringeren Ertrag zufriedenzugeben oder – und nur so können sie sich dieser Tendenz widersetzen – die Produktion einzustellen. Es ist nicht nur natürlich, dass sich Arbeit und Kapital dagegen wehren, dass steigende spekulative Grundrenten Löhne und Zinsen nach unten drücken; sie sind aus Selbsterhaltung dazu gezwungen. Denn es gibt einen Mindestertrag, unterhalb dessen Arbeit nicht bestehen und Kapital nicht erhalten werden kann. Aus der Bodenspekulation lassen sich daher sämtliche Erscheinungen ableiten, die diese wiederkehrenden Phasen wirtschaftlicher Krise kennzeichnen.

In einer fortschreitenden Gesellschaft, deren Bevölkerung wächst und in der eine Verbesserung auf die nächste folgt, muss der Boden ständig an Wert gewinnen. Dieser stetige Anstieg führt naturgemäß zu Spekulation: Künftige Wertsteigerungen werden vorweggenommen, und die Bodenwerte steigen über den Punkt hinaus, an dem Arbeit und Kapital unter den bestehenden Produktionsbedingungen noch ihre gewohnten Erträge erhalten. Deshalb beginnt die Produktion ins Stocken zu geraten. Das bedeutet nicht unbedingt oder auch nur wahrscheinlich, dass die Produktion absolut sinkt. Vielmehr wächst sie nicht mehr im gleichen Verhältnis, weil zusätzliche Arbeit und zusätzliches Kapital zu den üblichen Ertragssätzen keine Beschäftigung finden. In einer fortschreitenden Gesellschaft entspricht dies dem absoluten Produktionsrückgang einer gleichbleibenden Gesellschaft.

Eine solche Produktionsstockung an einzelnen Punkten muss sich an anderen Stellen des wirtschaftlichen Netzes als Nachfrageausfall zeigen. Dieser hemmt dort wiederum die Produktion. So breitet sich die Lähmung durch sämtliche Verflechtungen von Wirtschaft und Handel aus, stört überall teilweise Produktion und

Austausch und bringt Erscheinungen hervor, die – je nach Blickwinkel – wie Überproduktion oder Überkonsum wirken.

Die so entstehende Krise dauert an, bis erstens der spekulative Aufschlag auf die Grundrente verschwunden ist, zweitens die durch Bevölkerungswachstum und technischen Fortschritt gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeit es der normalen Grundrentenlinie ermöglicht hat, die spekulative Grundrentenlinie einzuholen, oder drittens Arbeit und Kapital bereit sind, die Produktion für geringere Erträge wieder aufzunehmen. Höchstwahrscheinlich wirken alle drei Ursachen zusammen und schaffen ein neues Gleichgewicht. Dann setzen sämtliche Produktivkräfte wieder ein, und es folgt eine Phase wirtschaftlicher Aktivität. Daraufhin beginnt die Grundrente erneut zu steigen, ein neuer spekulativer Anstieg setzt ein, die Produktion wird wiederum gehemmt – und derselbe Kreislauf beginnt von vorn.

Das hoch entwickelte und komplizierte Produktionssystem der modernen Zivilisation besteht nicht aus klar getrennten und unabhängigen Wirtschaftsgemeinschaften. Geografisch oder politisch voneinander abgegrenzte Gesellschaften verschmelzen ihre Wirtschaftsordnungen und verflechten sie auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maß. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass die Wirkung der Ursache ebenso deutlich und unmittelbar folgt wie in einer einfacheren Wirtschaftsordnung oder in einer Gesellschaft, die ein vollständiges und eigenständiges wirtschaftliches Ganzes bildet. Dennoch entsprechen die tatsächlich beobachteten wechselnden Phasen von Aktivität und Krise eindeutig den Erscheinungen, die wir aus dem

spekulativen Anstieg der Grundrente abgeleitet haben.

Die Ableitung zeigt somit, wie die tatsächlichen Erscheinungen aus dem Grundsatz hervorgehen. Kehren wir den Vorgang um, können wir ebenso leicht durch Induktion von den Erscheinungen auf den Grundsatz schließen.

Diesen Krisen gehen stets Phasen wirtschaftlicher Aktivität und Spekulation voraus. Der Zusammenhang zwischen beiden wird allgemein anerkannt: Die Krise gilt als Reaktion auf die Spekulation, so wie der morgendliche Kopfschmerz die Folge des nächtlichen Rausches ist. Wie genau die Krise aus der Spekulation entsteht, wird jedoch unterschiedlich erklärt. Die Versuche auf beiden Seiten des Atlantiks, die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu deuten, lassen zwei Denkschulen erkennen.

Die eine Schule behauptet, die Spekulation habe durch Überproduktion zur Krise geführt. Sie verweist auf Lagerhäuser voller Waren, die sich nicht zu lohnenden Preisen verkaufen lassen, auf stillgelegte oder nur mit halber Kraft arbeitende Fabriken, geschlossene Bergwerke und aufgelegte Dampfschiffe, auf ungenutztes Geld in Banktresoren sowie auf Arbeitende, die zu Untätigkeit und Entbehrung gezwungen sind. Diese Tatsachen sollen zeigen, dass die Produktion die Konsumnachfrage überstiegen habe. Zusätzlich verweist diese Schule darauf, dass eine Regierung im Krieg als gewaltiger Verbraucher auftritt und dann lebhafte Geschäftszeiten herrschen – wie in den Vereinigten Staaten während des Bürgerkriegs und in England während der Napoleonischen Kriege.

Die andere Schule erklärt, die Spekulation habe durch Überkonsum zur Krise geführt. Sie deutet volle Lagerhäuser, rostende Dampfschiffe, geschlossene Fabriken und arbeitslose Menschen

als Zeichen eines Ausfalls wirksamer Nachfrage. Dieser beruhe darauf, dass die Menschen, durch einen nur scheinbaren Wohlstand verschwenderisch geworden, über ihre Verhältnisse gelebt hätten und sich nun einschränken müssten – also weniger Wohlstand verbrauchen könnten. Außerdem verweist sie auf den gewaltigen Verbrauch von Wohlstand durch Kriege, den Bau unrentabler Eisenbahnen, Darlehen an zahlungsunfähige Regierungen und Ähnliches. Diese Verschwendung sei im Augenblick ebenso wenig spürbar wie die Vermögensminderung für einen Verschwender, müsse nun jedoch durch eine Phase geringeren Konsums ausgeglichen werden.

Jede dieser Theorien drückt offenbar eine Seite oder Erscheinungsform einer allgemeinen Wahrheit aus. Doch beide erfassen die Wahrheit nicht vollständig. Als Erklärung der beobachteten Erscheinungen sind sie gleichermaßen und vollständig widersinnig.

Wie kann es Überproduktion geben, solange die große Mehrheit der Menschen mehr Wohlstand begehrt, als sie erhalten kann, und bereit ist, dafür das Grundmaterial des Wohlstands anzubieten – ihre Arbeit? Und wie kann Überkonsum herrschen, während Produktionsanlagen ungenutzt verfallen und Produzierende gegen ihren Willen zur Untätigkeit verurteilt sind?

Wenn gleichzeitig der Wunsch besteht, mehr zu verbrauchen, und die Fähigkeit sowie die Bereitschaft vorhanden sind, mehr zu produzieren, lässt sich die Lähmung von Wirtschaft und Handel weder der Überproduktion noch dem Überkonsum zuschreiben. Das Problem liegt offenkundig darin, dass Produktion und Konsum nicht zueinanderfinden und einander nicht befriedigen können.

Wie entsteht diese Unfähigkeit? Sie ist offenkundig und nach allgemeiner Auffassung eine Folge der Spekulation. Doch womit wird spekuliert?

Gewiss nicht mit den Erzeugnissen der Arbeit – also mit landwirtschaftlichen oder mineralischen Produkten oder mit Industriewaren. Denn Spekulation mit solchen Gütern gleicht, wie die gängigen Abhandlungen hinreichend zeigen, lediglich Angebot und Nachfrage aus. Ähnlich dem Schwungrad einer Maschine stabilisiert sie das Zusammenspiel von Produktion und Konsum.

Ist Spekulation die Ursache dieser Wirtschaftskrisen, muss sie sich daher auf etwas richten, das nicht durch Arbeit erzeugt wird, aber für die Anwendung von Arbeit bei der Wohlstandsproduktion notwendig und in seiner Menge unveränderlich ist. Mit anderen Worten: Es muss sich um Spekulation mit Boden handeln.

In den Vereinigten Staaten ist klar erkennbar, dass Bodenspekulation die eigentliche Ursache wirtschaftlicher Krisen ist. Während jeder Phase wirtschaftlicher Aktivität stiegen die Bodenwerte stetig an. Schließlich mündete der Anstieg in eine Spekulationswelle, die sie sprunghaft in die Höhe trieb. Darauf folgten ausnahmslos eine teilweise Einstellung der Produktion und als Gegenstück ein Ausfall wirksamer Nachfrage – also eine Flaute des Handels –, meist begleitet von einem Zusammenbruch im Geschäftsleben. Anschließend trat eine Phase relativer Stagnation ein, in der sich das Gleichgewicht langsam wiederherstellte, bevor derselbe Kreislauf von Neuem begann. Dieser Zusammenhang ist in der gesamten zivilisierten Welt zu beobachten. Phasen wirtschaftlicher Aktivität gipfeln stets in einem spekulativen Anstieg der Bodenwerte. Danach zeigen sich Anzeichen gehemmter Produktion, zuerst meist in einem Nachfrageausfall aus den neueren Ländern, in denen die Bodenwerte am stärksten gestiegen sind.

Dass dies die wichtigste Erklärung dieser Krisen sein muss, wird eine Untersuchung der Tatsachen zeigen.

Jeder Handel ist, daran sei erinnert, ein Austausch von Waren gegen Waren. Wenn in einer Handelskrise die Nachfrage nach bestimmten Waren ausfällt, bedeutet dies in Wahrheit, dass das Angebot anderer Waren versiegt. Händler verkaufen weniger und Hersteller erhalten weniger Aufträge, obwohl die Güter, die sie anbieten oder herstellen könnten, weiterhin weithin begehrt werden. Dies zeigt lediglich, dass weniger von den anderen Gütern angeboten wird, die im Austausch für sie gegeben würden. Im gewöhnlichen Sprachgebrauch heißt es, »den Käufern fehle das Geld« oder »das Geld werde knapp«. Dabei übersehen wir jedoch, dass Geld nur das Tauschmittel ist. Den möglichen Käufern fehlen in Wahrheit nicht Geldscheine oder Münzen, sondern Güter, die sie in Geld umwandeln könnten. Was tatsächlich knapper wird, sind Erzeugnisse irgendeiner Art. Der Rückgang der wirksamen Nachfrage der Verbraucher ist daher nur die Folge eines Produktionsrückgangs.

Ladeninhaber in einer Fabrikstadt erkennen dies sehr deutlich, wenn die Werke schließen und ihre Beschäftigten entlassen. Die Einstellung der Produktion nimmt den Arbeitenden die Mittel für die gewünschten Einkäufe. Der Ladeninhaber verfügt angesichts der gesunkenen Nachfrage plötzlich über einen übermäßigen Warenbestand und muss Angestellte entlassen und seine eigene Nachfrage anderweitig verringern. Auf dieselbe Weise muss auch der Nachfrageausfall entstehen, der einen Hersteller mit zu großen Lagerbeständen zurücklässt und zur Entlassung seiner Beschäftigten zwingt. Dabei spreche ich selbstverständlich von allgemeinen Fällen und nicht von Verschiebungen der relativen Nachfrage, die

etwa durch einen Modewechsel verursacht werden. Irgendwo – vielleicht am anderen Ende der Welt – hat eine Produktionshemmung den Konsum eingeschränkt. Dass die Nachfrage zurückgeht, ohne dass die Bedürfnisse befriedigt wären, zeigt, dass die Produktion irgendwo gehemmt wird.

Die Menschen wünschen die Güter des Herstellers ebenso sehr wie zuvor, genauso wie die Fabrikbeschäftigten weiterhin die Waren des Ladeninhabers benötigen. Doch sie können weniger dafür anbieten. Irgendwo ist die Produktion gehemmt worden. Der Rückgang des Angebots bestimmter Güter zeigt sich als Nachfrageausfall bei anderen Gütern; die Störung verbreitet sich durch das gesamte Gefüge von Produktion und Austausch. Die wirtschaftliche Pyramide ruht offenkundig auf dem Boden. Die ursprünglichen und grundlegenden Tätigkeiten, welche die Nachfrage nach allen anderen Tätigkeiten hervorbringen, sind jene, die der Natur Wohlstand abgewinnen. Verfolgen wir die Produktionshemmung, die sich in geringerer Kaufkraft zeigt, von einem Austauschpunkt zum nächsten und von einer Tätigkeit zur anderen zurück, müssen wir letztlich auf ein Hindernis stoßen, das die Anwendung von Arbeit auf den Boden beschränkt. Dieses Hindernis ist offenkundig der spekulative Anstieg der Grundrente oder des Bodenwerts. Er wirkt wie eine Aussperrung von Arbeit und Kapital durch die Grundeigentümer – und ist tatsächlich nichts anderes. Die an der Grundlage der verflochtenen Wirtschaft einsetzende Produktionshemmung verbreitet sich von Austauschpunkt zu Austauschpunkt. Das versiegende Angebot wird zum Ausfall der Nachfrage, bis gewissermaßen die gesamte Maschine aus dem Takt gerät. Überall bietet sich dann das Bild ungenutzter Arbeit, während die Arbeitenden Not leiden.

Das befremdliche und unnatürliche Bild zahlreicher arbeitswilliger Menschen, die keine Beschäftigung finden, genügt bereits, um jedem folgerichtig denkenden Menschen die wahre Ursache nahezulegen. Die Gewöhnung mag unseren Blick dafür abgestumpft haben, doch es ist befremdlich und unnatürlich, dass Menschen arbeiten möchten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, aber keine Gelegenheit dazu finden. Weil Arbeit Wohlstand erzeugt, gleicht ein Mensch, der seine Arbeit gegen Nahrung, Kleidung oder eine andere Form von Wohlstand tauschen möchte, jemandem, der Goldbarren gegen Münzen oder Weizen gegen Mehl anbietet. Wir sprechen vom Angebot an und von der Nachfrage nach Arbeit. Das sind jedoch nur relative Begriffe. Das Arbeitsangebot ist überall gleich: Mit jedem Mund kommen stets zwei Hände zur Welt, auf zwanzig Mädchen einundzwanzig Jungen. Eine Nachfrage nach Arbeit muss bestehen, solange Menschen Dinge wünschen, die allein durch Arbeit beschafft werden können. Wir sprechen von einem »Mangel an Arbeit«. Solange Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, kann jedoch nicht die Arbeit knapp sein. Ebenso wenig kann das Arbeitsangebot zu groß oder die Nachfrage danach zu klein sein, solange Menschen unter dem Mangel an Dingen leiden, die Arbeit hervorbringt. Das wirkliche Problem muss darin liegen, dass das Angebot aus irgendeinem Grund daran gehindert wird, die Nachfrage zu befriedigen – dass irgendwo ein Hindernis die Arbeit davon abhält, die von den Arbeitenden benötigten Güter herzustellen.

Nehmen wir einen der vielen Arbeitslosen, denen heute – auch ohne je von Malthus gehört zu haben – die Welt überbevölkert erscheint. In seinen eigenen Bedürfnissen, in der Not seiner besorgten Frau und in den Ansprüchen seiner unzureichend versorgten, vielleicht hungrigen und frierenden Kinder besteht

wahrlich genug Nachfrage nach Arbeit. In seinen arbeitswilligen Händen liegt zugleich das Angebot. Setzt man ihn auf einer einsamen Insel aus, können seine beiden Hände die Münder ernähren und die Menschen kleiden, die von ihnen abhängen – obwohl ihm dort sämtliche gewaltigen Vorteile fehlen, welche Zusammenarbeit, Arbeitsteilung und Maschinen einer zivilisierten Gesellschaft der menschlichen Produktivkraft verschaffen. Wo diese Produktivkraft am höchsten entwickelt ist, gelingt ihnen dies dagegen nicht. Warum? Liegt es nicht daran, dass er im ersten Fall Zugang zu den Stoffen und Kräften der Natur hat, während ihm dieser Zugang im zweiten verwehrt wird?

Allein die Tatsache, dass die Arbeit auf diese Weise von der Natur abgeschnitten ist, kann erklären, weshalb arbeitswillige Menschen untätig bleiben müssen, obwohl sie ihre Bedürfnisse gern durch Arbeit befriedigen würden. Die unmittelbare Ursache der erzwungenen Untätigkeit einer Gruppe kann darin liegen, dass andere Menschen die von ihr hergestellten Güter nicht mehr nachfragen. Verfolgt man diese Ursache jedoch von Punkt zu Punkt und von Tätigkeit zu Tätigkeit, zeigt sich: Die erzwungene Untätigkeit in einem Gewerbe folgt aus der erzwungenen Untätigkeit in einem anderen. Die Lähmung, die in allen Gewerben eine Flaute hervorruft, kann weder aus einem zu großen Arbeitsangebot noch aus einer zu geringen Nachfrage nach Arbeit entstehen. Sie muss darauf beruhen, dass das Angebot die Nachfrage nicht dadurch befriedigen kann, dass es jene Güter erzeugt, die Bedürfnisse stillen und das Ziel der Arbeit bilden.

Was benötigt die Arbeit, um solche Güter herzustellen? Boden. Wenn wir davon sprechen, Arbeit erschaffe Wohlstand, verwenden wir ein Bild. Der Mensch erschafft nichts. Selbst wenn die gesamte Menschheit ewig arbeitete, könnte sie

nicht das kleinste Staubkorn erschaffen, das in einem Sonnenstrahl schwebt; sie könnte diese kreisende Erde nicht um ein einziges Atom schwerer oder leichter machen. Bei der Wohlstandsproduktion formt die Arbeit mithilfe der Naturkräfte lediglich bereits vorhandene Stoffe in die gewünschten Formen um. Sie benötigt deshalb Zugang zu diesen Stoffen und Kräften – also zum Boden. Der Boden ist die Quelle allen Wohlstands. Er ist das Bergwerk, aus dem das Erz gewonnen werden muss, das die Arbeit gestaltet. Er ist der Stoff, dem die Arbeit eine Form gibt. Wenn Arbeit ihre Bedürfnisse nicht befriedigen kann, dürfen wir deshalb mit Gewissheit folgern, dass ihr der Zugang zum Boden verwehrt wird.

Wenn in allen Gewerben sogenannter Beschäftigungsmangel herrscht, wenn Arbeit überall ungenutzt bleibt, obwohl Bedürfnisse unbefriedigt sind, muss das Hindernis, das die Erzeugung des benötigten Wohlstands verhindert, an der Grundlage des Wirtschaftsaufbaus liegen. Diese Grundlage ist der Boden. Hutmacherinnen, Hersteller optischer Instrumente, Vergolder und Polierer erschließen keine neuen Siedlungsgebiete. Bergleute gingen nicht nach Kalifornien oder Australien, weil dort bereits Schuhmacher, Schneider, Mechaniker und Drucker lebten. Vielmehr folgten diese Gewerbe den Bergleuten – so wie sie heute den Goldsuchern in die Black Hills und den Diamantensuchern nach Südafrika folgen. Nicht der Ladeninhaber bringt den Landwirt hervor; der Landwirt bringt den Ladeninhaber. Nicht das Wachstum der Stadt entwickelt das Land, sondern die Entwicklung des Landes lässt die Stadt wachsen. Wenn daher Menschen in sämtlichen Gewerben arbeiten wollen, aber keine Gelegenheit dazu finden, muss die Schwierigkeit in jener Beschäftigung entstehen, die Nachfrage nach allen

anderen Tätigkeiten hervorbringt: Arbeit wird vom Boden ausgeschlossen.

In Leeds oder Lowell, Philadelphia oder Manchester, London oder New York muss man auf die grundlegenden Zusammenhänge zurückgehen, um dies zu erkennen. Wo die wirtschaftliche Entwicklung weniger kompliziert und die äußersten Glieder der Kette noch nicht so weit voneinander entfernt sind, genügt dagegen ein Blick auf offenkundige Tatsachen. Obwohl San Francisco noch keine dreißig Jahre alt ist, gehört die Stadt nach Bevölkerung und wirtschaftlicher Bedeutung zu den großen Städten der Welt und ist nach New York die großstädtischste Stadt Amerikas. Und obwohl sie noch keine dreißig Jahre alt ist, wächst dort seit mehreren Jahren die Zahl der Arbeitslosen. Offenkundig gibt es in der Stadt so viele Arbeitslose, weil die Menschen auf dem Land keine Beschäftigung finden. Beginnt die Erntezeit, ziehen sie in Scharen hinaus; endet sie, kehren sie ebenso zahlreich in die Stadt zurück. Würden diese Arbeitslosen dem Boden Wohlstand abgewinnen, beschäftigten sie damit nicht nur sich selbst, sondern auch sämtliche Handwerker der Stadt. Sie würden bei den Ladeninhabern einkaufen, den Kaufleuten Geschäfte bringen, die Theater füllen und Zeitungen abonnieren sowie Anzeigen ermöglichen. So entstünde wirksame Nachfrage, die in Neuengland und im alten England ebenso spürbar wäre wie überall sonst auf der Welt, woher die Güter stammen, die eine solche Bevölkerung verbraucht, sobald sie über die Mittel zur Bezahlung verfügt.

Warum kann sich diese arbeitslose Bevölkerung nicht auf dem Boden selbst beschäftigen? Nicht deshalb, weil der gesamte Boden bereits genutzt würde. Zwar zeigen sich in San Francisco allmählich jene Erscheinungen, die in älteren Ländern als Beleg für eine Überbevölkerung gelten.

Doch von Überbevölkerung in einem Bundesstaat zu sprechen, der bei größeren natürlichen Ressourcen als Frankreich noch keine Million Einwohner zählt, ist sinnlos. Nur wenige Meilen von San Francisco entfernt liegt genügend ungenutzter Boden, um jedem Arbeitswilligen Beschäftigung zu geben. Damit will ich nicht sagen, jeder Arbeitslose könnte ohne Weiteres Landwirt werden oder sich auf einem verfügbaren Grundstück selbst ein Haus bauen. Doch genügend Menschen könnten und würden dies tun, um den übrigen Beschäftigung zu verschaffen. Was hindert die Arbeit also daran, sich auf diesem Boden selbst zu beschäftigen? Ganz einfach: Der Boden ist monopolisiert und wird zu spekulativen Preisen zurückgehalten, die nicht auf seinem gegenwärtigen Wert beruhen, sondern auf dem zusätzlichen Wert, den das künftige Bevölkerungswachstum bringen soll.

Was jeder sehen kann, der in San Francisco hinzusehen bereit ist, lässt sich zweifellos ebenso deutlich an anderen Orten beobachten.

Die gegenwärtige Handels- und Wirtschaftskrise, die sich 1872 erstmals deutlich in den Vereinigten Staaten zeigte und sich seither mit unterschiedlicher Stärke über die zivilisierte Welt ausgebreitet hat, wird vielfach der übermäßigen Ausdehnung des Eisenbahnnetzes zugeschrieben. Tatsächlich scheint vieles auf einen solchen Zusammenhang hinzudeuten. Mir ist vollkommen bewusst, dass der Bau von Eisenbahnen vor ihrem tatsächlichen Bedarf Kapital und Arbeit aus produktiveren in weniger produktive Verwendungen lenken und eine Gesellschaft ärmer statt reicher machen kann. Als das Eisenbahnfieber seinen Höhepunkt erreichte, habe ich in einer an die Bevölkerung Kaliforniens gerichteten politischen Schrift selbst darauf hingewiesen.[40] Doch einer solchen Kapitalverschwendung eine derart weitreichende wirtschaftliche Blockade

zuzuschreiben, kommt mir vor, als würde man einen ungewöhnlich niedrigen Wasserstand mit einigen zusätzlich entnommenen Eimern erklären. Die Verschwendung von Kapital und Arbeit während des Bürgerkriegs war um ein Vielfaches größer, als sie durch den Bau unnötiger Eisenbahnen jemals sein könnte, ohne eine vergleichbare Wirkung hervorzurufen. Und es ergibt wenig Sinn, die Krise mit der Verschwendung von Kapital und Arbeit für Eisenbahnen zu erklären, wenn gerade der Überfluss an Kapital und Arbeit, die nach Verwendung suchen, ihr hervorstechendes Merkmal ist.

Dennoch besteht ein Zusammenhang zwischen dem raschen Eisenbahnbau und der Wirtschaftskrise. Wer versteht, was steigende Bodenwerte bedeuten, und beobachtet hat, wie der Eisenbahnbau die Bodenspekulation beeinflusst, kann ihn leicht erkennen. Wo immer eine Eisenbahn gebaut oder geplant wurde, schnellten die Bodenwerte unter dem Einfluss der Spekulation empor. Den Nennwerten wurden Milliarden Dollar hinzugefügt, die Arbeit und Kapital sofort oder in Raten zahlen sollten – als Preis für die Erlaubnis, tätig zu werden und Wohlstand zu erzeugen. Dies musste die Produktion hemmen. Die Produktionshemmung verbreitete sich als Nachfrageausfall bis an den äußersten Rand des weiten Austauschnetzes und wirkte mit geballter Kraft in den Zentren jener großen Wirtschaftsgemeinschaft, zu der der Handel die zivilisierte Welt verbindet.

Die ursprüngliche Wirkung dieser Ursache lässt sich vielleicht nirgends deutlicher verfolgen als in Kalifornien, das aufgrund seiner relativen Abgeschiedenheit eine besonders klar abgegrenzte Wirtschaftsgemeinschaft bildete.

Bis fast zum Ende des vorangegangenen Jahrzehnts herrschte in Kalifornien dieselbe

wirtschaftliche Aktivität wie in den Nordstaaten und – berücksichtigt man die Unterbrechung des Austauschs und die durch den Krieg sowie die Blockade der Südstaatenhäfen verursachte Störung der Wirtschaft – in der gesamten zivilisierten Welt. Diese Aktivität ließ sich weder mit einer Aufblähung der Geldmenge noch mit hohen Ausgaben der Bundesregierung erklären, denen die vergleichsweise lebhafte Wirtschaft der Oststaaten in derselben Zeit später zugeschrieben wurde. Denn trotz der Gesetze über gesetzliche Zahlungsmittel hielt die Pazifikküste an einer Metallwährung fest; zugleich entzogen die Steuern des Bundes dem Gebiet wesentlich mehr, als durch Bundesausgaben zurückfloss. Die Aktivität beruhte ausschließlich auf normalen Ursachen. Zwar ging die Gewinnung von Seifengold zurück, doch die Silberminen Nevadas wurden erschlossen; Weizen und Wolle begannen Gold in der Ausfuhrstatistik zu ersetzen; eine wachsende Bevölkerung und verbesserte Produktions- und Austauschmethoden steigerten fortwährend die Wirksamkeit der Arbeit.

Mit diesem materiellen Fortschritt ging als dessen Folge ein stetiger Anstieg der Bodenwerte einher. Dieser stetige Anstieg brachte einen spekulativen Aufschwung hervor, der mit dem Eisenbahnzeitalter die Bodenwerte in alle Richtungen emporschnellen ließ. Wenn die Bevölkerung Kaliforniens bereits stetig gewachsen war, als der lange, kostspielige und von Fieber bedrohte Weg über den Isthmus die wichtigste Verbindung zu den Atlantikstaaten bildete, so müsse sie – glaubte man – mit der Eröffnung einer Bahnverbindung gewaltig zunehmen, die den Hafen von New York und die Bucht von San Francisco auf eine bequeme siebentägige Reise zusammenrückte und im Bundesstaat selbst Lokomotiven an die Stelle von Postkutschen und Lastwagen setzte. Der daraus erwartete Anstieg der Bodenwerte wurde

vorweggenommen. Grundstücke am Rand San Franciscos verteuerten sich um Hunderte oder Tausende Prozent. Landwirtschaftlicher Boden wurde in jeder Richtung, in die Einwanderer voraussichtlich ziehen würden, angeeignet und zu hohen Preisen zurückgehalten.

Doch der erwartete Zustrom von Einwanderern blieb aus. Arbeit und Kapital konnten derart hohe Bodenpreise nicht zahlen und zugleich angemessene Erträge erzielen. Die Produktion wurde – wenn schon nicht absolut, so doch relativ – gehemmt. Als sich die transkontinentale Eisenbahn ihrer Fertigstellung näherte, zeigten sich statt zunehmender Aktivität erste Krisensymptome. Nach ihrer Vollendung wich die Phase der Aktivität einer Krise, von der sich die Wirtschaft seither nicht vollständig erholt hat und während der Löhne und Zinsen fortwährend gesunken sind. Was ich als tatsächliche Grundrentenlinie oder Anbaugrenze bezeichnet habe, nähert sich nun der spekulativen Grundrentenlinie. Dazu tragen auch der fortdauernde technische Fortschritt und das weitere Bevölkerungswachstum bei, obwohl dieses langsamer verläuft, als es sonst der Fall gewesen wäre. Wie hartnäckig spekulativ erhöhte Bodenpreise in einer wachsenden Gesellschaft aufrechterhalten werden, ist jedoch allgemein bekannt.[41]

Was in Kalifornien geschah, ereignete sich in jedem fortschreitenden Teil der Union. Wo immer eine Eisenbahn gebaut oder geplant wurde, eignete man sich den Boden vorausschauend an und nahm den Nutzen der Verbesserung durch höhere Bodenwerte vorweg. Weil der spekulative Anstieg der Grundrente den normalen Anstieg überholte, wurde die Produktion gehemmt und die Nachfrage vermindert. Arbeit und Kapital wurden aus Tätigkeiten verdrängt, die unmittelbar auf Boden angewiesen waren, und drängten in jene Bereiche,

in denen der Bodenwert weniger sichtbar ins Gewicht fällt. Darin liegt der Zusammenhang zwischen dem raschen Ausbau der Eisenbahn und der anschließenden Krise.

Was in den Vereinigten Staaten geschah, ereignete sich in mehr oder weniger deutlich sichtbarer Form in der gesamten fortschreitenden Welt. Überall stiegen die Bodenwerte mit dem materiellen Fortschritt stetig an, und überall erzeugte dieser Anstieg einen spekulativen Aufschwung. Der Impuls der ursprünglichen Ursache strahlte nicht nur von den neueren in die älteren Teile der Union und von den Vereinigten Staaten nach Europa aus; die ursprüngliche Ursache wirkte zugleich überall. So entstand aus einem weltweiten materiellen Fortschritt eine weltweite Krise von Wirtschaft und Handel.

Bei meiner Erklärung der Wirtschaftskrisen durch den spekulativen Anstieg der Grundrente oder der Bodenwerte als wichtigste und ursprüngliche Ursache scheint möglicherweise ein Umstand übergangen: Eine solche Ursache muss, so schnell sie auch wirken mag, allmählich fortschreiten. Sie gleicht einem zunehmenden Druck und nicht einem Schlag. Wirtschaftskrisen scheinen dagegen plötzlich einzusetzen. Zu Beginn tragen sie den Charakter eines Anfalls, auf den wie nach einer Erschöpfung eine vergleichsweise Lethargie folgt. Alles scheint seinen gewohnten Gang zu nehmen; Handel und Wirtschaft sind kräftig und wachsen. Plötzlich trifft sie ein Schock wie ein Blitz aus heiterem Himmel: Eine Bank bricht zusammen, ein großer Hersteller oder Kaufmann wird zahlungsunfähig. Als habe ein Schlag die gesamte Wirtschaftsordnung erschüttert, folgt ein Zusammenbruch auf den nächsten. Überall werden Menschen entlassen, und Kapital zieht sich in sichere, aber ertraglose Anlagen zurück.

Ich will erläutern, worin meines Erachtens der Grund liegt. Dazu müssen wir die Art berücksichtigen, in der der Austausch stattfindet, denn durch ihn werden die vielfältigen Wirtschaftszweige zu einer zusammenhängenden, wechselseitig abhängigen Ordnung verbunden. Damit Produzenten, die räumlich und zeitlich weit voneinander entfernt sind, Güter austauschen können, müssen große Vorräte gelagert oder auf dem Transportweg gehalten werden. Darin liegt, wie bereits erläutert, neben der Bereitstellung von Werkzeugen und Saatgut die wichtigste Funktion des Kapitals. Solche Austauschvorgänge erfolgen – vielleicht zwangsläufig – weitgehend auf Kredit. Eine Seite erbringt ihre Leistung, bevor sie die Gegenleistung erhält.

Ohne hier nach den Ursachen zu fragen, ist offenkundig, dass solche Vorleistungen gewöhnlich von den höher organisierten und später entwickelten Wirtschaftszweigen zu den grundlegenderen fließen. Ein Bewohner der westafrikanischen Küste, der Palmöl und Kokosnüsse gegen farbenprächtigen Kattun und Figuren aus Birmingham tauscht, erhält seine Gegenleistung beispielsweise sofort. Der englische Kaufmann muss dagegen seine Waren lange vorfinanzieren, bevor er die Gegenleistung erhält. Ein Landwirt kann seine Ernte unmittelbar nach dem Einbringen gegen Bargeld verkaufen. Ein großer Hersteller muss umfangreiche Lagerbestände halten, seine Waren über weite Strecken an Händler versenden und gewöhnlich auf Zahlungsziel verkaufen. Weil Vorleistungen und Kredite meist von den sogenannten sekundären zu den sogenannten primären Wirtschaftszweigen fließen, zeigt sich eine Produktionshemmung, die von den grundlegenden Bereichen ausgeht, nicht sofort in den höher entwickelten. Das System der Vorleistungen und Kredite bildet eine elastische

Verbindung: Es gibt erheblich nach, bevor es reißt; wenn es reißt, dann mit einem plötzlichen Ruck.

Ein anderes Bild mag den Gedanken verdeutlichen. Die große Pyramide von Gizeh besteht aus übereinanderliegenden Steinlagen, deren unterste selbstverständlich alle übrigen trägt. Könnten wir diese unterste Lage allmählich zusammenziehen, behielte der obere Teil der Pyramide zunächst seine Form. Sobald die Schwerkraft schließlich den Zusammenhalt des Materials überwände, würde sich der obere Teil jedoch nicht langsam und gleichmäßig verkleinern, sondern plötzlich in großen Stücken abbrechen. Die Wirtschaftsordnung lässt sich mit einer solchen Pyramide vergleichen. In welchem Verhältnis die verschiedenen Wirtschaftszweige auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe zueinander stehen, ist schwer und vielleicht unmöglich genau anzugeben. Dass ein solches Verhältnis besteht, ist jedoch ebenso offenkundig wie das bestimmte Mengenverhältnis der verschiedenen Buchstaben in einem Setzkasten. Jeder durch Arbeitsteilung entwickelte Wirtschaftszweig wächst aus den anderen hervor und baut auf ihnen auf; letztlich ruhen alle auf dem Boden. Ohne Boden ist Arbeit ebenso machtlos wie ein Mensch im leeren Raum. Um das Bild an die Verhältnisse eines fortschreitenden Landes anzupassen, stellen wir uns eine Pyramide aus übereinanderliegenden Schichten vor, die als Ganzes fortwährend wächst und sich verbreitert. Nun wird das Wachstum der bodennächsten Schicht gehemmt. Die übrigen Schichten dehnen sich eine Zeit lang weiter aus – zunächst sogar schneller, weil die Lebenskraft, die sich in der untersten Schicht nicht entfalten kann, in den darüberliegenden einen Ausweg sucht. Schließlich entsteht ein deutliches Übergewicht, und die Pyramide bricht an allen Seiten plötzlich auseinander.

Damit sind meines Erachtens die Hauptursache und der allgemeine Verlauf der wiederkehrenden Wirtschaftskrisen erklärt, die zu einem so auffälligen Merkmal des modernen gesellschaftlichen Lebens werden. Dabei ist zu beachten, dass wir nur die Hauptursachen und allgemeinen Verläufe solcher Erscheinungen verfolgen wollen und überhaupt nur diese mit einiger Genauigkeit verfolgen können. Die politische Ökonomie kann und muss sich allein mit allgemeinen Tendenzen befassen. Die abgeleiteten Kräfte sind so vielfältig und ihre Wechselwirkungen so verschieden, dass sich der genaue Charakter der Erscheinungen nicht vorhersagen lässt. Wir wissen, dass ein durchgesägter Baum fallen wird. In welche Richtung er fällt, bestimmen jedoch die Neigung des Stammes, die Ausbreitung der Äste, die Richtung der Schläge sowie Richtung und Stärke des Windes; selbst ein Vogel, der auf einem Zweig landet, oder ein erschrockenes Eichhörnchen, das von Ast zu Ast springt, bleibt nicht ohne Einfluss. Wir wissen ebenso, dass eine Beleidigung im menschlichen Inneren Unmut hervorruft. Um vorauszusagen, wie weit und auf welche Weise sich dieser äußert, müsste man jedoch den ganzen Menschen und sämtliche Einflüsse seiner Vergangenheit und Gegenwart gedanklich zusammensetzen.

Die Art, in der die von mir ermittelte hinreichende Ursache die wesentlichen Merkmale dieser Wirtschaftskrisen erklärt, steht in scharfem Gegensatz zu den widersprüchlichen und in sich widersprüchlichen Erklärungsversuchen, die sich auf die gängigen Theorien der Wohlstandsverteilung stützen. Überall ist klar erkennbar, dass jeder solchen Krise ausnahmslos ein spekulativer Anstieg der Grundrente oder der Bodenwerte vorausgeht. Wer das notwendige Verhältnis zwischen Boden und Arbeit bedenkt,

erkennt ebenso deutlich, dass beide Erscheinungen im Verhältnis von Ursache und Wirkung stehen.

Dass die gegenwärtige Krise ihren Verlauf nimmt und sich auf die zuvor beschriebene Weise ein neues Gleichgewicht herausbildet, auf das eine weitere Phase relativer Aktivität folgen wird, lässt sich in den Vereinigten Staaten bereits beobachten. Die normale und die spekulative Grundrentenlinie nähern sich einander: erstens durch den Rückgang spekulativer Bodenwerte, der sich in sinkenden Mieten und schrumpfenden Immobilienwerten in den wichtigsten Städten deutlich zeigt; zweitens durch die zunehmende Leistungsfähigkeit der Arbeit infolge des Bevölkerungswachstums und der Nutzung neuer Erfindungen und Entdeckungen, unter denen einige beinahe ebenso bedeutsam wie die Anwendung der Dampfkraft zu werden versprechen; drittens durch die Absenkung des üblichen Zins- und Lohnniveaus. Beim Zins zeigt sich dies in der Aufnahme einer Staatsanleihe zu vier Prozent, bei den Löhnen ist es zu allgemein sichtbar, um eines besonderen Belegs zu bedürfen. Ist das Gleichgewicht wiederhergestellt, beginnt eine neue Phase wirtschaftlicher Aktivität, die erneut in einem spekulativen Anstieg der Bodenwerte gipfelt.[42] Löhne und Zinsen werden den verlorenen Boden jedoch nicht zurückgewinnen. Das Nettoergebnis all dieser Schwankungen und wellenförmigen Bewegungen ist, dass Löhne und Zinsen schrittweise ihrem Minimum entgegengedrängt werden. Diese zeitweiligen und wiederkehrenden Krisen sind tatsächlich nur verstärkte Formen jener allgemeinen Bewegung, die – wie bereits im einleitenden Kapitel festgestellt – den materiellen Fortschritt begleitet.

KAPITEL II DAS FORTBESTEHEN DER ARMUT BEI WACHSENDEM WOHLSTAND

Das große Problem, dessen besondere Erscheinungsformen diese wiederkehrenden Wirtschaftskrisen sind, ist damit meines Erachtens vollständig gelöst. Nun lassen sich auch jene gesellschaftlichen Erscheinungen erklären, die in der gesamten zivilisierten Welt Menschenfreunde erschrecken und Staatsmänner vor Rätsel stellen, die Zukunft der fortschrittlichsten Völker verdüstern und Zweifel an der Wirklichkeit und am letzten Ziel dessen wecken, was wir voller Hoffnung Fortschritt genannt haben.

Obwohl die Produktivkraft wächst, tendieren die Löhne fortwährend zu einem Minimum, das kaum zum Leben reicht. Der Grund liegt darin, dass die Grundrente mit der Produktivkraft noch stärker zu steigen neigt und dadurch die Löhne ständig nach unten drückt.

Die unmittelbare Tendenz einer fortschreitenden Zivilisation geht in jeder Hinsicht dahin, die Fähigkeit menschlicher Arbeit zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu erhöhen – Armut zu beseitigen und sowohl Not als auch die Angst vor Not zu überwinden. Alles, worin Fortschritt besteht, und sämtliche Bedingungen, die fortschreitende Gesellschaften anstreben, führen unmittelbar und naturgemäß zu einer Verbesserung der materiellen und damit auch der geistigen und moralischen Lage aller Menschen in ihrem Einflussbereich. Bevölkerungswachstum, Zunahme und Ausweitung des Austauschs, wissenschaftliche Entdeckungen, technische Erfindungen, die Verbreitung von Bildung, eine bessere Staatsführung und verfeinerte Umgangsformen besitzen – als materielle Kräfte betrachtet – sämtlich die

unmittelbare Tendenz, die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen: nicht nur bestimmter Arbeit, sondern aller Arbeit; nicht bloß in einzelnen, sondern in sämtlichen Wirtschaftszweigen. Denn für die gesellschaftliche Wohlstandsproduktion gilt das Gesetz: »Jeder für alle und alle für jeden.«

Die Arbeit kann die Vorteile einer fortschreitenden Zivilisation jedoch nicht ernten, weil sie vorher abgefangen werden. Da Arbeit Boden benötigt und dieser in Privateigentum überführt wurde, erhöht jede Steigerung der Produktivkraft der Arbeit lediglich die Grundrente – also den Preis, den die Arbeit für die Möglichkeit zahlen muss, ihre Kräfte überhaupt einzusetzen. So fallen sämtliche Vorteile des Fortschritts den Grundeigentümern zu, während die Löhne nicht steigen. Sie können nicht steigen, denn je höher der Ertrag der Arbeit ist, desto mehr muss sie von diesem Ertrag für die Möglichkeit abgeben, überhaupt etwas zu verdienen. Reine Lohnarbeitende haben am allgemeinen Fortschritt der Produktivkraft deshalb ebenso wenig Anteil wie versklavte Menschen auf Kuba an einem Anstieg des Zuckerpreises. Und ebenso wie ein höherer Zuckerpreis die Lage der Versklavten verschlechtern kann, weil er die Eigentümer zu noch härterer Ausbeutung veranlasst, kann eine größere Produktivkraft die Lage freier Arbeitender nicht nur relativ, sondern auch absolut verschlechtern. Aus dem fortwährenden Anstieg der Grundrente entsteht eine spekulative Tendenz, die den Nutzen künftiger Verbesserungen durch einen noch stärkeren Rentenanstieg vorwegnimmt. Wo es nicht schon durch den normalen Anstieg der Grundrente geschieht, werden die Löhne dadurch auf das Niveau der Sklaverei gedrückt – auf den Punkt, an dem die Arbeitenden gerade noch leben können.

Nachdem der Arbeit sämtliche Vorteile der höheren Produktivkraft entzogen wurden, ist sie bestimmten Folgen einer fortschreitenden Zivilisation schutzlos ausgesetzt. Ohne die Vorteile, die sie natürlicherweise begleiten müssten, sind diese Folgen eigenständige Übel und drängen freie Arbeitende in die hilflose und erniedrigte Lage versklavter Menschen.

Alle Verbesserungen, die mit dem Fortschritt der Zivilisation die Produktivkraft erhöhen, bestehen in einer weiteren Arbeitsteilung oder setzen sie voraus. Die Leistungsfähigkeit der gesamten arbeitenden Bevölkerung steigt auf Kosten der Selbstständigkeit ihrer einzelnen Mitglieder. Der einzelne Mensch erwirbt nur noch Kenntnisse und Fähigkeiten in einem winzigen Ausschnitt der vielfältigen Abläufe, die selbst zur Befriedigung der gewöhnlichsten Bedürfnisse nötig sind. Das Gesamterzeugnis der Arbeit einer nicht industrialisierten Stammesgesellschaft ist gering, doch jedes ihrer Mitglieder kann selbstständig leben. Ein solcher Mensch kann seine eigene Unterkunft bauen, ein Kanu aushöhlen oder zusammennähen, Kleidung, Waffen, Fallen, Werkzeuge und Schmuck herstellen. Er verfügt über das gesamte Naturwissen seiner Gemeinschaft: Er weiß, welche Pflanzen essbar sind und wo sie wachsen, kennt Gewohnheiten und Aufenthaltsorte von Tieren, Vögeln, Fischen und Insekten und kann sich an Sonne und Sternen, an der Ausrichtung von Blüten oder am Moos der Bäume orientieren. Kurz: Er ist fähig, sämtliche eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Auch von der Gemeinschaft getrennt kann er weiterleben. Diese eigenständige Fähigkeit macht ihn in seinen Beziehungen zur Gemeinschaft zu einem freien Vertragspartner.

Vergleichen wir damit einen Menschen aus den untersten Schichten einer zivilisierten Gesellschaft.

Sein Leben lang stellt er nur ein einziges Gut her – oder häufiger nur einen winzigen Teil eines einzigen Gutes – aus der Vielzahl von Dingen, die den gesellschaftlichen Wohlstand bilden und selbst die einfachsten Bedürfnisse befriedigen. Er kann nicht einmal die für seine Arbeit erforderlichen Werkzeuge herstellen und arbeitet häufig mit Werkzeugen, die ihm nicht gehören und die er sich niemals leisten können wird. Er muss länger und gleichmäßiger arbeiten als der Angehörige einer traditionellen Gesellschaft, erhält dafür jedoch nicht mehr: nur das zum Leben unbedingt Notwendige. Zugleich verliert er dessen Selbstständigkeit. Er kann seine Kräfte weder unmittelbar zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse einsetzen noch ohne die Mitwirkung vieler anderer auf mittelbare Weise dafür nutzen. Er ist nur ein Glied in einer gewaltigen Kette von Produzenten und Verbrauchern, unfähig, sich aus ihr zu lösen oder sich unabhängig von ihr zu bewegen. Je schlechter seine gesellschaftliche Lage ist, desto abhängiger wird er von der Gesellschaft und desto weniger kann er für sich selbst tun. Selbst die Möglichkeit, seine Arbeit zur Befriedigung seiner Bedürfnisse einzusetzen, entzieht sich seiner Kontrolle. Handlungen anderer Menschen oder allgemeine Ursachen, auf die er ebenso wenig Einfluss hat wie auf die Bewegung des Sonnensystems, können sie ihm nehmen oder zurückgeben. Der ursprüngliche Fluch erscheint nun als Segen; Menschen denken, sprechen, fordern und erlassen Gesetze, als sei eintönige körperliche Arbeit an sich ein Gut statt ein Übel, ein Zweck statt eines Mittels. Unter solchen Umständen verliert der Mensch die wesentliche Eigenschaft des Menschseins: die beinahe göttliche Fähigkeit, seine Lebensbedingungen zu verändern und zu beherrschen. Er wird zum Sklaven, zur Maschine, zur Ware – zu einem Ding, das in mancher Hinsicht unter dem Tier steht.

Ich bin kein gefühlsbetonter Bewunderer eines Lebens außerhalb der Zivilisation. Meine Vorstellungen von Menschen traditioneller Gesellschaften stammen weder von Rousseau noch von Chateaubriand oder Cooper. Ich sehe ihre materielle und geistige Armut sowie den geringen und engen Spielraum eines solchen Lebens. Ich glaube, dass Zivilisation nicht nur die natürliche Bestimmung des Menschen ist, sondern auch all seine Kräfte befreit, erhebt und verfeinert. Nur in einer Stimmung, in der jemand selbst wiederkäuende Rinder beneiden könnte, dürfte ein Mensch, dem die Vorteile der Zivilisation offenstehen, mit Bedauern auf einen nicht zivilisierten Zustand blicken. Dennoch kann meines Erachtens niemand, der die Tatsachen sehen will, dem Schluss entgehen, dass im Herzen unserer Zivilisation große Bevölkerungsgruppen leben, mit denen selbst ein Mensch unter den einfachsten traditionellen Lebensverhältnissen nicht tauschen würde. Wenn jemand an der Schwelle des Lebens zwischen dem Dasein als Angehöriger eines indigenen Volkes Feuerlands, als Angehöriger der indigenen Bevölkerung Australiens, als Inuit am Polarkreis oder als Mitglied der untersten Schichten eines hoch zivilisierten Landes wie Großbritannien wählen könnte, träfe er nach meiner festen Überzeugung mit dem traditionellen Leben die unendlich bessere Wahl. Diejenigen, die inmitten des Wohlstands zur Not verurteilt sind, leiden unter allen Entbehrungen eines solchen einfachen Lebens, ohne dessen Gefühl persönlicher Freiheit. Sie sind einer noch größeren Enge und Beschränktheit ausgeliefert, ohne Gelegenheit zur Entwicklung seiner ursprünglichen Tugenden. Ist ihr Horizont weiter, zeigt er ihnen lediglich Güter, an denen sie keinen Anteil haben können.

Manchen mag dies übertrieben erscheinen. Der Grund liegt jedoch nur darin, dass sie sich die

wirkliche Lage jener Bevölkerungsgruppen nie vergegenwärtigt haben, auf denen der eiserne Absatz der modernen Zivilisation mit voller Wucht lastet. Tocqueville bemerkt in einem Brief an Madame Swetchine, wir gewöhnten uns so schnell an den Gedanken der Not, dass ein Übel, das für die Betroffenen umso größer werde, je länger es andauere, dem Beobachter gerade wegen seiner Dauer immer geringer erscheine. Der beste Beleg für die Richtigkeit dieser Beobachtung liegt vielleicht darin, dass Städte mit einer verarmten und einer kriminellen Bevölkerungsschicht, in denen junge Frauen frierend für ihr Brot nähen und zerlumpte, barfüßige Kinder auf der Straße leben, regelmäßig Geld sammeln, um Missionare zu sogenannten Heiden zu schicken. Missionare zu den Heiden! Es wäre lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. Baal streckt seine hässlichen, abschüssigen Arme nicht mehr aus; doch in christlichen Ländern töten Mütter ihre Säuglinge um des Bestattungsgeldes willen. Ich fordere jeden heraus, in glaubwürdigen Berichten über traditionelle Gesellschaften Schilderungen einer solchen Erniedrigung zu finden, wie sie in amtlichen Dokumenten hoch zivilisierter Länder stehen – in Berichten von Gesundheitskommissionen und Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Armen.

Die einfache Erklärung, die ich entwickelt habe – sofern man die Anerkennung der offenkundigsten Zusammenhänge überhaupt eine Theorie nennen kann –, erklärt das Zusammentreffen von Armut und Wohlstand, niedrigen Löhnen und hoher Produktivkraft, Erniedrigung und Aufklärung sowie faktischer Knechtschaft und politischer Freiheit. Sie führt Tatsachen, die sonst höchst rätselhaft erscheinen, auf ein allgemeines und unerbittliches Gesetz zurück und macht die Abfolge und den Zusammenhang von Erscheinungen sichtbar, die

ohne dieses Gesetz verschiedenartig und widersprüchlich wirken. Sie erklärt, weshalb Zinsen und Löhne in neuen Gesellschaften höher sind als in älteren, obwohl sowohl die durchschnittliche als auch die gesamte Wohlstandsproduktion geringer ist. Sie erklärt, weshalb Verbesserungen, welche die Produktivkraft von Arbeit und Kapital erhöhen, den Ertrag von beiden nicht steigern. Sie erklärt den gewöhnlich so bezeichneten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und weist zugleich die wirkliche Übereinstimmung ihrer Interessen nach. Sie entzieht den Irrtümern des Protektionismus den letzten Boden und zeigt zugleich, weshalb der Freihandel die Lage der arbeitenden Bevölkerung nicht dauerhaft verbessert. Sie erklärt, weshalb die Not mit dem Überfluss wächst und sich der Wohlstand immer stärker konzentriert. Sie erklärt die periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, ohne auf den Unsinn einer »Überproduktion« oder eines »Überkonsums« zurückzugreifen. Sie erklärt die erzwungene Untätigkeit zahlreicher Menschen, die gern produzieren würden und deren Ausschluss die Produktivkraft fortgeschrittener Gesellschaften verschwendet – ohne die widersinnige Annahme, es gebe zu wenig zu tun oder zu viele Menschen dafür. Sie erklärt die nachteiligen Folgen, welche die Einführung von Maschinen häufig für die arbeitende Bevölkerung hat, ohne die natürlichen Vorteile der Maschinen zu bestreiten. Und sie erklärt Laster und Elend in dicht besiedelten Gebieten, ohne den Gesetzen eines allwissenden und gütigen Schöpfers jene Mängel zuzuschreiben, die allein aus kurzsichtigen und eigennützigen menschlichen Regeln entstehen.

Diese Erklärung stimmt mit sämtlichen Tatsachen überein.

Betrachten wir die heutige Welt. In Ländern mit den verschiedensten politischen Ordnungen, Wirtschaftszweigen, Zollsystemen und Währungen

finden wir Not unter der arbeitenden Bevölkerung. Wo immer aber Not und Elend inmitten des Wohlstands herrschen, ist der Boden monopolisiert. Statt ihn als gemeinsames Eigentum der gesamten Bevölkerung zu behandeln, gilt er als Privateigentum Einzelner. Für seine Nutzung durch Arbeit werden hohe Einnahmen aus dem Arbeitsertrag abgeschöpft. Vergleichen wir die heutigen Länder miteinander, sehen wir: Nicht die Fülle des Kapitals oder die Produktivität der Arbeit entscheidet über hohe oder niedrige Löhne, sondern der Umfang, in dem die Monopolisten des Bodens durch die Grundrente einen Tribut vom Arbeitsertrag erheben können. Ist es nicht eine allgemein bekannte Tatsache, dass neue Länder, in denen der gesamte Wohlstand gering, der Boden aber billig ist, für die arbeitende Bevölkerung stets günstiger sind als reiche Länder mit hohen Bodenpreisen? Wo Boden vergleichsweise billig ist, sind die Löhne vergleichsweise hoch; wo Boden teuer ist, sind die Löhne niedrig. Mit dem Wert des Bodens vertieft sich die Armut, und öffentliche Bedürftigkeit tritt auf. In neuen Siedlungsgebieten mit billigem Boden finden wir keine Bettler und nur geringe Unterschiede der Lebensverhältnisse. In Großstädten, in denen der Boden nach Quadratmetern bewertet wird, stehen äußerste Armut und äußerster Luxus nebeneinander. Der Abstand zwischen den beiden Enden der gesellschaftlichen Skala lässt sich stets am Bodenpreis messen. Boden ist in New York wertvoller als in San Francisco; entsprechend findet ein Mensch aus San Francisco in New York Verwahrlosung und Elend, die ihn erschrecken. Boden ist in London wertvoller als in New York; und in London sind Verwahrlosung und Not noch schlimmer als in New York.

Vergleichen wir dasselbe Land zu verschiedenen Zeiten, zeigt sich derselbe Zusammenhang. Nach

umfangreichen Untersuchungen war Hallam davon überzeugt, dass die Löhne körperlicher Arbeit im mittelalterlichen England ihrer Menge nach höher waren als zu seiner Zeit. Ob dies genau zutrifft oder nicht: Wesentlich niedriger können sie nicht gewesen sein. Die gewaltige Zunahme der Arbeitsleistung – selbst in der Landwirtschaft wird sie auf sieben- oder achthundert Prozent geschätzt, in vielen Gewerben ist sie nahezu unberechenbar – hat nur die Grundrente erhöht. Professor Rogers zufolge ist die Grundrente landwirtschaftlicher Flächen in England heute in Geld gemessen 120-mal und in Weizen gemessen 14-mal so hoch wie vor fünfhundert Jahren; bei Bau- und Bergbauland war der Anstieg noch sehr viel größer. Professor Fawcett schätzt den kapitalisierten Ertragswert des englischen Bodens heute auf 4,5 Milliarden Pfund oder 21,87 Milliarden Dollar. Das bedeutet: Einige Tausend Menschen in England besitzen einen Anspruch auf die Arbeit aller übrigen, dessen kapitalisierter Wert mehr als doppelt so hoch ist, wie der Wert der gesamten Bevölkerung wäre, wenn sie versklavt wäre und man den durchschnittlichen Preis zugrunde legte, der 1860 für versklavte Schwarze in den amerikanischen Südstaaten gezahlt wurde.

In Belgien und Flandern, Frankreich und Deutschland haben sich Grundrente und Verkaufspreis landwirtschaftlicher Flächen innerhalb der letzten dreißig Jahre verdoppelt.[43] Kurz: Die gestiegene Produktivkraft hat überall den Bodenwert erhöht, nirgends aber den Wert der Arbeit. Zwar sind die tatsächlichen Löhne an manchen Orten etwas gestiegen, doch lässt sich dies eindeutig auf andere Ursachen zurückführen. An mehr Orten sind sie gesunken – jedenfalls dort, wo dies möglich war, denn unterhalb eines bestimmten Minimums können Arbeitende ihre Zahl

nicht erhalten. Und überall ist der Lohnanteil am Ertrag zurückgegangen.

Wie der Schwarze Tod im England des 14. Jahrhunderts einen starken Lohnanstieg bewirkte, lässt sich deutlich an den Versuchen der Grundeigentümer erkennen, die Löhne gesetzlich zu begrenzen. Dass dieser furchtbare Bevölkerungsrückgang die wirksame Arbeitskraft nicht erhöhte, sondern tatsächlich verringerte, steht außer Zweifel. Doch der geringere Wettbewerb um Boden senkte die Grundrente noch stärker. Die Löhne stiegen so erheblich, dass man Gewalt und Strafgesetze einsetzte, um sie niedrig zu halten. Die umgekehrte Wirkung hatte die Monopolisierung des Bodens unter Heinrich VIII., als gemeinschaftliche Flächen eingehegt und kirchliche Ländereien unter Günstlinge und Schmarotzer verteilt wurden, die dadurch Adelsfamilien begründen konnten. Das Ergebnis entsprach der Wirkung eines spekulativen Bodenwertanstiegs. Malthus erwähnt in seinen Principles of Political Economy, ohne den Zusammenhang mit den Bodenverhältnissen herzustellen, dass ein halber Scheffel Weizen unter Heinrich VII. kaum mehr als einen gewöhnlichen Tageslohn kaufen konnte, in der zweiten Hälfte der Regierungszeit Elisabeths I. jedoch drei gewöhnliche Tageslöhne. Ich kann kaum glauben, dass der Lohnrückgang so stark war, wie dieser Vergleich nahelegt. Dass die gewöhnlichen Löhne sanken und unter der arbeitenden Bevölkerung große Not herrschte, zeigen jedoch die Klagen über »kräftige Landstreicher« und die zu ihrer Unterdrückung erlassenen Gesetze. Die rasche Monopolisierung des Bodens und die Verschiebung der spekulativen über die normale Grundrentenlinie brachten Landstreicher und Bedürftige hervor – genauso wie gleiche Ursachen in jüngster Zeit in

den Vereinigten Staaten gleiche Wirkungen erzeugt haben.

Hugh Latimer sagte: »Boden, der früher für zwanzig oder vierzig Pfund im Jahr verpachtet wurde, wird heute für fünfzig oder hundert vergeben. Mein Vater war ein Freibauer und besaß kein eigenes Land; er hatte lediglich einen Hof gepachtet, für höchstens drei oder vier Pfund im Jahr, und bewirtschaftete ihn so, dass er ein halbes Dutzend Menschen beschäftigen konnte. Er besaß Weideland für hundert Schafe, und meine Mutter molk dreißig Kühe. Wenn er an den Ort kam, an dem er den Sold des Königs erhielt, konnte und musste er selbst mit seinem Pferd und seiner Rüstung für den König dienen. Ich erinnere mich, wie ich ihm die Rüstung anschnallte, als er zum Feld von Blackheath zog. Er ließ mich zur Schule gehen; meinen Schwestern gab er bei der Heirat jeweils fünf Pfund, nachdem er sie in Frömmigkeit und Gottesfurcht erzogen hatte. Er bewirtete seine Nachbarn und gab den Armen Almosen. All dies leistete er aus demselben Hof, für den der heutige Pächter sechzehn Pfund oder mehr im Jahr zahlt und nicht imstande ist, etwas für seinen Fürsten, für sich selbst oder für seine Kinder zu tun oder einem armen Menschen einen Becher zu trinken zu geben.«

Sir Thomas More sagte über die Vertreibung kleiner Bauern, die diesen Grundrentenanstieg kennzeichnete: »Auf diese Weise geschieht es, dass all diese armen Menschen – Männer und Frauen, Eheleute, Waisen, Witwen, Eltern mit kleinen Kindern, Haushalte, die mehr Mitglieder als Besitz haben – ihre heimatlichen Felder verlassen, ohne zu wissen, wohin sie gehen sollen.«

Aus dem Stoff, aus dem Latimer und More gemacht waren – aus jenem standhaften Geist, der in den Flammen von Oxford rief: »Seid ein Mann, Meister Ridley!«, und aus jener Verbindung von

Stärke und Güte, die weder Wohlstand verderben noch das Beil des Henkers einschüchtern konnte –, entstanden so Diebe und Landstreicher: jene Masse aus Kriminalität und Armut, die bis heute die innersten Blütenblätter der englischen Rose befleckt und wie ein nagender Wurm an ihrer Wurzel frisst.

Ebenso gut könnte man historische Beispiele für die Anziehungskraft der Schwerkraft anführen. Der Grundsatz ist genauso allgemein und offenkundig. Dass die Grundrente die Löhne vermindern muss, ist ebenso klar wie der Satz, dass bei einem größeren Abzug weniger übrig bleibt. Dass sie die Löhne tatsächlich vermindert, kann jeder Mensch überall durch einen Blick auf seine Umgebung erkennen.

Die Ursache des plötzlichen und starken Lohnanstiegs in Kalifornien 1849 und Australien 1852 ist kein Rätsel. Die Entdeckung von Seifengold auf noch nicht angeeignetem Boden, der der Arbeit frei zugänglich war, ließ die Löhne von Köchen in den Restaurants San Franciscos auf 500 Dollar im Monat steigen. Schiffe verrotteten ohne Offiziere und Besatzung im Hafen, bis ihre Eigentümer bereit waren, Löhne zu zahlen, die in jedem anderen Teil der Welt märchenhaft erschienen. Hätten sich diese Goldvorkommen auf bereits angeeignetem Boden befunden oder wären sie sofort monopolisiert worden, sodass Grundrente hätte entstehen können, wären die Bodenwerte und nicht die Löhne emporgeschnellt. Die Comstock-Erzader war reicher als die Seifengoldvorkommen, ließ sich jedoch leicht monopolisieren. Nur die starke Organisation der Bergarbeitervereinigung und die Furcht vor dem Schaden, den sie verursachen könnte, ermöglichen es den Arbeitern, vier Dollar am Tag dafür zu erhalten, sich zweitausend Fuß unter der Erde beinahe zu sieden, wohin selbst ihre Atemluft hinabgepumpt werden muss. Der

Reichtum der Comstock-Erzader hat die Grundrente erhöht. Der Verkaufspreis dieser Minen beläuft sich auf Hunderte Millionen; sie haben Privatvermögen hervorgebracht, deren monatliche Erträge nur in Hunderttausenden, wenn nicht in Millionen gemessen werden können. Ebenso wenig rätselhaft ist die Ursache, welche die Löhne in Kalifornien vom Höchststand der frühen Jahre nahezu auf das Niveau der Oststaaten gesenkt hat und sie weiterhin drückt. Die Arbeitsproduktivität ist nicht zurückgegangen, sondern – wie bereits gezeigt – gestiegen. Doch aus ihrem Ertrag muss die Arbeit nun Grundrente zahlen. Als die Seifengoldvorkommen erschöpft waren, musste sie auf tiefere Minen und auf landwirtschaftlichen Boden ausweichen. Weil deren Monopolisierung zugelassen wurde, laufen heute Menschen durch die Straßen San Franciscos und sind bereit, für beinahe jeden Lohn zu arbeiten – denn die natürlichen Möglichkeiten stehen der Arbeit nicht mehr frei zur Verfügung.

Die Wahrheit ist offenkundig. Stellen wir jedem Menschen, der folgerichtig denken kann, folgende Frage:

»Angenommen, aus dem Ärmelkanal oder der Nordsee erhöbe sich ein herrenloses Land, auf dem gewöhnliche Arbeit in unbegrenztem Umfang zehn Schilling am Tag verdienen könnte und das nicht angeeignet, sondern frei zugänglich bliebe – wie einst die gemeinschaftlichen Flächen, die einen großen Teil Englands ausmachten. Welche Wirkung hätte dies auf die englischen Löhne?«

Die Antwort käme sofort: Der gewöhnliche Tageslohn müsste in ganz England bald auf zehn Schilling steigen.

Auf die weitere Frage: »Welche Wirkung hätte dies auf die Grundrenten?«, würde derselbe Mensch nach kurzer Überlegung antworten, die Grundrenten müssten zwangsläufig sinken. Dächte

er den nächsten Schritt zu Ende, würde er hinzufügen: All dies geschähe, ohne dass ein sehr großer Teil der englischen Arbeit auf die neuen natürlichen Möglichkeiten ausweichen oder sich Form und Richtung der Wirtschaft wesentlich verändern müssten. Aufgegeben würden nur jene Produktionen, die Arbeit und Grundeigentümer zusammen heute weniger einbringen, als die Arbeit auf dem neuen Boden allein erzielen könnte. Der starke Lohnanstieg ginge zulasten der Grundrente.

Wenden wir uns nun an denselben oder einen anderen Menschen – etwa einen nüchternen Geschäftsmann ohne theoretische Neigungen, der jedoch weiß, wie man Geld verdient. Sagen wir zu ihm: »Hier liegt ein kleines Dorf. In zehn Jahren wird es eine Großstadt sein. Die Eisenbahn wird die Postkutsche, das elektrische Licht die Kerze ersetzt haben. Die Stadt wird über all die Maschinen und Verbesserungen verfügen, welche die wirksame Kraft der Arbeit so gewaltig vervielfachen. Werden die Zinsen in zehn Jahren höher sein?«

Er wird antworten: »Nein.«

»Werden die Löhne gewöhnlicher Arbeit höher sein? Wird es einem Menschen, der nur seine Arbeitskraft besitzt, leichter fallen, selbstständig seinen Lebensunterhalt zu verdienen?«

Er wird antworten: »Nein. Die Löhne gewöhnlicher Arbeit werden nicht höher sein; im Gegenteil spricht alles dafür, dass sie niedriger sein werden. Einem reinen Lohnarbeiter wird es nicht leichter fallen, selbstständig seinen Lebensunterhalt zu verdienen; wahrscheinlich wird es schwieriger.«

»Was wird dann höher sein?«

»Die Grundrente und der Bodenwert. Kaufen Sie ein Grundstück und behalten Sie es.«

Folgen wir unter solchen Umständen seinem Rat, müssen wir nichts weiter tun. Wir können uns hinsetzen und unsere Pfeife rauchen; wir können

herumliegen wie die Lazzaroni von Neapel oder die Léperos von Mexiko; wir können mit einem Ballon in die Luft steigen oder in ein Loch im Boden hinabsteigen. Ohne einen Handschlag zu tun und ohne den Wohlstand der Gesellschaft auch nur im Geringsten zu vermehren, werden wir in zehn Jahren reich sein. In der neuen Stadt können wir ein luxuriöses Herrenhaus besitzen – doch zu ihren öffentlichen Gebäuden wird auch ein Armenhaus gehören.

Unsere gesamte lange Untersuchung führte auf diese einfache Wahrheit hin: Da Boden notwendig ist, damit Arbeit Wohlstand erzeugen kann, bedeutet die Verfügung über den von der Arbeit benötigten Boden zugleich die Verfügung über sämtliche Früchte der Arbeit – bis auf das Minimum, das die Arbeit zum Überleben braucht. Wir sind wie durch feindliches Gebiet vorgedrungen, in dem jeder Schritt gesichert, jede Stellung befestigt und jeder Nebenweg erkundet werden musste. Denn diese einfache Wahrheit bleibt in ihrer Anwendung auf gesellschaftliche und politische Fragen der großen Mehrheit verborgen: teilweise gerade wegen ihrer Einfachheit, vor allem aber wegen weitverbreiteter Irrtümer und falscher Denkgewohnheiten, die nach der Erklärung der Übel, welche die zivilisierte Welt bedrücken und bedrohen, in jede Richtung außer in die richtige suchen lassen. Hinter diesen ausgearbeiteten Irrlehren und irreführenden Theorien steht zudem eine aktive, kraftvolle Macht, die in jedem Land unabhängig von seiner politischen Ordnung Gesetze schreibt und das Denken prägt: die Macht eines gewaltigen und herrschenden finanziellen Interesses.

Diese Wahrheit ist jedoch so einfach und klar, dass man sie nach vollständigem Erfassen überall wiedererkennt. Manche Bilder zeigen trotz wiederholter Betrachtung zunächst nur ein

verwirrendes Labyrinth aus Linien und Schnörkeln – eine Landschaft, Bäume oder etwas Ähnliches. Erst wenn jemand darauf hinweist, dass die Elemente gemeinsam ein Gesicht oder eine Gestalt bilden, wird die Beziehung erkennbar; danach bleibt sie für immer sichtbar. Genauso verhält es sich hier. Im Licht dieser Wahrheit ordnen sich sämtliche gesellschaftlichen Tatsachen zu einem klaren Zusammenhang, und die verschiedensten Erscheinungen gehen erkennbar aus einem großen Grundsatz hervor. Weder im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch in einem angeblichen Bevölkerungsdruck auf die Existenzmittel liegt die Erklärung für die beispiellose Entwicklung unserer Zivilisation. Die große Ursache der ungleichen Wohlstandsverteilung ist die Ungleichheit des Bodeneigentums. Das Eigentum am Boden ist die grundlegende Tatsache, welche letztlich die gesellschaftliche, politische und damit auch die geistige und moralische Lage eines Volkes bestimmt. Dies muss so sein. Denn der Boden ist der Lebensraum des Menschen, der Vorratsspeicher für sämtliche Bedürfnisse und der Stoff, auf den seine Arbeit zur Befriedigung aller Wünsche angewandt werden muss. Selbst Erzeugnisse des Meeres lassen sich nicht gewinnen, das Sonnenlicht nicht genießen und keine Naturkraft nutzen, ohne Boden oder seine Erzeugnisse zu gebrauchen. Auf dem Boden werden wir geboren, aus ihm leben wir und zu ihm kehren wir zurück – Kinder der Erde ebenso wahrhaftig wie ein Grashalm oder eine Feldblume. Nimmt man dem Menschen alles, was zum Boden gehört, bleibt nur ein körperloser Geist. Der materielle Fortschritt kann unsere Abhängigkeit vom Boden nicht beseitigen; er kann nur die Fähigkeit erhöhen, dem Boden Wohlstand abzugewinnen. Ist der Boden monopolisiert, kann der Fortschritt deshalb bis ins Unendliche weitergehen, ohne die Löhne zu erhöhen oder die

Lage der Menschen zu verbessern, die nichts als ihre Arbeit besitzen. Er steigert lediglich den Bodenwert und die Macht, die sein Besitz verleiht. Überall, zu allen Zeiten und bei allen Völkern ist der Bodenbesitz die Grundlage der Aristokratie, das Fundament großer Vermögen und die Quelle der Macht. Schon vor Jahrhunderten sagten die Brahmanen:

»Wem zu einer bestimmten Zeit der Boden gehört, dem gehören auch seine Früchte. Weiße Sonnenschirme und vor Stolz rasende Elefanten sind die Blüten einer Landverleihung.«

ANMERKUNGEN ZUM FÜNFTEN BUCH

40 The Subsidy Question and the Democratic Party, 1871.

41 Es ist erstaunlich, wie hartnäckig in einem jungen Land mit großen Erwartungen spekulative Bodenpreise aufrechterhalten werden. Häufig hört man: »Für Immobilien gibt es keinen Markt; man kann sie um keinen Preis verkaufen.« Will man jedoch selbst kaufen, muss man gleichzeitig die Preise zahlen, die auf dem Höhepunkt der Spekulation galten – es sei denn, man findet jemanden, der unbedingt verkaufen muss. Da die Eigentümer überzeugt sind, dass die Bodenwerte letztlich steigen müssen, halten sie so lange wie möglich an ihrem Besitz fest.

42 Dies wurde vor einem Jahr geschrieben. Heute, im Juli 1879, ist erkennbar, dass wie vorausgesagt eine neue Phase wirtschaftlicher

Aktivität begonnen hat; in New York und Chicago haben sich die Immobilienpreise bereits zu erholen begonnen.

43 Systems of Land Tenure, herausgegeben vom Cobden Club.

SECHSTES BUCH DIE LÖSUNG (the remedy)

KAPITEL I – UNZULÄNGLICHKEIT DER GÄNGIGEN LÖSUNGSVORSCHLÄGE

KAPITEL II – DIE WIRKLICHE LÖSUNG

Eine neue und gerechte Verteilung der Güter und Rechte dieser Welt sollte das wichtigste Ziel derjenigen sein, die die menschlichen Angelegenheiten lenken. – De Tocqueville.

Wenn es darum geht, die Lebensverhältnisse eines Volkes dauerhaft zu verbessern, bewirken kleine Mittel nicht bloß wenig; sie bewirken überhaupt nichts. – John Stuart Mill.

KAPITEL I UNZULÄNGLICHKEIT DER GÄNGIGEN LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Bei der Rückverfolgung der Ursache wachsender Armut inmitten zunehmenden Wohlstands bis zu ihrem Ursprung haben wir zugleich die Lösung gefunden. Bevor wir uns jedoch diesem Teil unserer Untersuchung zuwenden, sollten wir die Ansätze und Maßnahmen prüfen, auf die gegenwärtig vertraut wird oder die als Lösungen empfohlen werden. Die Lösung, auf die unsere Schlussfolgerungen weisen, ist zugleich grundlegend und einfach: so grundlegend, dass man sie nicht unvoreingenommen prüfen wird, solange noch Hoffnung auf die Wirksamkeit weniger einschneidender Maßnahmen besteht; so einfach, dass ihre tatsächliche Wirksamkeit und Tragweite leicht übersehen werden, bevor die Wirkung komplizierterer Maßnahmen beurteilt worden ist.

Die Ansätze und Maßnahmen, denen Literatur und öffentliche Debatten eine mehr oder weniger große Wirksamkeit bei der Linderung von Armut und Not der breiten Bevölkerung zuschreiben, lassen sich in sechs Gruppen einteilen. Damit will ich nicht sagen, dass es ebenso viele klar voneinander abgegrenzte Parteien oder Denkschulen gäbe. Für unsere Untersuchung können die verbreiteten Auffassungen und vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch auf diese Weise geordnet und geprüft werden. Lösungsvorschläge, die wir der Übersichtlichkeit und Klarheit halber getrennt behandeln, werden in der Diskussion häufig miteinander verbunden.

Viele Menschen halten noch immer an dem beruhigenden Glauben fest, der materielle Fortschritt werde die Armut schließlich beseitigen. Andere sehen in einer vorsorglichen Begrenzung

des Bevölkerungswachstums das wirksamste Mittel. Die Irrtümer dieser Auffassungen wurden jedoch bereits hinreichend aufgezeigt. Prüfen wir nun, was man sich von folgenden Maßnahmen versprechen kann:

I. Von einer sparsameren Staatsführung.

II. Von besserer Bildung der arbeitenden Klassen sowie mehr Fleiß und Sparsamkeit.

III. Von Zusammenschlüssen der Arbeitenden zur Erhöhung der Löhne.

IV. Von der Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital.

V. Von staatlicher Lenkung und staatlichen Eingriffen.

VI. Von einer breiteren Verteilung des Bodeneigentums.

Unter diesen sechs Überschriften lassen sich meines Erachtens im Wesentlichen sämtliche Hoffnungen und Vorschläge zur Linderung sozialer Not prüfen, die hinter der einfachen, aber weitreichenden Maßnahme zurückbleiben, die ich vorschlagen werde.

I – DURCH EINE SPARSAMERE STAATSFÜHRUNG

Bis vor wenigen Jahren gehörte es für Amerikaner zum festen Glauben – und europäische Liberale teilten diese Überzeugung –, dass die Armut der unterdrückten Massen der Alten Welt auf aristokratische und monarchische Einrichtungen zurückzuführen sei. Dieser Glaube schwand rasch, als sich in den Vereinigten Staaten unter republikanischen Verhältnissen eine soziale Not derselben Art zeigte, wenn auch nicht in derselben Stärke wie in Europa. Noch immer wird soziale Not jedoch weitgehend den gewaltigen Lasten zugeschrieben, welche die bestehenden Staaten

auferlegen: den hohen Schulden, den Heeren und Flotten, der Verschwendung, die republikanische wie monarchische Regierungen kennzeichnet und in besonderem Maß die Verwaltung großer Städte. In den Vereinigten Staaten kommt die Ausplünderung durch Schutzzölle hinzu: Für je 25 Cent, die sie der Staatskasse zuführen, nehmen sie dem Verbraucher einen Dollar, vielleicht sogar vier oder fünf. Zwischen den riesigen Summen, die der Bevölkerung auf diese Weise entzogen werden, und den Entbehrungen der unteren Klassen scheint ein offensichtlicher Zusammenhang zu bestehen. Bei oberflächlicher Betrachtung liegt daher die Annahme nahe, eine Verringerung dieser gewaltigen und nutzlosen Belastungen würde den Ärmsten den Lebensunterhalt erleichtern. Betrachtet man die Frage jedoch im Licht der bisher entwickelten ökonomischen Grundsätze, zeigt sich, dass dies nicht die Folge wäre. Würde durch Steuern ein geringerer Betrag aus dem Gesamterzeugnis eines Gemeinwesens entnommen, käme dies lediglich einer Steigerung seiner Nettoproduktivität gleich. Die Produktivkraft der Arbeit würde dadurch ebenso wachsen wie durch eine höhere Bevölkerungsdichte oder technischen Fortschritt. Wie der Vorteil in diesen Fällen in Form einer höheren Grundrente den Grundeigentümern zufällt und zufallen muss, so wäre es auch hier.

Aus dem Erzeugnis von Arbeit und Kapital werden in England gegenwärtig die Last einer gewaltigen Staatsschuld, eine Staatskirche, eine kostspielige Königsfamilie, zahlreiche Inhaber einträglicher Scheinämter, ein großes Heer und eine große Flotte unterhalten. Nehmen wir an, die Schulden würden nicht mehr bedient, die Staatskirche aufgehoben, die Königsfamilie müsste für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen, die Scheinämter würden gestrichen, das Heer aufgelöst, die Offiziere und Mannschaften der

Marine entlassen und die Schiffe verkauft. Dadurch ließen sich die Steuern enorm senken. Das Nettoerzeugnis, das unter den an der Produktion Beteiligten verteilt werden kann, würde erheblich zunehmen. Doch diese Zunahme wäre nur von derselben Art, wie sie der technische Fortschritt seit Langem fortwährend bewirkt, und geringer als jene, die Dampf und Maschinen in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren hervorgebracht haben. So wie diese Steigerungen die Massenarmut nicht gemildert, sondern nur die Grundrente erhöht haben, würde es auch diese tun. Die englischen Grundeigentümer würden den gesamten Vorteil erhalten. Ich will nicht bestreiten, dass sich die Lage der untersten Klasse vorübergehend verbessern könnte, wenn all dies plötzlich und ohne die Zerstörungen und Kosten einer Revolution geschehen könnte. Eine derart plötzliche und friedliche Reform ist jedoch offenkundig unmöglich. Und selbst wenn sie möglich wäre, würde jede vorübergehende Verbesserung schließlich durch steigende Bodenwerte aufgezehrt, wie wir es gegenwärtig in den Vereinigten Staaten beobachten.

Dasselbe gilt für die Vereinigten Staaten. Würden wir die öffentlichen Ausgaben auf das geringstmögliche Maß senken und sie allein durch Steuern zur Einnahmenerzielung decken, könnte der Vorteil gewiss nicht größer sein als jener, den die Eisenbahnen gebracht haben. Der Bevölkerung als Ganzes bliebe mehr Wohlstand, so wie die Eisenbahnen der Bevölkerung als Ganzes mehr Wohlstand verschafft haben. Für seine Verteilung würden jedoch dieselben unerbittlichen Gesetze gelten. Die Lage derjenigen, die von ihrer Arbeit leben, würde sich auf Dauer nicht verbessern.

Ein undeutliches Bewusstsein davon durchdringt die breite Bevölkerung – oder beginnt sie vielmehr zu durchdringen – und bildet eine der schweren

politischen Schwierigkeiten, die sich um die amerikanische Republik zusammenziehen. Wer nichts als seine Arbeit besitzt, insbesondere das wachsende Proletariat der Städte, kümmert sich wenig um staatliche Verschwendung und betrachtet sie vielfach sogar als etwas Gutes, weil sie »Beschäftigung schafft« oder »Geld in Umlauf bringt«. Tweed plünderte New York aus, wie ein Guerillaführer eine eroberte Stadt mit Abgaben belegt. Er war nur ein Beispiel für die neuen Banditen, die sich der Regierungen all unserer Städte bemächtigen. Dennoch war er zweifellos bei einer Mehrheit der Wähler beliebt, obwohl seine Diebstähle allgemein bekannt waren und er seine Beute durch große Diamanten und verschwenderische persönliche Ausgaben offen zur Schau stellte. Nach seiner Anklage wurde er triumphierend in den Senat gewählt. Selbst als wieder eingefangener Flüchtling wurde er auf dem Weg vom Gericht ins Gefängnis häufig bejubelt. Er hatte die Staatskasse um viele Millionen beraubt, doch die Proletarier hatten das Gefühl, er habe nicht sie beraubt. Die Volkswirtschaftslehre fällt dasselbe Urteil.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich behaupte nicht, staatliche Sparsamkeit sei unerwünscht. Ich sage lediglich, dass eine Senkung der Staatsausgaben Armut nicht unmittelbar beseitigen und die Löhne nicht erhöhen kann, solange der Boden monopolisiert ist.

Obwohl dies zutrifft, sollte selbst dann keine Anstrengung gescheut werden, unnötige Ausgaben zu begrenzen, wenn man ausschließlich die Interessen der untersten Klasse betrachtet. Je komplizierter und verschwenderischer der Staat wird, desto mehr entwickelt er sich zu einer vom Volk getrennten und unabhängigen Macht und desto schwieriger wird es, wirkliche Fragen der öffentlichen Politik dem Volk zur Entscheidung

vorzulegen. Worum drehen sich unsere Wahlen in den Vereinigten Staaten? Die bedeutendsten Probleme drängen auf eine Lösung. Doch in der Politik ist so viel Geld im Spiel und es sind so große persönliche Interessen berührt, dass die wichtigsten Regierungsfragen kaum behandelt werden. Der durchschnittliche amerikanische Wähler besitzt Vorurteile, Parteibindungen und allgemeine Vorstellungen bestimmter Art. Über die grundlegenden Fragen des Staates denkt er jedoch kaum mehr nach als ein Straßenbahnpferd über die Gewinne der Linie. Wäre dies anders, hätten nicht so viele uralte Missstände überdauert und wären nicht so viele neue hinzugekommen. Alles, was den Staat einfacher und kostengünstiger macht, trägt dazu bei, ihn der Kontrolle des Volkes zu unterstellen und wirklich wichtige Fragen in den Vordergrund zu rücken. Eine Senkung der Staatsausgaben kann für sich allein jedoch weder die Übel heilen noch lindern, die aus der ständigen Tendenz zu einer ungleichen Verteilung des Wohlstands entstehen.

II – DURCH BREITERE BILDUNG SOWIE MEHR FLEISS UND SPARSAMKEIT

Unter den wohlhabenderen Klassen ist seit jeher die Auffassung verbreitet, Armut und Leid der breiten Bevölkerung seien auf mangelnden Fleiß, fehlende Sparsamkeit und geringe Bildung zurückzuführen. Dieser Glaube beruhigt das Verantwortungsgefühl und schmeichelt zugleich durch die darin liegende Annahme eigener Überlegenheit. Vermutlich ist er in Ländern wie den Vereinigten Staaten sogar weiter verbreitet als in älteren Ländern, in denen die Trennlinien schon länger bestehen und schärfer gezogen sind. In den Vereinigten Staaten sind alle Menschen politisch gleich, und wegen der jungen Gesellschaft haben

sich die Klassen eher zwischen einzelnen Personen als zwischen Familien herausgebildet. Wer die eigene bessere Lage auf besonderen Fleiß und besondere Sparsamkeit zurückführen kann, die den ersten Vorsprung ermöglichten, sowie auf eine überlegene Urteilskraft, mit der sich jede Gelegenheit nutzen ließ,[44] neigt verständlicherweise zu der Annahme, die Armen blieben allein deshalb arm, weil ihnen diese Eigenschaften fehlten.

Wer jedoch die in den vorangegangenen Kapiteln entwickelten Gesetze der Güterverteilung verstanden hat, erkennt den Irrtum dieser Auffassung. Er entspricht der Behauptung, von mehreren Teilnehmenden an einem Wettlauf könne jeder gewinnen. Dass *jeder Einzelne* gewinnen könnte, ist richtig; dass *alle* gewinnen könnten, ist unmöglich.

Sobald der Boden einen Wert erhält, hängt der Lohn, wie wir gesehen haben, nicht mehr vom tatsächlichen Verdienst oder Erzeugnis der Arbeit ab, sondern davon, was der Arbeit nach Abzug der Grundrente verbleibt. Ist der gesamte Boden monopolisiert, wie überall außer in den jüngsten Gemeinwesen, drückt die Grundrente den Lohn bis zu dem Punkt, an dem die am schlechtesten bezahlte Klasse gerade noch leben und sich fortpflanzen kann. Der Lohn wird dadurch auf ein Mindestmaß gezwungen, das vom sogenannten Lebensstandard bestimmt wird: von jener Menge lebensnotwendiger Güter und Annehmlichkeiten, welche die arbeitenden Klassen aufgrund ihrer Gewohnheiten mindestens verlangen, um bereit zu sein, ihre Zahl zu erhalten. Unter diesen Bedingungen nützen Fleiß, Können, Sparsamkeit und Bildung dem Einzelnen nur, soweit sie über dem allgemeinen Niveau liegen. Ebenso nützt einem Läufer seine Geschwindigkeit nur, soweit sie die seiner Mitbewerber übertrifft. Arbeitet ein Mensch

härter oder mit überdurchschnittlichem Können und Verständnis, kommt er voran. Wird aber das durchschnittliche Maß an Fleiß, Können oder Verständnis auf dieses höhere Niveau angehoben, führt die größere Anstrengung nur zum bisherigen Lohn. Wer dann vorankommen will, muss noch härter arbeiten.

Ein Einzelner kann von seinem Lohn sparen, indem er so lebt wie Dr. Franklin, als er während seiner Lehr- und frühen Gesellenjahre beschloss, sich vegetarisch zu ernähren. Vielen armen Familien könnte geholfen werden, wenn man ihnen die Zubereitung jener billigen Gerichte beibrächte, auf die Franklin den Appetit seines Arbeitgebers Keimer beschränken wollte. Dies war Franklins Bedingung dafür, die Aufgabe zu übernehmen, die Gegner jener neuen Religion zu widerlegen, deren Prophet Keimer werden wollte.[45] Würden die arbeitenden Klassen jedoch allgemein auf diese Weise leben, sänken die Löhne letztlich im gleichen Verhältnis. Wer durch Sparsamkeit vorankommen oder Armut durch die Vermittlung sparsamer Lebensführung lindern wollte, müsste eine noch billigere Art ersinnen, Leib und Seele zusammenzuhalten. Würden amerikanische Handwerker unter den bestehenden Verhältnissen ihren Lebensstandard auf das chinesische Niveau senken, müssten sie schließlich auch chinesische Löhne hinnehmen. Begnügten sich englische Arbeitende mit der Reisnahrung und der knappen Kleidung der Menschen in Bengalen, würde die Arbeit in England bald ebenso schlecht bezahlt wie in Bengalen. Von der Einführung der Kartoffel in Irland erwartete man eine Verbesserung der Lage der ärmeren Klassen, weil sie den Abstand zwischen ihrem Lohn und ihren Lebenshaltungskosten vergrößern sollte. Tatsächlich stiegen die Grundrenten und sanken die Löhne. Als die Kartoffelfäule ausbrach, wurde eine Bevölkerung

von der Hungersnot heimgesucht, die ihren Lebensstandard bereits so weit abgesenkt hatte, dass der nächste Schritt das Verhungern war.

Arbeitet ein Einzelner länger als der Durchschnitt, kann er auf diese Weise seinen Lohn erhöhen. Die Löhne aller lassen sich so jedoch nicht steigern. Bekanntlich sind die Löhne in Berufen mit langen Arbeitszeiten nicht höher als in Berufen mit kürzeren Arbeitszeiten, meist ist sogar das Gegenteil der Fall. Je länger der Arbeitstag, desto hilfloser wird der Arbeitende. Ihm bleibt weniger Zeit, sich umzusehen und andere Fähigkeiten zu entwickeln als jene, die seine Arbeit beansprucht. Seine Möglichkeit, den Beruf zu wechseln oder günstige Umstände zu nutzen, nimmt ab. Ebenso kann ein einzelner Arbeiter sein Einkommen erhöhen, wenn seine Frau und seine Kinder ihm helfen. In Berufen, in denen es üblich geworden ist, dass Frau und Kinder die Arbeit des Mannes ergänzen, übersteigt der Lohn der gesamten Familie im Durchschnitt jedoch bekanntlich nicht den Lohn des Familienoberhaupts in Berufen, in denen gewöhnlich nur dieses arbeitet. Die Familienarbeit in der schweizerischen Uhrenherstellung konkurriert bei den Kosten mit amerikanischen Maschinen. Die böhmischen Zigarrenmacher New Yorks, bei denen Männer, Frauen und Kinder in ihren Mietwohnungen arbeiten, haben die Preise für das Zigarrenmachen unter den Lohn gedrückt, den chinesische Arbeiter in San Francisco erhielten.

Diese allgemeinen Tatsachen sind wohlbekannt. Auch die maßgeblichen volkswirtschaftlichen Werke erkennen sie vollständig an, erklären sie jedoch mit der malthusianischen Lehre, nach der die Bevölkerung bis an die Grenze der verfügbaren Lebensgrundlagen wächst. Die wahre Erklärung liegt, wie ich hinreichend gezeigt habe, in der Tendenz der Grundrente, den Lohn zu senken.

Zu den Wirkungen der Bildung sind einige besondere Bemerkungen angebracht, denn ihr wird weithin ein nahezu magischer Einfluss zugeschrieben. Bildung ist nur insoweit wirkliche Bildung, als sie einen Menschen befähigt, seine natürlichen Kräfte wirksamer einzusetzen. Gerade dies leistet jedoch ein großer Teil dessen nicht, was wir Bildung nennen. Ich erinnere mich an ein kleines Mädchen, das in der schulischen Geografie und Astronomie schon recht weit fortgeschritten war und sehr erstaunt feststellte, dass der Boden im Hinterhof seiner Mutter tatsächlich die Oberfläche der Erde war. Spricht man mit vielen Hochschulabsolventen, zeigt sich, dass ein beträchtlicher Teil ihres Wissens dem des kleinen Mädchens ähnelt. Sie denken selten besser und zuweilen sogar schlechter als Menschen, die nie eine Hochschule besucht haben.

Ein Mann, der viele Jahre in Australien gelebt hatte und die Lebensweise der Aborigines genau kannte, Reverend Dr. Bleesdale, berichtete mir von ihrer außergewöhnlichen Geschicklichkeit im Umgang mit Waffen, beim Vorhersagen von Wind- und Wetteränderungen und beim Fangen der scheuesten Vögel. Anschließend sagte er: »Ich halte es für einen großen Fehler, diese schwarzen Menschen für ungebildet zu halten. Ihr Wissen unterscheidet sich von unserem, doch innerhalb dieses Wissens sind sie im Allgemeinen besser ausgebildet. Sobald sie laufen lernen, üben sie mit kleinen Bumerangs und anderen Waffen, beobachten und urteilen. Wenn sie alt genug sind, für sich selbst zu sorgen, sind sie dazu vollkommen fähig. Gemessen an der Art ihres Wissens sind sie tatsächlich das, was ich gut gebildete Herren nennen würde. Das kann ich von vielen unserer jungen Leute nicht sagen, die nach unserem Verständnis die besten Voraussetzungen hatten, beim Eintritt ins Erwachsenenleben aber weder für

sich selbst noch für andere etwas zu leisten vermögen.«

Wie dem auch sei: Bildung soll Verständnis hervorbringen. Solange dieses Verständnis die breite Bevölkerung nicht dazu führt und befähigt, die Ursache der ungleichen Verteilung des Wohlstands zu erkennen und zu beseitigen, kann es auf den Lohn nur wirken, indem es die Leistungsfähigkeit der Arbeit erhöht. Seine Wirkung entspricht der von größerem Können oder Fleiß. Den Lohn eines Einzelnen kann es nur erhöhen, soweit es ihn anderen überlegen macht. Als Lesen und Schreiben seltene Fähigkeiten waren, genossen Schreiber hohes Ansehen und erhielten hohe Löhne. Heute sind diese Fähigkeiten so weit verbreitet, dass sie keinen Vorteil mehr verschaffen. Unter Chinesen scheint Lesen und Schreiben allgemein verbreitet zu sein, doch die Löhne in China liegen am tiefstmöglichen Punkt. Die Verbreitung von Bildung kann die Löhne im Allgemeinen nicht erhöhen und die Lage der untersten Klasse nicht verbessern. Eine Ausnahme besteht nur, soweit sie Unzufriedenheit mit Verhältnissen weckt, die Produzierende zu einem Leben voller Mühe verurteilen, während Nichtproduzierende im Luxus schwelgen. Die unterste Klasse bildet den Sockel der Gesellschaft, wie ein Senator aus den Südstaaten sie einmal nannte, und muss auf dem Boden ruhen, wie hoch der Überbau auch errichtet wird. Keine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeit kann den allgemeinen Lohn erhöhen, solange die Grundrente den gesamten Zuwachs verschlingt. Das ist keine bloße Folgerung aus Grundsätzen, sondern eine durch Erfahrung bewiesene Tatsache. Der Zuwachs an Wissen und der technische Fortschritt haben die Leistungsfähigkeit der Arbeit immer wieder vervielfacht, ohne die Löhne zu erhöhen. In England leben mehr als eine Million Menschen von

Armenunterstützung. In den Vereinigten Staaten nimmt die Zahl der Armenhäuser zu, während die Löhne sinken.

Zwar gehen größerer Fleiß und höheres Können, mehr Umsicht und bessere Bildung in der Regel mit einer besseren materiellen Lage der arbeitenden Klassen einher. Der Zusammenhang der Tatsachen zeigt jedoch, dass diese Eigenschaften die Folge und nicht die Ursache der besseren Lage sind. Wo sich die materielle Lage der arbeitenden Klassen verbessert hat, folgte eine Verbesserung ihrer persönlichen Eigenschaften. Wo sich ihre materielle Lage verschlechterte, war eine Verschlechterung dieser Eigenschaften die Folge. Nirgends lässt sich dagegen nachweisen, dass sich die materielle Lage einer Klasse, die für den bloßen Lebensunterhalt arbeiten muss, infolge größeren Fleißes, höheren Könnens, größerer Umsicht oder besserer Bildung verbessert hätte. Sind diese Eigenschaften allerdings einmal erreicht, bieten sie – genauer gesagt, bietet der mit ihnen einhergehende höhere Lebensstandard – einen starken und vielfach ausreichenden Widerstand gegen eine Verschlechterung der materiellen Lage.

Die Eigenschaften, die den Menschen über das Tier erheben, bauen auf jenen auf, die er mit dem Tier teilt. Seine geistige und sittliche Natur kann sich nur entwickeln, soweit er von den Nöten seiner körperlichen Existenz entlastet ist. Zwingt man einen Menschen, sich für die bloßen Notwendigkeiten des Lebens abzumühen, verliert er den Antrieb zu jenem Fleiß, aus dem Können entsteht, und tut nur noch, wozu er gezwungen wird. Gestaltet man seine Lage so, dass sie kaum schlechter werden kann und zugleich wenig Hoffnung besteht, sie durch eigenes Handeln wesentlich zu verbessern, blickt er nicht mehr über den jeweiligen Tag hinaus. Verweigert man ihm Muße – und Muße bedeutet nicht

Beschäftigungslosigkeit, sondern die Freiheit von jener Not, die zu ungeliebter Arbeit zwingt –, lässt sich aus ihm kein gebildeter Mensch machen, selbst wenn man ihn als Kind durch eine Volksschule schickt und ihm als Erwachsenen eine Zeitung gibt.

Eine Verbesserung der materiellen Lage eines Volkes oder einer Klasse muss sich zwar nicht sofort in geistiger und sittlicher Hinsicht zeigen. Höhere Löhne können zunächst in Untätigkeit und Ausschweifungen fließen. Auf Dauer werden sie jedoch zu größerem Fleiß, höherem Können, mehr Bildung und mehr Sparsamkeit führen. Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern, zwischen verschiedenen Klassen desselben Landes, zwischen demselben Volk in unterschiedlichen Zeiten und zwischen denselben Menschen vor und nach einer Auswanderung zeigen stets dasselbe Ergebnis: Die genannten persönlichen Eigenschaften treten hervor, wenn sich die materiellen Verhältnisse verbessern, und verschwinden, wenn sie sich verschlechtern. Armut ist jener Sumpf der Verzagtheit, den Bunyan in seinem Traum sah und in den sich gute Bücher endlos und wirkungslos hineinwerfen lassen. Sollen Menschen fleißig, umsichtig, geschickt und gebildet werden, müssen sie von Not befreit sein. Soll ein Sklave die Tugenden eines freien Menschen zeigen, muss man ihn zuerst befreien.

III – DURCH ZUSAMMENSCHLÜSSE DER ARBEITENDEN

Aus den zuvor entwickelten Verteilungsgesetzen folgt, dass Zusammenschlüsse der Arbeitenden die Löhne *erhöhen können*. Dies geschieht weder auf Kosten anderer Arbeitender, wie zuweilen behauptet wird, noch auf Kosten des Kapitals, wie allgemein angenommen wird, sondern letztlich auf Kosten der Grundrente. Die Auffassung, durch

Zusammenschlüsse ließe sich keine allgemeine Lohnerhöhung erzielen und jede auf diese Weise erreichte Erhöhung bestimmter Löhne müsse andere Löhne oder die Kapitalerträge oder beides senken, beruht auf dem Irrtum, die Löhne würden aus dem Kapital gezahlt. Widerlegt wird diese Auffassung nicht nur durch die von uns entwickelten Verteilungsgesetze, sondern auch durch die bisherige Erfahrung. Es gibt viele Beispiele dafür, dass Zusammenschlüsse der Arbeitenden in einzelnen Berufen die Löhne erhöht haben. Nirgends zeigte sich dadurch eine Senkung der Löhne in anderen Berufen oder der Kapitalertragsrate. Abgesehen von den Folgen für sein gebundenes Kapital oder seine laufenden Verpflichtungen nützt eine Lohnsenkung einem Arbeitgeber und schadet ihm eine Lohnerhöhung nur insoweit, als sie ihm gegenüber anderen Arbeitgebern einen Vorteil oder Nachteil verschafft. Der Arbeitgeber, der zuerst die Löhne seiner Beschäftigten senkt oder als Erster zu einer Erhöhung gezwungen wird, erhält gegenüber seinen Wettbewerbern einen Vorteil oder Nachteil. Dieser verschwindet, sobald die Veränderung auch sie erfasst. Soweit veränderte Löhne jedoch durch eine Veränderung der relativen Produktionskosten bestehende Verträge oder vorhandene Lagerbestände berühren, können sie für ihn einen wirklichen Gewinn oder Verlust bedeuten. Da dieser Gewinn oder Verlust rein relativ ist, verschwindet er bei Betrachtung des gesamten Gemeinwesens. Verändert der Lohn die relative Nachfrage, kann er außerdem die Ertragskraft des in Maschinen, Gebäuden oder anderer Form gebundenen Kapitals erhöhen oder vermindern. Bald stellt sich jedoch ein neues Gleichgewicht ein, denn besonders in einem fortschreitenden Land ist festes Kapital nur etwas weniger beweglich als umlaufendes. Ist von einer bestimmten Kapitalform zu wenig vorhanden, führt

die Tendenz des Kapitals, diese Form anzunehmen, bald zur erforderlichen Menge. Ist zu viel vorhanden, stellt das Ausbleiben weiterer Zuflüsse das Gleichgewicht bald wieder her.

Eine Veränderung des Lohnsatzes in einem bestimmten Erwerbszweig kann zwar die relative Nachfrage nach Arbeit verschieben, nicht aber die Gesamtnachfrage verändern. Nehmen wir beispielsweise an, ein Zusammenschluss der Beschäftigten eines bestimmten Industriezweigs erhöhe die Löhne in einem Land, während ein Zusammenschluss der Arbeitgeber desselben Industriezweigs die Löhne in einem anderen Land senke. Ist der Unterschied groß genug, wird die Nachfrage im ersten Land ganz oder teilweise durch die Einfuhr der betreffenden Waren aus dem zweiten Land gedeckt. Die vermehrte Einfuhr einer bestimmten Warenart muss jedoch entweder eine entsprechende Verminderung anderer Einfuhren oder eine entsprechende Steigerung der Ausfuhren zur Folge haben. Denn nur mit dem Erzeugnis seiner Arbeit und seines Kapitals kann ein Land im Austausch das Erzeugnis der Arbeit und des Kapitals eines anderen Landes nachfragen und erhalten. Die Annahme, niedrigere Löhne könnten den Handel eines Landes steigern oder höhere Löhne ihn verringern, ist ebenso unbegründet wie die Annahme, Einfuhrzölle könnten den Wohlstand eines Landes erhöhen oder die Beseitigung von Handelsbeschränkungen ihn vermindern. Würden sich alle Löhne eines Landes verdoppeln, würde dieses Land weiterhin dieselben Waren im selben Verhältnis aus- und einführen. Der Austausch wird nicht durch absolute, sondern durch relative Produktionskosten bestimmt. Verdoppelten sich dagegen die Löhne nur in einigen Produktionszweigen, während sie in anderen gar nicht oder weniger stiegen, veränderte sich das Verhältnis zwischen den verschiedenen

eingeführten Waren, nicht aber das Verhältnis zwischen Ausfuhren und Einfuhren insgesamt.

Die meisten Einwände gegen Zusammenschlüsse der Arbeitenden zur Erhöhung der Löhne sind somit unbegründet. Ihr Erfolg kann weder andere Löhne senken noch die Kapitalerträge schmälern oder den nationalen Wohlstand beeinträchtigen. Einer wirksamen Vereinigung der Arbeitenden stehen jedoch so große Schwierigkeiten entgegen, dass sie nur äußerst begrenzte Verbesserungen erreichen kann. Zudem bringt das Verfahren Nachteile mit sich, die ihm selbst innewohnen.

Den Lohn in einem bestimmten Beruf oder in einzelnen Berufen zu erhöhen – mehr hat bisher kein Zusammenschluss der Arbeitenden zu versuchen vermocht –, ist eine Aufgabe, deren Schwierigkeit mit jedem weiteren Erfolg wächst. Je weiter ein bestimmter Lohn über sein normales Verhältnis zu anderen Löhnen steigt, desto stärker wirken die Kräfte, die ihn wieder auf dieses Niveau zurückführen. Erhöht beispielsweise eine Gewerkschaft der Drucker durch einen erfolgreichen oder angedrohten Streik den Lohn für den Schriftsatz um zehn Prozent über das im Verhältnis zu anderen Löhnen normale Maß, verändern sich Nachfrage und Angebot sofort. Einerseits sinkt tendenziell der Bedarf an Schriftsatz. Andererseits zieht der höhere Lohn zusätzliche Setzer an, was selbst der stärkste Zusammenschluss nicht vollständig verhindern kann. Bei einer Erhöhung um zwanzig Prozent werden diese Tendenzen deutlich stärker, bei fünfzig Prozent noch stärker und so fort. Daher können Gewerkschaften selbst in Ländern wie England, wo die Grenzen zwischen den Berufen viel ausgeprägter und schwerer zu überschreiten sind als etwa in den Vereinigten Staaten, die Löhne nur verhältnismäßig wenig anheben, auch wenn sie einander unterstützen. Dieser geringe Erfolg bleibt

zudem auf ihren eigenen Bereich beschränkt. Er erreicht nicht die unterste Schicht der nicht organisierten Arbeitenden, deren Lage am dringendsten verbessert werden muss und letztlich die Lage aller darüberliegenden Schichten bestimmt. Mit dieser Methode ließen sich die Löhne nur dann erheblich und dauerhaft steigern, wenn ein allgemeiner Zusammenschluss sämtliche Arten von Arbeitenden vereinte, wie es die Internationale anstrebte. Ein solcher Zusammenschluss kann praktisch als unmöglich gelten. Schon in den kleinsten und bestbezahlten Berufen ist die Vereinigung schwierig; je weiter man die wirtschaftliche Stufenleiter hinabsteigt, desto größer werden die Schwierigkeiten.

Bei dem Ausdauerstreit, mit dem Zusammenschlüsse durch die Weigerung, unter einem bestimmten Mindestlohn zu arbeiten, eine Lohnerhöhung erzwingen wollen, darf zudem nicht übersehen werden, wer einander tatsächlich gegenübersteht. Es sind nicht Arbeit und Kapital, sondern auf der einen Seite die Arbeitenden und auf der anderen die Grundeigentümer. Wäre es ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, wären die Kräfte weit gleichmäßiger verteilt. Kapital kann nur wenig länger ausharren als Arbeit. Wird es nicht eingesetzt, erzielt es keinen Ertrag und verfällt zudem, denn in fast allen Formen lässt es sich nur durch fortwährende Erneuerung erhalten. Boden dagegen verhungert nicht wie Arbeitende und verfällt nicht wie Kapital. Seine Eigentümer können warten. Sie mögen Unannehmlichkeiten erleiden, doch was für sie eine Unannehmlichkeit ist, bedeutet für das Kapital Vernichtung und für die Arbeitenden Hunger.

Die Landarbeiter in einigen Teilen Englands versuchen gegenwärtig, sich zusammenzuschließen, um ihre erbärmlich niedrigen Löhne zu erhöhen. Würde die gewaltige

Differenz zwischen dem tatsächlichen Erzeugnis ihrer Arbeit und dem geringen Betrag, den sie erhalten, dem Kapital zufallen, müssten sie sich nur wirksam zusammenschließen, um Erfolg zu haben. Ihre unmittelbaren Arbeitgeber, die Landwirte, können kaum länger auf Arbeit verzichten, als die Arbeitenden ohne Lohn auskommen können. Die Landwirte können jedoch ohne eine Senkung der Grundrente nur wenig nachgeben. Um ihre Forderung durchzusetzen, bleibt ihnen daher dasselbe Mittel wie den Arbeitenden: die Weigerung, die Produktion fortzusetzen. Nehmen wir an, der Zusammenschluss sei so vollständig, dass er sämtliche Landarbeiter einschließe und jeden daran hindere, ihren Platz einzunehmen. Die Arbeitenden verweigern die Arbeit, solange die Löhne nicht erheblich steigen. Die Landwirte können diese Erhöhung nur zahlen, wenn die Grundrente deutlich sinkt, und können dies wiederum nur erzwingen, indem sie die Produktion einstellen. Kommt der Anbau so vollständig zum Stillstand, verlieren die Grundeigentümer lediglich ihre Grundrente, während sich der brachliegende Boden sogar erholt. Die Arbeitenden dagegen verhungern. Selbst wenn sich alle englischen Arbeitenden in einem großen Bund für eine allgemeine Lohnerhöhung vereinten, bliebe der wirkliche Konflikt derselbe und fände unter denselben Bedingungen statt. Der Lohn könnte nur auf Kosten der Grundrente steigen. Bei einem allgemeinen Stillstand könnten die Grundeigentümer weiterleben, während Arbeitende aller Art verhungern oder auswandern müssten. Kraft ihres Bodeneigentums sind die Grundeigentümer die Herren Englands. So wahr ist der Satz: »Wem zu irgendeiner Zeit der Boden gehört, dem gehören seine Früchte.« Mit der Übertragung des englischen Bodens gingen auch die weißen Sonnenschirme und die vor Stolz

rasenden Elefanten über. Die breite Bevölkerung kann ihre Macht erst zurückgewinnen, wenn diese Übertragung rückgängig gemacht wird. Was für England gilt, gilt überall.

Man könnte einwenden, ein solcher Stillstand der Produktion könne niemals eintreten. Das stimmt, aber nur, weil ein hinreichend umfassender Zusammenschluss der Arbeitenden, der ihn auslösen könnte, unmöglich ist. Der feste und unbewegliche Charakter des Bodens ermöglicht den Grundeigentümern dagegen, sich viel leichter und wirksamer zusammenzuschließen als Arbeitende oder Kapitalbesitzer. Zahlreiche historische Beispiele zeigen, wie einfach und wirksam ein solcher Zusammenschluss sein kann. Die unbedingte Notwendigkeit, Boden zu nutzen, und die Gewissheit, dass sein Wert in allen fortschreitenden Ländern steigen muss, erzeugen unter Grundeigentümern selbst ohne förmlichen Zusammenschluss alle Wirkungen, die der strengste Zusammenschluss von Arbeitenden oder Kapitalbesitzern hervorbringen könnte. Nimmt man einem Arbeitenden die Beschäftigungsmöglichkeit, wird er bald bereit sein, zu beliebigen Bedingungen zu arbeiten. Wer dagegen in einem wachsenden Land erlebt hat, wie nach dem Rückgang einer Spekulationswelle die nominellen Bodenwerte deutlich über den wirklichen Werten liegen, weiß, mit welcher Hartnäckigkeit Grundeigentümer an ihnen festhalten.

Neben diesen praktischen Schwierigkeiten, eine Lohnerhöhung durch längeres Ausharren zu erzwingen, weisen solche Methoden innere Nachteile auf, vor denen die Arbeitenden nicht die Augen verschließen sollten. Ich spreche nicht aus Vorurteil, denn ich bin noch immer Ehrenmitglied jener Gewerkschaft, die ich während meiner Tätigkeit in meinem Handwerk stets loyal unterstützt habe. Doch die Mittel, mit denen eine

Gewerkschaft handeln kann, sind notwendig zerstörerisch, und ihre Organisation ist notwendig freiheitsbeschränkend. Der Streik ist das einzige Mittel, mit dem eine Gewerkschaft ihre Forderungen durchsetzen kann, und er ist ein zerstörerischer Wettkampf. In der Frühzeit San Franciscos forderte ein Sonderling mit dem Beinamen »Geldkönig« einst einen Mann, der ihm Geiz vorgeworfen hatte, zu einem ähnlichen Wettkampf heraus: Sie sollten zum Kai gehen und abwechselnd Zwanzigdollarstücke in die Bucht werfen, bis einer von ihnen aufgäbe. Der Ausdauerstreit eines Streiks ist tatsächlich das, womit er oft verglichen wurde: ein Krieg. Wie jeder Krieg vermindert er den Wohlstand. Auch die Organisation für diesen Kampf muss wie jede Kriegsorganisation die persönliche Freiheit einschränken. Selbst wer für die Freiheit kämpfen will, muss beim Eintritt in eine Armee seine persönliche Freiheit aufgeben und zu einem bloßen Teil einer großen Maschine werden. Dasselbe gilt für Arbeitende, die sich für einen Streik organisieren. Solche Zusammenschlüsse zerstören daher zwangsläufig gerade das, was die Arbeitenden durch sie gewinnen wollen: Wohlstand und Freiheit.

In Indien gibt es eine alte Methode, die Begleichung einer berechtigten Schuld zu erzwingen. Sir Henry Maine fand in den Gesetzen der irischen Brehon-Richter Spuren einer ähnlichen Einrichtung. Sie heißt *Dharna-Sitzen*: Der Gläubiger setzt sich vor die Tür des Schuldners und verweigert Nahrung und Wasser, bis er bezahlt wird.

Ähnlich gehen Zusammenschlüsse der Arbeitenden vor. Mit ihren Streiks sitzen die Gewerkschaften *Dharna*. Anders als dem Inder steht ihnen dabei jedoch nicht die Macht des Aberglaubens zur Seite.

IV – DURCH ZUSAMMENARBEIT

Seit einiger Zeit ist es üblich, die Zusammenarbeit als Allheilmittel gegen die Beschwerden der arbeitenden Klassen anzupreisen. Leider entstehen diese Übel, wie wir gesehen haben, nicht aus einem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Selbst eine allgemeine Zusammenarbeit könnte daher weder die Löhne erhöhen noch die Armut lindern. Das lässt sich leicht erkennen.

Zusammenarbeit gibt es in zwei Formen: beim Bezug von Gütern und bei der Produktion. Selbst wenn die gemeinsame Beschaffung sämtliche Zwischenhändler ausschließt, senkt sie lediglich die Kosten des Austauschs. Sie ist nur ein Mittel, Arbeit zu sparen und Risiken zu beseitigen. Auf die Verteilung kann sie daher nur so wirken wie jene Verbesserungen und Erfindungen, die den Austausch in neuerer Zeit so außerordentlich verbilligt und erleichtert haben: Sie erhöht die Grundrente. Die Zusammenarbeit in der Produktion wiederum ist lediglich eine Rückkehr zu jener Lohnform, die noch im Walfang besteht und dort als Anteilssystem bezeichnet wird. An die Stelle eines festen Lohns tritt ein verhältnismäßiger Anteil, wie es ihn gelegentlich in fast allen Erwerbszweigen gibt. Bleibt die Leitung den Arbeitenden überlassen und erhält der Kapitalbesitzer nur seinen Anteil am Nettoerzeugnis, entspricht dies schlicht dem System, das seit der Zeit des Römischen Reiches in weiten Teilen der europäischen Landwirtschaft verbreitet war: dem Kolonat oder der Teilpacht. Für die Zusammenarbeit in der Produktion wird lediglich geltend gemacht, dass sie die Arbeitenden aktiver und fleißiger macht, mit anderen Worten die Leistungsfähigkeit der Arbeit steigert. Ihre Wirkung weist damit in dieselbe Richtung wie die Dampfmaschine, die Baumwollentkörnungs- und die Erntemaschine, kurz wie alles, worin der materielle

Fortschritt besteht. Sie kann daher nur zum selben Ergebnis führen: zu einer höheren Grundrente.

Wie sehr bei der Behandlung sozialer Probleme grundlegende Prinzipien außer Acht bleiben, zeigt sich eindrucksvoll daran, welche Bedeutung die wirtschaftliche und wirtschaftsnahe Literatur der Zusammenarbeit als Mittel zur Lohnerhöhung und Armutsbekämpfung beimisst. Dass sie keine solche allgemeine Wirkung haben kann, liegt auf der Hand.

Lassen wir sämtliche Schwierigkeiten außer Betracht, denen die gemeinsame Beschaffung oder Produktion unter den heutigen Verhältnissen begegnet, und nehmen wir an, sie verbreite sich so weit, dass sie die bisherigen Verfahren ersetzt. Genossenschaftliche Läden verbinden Produzenten und Verbraucher mit geringstmöglichem Aufwand. Genossenschaftliche Werkstätten, Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe und Bergwerke beseitigen den beschäftigenden Kapitalbesitzer, der feste Löhne zahlt, und steigern die Leistungsfähigkeit der Arbeit erheblich. Was folgt daraus? Lediglich, dass dieselbe Gütermenge mit weniger Arbeit erzeugt werden könnte und die Eigentümer des Bodens, der Quelle aller Güter, für dessen Nutzung eine größere Gütermenge verlangen könnten. Das ist keine bloße Theorie, sondern durch Erfahrung und bestehende Tatsachen bewiesen. Verbesserte Verfahren und Maschinen bewirken dasselbe, was die Zusammenarbeit anstrebt: Sie senken die Kosten, mit denen Waren zu den Verbrauchern gelangen, und steigern die Leistungsfähigkeit der Arbeit. Darin liegt der Vorteil älterer Länder gegenüber neuen Siedlungsgebieten. Die Erfahrung hat jedoch hinreichend gezeigt, dass bessere Produktions- und Austauschverfahren sowie bessere Maschinen die Lage der untersten Klasse nicht verbessern. Wo der Austausch die geringsten Kosten verursacht und die Produktion über die besten Maschinen verfügt, sind

die Löhne niedriger und die Armut tiefer. Der Vorteil erhöht lediglich die Grundrente.

Nehmen wir stattdessen eine Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Grundeigentümern an. Sie liefe lediglich auf eine Grundrente in Naturalien hinaus, also auf dasselbe System, nach dem in Kalifornien und den Südstaaten viel Boden verpachtet wird und der Grundeigentümer einen Teil der Ernte erhält. Abgesehen von der Berechnungsweise unterscheidet es sich nicht von dem in England üblichen System einer festen Geldrente. Man kann es Zusammenarbeit nennen; ihre Bedingungen würden dennoch von den Gesetzen bestimmt, welche die Grundrente regeln. Wo der Boden monopolisiert wäre, würde eine höhere Produktivkraft den Grundeigentümern lediglich ermöglichen, einen größeren Anteil zu verlangen.

Viele halten die Zusammenarbeit für die Lösung der »Arbeiterfrage«, weil sie die Lage der unmittelbar Beteiligten in zahlreichen Fällen spürbar verbessert hat. Das liegt jedoch allein daran, dass diese Fälle vereinzelt sind. Fleiß, Sparsamkeit und Können können die Lage von Arbeitenden verbessern, die darin anderen überlegen sind, verlieren diese Wirkung aber, sobald die Verbesserung allgemein wird. Ebenso kann ein besonderer Vorteil bei der Beschaffung oder eine besondere Leistungssteigerung bestimmter Arbeit Vorteile verschaffen, die verschwinden, sobald diese Verbesserungen so allgemein werden, dass sie die allgemeinen Verteilungsverhältnisse verändern. Abgesehen von möglichen Bildungswirkungen kann Zusammenarbeit tatsächlich keine allgemeinen Ergebnisse hervorbringen, die nicht auch der Wettbewerb hervorbringt. Läden mit niedrigen Barzahlungspreisen wirken auf die Preise ähnlich wie genossenschaftliche Einkaufsvereine. Ebenso

führt der Wettbewerb in der Produktion zu einer ähnlichen Abstimmung der Kräfte und Aufteilung der Erträge wie die gemeinsame Produktion. Dass eine höhere Produktivkraft den Ertrag der Arbeit nicht steigert, liegt nicht am Wettbewerb, sondern daran, dass der Wettbewerb einseitig ist. Boden, ohne den keine Produktion möglich ist, wird monopolisiert. Der Wettbewerb der Produzenten um seine Nutzung drückt den Lohn auf ein Mindestmaß und überlässt den Grundeigentümern den gesamten Vorteil der steigenden Produktivkraft in Form höherer Grundrenten und Bodenwerte. Beseitigt man dieses Monopol, kann der Wettbewerb nur noch jenem Ziel dienen, das auch die Zusammenarbeit anstrebt: jedem zu geben, was er redlich verdient. Wird dieses Monopol beseitigt, muss die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit unter Gleichberechtigten werden.

V – DURCH STAATLICHE LENKUNG UND EINGRIFFE

Der begrenzte Umfang, den ich diesem Buch geben möchte, erlaubt keine eingehende Prüfung der Verfahren, mit denen Armut durch staatliche Regulierung der Wirtschaft und der Vermögensbildung gemildert oder beseitigt werden soll und die in ihrer weitestgehenden Form als sozialistisch bezeichnet werden. Eine solche Prüfung ist auch nicht nötig, denn alle diese Verfahren weisen dieselben Mängel auf: Sie ersetzen das freie Handeln des Einzelnen durch staatliche Lenkung und versuchen, durch Beschränkungen zu erreichen, was sich durch Freiheit besser verwirklichen ließe. Auf die Wahrheiten, die in sozialistischen Ideen enthalten sind, werde ich später zurückkommen. Offenkundig ist jedoch jede Regelung und Beschränkung an sich nachteilig und sollte nicht eingesetzt werden, wenn

dasselbe Ziel auf andere Weise erreicht werden kann. Nehmen wir als Beispiel eine der einfachsten und mildesten Maßnahmen dieser Art: eine progressive Einkommensteuer. Ihr Ziel, gewaltige Vermögenskonzentrationen zu verringern oder zu verhindern, ist sinnvoll. Das Mittel erfordert jedoch zahlreiche Beamte mit weitreichenden Kontrollbefugnissen. Es schafft Anreize zu Bestechung, Meineid und allen anderen Formen der Umgehung, untergräbt dadurch die öffentliche Moral, belohnt Skrupellosigkeit und belastet das Gewissen. Soweit die Steuer ihre Wirkung erreicht, vermindert sie schließlich auch den Anreiz zur Vermögensbildung, einer starken Triebkraft des wirtschaftlichen Fortschritts. Ließen sich die ausgearbeiteten Pläne verwirklichen, alles zu regeln und jedem einen Platz zuzuweisen, erhielten wir eine Gesellschaft ähnlich dem alten Peru oder jener Ordnung, welche die Jesuiten zu ihrer bleibenden Ehre in Paraguay errichteten und so lange aufrechterhielten.

Ich behaupte nicht, eine solche Gesellschaftsordnung sei schlechter als jene, auf die wir gegenwärtig zuzusteuern scheinen. Im alten Peru erfolgte die Produktion wegen des Fehlens von Eisen und Haustieren zwar unter größten Nachteilen, doch Not gab es dort nicht und die Menschen gingen singend zur Arbeit. Diese Frage müssen wir hier jedoch nicht erörtern. Einen Sozialismus, der einer solchen Ordnung auch nur nahekommt, kann die moderne Gesellschaft nicht erfolgreich verwirklichen. Die einzige Kraft, die sich jemals dazu als fähig erwiesen hat – ein starker und klar bestimmter religiöser Glaube –, fehlt und wird von Tag zu Tag schwächer. Wir haben den Sozialismus der Stammesgesellschaft verlassen und können nur durch einen Rückschritt zu ihm zurückkehren, der Anarchie und vielleicht Barbarei mit sich brächte. Unsere Staaten würden bei dem

Versuch zusammenbrechen, wie sich bereits deutlich zeigt. Statt einer vernünftigen Zuweisung von Aufgaben und Erträgen erhielten wir eine römische Verteilung sizilianischen Getreides, und der Demagoge würde bald zum Imperator.

Das Ideal des Sozialismus ist groß und edel, und ich bin überzeugt, dass es verwirklicht werden kann. Eine solche Gesellschaft lässt sich jedoch nicht herstellen; sie muss wachsen. Die Gesellschaft ist ein Organismus, keine Maschine. Sie kann nur durch das individuelle Leben ihrer Teile bestehen. In der freien und natürlichen Entwicklung aller Teile liegt die Harmonie des Ganzen. Alles, was zur gesellschaftlichen Erneuerung nötig ist, enthält der Leitspruch jener russischen Patrioten, die zuweilen Nihilisten genannt werden: »Boden und Freiheit!«

VI – DURCH EINE BREITERE VERTEILUNG DES BODENEIGENTUMS

Immer mehr Menschen erkennen, dass die Bodenordnung in irgendeiner Weise mit der sozialen Not zusammenhängt, die sich in den fortschrittlichsten Ländern zeigt. Bisher äußert sich diese Einsicht jedoch überwiegend in Vorschlägen für eine breitere Verteilung des Bodeneigentums: in England durch freien Bodenverkehr, Pächterrechte oder die gleichmäßige Teilung von Grundbesitz unter den Erben, in den Vereinigten Staaten durch eine Begrenzung des Bodens, den ein Einzelner besitzen darf. Für England wurde außerdem vorgeschlagen, der Staat solle die Grundeigentümer auszahlen; in den Vereinigten Staaten sollen öffentliche Gelder die Gründung von Siedlungen auf staatlichem Boden ermöglichen. Den ersten Vorschlag lassen wir vorerst beiseite. Der zweite fällt mit seiner Besonderheit unter die im vorangegangenen Abschnitt behandelten Maßnahmen. Es bedarf keiner Begründung, zu

welchem Missbrauch und zu welcher Demoralisierung staatliche Geld- oder Kreditvergaben führen würden.

Wie der von englischen Autoren sogenannte »freie Bodenverkehr«, also die Beseitigung von Abgaben und Beschränkungen bei Übertragungen, die Aufteilung des landwirtschaftlichen Bodeneigentums fördern könnte, ist für mich nicht erkennbar. Bei städtischem Grundeigentum könnte er in gewissem Maß diese Wirkung haben. Die Beseitigung von Kauf- und Verkaufsbeschränkungen würde dem Bodeneigentum lediglich erlauben, rascher jene Form anzunehmen, zu der es ohnehin neigt. Dass diese Tendenz in Großbritannien zur Konzentration führt, zeigt die Tatsache, dass sich das Bodeneigentum dort trotz der durch hohe Übertragungskosten verursachten Hindernisse fortwährend konzentriert hat und weiter konzentriert. Dass es sich um eine allgemeine Tendenz handelt, zeigt derselbe Konzentrationsprozess in den Vereinigten Staaten. Das sage ich ohne Vorbehalt, obwohl statistische Tabellen zuweilen als Beleg für eine entgegengesetzte Entwicklung angeführt werden. Wie sich das Bodeneigentum in einem Land wie den Vereinigten Staaten tatsächlich konzentrieren kann, während Volkszählungen eine sinkende durchschnittliche Größe der Besitzungen zeigen, lässt sich leicht erklären. Wird Boden in Nutzung genommen und mit dem Bevölkerungswachstum von einer weniger intensiven zu einer intensiveren Nutzung überführt, nimmt die Größe der einzelnen Besitzungen tendenziell ab. Eine kleine Viehweide wäre ein großer Bauernhof; ein kleiner Bauernhof wäre eine große Obstplantage, ein großer Weinberg, eine große Baumschule oder ein großer Gemüsebetrieb; und eine Fläche, die selbst für diese Zwecke klein wäre, ergäbe ein sehr großes

städtisches Grundstück. Das Bevölkerungswachstum führt den Boden somit intensiveren Nutzungen zu und verringert dadurch auf natürliche Weise die Größe der einzelnen Besitzungen, besonders deutlich in neuen Ländern. Gleichzeitig kann sich das Bodeneigentum konzentrieren. Durchschnittliche Besitzungen von einem Acre in einer Stadt können eine viel stärkere Konzentration des Bodeneigentums zeigen als durchschnittliche Besitzungen von 640 Acres in einem neu besiedelten Verwaltungsbezirk. Diese Erklärung zeigt den Irrtum der Schlüsse, die in den Vereinigten Staaten häufig aus solchen Tabellen gezogen werden, um das Bodenmonopol als ein Problem darzustellen, das sich von selbst löse. Im Gegenteil: Der Anteil der Grundeigentümer an der Gesamtbevölkerung nimmt offenkundig fortwährend ab.

Auch in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten zeigt sich ebenso wie in Großbritannien eine starke Tendenz zur Konzentration des Bodeneigentums. In England und Irland werden kleine Höfe zu größeren Betrieben zusammengelegt. Nach den Berichten des Arbeitsstatistischen Amtes von Massachusetts nimmt auch in Neuengland die Größe der Betriebe zu. In den neueren Bundesstaaten und Territorien ist diese Tendenz noch deutlicher. Vor wenigen Jahren wäre ein Hof von 320 Acres bei der im Norden der Union üblichen Landwirtschaft überall als großer Betrieb gegolten, vermutlich als die größte Fläche, die ein einzelner Mensch zweckmäßig bewirtschaften konnte. In Kalifornien gibt es heute landwirtschaftliche Betriebe – keine Viehweiden – von fünf-, zehn-, zwanzig-, vierzig- und sechzigtausend Acres. Die Musterfarm in Dakota umfasst sogar 100.000 Acres. Der Grund liegt auf der Hand: Maschinen werden in der Landwirtschaft eingesetzt, und die Produktion verlagert sich

allgemein auf große Maßstäbe. Dieselbe Tendenz, die viele selbstständige Handweber durch eine Fabrik mit einem Heer von Beschäftigten ersetzt, beginnt sich auch in der Landwirtschaft zu zeigen.

Diese Tendenz zeigt zweierlei. Erstens wären Maßnahmen wirkungslos, die eine stärkere Aufteilung des Bodens lediglich erlauben oder erleichtern. Zweitens würden Maßnahmen, die eine solche Aufteilung erzwingen, tendenziell die Produktion hemmen. Lässt sich eine große Bodenfläche günstiger bewirtschaften als mehrere kleine Flächen, verringert eine Beschränkung auf kleine Besitzungen das gesamte Gütererzeugnis. Soweit solche Beschränkungen eingeführt werden und wirken, vermindern sie die allgemeine Produktivität von Arbeit und Kapital.

Der Versuch, durch solche Beschränkungen eine gerechtere Güterverteilung zu erreichen, bringt daher den Nachteil mit sich, dass er die zu verteilende Menge vermindert. Er gleicht dem Vorgehen des Affen, der den Käse zwischen zwei Katzen aufteilte und die Stücke anglich, indem er jeweils vom größeren abbiss.

Dies ist jedoch nicht der einzige Einwand gegen Vorschläge zur Beschränkung des Bodeneigentums, auch wenn er umso schwerer wiegt, je wirksamer die vorgeschlagene Maßnahme wäre. Hinzu kommt der entscheidende Einwand, dass die Beschränkung das einzig erstrebenswerte Ziel nicht erreicht: eine gerechte Verteilung des Erzeugnisses. Sie senkt die Grundrente nicht und kann daher den Lohn nicht erhöhen. Sie mag die Zahl der Menschen in gesicherten Verhältnissen vergrößern, verbessert aber nicht die Lage der untersten Klasse.

Würde das als Ulster-Pächterrecht bekannte System auf ganz Großbritannien ausgedehnt, würde lediglich aus dem Recht des Grundeigentümers ein eigenes Recht des Pächters herausgeschnitten. Die Lage des Arbeitenden verbesserte sich dadurch

kein bisschen. Würde den Grundeigentümern verboten, von ihren Pächtern eine höhere Grundrente zu verlangen oder einen Pächter auszuweisen, solange er den festgelegten Betrag zahlt, gewönne die Gesamtheit der Produzenten nichts. Die ökonomische Grundrente würde weiterhin steigen und den Anteil des Erzeugnisses, der Arbeit und Kapital zufällt, fortwährend verringern. Der einzige Unterschied bestünde darin, dass die Pächter der ursprünglichen Grundeigentümer, die nun ihrerseits zu Grundeigentümern würden, vom Anstieg profitierten.

Würde die Zahl der wenigen Tausend Grundeigentümer Großbritanniens durch eine Begrenzung der Fläche, die ein Einzelner besitzen darf, durch Vorschriften über letztwillige Verfügungen und Erbfolgen oder durch progressive Besteuerung um zwei oder drei Millionen erhöht, wären diese zwei oder drei Millionen Menschen die Gewinner. Die übrige Bevölkerung gewönne nichts. Sie hätte an den Vorteilen des Bodeneigentums nicht mehr Anteil als zuvor. Und was würde aus dem Bevölkerungszuwachs, wenn – was offenkundig unmöglich ist – der Boden gerecht unter der gesamten Bevölkerung verteilt, jedem der gleiche Anteil zugewiesen und die erneute Konzentration durch Gesetze verhindert würde, die jedem Besitz oberhalb einer festgelegten Größe verbieten?

Was eine stärkere Aufteilung des Bodens bewirken kann, zeigt sich in jenen Gebieten Frankreichs und Belgiens, in denen die Parzellierung sehr weit fortgeschritten ist. Es besteht kein Zweifel, dass eine solche Aufteilung insgesamt wesentlich besser ist und dem Staat eine weit stabilere Grundlage gibt als die in England herrschende Ordnung. Ebenso klar ist jedoch, dass sie weder die Löhne erhöht noch die Lage der Klasse verbessert, die nur ihre Arbeit besitzt. Die

französischen und belgischen Bauern üben eine strenge Sparsamkeit, die den englischsprachigen Völkern unbekannt ist. Dass die Armut und Not der untersten Klasse nicht so auffällig hervortreten wie auf der anderen Seite des Kanals, ist meines Erachtens nicht nur darauf zurückzuführen. Hinzu kommt ein weiterer Umstand, der zugleich den Fortbestand der starken Parzellierung erklärt: Der materielle Fortschritt verlief weniger rasch.

Weder ist die Bevölkerung im selben Tempo gewachsen – sie blieb im Gegenteil nahezu unverändert – noch haben sich die Produktionsverfahren ebenso stark verbessert. Dennoch erklärt M. de Laveleye in seinem vom Cobden Club veröffentlichten Aufsatz über die Bodensysteme Belgiens und der Niederlande, die Lage der Arbeitenden sei bei dieser weitgehenden Bodenaufteilung schlechter als in England. Seine Vorannahmen sprechen sämtlich für kleine Besitzungen, weshalb seine Aussage mehr Gewicht besitzt als jene englischer Beobachter, bei denen man eine Voreingenommenheit zugunsten des eigenen Systems vermuten könnte. Selbst dort, wo die *Parzellierung* am weitesten fortgeschritten ist, herrscht weithin Pacht. Die Pächter werden mit einer in England und sogar in Irland unbekannten Rücksichtslosigkeit bis an die äußerste Grenze belastet. Das Wahlrecht, so schreibt er, »hebt sie keineswegs auf eine höhere gesellschaftliche Stufe, sondern wird für sie zu einer Quelle der Kränkung und Erniedrigung. Denn sie sind gezwungen, nach den Vorgaben des Grundeigentümers zu wählen, statt ihrer eigenen Neigung und Überzeugung zu folgen.«

Die Aufteilung des Bodens kann somit die Übel des Bodenmonopols nicht heilen, die Löhne nicht erhöhen und die Lage der untersten Klassen nicht verbessern. Zugleich verhindert sie tendenziell, dass weitergehende Maßnahmen beschlossen oder

auch nur vertreten werden, und stärkt das bestehende ungerechte System, indem sie mehr Menschen an seinem Fortbestand interessiert. Am Ende des Aufsatzes, aus dem ich zitiert habe, empfiehlt M. de Laveleye eine stärkere Aufteilung des Bodens als sicherstes Mittel, die großen Grundeigentümer Englands vor weit grundsätzlicheren Maßnahmen zu schützen. Obwohl nach seiner Aussage die Lage der Arbeitenden in den Gebieten mit der stärksten Parzellierung die schlechteste Europas ist und die Pächter von ihren Grundeigentümern weit stärker ausgepresst werden als irische Pächter, treten, wie er weiter schreibt, »der Gesellschaftsordnung feindliche Gefühle« nicht hervor, denn:

»Der Pächter lebt trotz der fortwährenden Erhöhung der Grundrente, die ihn bedrückt, unter seinesgleichen: unter Bauern wie ihm selbst, die eigene Pächter haben und mit ihnen ebenso verfahren wie der große Grundeigentümer mit den seinen. Sein Vater, sein Bruder oder vielleicht er selbst besitzt ungefähr einen Acre Boden, den er zur höchstmöglichen Grundrente verpachtet. Im Wirtshaus rühmen sich bäuerliche Eigentümer der hohen Grundrenten, die sie für ihren Boden erhalten, wie sie sich rühmen würden, ihre Schweine oder Kartoffeln besonders teuer verkauft zu haben. Die Verpachtung zur höchstmöglichen Grundrente erscheint ihm dadurch ganz selbstverständlich. Er denkt nicht daran, die Grundeigentümer als Klasse oder das Bodeneigentum zu kritisieren. Die Vorstellung einer Kaste herrschsüchtiger Grundeigentümer, von ›blutdürstigen Tyrannen‹, die sich ohne eigene Arbeit am Schweiß verarmter Pächter mästen, beschäftigt ihn kaum, denn die härtesten Geschäfte machen nicht die großen Grundeigentümer, sondern Menschen seinesgleichen. Die Verteilung zahlreicher kleiner Besitzungen unter den Bauern bildet daher eine Art Schutzwall für die Eigentümer großer Güter. Ohne Übertreibung kann das bäuerliche Eigentum als Blitzableiter bezeichnet werden, der von der Gesellschaft Gefahren abwendet, die andernfalls zu gewaltsamen Katastrophen führen könnten.

Die Konzentration des Bodens in großen Gütern weniger Familien ist eine Art Aufforderung zu gleichmacherischer Gesetzgebung. Die in so vieler Hinsicht beneidenswerte Lage Englands scheint mir in dieser Hinsicht für die Zukunft voller Gefahren zu sein.«

Aus genau demselben Grund, den M. de Laveleye nennt, erscheint mir die Lage Englands voller Hoffnung.

Geben wir jeden Versuch auf, die Übel des Bodenmonopols durch eine Beschränkung des Bodeneigentums zu beseitigen. Eine gleiche Verteilung des Bodens ist unmöglich. Alles, was dahinter zurückbleibt, wäre nur eine Linderung, keine Heilung, und noch dazu eine Linderung, die die eigentliche Heilung verhindert. Keine Lösung verdient Beachtung, wenn sie nicht der natürlichen Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung folgt und gewissermaßen mit der Strömung der Zeit schwimmt. Die Entwicklung führt unverkennbar zur Konzentration: zur Konzentration der Menschen in großen Städten, des Handwerks in großen Fabriken, des Verkehrs in Eisenbahn- und Dampfschifflinien und der Landwirtschaft auf großen Flächen. Selbst die unbedeutendsten Geschäfte werden auf dieselbe Weise konzentriert. Unternehmen erledigen Botengänge und tragen Reisetaschen. Sämtliche Strömungen der Zeit weisen zur Konzentration. Um ihr erfolgreich zu widerstehen, müssten wir die Dampfkraft ersticken und die Elektrizität aus dem Dienst der Menschheit entlassen.

KAPITEL II DIE WIRKLICHE LÖSUNG

Wir haben die ungleiche Verteilung des Wohlstands, den Fluch und die Bedrohung der modernen Zivilisation, auf die Einrichtung des privaten Bodeneigentums zurückgeführt. Solange diese Einrichtung besteht, kann keine Steigerung der Produktivkraft die Lage der breiten Bevölkerung dauerhaft verbessern. Im Gegenteil: Sie muss deren Lage tendenziell weiter verschlechtern. Wir haben sämtliche gängigen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zu einer gerechteren Güterverteilung geprüft, die hinter der Abschaffung des privaten Bodeneigentums zurückbleiben, und sie alle als unwirksam oder undurchführbar erkannt.

Ein Übel lässt sich nur auf eine Weise beseitigen: durch die Beseitigung seiner Ursache. Die Armut verschärft sich mit wachsendem Wohlstand, und die Löhne werden trotz steigender Produktivkraft nach unten gedrückt, weil der Boden monopolisiert ist, der die Quelle aller Güter und das Tätigkeitsfeld jeder Arbeit bildet. Um die Armut zu beseitigen und den Lohn zu dem zu machen, was er nach den Geboten der Gerechtigkeit sein sollte – zum vollen Ertrag der Arbeit –, müssen wir daher das individuelle Eigentum am Boden durch gemeinschaftliches Eigentum ersetzen. Nichts anderes setzt an der Ursache des Übels an; auf nichts anderem ruht auch nur die geringste Hoffnung.

Dies ist somit die Lösung für die ungerechte und ungleiche Verteilung des Wohlstands in der modernen Zivilisation und für sämtliche daraus entstehenden Übel:

Wir müssen den Boden zum Gemeingut machen.

Zu dieser Schlussfolgerung sind wir durch eine Untersuchung gelangt, in der jeder Schritt bewiesen und abgesichert wurde. In der Beweiskette fehlt kein Glied, und kein Glied ist schwach. Deduktion und Induktion haben uns zu derselben Wahrheit geführt: Ungleiches Bodeneigentum erzwingt eine ungleiche Verteilung des Wohlstands. Da ungleiches Bodeneigentum seinem Wesen nach untrennbar mit der Anerkennung individuellen Eigentums am Boden verbunden ist, folgt notwendig, dass die ungerechte Güterverteilung nur dadurch behoben werden kann, dass der Boden zum Gemeingut wird.

Diese Wahrheit wird im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft jedoch erbitterten Widerstand hervorrufen und muss sich Schritt für Schritt durchsetzen. Deshalb müssen wir den Einwänden derjenigen begegnen, die selbst dann, wenn sie diese Wahrheit schließlich anerkennen müssen, ihre praktische Umsetzung für unmöglich erklären werden.

Damit unterziehen wir unsere bisherigen Überlegungen einer neuen und entscheidenden Prüfung. Wie wir eine Addition durch Subtraktion und eine Multiplikation durch Division überprüfen, können wir durch die Prüfung der Wirksamkeit der Lösung feststellen, ob unsere Schlussfolgerungen über die Ursache des Übels richtig sind.

Die Gesetze des Universums stimmen miteinander überein. Ist die Lösung, zu der wir gelangt sind, die richtige, muss sie mit der Gerechtigkeit vereinbar und praktisch umsetzbar sein. Sie muss der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen und mit anderen Reformen im Einklang stehen.

All dies will ich zeigen. Ich werde sämtlichen praktischen Einwänden begegnen und darlegen, dass diese einfache Maßnahme nicht nur leicht umzusetzen ist, sondern sämtliche Übel beheben kann, die im Verlauf des modernen Fortschritts aus der immer ungleicheren Verteilung des Wohlstands entstehen. Sie wird Ungleichheit durch Gleichheit, Mangel durch Fülle, Ungerechtigkeit durch Gerechtigkeit und gesellschaftliche Schwäche durch gesellschaftliche Stärke ersetzen und den Weg zu größeren und edleren Fortschritten der Zivilisation öffnen.

Ich will somit zeigen, dass die Gesetze des Universums die natürlichen Bestrebungen des menschlichen Herzens nicht vereiteln; dass die Entwicklung der Gesellschaft zur Gleichheit statt zur Ungleichheit führen könnte und, wenn sie andauern soll, führen muss; und dass die ökonomischen Zusammenhänge jene Wahrheit bestätigen, die der stoische Kaiser erkannte:

»*Wir sind zur Zusammenarbeit geschaffen – wie die Füße, die Hände, die Augenlider und die beiden Reihen der oberen und unteren Zähne.*«

ANMERKUNGEN ZUM SECHSTEN BUCH

44 Ganz zu schweigen von größerer Gewissenlosigkeit, die häufig die entscheidende Eigenschaft ist, durch die aus jemandem ein Millionär wird, der sonst vielleicht arm geblieben wäre.

45 Franklin berichtet in seiner unnachahmlichen Art, wie Keimer seinen Vorsatz schließlich brach, ein gebratenes Schwein bestellte und zwei Freundinnen zum Essen einlud. Das Schwein wurde jedoch gebracht, bevor die Gäste eintrafen. Keimer konnte der Versuchung nicht widerstehen und aß es allein vollständig auf.

SIEBTES BUCH DIE GERECHTIGKEIT DER LÖSUNG

KAPITEL I – DIE UNGERECHTIGKEIT DES PRIVATEN BODENEIGENTUMS

KAPITEL II – DIE VERSKLAVUNG DER ARBEITENDEN ALS LETZTE FOLGE DES PRIVATEN BODENEIGENTUMS

KAPITEL III – DER ENTSCHÄDIGUNGSANSPRUCH DER GRUNDEIGENTÜMER

KAPITEL IV – DAS PRIVATE BODENEIGENTUM IN HISTORISCHER BETRACHTUNG

KAPITEL V – DAS BODENEIGENTUM IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Gerechtigkeit ist ein Verhältnis der Übereinstimmung, das tatsächlich zwischen zwei Dingen besteht. Dieses Verhältnis bleibt stets dasselbe, welches Wesen es auch betrachtet, sei es Gott, ein Engel oder schließlich ein Mensch. – Montesquieu.

KAPITEL I DIE UNGERECHTIGKEIT DES PRIVATEN BODENEIGENTUMS

Wird vorgeschlagen, das private Bodeneigentum abzuschaffen, stellt sich zuerst die Frage der Gerechtigkeit. Obwohl das Gerechtigkeitsgefühl durch Gewohnheit, Aberglauben und Eigennutz häufig bis zur Unkenntlichkeit verzerrt wird, gehört es doch zu den Grundlagen des menschlichen Denkens. Wo immer ein Streit die Leidenschaften erregt, dreht sich der Konflikt daher weniger um die Frage »Ist es klug?« als um die Frage »Ist es richtig?«

Dass öffentliche Auseinandersetzungen zu einer ethischen Frage werden, hat einen Grund. Diese Neigung entspringt einem Gesetz des menschlichen Geistes und beruht auf einer undeutlichen, instinktiven Erkenntnis der vielleicht tiefsten Wahrheit, die wir erfassen können: Klug ist nur, was gerecht ist; Bestand hat nur, was richtig ist. Im engen Bereich einzelner Handlungen und einzelner Lebensläufe mag diese Wahrheit häufig verdeckt bleiben; im größeren Bereich des Lebens eines Volkes tritt sie überall hervor.

Ich erkenne dieses Urteil an und nehme diese Prüfung an. Hat unsere Untersuchung der Ursache, durch die niedrige Löhne und Massenarmut zu Begleiterscheinungen des materiellen Fortschritts werden, zu einem richtigen Ergebnis geführt, dann muss es sich aus der Sprache der Volkswirtschaftslehre in die Sprache der Ethik übertragen lassen und als Quelle der sozialen Übel ein Unrecht erkennen lassen. Gelingt dies nicht, ist unsere Schlussfolgerung widerlegt. Gelingt es, ist sie durch die höchste Instanz bestätigt. Ist privates Bodeneigentum gerecht, dann ist die von mir

vorgeschlagene Lösung falsch; ist es dagegen ungerecht, dann ist diese Lösung richtig.

Worauf beruht ein rechtmäßiger Eigentumsanspruch? Was berechtigt einen Menschen, von einer Sache mit Recht zu sagen: »Sie gehört mir«? Woher kommt die Überzeugung, die sein ausschließliches Recht gegenüber aller Welt anerkennt? Liegt ihr nicht vor allem das Recht des Menschen auf sich selbst zugrunde, auf den Gebrauch seiner eigenen Kräfte und auf den Genuss der Früchte seiner eigenen Anstrengungen? Rechtfertigt nicht allein dieses individuelle Recht, das aus den natürlichen Tatsachen der menschlichen Eigenständigkeit hervorgeht und durch sie bezeugt wird, individuelles Eigentum: dadurch, dass jedes bestimmte Paar Hände einem bestimmten Gehirn gehorcht und zu einem bestimmten Magen gehört, und dadurch, dass jeder Mensch ein bestimmtes, zusammenhängendes und selbstständiges Ganzes bildet? Wie der Mensch sich selbst gehört, so gehört ihm auch seine Arbeit, sobald sie eine konkrete Form angenommen hat.

Aus diesem Grund gehört das, was ein Mensch herstellt oder hervorbringt, ihm gegenüber aller Welt. Er darf es genießen oder zerstören, gebrauchen, tauschen oder verschenken. Niemand sonst kann mit Recht Anspruch darauf erheben, und sein ausschließliches Recht daran fügt keinem anderen Unrecht zu. Für alles, was durch menschliche Anstrengung erzeugt wird, besteht somit ein klarer und unbestreitbarer Anspruch auf ausschließlichen Besitz und Genuss, der vollkommen mit der Gerechtigkeit vereinbar ist. Er geht auf den ursprünglichen Produzenten zurück, dem er nach natürlichem Recht zustand. Die Feder, mit der ich schreibe, gehört mit Recht mir. Kein anderer Mensch kann sie rechtmäßig beanspruchen, denn in meinem Anspruch liegt derjenige der Menschen, die sie hergestellt haben.

Sie wurde mein Eigentum, weil der Schreibwarenhändler sie mir übertrug; ihm hatte sie der Importeur übertragen, der das ausschließliche Recht daran vom Hersteller erhielt. Auf diesen waren durch denselben Vorgang des Kaufes die Rechte jener übergegangen, die das Material aus dem Boden holten und zur Feder formten. Mein ausschließliches Eigentumsrecht an der Feder entspringt somit dem natürlichen Recht des Einzelnen auf den Gebrauch seiner eigenen Fähigkeiten.

Dies ist nicht nur die ursprüngliche Quelle aller Vorstellungen von ausschließlichem Eigentum. Das zeigen sowohl die natürliche Neigung des Denkens, bei jeder Infragestellung solchen Eigentums darauf zurückzugreifen, als auch die Entwicklung gesellschaftlicher Beziehungen. Es ist notwendig die einzige Quelle. An keiner Sache kann ein rechtmäßiger Eigentumsanspruch bestehen, der nicht vom Anspruch des Produzenten abgeleitet ist und nicht auf dem natürlichen Recht des Menschen auf sich selbst beruht. Einen anderen rechtmäßigen Anspruch kann es nicht geben: Erstens gibt es kein anderes natürliches Recht, aus dem er abgeleitet werden könnte; zweitens ist die Anerkennung eines anderen Anspruchs mit diesem Recht unvereinbar und zerstört es.

Erstens: Aus welchem anderen Recht als dem Recht des Menschen auf sich selbst könnte das Recht auf den ausschließlichen Besitz einer Sache hervorgehen? Mit welcher anderen Macht hat die Natur den Menschen ausgestattet als mit der Fähigkeit, seine eigenen Kräfte einzusetzen? Wie könnte er sonst auf materielle Dinge oder andere Menschen einwirken? Lähmt man seine Bewegungsnerven, hat er auf seine Umwelt nicht mehr Einfluss oder Macht als ein Stück Holz oder ein Stein. Woraus sonst könnte also das Recht entstehen, Dinge zu besitzen und über sie zu

verfügen? Wenn es nicht aus dem Menschen selbst hervorgeht, woher sollte es kommen? Die Natur erkennt Eigentum oder Herrschaft des Menschen nur als Ergebnis seiner Anstrengung an. Nur auf diese Weise lassen sich ihre Schätze gewinnen, ihre Kräfte lenken und ihre Energien nutzen oder beherrschen. Sie unterscheidet nicht zwischen den Menschen, sondern behandelt alle vollkommen unparteiisch. Sie kennt keinen Unterschied zwischen Herr und Sklave, König und Untertan, Heiligem und Sünder. Vor ihr stehen alle Menschen auf derselben Stufe und haben gleiche Rechte. Sie erkennt nur den Anspruch der Arbeit an, und zwar ohne Rücksicht darauf, wer ihn erhebt. Setzt ein Pirat seine Segel, füllt der Wind sie ebenso wie die eines friedlichen Handelsschiffs oder Missionsbootes. Werden ein König und ein gewöhnlicher Mann über Bord geworfen, kann keiner seinen Kopf ohne Schwimmen über Wasser halten. Vögel kommen nicht eher vor die Flinte des Grundeigentümers als vor die des Wilderers. Fische beißen oder beißen nicht an, ohne zu beachten, ob ihnen ein braver Junge, der die Sonntagsschule besucht, oder ein ungezogener Schulschwänzer den Haken hinhält. Getreide wächst nur, wenn der Boden bearbeitet und die Saat ausgebracht wird. Erz lässt sich nur durch Arbeit aus dem Bergwerk holen. Die Sonne scheint und der Regen fällt auf Gerechte und Ungerechte gleichermaßen. Die Naturgesetze sind die Gebote des Schöpfers. In ihnen wird kein anderes Recht als das der Arbeit anerkannt; zugleich verkünden sie klar und deutlich das gleiche Recht aller Menschen, die Natur zu gebrauchen und zu genießen, durch ihre Anstrengungen auf sie einzuwirken und ihren Ertrag zu empfangen und zu besitzen. Da die Natur nur der Arbeit gibt, ist die in der Produktion eingesetzte Arbeit der einzige Anspruchsgrund für ausschließlichen Besitz.

Zweitens: Das aus der Arbeit hervorgehende Eigentumsrecht schließt jedes andere Eigentumsrecht aus. Hat ein Mensch mit Recht Anspruch auf das Erzeugnis seiner Arbeit, kann niemand mit Recht Eigentum an etwas beanspruchen, das weder das Erzeugnis seiner eigenen Arbeit noch der Arbeit eines anderen ist, von dem das Recht auf ihn überging. Verleiht die Produktion dem Produzenten das Recht auf ausschließlichen Besitz und Genuss, kann es keinen rechtmäßigen ausschließlichen Besitz und Genuss an Dingen geben, die nicht durch Arbeit erzeugt wurden. Die Anerkennung privaten Bodeneigentums ist daher ein Unrecht. Denn das Recht am Erzeugnis der Arbeit lässt sich nicht ohne das Recht auf den freien Gebrauch der von der Natur gebotenen Möglichkeiten verwirklichen. Erkennt man Eigentumsrechte an diesen Möglichkeiten an, verneint man das Eigentumsrecht am Erzeugnis der Arbeit. Können Nichtproduzenten als Grundrente einen Teil des von Produzenten geschaffenen Wohlstands beanspruchen, wird das Recht der Produzenten auf die Früchte ihrer Arbeit in diesem Umfang bestritten.

Aus dieser Schlussfolgerung gibt es keinen Ausweg. Wer bejaht, dass ein Mensch an seiner in materiellen Dingen verkörperten Arbeit rechtmäßig ausschließliches Eigentum beanspruchen kann, verneint damit, dass irgendjemand rechtmäßig ausschließliches Eigentum am Boden beanspruchen kann. Wer das Eigentum am Boden für rechtmäßig erklärt, stellt einen in der Natur unbegründeten Anspruch gegen einen Anspruch, der in der menschlichen Eigenständigkeit und in den Gesetzen der materiellen Welt verankert ist.

Die Ungerechtigkeit privaten Bodeneigentums wird vor allem durch die Gewohnheit verdeckt, alle Dinge, die Gegenstand von Eigentum sein können,

unter dem einheitlichen Begriff Eigentum zusammenzufassen. Wird überhaupt unterschieden, folgt man der unzulänglichen Einteilung der Juristen in bewegliches Vermögen und Grundeigentum oder in bewegliche und unbewegliche Sachen. Die wirkliche und natürliche Trennlinie verläuft zwischen den Erzeugnissen der Arbeit und den unentgeltlichen Gaben der Natur, in den Begriffen der Volkswirtschaftslehre also zwischen Wohlstand und Boden.

Diese beiden Arten von Dingen unterscheiden sich in ihrem Wesen und in ihren Beziehungen grundlegend. Werden sie gemeinsam als Eigentum behandelt, verwirrt dies jedes Denken über Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, Recht oder Unrecht des Eigentums.

Ein Haus und das Grundstück, auf dem es steht, gelten beide als Eigentum und werden von Juristen beide dem Grundeigentum zugerechnet. Ihrem Wesen und ihren Beziehungen nach unterscheiden sie sich jedoch grundlegend. Das Haus wurde durch menschliche Arbeit geschaffen und gehört zu der in der Volkswirtschaftslehre als Wohlstand bezeichneten Klasse. Das Grundstück ist Teil der Natur und gehört zu der als Boden bezeichneten Klasse.

Das wesentliche Merkmal der ersten Klasse besteht darin, dass diese Dinge Arbeit verkörpern und durch menschliche Anstrengung hervorgebracht werden. Ob sie bestehen oder nicht bestehen und ob ihre Menge zu- oder abnimmt, hängt vom Menschen ab. Das wesentliche Merkmal der zweiten Klasse besteht darin, dass diese Dinge keine Arbeit verkörpern und unabhängig von menschlicher Anstrengung und vom Menschen überhaupt bestehen. Sie bilden das Feld oder die Umwelt, in der sich der Mensch vorfindet, das Vorratslager, aus dem seine Bedürfnisse gedeckt

werden müssen, sowie den Rohstoff und die Kräfte, auf die allein seine Arbeit einwirken kann.

Sobald diese Unterscheidung erkannt wird, zeigt sich, dass die natürliche Gerechtigkeit der einen Art des Eigentums ihre Anerkennung verleiht, sie der anderen aber verweigert. Die Rechtmäßigkeit individuellen Eigentums an den Erzeugnissen der Arbeit schließt die Unrechtmäßigkeit individuellen Bodeneigentums ein. Während die Anerkennung des ersten alle Menschen gleichstellt und jedem den gebührenden Ertrag seiner Arbeit sichert, verneint die Anerkennung des zweiten die gleichen Rechte der Menschen und erlaubt denjenigen, die nicht arbeiten, den natürlichen Ertrag der Arbeitenden an sich zu nehmen.

Was auch immer für die Einrichtung privaten Bodeneigentums vorgebracht werden mag: Mit der Gerechtigkeit lässt sie sich offenkundig nicht verteidigen.

Das gleiche Recht aller Menschen auf den Gebrauch des Bodens ist so klar wie ihr gleiches Recht, die Luft zu atmen. Schon die Tatsache ihres Daseins verkündet dieses Recht. Denn wir können nicht annehmen, einige Menschen hätten ein Recht, in dieser Welt zu sein, andere dagegen nicht.

Sind wir alle mit gleicher Erlaubnis des Schöpfers hier, dann haben wir alle den gleichen Anspruch auf den Genuss seiner Gaben und das gleiche Recht auf den Gebrauch all dessen, was die Natur so unparteiisch bereitstellt.[46] Dieses Recht ist natürlich und unveräußerlich. Es steht jedem Menschen von dem Augenblick an zu, in dem er in die Welt tritt, und kann während seines Lebens nur durch die gleichen Rechte anderer begrenzt werden. Ein zeitlich und inhaltlich unbeschränktes Eigentum am Boden kennt die Natur nicht. Keine Macht auf Erden kann rechtmäßig ausschließliches Eigentum am Boden verleihen. Selbst wenn alle heute lebenden Menschen gemeinsam ihre gleichen

Rechte weggeben wollten, könnten sie nicht über die Rechte der Nachkommenden verfügen. Denn was sind wir anderes als Pächter für einen Tag? Haben wir die Erde geschaffen, dass wir die Rechte derjenigen bestimmen dürften, die sie nach uns bewohnen? Der Allmächtige, der die Erde für den Menschen und den Menschen für die Erde geschaffen hat, hat sie durch ein in die Ordnung aller Dinge geschriebenes Gebot allen Generationen der Menschheit hinterlassen. Keine menschliche Handlung kann dieses Gebot ausschließen und keine Verjährung kann es aufheben. Mögen die Urkunden noch so zahlreich und der Besitz noch so lange unangefochten sein: Die natürliche Gerechtigkeit kann keinem Menschen ein Recht auf Besitz und Genuss des Bodens zuerkennen, das nicht ebenso allen anderen zusteht. Selbst wenn seine Rechtstitel Generation um Generation anerkannt wurden, hat das ärmste Kind, das heute in London geboren wird, dasselbe Recht an den Ländereien des Herzogs von Westminster wie dessen ältester Sohn.[47] Und mögen die souveränen Bürger des Staates New York den Landbesitz der Astors anerkennen: Das schwächste Kind, das im elendesten Zimmer des armseligsten Mietshauses schreiend zur Welt kommt, erhält in diesem Augenblick dasselbe Recht wie die Millionäre. Wird ihm dieses Recht verweigert, wird es beraubt.

Unsere früheren, bereits in sich zwingenden Schlussfolgerungen bestehen damit auch die höchste und letzte Prüfung. Aus der Sprache der Volkswirtschaftslehre in die Sprache der Ethik übertragen, zeigen sie, dass den mit dem materiellen Fortschritt wachsenden Übeln ein Unrecht zugrunde liegt.

Die breite Bevölkerung, die inmitten des Überflusses Mangel leidet, trotz politischer Freiheit zu Sklavenlöhnen verurteilt ist und der arbeitssparende Erfindungen keine Erleichterung

bringen, sondern sogar ein Vorrecht zu nehmen scheinen, spürt instinktiv: »Etwas stimmt nicht.« Und sie hat recht.

Die weitverbreiteten sozialen Übel, welche die Menschen inmitten einer fortschreitenden Zivilisation überall bedrücken, entspringen einem großen ursprünglichen Unrecht: der Aneignung des Bodens, auf dem und von dem alle leben müssen, als ausschließliches Eigentum einiger Menschen. Aus dieser grundlegenden Ungerechtigkeit gehen all jene weiteren Ungerechtigkeiten hervor, welche die moderne Entwicklung verzerren und gefährden, die Produzenten des Wohlstands zur Armut verurteilen und die Nichtproduzenten im Luxus verwöhnen, neben dem Palast das Mietshaus errichten, hinter der Kirche das Bordell entstehen lassen und uns zwingen, mit jeder neuen Schule auch Gefängnisse zu bauen.

An den Erscheinungen, die die Welt heute verwirren, ist nichts rätselhaft oder unerklärlich. Der materielle Fortschritt trägt nicht deshalb so bittere Früchte, weil er an sich kein Gut wäre, weil die Natur Kinder ins Leben gerufen hätte, ohne für sie zu sorgen, oder weil der Schöpfer den Naturgesetzen einen Makel der Ungerechtigkeit eingeprägt hätte, gegen den sich selbst der menschliche Geist empört. Dass Menschen inmitten unserer höchsten Zivilisation vor Mangel entkräftet zusammenbrechen und sterben, liegt nicht am Geiz der Natur, sondern an der Ungerechtigkeit des Menschen. Laster und Elend, Armut und Verelendung sind keine rechtmäßigen Folgen von Bevölkerungswachstum und industrieller Entwicklung. Sie begleiten diese nur, weil der Boden als Privateigentum behandelt wird. Sie sind die unmittelbaren und notwendigen Folgen der Verletzung des höchsten Gebots der Gerechtigkeit, die darin liegt, einigen Menschen den

ausschließlichen Besitz dessen zu geben, was die Natur für alle bereitstellt.

Die Anerkennung individuellen Bodeneigentums verneint die natürlichen Rechte anderer Menschen. Dieses Unrecht *muss* sich in einer ungerechten Verteilung des Wohlstands äußern. Da Arbeit ohne den Gebrauch von Boden nichts hervorbringen kann, verneint die Verweigerung des gleichen Rechts auf den Gebrauch des Bodens notwendig das Recht der Arbeit auf ihr eigenes Erzeugnis. Kann ein Mensch über den Boden verfügen, auf dem andere arbeiten müssen, kann er sich als Preis für seine Erlaubnis zur Arbeit das Erzeugnis ihrer Arbeit aneignen. Damit wird das grundlegende Naturgesetz verletzt, nach dem der Genuss der Natur durch den Menschen seiner eigenen Anstrengung folgen soll. Der eine empfängt, ohne zu produzieren; die anderen produzieren, ohne zu empfangen. Der eine wird ungerecht bereichert, die anderen werden beraubt. Auf dieses grundlegende Unrecht haben wir die ungerechte Verteilung des Wohlstands zurückgeführt, die die moderne Gesellschaft in sehr Reiche und sehr Arme spaltet. Der fortwährende Anstieg der Grundrente, also des Preises, den die Arbeit für den Gebrauch des Bodens zahlen muss, entzieht den Vielen den von ihnen rechtmäßig erarbeiteten Wohlstand und häuft ihn in den Händen der Wenigen an, die nichts dafür geleistet haben.

Warum sollten diejenigen, die unter dieser Ungerechtigkeit leiden, auch nur einen Augenblick zögern, sie zu beseitigen? Wer sind die Grundeigentümer, dass man ihnen erlauben sollte zu ernten, wo sie nicht gesät haben?

Betrachten wir einen Augenblick die völlige Absurdität jener Rechtstitel, mit denen wir feierlich das Recht auf ausschließlichen Besitz der Erde und auf uneingeschränkte Herrschaft über alle anderen von John Doe auf Richard Roe übertragen lassen. In

Kalifornien reichen die Landtitel bis zur obersten Regierung Mexikos zurück, die sie vom spanischen König erhielt, dieser wiederum vom Papst, als der Papst mit einem Federstrich noch unentdeckte Länder zwischen Spanien und Portugal aufteilte. Oder man beruft sich schlicht auf Eroberung. In den östlichen Staaten gehen die Titel auf Verträge mit den indigenen Völkern und auf Verleihungen englischer Könige zurück, in Louisiana auf die französische Regierung, in Florida auf die spanische Regierung und in England auf die normannischen Eroberer. Überall reichen sie nicht zu einem Recht zurück, das verpflichtet, sondern zu einer Gewalt, die zwingt. Beruht ein Rechtstitel lediglich auf Gewalt, kann niemand klagen, wenn Gewalt ihn aufhebt. Sobald das Volk die Macht besitzt und sich zur Aufhebung solcher Titel entscheidet, kann im Namen der Gerechtigkeit kein Einwand erhoben werden. Es gab Menschen, die die Macht hatten, Teile der Erdoberfläche ausschließlich zu besitzen oder anderen zu überlassen. Doch wann und wo gab es je einen Menschen, der dazu das Recht hatte?

Das Recht auf ausschließliches Eigentum an menschlichen Erzeugnissen ist eindeutig. Durch wie viele Hände eine Sache auch gegangen sein mag, am Anfang der Übertragungskette stand menschliche Arbeit: jemand, der sie durch seine Anstrengung gewann oder herstellte und daher gegenüber der gesamten Menschheit einen klaren Anspruch besaß, den er durch Verkauf oder Schenkung rechtmäßig übertragen konnte. Doch am Ende welcher Kette von Übertragungen oder Verleihungen ließe sich ein vergleichbarer Anspruch auf irgendeinen Teil der materiellen Welt nachweisen oder auch nur annehmen? Für Verbesserungen lässt sich ein ursprünglicher Anspruch belegen, doch er gilt nur den Verbesserungen und nicht dem Boden selbst. Rode ich einen Wald, entwässere einen Sumpf oder

schütte ein Moor auf, kann ich mit Recht nur den durch diese Anstrengungen geschaffenen Wert beanspruchen. Sie verleihen mir kein Recht am Boden selbst und keinen anderen Anspruch als den, den ich gemeinsam mit jedem anderen Mitglied der Gemeinschaft auf den Wert habe, der durch das Wachstum der Gemeinschaft hinzukommt.

Man wird jedoch einwenden, es gebe Verbesserungen, die mit der Zeit nicht mehr vom Boden selbst zu unterscheiden seien. Gut: Dann verschmilzt der Anspruch auf die Verbesserungen mit dem Anspruch auf den Boden; das individuelle Recht geht im gemeinschaftlichen Recht auf. Das Größere nimmt das Kleinere in sich auf, nicht das Kleinere das Größere. Die Natur geht nicht aus dem Menschen hervor, sondern der Mensch aus der Natur; in ihren Schoß müssen er und alle seine Werke schließlich zurückkehren.

Weiter wird man sagen: Da jeder Mensch ein Recht auf Gebrauch und Genuss der Natur besitzt, muss demjenigen, der einen Boden nutzt, dessen ausschließliche Nutzung gestattet werden, damit er den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält. Es bereitet jedoch keine Schwierigkeit festzustellen, wo das individuelle Recht endet und das gemeinschaftliche beginnt. Der Wert liefert einen feinen und genauen Maßstab. Mit seiner Hilfe lassen sich die genauen Rechte jedes Einzelnen und die gleichen Rechte aller bestimmen und sichern, wie dicht die Bevölkerung auch werden mag. Der Bodenwert ist, wie wir gesehen haben, der Preis des Monopols. Nicht die absolute, sondern die relative Leistungsfähigkeit eines Bodens bestimmt seinen Wert. Welche inneren Vorzüge ein Boden auch besitzen mag: Ist er nicht besser als anderer Boden, der frei genutzt werden kann, hat er keinen Wert. Der Bodenwert misst stets den Unterschied zwischen diesem Boden und dem besten Boden, der frei genutzt werden kann. Er bringt daher das Recht

der Gemeinschaft an einem von einem Einzelnen gehaltenen Boden genau und greifbar zum Ausdruck. Die Grundrente wiederum bezeichnet genau den Betrag, den der Einzelne an die Gemeinschaft zahlen muss, damit die gleichen Rechte aller übrigen Mitglieder gewahrt werden. Gestatten wir dem ersten Besitzer die ungestörte Nutzung des Bodens, ziehen jedoch die Grundrente zugunsten der Gemeinschaft ein, verbinden wir die für Verbesserungen notwendige Sicherheit des Besitzes mit der vollständigen Anerkennung des gleichen Rechts aller auf den Gebrauch des Bodens.

Einen vollständigen und ausschließlichen individuellen Anspruch auf Boden aus der früheren Inbesitznahme abzuleiten, ist womöglich die absurdeste Begründung des Bodeneigentums. Soll die frühere Inbesitznahme ein ausschließliches und ewiges Recht an der Oberfläche eines Planeten verleihen, auf dem nach der natürlichen Ordnung unzählige Generationen aufeinanderfolgen? Hatten die Menschen der letzten Generation ein größeres Recht auf den Gebrauch dieser Welt als wir? Oder die Menschen vor hundert oder tausend Jahren? Galt dies für die Erbauer der Grabhügel, die Höhlenbewohner, die Zeitgenossen des Mastodons und des dreizehigen Pferdes oder für noch frühere Generationen, die in jenen dunklen Zeitaltern aufeinanderfolgten, die wir nur als geologische Perioden begreifen können, auf derselben Erde, die wir heute für unseren kurzen Tag bewohnen?

Hat der erste Gast bei einem Festmahl das Recht, alle Stühle zurückzudrehen und zu verlangen, dass die übrigen Gäste von den bereitgestellten Speisen nur zu seinen Bedingungen essen dürfen? Erwirbt der erste Besucher, der am Eingang eines Theaters seine Karte vorzeigt und eintritt, aufgrund seiner früheren Ankunft das Recht, die Türen zu schließen und die Vorstellung allein für sich aufführen zu lassen? Erhält der erste Fahrgast in einem

Eisenbahnwagen das Recht, sein Gepäck auf allen Sitzen auszubreiten und später eintreffende Reisende zum Stehen zu zwingen?

Diese Fälle sind vollkommen vergleichbar. Wir kommen und gehen als Gäste bei einem fortwährend gedeckten Festmahl, als Zuschauer und Mitwirkende einer Veranstaltung, in der für alle Ankommenden Platz ist, als Fahrgäste von Station zu Station auf einem durch den Weltraum kreisenden Planeten. Unser Recht zu nehmen und zu besitzen kann nicht ausschließlich sein; es muss überall durch die gleichen Rechte anderer begrenzt werden. So wie ein Fahrgast in einem Eisenbahnwagen sich und sein Gepäck über beliebig viele Sitze ausbreiten darf, bis weitere Fahrgäste einsteigen, darf ein Siedler so viel Boden in Besitz nehmen und nutzen, wie er möchte, bis andere ihn benötigen. Dies zeigt sich daran, dass der Boden einen Wert erhält. Dann muss sein Recht durch die gleichen Rechte der anderen beschränkt werden; keine frühere Aneignung kann ihm ein Recht verleihen, das deren gleiche Rechte ausschließt. Wäre es anders, könnte ein Mensch durch frühere Aneignung nicht nur das ausschließliche Recht an 160 oder 640 Acres erwerben und beliebig weitergeben, sondern an einer ganzen Gemeinde, einem ganzen Staat oder einem ganzen Kontinent.

Zu dieser offenkundigen Absurdität führt die Anerkennung eines individuellen Rechts am Boden in letzter Konsequenz: Könnte ein einzelner Mensch sämtliche individuellen Rechte am Boden eines Landes in seiner Person vereinigen, dürfte er alle übrigen Bewohner vertreiben. Könnte er auf diese Weise die individuellen Rechte an der gesamten Erdoberfläche in sich vereinen, hätte von der ganzen dicht bevölkerten Erde allein er das Recht zu leben.

Was unter dieser Annahme geschehen würde, verwirklicht sich im kleineren Maßstab tatsächlich. Die Territorialherren Großbritanniens, denen Bodenverleihungen die »weißen Sonnenschirme und die vor Stolz rasenden Elefanten« gebracht haben, vertrieben wiederholt die einheimische Bevölkerung aus großen Gebieten, obwohl deren Vorfahren seit unvordenklicher Zeit dort gelebt hatten. Sie zwangen die Menschen zur Auswanderung, in die Armenfürsorge oder zum Verhungern. Auf unbebauten Flächen des jungen Staates Kalifornien sieht man die geschwärzten Schornsteine von Häusern, aus denen Siedler durch Gesetze vertrieben wurden, die das natürliche Recht missachten. Große Landstriche, die dicht besiedelt sein könnten, liegen verlassen, weil die Anerkennung ausschließlichen Eigentums einem einzelnen Menschen die Macht gibt, seinen Mitmenschen die Nutzung zu verbieten. Die vergleichsweise wenigen Eigentümer der Oberfläche der Britischen Inseln würden nur das tun, wozu das englische Recht ihnen volle Befugnis gibt und was viele von ihnen im kleineren Maßstab bereits getan haben, wenn sie die Millionen Briten von ihren Heimatinseln ausschlössen. Ein solcher Ausschluss, durch den einige Hunderttausend nach Belieben dreißig Millionen Menschen aus ihrem Heimatland verbannen könnten, wäre eindrucksvoller, dem natürlichen Recht aber keinen Deut mehr zuwider als der heutige Zustand: Die große Mehrheit der britischen Bevölkerung muss einigen wenigen gewaltige Summen für die Erlaubnis zahlen, auf jenem Boden zu leben und ihn zu nutzen, den sie so liebevoll ihr Eigen nennt, der ihr durch zärtliche und ruhmreiche Erinnerungen teuer ist und für den sie sich verpflichtet sieht, nötigenfalls ihr Blut zu vergießen und ihr Leben hinzugeben.

Ich beziehe mich nur deshalb auf die Britischen Inseln, weil das dort stärker konzentrierte Bodeneigentum besonders anschaulich zeigt, was privates Bodeneigentum notwendig bedeutet. »Wem zu einer bestimmten Zeit der Boden gehört, dem gehören auch seine Früchte.« Diese Wahrheit tritt immer deutlicher hervor, je dichter die Bevölkerung wird und je stärker Erfindungen und Verbesserungen die Produktivkraft steigern. Sie gilt jedoch überall, in den neuen Staaten ebenso wie auf den Britischen Inseln oder an den Ufern des Indus.

KAPITEL II DIE VERSKLAVUNG DER ARBEITENDEN ALS LETZTE FOLGE DES PRIVATEN BODENEIGENTUMS

Ist die Sklaverei von Menschen ungerecht, dann ist auch privates Bodeneigentum ungerecht.

Wie die Umstände auch beschaffen sein mögen: Das Eigentum am Boden verleiht stets Macht über Menschen, und zwar in dem Maß, in dem die Nutzung des Bodens tatsächlich oder künstlich notwendig gemacht wird. Dies ist lediglich eine andere Formulierung des Gesetzes der Grundrente.

Wird diese Notwendigkeit absolut, ist also Verhungern die einzige Alternative zur Nutzung des Bodens, dann wird auch die mit dem Bodeneigentum verbundene Herrschaft über Menschen absolut.

Setzt man hundert Menschen auf einer Insel aus, von der es kein Entkommen gibt, macht es für den einen wie für die übrigen neunundneunzig keinen Unterschied, ob man einen von ihnen zum uneingeschränkten Eigentümer der anderen oder zum uneingeschränkten Eigentümer des Bodens der Insel macht.

In beiden Fällen ist der eine der uneingeschränkte Herr der neunundneunzig, und seine Macht reicht selbst über Leben und Tod. Verweigert er ihnen nur die Erlaubnis, auf der Insel zu leben, zwingt er sie ins Meer.

Im größeren Maßstab und unter komplexeren Verhältnissen muss dieselbe Ursache auf dieselbe Weise und mit demselben Ergebnis wirken. Die letzte Folge, die Versklavung der Arbeitenden, tritt umso deutlicher hervor, je stärker der Druck wird, der sie zwingt, auf und von einem Boden zu leben, der als ausschließliches Eigentum anderer behandelt wird. Nehmen wir ein Land, dessen

Boden auf mehrere Eigentümer verteilt ist, statt einem Einzigen zu gehören, und in dem sich, wie in der modernen Produktion, der Kapitalbesitzer vom Arbeitenden getrennt hat und Gewerbe sowie Austausch mit ihren zahlreichen Zweigen von der Landwirtschaft gelöst sind. Weniger unmittelbar und weniger sichtbar werden die Beziehungen zwischen Grundeigentümern und Arbeitenden mit wachsender Bevölkerung und verbesserten Produktionsverfahren doch zu derselben absoluten Herrschaft auf der einen und derselben hilflosen Abhängigkeit auf der anderen Seite tendieren wie in unserem Inselbeispiel. Die Grundrente steigt, während die Löhne sinken. Vom Gesamterzeugnis erhält der Grundeigentümer einen ständig wachsenden, der Arbeitende einen ständig schrumpfenden Anteil. Sobald der Wechsel zu billigerem Boden schwierig oder unmöglich wird, werden Arbeitende unabhängig von ihrer Leistung auf den bloßen Lebensunterhalt beschränkt. Wo der Boden monopolisiert ist, zwingt die freie Konkurrenz unter ihnen sie in einen Zustand, der trotz aller Bezeichnungen und Zeichen der Freiheit tatsächlich Sklaverei ist.

Es ist keineswegs erstaunlich, dass die Löhne in den unteren und breiten Schichten der Wirtschaft trotz der gewaltigen Steigerung der Produktivkraft in diesem Jahrhundert überall zu Sklavenlöhnen tendieren: zu gerade so viel, wie nötig ist, den Arbeitenden arbeitsfähig zu erhalten. Denn das Eigentum an dem Boden, auf dem und von dem ein Mensch leben muss, bedeutet tatsächlich Eigentum am Menschen selbst. Erkennen wir einigen das Recht auf ausschließlichen Gebrauch und Genuss der Erde zu, verurteilen wir andere ebenso vollständig zur Sklaverei, als hätten wir sie ausdrücklich zu Sachen erklärt.

In einer einfacheren Gesellschaftsform, in der die Produktion vor allem in der unmittelbaren

Bearbeitung des Bodens besteht, zeigt sich die Sklaverei, die notwendig daraus folgt, dass einigen das ausschließliche Recht an dem Boden eingeräumt wird, von dem alle leben müssen, deutlich in Helotentum, Hörigkeit und Leibeigenschaft.

Die Sklaverei von Menschen entstand aus der Gefangennahme im Krieg. Obwohl sie in gewissem Umfang in allen Teilen der Erde bestand, war ihr Verbreitungsgebiet klein und waren ihre Folgen gering verglichen mit den Formen der Sklaverei, die aus der Aneignung des Bodens hervorgingen. Niemals wurde ein ganzes Volk in seiner Masse von Menschen gleicher Herkunft versklavt, und auch durch Eroberung wurde ein Volk nie in großem Maßstab auf diese Weise versklavt. Die allgemeine Unterwerfung der Vielen unter die Wenigen, der wir überall begegnen, sobald eine Gesellschaft eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht, entstand aus der Aneignung des Bodens als individuelles Eigentum. Überall verleiht das Eigentum am Boden auch die Herrschaft über die Menschen, die darauf leben. Von dieser Art Sklaverei zeugen noch heute die beständigen Pyramiden und gewaltigen Denkmäler Ägyptens. Eine undeutliche Überlieferung ihrer Entstehung enthält vielleicht die biblische Geschichte von der Hungersnot, während der der Pharao den Boden des Volkes aufkaufte. Zu dieser Art Sklaverei zwangen die Eroberer Griechenlands in der Dämmerung der Geschichte die ursprünglichen Bewohner der Halbinsel, als sie ihnen Grundrente für ihren Boden auferlegten und sie so zu Heloten machten. Das Anwachsen der *Latifundien*, der großen Landgüter, verwandelte die Bevölkerung des alten Italien von einer Gemeinschaft widerstandsfähiger Bauern, deren kraftvolle Tugenden die Welt eroberten, in eine Gesellschaft unterwürfiger Abhängiger. Die Aneignung des Bodens als uneingeschränktes

Eigentum ihrer Anführer machte aus den Nachkommen freier und gleicher gallischer, germanischer und hunnischer Krieger allmählich Kolonen und Hörige. Sie verwandelte die selbstständigen Bürger slawischer Dorfgemeinschaften in russische Bauern und polnische Leibeigene, schuf den Feudalismus Chinas und Japans ebenso wie den Europas und machte die Oberhäupter Polynesiens beinahe zu uneingeschränkten Herren ihrer Mitmenschen. Wie die arischen Hirten und Krieger, die nach den Erkenntnissen der vergleichenden Sprachwissenschaft aus der gemeinsamen Heimat der indogermanischen Völker in die Ebenen Indiens hinabstiegen, in unterwürfige Hindus verwandelt wurden, deutet der bereits zitierte Sanskritvers an: Die weißen Sonnenschirme und die vor Stolz rasenden Elefanten des indischen Rajas sind die Blüten von Landverleihungen. Könnten wir die Aufzeichnungen jener lange verschütteten Zivilisationen lesen, die in den gigantischen Ruinen Yucatáns und Guatemalas begraben liegen und zugleich vom Stolz einer herrschenden Klasse und der unbezahlten Arbeit der Masse zeugen, würden wir höchstwahrscheinlich von einer Versklavung der großen Mehrheit durch die Aneignung des Bodens als Eigentum weniger erfahren. Es wäre ein weiteres Beispiel der allgemeinen Wahrheit: Wer den Boden besitzt, beherrscht die Menschen, die auf ihm leben.

Die notwendige Beziehung zwischen Arbeit und Boden und die uneingeschränkte Macht, die das Bodeneigentum über Menschen verleiht, die nur durch seine Nutzung leben können, erklären das sonst Unerklärliche: die Entstehung und Beständigkeit von Einrichtungen, Sitten und Vorstellungen, die dem natürlichen Gefühl für Freiheit und Gleichheit zutiefst widersprechen.

Wird die Vorstellung individuellen Eigentums, die sich mit Recht und auf natürliche Weise auf menschliche Erzeugnisse bezieht, auf den Boden ausgedehnt, ist alles Weitere nur noch eine Frage der Entwicklung. Die Stärksten und Schlauesten erwerben mühelos einen überproportionalen Anteil an dieser Art Eigentum, das nicht durch Produktion, sondern durch Aneignung gewonnen wird. Indem sie Herren des Bodens werden, werden sie notwendig auch Herren ihrer Mitmenschen. Bodeneigentum ist die Grundlage der Aristokratie. Nicht der Adel verlieh den Boden, sondern der Bodenbesitz verlieh den Adel. Sämtliche gewaltigen Privilegien des Adels im mittelalterlichen Europa gingen aus seiner Stellung als Eigentümer des Bodens hervor. Der einfache Grundsatz des Bodeneigentums brachte auf der einen Seite den Herrn, auf der anderen den Vasallen hervor: Der eine besaß alle Rechte, der andere keines. War das Recht des Herrn am Boden anerkannt und gesichert, konnten die darauf lebenden Menschen nur zu seinen Bedingungen dort bleiben. Die Sitten und Verhältnisse jener Zeit ließen diese Bedingungen neben Abgaben in Naturalien oder Geld auch Dienste und persönliche Abhängigkeiten umfassen. Der eigentliche Zwang ging jedoch vom Bodeneigentum aus. Diese Macht besteht überall, wo Bodeneigentum besteht, und kann überall hervortreten, wo die Konkurrenz um die Nutzung des Bodens groß genug wird, damit der Grundeigentümer seine Bedingungen diktieren kann. Das heutige englische Bodeneigentumsrecht gibt dem Grundeigentümer im Wesentlichen dieselbe Macht, die sein Vorgänger, der Feudalbaron, besaß. Er könnte Dienste und persönliche Abhängigkeiten als Grundrente verlangen. Er könnte seine Pächter zwingen, sich auf eine bestimmte Weise zu kleiden, sich zu einer bestimmten Religion zu bekennen, ihre Kinder in

eine bestimmte Schule zu schicken, ihre Streitigkeiten seiner Entscheidung zu unterwerfen, vor ihm auf die Knie zu fallen, ihm in seiner Livree zu folgen oder ihm die Ehre ihrer Frauen zu opfern, wenn sie dies der Vertreibung von seinem Boden vorzögen. Kurz: Er könnte alle Bedingungen verlangen, unter denen Menschen noch bereit wären, auf seinem Boden zu leben. Solange das Recht sein Eigentum nicht einschränkte, könnte es ihn daran nicht hindern, denn die Erfüllung dieser Bedingungen erschiene als freier Vertrag oder freiwillige Handlung. Englische Grundeigentümer üben tatsächlich jene dieser Befugnisse aus, auf die sie nach den Sitten ihrer Zeit Wert legen. Seit sie die Pflicht zur Landesverteidigung abgeschüttelt haben, benötigen sie den Militärdienst ihrer Pächter nicht mehr; und da Reichtum und Macht heute anders als durch lange Reihen von Bediensteten gezeigt werden, legen sie auch auf persönliche Dienste keinen Wert mehr. Sie lenken jedoch regelmäßig das Wahlverhalten ihrer Pächter und schreiben ihnen in vielen kleinen Dingen ihr Verhalten vor. Der »hochverehrte Vater in Gott«, Bischof Lord Plunkett, vertrieb mehrere seiner armen irischen Pächter, weil sie ihre Kinder nicht in protestantische Sonntagsschulen schicken wollten. Dem Earl of Leitrim, den die Nemesis so lange verschonte, bevor sie ihm die Kugel eines Attentäters sandte, werden noch dunklere Taten zugeschrieben. Auf den kalten Befehl der Habgier wurde Haus um Haus abgerissen und Familie um Familie auf die Straße gezwungen. Derselbe Grundsatz, der dies erlaubt, machte in roheren Zeiten und einer einfacheren Gesellschaftsordnung die breite Bevölkerung hörig und riss eine so tiefe Kluft zwischen Adel und Bauern. Leibeigen wurde der Bauer lediglich dadurch, dass man ihm verbot, das Gut zu verlassen, auf dem er geboren worden war, und so künstlich die Verhältnisse unserer Insel

herstellte. In dünn besiedelten Ländern ist dies zur Schaffung vollständiger Sklaverei erforderlich. Ist der Boden jedoch vollständig vergeben, kann die Konkurrenz im Wesentlichen denselben Zustand hervorbringen. Im Vergleich zwischen dem irischen Bauern, dem die höchstmögliche Grundrente abgepresst wurde, und dem russischen Leibeigenen lag der Vorteil in vielem beim Leibeigenen: Er verhungerte nicht.

Wie ich meines Erachtens abschließend bewiesen habe, wirkt in der heutigen zivilisierten Welt dieselbe Ursache, die in jedem Zeitalter die arbeitende Bevölkerung erniedrigt und versklavt hat. Persönliche Freiheit, also die Freiheit, den Aufenthaltsort zu wechseln, wird überall anerkannt. Politische und rechtliche Ungleichheit ist in den Vereinigten Staaten vollständig und selbst in den rückständigsten zivilisierten Ländern fast verschwunden. Die große Ursache der Ungleichheit besteht jedoch fort und zeigt sich in der ungleichen Verteilung des Wohlstands. Das Wesen der Sklaverei besteht darin, dem Arbeitenden von seinem Erzeugnis alles bis auf das für ein tierisches Dasein Notwendige zu nehmen. Unter den bestehenden Verhältnissen tendieren die Löhne freier Arbeit unverkennbar zu diesem Mindestmaß. Wie stark die Produktivkraft auch steigt, die Grundrente neigt dazu, den gesamten Zuwachs und noch mehr zu verschlingen.

So befindet sich die breite Bevölkerung aller zivilisierten Länder unter den Formen der Freiheit bereits in tatsächlicher Sklaverei oder bewegt sich auf sie zu. Wahrscheinlich ist diese Sklaverei die grausamste und unerbittlichste von allen. Der Arbeitende wird um sein Erzeugnis gebracht und gezwungen, für den bloßen Lebensunterhalt zu arbeiten; doch seine Herren treten nicht als Menschen, sondern als gebieterische Notwendigkeiten auf. Diejenigen, denen er seine

Arbeit leistet und von denen er seinen Lohn erhält, stehen häufig selbst unter Zwang. Der unmittelbare Kontakt zwischen den Arbeitenden und den letztlich Begünstigten ihrer Arbeit ist zerrissen, die persönliche Beziehung verschwindet. Die unmittelbare Verantwortung des Herrn für den Sklaven, die auf die große Mehrheit der Menschen mäßigend wirkt, entsteht nicht. Nicht ein Mensch scheint einen anderen zu unablässiger und schlecht vergüteter Arbeit zu zwingen, sondern die »unausweichlichen Gesetze von Angebot und Nachfrage«, für die niemand persönlich verantwortlich ist. Die Lehrsätze Catos des Zensors, die selbst in einem grausamen Zeitalter allgemeiner Sklavenhaltung Abscheu hervorriefen, werden zur allgemeinen Regel: Nachdem man einem Sklaven so viel Arbeit wie möglich abgerungen hat, soll man ihn zum Sterben fortschicken. Selbst das eigennützige Interesse, das den Herrn veranlasst, für Wohlbefinden und Gesundheit seines Sklaven zu sorgen, entfällt. Arbeit ist zur Ware und der Arbeitende zur Maschine geworden. Es gibt keine Herren und Sklaven, keine Eigentümer und kein Eigentum mehr, sondern nur Käufer und Verkäufer. Das Feilschen des Marktes tritt an die Stelle jedes anderen Gefühls.

Als die Sklavenhalter des Südens die Lage der freien arbeitenden Armen in den am weitesten entwickelten Ländern betrachteten, konnten sie sich leicht von der göttlichen Einrichtung der Sklaverei überzeugen. Zweifellos wurden die Feldarbeiter des Südens als Klasse besser ernährt, besser untergebracht und besser gekleidet. Sie litten weniger Sorgen und genossen mehr Unterhaltung und Lebensfreude als die englischen Landarbeiter. Selbst in den Städten des Nordens konnten besuchende Sklavenhalter Dinge sehen und von Verhältnissen hören, die unter ihrer sogenannten Organisation der Arbeit unmöglich

gewesen wären. Zur Zeit der Sklaverei in den Südstaaten hätte ein Herr als schändlich gegolten, der seine schwarzen Sklaven zu den Arbeits- und Lebensbedingungen großer Klassen freier weißer Männer und Frauen in freien Ländern gezwungen hätte. Hätte ihn die öffentliche Meinung nicht zurückgehalten, hätte es sein eigennütziges Interesse an der Gesundheit und Kraft seines Eigentums getan. In London, New York und Boston dagegen, unter Menschen, die zur Befreiung der Sklaven Geld und Blut gegeben hatten und wieder geben würden, und wo niemand öffentlich ein Tier misshandeln konnte, ohne festgenommen und bestraft zu werden, liefen selbst im Winter barfüßige und zerlumpte Kinder durch die Straßen. In elenden Dachkammern und stinkenden Kellern arbeiteten Frauen ihr Leben lang für Löhne, die nicht für ausreichende Wärme und Nahrung reichten. Ist es erstaunlich, dass den Sklavenhaltern des Südens die Forderung nach Abschaffung der Sklaverei als heuchlerisches Gerede erschien?

Nach der Abschaffung der Sklaverei stellen die Plantagenbesitzer des Südens fest, dass ihnen kein Verlust entstanden ist. Ihr Eigentum an dem Boden, auf dem die Befreiten leben müssen, gibt ihnen praktisch ebenso viel Verfügungsmacht über die Arbeit wie zuvor, entlastet sie jedoch von der mitunter sehr kostspieligen Verantwortung. Den schwarzen Menschen steht derzeit noch die Auswanderung offen, und eine große Bewegung dieser Art scheint gerade einzusetzen. Mit wachsender Bevölkerung und steigendem Bodenpreis werden die Plantagenbesitzer jedoch einen größeren Anteil am Ertrag ihrer Arbeiter erhalten als unter der Sklaverei von Menschen, während den Arbeitenden ein kleinerer Anteil bleibt. Denn im System der persönlichen Sklaverei erhielten die Sklaven stets wenigstens so viel, wie nötig war, sie körperlich gesund zu erhalten; in

Ländern wie England gibt es dagegen große Klassen von Arbeitenden, die nicht einmal das erhalten.[48]

Wo Herr und Sklave persönlich miteinander verbunden waren, wirkten Einflüsse, welche die persönliche Sklaverei mäßigten und den Herrn daran hinderten, seine Macht vollständig auszuschöpfen. Sie zeigten sich auch in den gröberen Formen der Hörigkeit, die die früheren Entwicklungsphasen Europas kennzeichneten. Unterstützt von der Religion und vielleicht, wie bei der persönlichen Sklaverei, vom aufgeklärteren, aber weiterhin eigennützigen Interesse des Herrn, verfestigten sie sich zu Gewohnheiten. Überall setzten sie dem Betrag, den der Grundeigentümer dem Leibeigenen oder Bauern abpressen konnte, eine Grenze. Die Konkurrenz mittelloser Menschen, die einander beim Zugang zu den notwendigen Lebensgrundlagen unterboten, konnte daher nirgends ihre volle Kraft der Beraubung und Erniedrigung entfalten. Die Heloten Griechenlands, die Pächter Italiens, die Leibeigenen Russlands und Polens und die Bauern des feudalen Europa schuldeten ihren Grundeigentümern einen festen Anteil ihres Erzeugnisses oder ihrer Arbeit und wurden gewöhnlich nicht über diesen Punkt hinaus ausgepresst. Die Einflüsse, welche die Macht des Bodeneigentums zur Ausbeutung begrenzten und die man noch auf englischen Gütern beobachten kann, wo der Grundeigentümer und seine Familie es als Pflicht betrachten, Kranken und Gebrechlichen Medikamente und Hilfe zu bringen und sich um das Wohl der Bewohner zu kümmern, wie der Plantagenbesitzer des Südens sich um seine schwarzen Sklaven kümmerte, verschwinden in der feineren und weniger sichtbaren Form, welche die Hörigkeit in den komplexeren Abläufen der modernen Produktion annimmt. Diese trennt den Menschen, dessen Arbeit angeeignet wird, durch zahlreiche Zwischenstufen weit von demjenigen,

der sie sich aneignet, und macht die Beziehungen zwischen den Mitgliedern beider Klassen nicht unmittelbar und persönlich, sondern mittelbar und allgemein. In der modernen Gesellschaft kann die Konkurrenz dem Arbeitenden uneingeschränkt das Äußerste abpressen, das er geben kann. Mit welcher ungeheuren Kraft sie wirkt, zeigt die Lage der untersten Klasse in den Zentren von Reichtum und Industrie. Dass diese Lage noch nicht weiter verbreitet ist, liegt an dem großen Umfang fruchtbaren Bodens, der bisher auf diesem Kontinent offenstand. Er bot nicht nur der wachsenden Bevölkerung der älteren Teile der Union einen Ausweg, sondern verringerte auch den Druck in Europa beträchtlich. In Irland war die Auswanderung sogar so stark, dass die Bevölkerung tatsächlich sank. Dieser Ausweg kann nicht ewig bestehen. Er schließt sich bereits rasch, und je weiter er sich schließt, desto härter muss der Druck werden.

Nicht ohne Grund erklärt die weise Krähe Bushanda im *Ramayana*, die »in jedem Teil des Universums gelebt hat und alle Ereignisse seit Anbeginn der Zeit kennt«, dass zwar die Geringschätzung weltlicher Vorteile für höchstes Glück erforderlich sei, der schärfste denkbare Schmerz jedoch von äußerster Armut verursacht werde. Die Armut, zu der in einer fortschreitenden Zivilisation große Menschenmassen verurteilt werden, ist nicht jene Freiheit von Ablenkung und Versuchung, welche die Weisen suchten und die Philosophen priesen. Sie ist eine erniedrigende und verrohende Sklaverei, die die höheren Anlagen einengt, die feineren Gefühle abstumpft und die Menschen durch ihren Schmerz zu Handlungen treibt, vor denen selbst Tiere zurückschrecken würden. In diese hilflose und hoffnungslose Armut, die Männlichkeit zerbricht und Weiblichkeit zerstört, die selbst der Kindheit Unschuld und

Freude raubt, werden die arbeitenden Klassen von einer Kraft getrieben, die wie eine unaufhaltsame und erbarmungslose Maschine auf sie wirkt. Der Bostoner Hersteller von Kragen, der seinen Arbeiterinnen zwei Cent in der Stunde zahlt, mag ihre Lage bedauern. Doch er unterliegt wie sie dem Gesetz der Konkurrenz und kann nicht mehr zahlen, wenn er sein Unternehmen fortführen will, denn der Austausch wird nicht von Mitgefühl bestimmt. So scheinen über alle Zwischenstufen hinweg bis zu denen, die in Form der Grundrente den Ertrag fremder Arbeit ohne Gegenleistung empfangen, die unerbittlichen Gesetze von Angebot und Nachfrage die unteren Klassen in die Sklaverei des Mangels zu drücken: eine Macht, mit der der Einzelne ebenso wenig streiten kann wie mit Wind und Gezeiten.

In Wirklichkeit liegt die Ursache jedoch in demselben Vorgang, der immer zur Sklaverei geführt hat und führen muss: Einige monopolisieren, was die Natur für alle bestimmt hat.

Solange wir privates Bodeneigentum anerkennen, schließt unsere vielgerühmte Freiheit notwendig Sklaverei ein. Bis dieses Eigentum abgeschafft wird, bleiben Unabhängigkeitserklärungen und Befreiungsgesetze wirkungslos. Solange ein Mensch ausschließliches Eigentum an dem Boden beanspruchen kann, von dem andere leben müssen, besteht Sklaverei; und mit dem materiellen Fortschritt muss sie wachsen und sich vertiefen.

Genau dies geschieht heute in der zivilisierten Welt; den Vorgang haben wir in den vorangegangenen Kapiteln dieses Buches Schritt für Schritt verfolgt. Das private Bodeneigentum ist der untere Mühlstein, der materielle Fortschritt der obere. Zwischen beiden werden die arbeitenden Klassen unter wachsendem Druck zerrieben.

KAPITEL III DER ENTSCHÄDIGUNGSANSPRUCH DER GRUNDEIGENTÜMER

Die Wahrheit, der sich niemand entziehen kann, lautet: Es gibt keinen gerechten Anspruch auf den ausschließlichen Besitz des Bodens und kann ihn nicht geben. Privates Bodeneigentum ist ein unverhülltes, gewaltiges Unrecht, vergleichbar mit der Sklaverei von Menschen.

Die Mehrheit der Menschen in zivilisierten Gesellschaften erkennt dies nur deshalb nicht, weil die meisten Menschen nicht nachdenken. Für sie ist das Bestehende richtig, bis häufig genug auf sein Unrecht hingewiesen wurde. Gewöhnlich sind sie bereit, denjenigen zu kreuzigen, der dies als Erster versucht.

Doch niemand kann sich mit der Volkswirtschaftslehre befassen, selbst in ihrer gegenwärtig gelehrten Form, oder überhaupt über Produktion und Verteilung des Wohlstands nachdenken, ohne zu erkennen, dass sich Bodeneigentum wesentlich vom Eigentum an menschlichen Erzeugnissen unterscheidet und keine Grundlage in der allgemeinen Gerechtigkeit besitzt.

Jedes maßgebliche Werk der Volkswirtschaftslehre gesteht dies ausdrücklich oder stillschweigend ein, gewöhnlich jedoch nur durch vage Andeutungen oder Auslassungen. Die Aufmerksamkeit wird von dieser Wahrheit abgelenkt, ähnlich wie ein Dozent für Moralphilosophie in einer sklavenhaltenden Gesellschaft von einer zu genauen Betrachtung der natürlichen Menschenrechte ablenken könnte. Privates Bodeneigentum wird ohne Erläuterung als bestehende Tatsache hingenommen oder als

Voraussetzung für eine sachgerechte Bodennutzung und für den Bestand eines zivilisierten Staates dargestellt.

Unsere Untersuchung hat abschließend bewiesen, dass sich privates Bodeneigentum nicht mit seiner Zweckmäßigkeit rechtfertigen lässt. Im Gegenteil: Auf diese Einrichtung gehen die Armut, das Elend und die Erniedrigung, die gesellschaftliche Krankheit und die politische Schwäche zurück, die sich inmitten einer fortschreitenden Zivilisation immer bedrohlicher zeigen. Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit verlangen daher gemeinsam seine Abschaffung.

Wenn Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit gemeinsam die Abschaffung einer Einrichtung verlangen, die auf keiner stärkeren Grundlage als einer bloßen gesetzlichen Regelung beruht, welchen Grund zum Zögern kann es dann geben?

Selbst Menschen, die klar erkennen, dass der Boden von Rechts wegen gemeinschaftliches Eigentum ist, hält offenbar eine Überlegung zurück: Da wir so lange zugelassen haben, dass der Boden als Privateigentum behandelt wird, könnten wir mit seiner Abschaffung denjenigen Unrecht zufügen, die ihre Entscheidungen im Vertrauen auf den Fortbestand dieser Ordnung getroffen haben. Da wir zugelassen haben, dass Boden als rechtmäßiges Eigentum gehalten wird, könnten wir durch die Wiederherstellung gemeinschaftlicher Rechte insbesondere diejenigen ungerecht behandeln, die ihn mit unzweifelhaft rechtmäßig erworbenem Vermögen gekauft haben. Deshalb wird behauptet, die Gerechtigkeit verlange bei einer Abschaffung des privaten Bodeneigentums eine vollständige Entschädigung der heutigen Eigentümer. Entsprechend entschädigte die britische Regierung bei der Abschaffung des Kaufs und Verkaufs militärischer Offiziersstellen diejenigen, die ihre Stellen im Vertrauen auf deren späteren

Wiederverkauf erworben hatten; und bei der Abschaffung der Sklaverei in Britisch-Westindien wurden den Sklavenhaltern 100 Millionen Dollar gezahlt.

Selbst Herbert Spencer, der in seiner *Social Statics* die Ungültigkeit jedes Rechtstitels auf ausschließlichen Bodenbesitz so klar nachgewiesen hat, unterstützt diese Vorstellung, obwohl dies meines Erachtens seiner eigenen Argumentation widerspricht. Die gerechte Bewertung und Abgeltung der Ansprüche heutiger Grundeigentümer, die für ihre Güter durch eigene Handlungen oder die ihrer Vorfahren Werte aus redlich erworbenem Vermögen hingegeben hätten, nennt er »eines der schwierigsten Probleme, die die Gesellschaft eines Tages lösen muss«.

Diese Vorstellung liegt dem in Großbritannien vertretenen Vorschlag zugrunde, der Staat solle das individuelle Bodeneigentum des Landes zum Marktpreis aufkaufen. Sie veranlasste auch John Stuart Mill, der die grundsätzliche Ungerechtigkeit privaten Bodeneigentums klar erkannte, nicht für die vollständige Rückführung des Bodens einzutreten, sondern lediglich für die künftige Abschöpfung neu entstehender Vorteile. Nach seinem Plan sollte der Marktwert des gesamten Bodens im Königreich gerecht und sogar großzügig geschätzt werden. Alle späteren Wertsteigerungen, die nicht auf Verbesserungen des Eigentümers beruhten, sollten dem Staat zufallen.

Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten solcher schwerfälligen Pläne, der dafür notwendigen Ausweitung staatlicher Aufgaben und der dadurch erzeugten Korruption liegt ihr wesentlicher Fehler in der Unmöglichkeit, den grundlegenden Gegensatz von Unrecht und Recht durch einen Kompromiss zu überbrücken. In dem Maß, in dem die Interessen der Grundeigentümer geschützt werden, müssen die allgemeinen

Interessen und Rechte missachtet werden. Sollen die Grundeigentümer nichts von ihren besonderen Privilegien verlieren, kann die breite Bevölkerung nichts gewinnen. Der Aufkauf individueller Eigentumsrechte würde den Grundeigentümern lediglich in anderer Form einen Anspruch derselben Art und Höhe geben, den ihnen der Bodenbesitz heute verleiht. Durch Steuern müsste für sie derselbe Anteil am Ertrag von Arbeit und Kapital aufgebracht werden, den sie sich heute als Grundrente aneignen können. Ihr ungerechter Vorteil bliebe ebenso bestehen wie der ungerechte Nachteil der Menschen ohne Boden. Zwar würde die Allgemeinheit künftig profitieren, sobald der Anstieg der Grundrente den Zins auf den heutigen Kaufpreis überstiege. Dies wäre jedoch nur ein zukünftiger Gewinn. Bis dahin bliebe nicht nur jede Entlastung aus, sondern die Arbeit und das Kapital würden zugunsten der heutigen Grundeigentümer noch stärker belastet. Denn der gegenwärtige Marktwert des Bodens enthält bereits die Erwartung künftiger Wertsteigerungen. Den Boden zum Marktpreis zu kaufen und den Kaufpreis zu verzinsen, hieße daher, den Produzenten nicht nur die tatsächliche Grundrente, sondern auch die spekulative Grundrente vollständig aufzuerlegen. Anders ausgedrückt: Der Boden würde zu Preisen gekauft, die auf einem niedrigeren als dem üblichen Zinssatz beruhen, weil die erwartete Wertsteigerung den Marktpreis des Bodens weit über den Preis anderer Güter mit demselben gegenwärtigen Ertrag hebt. Der Kaufpreis müsste jedoch zum üblichen Satz verzinst werden. Den Grundeigentümern wäre somit nicht nur der gesamte heutige Ertrag zu zahlen, sondern ein erheblich höherer Betrag. Tatsächlich nähme der Staat den Boden von den heutigen Eigentümern auf Dauer zu einer deutlich höheren Grundrente in Pacht, als sie derzeit erhalten. Vorerst würde er

lediglich zu ihrem Einzugsbeauftragten und müsste ihnen nicht nur die eingenommene Grundrente, sondern noch erheblich mehr auszahlen.

Mills Plan, den künftigen »unverdienten Zuwachs des Bodenwerts« zu verstaatlichen, indem der heutige Marktwert sämtlicher Grundstücke festgesetzt und jeder spätere Wertzuwachs dem Staat zugewiesen wird, würde die Ungerechtigkeit der bestehenden Güterverteilung nicht vergrößern, aber auch nicht beseitigen. Ein weiterer spekulativer Anstieg der Grundrente würde enden. Künftig erhielte die Allgemeinheit die Differenz zwischen der tatsächlich steigenden Grundrente und dem Betrag, mit dem dieser Anstieg bei der Festsetzung des heutigen Bodenwerts bereits berücksichtigt wurde, denn dieser enthält selbstverständlich neben dem gegenwärtigen auch den erwarteten künftigen Wert. Der Plan ließe jedoch für alle Zukunft eine Klasse im Besitz ihres heutigen gewaltigen Vorteils gegenüber allen anderen. Mehr lässt sich zu ihm nicht sagen, als dass er vielleicht besser wäre als nichts.

Solche unwirksamen und undurchführbaren Pläne eignen sich für Diskussionen, solange wirksamere Vorschläge noch keine Beachtung fänden. Schon ihre Erörterung ist ein ermutigendes Zeichen, weil sie zeigt, dass die dünne Spitze des Keils der Wahrheit eingedrungen ist. Wenn die Gerechtigkeit erstmals gegen ein altehrwürdiges Unrecht protestiert, spricht sie im Mund der Menschen unterwürfig und bescheiden. Wir englischsprachigen Völker tragen noch immer das Halsband des angelsächsischen Hörigen und wurden dazu erzogen, die »wohlerworbenen Rechte« der Grundeigentümer mit demselben abergläubischen Respekt zu betrachten, den die alten Ägypter dem Krokodil entgegenbrachten. Doch sobald ihre Zeit reif ist, wachsen Ideen, wie unbedeutend sie anfangs auch erscheinen mögen.

Einst bedeckte der Dritte Stand sein Haupt, wenn der König seinen Hut aufsetzte. Wenig später rollte der Kopf eines Nachkommen Ludwigs des Heiligen vom Schafott. Die Bewegung gegen die Sklaverei in den Vereinigten Staaten begann mit Überlegungen zur Entschädigung der Eigentümer. Als jedoch vier Millionen Sklaven befreit wurden, erhielten ihre Eigentümer keine Entschädigung und verlangten auch keine. Sobald die Bevölkerung eines Landes wie England oder der Vereinigten Staaten die Ungerechtigkeit und die Nachteile individuellen Bodeneigentums deutlich genug erkennt, um seine Vergesellschaftung zu versuchen, wird sie zugleich bereit sein, dies auf viel unmittelbarere und einfachere Weise als durch einen Aufkauf zu tun. Um eine Entschädigung der Grundeigentümer wird sie sich nicht kümmern.

Es wäre auch nicht gerecht, sich um die Grundeigentümer besonders zu sorgen. Dass ein Mann wie John Stuart Mill ihrer Entschädigung so große Bedeutung beimaß, dass er nur die Abschöpfung des künftigen Grundrentenzuwachses forderte, lässt sich nur durch seine Zustimmung zu den damaligen Lehren erklären, nach denen die Löhne aus dem Kapital gezahlt würden und die Bevölkerung ständig dazu neige, gegen die Grenze der verfügbaren Lebensgrundlagen zu drücken. Diese Lehren verstellten ihm den Blick auf die vollen Folgen der privaten Aneignung des Bodens. Er erkannte, dass »der Anspruch des Grundeigentümers der allgemeinen Politik des Staates vollständig untergeordnet ist« und dass »privates Bodeneigentum ungerecht ist, wenn es nicht zweckmäßig ist«.[49] In den Schlingen der malthusianischen Lehre gefangen, führte er den Mangel und das Leid um ihn herum jedoch, wie er in einem bereits zitierten Absatz ausdrücklich erklärt, auf den »Geiz der Natur, nicht auf die Ungerechtigkeit des Menschen« zurück. Deshalb

erschien ihm die Vergesellschaftung des Bodens als eine vergleichsweise geringe Maßnahme, die weder Massenarmut beseitigen noch Mangel abschaffen könne. Diese Ziele ließen sich nach seiner Auffassung nur erreichen, wenn die Menschen lernten, einen natürlichen Trieb zu unterdrücken. So groß, lauter, warmherzig und edelgesinnt Mill war, erkannte er doch nie die wirkliche Harmonie der ökonomischen Gesetze und verstand nicht, wie aus diesem einen großen grundlegenden Unrecht Mangel und Elend, Laster und Schande hervorgehen. Sonst hätte er niemals schreiben können: »Der Boden Irlands, der Boden jedes Landes, gehört dem Volk dieses Landes. Die Personen, die Grundeigentümer genannt werden, haben nach Moral und Gerechtigkeit keinen Anspruch auf etwas anderes als die Grundrente oder eine Entschädigung für den Verkaufswert.«

Im Namen des Propheten: Feigen! Wenn der Boden eines Landes dem Volk dieses Landes gehört, welches Recht auf die Grundrente haben dann nach Moral und Gerechtigkeit jene Personen, die Grundeigentümer genannt werden? Wenn der Boden dem Volk gehört, warum sollte das Volk im Namen von Moral und Gerechtigkeit für sein eigenes Eigentum den Verkaufswert bezahlen?

Herbert Spencer schreibt:[50] »*Hätten* wir es mit denjenigen zu tun, die das Menschengeschlecht ursprünglich seines Erbes beraubten, könnten wir mit der Sache kurzen Prozess machen.« Warum nicht in jedem Fall kurzen Prozess damit machen? Dieser Raub gleicht nicht dem Raub eines Pferdes oder einer Geldsumme, der mit der Tat endet. Es ist ein neuer und fortdauernder Raub, der jeden Tag und jede Stunde weitergeht. Die Grundrente wird nicht aus dem Erzeugnis der Vergangenheit gezogen, sondern aus dem Erzeugnis der Gegenwart. Sie ist ein unablässig erhobener Tribut auf die Arbeit. Jeder Hammerschlag, jeder Hieb der

Spitzhacke, jeder Schuss des Weberschiffchens und jeder Kolbenschlag der Dampfmaschine entrichtet ihn. Er greift auf den Verdienst der Männer zu, die tief unter der Erde ihr Leben riskieren, und auf den der Männer, die sich über weißen Wellen an schwankende Masten klammern. Er beansprucht den gerechten Ertrag des Kapitalbesitzers und die Früchte der geduldigen Arbeit des Erfinders. Er holt kleine Kinder aus Spiel und Schule und zwingt sie zur Arbeit, bevor ihre Knochen fest und ihre Muskeln kräftig sind. Er raubt den Frierenden die Wärme, den Hungrigen die Nahrung, den Kranken die Medizin und den Besorgten den Frieden. Er erniedrigt, verroht und verbittert. Er drängt Familien mit acht oder zehn Personen in ein einziges elendes Zimmer. Er pfercht landwirtschaftliche Arbeitsgruppen aus Jungen und Mädchen wie Schweine zusammen. Er füllt Schnapsläden und Schankstuben mit Menschen, die in ihren Wohnungen keinen Trost finden. Er macht Jungen, die nützliche Männer werden könnten, zu Anwärtern auf Gefängnis und Zuchthaus. Er füllt Bordelle mit Mädchen, die die reine Freude der Mutterschaft hätten erfahren können. Er lässt Habgier und alle bösen Leidenschaften durch die Gesellschaft streifen, wie ein harter Winter die Wölfe zu den Behausungen der Menschen treibt. Er verdunkelt den Glauben in der menschlichen Seele und zieht über das Bild eines gerechten und barmherzigen Schöpfers den Schleier eines harten, blinden und grausamen Schicksals.

Dies ist nicht bloß ein Raub der Vergangenheit, sondern ein Raub der Gegenwart, der den Kindern, die jetzt zur Welt kommen, ihr Geburtsrecht nimmt. Warum sollten wir zögern, mit einem solchen System kurzen Prozess zu machen? Weil ich gestern, vorgestern und an den Tagen davor beraubt wurde, soll ich mich deshalb heute und morgen weiter berauben lassen? Soll ich daraus

schließen, der Räuber habe ein wohlerworbenes Recht erlangt, mich zu berauben?

Wenn der Boden dem Volk gehört, warum sollten wir den Grundeigentümern weiterhin erlauben, die Grundrente einzunehmen, oder sie für deren Verlust entschädigen? Betrachten wir, was die Grundrente ist. Sie entsteht nicht von selbst aus dem Boden und beruht auf keiner Leistung der Grundeigentümer. Sie verkörpert einen von der gesamten Gemeinschaft geschaffenen Wert. Man kann den Grundeigentümern gern alles lassen, was ihnen der Bodenbesitz ohne die übrige Gemeinschaft verschaffen würde. Die Grundrente jedoch, die von der ganzen Gemeinschaft geschaffen wird, gehört notwendig der ganzen Gemeinschaft.

Prüfen wir den Fall der Grundeigentümer nach den Grundsätzen des *Common Law*, nach denen die Rechte zwischen einzelnen Menschen bestimmt werden. Das Common Law gilt als vollendete Vernunft. Über sein Urteil können sich die Grundeigentümer gewiss nicht beklagen, denn es wurde von und für Grundeigentümer entwickelt. Was spricht das Recht einem gutgläubigen Besitzer zu, wenn der Boden, für den er sein Geld bezahlt hat, rechtmäßig einem anderen zugesprochen wird? Überhaupt nichts. Dass er in gutem Glauben gekauft hat, verschafft ihm keinerlei Recht oder Anspruch. Das Recht befasst sich nicht mit der »schwierigen Frage der Entschädigung« des gutgläubigen Käufers. Es sagt nicht wie John Stuart Mill: »Der Boden gehört A, deshalb hat B, der sich für den Eigentümer hielt, nur Anspruch auf die Grundrente oder eine Entschädigung für den Verkaufswert.« Das gliche tatsächlich jener berühmten Entscheidung über einen entflohenen Sklaven, von der man sagte, das Gericht habe dem Norden das Recht und dem Süden den schwarzen Menschen zugesprochen. Das Recht sagt einfach:

»Der Boden gehört A; der Sheriff soll ihn in Besitz setzen.« Dem gutgläubigen Käufer eines fehlerhaften Rechtstitels gewährt es weder Anspruch noch Entschädigung. Mehr noch: Es nimmt ihm auch sämtliche Verbesserungen, die er in gutem Glauben auf dem Boden vorgenommen hat. Man mag einen hohen Preis für ein Grundstück bezahlt und jede Anstrengung unternommen haben, um den Rechtstitel zu prüfen; man mag es jahrelang ungestört besessen haben, ohne an einen Gegenanspruch zu denken oder von einem solchen zu hören, es durch eigene Arbeit fruchtbar gemacht oder darauf ein kostspieliges Gebäude errichtet haben, das mehr wert ist als der Boden selbst, oder ein bescheidenes Heim, in dem man seine letzten Jahre umgeben von selbst gepflanzten Feigenbäumen und gepflegten Reben verbringen wollte. Wenn jedoch Quirk, Gammon & Snap in den Urkunden einen technischen Fehler aufspüren oder einen vergessenen Erben finden, der nie von seinen Rechten wusste, können einem nicht nur der Boden, sondern auch sämtliche Verbesserungen genommen werden. Und selbst damit nicht genug: Nachdem man den Boden und die Verbesserungen herausgegeben hat, kann man nach dem Common Law zur Abrechnung über die Gewinne verpflichtet werden, die man während der Besitzzeit aus dem Boden zog.

Wenden wir im Fall *Das Volk gegen die Grundeigentümer* dieselben Grundsätze der Gerechtigkeit an, die Grundeigentümer in Gesetze gefasst haben und die englische und amerikanische Gerichte täglich auf Streitigkeiten zwischen Einzelnen anwenden, würden wir nicht nur auf jede Entschädigung für den Boden verzichten, sondern auch sämtliche Verbesserungen und alles andere Eigentum der Grundeigentümer einziehen.

So weit will ich jedoch nicht gehen, und ich nehme nicht an, dass jemand anderes es

vorschlagen wird. Es genügt, wenn das Volk das Eigentum am Boden wieder an sich nimmt. Die Grundeigentümer sollen ihre Verbesserungen und ihr persönliches Eigentum sicher behalten.

In diesem Maß der Gerechtigkeit läge weder Unterdrückung noch Schädigung einer Klasse. Die große Ursache der heutigen ungleichen Güterverteilung samt dem daraus entstehenden Leid, der Erniedrigung und Verschwendung wäre beseitigt. Selbst die Grundeigentümer nähmen am allgemeinen Gewinn teil. Auch der Gewinn der großen Grundeigentümer wäre wirklich; der Gewinn der kleinen Grundeigentümer wäre gewaltig. Denn wer die Gerechtigkeit willkommen heißt, empfängt zugleich die Dienerin der Liebe. Frieden und Fülle folgen ihr und bringen ihre guten Gaben nicht einigen, sondern allen.

Wie wahr dies ist, werden wir später sehen.

Wenn ich in diesem Kapitel von Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit gesprochen habe, als wären sie zwei verschiedene Dinge, dann nur, um den Einwänden derjenigen zu begegnen, die diese Trennung vornehmen. In der Gerechtigkeit liegt die höchste und wahrste Zweckmäßigkeit.

KAPITEL IV DAS PRIVATE BODENEIGENTUM IN HISTORISCHER BETRACHTUNG

Mehr als alles andere hindert uns eine Denkgewohnheit daran, die grundlegende Ungerechtigkeit privaten Bodeneigentums zu erkennen und Vorschläge zu seiner Abschaffung unvoreingenommen zu prüfen: Was lange bestanden hat, erscheint uns natürlich und notwendig.

Wir sind es so sehr gewohnt, den Boden als individuelles Eigentum zu behandeln, und diese Behandlung ist in unseren Gesetzen, Sitten und Gewohnheiten so vollständig anerkannt, dass die große Mehrheit der Menschen gar nicht auf den Gedanken kommt, sie infrage zu stellen. Sie betrachtet privates Bodeneigentum vielmehr als Voraussetzung für die Nutzung des Bodens. Eine Gesellschaft ohne Überführung des Bodens in privaten Besitz können sich diese Menschen nicht vorstellen oder denken wenigstens nicht daran. Als erster Schritt zur Bebauung oder Verbesserung eines Bodens gilt ihnen, ihm einen bestimmten Eigentümer zu geben. Sie betrachten den Boden eines Menschen als ebenso vollständig und rechtmäßig ihm gehörend und zum Verkauf, zur Vermietung, zur Schenkung oder Vererbung bestimmt wie sein Haus, sein Vieh, seine Waren oder seine Möbel. Besonders jene, die Voltaire als »Bewahrer der alten Barbarei« bezeichnete, die Juristen, haben die »Heiligkeit des Eigentums« so beständig und wirksam verkündet, dass die meisten Menschen privates Bodeneigentum für die eigentliche Grundlage der Zivilisation halten. Wird vorgeschlagen, den Boden wieder zum Gemeingut zu machen, erscheint ihnen dies auf den ersten Blick entweder als wirklichkeitsfremde Schwärmerei, die

nie verwirklicht wurde und nie verwirklicht werden kann, oder als Plan, die Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern und in die Barbarei zurückzuführen.

Selbst wenn der Boden immer als Privateigentum behandelt worden wäre, würde dies die Gerechtigkeit oder Notwendigkeit seiner weiteren Behandlung als Privateigentum ebenso wenig beweisen, wie die früher wohl zu Recht behauptete allgemeine Verbreitung der Sklaverei die Gerechtigkeit oder Notwendigkeit bewiesen hätte, menschliches Fleisch und Blut zu Eigentum zu machen.

Vor nicht langer Zeit erschien die Monarchie beinahe allgegenwärtig. Nicht nur die Könige, sondern auch die Mehrheit ihrer Untertanen glaubte tatsächlich, kein Land könne ohne König bestehen. Doch abgesehen von Amerika kommt heute auch Frankreich ohne König aus. Die Königin von England und Kaiserin von Indien hat auf die Regierung ihrer Reiche ungefähr so viel Einfluss wie die hölzerne Galionsfigur eines Schiffes auf dessen Kurs. Die übrigen gekrönten Häupter Europas sitzen, bildlich gesprochen, auf Fässern mit Nitroglyzerin.

Vor etwas mehr als hundert Jahren erklärte Bischof Butler, der Verfasser der berühmten *Analogy*, eine Verfassung für einen Staat ohne staatlich anerkannte Religion sei ein wirklichkeitsfremdes Vorhaben, für das es kein Beispiel gebe. Mit dem fehlenden Beispiel hatte er recht. Damals bestand kein Staat ohne eine Form von Staatsreligion, und es wäre schwer gewesen, einen solchen Staat aus früherer Zeit zu nennen. Die Vereinigten Staaten haben seither jedoch durch ein Jahrhundert praktischer Erfahrung bewiesen, dass ein Staat ohne Staatskirche bestehen kann.

Selbst wenn es zuträfe, dass Boden immer und überall als Privateigentum behandelt worden wäre,

würde dies also keine Fortsetzung dieser Behandlung rechtfertigen. Doch es trifft *nicht* zu. Im Gegenteil: Das gemeinschaftliche Recht am Boden wurde ursprünglich überall anerkannt, und privates Eigentum entstand nirgends anders als durch widerrechtliche Aneignung. Die ursprüngliche und dauerhafte Auffassung der Menschheit lautet, dass alle ein gleiches Recht am Boden besitzen. Die Meinung, privates Bodeneigentum sei für die Gesellschaft notwendig, ist lediglich das Ergebnis einer Unwissenheit, die nicht über ihre unmittelbare Umgebung hinaussieht. Es handelt sich um eine vergleichsweise junge, ebenso künstliche und grundlose Vorstellung wie die vom Gottesgnadentum der Könige.

Die Beobachtungen von Reisenden, die Forschungen kritischer Historiker, die in jüngerer Zeit so viel zur Rekonstruktion vergessener Volksgeschichten beigetragen haben, und die Untersuchungen von Männern wie Sir Henry Maine, Émile de Laveleye, Professor Nasse aus Bonn und anderen über die Entwicklung gesellschaftlicher Einrichtungen beweisen: Wo immer menschliche Gesellschaften entstanden, wurde das gemeinschaftliche Recht der Menschen auf den Gebrauch der Erde anerkannt. Nirgends wurde uneingeschränktes individuelles Eigentum frei beschlossen. Historisch wie ethisch ist privates Bodeneigentum Raub. Es geht nirgends aus einem Vertrag hervor und lässt sich nirgends auf Gerechtigkeits- oder Zweckmäßigkeitsvorstellungen zurückführen. Überall wurde es aus Krieg und Eroberung geboren sowie aus dem eigennützigen Gebrauch, den die Schlauen von Aberglauben und Recht machten.

Wo immer wir die frühe Geschichte der Gesellschaft verfolgen können, in Asien, Europa, Afrika, Amerika oder Polynesien, galt der Boden so, wie es sein notwendiges Verhältnis zum

menschlichen Leben erwarten lässt: als gemeinschaftliches Eigentum, an dem alle anerkannten Mitglieder gleiche Rechte besaßen. Anders ausgedrückt: Alle Mitglieder der Gemeinschaft, nach heutiger Ausdrucksweise alle Bürger, hatten gleiche Rechte auf den Gebrauch und Genuss des gemeinschaftlichen Bodens. Diese Anerkennung des gemeinschaftlichen Rechts am Boden verhinderte nicht die vollständige Anerkennung des besonderen und ausschließlichen Rechts an den Erzeugnissen der Arbeit. Sie wurde auch nicht aufgegeben, als die Entwicklung der Landwirtschaft den ausschließlichen Besitz einzelner Flächen notwendig machte, um den ausschließlichen Genuss der dort eingesetzten Arbeit zu sichern. Die Aufteilung des Bodens unter die wirtschaftlichen Einheiten, seien es Familien, Großfamilien oder Einzelne, ging nur so weit, wie es hierfür erforderlich war. Weiden und Wälder blieben Gemeingut. Die Gleichheit beim Ackerland wurde entweder durch regelmäßige Neuverteilung gesichert, wie bei den germanischen Völkern, oder durch das Verbot der Veräußerung, wie im mosaischen Gesetz.

Diese ursprüngliche Ordnung bestand vollständig oder in Resten bis in die jüngere Zeit fort: in den Dorfgemeinschaften Indiens, Russlands und der slawischen Gebiete, die der türkischen Herrschaft unterstanden, in den Bergkantonen der Schweiz, bei den Kabylen in Nordafrika und bei indigenen Gemeinschaften im Süden Afrikas, bei der einheimischen Bevölkerung Javas und den Māori Neuseelands, also überall dort, wo äußere Einflüsse die Form der ursprünglichen Gesellschaftsordnung unversehrt ließen. Dass sie einst überall bestand, haben in den letzten Jahren zahlreiche voneinander unabhängige Forscher und Beobachter überzeugend nachgewiesen. Nach meiner Kenntnis werden ihre Ergebnisse am besten

in den vom Cobden Club veröffentlichten *Systems of Land Tenures in Various Countries* und in Émile de Laveleyes *Primitive Property* zusammengefasst. Auf diese Werke verweise ich alle, die diese Wahrheit im Einzelnen dargestellt sehen möchten.

> »In allen ursprünglichen Gesellschaften«, schreibt de Laveleye als Ergebnis einer Untersuchung, die keinen Teil der Welt auslässt, »war der Boden gemeinschaftliches Eigentum des Stammes und wurde regelmäßig unter allen Familien neu verteilt, damit alle, wie von der Natur vorgesehen, von ihrer Arbeit leben konnten. Der Wohlstand jedes Einzelnen entsprach dadurch seiner Tatkraft und seinem Verständnis; niemandem fehlten jedenfalls die Mittel zum Lebensunterhalt, und einer von Generation zu Generation wachsenden Ungleichheit wurde vorgebeugt.«

Wenn de Laveleye mit dieser Schlussfolgerung recht hat, woran kein Zweifel bestehen kann, stellt sich die Frage: Wie konnte die Überführung des Bodens in Privateigentum so allgemein werden?

Die Ursachen, durch welche die ursprüngliche Vorstellung des gleichen Rechts auf den Gebrauch des Bodens von der Vorstellung ausschließlicher und ungleicher Rechte verdrängt wurde, lassen sich meines Erachtens überall zwar undeutlich, aber sicher verfolgen. Es sind überall dieselben Ursachen, die zur Verneinung gleicher persönlicher Rechte und zur Bildung privilegierter Klassen geführt haben.

Diese Ursachen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die durch den Kriegszustand hervorgerufene Konzentration der Macht in den Händen von Häuptlingen und der Kriegerklasse ermöglichte ihnen die Monopolisierung gemeinschaftlichen Bodens. Eroberungen machten die Besiegten zu bodengebundenen Abhängigen und verteilten ihren Boden unter den Siegern,

wobei die Anführer überproportionale Anteile erhielten. Eine Priesterklasse und eine Klasse berufsmäßiger Juristen bildeten sich heraus und gewannen Einfluss; ihren Interessen diente es, gemeinschaftliches Bodeneigentum durch ausschließliches Privateigentum zu ersetzen.[51] War Ungleichheit erst entstanden, führte das Gesetz der Anziehung zu immer größerer Ungleichheit.

Der Kampf zwischen der Vorstellung gleicher Rechte am Boden und der Tendenz zu seiner Monopolisierung in individuellem Besitz verursachte die inneren Konflikte Griechenlands und Roms. Dass diese Tendenz gebremst wurde, in Griechenland durch Einrichtungen wie jene Lykurgs und Solons, in Rom durch das licinische Gesetz und spätere Bodenaufteilungen, verlieh beiden ihre Zeiten der Kraft und Größe. Ihr endgültiger Sieg zerstörte beide. Große Landgüter richteten Griechenland zugrunde, wie später »große Landgüter Italien zugrunde richteten«.[52] Als der Boden trotz der Warnungen großer Gesetzgeber und Staatsmänner endgültig in die Hände weniger überging, nahm die Bevölkerung ab, die Kunst verkümmerte, das Denken verlor seine Kraft und jenes Volk, in dem die Menschheit ihre glänzendste Entwicklung erreicht hatte, wurde zum Gegenstand von Spott und Verachtung.

Die Vorstellung uneingeschränkten individuellen Bodeneigentums, welche die moderne Zivilisation von Rom übernahm, erreichte dort in historischer Zeit ihre volle Ausprägung. Als die spätere Herrin der Welt erstmals hervortrat, besaß jeder Bürger eine kleine, unveräußerliche Hofstelle. Das allgemeine Staatsland, »das Kornland öffentlichen Rechts«, wurde gemeinschaftlich genutzt, zweifellos nach Vorschriften oder Gewohnheiten, die wie in der germanischen Mark und der schweizerischen Allmend Gleichheit sicherten. Aus diesem durch Eroberungen ständig wachsenden

Gemeingut schnitten sich die patrizischen Familien ihre großen Güter heraus. Trotz zeitweiliger Beschränkungen durch Gesetze und wiederholter Bodenaufteilungen verdrängten diese großen Güter aufgrund der Anziehungskraft des Großen auf das Kleine schließlich alle kleineren Eigentümer. Deren bescheidene Erbgüter gingen in den *Latifundien* der außerordentlich Reichen auf; sie selbst wurden in Sklaventrupps gezwungen, zu grundrentenpflichtigen Kolonen gemacht oder in neu eroberte Provinzen geschickt, wo Veteranen der Legionen Boden erhielten. Andere drängten in die Hauptstadt und vergrößerten das Proletariat, das nichts als seine Stimmen zu verkaufen hatte.

Der Cäsarismus, der bald in einen ungezügelten Despotismus östlicher Art überging, war die unausweichliche politische Folge. Selbst als das Reich die Welt umfasste, war es innerlich bereits eine leere Hülle, die nur durch das gesündere Leben an den Grenzen vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde. Dort war der Boden unter militärischen Siedlern verteilt worden oder hatten sich ältere gemeinschaftliche Gebräuche länger gehalten. Doch die *Latifundien*, die Italiens Kraft aufgezehrt hatten, breiteten sich stetig nach außen aus und teilten Sizilien, Afrika, Spanien und Gallien in große, von Sklaven oder Pächtern bewirtschaftete Güter. Die aus persönlicher Unabhängigkeit hervorgegangenen kraftvollen Tugenden starben aus, eine auszehrende Landwirtschaft verarmte den Boden und wilde Tiere verdrängten die Menschen. Schließlich brachen die Barbaren mit der in der Gleichheit gewachsenen Kraft herein. Rom ging unter; von einer einst so stolzen Zivilisation blieben nur Ruinen.

So geschah jenes erstaunliche Ereignis, das zur Zeit der römischen Größe ebenso unmöglich erschienen wäre, wie uns heute eine Eroberung der Vereinigten Staaten durch die Comanchen oder

Flathead-Salish oder eine Verwüstung Europas durch die Sámi erscheint. Die grundlegende Ursache ist in der Bodenordnung zu suchen. Auf der einen Seite hatte die Verneinung des gemeinschaftlichen Bodenrechts zum Verfall geführt; auf der anderen verlieh Gleichheit Kraft.

> »Freiheit«, schreibt de Laveleye in *Primitive Property*, »Freiheit und als ihre Folge das Eigentum an einem ungeteilten Anteil des Gemeinguts, auf den jedes Familienoberhaupt des Stammes den gleichen Anspruch hatte, waren im germanischen Dorf grundlegende Rechte. Diese Ordnung vollständiger Gleichheit prägte dem Einzelnen einen bemerkenswerten Charakter auf. Daraus erklärt sich, wie kleine Gruppen von Barbaren trotz seiner geschickten Verwaltung, seiner vollkommenen Zentralisierung und seines Zivilrechts, das den Namen der geschriebenen Vernunft bewahrt hat, das Römische Reich beherrschen konnten.«

Auf der anderen Seite war jenes große Reich innerlich ausgehöhlt. »Rom ging unter«, schreibt Professor Seeley, »weil es keine Menschen mehr hervorbrachte.«

In seinen Vorlesungen über die *Geschichte der Zivilisation in Europa* und ausführlicher in seinen Vorlesungen über die *Geschichte der Zivilisation in Frankreich* hat Guizot eindringlich das Chaos beschrieben, das in Europa auf den Untergang des Römischen Reiches folgte: ein Chaos, das nach seinen Worten »alle Dinge in seinem Schoß trug« und aus dem sich die moderne Gesellschaftsordnung langsam entwickelte. Dieses Bild lässt sich nicht in wenige Zeilen fassen. Es genügt hier festzuhalten, dass die Einbringung rohen, aber kraftvollen Lebens in die romanisierte Gesellschaft sowohl die germanische als auch die römische Ordnung auflöste. Die Vorstellung

gemeinschaftlicher Rechte am Boden vermischte sich mit der Vorstellung ausschließlichen Eigentums, ähnlich wie später in jenen Provinzen des Oströmischen Reiches, die von den Türken überrannt wurden. Aus dieser Verbindung entstand das Feudalsystem, das so bereitwillig übernommen wurde und sich so weit verbreitete. Unter ihm und neben ihm schlug jedoch eine ursprünglichere, auf den gemeinschaftlichen Rechten der Bewirtschaftenden beruhende Ordnung Wurzeln oder lebte erneut auf. Ihre Spuren finden sich in ganz Europa. Diese ursprüngliche Ordnung teilte den bebauten Boden zu gleichen Teilen zu und ließ den unbebauten Boden gemeinschaftlich nutzen. Sie bestand im alten Italien ebenso wie im angelsächsischen England, erhielt sich in Russland unter Absolutismus und Leibeigenschaft sowie in Serbien unter muslimischer Herrschaft und wurde in Indien durch eine Welle der Eroberung nach der anderen und durch Jahrhunderte der Unterdrückung bedrängt, aber nicht vollständig zerstört.

Das Feudalsystem war nicht auf Europa beschränkt. Es scheint die natürliche Folge der Eroberung eines besiedelten Landes durch ein Volk zu sein, bei dem Gleichheit und Eigenständigkeit noch stark ausgeprägt sind. Zumindest in der Theorie erkannte es klar an, dass der Boden der gesamten Gesellschaft und nicht dem Einzelnen gehört. Es war das grobe Ergebnis einer Zeit, in der Macht dem Recht so nahekam, wie dies überhaupt möglich ist, denn die Vorstellung des Rechts lässt sich aus dem menschlichen Geist nicht auslöschen und muss selbst in Vereinigungen von Piraten und Räubern in irgendeiner Form hervortreten. Dennoch erkannte das Feudalsystem niemandem ein unbeschränktes und ausschließliches Recht am Boden zu. Ein Lehen war im Wesentlichen ein Treuhandverhältnis, und mit seinem Genuss waren

Pflichten verbunden. Der Herrscher galt in der feudalen Vorstellung theoretisch als Vertreter der gemeinschaftlichen Macht und der Rechte des ganzen Volkes und war der einzige uneingeschränkte Eigentümer des Bodens. Zwar wurde Boden Einzelnen zum Besitz überlassen, doch dieser Besitz war mit Pflichten verbunden. Durch sie sollte derjenige, der die Erträge des Bodens genoss, dem Gemeinwesen eine Gegenleistung für die Vorteile erbringen, die er aus der Übertragung des gemeinschaftlichen Rechts erhielt.

In der feudalen Ordnung finanzierten die Krongüter jene öffentlichen Ausgaben, die heute in der Zivilliste enthalten sind. Die Kirchengüter deckten die Kosten des Gottesdienstes und des Unterrichts, der Versorgung Kranker und Bedürftiger und unterhielten eine Klasse von Menschen, die ihr Leben dem öffentlichen Wohl widmen sollte und dies zweifellos in beträchtlichem Umfang auch tat. Die militärischen Lehen sorgten für die Landesverteidigung. Der Lehnsmann musste im Bedarfsfall eine bestimmte Streitmacht ins Feld führen und außerdem Beihilfen leisten, wenn der älteste Sohn des Herrschers zum Ritter geschlagen, dessen Tochter verheiratet oder der Herrscher selbst in Kriegsgefangenschaft geraten war. Dies war eine rohe und ineffiziente, aber unbestreitbare Anerkennung der für das natürliche Empfinden aller Menschen offenkundigen Tatsache, dass der Boden kein individuelles, sondern gemeinschaftliches Eigentum ist.

Die Verfügungsgewalt des Bodenbesitzers reichte auch nicht über sein eigenes Leben hinaus. Zwar verdrängte das Erbprinzip bald das Auswahlprinzip, wie es bei konzentrierter Macht unvermeidlich ist. Das Feudalrecht verlangte jedoch stets einen Vertreter des Lehens, der sowohl seine Pflichten erfüllen als auch seine Vorteile empfangen

konnte. Wer diese Person sein sollte, blieb nicht individueller Willkür überlassen, sondern war im Voraus streng bestimmt. Daraus entstanden Vormundschaft und andere feudale Nebenrechte. Das Erstgeburtsrecht und die daraus hervorgegangene gebundene Erbfolge waren ursprünglich nicht jene Absurditäten, zu denen sie später wurden.

Dem Feudalsystem lag die Vorstellung uneingeschränkten Bodeneigentums zugrunde. Die Barbaren übernahmen sie inmitten einer besiegten Bevölkerung, der sie vertraut war. Der Feudalismus stellte darüber jedoch ein übergeordnetes Recht. Der Vorgang der Belehnung bestand darin, die individuelle Herrschaft einer höheren Herrschaft zu unterstellen, welche die größere Gemeinschaft oder Nation verkörperte. Die Einheiten der Ordnung waren die Grundeigentümer, die kraft ihres Eigentums auf ihren Gütern als uneingeschränkte Herren auftraten und dort jene Schutzfunktion erfüllten, die Taine im ersten Kapitel seines *Ancien Régime* so anschaulich, vielleicht aber etwas zu stark gefärbt, beschrieben hat. Das Feudalsystem verband diese Einheiten zu Nationen und ordnete die Macht und die Rechte der einzelnen Grundherren der Macht und den Rechten der Gesamtgesellschaft unter, die durch den Lehnsherrn oder König vertreten wurde.

In seiner Entstehung und Entwicklung bedeutete das Feudalsystem damit einen Sieg der Vorstellung des gemeinschaftlichen Bodenrechts. Es verwandelte uneingeschränkten in bedingten Besitz und verband das Vorrecht, Grundrente zu empfangen, mit besonderen Pflichten. Zugleich wurde die Macht des Bodeneigentums gewissermaßen von unten beschnitten: Die ursprünglich jederzeit kündbare Nutzung durch die Bodenbewirtschaftenden verfestigte sich weithin zu einem gewohnheitsrechtlichen Besitz, und die vom

Bauern geschuldete Grundrente wurde fest und bestimmbar.

Innerhalb des Feudalsystems blieben Gemeinschaften von Bodenbewirtschaftenden bestehen oder entstanden neu. Sie unterlagen in unterschiedlichem Maß feudalen Abgaben, bewirtschafteten den Boden jedoch als Gemeingut. Wo und wann die Grundherren die Macht dazu besaßen, beanspruchten sie zwar fast alles, was ihnen erstrebenswert erschien. Dennoch war die Vorstellung gemeinschaftlichen Rechts stark genug, um sich durch Gewohnheit an einen beträchtlichen Teil des Bodens zu binden. In der Feudalzeit müssen die Gemeinschaftsflächen einen sehr großen Anteil an der Fläche der meisten europäischen Länder umfasst haben. In Frankreich gibt es nach de Laveleye noch immer vier Millionen Hektar oder 9.884.400 Acres Gemeinde- und Gemeinschaftsland. Dabei hatte sich der Adel solche Flächen schon einige Jahrhunderte vor der Revolution angeeignet, war daran gelegentlich durch königliche Erlasse gehindert worden oder musste Aneignungen rückgängig machen; außerdem fanden während der Revolution und des Ersten Kaiserreichs umfangreiche Verteilungen und Verkäufe statt. Welchen Umfang das Gemeinland Englands in der Feudalzeit hatte, lässt sich daraus ersehen, dass der Landadel bereits unter Heinrich VII. mit seiner Einhegung begann, zwischen 1710 und 1843 jedoch noch 7.660.413 Acres Gemeinland aufgrund von Parlamentsgesetzen eingehegt wurden, davon 600.000 Acres seit 1845. Schätzungsweise bestehen in England noch zwei Millionen Acres Gemeinland, allerdings selbstverständlich auf den wertlosesten Böden.

Zusätzlich zu diesen Gemeinschaftsflächen bestand in Frankreich bis zur Revolution und in Teilen Spaniens bis in unsere Zeit eine Gewohnheit mit Gesetzeskraft: Nach der Ernte wurde der

bebaute Boden für Weide- und Durchgangszwecke zum Gemeingut, bis er wieder bestellt werden musste. An manchen Orten durfte jedermann einen vom Eigentümer vernachlässigten Boden betreten und dort sicher aussäen und ernten. Verwendete er für die erste Ernte Dünger, erwarb er sogar das Recht, ohne Behinderung durch den Eigentümer eine zweite Saat auszubringen und zu ernten.

Nicht nur die schweizerische Allmend, die Dithmarscher Mark und die serbischen und russischen Dorfgemeinschaften belegen die allgemeine und lang anhaltende Anerkennung des gemeinschaftlichen Rechts auf den Gebrauch des Bodens. Dasselbe gilt für die langen Furchen auf englischem Boden, der heute einzelnen Menschen ausschließlich gehört, an denen Altertumsforscher noch immer die großen Felder erkennen können, die früher der Dreifelderwirtschaft dienten und auf denen jeder Dorfbewohner jährlich eine gleich große Parzelle erhielt. Hinzu kommen die urkundlichen Belege, die sorgfältige Forscher in den vergangenen Jahren alten Aufzeichnungen entnommen haben. Vor allem aber beweisen es die Einrichtungen selbst, unter denen sich die moderne Zivilisation entwickelt hat.

In unseren Rechtssystemen bestehen noch Überreste fort, deren Bedeutung verloren gegangen ist und die wie die erhaltenen Reste des alten englischen Gemeinlands auf diese frühere Ordnung verweisen. Der auch im islamischen Recht bestehende Grundsatz des staatlichen Enteignungsrechts, nach dem der Herrscher theoretisch alleiniger uneingeschränkter Eigentümer des Bodens ist, geht allein auf die Anerkennung des Herrschers als Vertreter der gemeinschaftlichen Rechte des Volkes zurück. Erstgeburtsrecht und gebundene Erbfolge, die in England noch immer und vor hundert Jahren auch in einigen amerikanischen Staaten bestanden, sind

verzerrte Formen dessen, was ursprünglich aus der Auffassung des Bodens als gemeinschaftliches Eigentum hervorging. Selbst die juristische Unterscheidung zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen ist lediglich der Überrest einer ursprünglichen Trennung zwischen dem, was zunächst als gemeinschaftliches Eigentum galt, und dem, was seiner Natur nach stets als besonderes Eigentum des Einzelnen angesehen wurde. Die größere Sorgfalt und Förmlichkeit, die noch heute für die Übertragung von Boden verlangt wird, ist der inzwischen bedeutungs- und nutzlos gewordene Rest einer früher erforderlichen allgemeineren und feierlicheren Zustimmung zur Übertragung von Rechten, die nicht einem Mitglied, sondern jedem Mitglied einer Familie oder eines Stammes zugerechnet wurden.

Seit der Feudalzeit verläuft die allgemeine Entwicklung der modernen Zivilisation auf eine Untergrabung dieser natürlichen und ursprünglichen Vorstellungen gemeinschaftlichen Bodeneigentums hinaus. So widersprüchlich es erscheinen mag: Die Befreiung von feudalen Bindungen wurde von einer Entwicklung des Bodeneigentums hin zu einer Form begleitet, welche die Versklavung der arbeitenden Klassen bewirkt. Ihr eisernes Joch wird heute in der gesamten zivilisierten Welt immer deutlicher spürbar. Weder die Ausweitung rein politischer Macht noch persönliche Freiheit kann diesen Druck lindern. Volkswirtschaftler halten ihn für den Druck der Naturgesetze, Arbeitende für die Unterdrückung durch das Kapital.

Eines ist klar: Im heutigen Großbritannien wird das Recht des Volkes als Ganzes am Boden seines Heimatlandes weit weniger anerkannt als in der Feudalzeit. Ein viel kleinerer Teil der Bevölkerung besitzt Boden, und dieses Eigentum ist viel uneingeschränkter. Das früher ausgedehnte

Gemeinland, das so wesentlich zur Unabhängigkeit und zum Lebensunterhalt der unteren Klassen beitrug, wurde bis auf einen kleinen Rest wertloser Flächen zu Privateigentum gemacht und eingehegt. Die großen Kirchengüter, die im Kern gemeinschaftliches und einem öffentlichen Zweck gewidmetes Eigentum waren, wurden ihrer Bestimmung entzogen, um Einzelne zu bereichern. Die militärischen Lehnsträger schüttelten ihre Pflichten ab; die Kosten der Streitkräfte und die Zinsen auf die gewaltige, durch Kriege angehäufte Schuld wurden durch Steuern auf lebensnotwendige Güter und Annehmlichkeiten der gesamten Bevölkerung auferlegt. Der größte Teil der Krongüter ging in Privatbesitz über. Für den Unterhalt der königlichen Familie und all der kleinen Fürsten, die in sie einheiraten, muss der britische Arbeiter über den Preis seines Bierkrugs und seiner Pfeife Tabak bezahlen. Der englische Freibauer, jener kräftige Menschenschlag, der Crécy, Poitiers und Azincourt gewann, ist so ausgestorben wie das Mastodon. Der schottische Clansmann, dessen Recht am Boden seiner heimatlichen Berge damals ebenso unbestritten war wie das seines Häuptlings, wurde vertrieben, um Schafweiden oder Hirschparks für den Nachkommen dieses Häuptlings zu schaffen. Das Stammesrecht des Iren wurde in ein jederzeit kündbares Pachtverhältnis verwandelt. Dreißigtausend Menschen besitzen die rechtliche Macht, die gesamte Bevölkerung von fünf Sechsteln der Britischen Inseln zu vertreiben. Die große Mehrheit der Briten hat überhaupt kein Recht an ihrem Heimatland außer dem Recht, durch Straßen und über Landstraßen zu gehen. Auf sie lassen sich treffend die Worte eines römischen Volkstribunen anwenden: »*Männer Roms*«, rief Tiberius Gracchus, »*Männer Roms, ihr werdet Herren der Welt genannt, habt aber kein Recht auf einen einzigen*

Quadratfuß ihres Bodens. Die wilden Tiere haben ihre Höhlen, doch die Soldaten Italiens besitzen nur Wasser und Luft.«

Das Ergebnis ist in England vielleicht deutlicher hervorgetreten als anderswo. Die Entwicklung lässt sich jedoch überall beobachten; in England ging sie aufgrund besonderer Umstände lediglich schneller voran.

Dass sich mit der Ausweitung persönlicher Freiheit auch die Vorstellung privaten Bodeneigentums ausbreitete, liegt meines Erachtens daran, dass im Verlauf der Zivilisation die gröberen mit dem Bodeneigentum verbundenen Herrschaftsformen aufgegeben, abgeschafft oder weniger sichtbar wurden. Dadurch wandte sich die Aufmerksamkeit von den weniger auffälligen, in Wirklichkeit jedoch wirksameren Formen ab. Die Grundeigentümer konnten das Bodeneigentum daher leicht auf dieselbe Grundlage stellen wie anderes Eigentum.

Das Anwachsen der staatlichen Macht, sei es in Form der Monarchie oder der parlamentarischen Regierung, nahm den großen Grundherren ihre persönliche Macht und Bedeutung sowie ihre Gerichtsbarkeit und Herrschaft über Menschen. Dadurch wurden auffällige Missbräuche unterdrückt, ähnlich wie das Wachstum der römischen Kaisermacht die auffälligsten Grausamkeiten der Sklaverei eindämmte. Die Auflösung der großen Feudalgüter vergrößerte zunächst die Zahl der Grundeigentümer, bis sich die aus der großmaßstäblichen modernen Produktion hervorgehende Konzentrationstendenz deutlich bemerkbar machte. Auch die Abschaffung jener Beschränkungen, mit denen Grundeigentümer in dünner besiedelten Zeiten Arbeitende auf ihren Gütern festhalten wollten, lenkte von der grundlegenden Ungerechtigkeit privaten Bodeneigentums ab. Zugleich ebnete die stetige

Ausbreitung juristischer Vorstellungen aus dem römischen Recht, dem großen Fundus der modernen Rechtswissenschaft, den natürlichen Unterschied zwischen Bodeneigentum und Eigentum an anderen Dingen ein. So ging die Ausweitung persönlicher Freiheit mit einer Ausweitung individuellen Bodeneigentums einher.

Die politische Macht der Barone wurde außerdem nicht durch den Aufstand jener Klassen gebrochen, welche die Ungerechtigkeit des Bodeneigentums unmittelbar spüren konnten. Solche Aufstände fanden wiederholt statt, wurden jedoch immer wieder mit schrecklicher Grausamkeit niedergeschlagen. Die Macht der Barone brachen die wachsenden Handwerker- und Handelsklassen, bei denen der Zusammenhang zwischen Lohn und Grundrente weniger deutlich hervortritt. Diese Klassen entwickelten sich zudem in einem System abgeschlossener Zünfte und Körperschaften. Wie ich bei der Behandlung von Berufsverbänden und Monopolen erklärt habe, konnten sie sich dadurch bis zu einem gewissen Grad gegen das allgemeine Lohngesetz abschirmen. Solche Zusammenschlüsse ließen sich leichter aufrechterhalten als heute, da verbesserte Verkehrsmittel und die Verbreitung elementarer Bildung und aktueller Nachrichten die Bevölkerung immer beweglicher machen. Diese Klassen erkannten nicht und erkennen noch immer nicht, dass die Bodenordnung die grundlegende Tatsache ist, welche die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebensverhältnisse letztlich bestimmen muss. Daher glich man die Vorstellung des Bodeneigentums immer stärker an diejenige des Eigentums an menschlichen Erzeugnissen an. Selbst Rückschritte wurden als Fortschritte gefeiert. Die französische Verfassunggebende Versammlung glaubte 1789, einen Überrest der Tyrannei zu beseitigen, als sie den Zehnten

abschaffte und den Unterhalt des Klerus der allgemeinen Besteuerung auferlegte. Abbé Sieyès stand allein, als er erklärte, die Versammlung erlasse den Eigentümern lediglich eine Abgabe, die zu den Bedingungen ihres Bodeneigentums gehört hatte, und lege sie erneut der Arbeit des Volkes auf. Doch er sprach vergeblich. Weil Sieyès Priester war, hielt man ihn für einen Verteidiger der Interessen seines Standes, während er in Wahrheit die Rechte des Menschen verteidigte. Mit dem Zehnten hätte das französische Volk eine bedeutende öffentliche Einnahmequelle behalten können, die dem Arbeitslohn oder dem Ertrag des Kapitals keinen Centime entzogen hätte.

Auch die Abschaffung der militärischen Lehen in England durch das Lange Parlament, die nach dem Regierungsantritt Karls II. bestätigt wurde, war lediglich eine Aneignung öffentlicher Einnahmen durch die feudalen Grundeigentümer. Sie befreiten sich von der Gegenleistung, unter deren Bedingung sie das Gemeingut der Nation hielten, und wälzten diese Last durch die Besteuerung aller Verbraucher auf die breite Bevölkerung ab. Dennoch wird diese Maßnahme in den juristischen Lehrbüchern seit Langem als Sieg des Freiheitsgeistes bezeichnet. Dabei liegt hier die Quelle der gewaltigen Verschuldung und hohen Besteuerung Englands. Wären diese feudalen Abgaben lediglich in eine den veränderten Zeiten besser angepasste Form überführt worden, hätten englische Kriege nie auch nur ein Pfund Schulden erfordert. Arbeit und Kapital hätten für den Unterhalt der Streitkräfte mit keinem Farthing besteuert werden müssen. Sämtliche Kosten hätten aus der Grundrente gedeckt werden können, welche die Grundeigentümer seither selbst vereinnahmen: aus jener Abgabe, die das Bodeneigentum auf den Ertrag von Arbeit und Kapital erhebt. Die englischen Grundeigentümer erhielten ihren Boden

unter der Bedingung, bereits bei der dünnen Bevölkerung der Normannenzeit auf Aufforderung sechzigtausend vollständig ausgerüstete Reiter ins Feld zu stellen.[53] Hinzu kamen verschiedene Abgaben und Nebenpflichten, die einen beträchtlichen Teil der Grundrente ausmachten. Ihr Geldwert dürfte mit der Hälfte des Grundrentenwerts eher niedrig angesetzt sein. Hätte man die Grundeigentümer an diesem Vertrag festgehalten und Einhegungen nur unter ähnlichen Bedingungen zugelassen, lägen die heutigen Einnahmen der Nation aus englischem Boden um viele Millionen über sämtlichen öffentlichen Einnahmen des Vereinigten Königreichs. England könnte heute vollständigen Freihandel genießen. Zölle, Verbrauchsteuern, Lizenzgebühren und Einkommensteuern wären unnötig. Dennoch ließen sich alle heutigen Ausgaben bestreiten, und ein großer Überschuss bliebe für Zwecke, die dem Wohlergehen der ganzen Bevölkerung dienten.

Blicken wir zurück, können wir überall dort, wo uns Quellen den Weg weisen, erkennen: In ihrer ursprünglichen Auffassung betrachteten alle Völker den Boden als Gemeingut. Privateigentum war eine widerrechtliche Aneignung, geschaffen durch Gewalt und Betrug.

Madame de Staël sagte: »Die Freiheit ist alt.« Auch die Gerechtigkeit besitzt, wenn wir uns den ältesten Überlieferungen zuwenden, stets den Rechtstitel der Verjährung.

KAPITEL V DAS BODENEIGENTUM IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

In früheren Entwicklungsstufen der Zivilisation galt der Boden, wie wir gesehen haben, überall als Gemeingut. Wenden wir uns aus der dunklen Vergangenheit unserer eigenen Zeit zu, erkennen wir, dass die natürlichen Vorstellungen unverändert geblieben sind. Unter Verhältnissen, welche den Einfluss von Erziehung und Gewohnheit abschwächen, erkennen Menschen instinktiv das gleiche Recht aller auf die Gaben der Natur an.

Die Entdeckung des Goldes in Kalifornien brachte in einem neuen Land Menschen zusammen, die Boden als selbstverständlichen Gegenstand individuellen Eigentums betrachtet hatten. Vermutlich hatte nicht einmal einer von tausend je daran gedacht, zwischen dem Eigentum am Boden und dem Eigentum an anderen Dingen zu unterscheiden. Erstmals in der Geschichte der angelsächsischen Völker kamen diese Menschen jedoch mit Boden in Berührung, aus dem Gold durch einfaches Auswaschen gewonnen werden konnte.

Wäre der Boden, über den sie entscheiden mussten, besonders fruchtbares Acker-, Weide- oder Waldland gewesen, hätte er aufgrund seiner Lage einen besonderen Wert für den Handel besessen, Wasserkraft geboten oder selbst reiche Vorkommen von Kohle, Eisen oder Blei enthalten, wäre die ihnen vertraute Bodenordnung angewandt worden. Der Boden wäre in großen Flächen zu Privateigentum geworden. Selbst die *Pueblo*-Flächen von San Francisco, die tatsächlich wertvollsten des Staates und nach spanischem Recht als Wohnraum für die künftigen Einwohner der Stadt bestimmt, wurden ohne nennenswerten Protest privatisiert. Die Neuartigkeit des Falles

durchbrach jedoch die gewohnten Vorstellungen und führte die Menschen auf erste Grundsätze zurück. Im allgemeinen Einvernehmen wurde erklärt, der goldführende Boden solle Gemeingut bleiben. Niemand dürfe mehr davon in Besitz nehmen, als er vernünftig nutzen könne, oder ihn länger halten, als er ihn tatsächlich nutze. Bundesregierung und Gerichte erkannten diese Auffassung natürlicher Gerechtigkeit an. Solange der Abbau von Seifengold Bedeutung besaß, wurde kein Versuch unternommen, diese Rückkehr zu ursprünglichen Vorstellungen außer Kraft zu setzen. Der Rechtstitel am Boden blieb beim Staat; Einzelne konnten lediglich ein Besitzrecht erwerben. Die Bergleute jedes Bezirks bestimmten, wie viel Boden ein Einzelner beanspruchen und wie viel Arbeit er leisten durfte, damit eine Nutzung vorlag. Wurde diese Arbeit nicht geleistet, konnte jeder andere den Boden neu belegen. Niemand durfte sich daher natürliche Ressourcen im Voraus sichern oder sie der Nutzung entziehen. Arbeit wurde als Schöpferin des Wohlstands anerkannt, erhielt ein freies Betätigungsfeld und wurde in ihrem Ertrag geschützt. Unter den in den meisten Ländern bestehenden Verhältnissen hätte diese Ordnung keine vollständige Gleichheit der Rechte gesichert. Unter den dort und damals bestehenden Bedingungen, einer geringen Bevölkerung, einem unerforschten Land und einer Tätigkeit, die ihrer Natur nach einem Glücksspiel glich, verwirklichte sie jedoch weitgehende Gerechtigkeit. Ein Mensch konnte auf ein außerordentlich reiches Vorkommen stoßen, während andere Monate oder Jahre vergeblich suchten; doch alle hatten die gleiche Chance. Niemand durfte sich gegenüber den Gaben des Schöpfers wie der Hund in der Krippe verhalten. Die Bergbauregeln sollten im Kern verhindern, dass Einzelne anderen zuvorkamen und ein Monopol bildeten. Auf demselben Grundsatz beruhen die

Bergbaugesetze Mexikos; auch in Australien, British Columbia und den Diamantenfeldern Südafrikas wurde er übernommen, weil er den natürlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit entspricht.

Mit dem Rückgang des Seifengoldabbaus in Kalifornien setzte sich die gewohnte Vorstellung des Privateigentums schließlich durch. Ein Gesetz erlaubte die Erteilung privater Rechtstitel an mineralhaltigem Boden. Die einzige Wirkung besteht darin, Möglichkeiten der Nutzung zu sperren: Der Eigentümer eines Bergbaugrundstücks kann verbieten, dass andere nutzen, was er selbst nicht nutzen will. In vielen Fällen wird mineralhaltiger Boden auf diese Weise aus spekulativen Gründen der Nutzung entzogen, ebenso wie wertvolle Baugrundstücke und landwirtschaftliche Flächen. Während sie die Nutzung verhindert, hat die Übertragung desselben Grundsatzes privaten Eigentums, der für anderen Boden gilt, auf mineralhaltige Flächen nichts zur Sicherung der Verbesserungen beigetragen. Die größten Kapitalaufwendungen zur Erschließung und Entwicklung von Bergwerken, in manchen Fällen mehrere Millionen Dollar, wurden auf der Grundlage bloßer Besitzrechte getätigt.

Hätten die Verhältnisse der ersten englischen Siedler in Nordamerika ihre Aufmerksamkeit *von Neuem* auf die Frage des Bodeneigentums gelenkt, wären sie zweifellos ebenso zu den ersten Grundsätzen zurückgekehrt, wie sie dies bei der Staatsordnung taten. Individuelles Bodeneigentum wäre ebenso verworfen worden wie Aristokratie und Monarchie. Im Herkunftsland der Siedler hatte sich dieses System jedoch noch nicht vollständig entwickelt, und seine Folgen waren noch nicht vollständig spürbar. Im neuen Land lud ein gewaltiger Kontinent zur Besiedlung ein. Daher stellte sich die Frage nach Gerechtigkeit und

Zweckmäßigkeit privaten Bodeneigentums nicht. In einem neuen Land scheint Gleichheit ausreichend gesichert, wenn niemand Boden so in Besitz nehmen darf, dass die übrigen ausgeschlossen werden. Zunächst scheint es nicht zu schaden, den Boden als uneingeschränktes Eigentum zu behandeln. Für jeden, der ihn in Besitz nehmen will, bleibt genügend Boden übrig; die Sklaverei, die auf einer späteren Entwicklungsstufe notwendig aus individuellem Bodeneigentum hervorgeht, ist noch nicht spürbar.

In Virginia und weiter südlich, wo die Besiedlung aristokratisch geprägt war, wurden als natürliche Ergänzung der großen Güter, in die man den Boden aufteilte, schwarze Sklaven eingeführt. Die ersten Siedler Neuenglands teilten den Boden dagegen so auf, wie ihre Vorfahren zwölf Jahrhunderte zuvor den Boden Britanniens geteilt hatten. Jedes Familienoberhaupt erhielt ein Hausgrundstück und ein Saatfeld, dahinter lag das freie Gemeinland. Die Ungerechtigkeit des versuchten Monopols durch große Eigentümer, welche die englischen Könige mit ihren Urkunden schaffen wollten, erkannten die Siedler deutlich; keiner dieser Eigentümer gewann viel aus seiner Verleihung. Der Bodenreichtum verhinderte jedoch, dass das Monopol Beachtung fand, das individuelles Bodeneigentum selbst bei kleinen Flächen notwendig bedeutet, sobald Boden knapp wird. So übernahm die große Republik der modernen Welt zu Beginn ihrer Entwicklung eine Einrichtung, welche die Republiken der Antike zugrunde gerichtet hatte. Ein Volk, das die unveräußerlichen Rechte aller Menschen auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück verkündet, nahm ohne Widerspruch einen Grundsatz an, der durch die Verneinung des gleichen und unveräußerlichen Rechts am Boden schließlich auch das gleiche Recht auf Leben und Freiheit verneint. Ein Volk, das die persönliche

Sklaverei um den Preis eines blutigen Krieges abgeschafft hat, lässt die Sklaverei in einer weiter verbreiteten und gefährlicheren Form Wurzeln schlagen.

Der Kontinent erschien so weit und das Gebiet, über das sich die Bevölkerung noch ausbreiten konnte, so gewaltig, dass wir, durch Gewohnheit mit privatem Bodeneigentum vertraut, seine grundlegende Ungerechtigkeit nicht erkannten. Der Hintergrund unbesiedelten Bodens verhinderte selbst in den älteren Gebieten, dass die volle Wirkung privater Aneignung spürbar wurde. Einem Menschen mehr Boden zu überlassen, als er nutzen konnte, damit er später von anderen für das Recht auf Nutzung eine Zahlung verlangte, erschien weniger ungerecht, solange diese weiterziehen und ihrerseits dasselbe tun konnten. Darüber hinaus erschienen und galten gerade die Vermögen, die aus der Aneignung von Boden entstanden und tatsächlich aus Abgaben auf den Arbeitslohn gezogen wurden, als für die Arbeitenden ausgesetzte Preise. In allen neueren und zu einem beträchtlichen Teil selbst in den älteren Staaten befindet sich unsere Bodenaristokratie noch in der ersten Generation. Viele, die vom Anstieg des Bodenwerts profitierten, begannen ihr Leben ohne einen Cent. Ihre großen, häufig viele Millionen umfassenden Vermögen erscheinen ihnen und vielen anderen als bester Beweis dafür, dass die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse Umsicht, Weitblick, Fleiß und Sparsamkeit belohnen. In Wahrheit handelt es sich jedoch um Monopolgewinne, die notwendig auf Kosten der Arbeit entstehen. Dass die auf diese Weise Reichgewordenen ursprünglich Arbeitende waren, verdeckt diese Wahrheit. Dasselbe Gefühl, das jeden Besitzer eines Lotterieloses mit Freude von der Höhe der Gewinne träumen lässt, hinderte selbst die Armen daran, sich gegen ein System

aufzulehnen, das so viele arme Menschen reich gemacht hatte.

Kurz: Das amerikanische Volk erkannte die grundlegende Ungerechtigkeit privaten Bodeneigentums nicht, weil es dessen volle Folgen noch nicht erfahren hatte. Das Staatsland, die gewaltige noch nicht in privaten Besitz überführte Fläche, dieses riesige Gemeinland, dem sich die Tatkräftigen stets zuwandten, war seit den Tagen, als die ersten Siedlungen die Atlantikküste säumten, die große Tatsache, die unseren nationalen Charakter formte und unser nationales Denken prägte. Nicht der Verzicht auf eine betitelte Aristokratie und die Abschaffung des Erstgeburtsrechts bewahrten uns vor jenen Übeln, die Redner am Unabhängigkeitstag früher als Kennzeichen der erschöpften Despotien der Alten Welt bezeichneten. Ebenso wenig lag es daran, dass wir alle Amtsträger vom Schulvorsteher bis zum Präsidenten wählen, unsere Gesetze im Namen des Volkes statt eines Fürsten ergehen, der Staat keine Religion kennt und unsere Richter keine Perücken tragen. Die verbreitete Bildung und der allgemeine Wohlstand, der Erfindungsgeist, die Fähigkeit zur Anpassung und Aufnahme, der freie und unabhängige Geist, die Tatkraft und Hoffnung, die unser Volk kennzeichneten, waren keine Ursachen, sondern Folgen. Sie gingen aus dem nicht eingehegten Boden hervor. Dieses Staatsland war die verwandelnde Kraft, die aus dem anspruchslosen und wenig ehrgeizigen europäischen Bauern einen selbstständigen Farmer des Westens machte. Es gab selbst dem Bewohner überfüllter Städte ein Bewusstsein der Freiheit und war sogar für diejenigen eine Quelle der Hoffnung, die nie daran dachten, dort Zuflucht zu suchen. Wenn ein Kind aus dem Volk in Europa zum Erwachsenen heranwächst, findet es alle guten Plätze am Festmahl des Lebens als »besetzt«

gekennzeichnet. Es muss mit seinen Mitmenschen um die herabfallenden Krümel kämpfen, ohne auch nur eine Chance unter tausend, sich gewaltsam oder heimlich einen Platz zu verschaffen. In Amerika bestand unabhängig von der eigenen Lage stets das Bewusstsein, dass hinter einem das Staatsland lag. Das Wissen um diese Tatsache wirkte in beide Richtungen und durchdrang das ganze nationale Leben. Es verlieh ihm Großzügigkeit und Unabhängigkeit, Beweglichkeit und Ehrgeiz. Alles, worauf wir im amerikanischen Charakter stolz sind, und alles, was unsere Verhältnisse und Einrichtungen besser macht als die älterer Länder, lässt sich darauf zurückführen, dass der Boden in den Vereinigten Staaten billig war, weil Einwandernden neues Land offenstand.

Unser Vormarsch hat jedoch den Pazifik erreicht. Weiter nach Westen können wir nicht gehen. Die wachsende Bevölkerung kann sich nur noch nach Norden und Süden ausdehnen und die übersprungenen Gebiete auffüllen. Im Norden füllt sie bereits das Tal des Red River, dringt in das Tal des Saskatchewan vor und eignet sich das Washington-Territorium an. Im Süden breitet sie sich über Westtexas aus und besetzt die fruchtbaren Täler von New Mexico und Arizona.

Die Republik ist in ein neues Zeitalter eingetreten, in dem sich das Bodenmonopol mit wachsender Wirkung bemerkbar machen wird. Die große, bisher so einflussreiche Tatsache verliert ihre Bedeutung. Das Staatsland ist beinahe verschwunden; in wenigen Jahren wird sein bereits rasch nachlassender Einfluss enden. Damit will ich nicht sagen, dass kein Staatsland mehr bestehen wird. Noch lange werden in den Büchern der Bodenbehörde Millionen Acres öffentlichen Bodens verzeichnet sein. Doch der für die Landwirtschaft beste Teil des Kontinents ist bereits besetzt; übrig blieb der schlechteste Boden. Die verbleibenden

Flächen umfassen große Gebirgszüge, unfruchtbare Wüsten und Hochebenen, die nur als Weideland geeignet sind. Ein großer Teil des in den Berichten als siedlungsoffen geführten Bodens ist zudem noch nicht vermessen. Er wurde durch Besitzansprüche oder Belegungen angeeignet, die erst sichtbar werden, wenn die amtliche Vermessung eingetragen wird. In den Büchern der Bodenbehörde erscheint Kalifornien als der Staat mit der größten Bodenfläche der Union und nahezu 100 Millionen Acres öffentlichem Boden, ungefähr einem Zwölftel des gesamten Staatslands. Ein so großer Teil davon wird jedoch von Eisenbahnverleihungen erfasst oder in der beschriebenen Weise gehalten; so viel besteht aus nicht bebaubaren Gebirgen oder bewässerungsbedürftigen Ebenen; so viel wird durch Belegungen monopolisiert, die den Zugang zum Wasser beherrschen, dass man Einwandernden tatsächlich kaum einen Teil des Staates nennen kann, in dem sie eine Farm in Besitz nehmen, sich niederlassen und eine Familie ernähren könnten. Der Suche müde, kaufen sie am Ende Boden oder pachten ihn gegen einen Anteil an der Ernte. An einem tatsächlichen Bodenmangel leidet Kalifornien nicht. Dieses an sich gewaltige Land wird eines Tages eine so große Bevölkerung wie Frankreich ernähren. Doch die Aneignung ist den Siedlern vorausgeeilt und bleibt ihnen immer einen Schritt voraus.

Vor etwa zwölf oder fünfzehn Jahren erklärte der inzwischen verstorbene Ben Wade aus Ohio in einer Rede im Senat der Vereinigten Staaten, am Ende dieses Jahrhunderts werde jeder Acre gewöhnlichen Ackerlands in den Vereinigten Staaten fünfzig Golddollar wert sein. Schon heute ist klar: Wenn er sich irrte, dann nur, weil er den erforderlichen Zeitraum zu lang ansetzte. Wächst unsere Bevölkerung in den einundzwanzig verbleibenden

Jahren dieses Jahrhunderts weiter mit derselben Geschwindigkeit wie seit der Gründung des Staates, abgesehen vom Jahrzehnt des Bürgerkriegs, wird sie um ungefähr 45 Millionen Menschen zunehmen. Das sind etwa sieben Millionen mehr als die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten nach der Volkszählung von 1870 und nahezu die Hälfte mehr als die heutige Bevölkerung Großbritanniens. Die Vereinigten Staaten können eine solche und eine um viele Hundert Millionen größere Bevölkerung ohne Zweifel ernähren und ihr bei einer vernünftigen gesellschaftlichen Ordnung sogar größeren Wohlstand ermöglichen. Doch was wird angesichts dieses Bevölkerungswachstums aus dem noch nicht angeeigneten Staatsland? Praktisch wird es bald keines mehr geben. Bis der gesamte Boden genutzt wird, mag sehr viel Zeit vergehen; doch bei unserer gegenwärtigen Entwicklung wird in kurzer Zeit alles, was Menschen nutzen können, einen Eigentümer haben.

Die schädlichen Folgen davon, den Boden eines ganzen Volkes zum ausschließlichen Eigentum einiger zu machen, warten nicht bis zur endgültigen Aneignung des Staatslands. Wir müssen sie nicht in der Zukunft suchen, sondern können sie bereits in der Gegenwart beobachten. Sie sind mit unserem Wachstum gewachsen und nehmen weiter zu.

Wir pflügen neue Felder, erschließen neue Bergwerke und gründen neue Städte. Wir drängen die indigene Bevölkerung zurück und rotten den Bison aus. Wir umspannen das Land mit eisernen Schienen und durchziehen die Luft mit Telegrafendrähten. Wir erweitern unser Wissen und nutzen eine Erfindung nach der anderen. Wir bauen Schulen und stiften Hochschulen. Dennoch wird es für die breite Bevölkerung nicht leichter, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sondern schwieriger. Die wohlhabende Klasse wird wohlhabender, die ärmere abhängiger. Die Kluft

zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern wächst; die gesellschaftlichen Gegensätze verschärfen sich. Mit den livrierten Kutschen erscheinen barfüßige Kinder. Wir gewöhnen uns daran, von arbeitenden und besitzenden Klassen zu sprechen. Bettler werden so gewöhnlich, dass man heute das Tor verriegelt und den Wachhund loslässt, wo es früher beinahe als Straßenraub galt, einem Bittenden die Nahrung zu verweigern. Zugleich werden Gesetze gegen Landstreichende erlassen, die an die Gesetze Heinrichs VIII. erinnern.

Wir bezeichnen uns als das fortschrittlichste Volk der Erde. Doch welches Ziel hat unser Fortschritt, wenn dies die Früchte an seinem Weg sind?

Dies sind die Folgen privaten Bodeneigentums, die Wirkungen eines Grundsatzes, dessen Kraft ständig wachsen muss. Nicht die Zahl der Arbeitenden ist schneller gestiegen als das Kapital. Nicht die Bevölkerung drückt gegen die verfügbaren Lebensgrundlagen. Nicht die Maschinen haben »Arbeit knapp« gemacht. Zwischen Arbeit und Kapital besteht kein wirklicher Gegensatz. Der Boden wird schlicht immer wertvoller, und die Bedingungen, unter denen die Arbeit Zugang zu den natürlichen Möglichkeiten erhält, ohne die sie nichts hervorbringen kann, werden immer härter. Das Staatsland zieht sich zurück und wird kleiner. Das Bodeneigentum konzentriert sich. Der Anteil unserer Bevölkerung, der kein rechtliches Anrecht auf den Boden besitzt, auf dem er lebt, wächst beständig.

Die *New York World* schreibt: »In großen landwirtschaftlichen Gebieten Neuenglands wird ein auswärtiges Grundeigentum wie in Irland zum kennzeichnenden Merkmal. Es erhöht Jahr für Jahr den nominellen Wert gepachteter Farmen und die verlangte Grundrente und verschlechtert stetig die Lage der Pächter.« Die *Nation* erklärt über dasselbe Gebiet: »Steigender nomineller Bodenwert, höhere

Grundrenten, weniger von den Eigentümern selbst bewirtschaftete Farmen, sinkende Erzeugung, niedrigere Löhne, eine weniger gebildete Bevölkerung, eine wachsende Zahl von Frauen in schwerer Arbeit im Freien, dem sichersten Zeichen einer verfallenden Zivilisation, und eine stetige Verschlechterung der landwirtschaftlichen Arbeitsweise: Dies sind die Verhältnisse, die durch eine anwachsende und vollkommen unwiderlegbare Masse von Beweisen beschrieben werden.«

Dieselbe Entwicklung zeigt sich in den neuen Staaten, wo die großmaßstäbliche Bewirtschaftung an die *Latifundien* erinnert, die das alte Italien zugrunde richteten. In Kalifornien wird ein sehr großer Teil des Ackerlands von Jahr zu Jahr gepachtet. Die Grundrente beträgt zwischen einem Viertel und sogar der Hälfte der Ernte.

Die härteren Zeiten, niedrigeren Löhne und die wachsende Armut in den Vereinigten Staaten sind lediglich Folgen der von uns untersuchten Naturgesetze, die ebenso allgemein und unwiderstehlich wirken wie das Gesetz der Schwerkraft. Wir errichteten die Republik nicht, als wir angesichts von Fürstentümern und Mächten die Erklärung der unveräußerlichen Menschenrechte in die Welt schleuderten. Wir werden sie erst errichten, wenn wir diese Erklärung praktisch verwirklichen und dem ärmsten unter uns geborenen Kind ein gleiches Recht auf den Boden seiner Heimat sichern. Wir schafften die Sklaverei nicht ab, als wir den Vierzehnten Verfassungszusatz bestätigten. Um die Sklaverei abzuschaffen, müssen wir das private Bodeneigentum abschaffen. Kehren wir nicht zu den ersten Grundsätzen zurück, erkennen wir nicht die natürlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit und das gleiche Recht aller am Boden an, dann bleiben unsere freien Einrichtungen und unsere öffentlichen Schulen wirkungslos; unsere Entdeckungen und Erfindungen werden

lediglich die Kraft vergrößern, welche die breite Bevölkerung niederdrückt.

ANMERKUNGEN ZUM SIEBTEN BUCH

46 Wenn ich sage, dass privates Bodeneigentum in letzter Konsequenz nur mit der Annahme gerechtfertigt werden kann, einige Menschen hätten ein größeres Recht auf Dasein als andere, spreche ich lediglich aus, was die Verteidiger der bestehenden Ordnung selbst erkannt haben. Malthus verdankte seine Beliebtheit bei den herrschenden Klassen und die Aufnahme seines unlogischen Buches als neue Offenbarung, die Auszeichnungen von Herrschern und den Vorschlag selbst des erbärmlichsten reichen Mannes Englands, ihm eine Pfründe zu geben, dem Umstand, dass er eine scheinbar überzeugende Begründung für die Annahme lieferte, einige Menschen hätten ein größeres Recht auf Dasein als andere. Diese Annahme ist zur Rechtfertigung privaten Bodeneigentums notwendig. Malthus formuliert sie deutlich mit der Behauptung, das Bevölkerungswachstum bringe ständig Menschen zur Welt, für die die Natur nichts bereitstelle und die deshalb »nicht das geringste Recht auf irgendeinen Anteil an den vorhandenen lebensnotwendigen Gütern« hätten. Als Eindringlinge fordere die Natur sie auf zu verschwinden und zögere nicht, »den Gehorsam gegenüber ihren Geboten mit Gewalt zu erzwingen«. Dafür bediene sie sich »des Hungers und der Seuchen, des Krieges und des Verbrechens, der Sterblichkeit und Vernachlässigung von Säuglingen, der Prostitution und der Syphilis«. Noch heute ist diese malthusianische Lehre die letzte Verteidigungslinie derjenigen, die privates Bodeneigentum rechtfertigen. Auf andere Weise lässt es sich logisch nicht verteidigen.

47 Dieses natürliche und unveräußerliche Recht auf gleichen Gebrauch und Genuss des Bodens ist so offenkundig, dass Menschen es überall dort anerkannten, wo Gewalt oder Gewohnheit die ursprüngliche Wahrnehmung nicht abgestumpft hatten. Nur ein Beispiel: Die weißen Siedler Neuseelands konnten von den Māori keinen Rechtstitel am Boden erhalten, den diese als vollständig betrachtet hätten. Selbst wenn ein ganzer Stamm einem Verkauf zugestimmt hatte, verlangte er bei der Geburt jedes weiteren Kindes eine zusätzliche Zahlung. Begründet wurde dies damit, dass nur die eigenen Rechte aufgegeben worden seien und die Rechte der Ungeborenen nicht verkauft werden könnten. Die Regierung musste eingreifen und die Angelegenheit dadurch regeln, dass sie Boden gegen eine Stammesrente kaufte, an der jedes neu geborene Kind einen Anteil erwarb.

48 Einer der Gegner der Sklaverei, Colonel J. A. Collins, sprach bei einem Besuch in England vor einer großen Versammlung in einer schottischen Industriestadt. Wie in den Vereinigten Staaten beendete er seine Rede mit der Angabe jener Ration, die in den Sklavengesetzen einiger Staaten den Mindestunterhalt eines Sklaven festlegte. Er stellte rasch fest, dass dies für viele Zuhörende keinen Höhepunkt, sondern eine Enttäuschung darstellte.

49 *Principles of Political Economy*, Buch I, Kapitel 3, Abschnitt 6.

50 *Social Statics*, Seite 142. Bei der Neuauflage dieses Buches von 1897 ist darauf hinzuweisen, dass diese und sämtliche anderen Verweise auf Herbert Spencers *Social Statics* der Ausgabe entnommen sind, die D. Appleton & Co., New York, mit seiner Zustimmung von 1864 bis 1892

veröffentlichten. Später distanzierte sich Spencer von *Social Statics*, und eine neue Ausgabe unter dem Titel *Social Statics, abridged and revised* trat an ihre Stelle. Aus ihr wurde alles entfernt, was die erste Ausgabe gegen das Bodeneigentum gesagt hatte; sie enthält daher selbstverständlich nichts von dem, worauf hier verwiesen wird. Das beharrliche Nachfragen der englischen Anhänger der Einheitssteuer, die Spencer immer wieder mit den von der ersten Ausgabe angeregten Fragen konfrontierten, veranlasste ihn außerdem zur Veröffentlichung eines kleinen Bandes mit dem Titel *Mr. Herbert Spencer on the Land Question*. Darin wird Kapitel IX der *Social Statics* in parallelen Spalten mit den Antworten abgedruckt, die er sich selbst in *Justice* von 1891 gegeben und für gültig gehalten hatte. Auch dieses Werk wurde von D. Appleton & Co. neu aufgelegt und bildet meines Erachtens die komischste Antwort, die sich je ein Mann gegeben hat, der den Anspruch erhob, Philosoph zu sein.

51 Der Einfluss der Juristen war in Europa, auf dem Kontinent wie in Großbritannien, besonders stark. Sie beseitigten alle Überreste der alten Bodenordnung und ersetzten sie durch die aus dem römischen Recht stammende Vorstellung ausschließlichen Eigentums.

52 *Latifundia perdidere Italiam* – die Latifundien richteten Italien zugrunde. – Plinius.

53 Andrew Bisset bestreitet in *The Strength of Nations*, London 1859, einem anregenden Werk, das die englische Bevölkerung auf die Maßnahme aufmerksam macht, mit der sich die Grundeigentümer der Zahlung ihrer Grundrente an die Nation entzogen, Blackstones Behauptung, der Ritterdienst habe lediglich

vierzig Tage gedauert. Nach Bisset bestand die Pflicht so lange, wie es erforderlich war.

ACHTES BUCH DIE ANWENDUNG DER LÖSUNG

KAPITEL I – PRIVATES BODENEIGENTUM IST MIT DER BESTMÖGLICHEN BODENNUTZUNG UNVEREINBAR
KAPITEL II – WIE DAS GLEICHE RECHT ALLER AM BODEN DURCHGESETZT UND GESICHERT WERDEN KANN
KAPITEL III – DER VORSCHLAG IM LICHT DER GRUNDSÄTZE DER BESTEUERUNG
KAPITEL IV – BEFÜRWORTUNGEN UND EINWÄNDE

Warum zögert ihr? Ihr seid erwachsene Männer,

mit gottgegebenem Willen und mit Mut, sofern

ihr ihn nur zeigt. Noch fand ein fester Wille

nicht Weg und Mittel, sich sein Werk zu schaffen;

und niemals wandte sich das Glück vom Mutigen.

Sollten wir angesichts dieses schweren Unrechts,

in diesem höchsten Augenblick der Zeiten,

zitternd und geduckt verharren, wo ein kühner Schlag

die leidenden Millionen für immer befreien könnte?

Ein Schlag, so gerecht und so segensreich,

dem Glück der Menschen so vollkommen dienend,

dass alle Engel diese Tat bejubeln würden.

– E. R. Taylor

KAPITEL I PRIVATES BODENEIGENTUM IST MIT DER BESTMÖGLICHEN BODENNUTZUNG UNVEREINBAR

Eine Täuschung entspringt der Neigung, das Zufällige mit dem Wesentlichen zu verwechseln. Die Rechtsgelehrten haben nach Kräften zu ihrer Verbreitung beigetragen, und die politischen Ökonomen haben sie meist hingenommen, statt sie aufzudecken: Privates Bodeneigentum sei für die sachgerechte Nutzung des Bodens notwendig; werde der Boden dagegen zum Gemeingut gemacht, zerstöre dies die Zivilisation und führe in die Barbarei zurück.

Diese Täuschung lässt sich mit der Vorstellung vergleichen, die nach Charles Lamb unter den Chinesen lange geherrscht haben soll, nachdem man den Geschmack gebratenen Schweinefleischs zufällig beim Brand von Ho-tis Hütte entdeckt hatte: Um ein Schwein zu braten, müsse man ein Haus anzünden. In Lambs reizvoller Abhandlung bedurfte es zwar eines Weisen, um die Menschen zu lehren, dass man Schweine auch braten kann, ohne Häuser niederzubrennen. Doch es braucht keinen Weisen, um zu erkennen, dass zur Verbesserung von Boden nicht dessen uneingeschränktes Eigentum, sondern die Sicherheit der vorgenommenen Verbesserungen erforderlich ist. Das zeigt schon ein Blick auf die Wirklichkeit. Um jemanden zur Verbesserung von Boden zu bewegen, muss man ihn ebenso wenig zum absoluten und ausschließlichen Eigentümer machen, wie man zum Braten eines Schweins ein Haus niederbrennen muss. Privates Bodeneigentum ist zur Sicherung von Verbesserungen ein ebenso grobes, verschwenderisches und unsicheres Mittel wie ein Hausbrand zum Braten eines Schweins. Dabei fehlt uns sogar die Entschuldigung, die

Lambs Chinesen für ihr Vorgehen hatten. Bevor der Weise den einfachen Rost erfand, der nach Lamb dem Bratspieß und dem Ofen vorausging, hatte niemand von einem anders als durch einen Hausbrand gebratenen Schwein gehört. Bei uns dagegen ist es alltäglich, dass Menschen Boden verbessern, der ihnen nicht gehört. Der größte Teil des britischen Bodens wird von Pächtern bewirtschaftet, die meisten Londoner Gebäude stehen auf gepachtetem Grund, und auch in den Vereinigten Staaten ist dieses System mehr oder weniger überall verbreitet. Nutzung und Eigentum sind also häufig voneinander getrennt.

Würde all dieser Boden nicht ebenso gut bewirtschaftet und verbessert, wenn die Grundrente an den Staat oder die Gemeinde flösse statt wie heute an Privatpersonen? Wenn kein privates Bodeneigentum anerkannt würde, sondern der gesamte Boden auf diese Weise gehalten und von den Besitzern oder Nutzern gegen Zahlung einer Grundrente an den Staat genutzt würde, wäre seine Nutzung und Verbesserung dann weniger gut oder weniger sicher als heute? Darauf kann es nur eine Antwort geben: selbstverständlich nicht. Die Rückführung des Bodens in Gemeineigentum würde seine sachgerechte Nutzung und Verbesserung daher in keiner Weise beeinträchtigen.

Für die Nutzung des Bodens ist nicht Privateigentum notwendig, sondern die Sicherheit der Verbesserungen. Man muss einem Menschen nicht sagen: »Dieser Boden gehört dir«, damit er ihn bebaut oder verbessert. Es genügt, ihm zuzusichern: »Was deine Arbeit oder dein Kapital auf diesem Boden hervorbringt, soll dir gehören.« Wer sicher sein kann, die Ernte einzubringen, wird säen; wer sicher sein kann, das von ihm errichtete Haus zu behalten, wird bauen. Darin liegen die natürlichen Erträge der Arbeit. Menschen säen, um

zu ernten, und bauen Häuser, um sie zu besitzen. Mit dem Eigentum am Boden hat dies nichts zu tun.

Um diese Sicherheit zu erlangen, übertrugen zu Beginn der Feudalzeit viele kleinere Grundbesitzer ihr Eigentum an einen militärischen Anführer und erhielten die Nutzung als Lehen oder Treugut zurück. Barhäuptig knieten sie vor dem Herrn, legten ihre Hände in die seinen und schworen, ihm mit Leib, Leben und weltlicher Ehre zu dienen. Ähnliche Fälle, in denen Bodeneigentum zugunsten einer gesicherten Nutzung aufgegeben wird, finden sich in der Türkei. Dort genießen *Vakuf*- oder Moscheeländereien einen besonderen Schutz vor Steuern und Erpressung. Häufig verkauft ein Grundbesitzer sein Land zu einem symbolischen Preis an eine Moschee, verbunden mit der Vereinbarung, es gegen einen festen Pachtzins weiter nutzen zu dürfen.

Nicht die »Magie des Eigentums«, von der Arthur Young sprach, hat den flämischen Sand in fruchtbare Felder verwandelt, sondern die Sicherheit der Arbeit. Diese Sicherheit lässt sich auch ohne privates Bodeneigentum schaffen, so wie sich die zum Braten eines Schweins nötige Hitze auch ohne das Niederbrennen eines Hauses erzeugen lässt. Schon die bloße Zusage eines irischen Grundherrn, zwanzig Jahre lang keinen Anteil an den Erträgen ihrer Kultivierungsarbeit als Pacht zu verlangen, bewog irische Bauern dazu, einen kargen Berg in Gärten zu verwandeln. Und allein auf der Grundlage eines für eine bestimmte Laufzeit festgesetzten Erbbauzinses werden in Städten wie London und New York die kostspieligsten Gebäude auf gepachtetem Boden errichtet. Gewähren wir denjenigen, die den Boden verbessern, eine solche Sicherheit, können wir privates Bodeneigentum ohne Bedenken abschaffen.

Die vollständige Anerkennung des gemeinschaftlichen Rechts am Boden beeinträchtigt in keiner Weise die vollständige Anerkennung des individuellen Rechts an Verbesserungen und Erzeugnissen. Zwei Menschen können gemeinsam ein Schiff besitzen, ohne es in zwei Hälften zu sägen. Das Eigentum an einer Eisenbahn kann in hunderttausend Anteile zerlegt sein, und dennoch können die Züge ebenso geordnet und zuverlässig verkehren wie bei nur einem Eigentümer. In London wurden Aktiengesellschaften gegründet, um Grundstücke zu halten und zu verwalten. Alles könnte weitergehen wie bisher, während zugleich das gemeinsame Recht am Boden vollständig anerkannt würde, indem die Grundrente der Allgemeinheit zuflösse. Im Zentrum von San Francisco gibt es ein Grundstück, an dem die gemeinsamen Rechte der Stadtbevölkerung noch gesetzlich anerkannt sind. Dieses Grundstück ist weder in winzige Teile zerlegt noch liegt es brach. Es ist mit guten Gebäuden bebaut, die sich im gesicherten Eigentum von Privatpersonen befinden. Der einzige Unterschied zu den umliegenden Grundstücken besteht darin, dass seine Grundrente in den öffentlichen Schulfonds fließt, während die Grundrente der anderen in private Taschen gelangt. Was hindert ein ganzes Land daran, seinen Boden auf diese Weise für seine Bevölkerung zu halten?

Kaum irgendwo in den Vereinigten Staaten scheinen die Bedingungen, mit denen gewöhnlich die Überführung von Boden in Privateigentum begründet wird, stärker ausgeprägt als auf den kleinen Inseln St. Peter und St. Paul im Aleuten-Archipel, die mit Alaska von Russland erworben wurden. Diese Inseln sind Brutstätten der Pelzrobbe. Das Tier ist so scheu und wachsam, dass schon der geringste Schrecken es veranlasst, seinen gewohnten Aufenthaltsort für immer zu verlassen.

Soll die Robbenjagd, ohne die die Inseln für Menschen keinen Nutzen haben, nicht vollständig zerstört werden, dürfen weder Weibchen noch Jungtiere getötet werden; selbst Geräusche wie ein Pistolenschuss oder das Bellen eines Hundes müssen vermieden werden. Die Jäger dürfen nichts überstürzen. Sie müssen ruhig zwischen den Robben umhergehen, die die felsigen Strände säumen, bis die scheuen Tiere, an Land so unbeholfen und im Wasser so anmutig, keine größere Furcht mehr zeigen, als träge zur Seite zu watscheln. Erst dann werden jene Tiere, deren Tötung den künftigen Bestand nicht mindert, sorgfältig ausgesondert und sanft ins Landesinnere getrieben, außer Sicht- und Hörweite der Herden, wo man sie mit Keulen tötet. Würde eine solche Jagd jedem geöffnet, der kommen und töten wollte, läge es im Interesse jedes Einzelnen, ohne Rücksicht auf die Zukunft möglichst viele Tiere zu erlegen. Innerhalb weniger Jahre wäre der Bestand vernichtet, wie ähnliche Bestände in anderen Meeren. Deshalb müssen die Inseln jedoch nicht zu Privateigentum werden. Während der riesige öffentliche Landbesitz des amerikanischen Volkes aus weit weniger zwingenden Gründen so schnell wie möglich in Privateigentum überführt wurde, sind diese Inseln für jährlich 317.500 Dollar verpachtet worden[54] – vermutlich kaum weniger, als ihr Verkauf zur Zeit des Alaska-Kaufs eingebracht hätte. Sie haben dem Staatsschatz bereits zweieinhalb Millionen Dollar eingetragen und sind bei unvermindertem Wert weiterhin gemeinsames Eigentum des amerikanischen Volkes; unter der sorgfältigen Bewirtschaftung der Alaska Fur Company wächst der Robbenbestand sogar, statt abzunehmen.

Privates Bodeneigentum ist für die sachgerechte Nutzung des Bodens keineswegs notwendig; vielmehr steht es ihr entgegen. Würde Boden als

öffentliches Eigentum behandelt, würde er genutzt und verbessert, sobald ein Bedarf dafür besteht. Als Privateigentum darf sein Eigentümer dagegen andere daran hindern, etwas zu nutzen oder zu verbessern, das er selbst weder nutzen kann noch nutzen will. Ist der Rechtstitel umstritten, bleiben wertvollste Flächen jahrelang unverbessert. In vielen Teilen Englands unterbleiben Verbesserungen, weil gebundene Erbfolgen verhindern, dass den Investierenden Sicherheit gewährt wird. Große Flächen, die als öffentliches Eigentum mit Gebäuden und Kulturen bedeckt wären, bleiben ungenutzt, um die Laune des Eigentümers zu befriedigen. In den dicht besiedelten Teilen der Vereinigten Staaten liegt genug Boden brach, um das Drei- oder Vierfache der heutigen Bevölkerung zu ernähren, weil seine Eigentümer auf höhere Preise warten. Einwanderer werden an diesen ungenutzten Flächen vorbei in Gegenden gedrängt, in denen ihre Arbeit weit weniger produktiv ist. Aus demselben Grund sieht man in jeder Stadt wertvolle Grundstücke unbebaut liegen. Nimmt man die bestmögliche Nutzung zum Maßstab, ist privates Bodeneigentum ebenso verurteilt wie durch jede andere Betrachtung. Es ist ein ebenso verschwenderisches und unsicheres Mittel zur Sicherung einer guten Bodennutzung wie das Niederbrennen von Häusern zum Braten von Schweinen.

KAPITEL II WIE DAS GLEICHE RECHT ALLER AM BODEN DURCHGESETZT UND GESICHERT WERDEN KANN

Wir haben die Not und das Leid, die überall unter den arbeitenden Klassen herrschen, die wiederkehrenden Schübe wirtschaftlicher Depression, den Mangel an Beschäftigung, die Stockung des Kapitals und die Tendenz der Löhne zum Existenzminimum auf eine Tatsache zurückgeführt, die mit dem materiellen Fortschritt immer deutlicher hervortritt: Der Boden, auf und von dem alle leben müssen, wird zum ausschließlichen Eigentum einiger weniger gemacht.

Wir haben gesehen, dass diese Übel nur durch die Beseitigung ihrer Ursache behoben werden können. Privates Bodeneigentum findet keine Rechtfertigung in der Gerechtigkeit, sondern verletzt das natürliche Recht. Es verkehrt das Naturgesetz und muss mit fortschreitender gesellschaftlicher Entwicklung die große Mehrheit der Menschen zu einer besonders harten und erniedrigenden Form der Sklaverei verurteilen.

Wir haben jeden Einwand geprüft und erkannt, dass uns weder Gerechtigkeit noch Zweckmäßigkeit davon abhalten, den Boden durch die Abschöpfung der Grundrente zum Gemeineigentum zu machen.

Es bleibt jedoch die Frage nach dem Verfahren: Wie sollen wir vorgehen?

Dem Gebot der Gerechtigkeit und allen wirtschaftlichen Anforderungen könnten wir entsprechen, indem wir mit einem einzigen Schritt sämtliche privaten Rechtstitel aufhöben, allen Boden zu öffentlichem Eigentum erklärten und ihn in geeigneten Parzellen an die Höchstbietenden

verpachteten. Die Bedingungen müssten das private Recht an den Verbesserungen zuverlässig schützen.

Auf diese Weise würden wir in einer komplexeren Gesellschaft dieselbe Gleichheit der Rechte sichern, die in einfacheren Gesellschaften durch eine gleichmäßige Aufteilung des Bodens gewährleistet wurde. Indem die Nutzung demjenigen überlassen würde, der daraus den größten Ertrag erzielen kann, wäre zugleich die höchste Produktion gesichert.

Ein solcher Plan ist keine wilde, undurchführbare Schwärmerei. Mit Ausnahme seines Vorschlags, die heutigen Grundeigentümer zu entschädigen – zweifellos ein unbedachtes Zugeständnis, das er bei erneuter Überlegung zurücknehmen würde –, wurde er von einem so bedeutenden Denker wie Herbert Spencer befürwortet. In *Social Statics*, Kapitel IX, Abschnitt 8, schreibt er:

»Eine solche Lehre ist mit dem höchsten Stand der Zivilisation vereinbar. Sie lässt sich verwirklichen, ohne eine Gütergemeinschaft einzuführen, und braucht keine tiefgreifende Umwälzung der bestehenden Verhältnisse hervorzurufen. Erforderlich wäre lediglich ein Wechsel der Grundherren. Das getrennte Eigentum würde in ein gemeinschaftliches Anteilseigentum der Öffentlichkeit übergehen. Statt Einzelpersonen gehörte das Land der großen Körperschaft, der Gesellschaft. Der Landwirt würde seine Flächen nicht mehr von einem einzelnen Eigentümer, sondern von der Nation pachten. Statt die Pacht an den Verwalter von Sir John oder Seiner Gnaden zu zahlen, würde er sie an einen Beauftragten der Gemeinschaft entrichten. Die Verwalter wären öffentliche Bedienstete statt privater Vertreter, und Pacht wäre die einzige Form des Bodenbesitzes. Eine derart geordnete Gesellschaft stünde vollkommen im Einklang mit dem Sittengesetz. In

ihr wären alle Menschen gleichermaßen Grundherren und gleichermaßen frei, Pächter zu werden. […] In einem solchen System könnte die Erde daher eindeutig abgegrenzt, in Besitz genommen und bebaut werden, und zwar in vollständiger Unterordnung unter das Gesetz gleicher Freiheit.«

Obwohl ein solcher Plan durchaus durchführbar wäre, erscheint er mir nicht als der beste. Genauer gesagt schlage ich vor, dasselbe Ziel auf einfachere, leichtere und ruhigere Weise zu erreichen, als sämtlichen Boden förmlich zu beschlagnahmen und an die Höchstbietenden zu verpachten.

Eine solche Maßnahme würde die bestehenden Gebräuche und Denkgewohnheiten unnötig erschüttern; das sollte vermieden werden.

Sie würde außerdem den Staatsapparat unnötig ausweiten; auch das sollte vermieden werden.

Es ist ein Grundsatz der Staatskunst, den erfolgreiche Begründer von Tyranneien verstanden und angewandt haben: Große Veränderungen lassen sich am besten in den alten Formen vollziehen. Auch wir, die wir die Menschen befreien wollen, sollten diese Wahrheit beachten. Es ist der natürliche Weg. Will die Natur einen höheren Typus hervorbringen, nimmt sie einen niedrigeren und entwickelt ihn weiter. Dasselbe Gesetz gilt für das gesellschaftliche Wachstum. Arbeiten wir mit ihm. Mit der Strömung können wir schnell und weit gleiten; gegen sie ist das Rudern mühsam und der Fortschritt langsam.

Ich schlage weder vor, privates Bodeneigentum aufzukaufen noch es zu beschlagnahmen. Das Erste wäre ungerecht, das Zweite unnötig. Wer heute Boden besitzt, mag den Besitz dessen behalten, was er *seinen* Boden nennt, wenn er dies wünscht. Er mag ihn weiterhin *seinen* Boden nennen, ihn kaufen, verkaufen, vererben oder testamentarisch übertragen. Wir können ihm ohne Gefahr die Schale

lassen, wenn wir den Kern nehmen. *Es ist nicht notwendig, den Boden zu beschlagnahmen; es genügt, die Grundrente abzuschöpfen.*

Um die Grundrente für öffentliche Zwecke einzuziehen, muss sich der Staat auch nicht mit der Verpachtung von Grundstücken befassen und damit die Gefahr von Begünstigung, Absprachen und Korruption übernehmen. Es braucht keinen neuen Apparat; der erforderliche besteht bereits. Statt ihn auszubauen, müssen wir ihn lediglich vereinfachen und verkleinern. Wir können den Grundeigentümern einen Anteil an der Grundrente belassen, der wahrscheinlich weit geringer wäre als die Kosten und Verluste einer staatlichen Grundstücksverpachtung. Nutzen wir den vorhandenen Apparat, können wir ohne Erschütterung das gemeinsame Recht am Boden verwirklichen, indem wir die Grundrente für öffentliche Zwecke einziehen.

Schon heute ziehen wir durch Steuern einen Teil der Grundrente ein. Wir müssen nur die Art der Besteuerung ändern, um sie vollständig zu erfassen.

Als einfaches und doch umfassendes Heilmittel schlage ich daher vor, die Grundrente durch Besteuerung der Allgemeinheit zuzuführen. Dies wird die Löhne erhöhen, die Erträge des Kapitals steigern, das Elend beseitigen, Armut abschaffen, allen Arbeitswilligen einträgliche Beschäftigung verschaffen, den menschlichen Fähigkeiten freien Raum geben, die Kriminalität mindern, Moral, Geschmack und Bildung heben, die Regierung läutern und die Zivilisation auf eine noch höhere Stufe führen.

Auf diese Weise kann der Staat zum allgemeinen Grundherrn werden, ohne sich so zu nennen und ohne eine einzige neue Aufgabe zu übernehmen. Der Form nach bliebe das Bodeneigentum unverändert bestehen. Kein Grundeigentümer müsste enteignet und die Größe seines Besitzes

nicht beschränkt werden. Zöge der Staat jedoch die Grundrente durch Steuern ein, wäre der Boden tatsächlich Gemeineigentum – unabhängig davon, auf wessen Namen er eingetragen oder in welche Parzellen er aufgeteilt ist. Jedes Mitglied der Gemeinschaft hätte Anteil an den Vorteilen dieses Eigentums.

Da die Besteuerung der Grundrente oder der Bodenwerte in demselben Maß erhöht werden muss, in dem wir andere Steuern abschaffen, lässt sich der Vorschlag in folgende praktische Form bringen:

Alle Steuern sind abzuschaffen – mit Ausnahme der Steuer auf Bodenwerte.

Wie wir gesehen haben, ist der Bodenwert zu Beginn einer Gesellschaft gleich null. Mit wachsender Bevölkerung und fortschreitender Technik nimmt er jedoch immer weiter zu. In jedem zivilisierten Land, selbst im jüngsten, reicht der Gesamtwert des Bodens aus, um sämtliche Staatsausgaben zu tragen; in weiter entwickelten Ländern übersteigt er sie deutlich. Es wird daher nicht genügen, lediglich alle Steuern auf den Bodenwert zu verlagern. Wo die Grundrente die heutigen Staatseinnahmen übersteigt, muss der steuerlich eingezogene Betrag entsprechend erhöht werden – und mit dem Fortschritt der Gesellschaft und dem Anwachsen der Grundrente weiter steigen. Dies ergibt sich jedoch so selbstverständlich und lässt sich so leicht verwirklichen, dass es im Vorschlag, sämtliche Steuern auf Bodenwerte zu legen, bereits enthalten oder zumindest mitgemeint ist. Darin liegt der erste Schritt, auf den sich der praktische Kampf richten muss. Ist der Hase erst gefangen und getötet, folgt seine Zubereitung von selbst. Sobald das gemeinsame Recht am Boden so weit anerkannt ist, dass alle anderen Steuern abgeschafft sind, besteht keine Gefahr mehr, den einzelnen Grundeigentümern wesentlich mehr zu

belassen, als nötig ist, damit sie die öffentlichen Einnahmen einziehen.

Meine Erfahrung aus mehreren Jahren, in denen ich diesen Vorschlag bekannt zu machen versucht habe, lehrt mich: Wo die Idee, sämtliche Steuern auf Bodenwerte zu konzentrieren, überhaupt ernsthaft erwogen wird, setzt sie sich ausnahmslos durch. Doch gerade jene Bevölkerungsgruppen, die am meisten von ihr profitieren würden, erkennen ihre volle Bedeutung und Kraft anfangs und oft noch lange danach nicht. Arbeitende können sich nur schwer von der Vorstellung lösen, zwischen Arbeit und Kapital bestehe ein wirklicher Gegensatz. Kleinbauern und Eigenheimbesitzer halten die ausschließliche Besteuerung des Bodenwerts häufig für eine übermäßige Belastung ihrer selbst. Beiden Gruppen fällt es schwer zu verstehen, dass die Steuerbefreiung des Kapitals nicht die Reichen reicher und die Armen ärmer machen würde. Diese Vorstellungen beruhen auf unklarem Denken. Hinter Unwissenheit und Vorurteilen steht jedoch ein mächtiges Interesse, das Literatur, Bildung und öffentliche Meinung bislang beherrscht hat. Ein großes Unrecht weicht niemals leicht; und das große Unrecht, das in jedem zivilisierten Land die Mehrheit zu Armut und Not verurteilt, wird nicht ohne erbitterten Kampf verschwinden.

Ich glaube nicht, dass ein Leser, der mir bis hierher gefolgt ist, noch an den von mir erörterten Vorstellungen festhalten kann. Da sich jede öffentliche Diskussion jedoch mit dem Konkreten statt mit dem Abstrakten befassen muss, bitte ich ihn, mir noch etwas weiter zu folgen. Prüfen wir das vorgeschlagene Heilmittel an den anerkannten Grundsätzen der Besteuerung. Dabei werden sich zahlreiche Nebenwirkungen zeigen, die sonst leicht übersehen würden.

KAPITEL III DER VORSCHLAG IM LICHT DER GRUNDSÄTZE DER BESTEUERUNG

Die beste Steuer zur Beschaffung öffentlicher Einnahmen ist offensichtlich jene, die den folgenden Bedingungen am genauesten entspricht:

1. Sie soll die Produktion so wenig wie möglich belasten, damit sie den Zuwachs des allgemeinen Vermögens, aus dem die Steuern bestritten und die Gemeinschaft unterhalten werden, möglichst wenig hemmt.

2. Sie soll einfach und kostengünstig erhoben werden können und möglichst unmittelbar diejenigen treffen, die sie letztlich tragen, damit den Menschen über den Ertrag für den Staat hinaus möglichst wenig genommen wird.

3. Sie soll eindeutig bestimmt sein, damit sie den Amtsträgern möglichst wenig Gelegenheit zu Willkür und Korruption und den Steuerpflichtigen möglichst wenig Anreiz zu Gesetzesverstößen und Umgehungen bietet.

4. Sie soll gleichmäßig wirken, damit sie keinem Bürger gegenüber anderen einen Vorteil verschafft oder ihn benachteiligt.

Prüfen wir, welche Form der Besteuerung diesen Bedingungen am besten entspricht. Sie wird offensichtlich die beste Art sein, öffentliche Einnahmen zu beschaffen.

I. DIE WIRKUNG DER STEUERN AUF DIE PRODUKTION

Alle Steuern müssen offenkundig aus dem Ertrag von Boden und Arbeit stammen, denn Wohlstand entsteht allein aus der Verbindung menschlicher Anstrengung mit den Stoffen und Kräften der Natur. Doch gleiche Steuerbeträge können die Erzeugung von Wohlstand je nach Art ihrer Erhebung sehr unterschiedlich beeinflussen. Eine Steuer, die den Ertrag der Produzierenden mindert, schwächt zwangsläufig den Produktionsanreiz. Knüpft sie an den Produktionsvorgang oder an den Einsatz eines der drei Produktionsfaktoren an, hemmt sie die Produktion. Verringert die Besteuerung den Lohn der Arbeitenden oder den Ertrag des Kapitals, neigen die einen zu weniger Fleiß und Umsicht und die anderen zu weniger Sparen und Investieren. Steuern auf Produktionsvorgänge errichten ein künstliches Hindernis für die Schaffung von Wohlstand. Eine Steuer, die Arbeit während ihrer Ausübung, Vermögen während seiner Nutzung als Kapital und Boden während seiner Bewirtschaftung belastet, hemmt die Produktion daher deutlich stärker als eine gleich hohe Steuer auf Arbeitende unabhängig davon, ob sie arbeiten oder untätig sind, auf Vermögen unabhängig davon, ob es produktiv oder unproduktiv verwendet wird, oder auf Boden unabhängig davon, ob er bewirtschaftet wird oder brachliegt.

Die Art der Besteuerung ist tatsächlich ebenso wichtig wie ihre Höhe. Eine kleine, schlecht verteilte Last kann ein Pferd quälen, das eine weit größere, richtig angepasste Last mühelos tragen könnte. Ebenso kann ein Volk durch Steuern verarmen und seine Fähigkeit zur Erzeugung von Wohlstand verlieren, obwohl es dieselbe Belastung

in anderer Form leicht tragen könnte. Eine von Mohammed Ali erhobene Steuer auf Dattelpalmen veranlasste die ägyptischen Fellachen, ihre Bäume zu fällen; eine doppelt so hohe Steuer auf den Boden hatte diese Wirkung nicht. Eine zehnprozentige Steuer auf sämtliche Verkäufe, die der Herzog von Alba in den Niederlanden einführte, hätte bei längerer Geltung den Austausch nahezu zum Erliegen gebracht und dabei nur geringe Einnahmen erzielt.

Wir müssen für Beispiele jedoch nicht ins Ausland blicken. In den Vereinigten Staaten wird die Wohlstandserzeugung durch Steuern auf Produktionsvorgänge erheblich vermindert. Der Schiffbau, in dem das Land einst führend war, wurde im Außenhandel nahezu vernichtet. Zahlreiche Produktions- und Handelszweige sind durch Steuern schwer geschädigt, die wirtschaftliche Tätigkeit aus produktiveren in weniger produktive Formen drängen.

Diese Hemmung der Produktion kennzeichnet in unterschiedlichem Maß die meisten Steuern, mit denen moderne Staaten ihre Einnahmen erzielen. Das gilt für Steuern auf Gewerbe, Handel, Kapital und Verbesserungen. Ihre Wirkung entspricht der Steuer Mohammed Alis auf Dattelpalmen, auch wenn sie weniger deutlich sichtbar ist.

Alle diese Steuern mindern tendenziell die Erzeugung von Wohlstand und sollten daher nicht erhoben werden, solange Einnahmen durch Steuern erzielt werden können, die die Produktion nicht hemmen. Mit der Entwicklung der Gesellschaft und der Anhäufung von Wohlstand wird dies möglich. Steuern auf Prunk würden lediglich das in die Staatskasse lenken, was sonst um der bloßen Schaustellung willen vergeudet würde. Steuern auf Erbschaften und Vermächtnisse der Reichen würden den Drang zur Anhäufung vermutlich kaum schwächen; hat er einen Menschen erst völlig

erfasst, wird er zur blinden Leidenschaft. Die große Gruppe von Steuern, aus denen sich ohne Beeinträchtigung der Produktion Einnahmen erzielen lassen, sind jedoch Steuern auf Monopole. Denn der Monopolgewinn ist selbst eine Abgabe auf die Produktion. Ihn zu besteuern bedeutet nur, den Betrag, den die Produktion ohnehin zahlen muss, in die öffentliche Kasse umzuleiten.

Es gibt verschiedene Arten von Monopolen. Dazu gehören die zeitweiligen Monopole, die durch Patent- und Urheberrecht entstehen. Sie zu besteuern wäre äußerst ungerecht und unklug, soweit sie lediglich das Recht der Arbeit an ihren immateriellen Erzeugnissen anerkennen und eine Belohnung für Erfindung und Urheberschaft darstellen.[55] Daneben bestehen die in Kapitel IV des dritten Buches erwähnten belastenden Monopole, die aus der Zusammenballung von Kapital in Wirtschaftszweigen mit Monopolcharakter hervorgehen. Es wäre äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich, sie durch allgemeine Gesetze so zu besteuern, dass ausschließlich ihre Monopolrendite getroffen wird und die Abgabe nicht zur Steuer auf Produktion oder Austausch wird. Besser ist es, solche Monopole abzuschaffen. Sie beruhen zu einem großen Teil auf gesetzgeberischem Tun oder Unterlassen. So müssen Händler in San Francisco für Waren, die über die Landenge direkt von New York nach San Francisco versandt werden, mehr zahlen als für den Transport von New York nach Liverpool oder Southampton und von dort nach San Francisco. Die Ursache liegt letztlich in den »Schutzgesetzen«, die den Bau amerikanischer Dampfschiffe verteuern und ausländischen Schiffen den Gütertransport zwischen amerikanischen Häfen verbieten. Dass Einwohner Nevadas für Fracht aus dem Osten so viel bezahlen müssen, als würden ihre Waren zunächst nach San Francisco und wieder zurück befördert, liegt daran, dass jene Gewalt, die

die Übervorteilung durch einen Droschkenkutscher verhindert, gegenüber einer Eisenbahngesellschaft nicht ausgeübt wird. Allgemein lässt sich sagen, dass Wirtschaftszweige, die ihrem Wesen nach Monopole sind, richtigerweise zu den Aufgaben des Staates gehören und von ihm übernommen werden sollten. Es spricht ebenso viel dafür, dass der Staat Telegrafennachrichten wie Briefe befördert und dass Eisenbahnen ebenso der Allgemeinheit gehören wie öffentliche Straßen.

Alle anderen Monopole sind jedoch unbedeutend im Vergleich zum Bodenmonopol. Der Bodenwert, der ein reines Monopol ausdrückt, eignet sich in jeder Hinsicht zur Besteuerung. Der Wert einer Eisenbahn- oder Telegrafenlinie oder der Preis von Gas oder eines patentierten Arzneimittels kann zwar einen Monopolpreis enthalten, umfasst aber zugleich Arbeit und Kapital. Der Bodenwert oder die wirtschaftliche Grundrente setzt sich dagegen, wie wir gesehen haben, zu keinem Teil aus diesen Faktoren zusammen; sie drückt allein den Vorteil der Aneignung aus. Steuern auf den Bodenwert können die Produktion nicht im Geringsten hemmen, solange sie die Grundrente oder den jährlich anfallenden Bodenwert nicht übersteigen. Anders als Steuern auf Waren, Austausch, Kapital oder Produktionsmittel und -vorgänge belasten sie die Produktion nicht. Der Bodenwert ist kein Ertrag der Produktion wie der Wert von Feldfrüchten, Vieh, Gebäuden oder anderen Sachen des persönlichen Eigentums und der Verbesserungen. Er ist der Tauschwert eines Monopols. Er wird niemals von dem Einzelnen geschaffen, dem der Boden gehört, sondern entsteht durch das Wachstum der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft kann ihn daher vollständig einziehen, ohne den Anreiz zu Verbesserungen oder die Erzeugung von Wohlstand auch nur im Geringsten zu vermindern. Der Bodenwert kann bis zur Höhe der gesamten

Grundrente besteuert werden, ohne den Arbeitslohn oder den Kapitalertrag um einen einzigen Betrag zu senken, den Preis irgendeiner Ware zu erhöhen oder die Produktion zu erschweren.

Mehr noch: Steuern auf den Bodenwert hemmen die Produktion nicht nur nicht wie die meisten anderen Steuern, sondern fördern sie, indem sie die spekulative Grundrente beseitigen. Wie diese die Produktion einschränkt, zeigt sich nicht allein an wertvollem Boden, der der Nutzung entzogen wird, sondern auch an den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen. Sie beginnen mit dem spekulativen Anstieg der Bodenwerte, breiten sich über die gesamte zivilisierte Welt aus, lähmen überall die Wirtschaft und verursachen mehr Verschwendung und vermutlich mehr Leid als ein allgemeiner Krieg. Eine Besteuerung, die die Grundrente öffentlichen Zwecken zuführt, würde dies verhindern. Würde Boden annähernd bis zur Höhe seines Mietwerts besteuert, könnte es sich niemand leisten, ungenutzten Boden zu halten. Er stünde folglich jenen offen, die ihn nutzen wollen. Die Besiedlung würde sich verdichten, sodass Arbeit und Kapital mit demselben Aufwand weit mehr hervorbringen könnten. Der Hund in der Krippe, der besonders in diesem Land so viel Produktivkraft vergeudet, würde beiseitegedrängt.

Noch wichtiger ist, dass die steuerliche Verwendung der Grundrente für öffentliche Zwecke über ihre Wirkung auf die Verteilung auch die Wohlstandserzeugung anregen würde. Darauf komme ich später zurück. Für den Augenblick genügt die Feststellung, dass die Bodenwertsteuer im Hinblick auf die Produktion die beste mögliche Steuer ist. Besteuert man Gewerbe, hemmt man die gewerbliche Produktion; besteuert man Verbesserungen, verringert man Verbesserungen; besteuert man den Handel, behindert man den

Austausch; besteuert man Kapital, treibt man es fort. Der gesamte Bodenwert dagegen kann steuerlich eingezogen werden, und die einzige Wirkung besteht darin, die wirtschaftliche Tätigkeit anzuregen, dem Kapital neue Möglichkeiten zu eröffnen und die Erzeugung von Wohlstand zu steigern.

II. EINFACHHEIT UND KOSTEN DER ERHEBUNG

Mit Ausnahme bestimmter Lizenz- und Stempelgebühren, die sich beinahe von selbst erheben lassen, aber nur geringe Einnahmen liefern können, ist die Bodenwertsteuer von allen Steuern am einfachsten und kostengünstigsten einzuziehen. Boden lässt sich weder verbergen noch fortschaffen. Sein Wert kann leicht festgestellt werden, und nach der Veranlagung braucht es zur Einziehung nur noch eine Zahlstelle.

In jedem Steuersystem wird bereits ein Teil der öffentlichen Einnahmen durch Steuern auf Boden erzielt. Der dafür erforderliche Apparat besteht also und könnte ebenso gut die gesamten statt nur eines Teils der Einnahmen erheben. Würde die Bodenwertsteuer alle anderen Steuern ersetzen, könnten die heutigen Kosten ihrer Einziehung vollständig entfallen. Wie groß diese Einsparung wäre, lässt sich an der Vielzahl der heute damit beschäftigten Amtsträger erkennen.

Diese Einsparung würde den Unterschied zwischen dem Betrag, den die Besteuerung die Bevölkerung kostet, und dem Betrag, den sie dem

Staat einbringt, erheblich verringern. Die Ersetzung aller anderen Steuern durch die Bodenwertsteuer würde diesen Unterschied jedoch noch auf eine wichtigere Weise vermindern.

Eine Bodenwertsteuer erhöht die Preise nicht und wird daher unmittelbar von denjenigen getragen, die sie trifft. Steuern auf Güter mit veränderlicher Menge erhöhen dagegen die Preise und werden im Austausch vom Verkäufer auf den Käufer überwälzt, wobei sie sich auf jeder Stufe vergrößern. Wird etwa verliehenes Geld besteuert, schlägt der Kreditgeber die Steuer auf den Kreditnehmer; dieser muss sie zahlen oder auf den Kredit verzichten. Verwendet er das Geld in seinem Geschäft, muss er die Steuer wiederum von seinen Kunden zurückerlangen, sonst lohnt sich sein Geschäft nicht. Eine Gebäudesteuer tragen letztlich die Nutzer, weil der Bau neuer Gebäude so lange zurückgeht, bis die Mieten neben dem üblichen Gewinn auch die Steuer decken. Bei Steuern auf Erzeugnisse oder Einfuhrwaren gibt der Hersteller oder Importeur die Belastung durch einen höheren Preis an den Großhändler weiter, dieser an den Einzelhändler und dieser an die Verbraucher. Die Verbraucher zahlen am Ende nicht nur die Steuer selbst, sondern jeder Zwischenhändler verlangt zusätzlich Gewinn auf den Betrag, den er durch die Steuerzahlung vorgestreckt hat. Manila-Zigarren kosteten beim Importeur in San Francisco 70 Dollar je tausend Stück. Davon entfielen 14 Dollar auf die bis zum Hafen angefallenen Kosten und 56 Dollar auf den Zoll. Ein Händler, der diese Zigarren zum Weiterverkauf erwarb, berechnete seinen Gewinn deshalb nicht nur auf die tatsächlichen Kosten von 14 Dollar, sondern auf 70 Dollar einschließlich Zoll. Auf diese Weise werden alle preissteigernden Steuern von Hand zu Hand weitergegeben und wachsen dabei an, bis sie bei den Verbrauchern ankommen, die weit mehr zahlen, als der Staat

erhält. Steuern erhöhen Preise, indem sie die Produktionskosten steigern und das Angebot vermindern. Boden wird jedoch nicht von Menschen produziert, und eine Steuer auf die Grundrente kann sein Angebot nicht verringern. Sie zwingt Grundeigentümer zwar zu höheren Zahlungen, versetzt sie aber nicht in die Lage, für die Nutzung ihres Bodens mehr zu verlangen. Im Gegenteil: Weil spekulative Eigentümer verkaufen oder zu dem tatsächlich erzielbaren Preis verpachten müssen, verstärkt die Bodenwertsteuer den Wettbewerb zwischen ihnen und senkt so den Bodenpreis.

Damit ist die Bodenwertsteuer in jeder Hinsicht die kostengünstigste Steuer, mit der sich umfangreiche Einnahmen erzielen lassen. Gemessen an dem Betrag, der der Bevölkerung entzogen wird, verschafft sie dem Staat den höchsten Nettoertrag.

III. BESTIMMTHEIT

Bestimmtheit ist ein wichtiges Merkmal einer Steuer. Je stärker ihre Erhebung von der Sorgfalt und Zuverlässigkeit der Steuerbeamten sowie vom Gemeinsinn und von der Ehrlichkeit der Zahlungspflichtigen abhängt, desto mehr Möglichkeiten entstehen auf der einen Seite für Willkür und Korruption und auf der anderen für Umgehung und Betrug.

Die Verfahren, mit denen der größte Teil unserer Einnahmen erhoben wird, sind schon aus diesem Grund zu verwerfen. Die schweren Korruptionsfälle und Betrügereien infolge der amerikanischen Whisky- und Tabaksteuern sind bekannt. Ebenso

bekannt sind die ständigen Unterbewertungen beim Zoll, die offenkundig unwahren Einkommensteuererklärungen und die völlige Unmöglichkeit, persönliches Vermögen auch nur annähernd gerecht zu bewerten. Der materielle Verlust ist groß: Die Unsicherheit erhöht den Betrag, den die Bevölkerung zahlt, ohne dass der Staat ihn erhält. Als zur Zeit des englischen Schutzsystems eine Armee von Männern an den Küsten den Schmuggel verhindern sollte und eine andere Armee sie zu umgehen suchte, mussten beide aus dem Ertrag von Arbeit und Kapital unterhalten werden. Die Ausgaben und Gewinne der Schmuggler sowie die Gehälter und Bestechungsgelder der Zollbeamten bildeten neben den staatlichen Einnahmen eine zusätzliche Belastung der Volkswirtschaft. Dasselbe gilt für Zuwendungen an Schätzer, Bestechungsgelder an Zollbeamte, Ausgaben zur Wahl gefügiger Amtsträger oder zur Erlangung steuervermeidender Gesetze und Entscheidungen, kostspielige Wege der Einfuhr und Produktion zur Umgehung von Abgaben, Belohnungsanteile und Kosten für Ermittler und Spitzel sowie sämtliche Ausgaben für Gerichtsverfahren und Strafen – sowohl für den Staat als auch für die Verfolgten. All dies wird dem allgemeinen Wohlstand entzogen, ohne die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen.

Doch dies ist noch der geringste Teil der Kosten. Steuern, denen es an Bestimmtheit fehlt, schädigen vor allem die Moral. Unsere Steuergesetze könnten insgesamt den Titel tragen: »Gesetze zur Förderung der Korruption von Amtsträgern, zur Unterdrückung der Ehrlichkeit und Ermutigung des Betrugs, zur Belohnung von Meineid und Anstiftung zum Meineid und zur Trennung der Vorstellung vom Gesetz von der Vorstellung der Gerechtigkeit.« Das ist ihr wahrer Charakter, und sie erfüllen ihren Zweck vortrefflich. Der Zolleid ist zum geflügelten

Wort geworden. Unsere Schätzer schwören regelmäßig, alles Vermögen zu seinem vollen, wirklichen Barwert zu veranlagen, und tun gewöhnlich nichts dergleichen. Menschen, die auf ihre persönliche und geschäftliche Ehre stolz sind, bestechen Amtsträger und geben falsche Erklärungen ab. Und ständig bietet sich das demoralisierende Schauspiel, dass dasselbe Gericht an einem Tag über einen Mörder und am nächsten über einen Verkäufer unversteuerter Streichhölzer urteilt.

Diese Besteuerungsarten sind so unbestimmt und demoralisierend, dass eine New Yorker Kommission aus David A. Wells, Edwin Dodge und George W. Cuyler nach Untersuchung des Steuersystems dieses Staates vorschlug, die meisten Steuern mit Ausnahme der Grundsteuer durch eine pauschale Abgabe für jeden Einzelnen zu ersetzen, die anhand des Mietwerts der von ihm genutzten Räume bemessen werden sollte.

Eine willkürliche Veranlagung ist jedoch nicht erforderlich. Die Bodenwertsteuer ist die am wenigsten willkürliche Steuer und besitzt das Merkmal der Bestimmtheit in höchstem Maß. Sie lässt sich mit einer Genauigkeit festsetzen und einziehen, die dem unbeweglichen und unverbergbaren Charakter des Bodens selbst entspricht. Auf Boden erhobene Steuern können bis auf den letzten Cent eingezogen werden. Zwar wird Boden heute oft ungleich bewertet, persönliches Vermögen jedoch noch weit ungleicher. Die Unterschiede bei der Bodenbewertung entstehen größtenteils dadurch, dass Verbesserungen gemeinsam mit dem Boden besteuert werden, sowie durch die Demoralisierung, die aus den genannten Ursachen das gesamte Steuersystem erfasst. Würden sämtliche Steuern unabhängig von Verbesserungen auf Bodenwerte gelegt, wäre das System so einfach und durchschaubar und die

öffentliche Aufmerksamkeit so stark darauf gerichtet, dass die steuerliche Bewertung ebenso zuverlässig vorgenommen werden könnte, wie ein Immobilienmakler den erzielbaren Verkaufspreis eines Grundstücks bestimmt.

IV. GLEICHHEIT

Adam Smith formuliert den Grundsatz: »Die Bürger jedes Staates sollen nach Möglichkeit im Verhältnis zu ihren jeweiligen Fähigkeiten zur Unterhaltung der Regierung beitragen, das heißt im Verhältnis zu den Einkünften, die sie jeweils unter dem Schutz des Staates genießen.« Jede Steuer, die ausschließlich auf Grundrente, Löhne oder Zinsen fällt, sei daher notwendig ungleich. Dem entspricht die verbreitete Vorstellung, die unsere Systeme einer umfassenden Besteuerung vergeblich umzusetzen versuchen: Jeder solle im Verhältnis zu seinen Mitteln oder seinem Einkommen Steuern zahlen.

Selbst wenn wir alle unüberwindlichen praktischen Schwierigkeiten einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit außer Betracht lassen, ist offenkundig, dass sich Gerechtigkeit auf diesem Weg nicht erreichen lässt.

Nehmen wir zwei Menschen mit gleichem Vermögen oder Einkommen. Der eine hat eine große Familie, der andere muss nur sich selbst unterhalten. Indirekte Steuern treffen beide sehr ungleich: Der Erste kann den Steuern auf Nahrung, Kleidung und andere von seiner Familie verbrauchte Güter nicht entgehen, während der Zweite nur die Abgaben auf den eigenen Bedarf

trägt. Nehmen wir nun an, die Steuern würden unmittelbar erhoben und beide zahlten denselben Betrag. Auch dann bleibt es ungerecht. Das Einkommen des einen muss sechs, acht oder zehn Menschen ernähren, das des anderen nur einen. Solange man die malthusianische Lehre nicht so weit treibt, die Erziehung eines neuen Bürgers als Schaden für den Staat anzusehen, liegt darin ein grobes Unrecht.

Man könnte einwenden, dieses Problem lasse sich nicht lösen: Die Natur selbst bringe Menschen hilflos zur Welt und übertrage den Eltern ihren Unterhalt, wofür sie eigene große und beglückende Belohnungen bereithalte. Gut – wenden wir uns dann der Natur zu und lesen wir das Gebot der Gerechtigkeit aus ihrem Gesetz.

Die Natur gibt der Arbeit – und allein der Arbeit. Selbst in einem Garten Eden würde ein Mensch ohne eigene Anstrengung verhungern. Nehmen wir zwei Menschen mit gleichem Einkommen: Das Einkommen des einen stammt aus seiner Arbeit, das des anderen aus der Grundrente. Ist es gerecht, dass beide in gleichem Maß zu den Staatsausgaben beitragen? Offenkundig nicht. Das Einkommen des Ersten steht für Wohlstand, den er schafft und dem allgemeinen Wohlstand hinzufügt. Das Einkommen des Zweiten steht lediglich für Wohlstand, den er dem gemeinsamen Bestand entnimmt, ohne etwas zurückzugeben. Das Recht des Ersten auf sein Einkommen beruht auf dem Naturgesetz, das der Arbeit ihren Ertrag zuweist. Das Recht des Zweiten ist ein künstliches Recht, geschaffen durch gesellschaftliche Regelungen, die der Natur unbekannt sind. Ein Vater, dem gesagt wird, er müsse seine Kinder aus dem Ertrag seiner Arbeit ernähren, muss sich damit abfinden, denn dies ist die natürliche Ordnung. Er kann jedoch mit Recht verlangen, dass seinem Arbeitseinkommen kein einziger Cent genommen wird, solange noch

Einkommen vorhanden ist, das aus dem Monopol an den natürlichen Möglichkeiten stammt, die die Natur allen ohne Unterschied anbietet und an denen seine Kinder kraft ihrer Geburt denselben Anteil haben.

Adam Smith spricht von Einkommen, die »unter dem Schutz des Staates genossen« werden. Darauf beruht die verbreitete Forderung, jede Art von Eigentum gleich zu besteuern, weil der Staat sie gleichermaßen schütze. Der Gedanke setzt voraus, dass der Genuss des Eigentums erst durch den Staat ermöglicht wird, dass also ein von der Gemeinschaft geschaffener und erhaltener Wert besteht, der mit Recht zur Deckung ihrer Ausgaben herangezogen werden kann. Für welche Werte trifft dies zu? Nur für den Bodenwert. Er entsteht erst mit der Bildung einer Gemeinschaft und wächst, anders als andere Werte, mit ihr. Er besteht nur, solange die Gemeinschaft besteht. Zerstreut man selbst die größte Gemeinschaft, verliert der heute so wertvolle Boden jeden Wert. Mit jeder Zunahme der Bevölkerung steigt der Bodenwert, mit jeder Abnahme sinkt er. Das gilt für nichts anderes als für Dinge, die wie das Bodeneigentum ihrem Wesen nach Monopole sind.

Die Bodenwertsteuer ist daher die gerechteste und gleichmäßigste aller Steuern. Sie trifft nur diejenigen, die von der Gesellschaft einen besonderen und wertvollen Vorteil erhalten, und zwar im Verhältnis zu diesem Vorteil. Die Gemeinschaft zieht für gemeinschaftliche Zwecke jenen Wert ein, den sie selbst geschaffen hat. Gemeinsames Eigentum wird für gemeinsame Zwecke verwendet. Wird die gesamte Grundrente durch Steuern für die Bedürfnisse der Gemeinschaft eingezogen, ist die von der Natur bestimmte Gleichheit verwirklicht. Kein Bürger besitzt dann einen anderen Vorteil gegenüber seinen Mitbürgern als den, den ihm Fleiß, Können und Einsicht

verschaffen; jeder erhält, was er redlich verdient. Erst dann wird die Arbeit ihren vollen Ertrag und das Kapital seine natürliche Rendite erhalten.

KAPITEL IV BEFÜRWORTUNGEN UND EINWÄNDE

Die Gründe, aus denen wir geschlossen haben, dass die Besteuerung von Bodenwerten oder Grundrenten die beste Form der Beschaffung öffentlicher Einnahmen ist, werden seit der Bestimmung des Wesens und des Gesetzes der Grundrente von allen anerkannten Ökonomen ausdrücklich oder stillschweigend anerkannt.

Ricardo schreibt in Kapitel X: »Eine Steuer auf die Grundrente würde vollständig die Grundeigentümer treffen und könnte auf keine Gruppe von Verbrauchern überwälzt werden.« Denn sie »ließe den Unterschied zwischen dem Ertrag des am wenigsten produktiven bewirtschafteten Bodens und dem Ertrag von Boden jeder anderen Güte unverändert. […] Eine Steuer auf die Grundrente würde die Bewirtschaftung neuen Bodens nicht hemmen, denn solcher Boden bringt keine Grundrente ein und bliebe unversteuert.«

McCulloch erklärt in Anmerkung XXIV zu *Der Wohlstand der Nationen*, dass »Steuern auf die Grundrente praktisch betrachtet zu den ungerechtesten und unklügsten gehören, die man sich vorstellen kann«. Diese Behauptung stützt er jedoch ausschließlich auf die Annahme, es sei praktisch unmöglich, bei der Besteuerung zwischen dem Betrag für die Nutzung des Bodens und dem Ertrag des darin investierten Kapitals zu unterscheiden. Könnte diese Trennung vorgenommen werden, räumt er ein, dass der den Grundeigentümern für die Nutzung der natürlichen Kräfte des Bodens gezahlte Betrag vollständig durch eine Steuer abgeschöpft werden könnte. Die Grundeigentümer könnten keinen Teil der

Belastung auf andere überwälzen, und der Preis der Erzeugnisse bliebe unverändert.

John Stuart Mill erkennt dies nicht nur an, sondern erklärt ausdrücklich die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit einer besonderen Besteuerung der Grundrente. Er fragt, welches Recht Grundeigentümer auf jenen Vermögenszuwachs besitzen, der ihnen durch den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt zufällt, ohne dass sie dafür arbeiten, ein Risiko tragen oder sparen. Zwar lehnt er einen Eingriff in ihren Anspruch auf den gegenwärtigen Bodenwert ausdrücklich ab; den gesamten künftigen Wertzuwachs will er jedoch als von Natur aus der Gesellschaft zustehend einziehen.

Millicent Garrett Fawcett schreibt in dem kleinen Kompendium der Arbeiten ihres Mannes *Political Economy for Beginners*: »Die Grundsteuer hat unabhängig von ihrer Höhe den Charakter einer Grundrente, die der Bodeneigentümer an den Staat zahlt. In einem großen Teil Indiens gehört der Boden dem Staat; die Grundsteuer ist dort eine unmittelbar an den Staat entrichtete Grundrente. Die wirtschaftliche Vollkommenheit dieser Besitzordnung ist leicht zu erkennen.«

Dass die Grundrente aus Gründen der Zweckmäßigkeit wie der Gerechtigkeit in besonderer Weise besteuert werden soll, ist in der anerkannten Rentenlehre bereits angelegt. Dieser Gedanke findet sich in Keimform bei allen Ökonomen, die Ricardos Gesetz angenommen haben. Dass sie diese Grundsätze nicht wie ich bis zu ihrer notwendigen Konsequenz geführt haben, erklärt sich offenbar aus der Scheu, das gewaltige Interesse am privaten Bodeneigentum zu gefährden oder zu verletzen, sowie aus den falschen Theorien über Löhne und Armutsursachen, die das wirtschaftliche Denken beherrschten.

Es gab jedoch eine Schule von Ökonomen, die klar erkannte, was dem natürlichen Empfinden der Menschen einleuchtet, solange es nicht von Gewohnheit beeinflusst wird: Die Einnahmen aus dem gemeinsamen Eigentum, dem Boden, müssen dem gemeinsamen Wohl dienen. Die französischen Ökonomen des 18. Jahrhunderts unter Führung von Quesnay und Turgot schlugen genau das vor, was auch ich vorschlage – sämtliche Steuern mit Ausnahme einer Steuer auf den Bodenwert abzuschaffen. Da ich Quesnays Lehren und die seiner Schüler nur mittelbar durch englische Autoren kenne, kann ich nicht beurteilen, inwieweit seine eigentümlichen Vorstellungen, etwa die Landwirtschaft sei die einzige produktive Tätigkeit, auf Missverständnissen oder lediglich auf einer besonderen Begrifflichkeit beruhen. Aus dem Ergebnis seiner Theorie bin ich jedoch überzeugt, dass er die grundlegende Beziehung zwischen Boden und Arbeit erkannte, die später aus dem Blick geriet, und zu einer praktisch richtigen Folgerung gelangte, auch wenn seine Begründung vielleicht unzulänglich formuliert war. Die Ursachen, durch die ein »Nettoertrag« in den Händen des Grundeigentümers verbleibt, erklärten die Physiokraten nicht besser als man die Saugwirkung einer Pumpe mit der Behauptung erklärte, die Natur verabscheue das Vakuum. Doch sie erkannten die praktische Bedeutung der Tatsache für die Gesellschaftsordnung. Ebenso deutlich wie ich sahen sie wohl den Nutzen, der daraus entstünde, Arbeit und Handel durch die Ersetzung aller hemmenden und verzerrenden Abgaben durch eine Steuer auf die Grundrente vollständig zu befreien. Besonders bedauerlich an der Französischen Revolution ist, dass sie die Ideen dieser Ökonomen gerade in dem Augenblick verdrängte, als sie unter den denkenden Schichten

an Einfluss gewannen und offenbar im Begriff standen, die Steuergesetzgebung zu verändern.

Ohne Quesnay oder seine Lehren zu kennen, bin ich auf einem nicht zu bestreitenden Weg zu derselben praktischen Schlussfolgerung gelangt und habe sie auf Gründe gestützt, die auch von der anerkannten politischen Ökonomie nicht bestritten werden können.

Der einzige Einwand gegen die Besteuerung der Grundrente oder des Bodenwerts in den maßgeblichen volkswirtschaftlichen Werken gesteht ihre Vorteile im Grunde bereits zu. Er lautet, dass wegen der Schwierigkeit der Abgrenzung neben der Grundrente auch etwas anderes besteuert werden könnte. McCulloch etwa nennt eine Steuer auf die Grundrente unklug und ungerecht, weil sich der Ertrag aus den natürlichen Kräften des Bodens nicht klar vom Ertrag der Verbesserungen unterscheiden lasse, die dadurch möglicherweise gehemmt würden. Macaulay bemerkte einmal, gäbe es ein bedeutendes finanzielles Interesse gegen die Anerkennung der Schwerkraft, würde es nicht an Argumenten gegen sie fehlen. Dieser Einwand bestätigt seine Beobachtung. Selbst wenn Bodenwert und Verbesserungswert nicht immer vollständig getrennt werden könnten: Ist die Notwendigkeit, *einige* Verbesserungen weiterhin zu besteuern, ein Grund dafür, *alle* Verbesserungen zu besteuern? Wenn schon die Besteuerung von Werten, die Arbeit und Kapital eng mit dem Boden verbunden haben, die Produktion hemmt, wie viel stärker ist die Hemmung dann, wenn darüber hinaus sämtliche klar unterscheidbaren Werte besteuert werden, die Arbeit und Kapital schaffen?

Tatsächlich lässt sich der Bodenwert stets ohne große Mühe vom Wert der Verbesserungen unterscheiden. In Ländern wie den Vereinigten Staaten gibt es viel wertvollen Boden, der niemals

verbessert wurde. In vielen Bundesstaaten bewerten die Schätzer Boden und Verbesserungen regelmäßig getrennt, auch wenn beide anschließend unter dem Begriff Immobilien zusammengeführt werden. Selbst wo Boden seit unvordenklicher Zeit genutzt wird, bereitet die Ermittlung des reinen Bodenwerts keine Schwierigkeit. Häufig gehören Boden und Gebäude verschiedenen Personen; wird ein Gebäude durch Feuer zerstört, verbleibt ein klar bestimmbarer Bodenwert. Auch im ältesten Land der Welt ist die Trennung möglich, wenn lediglich der Wert der eindeutig erkennbaren Verbesserungen aus einem überschaubaren Zeitraum vom Wert abgezogen wird, den der Boden nach ihrer Zerstörung hätte. Mehr verlangen weder Gerechtigkeit noch Zweckmäßigkeit. Vollständige Genauigkeit ist in keinem System erreichbar. Alles, was die Menschheit geschaffen hat, von dem trennen zu wollen, was die Natur ursprünglich bereitstellte, wäre ebenso absurd wie undurchführbar. Ein von den Römern trockengelegter Sumpf oder ein von ihnen terrassierter Hügel gehört heute ebenso zu den natürlichen Vorteilen der Britischen Inseln, als hätten Erdbeben oder Gletscher die Arbeit verrichtet. Dass der Wert solcher dauerhaften Verbesserungen nach einer gewissen Zeit dem Bodenwert zugerechnet und entsprechend besteuert wird, kann solche Arbeiten nicht verhindern; sie werden häufig sogar auf zeitlich befristetem Pachtland vorgenommen. Jede Generation baut und verbessert im Wesentlichen für sich selbst, nicht für eine ferne Zukunft. Und jede Generation erbt neben den natürlichen Kräften der Erde auch alles, was von der Arbeit früherer Generationen fortbesteht.

Ein Einwand anderer Art lautet: Wo die politische Macht breit verteilt ist, sollte die Besteuerung nicht nur eine Gruppe wie die

Grundeigentümer, sondern alle treffen. Nur so hätten alle, die politische Macht ausüben, ein angemessenes Interesse an einer sparsamen Staatsführung. Besteuerung und politische Vertretung, so heißt es, dürften nicht voneinander getrennt werden.

So wünschenswert es sein mag, mit politischer Macht auch ein Bewusstsein für die öffentlichen Lasten zu verbinden, wird dies durch das heutige System gewiss nicht erreicht. Indirekte Steuern werden zu einem großen Teil von Menschen getragen, die davon kaum oder gar nichts bemerken. In den Vereinigten Staaten wächst rasch eine Bevölkerungsschicht, die sich weder für Steuern noch für eine gute Staatsführung interessiert. In unseren Großstädten werden Wahlen weithin nicht von Erwägungen des Gemeinwohls bestimmt, sondern von Einflüssen wie im alten Rom, als die Massen nur noch Brot und Spiele verlangten.

Die Ersetzung der vielen heutigen Abgaben durch eine einzige Bodenwertsteuer würde die Zahl der Menschen, die sich ihrer Steuerzahlung bewusst sind, kaum verringern. Die Aufteilung des heute zu Spekulationszwecken gehaltenen Bodens würde die Zahl der Grundeigentümer vielmehr stark erhöhen. Zugleich würde die Verteilung des Wohlstands so weit ausgeglichen, dass selbst die Ärmsten aus jener bitteren Armut herauskämen, in der öffentliche Angelegenheiten bedeutungslos erscheinen. Übermäßige Vermögen, die ihre Besitzer jedes Interesses am Staat entheben, würden dagegen beschnitten. Politisch gefährlich sind die sehr Reichen und die sehr Armen. Nicht das Bewusstsein, Steuern zu zahlen, gibt einem Menschen Anteil am Land und Interesse an seiner Regierung, sondern das Gefühl, ein wesentlicher Teil der Gemeinschaft zu sein, sodass ihr Wohlergehen sein Wohlergehen und ihre Schande

seine Schande ist. Empfindet ein Bürger dies und umgeben ihn die Einflüsse eines sicheren und behaglichen Zuhauses, kann sich die Gemeinschaft bis hin zum Einsatz seines Körpers und Lebens auf ihn verlassen. Menschen wählen ebenso wenig aus Vaterlandsliebe, weil sie Steuern zahlen, wie sie deshalb aus Vaterlandsliebe kämpfen. Was den breiten Schichten eine sichere und unabhängige materielle Lage verschafft, fördert den Gemeinsinn am besten und macht die letztlich regierende Macht verständiger und tugendhafter.

Doch man könnte fragen: Wenn die Bodenwertsteuer eine so vorteilhafte Form der Einnahmenerhebung ist, weshalb ziehen dann alle Regierungen zahlreiche andere Steuern vor?

Die Antwort liegt auf der Hand: Die Bodenwertsteuer ist die einzige bedeutende Steuer, die nicht überwälzt werden kann. Sie trifft die Grundeigentümer, und sie können die Belastung auf niemanden abwälzen. Deshalb hat eine große und mächtige Gruppe ein unmittelbares Interesse daran, die Bodenwertsteuer niedrig zu halten und die benötigten Einnahmen stattdessen durch andere Steuern zu erzielen. Ebenso gelang es den englischen Grundeigentümern vor zweihundert Jahren, die nur sie treffenden Abgaben aus der feudalen Besitzordnung durch eine Verbrauchsteuer zu ersetzen, die alle Verbraucher belastete.

Der Besteuerung von Bodenwerten steht somit ein bestimmtes und mächtiges Interesse entgegen. Gegen die übrigen Steuern, auf die sich moderne Staaten so stark stützen, gibt es dagegen keinen vergleichbaren besonderen Widerstand. Staatsmänner haben großen Einfallsreichtum auf Systeme verwendet, die Arbeitslöhne und Kapitalerträge aussaugen, wie die Vampirfledermaus angeblich ihrem Opfer das Lebensblut entzieht. Fast alle diese Steuern trägt

letztlich jenes schwer greifbare Wesen, der Verbraucher. Er zahlt sie so, dass er kaum bemerkt, überhaupt besteuert zu werden: in kleinen Beträgen und auf so verdeckte Weise, dass er selten wirksam dagegen vorgeht. Wer das Geld unmittelbar an die Steuerbehörde abführt, hat keinen Grund, sich einer Abgabe zu widersetzen, die er leicht auf andere überwälzen kann. Häufig besteht sogar ein eigenes Interesse an ihrer Einführung und Beibehaltung. Dasselbe gilt für andere mächtige Gruppen, die von den durch solche Steuern bewirkten Preissteigerungen profitieren oder zu profitieren hoffen.

Fast alle zahlreichen Steuern, mit denen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten heute belastet wird, wurden eher zugunsten privater Interessen als zur Beschaffung öffentlicher Einnahmen eingeführt. Das größte Hindernis für eine Vereinfachung des Steuersystems bilden diese Interessen. Sobald eine Steuersenkung vorgeschlagen wird, versammeln sich ihre Vertreter in den Vorzimmern des Parlaments, damit gerade die für sie vorteilhaften Abgaben nicht vermindert werden. Die Einführung des Schutzzolls in den Vereinigten Staaten beruhte auf solchen Einflüssen, nicht auf der Überzeugungskraft der widersinnigen Schutztheorien. Der hohe Finanzbedarf des Bürgerkriegs bot diesen Sonderinteressen eine goldene Gelegenheit. Nahezu alles wurde besteuert – weniger um Einnahmen zu erzielen, als um bestimmten Gruppen einen Anteil an den Vorteilen des Steuereinzugs und der Aneignung von Steuererträgen zu verschaffen. Seit dem Krieg bilden diese Gruppen das größte Hindernis für Steuersenkungen. Abgaben, die die Bevölkerung am wenigsten kosten, ließen sich deshalb leichter abschaffen als jene, die sie am stärksten belasten. So werden selbst Volksregierungen, die erklärtermaßen das größtmögliche Wohl der

größtmöglichen Zahl anstreben, in einer ihrer wichtigsten Aufgaben dazu benutzt, einer kleinen Zahl einen zweifelhaften Vorteil auf Kosten eines großen Schadens für viele zu sichern.

Lizenzabgaben werden häufig von denjenigen befürwortet, die sie zahlen müssen, weil sie anderen den Eintritt in das Gewerbe erschweren. Aus ähnlichen Gründen begrüßen große Hersteller oft Abgaben auf Erzeugnisse; dies zeigte sich am Widerstand der Brennereien gegen eine Senkung der Whiskysteuer. Einfuhrzölle verschaffen nicht nur bestimmten Produzenten besondere Vorteile, sondern begünstigen auch Importeure und Händler mit großen Lagerbeständen. Bei allen solchen Steuern bestehen besondere Interessen, die sich leicht organisieren und gemeinsam für die Abgabe eintreten können. Der Bodenwertsteuer steht dagegen ein geschlossenes und empfindliches Interesse dauerhaft und erbittert entgegen.

Sobald die breite Bevölkerung jedoch die Wahrheit versteht, die ich darzulegen versuche, ist leicht zu erkennen, wie sich politische Kräfte zu einer Bewegung verbinden können, die stark genug ist, sie zu verwirklichen.

ANMERKUNGEN ZUM ACHTEN BUCH

54 Der feste Pachtzins im Vertrag mit der Alaska Fur Company beträgt jährlich 55.000 Dollar. Hinzu kommen 2,62½ Dollar je Fell; bei der auf 100.000 Felle begrenzten Fangmenge sind dies 262.500 Dollar und damit insgesamt 317.500 Dollar.

55 Weil Patente und Urheberrechte gewöhnlich gleichermaßen als Anerkennung des Rechts der Arbeit an ihren immateriellen Erzeugnissen verstanden werden, unterlag ich hier einem Irrtum, den ich später im *Standard* vom 23. Juni 1888 eingeräumt und berichtigt habe. Beide Rechte sind nicht gleichartig, sondern grundverschieden. Das Urheberrecht gewährt kein ausschließliches Recht an einer Tatsache, einer Idee oder einer Kombination, die nach dem natürlichen Eigentumsrecht von allen genutzt werden darf. Es schützt nur die in das konkrete Werk investierte Arbeit. Es hindert niemanden daran, die Tatsachen, Kenntnisse, Gesetzmäßigkeiten oder Verbindungen für ein ähnliches Werk zu verwenden; untersagt ist lediglich die Übernahme der identischen Form des konkreten Buches oder eines anderen Erzeugnisses, also der tatsächlich zu seiner Herstellung aufgewandten Arbeit. Das Urheberrecht beruht daher auf dem natürlichen moralischen Recht jedes Menschen, die Erzeugnisse seiner eigenen Anstrengung zu genießen, und beeinträchtigt nicht das gleiche Recht anderer, ebenso zu handeln.

NEUNTES BUCH DIE WIRKUNGEN DER LÖSUNG

KAPITEL I – DIE WIRKUNG AUF DIE ERZEUGUNG VON WOHLSTAND
KAPITEL II – DIE WIRKUNG AUF DIE VERTEILUNG UND DAMIT AUF DIE PRODUKTION
KAPITEL III – DIE WIRKUNG AUF EINZELNE UND GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN
KAPITEL IV – DIE VERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFTLICHEN ORDNUNG UND DES GESELLSCHAFTLICHEN LEBENS

Ich kann kein Saiteninstrument spielen;
doch ich kann euch sagen, wie man aus
einem kleinen Dorf eine große und
ruhmreiche Stadt macht.

– Themistokles

Statt Dornen werden Zypressen wachsen
und statt Nesseln Myrten.

Sie werden Häuser bauen und darin
wohnen, sie werden Weinberge pflanzen
und deren Früchte essen. Sie werden
nicht bauen, damit ein anderer darin
wohnt, und nicht pflanzen, damit ein
anderer davon isst.

– Jesaja

KAPITEL I DIE WIRKUNG AUF DIE ERZEUGUNG VON WOHLSTAND

Mirabeau der Ältere soll Quesnays Vorschlag, alle anderen Steuern durch eine einzige Steuer auf die Grundrente (den *impôt unique*) zu ersetzen, hinsichtlich seines Nutzens der Erfindung der Schrift oder der Ablösung des Tauschhandels durch das Geld gleichgestellt haben.

Wer die Sache durchdenkt, wird in diesem Ausspruch eher ein Zeichen von Scharfsinn als von Übertreibung erkennen. Je gründlicher man die Vorteile betrachtet, die sich aus der Ersetzung der zahlreichen heutigen Abgaben durch eine einzige Steuer auf den Bodenwert ergäben, desto bedeutsamer erscheinen sie. Darin liegt das Geheimnis, das aus einem kleinen Dorf eine große Stadt machen könnte. Würden alle Lasten beseitigt, die heute die wirtschaftliche Tätigkeit niederdrücken und den Austausch hemmen, nähme die Erzeugung von Wohlstand mit heute kaum vorstellbarer Geschwindigkeit zu. Dies wiederum ließe den Bodenwert steigen – einen neuen Überschuss, den die Gesellschaft für allgemeine Zwecke verwenden könnte. Von den Schwierigkeiten einer Einnahmenerhebung befreit, die Korruption hervorbringt und die Gesetzgebung zum Werkzeug besonderer Interessen macht, könnte die Gesellschaft zudem Aufgaben übernehmen, die mit der zunehmenden Komplexität des Lebens wünschenswert werden, vor denen verantwortungsbewusste Menschen unter dem heutigen System aus Sorge vor politischer Demoralisierung jedoch zurückschrecken.

Betrachten wir zunächst die Wirkung auf die Erzeugung von Wohlstand.

Die Steuern abzuschaffen, die heute in vielfältigen Wechselwirkungen jedes Rad des Austauschs hemmen und auf jeder Form wirtschaftlicher Tätigkeit lasten, wäre, als nähme man ein gewaltiges Gewicht von einer mächtigen Feder. Mit neuer Kraft würde die Produktion zu neuem Leben erwachen, und der Handel erhielte einen Impuls, der bis in die fernsten Verästelungen zu spüren wäre. Das heutige Steuersystem wirkt auf den Austausch wie künstlich geschaffene Wüsten und Gebirge: Es kostet mehr, Waren durch ein Zollamt zu bringen, als sie um die Erde zu befördern. Auf Tatkraft, Fleiß, Geschick und Sparsamkeit wirkt es wie eine Geldstrafe. Habe ich härter gearbeitet und mir ein gutes Haus gebaut, während du dich mit einer Hütte zufriedengabst, kommt der Steuereinnehmer jedes Jahr und bestraft mich für meine Tatkraft und meinen Fleiß, indem er mir mehr abverlangt als dir. Habe ich gespart, während du verschwendet hast, werde ich zur Kasse gebeten, du dagegen nicht. Baut jemand ein Schiff, lassen wir ihn für seine Kühnheit zahlen, als hätte er dem Staat geschadet; wird eine Eisenbahn eröffnet, fällt der Steuereinnehmer über sie her, als wäre sie ein öffentliches Ärgernis; wird eine Fabrik errichtet, belegen wir sie Jahr für Jahr mit einer Summe, die einen beträchtlichen Gewinn ausmachen könnte. Wir sagen, wir brauchten Kapital; doch wer es ansammelt oder zu uns bringt, den belasten wir dafür, als gewährten wir ihm ein Vorrecht. Wir besteuern denjenigen, der kahle Felder mit reifendem Korn bedeckt, und bestrafen denjenigen, der Maschinen aufstellt oder einen Sumpf trockenlegt. Wie schwer diese Abgaben die Produktion belasten, erkennt nur, wer versucht hat, unser Steuersystem durch all seine Verzweigungen zu verfolgen; denn wie schon gesagt, besteht der schwerste Teil der Steuerlast in den dadurch erhöhten Preisen. Ihrem Wesen nach gleichen diese

Steuern offenbar der Abgabe des ägyptischen Paschas auf Dattelpalmen. Wenn sie schon nicht dazu führen, dass die Bäume gefällt werden, halten sie doch wenigstens davon ab, neue zu pflanzen.

Die Abschaffung dieser Steuern würde die gesamte gewaltige Abgabenlast von der produktiven Tätigkeit nehmen. Die Nadel der Näherin und die große Fabrik, das Zugpferd und die Lokomotive, das Fischerboot und das Dampfschiff, der Pflug des Landwirts und der Warenbestand des Kaufmanns blieben gleichermaßen unbesteuert. Alle könnten frei herstellen oder sparen, kaufen oder verkaufen, ohne durch Steuern bestraft und von Steuereinnehmern behelligt zu werden. Statt den Produzierenden wie heute zu sagen: »Je mehr ihr zum allgemeinen Wohlstand beitragt, desto höher werdet ihr besteuert«, würde der Staat sagen: »Seid so fleißig, sparsam und unternehmungslustig, wie ihr wollt; ihr sollt euren vollen Ertrag behalten. Ihr werdet nicht dafür bestraft, dass ihr zwei Grashalme wachsen lasst, wo zuvor nur einer wuchs; ihr werdet nicht besteuert, weil ihr den allgemeinen Wohlstand vermehrt.«

Und würde die Gemeinschaft nicht gewinnen, wenn sie darauf verzichtete, die Gans zu schlachten, die goldene Eier legt, dem Ochsen beim Dreschen das Maul zu verbinden und Fleiß, Sparsamkeit und Geschick um ihren natürlichen, ungeschmälerten Lohn zu bringen? Denn auch der Gemeinschaft fällt ein natürlicher Ertrag zu. Das Gesetz der Gesellschaft lautet nicht nur: alle für einen, sondern auch: einer für alle. Niemand kann das Gute, das er bewirkt, ausschließlich für sich behalten – ebenso wenig wie das Schlechte. Jedes produktive Unternehmen bringt neben dem Ertrag für diejenigen, die es betreiben, auch anderen Vorteile. Pflanzt jemand einen Obstbaum, besteht sein eigener Gewinn darin, zu gegebener Zeit die Früchte zu ernten. Doch darüber hinaus gewinnt die

ganze Gemeinschaft. Auch andere als der Eigentümer profitieren vom größeren Früchteangebot; die Vögel, denen der Baum Schutz bietet, fliegen weit umher; der Regen, den er anziehen hilft, fällt nicht allein auf sein Feld; und selbst dem Auge, das aus der Ferne auf ihm ruht, vermittelt er Schönheit. So verhält es sich mit allem anderen. Der Bau eines Hauses, einer Fabrik, eines Schiffes oder einer Eisenbahn nützt nicht nur denjenigen, die den unmittelbaren Gewinn erhalten. Die Natur lacht über den Geizhals. Er gleicht dem Eichhörnchen, das seine Nüsse vergräbt und sie nicht wieder ausgräbt: Sie keimen und werden zu Bäumen. In feines Leinen gehüllt und mit kostbaren Gewürzen getränkt wird die Mumie beigesetzt. Jahrtausende später kocht der Beduine sein Essen über einem Feuer aus ihren Hüllen; sie erzeugen den Dampf, der Reisende voranträgt, oder gelangen in ferne Länder und befriedigen dort die Neugier eines anderen Volkes. Die Biene füllt den hohlen Baum mit Honig – dann kommen der Bär oder der Mensch.

Mit gutem Grund kann die Gemeinschaft dem einzelnen Produzenten alles belassen, was ihn zur Anstrengung bewegt; sie kann den Arbeitenden den vollen Ertrag ihrer Arbeit und den Kapitaleigentümern den vollen Ertrag ihres Kapitals lassen. Denn je mehr Arbeit und Kapital hervorbringen, desto größer wird der gemeinsame Wohlstand, an dem alle teilhaben können. Im Bodenwert oder in der Grundrente nimmt dieser allgemeine Gewinn eine bestimmte, greifbare Form an. Hier liegt ein Fonds, den der Staat abschöpfen kann, ohne Arbeit und Kapital ihren vollen Ertrag zu nehmen. Mit zunehmender Produktionstätigkeit würde auch dieser Fonds entsprechend wachsen.

Die Steuerlast von Produktion und Austausch auf den Bodenwert oder die Grundrente zu verlagern, würde nicht nur der Erzeugung von Wohlstand neue

Impulse geben, sondern auch neue Möglichkeiten eröffnen. Denn in einem solchen System hätte niemand ein Interesse daran, Boden zu halten, den er nicht nutzt; heute zurückgehaltener Boden würde überall für eine sinnvolle Nutzung freigegeben.

Der Verkaufspreis des Bodens würde fallen; die Bodenspekulation erhielte ihren Todesstoß; die Monopolisierung von Boden lohnte sich nicht länger. Millionen Hektar, von denen Siedler heute durch hohe Preise ausgeschlossen sind, würden von ihren Eigentümern aufgegeben oder zu geringen Preisen an Siedler verkauft. Das beträfe nicht nur die Grenzgebiete, sondern auch Regionen, die heute als gut besiedelt gelten. Im Umkreis von hundert Meilen um San Francisco würde genügend Boden frei, um selbst mit den heutigen Anbaumethoden eine ebenso große landwirtschaftliche Bevölkerung zu ernähren, wie sie heute zwischen der Grenze Oregons und der mexikanischen Grenze – über eine Entfernung von achthundert Meilen – verstreut lebt. Entsprechendes gälte für die meisten westlichen Bundesstaaten und in beträchtlichem Maß auch für die älteren Staaten im Osten; selbst New York und Pennsylvania sind im Verhältnis zur Aufnahmefähigkeit ihres Bodens noch dünn besiedelt. Und sogar im dicht bevölkerten England würde eine solche Politik Hunderttausende Hektar der Bewirtschaftung öffnen, die heute als Privatparks, Wildgehege und Jagdgründe zurückgehalten werden.

Dieses einfache Mittel, sämtliche Steuern auf den Bodenwert zu legen, käme tatsächlich einer Versteigerung des Bodens an denjenigen gleich, der dem Staat die höchste Grundrente zu zahlen bereit wäre. Die Nachfrage nach Boden bestimmt seinen Wert. Würde die Steuer diesen Wert nahezu vollständig abschöpfen, müsste jemand, der Boden ungenutzt halten wollte, fast ebenso viel zahlen, wie er einem Nutzungswilligen wert wäre.

Dabei ist zu beachten, dass dies nicht nur landwirtschaftliche Flächen, sondern jeden Boden beträfe. Mineralvorkommen würden ebenso zur Nutzung freigegeben wie Ackerland; im Herzen einer Stadt könnte es sich niemand leisten, ein Grundstück seiner ertragreichsten Nutzung vorzuenthalten, und am Stadtrand könnte niemand mehr verlangen, als die dort jeweils mögliche Nutzung rechtfertigte. Wo immer Boden einen Wert erlangt hätte, würde die Besteuerung nicht länger – wie heute – Verbesserungen bestrafen, sondern zu Verbesserungen drängen. Wer einen Obstgarten pflanzte, ein Feld bestellte, ein Haus baute oder eine Fabrik errichtete, und wäre sie noch so kostspielig, hätte nicht mehr Steuern zu zahlen, als wenn er denselben Boden brachliegen ließe. Der Monopolist landwirtschaftlicher Flächen würde ebenso hoch besteuert, als stünden auf seinem Boden Häuser und Scheunen und als wäre er mit Feldfrüchten und Viehbestand gefüllt. Der Eigentümer eines unbebauten Stadtgrundstücks müsste für das Vorrecht, andere bis zu seiner eigenen Nutzung davon fernzuhalten, ebenso viel zahlen wie sein Nachbar mit einem schönen Haus. Eine Reihe baufälliger Hütten auf wertvollem Boden zu belassen, kostete ebenso viel, als stünden dort ein prächtiges Hotel oder große, mit kostbaren Waren gefüllte Lagerhäuser.

Damit verschwände der Preis, der heute gerade dort entrichtet werden muss, wo Arbeit am produktivsten wäre, noch bevor sie überhaupt eingesetzt werden kann. Wer Landwirtschaft betreiben will, müsste nicht die Hälfte seiner Mittel für Boden ausgeben oder die Erträge jahrelanger Arbeit verpfänden; wer sich in der Stadt ein Haus bauen will, müsste für ein kleines Grundstück nicht ebenso viel zahlen wie für das darauf errichtete Haus; und ein Unternehmen, das eine Fabrik bauen möchte, müsste keinen großen Teil seines Kapitals

für den Standort aufwenden. Was Jahr für Jahr an den Staat gezahlt würde, träte an die Stelle sämtlicher heutigen Steuern auf Gebäude, Verbesserungen, Maschinen und Warenbestände.

Betrachten wir die Wirkung einer solchen Veränderung auf den Arbeitsmarkt. Der Wettbewerb wäre nicht länger einseitig wie heute. Statt dass Arbeitende miteinander um Beschäftigung konkurrieren und dabei die Löhne bis auf das bloße Existenzminimum drücken, würden Arbeitgeber überall um Arbeitskräfte konkurrieren; die Löhne stiegen auf den angemessenen Ertrag der Arbeit. Denn auf dem Arbeitsmarkt träte der größte aller Nachfrager nach Arbeit auf – ein Nachfrager, dessen Bedarf erst gestillt ist, wenn auch die Bedürfnisse der Arbeitenden gestillt sind: die Arbeit selbst. Arbeitgeber müssten nicht nur gegen andere Arbeitgeber bieten, die alle den Impuls lebhafteren Handels und steigender Gewinne verspürten, sondern auch gegen die Möglichkeit der Arbeitenden, auf den natürlichen Chancen, die durch die Monopolisierung verhindernde Steuer frei zugänglich würden, ihre eigenen Arbeitgeber zu werden.

Wären die natürlichen Möglichkeiten der Arbeit auf diese Weise geöffnet, Kapital und Verbesserungen steuerfrei und der Austausch von Beschränkungen befreit, könnte es nicht länger vorkommen, dass arbeitswillige Menschen ihre Arbeit nicht in die Güter verwandeln können, an denen es ihnen fehlt. Die wiederkehrenden Krisen, die das Wirtschaftsleben lähmen, würden enden; jedes Rad der Produktion käme in Bewegung; Nachfrage und Angebot hielten miteinander Schritt; der Handel nähme in alle Richtungen zu und überall wüchse der Wohlstand.

KAPITEL II DIE WIRKUNG AUF DIE VERTEILUNG UND DAMIT AUF DIE PRODUKTION

So groß diese Vorteile erscheinen: Ihre volle Bedeutung lässt sich erst ermessen, wenn wir betrachten, wie sich die Verlagerung aller öffentlichen Lasten auf eine Bodenwertsteuer auf die Verteilung des Wohlstands auswirkt.

Wir haben die Ursache der ungleichen Verteilung des Wohlstands, die sich in allen zivilisierten Ländern zeigt und mit fortschreitender materieller Entwicklung immer stärker zu werden neigt, darin gefunden, dass privates Bodeneigentum mit dem Fortschritt der Zivilisation eine immer größere Macht verleiht, sich den von Arbeit und Kapital geschaffenen Wohlstand anzueignen.

Arbeit und Kapital von allen direkten und indirekten Steuern zu befreien und die Last auf die Grundrente zu legen, würde dieser Tendenz zur Ungleichheit entgegenwirken. Würde die Steuer die gesamte Grundrente erfassen, wäre die Ursache der Ungleichheit vollständig beseitigt. Statt wie heute Ungleichheit hervorzubringen, würde die Grundrente dann die Gleichheit fördern. Arbeit und Kapital erhielten das gesamte Produkt, abzüglich des Teils, den der Staat durch die Besteuerung der Bodenwerte einzieht und für öffentliche Zwecke verwendet, sodass er allen in Form öffentlicher Leistungen gleichermaßen zugutekommt.

Der in einer Gemeinschaft erzeugte Wohlstand würde sich also in zwei Teile gliedern. Der eine würde als Lohn und Kapitalertrag unter den einzelnen Produzierenden verteilt, entsprechend ihrem jeweiligen Beitrag zur Produktion. Der andere fiele der Gemeinschaft als Ganzes zu und würde ihren Mitgliedern in Form öffentlicher

Leistungen zugutekommen. Daran hätten alle gleichen Anteil: Schwache wie Starke, kleine Kinder und gebrechliche alte Menschen, Menschen mit Behinderungen ebenso wie körperlich Leistungsfähige. Das wäre gerecht. Denn während der erste Teil das Ergebnis individueller Produktionsleistung verkörpert, steht der zweite für die gesteigerte Kraft, mit der die Gemeinschaft als Ganzes den Einzelnen unterstützt.

Da der materielle Fortschritt die Grundrente steigen lässt, würde dieselbe Ursache, die heute im Zuge dieses Fortschritts immer größere Ungleichheit hervorbringt, unter gemeinschaftlicher Verwendung der Grundrente zu immer größerer Gleichheit führen. Um diese Wirkung vollständig zu verstehen, kehren wir zu den bereits entwickelten Grundsätzen zurück.

Wir haben gesehen, dass Lohn und Kapitalertrag überall durch die Rentengrenze oder Anbaugrenze bestimmt werden müssen – also durch den Ertrag, den Arbeit und Kapital auf Boden erzielen können, für den keine Grundrente gezahlt wird. Der gesamte Wohlstand, den die in der Produktion eingesetzten Arbeits- und Kapitalleistungen erhalten, entspricht dem erzeugten Wohlstand – unter Berücksichtigung der Steuern genauer: dem Nettoertrag – abzüglich dessen, was als Grundrente abfließt.

Wir haben ferner gesehen, dass der materielle Fortschritt unter den heutigen Bedingungen die Grundrente auf zweifache Weise steigen lässt. Beide Tendenzen vergrößern den Anteil des erzeugten Wohlstands, der als Grundrente abfließt, und verkleinern den Anteil von Lohn und Kapitalertrag. Die erste, natürliche Tendenz, die aus den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung folgt, erhöht jedoch den absoluten Betrag der Grundrente, ohne die absoluten Beträge von Lohn und Kapitalertrag zu mindern; sie kann diese sogar erhöhen. Die andere Tendenz, die aus

der widernatürlichen Aneignung des Bodens als Privateigentum hervorgeht, erhöht die Grundrente gerade dadurch, dass sie Lohn und Kapitalertrag auch ihrem Betrag nach verringert.

Wird die Grundrente für öffentliche Zwecke besteuert und damit privates Bodeneigentum praktisch aufgehoben, verschwindet die Tendenz zum absoluten Rückgang von Lohn und Kapitalertrag, weil die spekulative Monopolisierung des Bodens und die spekulative Steigerung der Grundrente enden. Lohn und Kapitalertrag würden erheblich steigen, da bisher monopolisierte natürliche Möglichkeiten geöffnet und die Bodenpreise gesenkt würden. Arbeit und Kapital gewännen somit nicht nur zurück, was ihnen heute durch Steuern genommen wird, sondern profitierten zusätzlich vom tatsächlichen Rückgang der Grundrente, den sinkende spekulative Bodenwerte bewirken. Es entstünde ein neues Gleichgewicht, in dem das allgemeine Niveau von Lohn und Kapitalertrag weit höher läge als heute.

Ist dieses neue Gleichgewicht erreicht, würden weitere Fortschritte der Produktivkraft – und diese Entwicklung würde sich stark beschleunigen – die Grundrente weiter erhöhen, nun aber nicht auf Kosten von Lohn und Kapitalertrag, sondern durch zusätzliche Produktion. Da die Gemeinschaft die Grundrente für öffentliche Zwecke einzöge, käme dieser Zuwachs jedem ihrer Mitglieder zugute. Mit dem materiellen Fortschritt verbesserte sich die Lage der breiten Bevölkerung fortwährend. Nicht nur eine Klasse, sondern alle würden wohlhabender; nicht nur eine Klasse, sondern alle hätten mehr vom Notwendigen, Bequemen und Angenehmen des Lebens. Denn niemand könnte die wachsende Produktionskraft monopolisieren, die mit einer zunehmenden Bevölkerung, jeder neuen Entdeckung in den produktiven Künsten, jeder arbeitssparenden Erfindung und jeder Ausweitung

und Erleichterung des Austauschs entsteht. Der Teil des Nutzens, der nicht unmittelbar den Ertrag von Arbeit und Kapital erhöht, fiele dem Staat zu – also der gesamten Gemeinschaft. So verbänden sich die gewaltigen materiellen und geistigen Vorteile einer dichten Bevölkerung mit jener Freiheit und Gleichheit, die heute nur in neuen und dünn besiedelten Gebieten zu finden sind.

Bedenken wir nun, wie eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands auf die Produktion zurückwirken würde: Sie verhinderte überall Verschwendung und steigerte überall die Leistungsfähigkeit.

Ließe sich der unmittelbare finanzielle Verlust beziffern, den die Gesellschaft durch jene Fehlordnung erleidet, die große Bevölkerungsschichten zu Armut und Laster verurteilt, wäre die Summe erschreckend. England unterhält mehr als eine Million Arme aus öffentlichen Mitteln; allein die Stadt New York gibt jährlich über sieben Millionen Dollar für ähnliche Zwecke aus. Doch die Ausgaben öffentlicher Kassen, gemeinnütziger Organisationen und privater Wohltätigkeit wären zusammengenommen nur der erste und kleinste Posten. Hinzu kommen die möglichen Erträge der brachliegenden Arbeitskraft; die Folgen leichtfertiger, kurzsichtiger und müßiger Gewohnheiten, die dadurch entstehen; die wirtschaftlichen Verluste, auf die schon die erschreckenden Sterblichkeitszahlen – besonders die Kindersterblichkeit unter den ärmeren Schichten – hindeuten; die Verschwendung, die sich in der mit wachsender Armut zunehmenden Zahl von Schnapslokalen zeigt; die Schäden durch jene aus Armut und Not hervorgehenden Randgruppen – Diebe, Prostituierte, Bettler und Landstreicher – und die Kosten, die Gesellschaft vor ihnen zu schützen. All dies gehört zu dem Betrag, den die heutige ungerechte und ungleiche Verteilung dem

Wohlstand entzieht, den die Gesellschaft mit ihren vorhandenen Produktionsmitteln genießen könnte. Und selbst damit ist die Rechnung nicht vollständig. Unwissenheit und Laster, Leichtsinn und Sittenverfall, die aus der ungleichen Verteilung entstehen, zeigen sich in Unfähigkeit und Korruption des Staates. Die Verschwendung öffentlicher Einnahmen und die noch größere Verschwendung durch unwissenden und korrupten Missbrauch staatlicher Befugnisse sind deren zwangsläufige Folgen.

Die höheren Löhne und neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die aus der Verwendung der Grundrente für öffentliche Zwecke hervorgingen, würden nicht nur diese Verschwendung beenden und die Gesellschaft von gewaltigen Verlusten befreien; sie würden auch die Leistungsfähigkeit der Arbeit erhöhen. Es ist eine Binsenweisheit, dass Arbeit dort am produktivsten ist, wo die Löhne am höchsten sind. Schlecht bezahlte Arbeit ist überall auf der Welt ineffiziente Arbeit.

Was man in englischen Agrarbezirken mit unterschiedlich hohen Löhnen an der Arbeitsleistung beobachtet; was Brassey beim Vergleich seiner besser bezahlten englischen Erdarbeiter mit den schlechter bezahlten Arbeitskräften auf dem Kontinent feststellte; was sich in den Vereinigten Staaten beim Vergleich freier Arbeit mit Sklavenarbeit zeigte; und was sich an der erstaunlich großen Zahl von Handwerkern und Bediensteten erkennen lässt, die in Indien oder China für eine Aufgabe benötigt werden – all dies bestätigt eine allgemeine Wahrheit: Die Leistungsfähigkeit der Arbeit steigt mit dem üblichen Lohnniveau. Denn hohe Löhne bedeuten mehr Selbstachtung, Bildung, Hoffnung und Tatkraft. Der Mensch ist keine Maschine, die eine feststehende Leistung und nicht mehr erbringt; er

ist auch kein Tier, dessen Fähigkeiten eine unverrückbare Grenze besitzen. Nicht die Muskelkraft, sondern der Geist ist das große Werkzeug der Produktion. Die im menschlichen Körper erzeugte physische Kraft gehört zu den schwächsten Kräften; der menschlichen Intelligenz dagegen gehorchen die unbezwingbaren Ströme der Natur, und der Stoff wird dem menschlichen Willen formbar. Den breiten Schichten mehr Behaglichkeit, freie Zeit und Unabhängigkeit zu verschaffen heißt, ihre geistigen Fähigkeiten zu steigern; es heißt, den Kopf der Hand zu Hilfe zu bringen und jene Kraft in die gemeinsame Lebensarbeit einzubeziehen, die Kleinstlebewesen vermisst und die Bahnen der Sterne berechnet.

Wer kann sagen, zu welchen nahezu unbegrenzten Höhen die wohlstandsschaffende Kraft der Arbeit durch gesellschaftliche Verhältnisse steigen könnte, die den Produzierenden einen gerechten Anteil an ihren Vorteilen und Annehmlichkeiten geben? Schon mit den heutigen Verfahren wäre der Gewinn unermesslich. Doch je höher die Löhne sind, desto schneller und leichter werden verbesserte Verfahren und Maschinen erfunden und eingesetzt. Dass in Südrussland das Getreide noch mit der Sense geschnitten und mit dem Dreschflegel ausgedroschen wird, liegt schlicht an den dort so niedrigen Löhnen. Der amerikanische Erfindungsgeist und die amerikanische Begabung für arbeitssparende Verfahren und Maschinen sind Ergebnisse der vergleichsweise hohen Löhne in den Vereinigten Staaten. Wären unsere Produzierenden auf den geringen Ertrag des ägyptischen Fellachen oder des chinesischen Kulis beschränkt, würden wir Wasser mit der Hand schöpfen und Waren auf menschlichen Schultern tragen. Ein höherer Ertrag von Arbeit und Kapital würde Erfindungen weiter anregen und die Einführung verbesserter Verfahren

beschleunigen. Diese würden dann als das erscheinen, was sie an sich tatsächlich sind: ein uneingeschränktes Gut. Die heute so oft sichtbaren Nachteile arbeitssparender Maschinen für die arbeitenden Klassen – die viele Menschen trotz aller Gegenargumente Maschinen als Übel statt als Segen ansehen lassen – verschwänden. Jede neue Kraft im Dienst des Menschen verbesserte die Lage aller. Und aus der allgemeinen Bildung und geistigen Tätigkeit, die aus dieser Verbesserung der Lebensverhältnisse hervorgingen, würden neue Kräfte entstehen, von denen wir heute nicht einmal träumen können.

Ich bestreite allerdings nicht und will auch nicht übersehen, dass die gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands, die aus dem von mir vorgeschlagenen einfachen Steuersystem hervorginge, zwar Verschwendung verhinderte und die Leistungsfähigkeit der Arbeit erhöhte, zugleich aber die Heftigkeit des Strebens nach Reichtum abschwächen müsste. In einer Gesellschaft, in der niemand Armut zu fürchten braucht, würde wohl niemand großen Reichtum begehren – jedenfalls würde niemand so verbissen danach streben wie heute. Dass Menschen, denen nur wenige Lebensjahre bleiben, ihre Zeit damit vertun, reich zu sterben, ist an sich so widernatürlich und absurd, dass in einer Gesellschaft ohne Existenzangst und ohne die neidvolle Bewunderung großer Vermögen jeder, der sich für mehr abrackerte, als er gebrauchen kann, etwa so angesehen würde wie jemand, der sechs Hüte übereinander trägt oder in der heißen Sonne im Wintermantel umhergeht. Wenn alle sicher sein können, genug zu erhalten, wird niemand sich zum Lasttier machen wollen.

Doch selbst wenn dieser Produktionsanreiz wegfällt: Können wir nicht auf ihn verzichten? Welche Aufgabe er in einer früheren Entwicklungsstufe auch erfüllt haben mag – heute

ist er nicht mehr nötig. Die Gefahren, die unsere Zivilisation bedrohen, entspringen nicht einer zu schwachen Produktionskraft. Woran sie leidet und woran sie ohne Abhilfe zugrunde gehen muss, ist die ungleiche Verteilung.

Auch rein unter dem Gesichtspunkt der Produktion wäre der Wegfall dieses Anreizes kein eindeutiger Verlust. Denn dass die Gier, mit der Reichtum verfolgt wird, die Gesamtproduktion stark vermindert, gehört zu den auffälligsten Tatsachen der modernen Gesellschaft. Ließe dieses wahnhafte Streben nach Reichtum um jeden Preis nach, könnten geistige Kräfte, die heute dem Anhäufen von Vermögen dienen, in weit nützlichere Tätigkeitsfelder fließen.

KAPITEL III DIE WIRKUNG AUF EINZELNE UND GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN

Wird erstmals vorgeschlagen, alle Steuern auf den Bodenwert zu legen und damit die Grundrente abzuschöpfen, werden vermutlich sämtliche Grundeigentümer aufgeschreckt. Gewiss wird man an die Ängste der Eigentümer kleiner Bauernhöfe und Eigenheime appellieren und ihnen sagen, man wolle sie um ihren mühsam erworbenen Besitz bringen. Doch schon eine kurze Überlegung zeigt, dass dieser Vorschlag allen willkommen sein sollte, deren Interessen als Grundeigentümer nicht erheblich größer sind als ihre Interessen als Arbeitende, Kapitaleigentümer oder beides. Eine nähere Betrachtung zeigt darüber hinaus, dass selbst große Grundeigentümer zwar relativ verlieren, in absoluten Zahlen jedoch gewinnen würden. Denn die Produktion nähme so stark zu, dass Arbeit und Kapital weit mehr gewännen, als privates Bodeneigentum verlöre. An diesen Gewinnen und den noch größeren Vorteilen gesünderer gesellschaftlicher Verhältnisse hätte die gesamte Gemeinschaft Anteil – einschließlich der Grundeigentümer selbst.

In einem früheren Kapitel habe ich erörtert, was den heutigen Grundeigentümern zusteht, und gezeigt, dass sie keinen Anspruch auf Entschädigung haben. Doch es gibt noch einen weiteren Grund, jeden Gedanken an eine Entschädigung fallen zu lassen: Ihnen entsteht tatsächlich kein Schaden.

Offenkundig würde die von mir vorgeschlagene Veränderung allen zugutekommen, die von Lohn leben – ob sie mit der Hand oder mit dem Kopf arbeiten: Arbeitern, Fabrikbeschäftigten, Handwerkern, Angestellten und Angehörigen aller

freien Berufe. Ebenso offenkundig würde sie allen nützen, die teils von ihrer Arbeit und teils vom Ertrag ihres Kapitals leben: Ladeninhabern, Kaufleuten, Fabrikanten und allen, die Produktion oder Austausch betreiben oder andere dabei beschäftigen – vom Hausierer und Fuhrunternehmer bis zum Eigentümer einer Eisenbahn oder Dampfschifffahrtslinie. Auch die Einkommen derjenigen, die vom Kapitalertrag oder von anderen Anlagen als Boden leben, würden steigen. Eine mögliche Ausnahme bilden lediglich Besitzer von Staatsanleihen und anderen festverzinslichen Wertpapieren: Deren Marktwert würde infolge des allgemein steigenden Zinsniveaus vermutlich sinken, ihr laufender Ertrag jedoch gleich bleiben.

Nehmen wir nun den Eigentümer eines Eigenheims: einen Handwerker, Ladeninhaber oder Freiberufler, der sich ein Haus mit Grundstück erworben hat und mit Genugtuung daran denkt, dass seine Familie im Fall seines Todes daraus nicht vertrieben werden kann. Er würde nicht geschädigt, sondern gewinnen. Der Verkaufswert seines Grundstücks nähme ab; theoretisch verschwände er ganz. Doch sein Gebrauchswert bliebe bestehen. Das Grundstück erfüllte seinen Zweck ebenso gut wie zuvor. Da der Wert aller anderen Grundstücke im selben Verhältnis fiele oder verschwände, behielte er dieselbe Sicherheit, stets ein Grundstück besitzen zu können. Er verlöre also nur in demselben Sinn wie jemand, der ein Paar Stiefel gekauft hat und nach einem späteren Preisverfall als Verlierer gelten könnte: Seine Stiefel sind ihm ebenso nützlich wie zuvor, und das nächste Paar bekommt er günstiger. Auch das Grundstück bliebe seinem Eigentümer ebenso nützlich. Wollte er später ein größeres erwerben oder seinen heranwachsenden Kindern zu eigenen Häusern verhelfen, wäre er selbst hinsichtlich der

Grundstücke im Vorteil. Schon gegenwärtig überwögen seine Gewinne deutlich. Zwar müsste er für seinen Boden mehr Steuern zahlen; dafür entfielen die Steuern auf sein Haus und dessen Verbesserungen, auf Möbel und sonstigen Besitz sowie auf alles, was er und seine Familie essen, trinken und tragen. Zugleich stiege sein Einkommen durch höhere Löhne, dauerhafte Beschäftigung und lebhafteren Handel erheblich. Ein Verlust entstünde nur, wenn er sein Grundstück verkaufen wollte, ohne ein anderes zu erwerben – und dieser geringe Verlust stünde einem großen Gewinn gegenüber.

Ähnlich verhält es sich mit dem Landwirt. Ich spreche nicht von jenen, die nie einen Pflug anfassen, Tausende Hektar bewirtschaften und Einkommen wie die reichen Plantagenbesitzer des amerikanischen Südens vor dem Bürgerkrieg beziehen. Gemeint sind die selbst arbeitenden Landwirte, die in den Vereinigten Staaten eine große Gruppe bilden: Menschen mit kleinen Höfen, die sie gemeinsam mit ihren Söhnen und vielleicht einigen Hilfskräften bewirtschaften und die man in Europa als bäuerliche Eigentümer bezeichnen würde. So widersprüchlich es ihnen erscheinen mag, solange sie die Tragweite des Vorschlags nicht erkannt haben: Von allen Gruppen oberhalb der reinen Lohnarbeit haben sie am meisten davon, sämtliche Steuern auf den Bodenwert zu verlagern. Dass ihr harter Einsatz ihnen heute keinen angemessenen Lebensunterhalt verschafft, empfinden sie im Allgemeinen deutlich, auch wenn sie die Ursache nicht benennen können. Tatsächlich belastet das heutige Steuersystem sie besonders schwer. Besteuert werden all ihre Verbesserungen – Häuser, Scheunen, Zäune, Ernten und Vieh. Ihren beweglichen Besitz können sie nicht so leicht verbergen oder unterbewerten wie die wertvolleren Vermögensarten, die in den Städten konzentriert sind. Sie zahlen nicht nur auf bewegliches

Vermögen und Verbesserungen Steuern, denen die Eigentümer ungenutzter Flächen entgehen; ihr Boden wird häufig sogar höher bewertet als spekulativ gehaltener, allein weil er verbessert ist. Darüber hinaus treffen sämtliche Verbrauchsteuern den Landwirt ohne Ausgleich – besonders solche Abgaben, die wie Schutzzölle ausdrücklich die Warenpreise erhöhen sollen. In einem Land wie den Vereinigten Staaten, das landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert, kann der Landwirt nicht geschützt werden: Wer auch gewinnt, er muss verlieren. Vor einigen Jahren veröffentlichte die New Yorker Freihandelsliga ein Flugblatt mit Abbildungen verschiedener Bedarfsgüter und den jeweiligen Zollsätzen. Sinngemäß hieß es dort: »Der Landwirt steht morgens auf, zieht seine mit vierzig Prozent besteuerte Hose und seine mit dreißig Prozent besteuerten Stiefel an und entzündet mit einem zu zweihundert Prozent besteuerten Streichholz ein Licht.« So folgte es ihm durch den Tag und das ganze Leben, bis er, von Steuern getötet, an einem mit fünfundvierzig Prozent besteuerten Seil ins Grab hinabgelassen wurde. Das veranschaulicht anschaulich, wo solche Abgaben letztlich ankommen. Der Landwirt würde von der Ersetzung all dieser Steuern durch eine einzige Bodenwertsteuer stark profitieren. Die Bodenwertsteuer träfe am stärksten Städte und Ortschaften mit hohen Bodenwerten, nicht ländliche Gebiete, in denen sie vergleichsweise niedrig sind. Steuern auf bewegliches Vermögen und Verbesserungen belasten das Land dagegen ebenso schwer wie die Stadt. In dünn besiedelten Regionen hätte ein Landwirt nahezu gar keine Steuer zu zahlen. Da allein der Wert des unbebauten Bodens besteuert würde, träfe die Steuer unverbesserten Boden ebenso stark wie verbesserten. Hektar für Hektar könnte der bewirtschaftete und verbesserte Hof mit Gebäuden,

Zäunen, Obstgarten, Ernte und Vieh nicht höher besteuert werden als ungenutzter Boden gleicher Güte. Spekulative Werte würden dadurch niedrig gehalten, und bewirtschaftete, verbesserte Höfe blieben steuerfrei, bis ihr Umland gut besiedelt wäre. So paradox es zunächst erscheinen mag: Sämtliche Steuern auf den Bodenwert zu legen, würde die am härtesten arbeitenden Landwirte von jeder Steuer befreien.

Der große Gewinn des selbst arbeitenden Landwirts wird jedoch erst sichtbar, wenn man die Wirkung auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung berücksichtigt. Das Verschwinden spekulativer Bodenwerte würde die Bevölkerung dort entzerren, wo sie zu dicht lebt, und dort bündeln, wo sie zu weit verstreut ist. An die Stelle der Mietskaserne träten von Gärten umgebene Häuser; landwirtschaftliche Gebiete würden vollständig besiedelt, bevor Menschen gezwungen wären, fern von Nachbarn nach Boden zu suchen. Die Stadtbevölkerung erhielte dadurch mehr von der reinen Luft und dem Sonnenlicht des Landes, die Landbevölkerung mehr von den wirtschaftlichen Vorteilen und dem gesellschaftlichen Leben der Stadt. Sollte der Maschineneinsatz, wie zweifellos anzunehmen ist, große Felder begünstigen, würde die landwirtschaftliche Bevölkerung wieder die ursprüngliche Form annehmen und sich in Dörfern sammeln. Das Leben des durchschnittlichen Landwirts ist heute unnötig eintönig. Er muss nicht nur von früh bis spät arbeiten; die dünne Besiedlung schneidet ihn auch von Annehmlichkeiten, Unterhaltung, Bildungsmöglichkeiten und jenen sozialen und geistigen Chancen ab, die aus dem engeren Kontakt von Mensch zu Mensch entstehen. In all diesen Beziehungen wäre er weit besser gestellt und seine Arbeit wesentlich produktiver, wenn er und seine Nachbarn nur so viel Boden hielten, wie sie tatsächlich nutzen wollten.[56] Seine

Kinder würden beim Heranwachsen weder so stark von den Reizen der Stadt angezogen noch gezwungen, weit entfernt nach eigenen Höfen zu suchen. Die Mittel ihres Lebensunterhalts lägen in ihrer eigenen Hand – und in ihrer Heimat.

Kurz gesagt: Der selbst arbeitende Landwirt ist Arbeiter und Kapitaleigentümer ebenso wie Grundeigentümer; seinen Lebensunterhalt bestreitet er durch Arbeit und Kapital. Sein Verlust wäre nur nominell, sein Gewinn wirklich und groß.

In unterschiedlichem Maß gilt dies für alle Grundeigentümer. Viele von ihnen arbeiten selbst in irgendeiner Form. Und es dürfte kaum einen Grundeigentümer geben, der nicht arbeitet und auch kein Kapitaleigentümer ist; im Allgemeinen wächst der Kapitalbesitz sogar mit der Größe des Bodenbesitzes. Das ist so ausgeprägt, dass diese Eigenschaften im gewöhnlichen Denken miteinander verschmelzen. Sämtliche Steuern auf den Bodenwert zu legen, würde zwar große Vermögen erheblich verkleinern, aber keinen reichen Menschen mittellos machen. Der Duke of Westminster, dem ein beträchtlicher Teil des Londoner Stadtgebiets gehört, ist wahrscheinlich der reichste Grundeigentümer der Welt. Würde seine gesamte Grundrente durch Steuern abgeschöpft, sänke sein gewaltiges Einkommen erheblich; doch seine Gebäude und alle Einkünfte daraus blieben ihm, ebenso zweifellos umfangreiches bewegliches Vermögen in verschiedenen Formen. Er hätte weiterhin alles, was er überhaupt genießen könnte – und dazu eine weit bessere Gesellschaft, in der er es genießen könnte.

Auch die Astors in New York blieben sehr reich. Und so verhielte es sich, wie man überall erkennen dürfte: Diese Maßnahme machte niemanden ärmer, außer Menschen, die erheblich ärmer werden könnten, ohne dadurch wirklich beeinträchtigt zu

sein. Sie beschnitte große Vermögen, aber sie stürzte niemanden in Armut.

Der Wohlstand würde nicht nur gewaltig zunehmen, sondern auch gerecht verteilt. Damit meine ich nicht, dass jeder Mensch die gleiche Menge an Gütern erhielte. Solange Menschen unterschiedliche Fähigkeiten und Wünsche haben, wäre das keine gleiche Verteilung. Gemeint ist vielmehr, dass der Wohlstand danach verteilt würde, wie viel Fleiß, Geschick, Wissen oder Umsicht jeder zum gemeinsamen Bestand beigetragen hat. Die große Ursache, die Wohlstand in den Händen derjenigen konzentriert, die nichts hervorbringen, und ihn den Produzierenden entzieht, wäre beseitigt. Verbleibende Unterschiede wären natürliche Unterschiede, nicht die künstlichen Ungleichheiten, die aus der Missachtung des Naturrechts entstehen. Wer nichts produziert, könnte nicht länger im Luxus leben, während den Produzierenden nur das nackte Existenzminimum bleibt.

Ist das Bodenmonopol beseitigt, braucht man große Vermögen nicht zu fürchten. Der Reichtum eines Einzelnen müsste dann aus Wohlstand im eigentlichen Sinn bestehen – aus Erzeugnissen der Arbeit, die beständig dazu neigen, sich wieder zu verteilen; denn Staatsschulden würden, wie ich annehme, das System, dem sie entspringen, nicht lange überleben. Jede Furcht vor großen Vermögen könnte schwinden. Wenn alle erhalten, was sie redlich verdienen, kann niemand mehr bekommen, als er redlich verdient. Wie viele Menschen gibt es, die tatsächlich eine Million Dollar verdienen?

KAPITEL IV DIE VERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFTLICHEN ORDNUNG UND DES GESELLSCHAFTLICHEN LEBENS

Wir befassen uns hier nur mit allgemeinen Grundsätzen. Bei ihrer Anwendung würden sich einige Detailfragen stellen – etwa zur Aufteilung der Einnahmen zwischen lokalen und übergeordneten staatlichen Ebenen. Sie brauchen an dieser Stelle jedoch nicht erörtert zu werden. Sind die Grundsätze geklärt, lassen sich die Einzelheiten ohne große Schwierigkeit regeln.

Ohne allzu weit auszuholen, ist es auch nicht möglich, sämtliche Veränderungen zu behandeln, die eine Neuordnung der gesellschaftlichen Grundlagen bewirken oder ermöglichen würde. Auf einige Hauptzüge möchte ich dennoch hinweisen.

Besonders auffällig wäre die große Vereinfachung des Staates. Steuern einzuziehen, Umgehungen zu verhindern und zu ahnden sowie Einnahmen aus zahlreichen verschiedenen Quellen wiederholt zu kontrollieren, macht heute wahrscheinlich drei Viertel, vielleicht sogar sieben Achtel aller staatlichen Tätigkeit aus – abgesehen von der Wahrung der Ordnung, dem Unterhalt der Streitkräfte und der Rechtspflege. Auf ein gewaltiges und kompliziertes Netz staatlicher Einrichtungen könnte verzichtet werden.

Auch die Rechtspflege würde erheblich entlastet. Ein großer Teil der Zivilverfahren entsteht aus Streitigkeiten über Bodeneigentum. Sie endeten, sobald der Staat tatsächlich als alleiniger Eigentümer des Bodens anerkannt wäre und alle Nutzenden praktisch zu Pächtern würden, die Grundrente zahlen. Der moralische Fortschritt, der mit dem Ende der Not einherginge, würde auch die übrigen Zivilverfahren vermindern. Beschleunigen

ließe sich dies durch Benthams vernünftigen Vorschlag, alle Gesetze zur Eintreibung von Schulden und zur Durchsetzung privater Verträge abzuschaffen. Steigende Löhne und die Möglichkeit für alle, leicht ein angenehmes Auskommen zu finden, würden Diebe, Betrüger und andere aus der ungleichen Wohlstandsverteilung hervorgehende Gruppen von Straftätern sofort zurückdrängen und bald aus der Gesellschaft verschwinden lassen. Die Strafrechtspflege mit ihrem ganzen Apparat aus Polizei, Ermittlern, Gefängnissen und Zuchthäusern würde daher ebenso wie die Zivilgerichtsbarkeit aufhören, Lebenskraft und Aufmerksamkeit der Gesellschaft in solchem Maß zu beanspruchen. Wir könnten nicht nur auf viele Richter, Gerichtsdiener, Schreiber und Gefängniswärter verzichten, sondern auch auf das große Heer von Juristen, das heute auf Kosten der Produzierenden unterhalten wird. Begabungen, die heute in juristischen Spitzfindigkeiten vergeudet werden, könnten höheren Aufgaben dienen.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung würden auf diese Weise außerordentlich vereinfacht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Staatsschulden und stehende Heere – historisch Folgen des Übergangs von feudalem zu freiem Bodeneigentum – lange fortbestünden, wenn die alte Vorstellung wiederkehrte, der Boden eines Landes sei das gemeinsame Recht seiner Bevölkerung. Staatsschulden ließen sich durch eine Steuer tilgen, die weder die Löhne mindert noch die Produktion hemmt. Stehende Heere müssten bald der wachsenden Bildung und Unabhängigkeit der breiten Bevölkerung weichen, vielleicht unterstützt durch Erfindungen, die das Kriegswesen grundlegend verändern.

Die Gesellschaft näherte sich damit dem Ideal der Jeffersonschen Demokratie, dem verheißenen Land Herbert Spencers: der Abschaffung des

Staates – allerdings nur des Staates als lenkender und unterdrückender Macht. Zugleich und im selben Maß könnte sie den Traum des Sozialismus verwirklichen. Die Vereinfachung und Aufhebung heutiger Staatsaufgaben würde die Übernahme anderer Aufgaben ermöglichen, die immer dringlicher nach Anerkennung verlangen. Der Staat könnte neben der Post auch die Nachrichtenübermittlung per Telegraf übernehmen; er könnte Eisenbahnen bauen und betreiben, so wie er allgemeine Straßen anlegt und unterhält. Bei so vereinfachten und verminderten bisherigen Aufgaben ließen sich solche Funktionen ohne Gefahr oder Überlastung übernehmen; sie stünden unter einer öffentlichen Aufmerksamkeit, die heute zerstreut ist. Aus der Besteuerung der Bodenwerte entstünde ein großer und ständig wachsender Einnahmenüberschuss, denn der nun stark beschleunigte materielle Fortschritt ließe die Grundrente fortwährend steigen. Diese aus dem gemeinsamen Eigentum stammenden Einnahmen könnten wie einst in Sparta dem gemeinsamen Wohl dienen. Öffentliche Speisetafeln müssten wir nicht einrichten – sie wären überflüssig. Doch wir könnten öffentliche Bäder, Museen, Bibliotheken, Gärten, Vortragssäle, Musik- und Tanzhallen, Theater, Universitäten, technische Schulen, Schießstände, Spielplätze und Sporthallen schaffen. Wärme, Licht und Antriebskraft könnten ebenso wie Wasser auf öffentliche Kosten durch unsere Straßen geleitet werden; Obstbäume könnten die Straßen säumen; Entdecker und Erfinder ließen sich belohnen, wissenschaftliche Forschung fördern; und auf tausend Wegen könnten öffentliche Einnahmen Tätigkeiten zum allgemeinen Wohl unterstützen. Wir erreichten das Ideal des Sozialismus, aber nicht durch staatlichen Zwang. Der Staat veränderte seinen Charakter und würde zur Verwaltung einer großen Genossenschaft – zu

nichts anderem als dem Organ, das gemeinsames Eigentum zum gemeinsamen Nutzen verwaltet.

Erscheint das undurchführbar? Bedenken wir einen Augenblick die gewaltigen Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens, die eine Ordnung bewirken würde, in der Arbeit ihren vollen Ertrag erhält, Not und Existenzangst verschwinden und selbst die Ärmsten sich frei und ihrer Natur gemäß entfalten können.

Wenn wir über die Möglichkeiten gesellschaftlicher Organisation nachdenken, nehmen wir leicht an, Habgier sei der stärkste menschliche Antrieb. Sichere Verwaltungssysteme, so glauben wir, müssten darauf beruhen, dass allein die Furcht vor Strafe Menschen ehrlich halte und eigennützige Interessen stets stärker seien als das Gemeinwohl. Nichts könnte der Wahrheit fernerliegen.

Woher stammt dieses Verlangen nach Gewinn, für das Menschen alles Reine und Edle mit Füßen treten, dem sie alle höheren Möglichkeiten des Lebens opfern, das Höflichkeit in leeren Schein, Vaterlandsliebe in Heuchelei und Religion in Verstellung verwandelt und so viel vom zivilisierten Leben zu einem Kampf aller gegen alle macht, dessen Waffen List und Betrug sind?

Entspringt es nicht der Not? Carlyle sagt irgendwo, Armut sei die Hölle, vor der sich der moderne Engländer am meisten fürchte. Und er hat recht. Armut ist die unbarmherzige Hölle mit offenem Rachen, die unter der zivilisierten Gesellschaft gähnt. Und sie ist Hölle genug. Die Veden sprechen keine tiefere Wahrheit aus, als wenn die weise Krähe Bushanda dem Adlerträger Vishnus erklärt, der schärfste Schmerz liege in der Armut. Denn Armut bedeutet nicht bloß Entbehrung. Sie bedeutet Scham und Erniedrigung; sie versengt die empfindlichsten Teile unseres sittlichen und geistigen Wesens wie mit glühendem

Eisen; sie verweigert die stärksten Regungen und zärtlichsten Bindungen und zerreißt die empfindlichsten Nerven. Du liebst deine Frau, du liebst deine Kinder – doch wäre es nicht leichter, sie sterben zu sehen, als sie jener drückenden Not ausgeliefert zu wissen, in der große Bevölkerungsschichten jeder hoch entwickelten Gesellschaft leben? Der stärkste tierische Trieb ist der Wille, am Leben festzuhalten. Dennoch kommt es in zivilisierten Gesellschaften täglich vor, dass Menschen aus Furcht vor Armut Gift nehmen oder sich erschießen. Und auf jeden, der dies tut, kommen vermutlich hundert, die denselben Wunsch empfinden, aber durch instinktives Zurückschrecken, religiöse Überzeugungen oder familiäre Bindungen davon abgehalten werden.

Es ist nur natürlich, dass Menschen alles daransetzen, dieser Hölle der Armut zu entkommen. Mit dem Drang zur Selbsterhaltung und zur Befriedigung eigener Bedürfnisse verbinden sich edlere Gefühle; neben der Furcht treibt auch die Liebe den Kampf an. Mancher Mensch tut etwas Niederträchtiges, Unehrliches, Gieriges oder Ungerechtes, um seine Mutter, seine Frau oder seine Kinder vor Not oder der Furcht davor zu bewahren.

Aus diesen Verhältnissen entsteht eine öffentliche Meinung, die eine der stärksten – für viele Menschen vielleicht die stärkste – Triebfedern menschlichen Handelns in den Kampf um Erwerb und Besitz einspannt. Das Verlangen nach Anerkennung, der Drang, die Achtung, Bewunderung oder Anteilnahme unserer Mitmenschen zu gewinnen, ist angeboren und allgemein. Bisweilen zu höchst abnormen Erscheinungen verzerrt, lässt er sich doch überall beobachten. Er wirkt im vermeintlich rohesten Menschen ebenso wie im höchstgebildeten Mitglied der feinsten Gesellschaft; er zeigt sich mit dem

ersten Aufleuchten des Verstandes und bleibt bis zum letzten Atemzug. Er triumphiert über die Bequemlichkeit, über den Schmerz und über die Todesfurcht. Er bestimmt die geringfügigsten wie die wichtigsten Handlungen.

Das Kind, das gerade gehen oder sprechen lernt, unternimmt neue Versuche, wenn seine kleinen Kunststücke Aufmerksamkeit und Lachen hervorrufen. Der sterbende Herrscher der Welt ordnet sein Gewand, um so zu sterben, wie es einem König entspricht. Chinesische Mütter verformen die Füße ihrer Töchter mit grausamen Zwingen; europäische Frauen opfern ähnlichen Geboten der Mode ihren eigenen Komfort und den ihrer Familien. Um Bewunderung für seine schöne Tätowierung zu erregen, hält der Polynesier still, während Haifischzähne sein Fleisch aufreißen. An den Marterpfahl gebunden, erträgt der nordamerikanische Indigene die teuflischsten Qualen ohne einen Laut und reizt seine Peiniger zu neuen Grausamkeiten, um als großer Krieger geachtet und bewundert zu werden. Dieser Antrieb führt das Himmelfahrtskommando; er hält die Lampe des bleichen Gelehrten am Brennen; er treibt Menschen an, sich zu mühen, anzuspannen, zu arbeiten und zu sterben. Er errichtete die Pyramiden und setzte den Tempel von Ephesos in Brand.

Menschen bewundern, was sie begehren. Wie süß erscheint dem Sturmgeplagten der sichere Hafen, dem Hungrigen Nahrung, dem Durstigen Wasser, dem Frierenden Wärme, dem Müden Ruhe, dem Schwachen Macht und dem geistig Erwachten Wissen. So lassen der Stachel der Not und die Furcht davor Menschen vor allem den Besitz von Reichtum bewundern. Wohlhabend zu werden bedeutet, Ansehen, Bewunderung und Einfluss zu gewinnen. Erwirb Geld – ehrlich, wenn du kannst, doch erwirb es auf jeden Fall! Diese Lehre dröhnt

die Gesellschaft ihren Mitgliedern Tag für Tag und Stunde für Stunde in die Ohren. Menschen bewundern instinktiv Tugend und Wahrheit; aber Not und Existenzangst lassen sie die Reichen noch stärker bewundern und mit den Erfolgreichen sympathisieren. Ehrlichkeit und Gerechtigkeit gelten als lobenswert. Doch wer durch Betrug und Unrecht eine Million Dollar erwirbt, genießt mehr Ansehen, Bewunderung und Einfluss, mehr äußerliche Aufmerksamkeit und Lippenbekenntnisse, wenn schon nicht mehr echte Zuneigung, als jemand, der darauf verzichtet. Der eine mag seinen Lohn in der Zukunft erhalten; er mag wissen, dass sein Name im Buch des Lebens steht und das weiße Gewand und der Palmzweig des Siegers über die Versuchung auf ihn warten. Der andere aber erhält seinen Lohn in der Gegenwart. Sein Name steht in der Liste »unserer angesehenen Bürger«; Männer umwerben ihn und Frauen schmeicheln ihm; in der Kirche erhält er den besten Platz und die persönliche Zuwendung des redegewandten Geistlichen, der im Namen Christi das Evangelium des reichen Mannes predigt und das strenge Bild vom Kamel und dem Nadelöhr zu einer bedeutungslosen orientalischen Blume abschwächt. Er kann Förderer der Künste und Mäzen der Literatur sein; er kann vom Gespräch mit Gebildeten profitieren und sich im Umgang mit Verfeinerten selbst verfeinern. Seine Spenden können Arme ernähren, Ringende unterstützen und Licht an trostlose Orte bringen; nach seinem Tod können edle öffentliche Einrichtungen seinen Namen und Ruhm bewahren. Satan versucht die Menschenkinder nicht in der Gestalt eines grässlichen Ungeheuers mit Hörnern und Schwanz, sondern als Engel des Lichts. Er verspricht nicht nur die Reiche der Welt, sondern auch geistige und sittliche Macht. Er spricht nicht nur die tierischen Begierden an, sondern auch jene Sehnsüchte, die

sich im Menschen regen, weil er mehr ist als ein Tier.

Betrachten wir jene armseligen »Männer mit der Mistgabel«, die in jeder Gemeinschaft ebenso deutlich zu sehen sind wie ihr Urbild in Bunyans Vision: Menschen, die noch lange weiterarbeiten, planen und ringen, um Reichtum auf Reichtum zu häufen, nachdem sie längst genug besitzen, um jeden Wunsch zu erfüllen. Begonnen haben sie ihre Laufbahn des Gelderwerbs mit dem Wunsch, »jemand zu sein«, in vielen Fällen sogar mit dem Verlangen, edle und großzügige Taten zu vollbringen. Was sie weitertreibt, nachdem jedes denkbare Bedürfnis befriedigt ist, was ihre ungestillte, gierige Habsucht weiter anfeuert, ist nicht bloß die Macht einer tyrannischen Gewohnheit. Es sind die feineren Genüsse, die Reichtum vermittelt: das Gefühl von Macht und Einfluss, das Bewusstsein, angesehen und geachtet zu werden, und die Gewissheit, dass ihr Vermögen sie nicht nur vor Not schützt, sondern zu bedeutenden Persönlichkeiten ihres Gemeinwesens macht. Deshalb trennt sich der reiche Mensch so ungern von seinem Geld und bemüht sich so rastlos um noch mehr.

Gegen Versuchungen, die an die stärksten Regungen unserer Natur appellieren, vermögen gesetzliche Sanktionen und religiöse Gebote nur wenig. Erstaunlich ist nicht, dass Menschen so eigennützig sind, sondern dass sie es nicht weit mehr sind. Dass sie unter den heutigen Umständen nicht habgieriger, treuloser und selbstsüchtiger handeln, bezeugt die Güte und Fruchtbarkeit der menschlichen Natur, den unablässigen Strom aus den immerwährenden Quellen, die ihre sittlichen Kräfte speisen. Wir alle haben Mütter; die meisten von uns haben Kinder. Deshalb können Vertrauen, Reinheit und Selbstlosigkeit niemals ganz aus der Welt verschwinden, wie schlecht die

gesellschaftlichen Verhältnisse auch geordnet sein mögen.

Was mächtig zum Bösen wirkt, kann auch mächtig zum Guten wirken. Die von mir vorgeschlagene Veränderung würde jene Bedingungen beseitigen, die an sich wohltätige Regungen verzerren. Sie würde die Kräfte, die heute zur Auflösung der Gesellschaft beitragen, in Kräfte verwandeln, die sie einen und läutern.

Gebt der Arbeit freien Raum und ihren vollen Ertrag; verwendet zum Wohl der ganzen Gemeinschaft jenen Fonds, den das Wachstum der Gemeinschaft selbst hervorbringt – und Not und Existenzangst würden verschwinden. Die Triebkräfte der Produktion würden frei, und die gewaltige Zunahme des Wohlstands verschaffte selbst den Ärmsten reichlichen Komfort. Die Menschen sorgten sich um das Finden von Arbeit ebenso wenig, wie sie sich darum sorgen, Atemluft zu finden; um ihre körperlichen Bedürfnisse brauchten sie sich nicht mehr zu kümmern als die Lilien auf dem Feld. Wissenschaftlicher Fortschritt, Erfindungen und die Verbreitung des Wissens kämen allen zugute.

Mit der Beseitigung von Not und Existenzangst schwände die Bewunderung des Reichtums. Die Menschen suchten Achtung und Anerkennung ihrer Mitmenschen auf andere Weise als durch Erwerb und Zurschaustellung von Vermögen. Dadurch würden in die Führung öffentlicher Angelegenheiten und die Verwaltung gemeinsamer Mittel jene Fähigkeiten, jene Aufmerksamkeit, Zuverlässigkeit und Rechtschaffenheit einfließen, die heute nur für private Interessen zu gewinnen sind. Eine Eisenbahn oder ein Gaswerk ließe sich auf öffentliche Rechnung nicht nur sparsamer und wirksamer betreiben als heute durch eine Aktiengesellschaft, sondern ebenso wirtschaftlich und effizient, wie es unter einem einzelnen

Eigentümer möglich wäre. Der Preis der Olympischen Spiele, der ganz Griechenland zu äußersten Anstrengungen bewegte, war nur ein Kranz aus wildem Ölbaum; für ein Stück Band haben Menschen immer wieder Dienste geleistet, die mit keinem Geld zu erkaufen gewesen wären.

Kurzsichtig ist eine Philosophie, die den Eigennutz für den beherrschenden Antrieb menschlichen Handelns hält. Sie ist blind für Tatsachen, von denen die Welt erfüllt ist; sie erkennt die Gegenwart nicht und liest die Vergangenheit falsch. Worauf soll man sich berufen, wenn man Menschen zum Handeln bewegen will? Nicht auf ihren Geldbeutel, sondern auf ihre Vaterlandsliebe; nicht auf Eigennutz, sondern auf Mitgefühl. Eigeninteresse gleicht einer mechanischen Kraft – mächtig gewiss und zu großen, weitreichenden Wirkungen fähig. Doch in der menschlichen Natur gibt es etwas, das einer chemischen Kraft gleicht: Es schmilzt, verbindet und überwältigt; nichts scheint ihm unmöglich. »Alles, was ein Mensch besitzt, gibt er für sein Leben« – das ist Eigeninteresse. Aus Treue zu höheren Regungen aber geben Menschen selbst ihr Leben.

Nicht der Eigennutz bereichert die Geschichte jedes Volkes mit Helden und Heiligen. Nicht der Eigennutz bricht auf jeder Seite der Weltgeschichte im plötzlichen Glanz edler Taten hervor oder verbreitet das sanfte Licht gütiger Lebenswege. Nicht der Eigennutz ließ Gautama seinem königlichen Zuhause den Rücken kehren oder die Jungfrau von Orléans das Schwert vom Altar nehmen; er hielt weder die Dreihundert im Pass von Thermopylen noch sammelte er das Bündel der Speere in Winkelrieds Brust; er kettete Vincent de Paul nicht an die Galeerenbank und ließ während der indischen Hungersnot nicht kleine hungernde Kinder zu den Hilfsstationen taumeln, noch

schwächere Kinder auf den Armen. Nennt es Religion, Vaterlandsliebe, Mitgefühl, Begeisterung für die Menschheit oder Liebe zu Gott – gebt ihm, welchen Namen ihr wollt: Es gibt eine Kraft, die den Eigennutz überwindet und vertreibt; eine Kraft, die Elektrizität des sittlichen Universums ist und neben der alle anderen schwach erscheinen. Überall, wo Menschen gelebt haben, hat sie ihre Macht gezeigt, und heute wie zu allen Zeiten ist die Welt von ihr erfüllt. Zu bedauern ist, wer sie nie gesehen und nie empfunden hat. Seht euch um: Unter gewöhnlichen Männern und Frauen, in den Sorgen und Mühen des Alltags, im Lärm der Straße und im Elend, in dem die Not sich verbirgt, wird die Dunkelheit immer wieder vom zitternden Spiel ihrer milden Flammen erhellt. Wer das nicht gesehen hat, ist mit geschlossenen Augen durchs Leben gegangen. Wer hinsieht, kann mit Plutarch erkennen, dass »die Seele ein Prinzip des Wohlwollens in sich trägt und zum Lieben ebenso geboren ist wie zum Wahrnehmen, Denken oder Erinnern«.

Diese Kraft aller Kräfte – die heute vergeudet wird oder verzerrte Formen annimmt – können wir, wenn wir nur wollen, zur Stärkung, zum Aufbau und zur Veredelung der Gesellschaft nutzen, so wie wir heute physische Kräfte einsetzen, die einst lediglich als zerstörerisch galten. Wir müssen ihr nur Freiheit und Raum geben. Allein das Unrecht, das Ungleichheit hervorbringt; das Menschen mitten im Überfluss mit Not quält oder mit der Furcht davor hetzt; das sie körperlich verkümmern lässt, geistig erniedrigt und sittlich verbiegt, verhindert eine harmonische gesellschaftliche Entwicklung. Denn »alles, was von den Göttern stammt, ist voller Vorsehung. Wir sind zur Zusammenarbeit geschaffen – wie die Füße, die Hände, die Augenlider und die Reihen der oberen und unteren Zähne.«

Manchen Menschen kommt niemals der Gedanke, sich einen besseren Gesellschaftszustand als den heutigen vorzustellen. Sie halten die Vorstellung einer Gesellschaft ohne Habgier, mit leeren Gefängnissen, dem Gemeinwohl untergeordneten Einzelinteressen und ohne den Wunsch, den Nächsten zu berauben oder zu unterdrücken, für den bloßen Traum weltfremder Schwärmer. Für solche Träumer empfinden diese vermeintlich praktischen, nüchternen Menschen, die sich etwas darauf zugutehalten, die Tatsachen so zu sehen, wie sie seien, tiefe Verachtung. Doch solche Menschen denken nicht – mögen einige von ihnen auch Bücher schreiben, Lehrstühle an Universitäten innehaben oder auf Kanzeln stehen.

Wären sie gewohnt, in jenen Speisehäusern der ärmeren Viertel Londons und von Paris zu essen, in denen Messer und Gabeln an den Tisch gekettet sind, hielten sie es für eine natürliche, unausrottbare Neigung des Menschen, das Besteck mitzunehmen, mit dem er gegessen hat.

Nehmen wir eine Gesellschaft wohlerzogener Männer und Frauen, die gemeinsam speisen. Niemand kämpft um das Essen, niemand versucht, mehr als die anderen zu bekommen; niemand schlingt oder steckt etwas für später ein. Im Gegenteil: Jeder ist bestrebt, zunächst den anderen zu helfen; man bietet ihnen das Beste an, statt es für sich selbst herauszusuchen. Zeigte jemand auch nur die geringste Neigung, die Befriedigung des eigenen Appetits über die der anderen zu stellen oder sich wie ein Vielfraß oder Dieb zu benehmen, würde die rasche und harte Strafe gesellschaftlicher Verachtung und Ausgrenzung zeigen, wie entschieden die allgemeine Meinung ein solches Verhalten missbilligt.

Das alles ist so selbstverständlich, dass es keine Aufmerksamkeit erregt und als natürlicher Zustand erscheint. Doch es ist nicht natürlicher, dass

Menschen nicht nach Nahrung gieren, als dass sie nicht nach Reichtum gieren. Nach Nahrung greifen sie gierig, wenn nicht gewährleistet ist, dass eine faire und gerechte Verteilung jedem genug gibt. Ist dies dagegen gesichert, verschwindet die Gier nach Nahrung. In der heutigen Gesellschaft begehren Menschen den Reichtum so gierig, weil die Verteilung derart ungerecht ist, dass nicht jeder genug erwarten kann, sondern viele mit Sicherheit zur Not verurteilt sind. Das heutige gesellschaftliche Prinzip »Den Letzten holt der Teufel« verursacht den Wettlauf und das Gerangel um Reichtum, in dem jede Rücksicht auf Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Religion und Mitgefühl mit Füßen getreten wird; in dem Menschen ihre eigene Seele vergessen und bis an den Rand des Grabes um etwas kämpfen, das sie nicht darüber hinaus mitnehmen können. Eine gerechte Verteilung des Wohlstands, die alle von der Existenzangst befreite, würde die Gier nach Reichtum ebenso beseitigen, wie in gesitteter Gesellschaft die Gier nach Nahrung verschwunden ist.

Auf den überfüllten Dampfschiffen der frühen kalifornischen Linien bestand häufig ein auffälliger Unterschied zwischen dem Benehmen im Zwischendeck und in den Kabinen, der diesen Zug der menschlichen Natur veranschaulicht. Für das Zwischendeck wurde ebenso reichlich Nahrung bereitgestellt wie für die Kabinen. Doch dort fehlten Regeln, die eine geordnete Bedienung gewährleisteten, und die Mahlzeiten wurden zum Gedränge. In den Kabinen dagegen hatte jeder seinen Platz, und niemand musste fürchten, nicht genug zu bekommen; daher gab es weder das Gerangel noch die Verschwendung, die im Zwischendeck zu beobachten waren. Der Unterschied lag nicht im Charakter der Menschen, sondern allein in diesem Umstand. Ein

Kabinenpassagier, der ins Zwischendeck versetzt wurde, hätte sich am gierigen Drängen beteiligt; ein Passagier des Zwischendecks, der in die Kabine wechselte, hätte sich sofort würdevoll und höflich verhalten. Derselbe Unterschied zeigte sich in der Gesellschaft insgesamt, wenn die heutige ungerechte Verteilung des Wohlstands durch eine gerechte ersetzt würde.

Betrachten wir diese alltägliche Tatsache einer gebildeten und verfeinerten Gesellschaft, in der alle gröberen Leidenschaften nicht durch Gewalt und nicht durch Gesetze, sondern durch die gemeinsame Meinung und den wechselseitigen Wunsch, einander zu gefallen, im Zaum gehalten werden. Was in einem Teil der Gemeinschaft möglich ist, ist auch in der ganzen Gemeinschaft möglich. Es gibt Gesellschaftszustände, in denen jeder bewaffnet sein und ständig bereitstehen muss, Person und Eigentum mit eigener Hand zu verteidigen. Wenn wir darüber hinausgelangt sind, können wir noch weiter vorankommen.

Man könnte einwenden, die Beseitigung von Not und Existenzangst zerstöre den Anreiz zur Anstrengung; die Menschen würden schlicht zu Müßiggängern, und ein so glücklicher Zustand allgemeinen Wohlbefindens und allgemeiner Zufriedenheit wäre das Ende des Fortschritts. Das ist das alte Argument der Sklavenhalter, Menschen ließen sich nur mit der Peitsche zur Arbeit treiben. Nichts ist falscher.

Die Not könnte verschwinden, doch Wünsche blieben bestehen. Der Mensch ist das unbefriedigte Lebewesen. Er hat die Erforschung kaum begonnen, und das Universum liegt vor ihm. Jeder Schritt eröffnet neue Ausblicke und weckt neue Wünsche. Der Mensch ist ein schöpferisches Wesen: Er baut, verbessert, erfindet und fügt zusammen; und je Größeres er vollbringt, desto Größeres will er vollbringen. Er ist mehr als ein Tier. Welche

Intelligenz auch immer die Natur durchdringt – nach ihrem Bild ist der Mensch geschaffen. Das Dampfschiff, das von seinen pochenden Maschinen durch das Meer getrieben wird, ist seiner Art nach, wenn auch nicht seinem Grad nach, ebenso sehr eine Schöpfung wie der Wal, der darunter schwimmt. Was sind Teleskop und Mikroskop anderes als zusätzliche Augen, die der Mensch sich geschaffen hat? Entsprechen die weichen Gewebe und schönen Farben, mit denen sich unsere Frauen schmücken, nicht dem Gefieder, das die Natur dem Vogel verleiht? Der Mensch muss etwas tun oder sich wenigstens einbilden, etwas zu tun, denn in ihm pulsiert der schöpferische Drang. Wer sich lediglich in der Sonne räkelt, ist kein natürlicher, sondern ein abnormer Mensch.

Sobald ein Kind seine Muskeln beherrscht, beginnt es, Kuchen aus Matsch zu formen oder eine Puppe anzuziehen. Sein Spiel ahmt nur die Arbeit der Erwachsenen nach; selbst seine Zerstörungslust entspringt dem Wunsch, etwas zu tun, und der Freude daran, sich selbst etwas vollbringen zu sehen. Ein Streben nach Vergnügen allein um des Vergnügens willen gibt es nicht. Unsere Vergnügungen unterhalten uns nur, insofern sie im Erlernen oder Tun von etwas bestehen oder dies nachahmen. Sobald sie weder unsere Neugier noch unsere Gestaltungskraft ansprechen, hören sie auf, uns zu unterhalten. Das Interesse an einem Roman verfliegt, wenn man vorher erfährt, wie die Geschichte endet. Nur Zufall und Geschick im Spiel ermöglichen es dem Kartenspieler, durch das Mischen bedruckter Pappstücke »die Zeit totzuschlagen«. Die luxuriösen Nichtigkeiten von Versailles waren für Menschen nur deshalb erträglich, weil der König glaubte, ein Reich zu regieren, und die Höflinge neuen Ehren und weiteren Einkünften nachjagten. Menschen, die ein sogenanntes Leben der Mode und des Vergnügens

führen, müssen ein anderes Ziel verfolgen, sonst stürben sie vor Langeweile. Sie halten dieses Leben nur aus, weil sie meinen, gesellschaftlich aufzusteigen, Beziehungen zu knüpfen oder die Aussichten ihrer Kinder zu verbessern. Sperrt einen Menschen ein und verweigert ihm jede Beschäftigung, dann muss er sterben oder den Verstand verlieren.

Nicht die Arbeit an sich ist dem Menschen zuwider, und die natürliche Notwendigkeit der Anstrengung ist kein Fluch. Unerträglich ist nur Arbeit, die nichts hervorbringt – Anstrengung, deren Ergebnis nicht erkennbar ist. Tag für Tag zu schuften und doch nur das Lebensnotwendige zu erhalten, ist wirklich hart; es gleicht einer Höllenstrafe, bei der ein Mensch pumpen muss, um nicht zu ertrinken, oder auf einer Tretmühle laufen muss, um nicht zermalmt zu werden. Von diesem Zwang befreit, würden Menschen umso eifriger und besser arbeiten, denn dann folgten sie ihren Neigungen und hätten das Gefühl, tatsächlich etwas für sich oder für andere zu bewirken. War Humboldts Leben müßig? Fand Franklin keine Beschäftigung, nachdem er sich mit ausreichenden Mitteln aus dem Druckergewerbe zurückgezogen hatte? Ist Herbert Spencer ein Faulenzer? Malte Michelangelo für Kost und Logis?

Tatsächlich wird die Arbeit, die die Lage der Menschheit verbessert, Wissen erweitert und Macht vermehrt, die Literatur bereichert und das Denken erhebt, nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts geleistet. Sie ist nicht das Werk von Sklaven, die entweder von der Peitsche eines Herrn oder von tierischen Bedürfnissen angetrieben werden. Sie ist das Werk von Menschen, die es um seiner selbst willen vollbringen und nicht, um mehr essen, trinken, tragen oder zur Schau stellen zu können. In einer Gesellschaft ohne Not nähme Arbeit dieser Art außerordentlich zu.

Ich neige zu der Annahme, dass die Abschöpfung der Grundrente auf die von mir vorgeschlagene Weise überall dort, wo große Kapitalmengen eingesetzt werden, zu genossenschaftlichen Formen der Arbeitsorganisation führen würde. Denn eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands vereinte Kapitaleigentümer und Arbeitende in derselben Person. Ob dies tatsächlich einträte, ist jedoch von geringer Bedeutung. Die schwere Plackerei eintöniger Routinearbeit würde verschwinden. Die Löhne wären zu hoch und die Möglichkeiten zu groß, als dass jemand gezwungen wäre, die höheren Fähigkeiten seines Wesens verkümmern zu lassen; in jedem Beruf unterstützte der Kopf die Hand. Selbst gröbere Arbeit würde leicht und erfreulich. Die moderne Tendenz zur Arbeitsteilung führte nicht mehr zu Monotonie und zur Verengung der Fähigkeiten, sondern würde durch kurze Arbeitszeiten, Abwechslung und den Wechsel zwischen geistiger und körperlicher Tätigkeit ausgeglichen. Nicht nur die heute brachliegenden Produktivkräfte würden genutzt und unser vorhandenes, bislang so unvollständig angewandtes Wissen voll ausgeschöpft; aus der größeren Beweglichkeit der Arbeit und der neu entstehenden geistigen Tätigkeit gingen auch Fortschritte der Produktionsverfahren hervor, die wir uns heute nicht vorstellen können.

Die größte aller gewaltigen Verschwendungen, die unsere heutige Gesellschaftsordnung verursacht, betrifft die geistige Kraft. Wie verschwindend klein sind die Kräfte, die tatsächlich zum Fortschritt der Zivilisation beitragen, verglichen mit den schlummernden Kräften! Wie wenige Denker, Entdecker, Erfinder und Organisatoren stehen der großen Masse der Menschen gegenüber! Und doch werden solche Menschen in großer Zahl geboren; nur die Verhältnisse lassen so wenige von ihnen zur

Entfaltung gelangen. Begabungen und Neigungen sind unter den Menschen unendlich verschieden, so wie ihre körperliche Gestalt unendlich variiert und sich unter einer Million keine zwei völlig gleichen Menschen finden. Beobachtung und Überlegung lassen mich jedoch annehmen, dass sich die natürlichen geistigen Kräfte nicht stärker unterscheiden als Körpergröße oder Muskelkraft. Betrachten wir die Lebenswege großer Menschen und fragen wir uns, wie leicht sie unbekannt hätten bleiben können. Wäre Cäsar in eine proletarische Familie geboren worden; Napoleon einige Jahre früher zur Welt gekommen; Kolumbus in die Kirche eingetreten, statt zur See zu fahren; Shakespeare bei einem Schuster oder Schornsteinfeger in die Lehre gegangen; hätte das Schicksal Sir Isaac Newton die Bildung und Arbeit eines Landarbeiters zugewiesen; wäre Adam Smith in einer Bergarbeitersiedlung geboren oder Herbert Spencer gezwungen worden, seinen Lebensunterhalt als Fabrikarbeiter zu verdienen – was hätten ihre Begabungen bewirkt? Es hätte andere Cäsaren oder Napoleons, Kolumbusse oder Shakespeares, Newtons, Smiths oder Spencers gegeben, wird man sagen. Das stimmt – und zeigt, wie fruchtbar die menschliche Natur ist. So wie sich eine gewöhnliche Arbeitsbiene bei Bedarf zur Königin entwickelt, erhebt sich ein Mensch, der sonst gewöhnlich erschiene, unter günstigen Bedingungen zum Helden oder Führer, Entdecker oder Lehrer, Weisen oder Heiligen. So weit hat der Sämann den Samen verstreut, so stark ist die Keimkraft, die ihn treiben und blühen lässt. Doch wehe dem steinigen Boden, den Vögeln und dem Unkraut! Wie viele verkümmern und verformen sich auf jeden Menschen, der seine volle Gestalt erreicht.

Der Wille in uns ist die letzte Gewissheit des Bewusstseins. Wie wenig jedoch besitzen selbst die

Besten von uns an Wissen, Stellung oder Charakter, das sie ausschließlich sich selbst zuschreiben könnten, und wie viel verdanken sie den Einflüssen, die sie geformt haben. Wer wäre so weise, gebildet, umsichtig oder stark, dass er bei der Betrachtung seiner Lebensgeschichte nicht wie der stoische Kaiser den Göttern dafür danken müsste, dass dieser und jener ihm ein gutes Beispiel gab, hier und dort ein edler Gedanke zu ihm gelangte und sich ihm glückliche Gelegenheiten eröffneten? Wer hat, mit offenen Augen, die Mitte des Lebens erreicht, ohne bisweilen den Gedanken jenes frommen Engländers nachzusprechen, der beim Anblick eines zum Galgen geführten Verbrechers sagte: »Ohne Gottes Gnade ginge dort ich.« Wie wenig bedeutet Vererbung im Vergleich zu den Lebensbedingungen. Der eine, sagen wir, sei das Ergebnis von tausend Jahren europäischen Fortschritts, der andere von tausend Jahren chinesischer Erstarrung. Setzt man jedoch ein europäisches Kind mitten nach China, würde es – abgesehen vom Schnitt der Augen oder der Farbe des Haares – wie seine Umgebung heranwachsen, dieselbe Sprache sprechen, dieselben Gedanken denken und denselben Geschmack zeigen. Vertauschte man Lady Vere de Vere in der Wiege mit einem Kind aus den Elendsvierteln – würde das Blut von hundert Grafen aus diesem Kind eine gebildete, kultivierte Frau machen?

Not und Existenzangst zu beseitigen und allen Schichten Muße, Behaglichkeit und Unabhängigkeit, die Würde und Verfeinerung des Lebens sowie Möglichkeiten geistiger und sittlicher Entwicklung zu geben, wäre, als leitete man Wasser in eine Wüste. Die öde Fläche kleidete sich in Grün, und die kahlen Orte, an denen das Leben verbannt schien, lägen bald im gesprenkelten Schatten von Bäumen und wären vom Gesang der Vögel erfüllt. Heute verborgene Talente und ungeahnte

Tugenden träten hervor und machten das menschliche Leben reicher, voller, glücklicher und edler. Denn in den runden Menschen, die in dreieckige Löcher gezwängt sind, und den dreieckigen Menschen, die man in runde Löcher presst; in jenen, die ihre Kräfte im Wettlauf um Reichtum verschwenden; in jenen, die in Fabriken zu Maschinen gemacht oder durch die Not an Werkbank oder Pflug gekettet werden; und in jenen Kindern, die in Elend, Laster und Unwissenheit aufwachsen – in ihnen allen liegen Kräfte höchsten Ranges und großartigste Begabungen. Sie brauchen nur Gelegenheit, hervorzutreten.

Bedenken wir die Möglichkeiten einer Gesellschaft, die allen diese Gelegenheit gäbe. Die Vorstellungskraft mag das Bild vollenden; seine Farben werden zu leuchtend, als dass Worte sie malen könnten. Denken wir an den sittlichen Aufstieg, die geistige Tätigkeit, das gesellschaftliche Leben. Denken wir daran, wie die Mitglieder jeder Gemeinschaft durch tausend Handlungen und Wechselwirkungen miteinander verbunden sind und wie unter den heutigen Verhältnissen selbst die wenigen Glücklichen an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide unter der darunterliegenden Not, Unwissenheit und Erniedrigung leiden müssen, ohne es zu wissen. Bedenken wir dies alles und fragen wir dann, ob die von mir vorgeschlagene Veränderung nicht allen zugutekäme – selbst dem größten Grundeigentümer. Wäre die Zukunft seiner Kinder nicht besser gesichert, wenn er sie in einer solchen Gesellschaft mittellos zurückließe, als wenn er ihnen unter den heutigen Verhältnissen das größte Vermögen vererbte? Gäbe es irgendwo eine solche Gesellschaft, würde er sich den Eintritt nicht gern mit seinem gesamten Besitz erkaufen?

Ich habe nun die gesellschaftliche Schwäche und Krankheit bis zu ihrer Quelle zurückverfolgt. Ich

habe das Heilmittel gezeigt, jeden Punkt behandelt und jeden Einwand beantwortet. Doch die Probleme, die wir betrachtet haben, so groß sie sind, führen zu noch größeren – zu den gewaltigsten Fragen, mit denen sich der menschliche Geist auseinandersetzen kann. Ich möchte den Leser, der mir bis hierher gefolgt ist, nun bitten, mir noch weiter in höhere Bereiche zu folgen. Dabei möge er bedenken, dass ich die Fragen, die sich dort stellen, auf dem wenigen Raum, der innerhalb der Grenzen dieses Buches verbleibt, nicht vollständig behandeln kann. Ich kann nur einige Gedanken anregen, die vielleicht als Hinweise zu weiterem Nachdenken dienen.

ANMERKUNG ZUM NEUNTEN BUCH

56 Neben der gewaltigen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die sich aus einer besseren Verteilung der Bevölkerung ergäbe, würde auch die Produktivkraft des Bodens entsprechend wirtschaftlicher genutzt. Die Konzentration der Bevölkerung in Städten, die durch den auslaugenden Anbau großer, dünn besiedelter Flächen ernährt werden, führt buchstäblich dazu, dass die Bestandteile der Bodenfruchtbarkeit ins Meer gespült werden. Wie gewaltig diese Verschwendung ist, zeigen Berechnungen über die Abwässer unserer Städte; ihre praktischen Folgen sind an der sinkenden landwirtschaftlichen Produktivität großer Gebiete zu erkennen. In weiten Teilen der Vereinigten Staaten laugen wir unsere Böden fortwährend aus.

ZEHNTES BUCH DAS GESETZ DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS

KAPITEL I – DIE HERRSCHENDE THEORIE DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS UND IHRE UNZULÄNGLICHKEIT
KAPITEL II – DIE URSACHEN DER UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ZIVILISATIONEN
KAPITEL III – DAS GESETZ DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS
KAPITEL IV – WIE DIE MODERNE ZIVILISATION NIEDERGEHEN KANN
KAPITEL V – DIE ZENTRALE WAHRHEIT

Was dunkel ist in mir, erhelle;

was niedrig ist, erhebe und stütze,

damit ich diesem großen Gegenstand gewachsen

die ewige Vorsehung verkünde

und Gottes Wege vor den Menschen rechtfertige.

– Milton

KAPITEL I DIE HERRSCHENDE THEORIE DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS UND IHRE UNZULÄNGLICHKEIT

Wenn die Schlussfolgerungen, zu denen wir gelangt sind, richtig sind, müssen sie sich in eine umfassendere Erkenntnis einordnen lassen.

Beginnen wir unsere Untersuchung daher von einem höheren Standpunkt aus neu, von dem wir ein weiteres Feld überblicken können.

Welches Gesetz bestimmt den menschlichen Fortschritt?

Ohne die vorangegangenen Überlegungen würde ich zögern, diese Frage auf dem knappen Raum zu behandeln, der mir noch bleibt; denn unmittelbar oder mittelbar berührt sie einige der höchsten Probleme, mit denen sich der menschliche Geist befassen kann. Doch sie ergibt sich hier ganz von selbst. Stimmen unsere bisherigen Schlussfolgerungen mit dem großen Gesetz überein, nach dem sich die Menschheit entwickelt – oder nicht?

Wie lautet dieses Gesetz? Wir müssen eine Antwort finden. Denn die heute vorherrschende Philosophie erkennt zwar deutlich an, dass es ein solches Gesetz gibt, erklärt es aber ebenso wenig befriedigend, wie die herrschende Volkswirtschaftslehre das Fortbestehen der Not bei wachsendem Wohlstand erklärt.

Halten wir uns so weit wie möglich an den festen Boden der Tatsachen. Ob der Mensch sich allmählich aus einem Tier entwickelt hat, brauchen wir hier nicht zu untersuchen. Wie eng die Fragen über den Menschen, wie wir ihn kennen, auch mit den Fragen nach seiner Entstehung zusammenhängen mögen: Licht kann nur von den bekannten auf die unbekannten Fragen fallen, nicht

umgekehrt. Vom Unbekannten lässt sich nicht auf das Bekannte schließen. Nur aus Tatsachen, die wir kennen, können wir folgern, was unserer Kenntnis vorausgegangen sein mag.

Wie der Mensch auch entstanden sein mag, wir kennen ihn nur als Menschen – so, wie er heute vorkommt. Es gibt weder Aufzeichnungen noch Spuren eines niedrigeren Zustands als jenes Zustands, in dem wir noch heute auf sogenannte Naturvölker treffen. Über welche Brücke er auch den weiten Abgrund überschritten haben mag, der ihn heute vom Tier trennt: Von ihr ist nichts erhalten. Zwischen den einfachsten uns bekannten menschlichen Gesellschaften und den höchstentwickelten Tieren besteht ein unüberbrückbarer Unterschied – nicht nur dem Grad, sondern der Art nach. Viele Eigenschaften, Handlungen und Gefühle des Menschen finden sich auch bei Tieren. Doch noch nie wurde ein Mensch, wie niedrig er auf der gesellschaftlichen Entwicklungsstufe auch stehen mochte, ohne etwas angetroffen, von dem kein Tier auch nur die geringste Spur zeigt: etwas klar Erkennbares und doch kaum Definierbares, das ihm die Fähigkeit zur Verbesserung verleiht und ihn zum fortschrittsfähigen Wesen macht.

Der Biber baut einen Damm, der Vogel ein Nest und die Biene eine Wabe. Doch während Biberdämme, Vogelnester und Bienenwaben stets nach demselben Muster entstehen, entwickelt sich das menschliche Haus von der groben Hütte aus Blättern und Zweigen zum prächtigen Gebäude mit allen modernen Annehmlichkeiten. Ein Hund kann bis zu einem gewissen Grad Ursache und Wirkung verknüpfen und einige Kunststücke lernen. Seine Fähigkeit dazu hat sich jedoch in all den Zeitaltern, in denen er den sich entwickelnden Menschen begleitete, kein wenig vergrößert; der Hund der Zivilisation ist weder geschickter noch verständiger

als der Hund eines umherziehenden Stammes. Wir kennen kein Tier, das Kleidung trägt, seine Nahrung kocht, Werkzeuge oder Waffen herstellt, andere Tiere züchtet, um sie zu essen, oder über eine gegliederte Sprache verfügt. Menschen dagegen, die nichts davon tun, wurden noch nie gefunden oder auch nur glaubhaft beschrieben – außer in Fabeln. Wo immer wir den Menschen kennen, zeigt er also die Fähigkeit, das von der Natur Gegebene durch eigene Leistungen zu ergänzen. Seine körperliche Ausstattung ist sogar so unzulänglich, dass er ohne diese Fähigkeit wohl nirgends auf der Erde dauerhaft leben könnte – vielleicht abgesehen von einigen kleinen Inseln im Pazifik.

Diese Fähigkeit zeigt der Mensch überall und zu allen Zeiten; soweit unsere Kenntnis reicht, hat er stets in irgendeiner Form von ihr Gebrauch gemacht. Wie weit er sie nutzt, ist jedoch sehr verschieden. Zwischen dem einfachen Kanu und dem Dampfschiff, zwischen dem Bumerang und dem Repetiergewehr, zwischen dem grob geschnitzten Götzenbild aus Holz und dem atmenden Marmor griechischer Kunst, zwischen dem Wissen eines Naturvolks und der modernen Wissenschaft, zwischen dem indigenen Jäger und dem weißen Siedler, zwischen der Khoikhoi-Frau und der Dame der feinen Gesellschaft liegt ein gewaltiger Abstand.

Diese Unterschiede lassen sich nicht mit unterschiedlichen angeborenen Fähigkeiten erklären. Selbst die heute am weitesten entwickelten Völker lebten noch in historischer Zeit in einfachen Stammesgesellschaften, und zwischen Völkern derselben Herkunft finden sich die größten Unterschiede. Ebenso wenig können sie allein aus den natürlichen Lebensbedingungen folgen. An einstigen Wiegen von Wissenschaft und Kunst leben heute vielfach wenig entwickelte Gesellschaften, während auf früheren Jagdgründen indigener Stämme innerhalb weniger Jahre große Städte

entstehen. Offenbar hängen all diese Unterschiede mit der gesellschaftlichen Entwicklung zusammen. Über die allerersten Ansätze hinaus kann sich der Mensch nur verbessern, wenn er mit anderen zusammenlebt. Die Gesamtheit dieser Verbesserungen seiner Fähigkeiten und Lebensbedingungen bezeichnen wir als Zivilisation. Menschen entwickeln sich, indem sie sich zivilisieren – das heißt, indem sie lernen, in der Gesellschaft zusammenzuarbeiten.

Welches Gesetz bestimmt diese Entwicklung? Durch welchen gemeinsamen Grundsatz lassen sich die unterschiedlichen Zivilisationsstufen erklären, die verschiedene Gemeinschaften erreicht haben? Worin besteht der Fortschritt der Zivilisation seinem Wesen nach, sodass wir von unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen sagen können: Diese fördert ihn, jene nicht? Und weshalb kann eine Einrichtung oder ein Zustand, der ihn zu einer bestimmten Zeit voranbringt, ihn zu einer anderen Zeit hemmen?

Heute herrscht die Auffassung vor, der Fortschritt der Zivilisation sei eine Entwicklung oder Evolution, in deren Verlauf die Fähigkeiten des Menschen zunehmen und seine Eigenschaften durch Ursachen verbessert werden, mit denen auch die Entstehung der Arten erklärt wird: durch das Überleben der am besten Angepassten und die Vererbung erworbener Eigenschaften.

Dass die Zivilisation eine Entwicklung ist – in Herbert Spencers Worten ein Fortschritt von einer unbestimmten, unzusammenhängenden Gleichartigkeit zu einer bestimmten, zusammenhängenden Verschiedenartigkeit –, steht außer Zweifel. Damit sind jedoch die Ursachen, die diese Entwicklung fördern oder hemmen, weder erklärt noch auch nur bestimmt. Inwieweit Spencers weitreichende Verallgemeinerungen, die sämtliche Erscheinungen mit Materie und Kraft

erklären wollen, bei richtigem Verständnis all diese Ursachen einschließen, vermag ich nicht zu beurteilen. In ihrer wissenschaftlichen Darstellung hat die Entwicklungsphilosophie diese Frage jedoch entweder noch nicht klar beantwortet oder einer Auffassung Gestalt und Geschlossenheit verliehen, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmt.

Die verbreitete Erklärung des Fortschritts ähnelt meines Erachtens stark der Erklärung, die ein erfolgreicher Geschäftsmann gewöhnlich für die ungleiche Verteilung des Wohlstands gibt. Soweit er überhaupt eine Theorie besitzt, lautet sie meist: Wer Willen und Fähigkeit habe, könne reichlich Geld verdienen; Unwissenheit, Faulheit oder Verschwendung machten den Unterschied zwischen Reichen und Armen aus. Ebenso erklärt man Unterschiede der Zivilisation gewöhnlich durch Unterschiede der Fähigkeiten. Die zivilisierten Völker gelten als die überlegenen, und ihr Fortschritt soll dieser Überlegenheit entsprechen – so wie englische Siege nach verbreiteter englischer Meinung auf der natürlichen Überlegenheit der Engländer gegenüber den »froschessenden Franzosen« beruhten und wie demokratische Regierung, lebhafte Erfindungstätigkeit und größerer durchschnittlicher Wohlstand nach verbreiteter amerikanischer Meinung auf der besonderen »Cleverness der Yankee-Nation« beruhten oder bis vor Kurzem beruhen sollten.

Zu Beginn dieser Untersuchung sind wir volkswirtschaftlichen Lehren begegnet, die wir widerlegt haben und die dennoch mit dem allgemeinen Eindruck übereinstimmen, weil man Kapitaleigentümer Löhne zahlen und den Wettbewerb Löhne senken sieht. Ebenso entsprach die Theorie von Malthus den bestehenden Vorurteilen von Reichen wie Armen. Genauso stimmt die Erklärung des Fortschritts durch eine allmähliche Verbesserung der Völker mit der

verbreiteten Auffassung überein, Unterschiede der Zivilisation seien Unterschiede zwischen Völkern oder »Rassen«. Sie hat bereits vorhandenen Meinungen Zusammenhang und eine wissenschaftlich klingende Formel gegeben. Ihre erstaunliche Verbreitung, seit Darwin die Welt mit seinem *Ursprung der Arten* aufschreckte, war daher weniger eine Eroberung als eine Eingliederung bestehender Vorstellungen.

Die heute in der Gedankenwelt vorherrschende Auffassung lautet: Je schärfer der Kampf ums Dasein wird, desto stärker treibt er Menschen zu neuen Anstrengungen und Erfindungen. Verbesserungen und die Fähigkeit zu weiterer Verbesserung würden durch Vererbung gefestigt. Sie verbreiteten sich, weil unter den Einzelnen die am besten angepassten oder am weitesten entwickelten Menschen überlebten und sich fortpflanzten und im Wettbewerb gesellschaftlicher Verbände die am besten angepassten oder am weitesten entwickelten Stämme, Nationen oder Völker bestanden. Mit dieser Theorie werden der Unterschied zwischen Mensch und Tier sowie die unterschiedlichen Fortschritte menschlicher Gruppen heute beinahe ebenso selbstgewiss und allgemein erklärt, wie man sie vor nicht langer Zeit mit einer besonderen Schöpfung und göttlichem Eingreifen erklärte.

Das praktische Ergebnis dieser Theorie ist eine Art hoffnungsvoller Fatalismus, von dem die heutige Literatur erfüllt ist.[57] Danach ist der Fortschritt das Ergebnis von Kräften, die langsam, stetig und unerbittlich an der Höherentwicklung des Menschen arbeiten. Krieg, Sklaverei, Tyrannei, Aberglaube, Hungersnot und Seuchen sowie die Not und das Elend, die in der modernen Zivilisation schwären, gelten als Antriebe: Sie sonderten die schwächeren Formen aus und verbreiteten die höheren. Die Vererbung wiederum sei die Kraft, die

erreichte Fortschritte befestige und frühere Fortschritte zur Grundlage neuer mache. Der einzelne Mensch sei das Ergebnis von Veränderungen, die einer langen Reihe früherer Menschen eingeprägt und durch sie weitergegeben wurden; die gesellschaftliche Ordnung nehme ihre Gestalt von den Menschen an, aus denen sie besteht. Daher ist diese Theorie, wie Herbert Spencer sagt, einerseits »radikaler, als es sich der heutige Radikalismus vorstellen kann«,[58] weil sie Veränderungen der menschlichen Natur selbst erwartet; zugleich aber »konservativer, als es sich der heutige Konservatismus vorstellen kann«, weil nach ihr nur langsame Veränderungen dieser Natur etwas bewirken können. Philosophen mögen erklären, daraus folge keineswegs, dass Missstände nicht bekämpft werden müssten – so wie Theologen, die die Vorherbestimmung lehrten, dennoch alle Menschen zum Kampf um ihr Seelenheil verpflichteten. Allgemein verstanden führt die Lehre jedoch zum Fatalismus: Was wir auch tun, die Mühlen der Götter mahlen weiter, unbekümmert um unsere Hilfe oder unseren Widerstand. Ich erwähne dies nur, um die Auffassung zu verdeutlichen, die sich gegenwärtig rasch verbreitet und das allgemeine Denken durchdringt; bei der Wahrheitssuche dürfen uns ihre möglichen Folgen selbstverständlich nicht beeinflussen. Die heutige Vorstellung von Zivilisation lautet also: Langsam wirkende Kräfte veränderten den menschlichen Charakter, steigerten seine Fähigkeiten und erhöben ihn. Der Unterschied zwischen zivilisierten und unzivilisierten Menschen beruhe auf einer langen Erziehung des Volkes, die sich dauerhaft in seiner geistigen Organisation verankert habe. Diese Entwicklung setze sich immer schneller zu immer höheren Stufen der Zivilisation fort. Wir hätten einen Punkt erreicht, an dem Fortschritt für uns natürlich erscheint; deshalb

blickten wir zuversichtlich auf noch größere Leistungen künftiger Generationen. Manche behaupten sogar, der wissenschaftliche Fortschritt werde den Menschen schließlich Unsterblichkeit verleihen, ihnen körperliche Reisen nicht nur zu den Planeten, sondern auch zu den Fixsternen ermöglichen und sie zuletzt in die Lage versetzen, selbst Sonnen und Planetensysteme herzustellen.[59]

Doch auch ohne zu den Sternen aufzusteigen, stößt diese Fortschrittstheorie, die uns inmitten einer fortschreitenden Zivilisation so selbstverständlich erscheint, beim Blick auf die Welt sofort auf eine gewaltige Tatsache: die erstarrten, versteinerten Zivilisationen. Die Mehrheit der heutigen Menschheit kennt keine Vorstellung vom Fortschritt. Sie betrachtet die Vergangenheit – wie noch vor wenigen Generationen auch unsere eigenen Vorfahren – als Zeit menschlicher Vollkommenheit. Der Unterschied zwischen unzivilisierten und zivilisierten Menschen lässt sich vielleicht damit erklären, dass sich die ersteren noch so wenig entwickelt hätten, dass ihr Fortschritt kaum sichtbar werde. Doch wie können wir mit einer Theorie, nach der allgemeine und beständig wirkende Ursachen den menschlichen Fortschritt hervorbringen, Zivilisationen erklären, die weit vorangekommen sind und dann stehen blieben? Von Indern und Chinesen lässt sich nicht wie von einfachen Stammesgesellschaften sagen, unsere Überlegenheit beruhe auf einer längeren Erziehung; wir seien gleichsam die Erwachsenen der Natur und sie ihre Kinder. Inder und Chinesen waren zivilisiert, als wir noch in einfachen Stammesgesellschaften lebten. Sie besaßen große Städte, hoch organisierte und mächtige Staaten, Literatur, Philosophie, verfeinerte Umgangsformen, eine beträchtliche Arbeitsteilung, umfangreichen Handel und hoch entwickelte Künste, während

unsere Vorfahren als umherziehende Menschen in Hütten und Fellzelten lebten und nicht weiter entwickelt waren als die indigenen Völker Amerikas. Während wir uns von diesem Zustand zur Zivilisation des 19. Jahrhunderts entwickelt haben, sind sie stehen geblieben. Wenn feste, unvermeidliche und ewige Gesetze die Menschen zum Fortschritt treiben, wie lässt sich dies erklären?

Walter Bagehot, einer der besten populären Vertreter der Entwicklungsphilosophie, erkennt in *Physics and Politics* die Bedeutung dieses Einwands an und versucht folgende Erklärung: Um den Menschen zu zivilisieren, müsse man ihn zuerst zähmen und dazu bringen, mit anderen in einer Gemeinschaft unter der Herrschaft des Gesetzes zu leben. So entstehe eine feste »Kruste« aus Gesetzen und Gebräuchen, die durch natürliche Auslese verstärkt und erweitert werde, weil der auf diese Weise verbundene Stamm oder Staat gegenüber weniger geeinten Gruppen im Vorteil sei. Schließlich werde diese Kruste aus Sitte und Recht jedoch zu dick und hart, um weiteren Fortschritt zuzulassen. Dieser könne nur fortgesetzt werden, wenn besondere Umstände Diskussionen ermöglichten und dadurch jene Freiheit und Beweglichkeit schüfen, die für Verbesserungen notwendig seien.

Diese Erklärung, die Bagehot nach eigenem Eingeständnis nicht ohne Bedenken vorlegt, geht meines Erachtens auf Kosten der allgemeinen Theorie. Darauf brauchen wir jedoch nicht näher einzugehen, denn offenkundig erklärt sie die Tatsachen nicht.

Die von Bagehot beschriebene Neigung zur Verhärtung müsste schon in einem sehr frühen Entwicklungsstadium auftreten; fast alle seine Beispiele stammen denn auch aus einfachen oder halb entwickelten Stammesgesellschaften. Die

stehen gebliebenen Zivilisationen dagegen hatten einen langen Weg zurückgelegt, bevor ihre Entwicklung endete. Es muss eine Zeit gegeben haben, in der sie gegenüber einfachen Gesellschaften weit fortgeschritten und dennoch beweglich, frei und im Aufstieg begriffen waren. Als sie erstarrten, standen sie kaum in irgendeiner Hinsicht unter und in vieler Hinsicht über der europäischen Zivilisation des 16., mindestens aber des 15. Jahrhunderts. Bis zu diesem Punkt muss es also Auseinandersetzung, Offenheit für Neues und geistige Tätigkeit aller Art gegeben haben. Ihre Baumeister hatten die Baukunst durch eine lange Reihe von Neuerungen und Verbesserungen auf eine sehr hohe Stufe gebracht. Ihre Schiffbauer hatten durch Neuerung um Neuerung schließlich Schiffe hervorgebracht, die ebenso gut waren wie die Kriegsschiffe Heinrichs VIII. Ihre Erfinder blieben erst unmittelbar vor einigen unserer wichtigsten Verbesserungen stehen; von manchen können wir noch heute lernen. Ihre Ingenieure errichteten große Bewässerungsanlagen und schiffbare Kanäle. Es gab konkurrierende philosophische Schulen und einander widersprechende religiöse Lehren. In Indien entstand eine große Religion, die dem Christentum in vieler Hinsicht ähnelte; sie verdrängte die alte Religion, breitete sich über China aus und wurde später an ihren Ursprungsorten wieder zurückgedrängt, ähnlich wie das Christentum an seinen ersten Wirkungsstätten verschwand. Leben, lebhafte Tätigkeit und jene Neuerungen, die Verbesserungen hervorbringen, bestanden also lange fort, nachdem die Menschen das gesellschaftliche Zusammenleben gelernt hatten. Zudem erhielten sowohl Indien als auch China durch erobernde Völker mit anderen Gebräuchen und Denkweisen neue Impulse.

Die starrste und am stärksten versteinerte aller bekannten Zivilisationen war die ägyptische, in der schließlich selbst die Kunst eine konventionelle und unbewegliche Form annahm. Doch auch dort muss es zuvor eine Zeit voller Leben und Kraft gegeben haben – eine sich frisch entwickelnde und ausdehnende Zivilisation wie unsere heutige –, sonst hätten Kunst und Wissenschaft niemals eine solche Höhe erreicht. Neuere Ausgrabungen haben unter dem bereits bekannten Ägypten ein noch älteres sichtbar gemacht: Statuen und Reliefs zeigen keinen harten, schematischen Typus, sondern strahlen Leben und Ausdruck aus. Sie bezeugen eine Kunst, die ringt, leidenschaftlich, natürlich und frei ist – das sichere Kennzeichen eines tätigen und sich ausweitenden Lebens. So muss es einst in allen heute nicht mehr fortschreitenden Zivilisationen gewesen sein.

Doch die herrschende Entwicklungstheorie scheitert nicht nur an solchen erstarrten Zivilisationen. Menschen sind auf dem Weg des Fortschritts nicht bloß weit gegangen und dann stehen geblieben; sie sind weit vorangekommen und anschließend zurückgefallen. Dies ist kein vereinzelter Gegenbeweis, sondern die allgemeine Regel. Jede Zivilisation, die die Welt bisher gesehen hat, durchlief eine Zeit kräftigen Wachstums, eine Phase des Stillstands und der Erstarrung sowie Niedergang und Untergang. Von allen Zivilisationen, die entstanden und erblüht sind, bestehen heute nur noch die erstarrten und unsere eigene. Dabei ist unsere Zivilisation noch nicht so alt, wie die Pyramiden es bereits waren, als Abraham sie erblickte – und hinter den Pyramiden lagen schon damals zweitausend Jahre aufgezeichneter Geschichte.

Zweifellos besitzt unsere Zivilisation eine breitere Grundlage, gehört einem weiter entwickelten Typus an, bewegt sich schneller und

erhebt sich höher als alle früheren. Doch darin ist sie der griechisch-römischen Zivilisation kaum stärker voraus, als diese den asiatischen Zivilisationen voraus war. Und selbst ein größerer Vorsprung bewiese nichts für ihre Dauerhaftigkeit und ihren künftigen Fortschritt, solange nicht gezeigt wird, dass sie gerade in den Punkten überlegen ist, an denen ihre Vorgänger schließlich scheiterten. Die herrschende Theorie behauptet dies nicht.

Tatsächlich könnte kaum etwas die Tatsachen der Weltgeschichte schlechter erklären als die Theorie, Zivilisation sei das Ergebnis einer natürlichen Auslese, die die menschlichen Fähigkeiten verbessert und erhöht. Dass Zivilisation zu unterschiedlichen Zeiten an verschiedenen Orten entstand und unterschiedlich schnell fortschritt, widerspricht dieser Theorie noch nicht; dies könnte aus einem jeweils anderen Verhältnis antreibender und hemmender Kräfte folgen. Dass der überall einsetzende Fortschritt – selbst bei den einfachsten bekannten Stämmen wird ein gewisser Fortschritt vorausgesetzt – aber nirgends dauerhaft anhielt, sondern überall in Stillstand oder Rückschritt mündete, ist mit ihr völlig unvereinbar. Würde der Fortschritt Verbesserungen in der menschlichen Natur befestigen und dadurch weiteren Fortschritt hervorbringen, könnte es zwar gelegentliche Unterbrechungen geben; allgemein müsste die Entwicklung jedoch fortlaufend sein: Ein Fortschritt müsste zum nächsten führen und eine Zivilisation sich zu einer höheren weiterentwickeln.

Nicht nur die allgemeine, sondern die ausnahmslose Regel lautet umgekehrt. Die Erde ist ebenso ein Grab toter Reiche wie toter Menschen. Statt die Menschen zu weiterem Fortschritt zu befähigen, ist jede Zivilisation, die zu ihrer Zeit ebenso kraftvoll und fortschreitend war wie heute die unsere, aus sich selbst heraus zum Stillstand

gekommen. Immer wieder verfiel die Kunst, versank das Wissen, schwand die Macht und nahm die Bevölkerung ab, bis von den Menschen, die große Tempel und mächtige Städte errichtet, Flüsse umgeleitet und Berge durchbohrt, das Land wie einen Garten bebaut und selbst die kleinsten Einzelheiten des Lebens verfeinert hatten, nur ein armseliger Rest zurückblieb. Diese Menschen hatten sogar die Erinnerung an die Leistungen ihrer Vorfahren verloren und hielten die verbliebenen Bruchstücke ihrer Größe für Werke von Geistern oder eines mächtigen Geschlechts aus der Zeit vor der Sintflut. Diese Erfahrung ist so allgemein, dass uns der Blick in die Vergangenheit ein unerbittliches Gesetz zu zeigen scheint, von dem wir ebenso wenig ausgenommen sein können wie ein junger Mensch, der »in jedem Glied das Leben spürt«, vom gemeinsamen Schicksal des Todes. »Auch dies, o Rom, wird eines Tages dein Schicksal sein«, soll Scipio über den Ruinen Karthagos geweint haben. Und Macaulays Bild eines Neuseeländers, der auf dem zerbrochenen Bogen der London Bridge über die Ruinen nachsinnt, beschäftigt selbst die Vorstellungskraft jener, die Städte in der Wildnis entstehen sehen und an den Grundlagen neuer Reiche mitbauen. Wenn wir ein öffentliches Gebäude errichten, lassen wir deshalb im größten Eckstein einen Hohlraum und versiegeln darin sorgfältig Erinnerungsstücke unserer Zeit – im Gedanken an eine Zukunft, in der unsere Werke Ruinen und wir selbst vergessen sein werden.

Ob dieser Wechsel von Aufstieg und Fall der Zivilisation – dieser Rückschritt, der dem Fortschritt immer folgt – eine Wellenbewegung auf einer insgesamt ansteigenden Linie bildet oder nicht, ändert daran nichts. Ich halte den Beweis für eine solche Aufwärtsbewegung zwar für weit schwieriger, als gewöhnlich angenommen wird, will diese Frage hier aber nicht erörtern. Die

herrschende Theorie wird in beiden Fällen widerlegt. Zivilisationen sind untergegangen, ohne Spuren zu hinterlassen, und mühsam errungene Fortschritte gingen der Menschheit für immer verloren. Doch selbst wenn jede Fortschrittswelle eine höhere ermöglicht und jede Zivilisation die Fackel an eine größere weitergegeben hätte, würde die Theorie scheitern, nach der Zivilisation durch Veränderungen der menschlichen Natur voranschreitet. Denn stets beginnt nicht das von der früheren Zivilisation erzogene und erblich veränderte Volk die neue, sondern ein neues Volk von einer niedrigeren Stufe. Die sogenannten Barbaren einer Epoche werden zu den Zivilisierten der nächsten, bis wiederum neue Barbaren an ihre Stelle treten. Bisher war es stets so, dass Menschen unter dem Einfluss der Zivilisation zunächst Fortschritte machten, später aber verfielen. Der heutige zivilisierte Mensch ist dem unzivilisierten weit überlegen; ebenso war jedoch zu ihrer Blütezeit der zivilisierte Mensch jeder untergegangenen Zivilisation überlegen. Es gibt Laster, Verderbtheit und Erschlaffung der Zivilisation, die sich jenseits eines bestimmten Punktes bisher immer gezeigt haben. Jede Zivilisation, die von sogenannten Barbaren überwältigt wurde, war in Wahrheit bereits an innerem Verfall zugrunde gegangen.

Sobald diese allgemeine Tatsache erkannt wird, erledigt sich die Theorie, der Fortschritt beruhe auf erblicher Weitergabe. In der Weltgeschichte fällt die Linie des größten Fortschritts niemals für längere Zeit mit einer bestimmten Abstammungslinie zusammen. Innerhalb jeder einzelnen Abstammung scheint auf Fortschritt stets Rückschritt zu folgen.

Sollen wir deshalb annehmen, es gebe ein Leben von Nationen oder Völkern, das dem individuellen Leben gleiche – jede gesellschaftliche Gemeinschaft

besitze also einen bestimmten Vorrat an Energie, dessen Verbrauch notwendig zum Verfall führe? Diese alte und weitverbreitete Vorstellung findet bis heute viele Anhänger und taucht immer wieder, wenn auch unpassend, in den Schriften der Vertreter der Entwicklungsphilosophie auf. Ich sehe tatsächlich nicht, weshalb sie nicht in Begriffe von Materie und Bewegung gefasst und damit eindeutig in die allgemeinen Evolutionslehren eingeordnet werden könnte. Betrachtet man die Einzelnen als Atome, ist das Wachstum einer Gesellschaft »eine Verdichtung von Materie bei gleichzeitiger Auflösung von Bewegung; dabei geht die Materie von einer unbestimmten, unzusammenhängenden Gleichartigkeit zu einer bestimmten, zusammenhängenden Verschiedenartigkeit über, während die verbleibende Bewegung eine entsprechende Veränderung erfährt«.[60] So ließe sich nach der Nebelhypothese eine Analogie zwischen dem Leben einer Gesellschaft und dem Leben eines Sonnensystems ziehen. Wärme und Licht der Sonne entstünden durch die Sammlung von Atomen, bei der Bewegung freigesetzt werde. Wenn die Atome schließlich Gleichgewicht und Ruhe erreichten, ende diese Bewegung; ein Zustand der Unbeweglichkeit folge, der nur durch den Stoß äußerer Kräfte aufgebrochen werden könne. Dieser kehre die Entwicklung um, binde Bewegung und zerstreue Materie in Gasform, das bei neuer Verdichtung wiederum Bewegung freisetze. Entsprechend könnte man sagen, die Zusammenfassung von Menschen zu einer Gemeinschaft entwickle eine Kraft, die Licht und Wärme der Zivilisation hervorbringe. Wenn dieser Vorgang ende und die einzelnen Bestandteile ihre festen Plätze in einem Gleichgewicht eingenommen hätten, folge die Versteinerung. Erst der Einbruch sogenannter Barbaren, der die Ordnung auflöse und

zerstreue, könne den Prozess und ein neues Wachstum der Zivilisation wieder in Gang setzen.

Analogien gehören jedoch zu den gefährlichsten Formen des Denkens. Sie können Ähnlichkeiten verbinden und zugleich die Wahrheit verbergen. Alle solchen Vergleiche bleiben oberflächlich. Da ihre Mitglieder fortwährend in der frischen Kraft der Kindheit neu geboren werden, kann eine Gemeinschaft nicht wie ein Mensch durch den Verfall ihrer Kräfte altern. Und da ihre Gesamtkraft nur die Summe der Kräfte ihrer einzelnen Mitglieder sein kann, kann sie keine Lebenskraft verlieren, solange die Lebenskraft ihrer Mitglieder nicht abnimmt.

Doch sowohl in der geläufigen Analogie zwischen der Lebenskraft eines Volkes und der eines einzelnen Menschen als auch in der eben dargestellten Analogie verbirgt sich die Anerkennung einer offenkundigen Wahrheit: Die Hindernisse, die den Fortschritt schließlich zum Stillstand bringen, werden durch den Verlauf des Fortschritts selbst errichtet. Zerstört wurden alle früheren Zivilisationen durch Bedingungen, die ihr eigenes Wachstum hervorgebracht hatte.

Diese Wahrheit wird in der herrschenden Philosophie übergangen. Doch sie ist von größter Tragweite. Jede überzeugende Theorie des menschlichen Fortschritts muss sie erklären.

KAPITEL II DIE URSACHEN DER UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ZIVILISATIONEN

Der erste Schritt auf der Suche nach dem Gesetz des menschlichen Fortschritts muss darin bestehen, das Wesen jener Unterschiede zu bestimmen, die wir als Unterschiede zwischen Zivilisationen bezeichnen.

Wir haben bereits gesehen, dass die herrschende Philosophie, die den gesellschaftlichen Fortschritt auf Veränderungen der menschlichen Natur zurückführt, nicht mit den Tatsachen der Geschichte übereinstimmt. Bei näherer Betrachtung wird außerdem deutlich, dass sich Unterschiede zwischen Gemeinschaften auf verschiedenen Zivilisationsstufen nicht mit angeborenen Unterschieden ihrer Mitglieder erklären lassen. Natürliche Verschiedenheiten gibt es, und besondere Eigenschaften werden zweifellos vererbt. Die großen Unterschiede zwischen Menschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen lassen sich damit jedoch nicht erklären. Der heute so hoch bewertete Einfluss der Vererbung ist verschwindend gering gegenüber den Einflüssen, die einen Menschen nach seiner Geburt formen. Was ist tiefer in die Gewohnheit eingeprägt als die Sprache, die nicht bloß zu einer automatischen Muskelbewegung, sondern zum Werkzeug des Denkens wird? Was bleibt länger erhalten oder verrät die Zugehörigkeit zu einem Volk schneller? Und doch wird niemand mit einer Veranlagung zu einer bestimmten Sprache geboren. Unsere Muttersprache ist nur deshalb unsere Muttersprache, weil wir sie in der Kindheit gelernt haben. Selbst wenn die Vorfahren eines Kindes zahllose Generationen lang in einer bestimmten Sprache gedacht und gesprochen haben, lernt es

ebenso leicht jede andere, wenn es von Anfang an ausschließlich diese hört. Ebenso verhält es sich mit anderen nationalen, örtlichen oder gesellschaftlichen Besonderheiten. Sie sind Ergebnisse von Erziehung und Gewohnheit, nicht der Vererbung. Das zeigen Fälle weißer Kinder, die im frühen Alter von indigenen Gruppen aufgenommen und in deren Zelten erzogen wurden: Sie wurden in jeder Hinsicht Mitglieder dieser Gemeinschaften. Dasselbe gilt meines Erachtens für Kinder, die bei Roma aufwuchsen.

Dass dies bei Kindern indigener oder anderer äußerlich deutlich unterscheidbarer Gruppen, die unter Weißen aufwachsen, häufig weniger vollständig geschieht, liegt meines Erachtens daran, dass sie niemals genau wie weiße Kinder behandelt werden. Ein Mann, der an einer Schule für schwarze Kinder unterrichtet hatte, sagte mir einmal, bis zum Alter von zehn oder zwölf Jahren seien diese Kinder sogar aufgeweckter und lernten leichter als weiße. Danach würden sie jedoch stumpfer und nachlässiger. Er hielt dies für einen Beweis angeborener Unterlegenheit, und damals tat auch ich es. Später hörte ich jedoch einen hochgebildeten schwarzen Geistlichen, Bischof Hillery, beiläufig eine Bemerkung machen, die mir als ausreichende Erklärung erscheint: »Unsere Kinder sind in jungen Jahren ebenso aufgeweckt wie weiße Kinder und lernen ebenso leicht. Sobald sie jedoch alt genug sind, ihre gesellschaftliche Stellung zu verstehen – sobald sie erkennen, dass man sie einem angeblich minderwertigen Volk zurechnet und sie nie hoffen dürfen, etwas anderes als Köche, Kellner oder Ähnliches zu werden –, verlieren sie ihren Ehrgeiz und bleiben zurück.« Er hätte hinzufügen können, dass auch das Elternhaus gegen sie wirkte, weil ihre Eltern arm, wenig gebildet und ohne gesellschaftliche Aussichten waren. Allgemein lässt sich beobachten, dass

Kinder ungebildeter Eltern in den ersten Bildungsjahren ebenso aufnahmefähig sind wie Kinder gebildeter Eltern. Später ziehen Letztere jedoch in der Regel davon und werden zu den gebildeteren Erwachsenen. Der Grund liegt auf der Hand. Bei den einfachen Dingen, die ausschließlich in der Schule gelernt werden, stehen beide Gruppen gleich. Sobald der Unterricht anspruchsvoller wird, ist jedoch das Kind im Vorteil, das zu Hause eine gepflegte Sprache hört, verständige Gespräche erlebt, Zugang zu Büchern hat und auf seine Fragen Antworten erhält.

Dasselbe zeigt sich im späteren Leben. Ein Mensch, der sich aus einfacher Arbeit emporgearbeitet hat, wird verständiger und gewandter, sobald er mit gebildeten und geschäftserfahrenen Menschen in Berührung kommt. Nehmen wir zwei Brüder armer Eltern, die im selben Haus auf dieselbe Weise aufwachsen. Der eine erlernt eine grobe körperliche Tätigkeit und kommt nie über die Notwendigkeit hinaus, seinen Lebensunterhalt durch harte tägliche Arbeit zu verdienen. Der andere beginnt als Laufbursche, erhält eine Chance in einer anderen Richtung und wird schließlich ein erfolgreicher Anwalt, Kaufmann oder Politiker. Mit vierzig oder fünfzig Jahren unterscheiden sie sich auffällig. Wer nicht weiter nachdenkt, schreibt dies der größeren natürlichen Begabung zu, die dem einen den Aufstieg ermöglicht habe. Ein ebenso auffälliger Unterschied in Umgangsformen und Bildung zeigt sich jedoch zwischen zwei Schwestern: Die eine heiratet einen Mann, der arm bleibt, und verbringt ihr Leben in kleinen Sorgen und ohne Entwicklungsmöglichkeiten; die andere heiratet einen Mann, dessen späterer gesellschaftlicher Aufstieg sie in gebildete Kreise führt und ihr Möglichkeiten eröffnet, die den Geschmack verfeinern und den Geist erweitern. Ebenso lässt

sich ein Verfall beobachten. Die Redensart, schlechter Umgang verderbe gute Sitten, drückt nur das allgemeine Gesetz aus, dass Charakter und Fähigkeiten durch Lebensbedingungen und Umgebung tiefgreifend verändert werden.

In einer brasilianischen Hafenstadt sah ich einmal einen schwarzen Mann, dessen Kleidung offenbar der höchsten Mode entsprechen sollte, der aber weder Schuhe noch Strümpfe trug. Einer der Seeleute in meiner Begleitung, der an Fahrten im Sklavenhandel teilgenommen hatte, vertrat die Theorie, ein Schwarzer sei kein Mensch, sondern eine Art Affe. Er wies auf diese Erscheinung als Beweis hin: Es sei für einen Schwarzen nicht natürlich, Schuhe zu tragen; in seinem wilden Zustand trage er überhaupt keine Kleidung. Später erfuhr ich, dass Sklaven dort nach der gesellschaftlichen Sitte keine Schuhe tragen sollten – so wie in England ein tadellos gekleideter Butler keinen Schmuck tragen soll. Seither habe ich im Übrigen auch freie weiße Männer gesehen, die sich ebenso widersprüchlich kleideten wie jener brasilianische Sklave. Viele Tatsachen, die angeblich die erbliche Weitergabe bestimmter Eigenschaften beweisen, sind ebenso bedeutungslos wie die Beobachtung unseres Darwinisten vom Vorschiff.

Häufig wird etwa angeführt, dass zahlreiche Straftäter und Empfänger öffentlicher Unterstützung in New York von einer armen, unterstützten Person vor drei oder vier Generationen abstammten. Dies soll Vererbung beweisen, zeigt aber nichts dergleichen, denn die Tatsachen haben eine naheliegendere Erklärung. Arme, die von Unterstützung abhängig sind, erziehen wiederum abhängige Arme, selbst wenn es nicht ihre eigenen Kinder sind; ebenso kann der vertraute Umgang mit Straftätern Kinder rechtschaffener Eltern zu Straftätern machen. Wer

lernt, sich auf Almosen zu verlassen, verliert zwangsläufig jene Selbstachtung und Unabhängigkeit, die in einem harten Daseinskampf zur Selbsthilfe nötig sind. Bekanntlich vergrößert Wohltätigkeit daher die Nachfrage nach Wohltätigkeit. Es ist eine offene Frage, ob öffentliche Unterstützung und private Almosen auf diese Weise nicht weit mehr schaden als nützen. Dass Kinder dieselben Gefühle, Vorlieben, Vorurteile oder Begabungen wie ihre Eltern zeigen, erklärt sich ebenso: Sie nehmen sie von ihnen auf, wie sie sie auch von anderen Menschen ihrer ständigen Umgebung aufnehmen. Selbst die Ausnahmen bestätigen die Regel, weil aus Nähe auch Abneigung und Gegenreaktion entstehen können.

Hinzu kommt meines Erachtens ein feinerer Einfluss, der vieles erklärt, was als Rückfall in ererbte Charakterzüge gilt – derselbe Einfluss, der einen Jungen nach der Lektüre billiger Abenteuerromane davon träumen lässt, Pirat zu werden. Ich kannte einen hochgebildeten Mann, unter dessen Vorfahren indigene Häuptlinge waren. Er erzählte mir Überlieferungen seines Großvaters, die etwas veranschaulichten, was Weiße nur schwer verstehen: die Denkweise der indigenen Krieger, den intensiven, geduldigen Rachedurst auf der Fährte und die Standhaftigkeit am Marterpfahl. Aus der Art, wie er sich in diese Geschichten vertiefte, zweifle ich nicht daran, dass er unter bestimmten Umständen Eigenschaften gezeigt hätte, die man seinem »indigenen Blut« zugeschrieben hätte. Tatsächlich hätten sie sich ausreichend daraus erklärt, dass seine Vorstellungskraft lange bei den Taten seiner Vorfahren verweilte.[61]

In jeder großen Gemeinschaft erkennen wir zwischen verschiedenen Schichten und Gruppen Unterschiede derselben Art, wie sie zwischen Gesellschaften auf unterschiedlichen

Zivilisationsstufen bestehen: Unterschiede des Wissens, der Überzeugungen, Gebräuche, Vorlieben und Sprache. In ihrer äußersten Form sind sie selbst zwischen Menschen derselben Herkunft, die im selben Land leben, beinahe so groß wie zwischen zivilisierten und sogenannten unzivilisierten Gemeinschaften. So wie heute noch gleichzeitig Gesellschaften auf allen Stufen der sozialen Entwicklung von der Steinzeit an bestehen, finden sich auch innerhalb desselben Landes und derselben Stadt Gruppen mit ähnlichen Gegensätzen unmittelbar nebeneinander. In Ländern wie England und Deutschland wachsen Kinder gleicher Herkunft am selben Ort auf und sprechen dennoch verschieden, vertreten andere Überzeugungen, folgen anderen Bräuchen und entwickeln unterschiedliche Vorlieben. Selbst in den Vereinigten Staaten lassen sich zwischen gesellschaftlichen Kreisen Unterschiede derselben Art beobachten, wenn auch weniger ausgeprägt.

Angeboren sind diese Unterschiede gewiss nicht. Kein Säugling kommt als Methodist oder Katholik zur Welt, und keiner wird dazu geboren, den Laut »h« auszulassen oder auszusprechen. Alles, was gesellschaftliche Gruppen voneinander unterscheidet, entsteht durch das Leben in diesen Gruppen.

Die Janitscharen bestanden aus Jungen, die christlichen Eltern früh entrissen wurden; dennoch waren sie fanatische Muslime und zeigten alle türkischen Eigenschaften. Jesuiten und andere Orden besitzen deutlich erkennbare Eigenarten, obwohl diese gewiss nicht erblich weitergegeben werden. Selbst Gemeinschaften wie Schulen oder Regimenter, deren Mitglieder nur kurze Zeit bleiben und fortwährend wechseln, entwickeln allgemeine Merkmale. Sie beruhen auf geistigen Prägungen, die durch das Zusammenleben weitergegeben werden.

Der Bestand an Überlieferungen, Überzeugungen, Gebräuchen, Gesetzen, Gewohnheiten und Verbindungen, der in jeder Gemeinschaft entsteht und jeden Einzelnen umgibt – jene »überorganische Umwelt«, wie Herbert Spencer sie nennt –, ist meines Erachtens die entscheidende Kraft bei der Bildung eines nationalen Charakters. Sie und nicht die Vererbung lässt Engländer anders erscheinen als Franzosen, Deutsche anders als Italiener, Amerikaner anders als Chinesen und zivilisierte Menschen anders als Menschen einfacher Gesellschaften. Auf diese Weise werden nationale Eigenschaften erhalten, verbreitet oder verändert.

Innerhalb gewisser Grenzen – oder, wenn man so will, grundsätzlich ohne feste Grenze – kann Vererbung Eigenschaften entwickeln oder verändern. Das gilt jedoch weit stärker für den Körper als für den Geist und selbst beim menschlichen Körper weit weniger als bei Tieren. Schlüsse aus der Zucht von Tauben oder Rindern lassen sich nicht auf Menschen übertragen. Der Grund liegt auf der Hand: Schon in den einfachsten Verhältnissen ist das menschliche Leben unendlich viel komplexer. Unzählige Einflüsse wirken fortwährend auf den Menschen ein, sodass der relative Einfluss der Vererbung immer kleiner wird. Menschen mit kaum größerer geistiger Tätigkeit als Tiere – die nur äßen, tränken, schliefen und sich fortpflanzten – ließen sich durch sorgfältige Haltung und Zuchtauswahl im Lauf der Zeit wahrscheinlich zu ebenso stark voneinander abweichenden Körperformen und Eigenschaften bringen, wie wir sie bei Haustieren erzeugt haben. Solche Menschen gibt es jedoch nicht. Beim wirklichen Menschen würden geistige Einflüsse, die über den Geist auf den Körper wirken, den Vorgang ständig durchkreuzen. Einen Menschen, dessen Geist unter Anspannung steht, kann man nicht wie ein Schwein

durch Einsperren und Füttern mästen. Wahrscheinlich lebt der Mensch schon länger auf der Erde als viele Tierarten. Menschliche Gruppen waren unter Klimabedingungen voneinander getrennt, die bei Tieren stärkste Unterschiede hervorbringen. Dennoch sind die körperlichen Unterschiede zwischen Menschengruppen kaum größer als zwischen weißen und schwarzen Pferden und jedenfalls bei Weitem nicht so groß wie zwischen Hunden derselben Unterart, etwa verschiedenen Terriern oder Spaniels. Selbst diese körperlichen Unterschiede sollen nach Auffassung derjenigen, die sie durch natürliche Auslese und Vererbung erklären, entstanden sein, als der Mensch dem Tier noch näherstand – also als sein Geist weniger entwickelt war.

Wenn dies schon für die körperliche Beschaffenheit des Menschen gilt, wie viel stärker muss es für seine geistige Beschaffenheit gelten! Sämtliche Körperteile bringen wir mit auf die Welt; der Geist dagegen entfaltet sich erst danach.

Jeder Organismus durchläuft eine Entwicklungsstufe, auf der sich – abgesehen von seiner Umgebung – nicht erkennen lässt, ob aus ihm ein Fisch oder Reptil, ein Affe oder Mensch werden wird. Ebenso verhält es sich mit dem neugeborenen Kind. Ob der Geist, der erst noch zu Bewusstsein und Kraft erwachen muss, englisch oder deutsch, amerikanisch oder chinesisch, der Geist eines zivilisierten Menschen oder der einer einfachen Stammesgesellschaft wird, hängt vollständig von der sozialen Umgebung ab, in die das Kind gelangt.

Man stelle sich eine Gruppe von Säuglingen der höchstzivilisierten Eltern vor, die in ein unbewohntes Land gebracht werden. Nehmen wir an, sie würden auf wunderbare Weise erhalten, bis sie alt genug wären, für sich selbst zu sorgen. Was hätten wir dann? Hilflosere Menschen als alle uns bekannten Naturvölker. Sie müssten das Feuer

entdecken, die einfachsten Werkzeuge und Waffen erfinden und eine Sprache bilden. Kurz: Sie müssten sich zu den elementarsten Kenntnissen vortasten, die selbst die am wenigsten entwickelten heutigen Gruppen besitzen – so wie ein Kind das Gehen lernt. Dass ihnen dies mit der Zeit gelänge, bezweifle ich nicht. All diese Möglichkeiten liegen im menschlichen Geist, so wie die Fähigkeit zum Gehen im menschlichen Körper liegt. Ich glaube jedoch nicht, dass sie besser oder schlechter, langsamer oder schneller vorgingen als Kinder sogenannter barbarischer Eltern unter denselben Bedingungen. Nehmen wir selbst die höchsten geistigen Fähigkeiten an, die einzelne Menschen jemals gezeigt haben: Was würde aus der Menschheit, wenn zwischen jeder Generation und der nächsten ein zeitlicher Abstand läge wie bei den Zikaden, die nur alle siebzehn Jahre erscheinen? Ein einziger solcher Abstand würde die Menschheit nicht bloß auf eine einfache Entwicklungsstufe zurückwerfen, sondern in einen Zustand, neben dem jede uns bekannte Stammesgesellschaft als Zivilisation erschiene.

Nehmen wir umgekehrt an, Säuglinge aus einfachen Stammesgesellschaften würden – ohne Wissen der Mütter, denn nur so wäre der Versuch fair – an die Stelle ebenso vieler Kinder einer hoch entwickelten Gesellschaft gesetzt. Könnten wir erwarten, dass sie beim Aufwachsen einen Unterschied zeigten? Niemand, der viel mit unterschiedlichen Völkern und Schichten zu tun hatte, dürfte dies glauben. Die große daraus zu lernende Wahrheit lautet: »Die menschliche Natur ist überall auf der Welt menschliche Natur.« Diese Lehre lässt sich auch in der Bibliothek gewinnen. Ich meine weniger Reiseberichte, denn Darstellungen sogenannter Wilder durch zivilisierte Buchautoren gleichen häufig genau den Berichten, die solche Menschen über uns verfassen würden,

wenn sie uns flüchtig besuchten und danach Bücher schrieben. Gemeint sind vielmehr die Zeugnisse vom Leben und Denken anderer Zeiten und Völker. In unsere heutige Sprache übertragen, wirken sie wie Einblicke in unser eigenes Leben und Aufleuchten unserer eigenen Gedanken. Sie vermitteln das Gefühl einer wesentlichen Gleichheit der Menschen. »Dies«, sagt Emanuel Deutsch, »ist das Ergebnis aller Untersuchungen über Geschichte oder Kunst: Sie waren wie wir.«

Überall auf der Welt findet sich ein Volk, an dem sich gut erkennen lässt, welche Besonderheiten erblich und welche durch das gesellschaftliche Zusammenleben weitergegeben werden. Jüdinnen und Juden haben ihre Abstammung sorgfältiger und während eines weit längeren Zeitraums bewahrt als irgendeines der europäischen Völker. Dennoch lässt sich meines Erachtens allein ihr äußeres Erscheinungsbild darauf zurückführen, und selbst dieses ist weit weniger einheitlich, als gewöhnlich angenommen wird. Trotz der lange gepflegten Heirat innerhalb der eigenen Gemeinschaft wurden jüdische Gruppen überall von ihrer Umgebung geprägt. Englische, russische, polnische, deutsche und orientalische Juden unterscheiden sich in vieler Hinsicht ebenso stark voneinander wie die übrige Bevölkerung dieser Länder. Dennoch haben sie vieles gemeinsam und überall ihre Eigenständigkeit bewahrt. Der Grund ist deutlich: Die jüdische Religion – und Religion wird gewiss nicht durch Zeugung, sondern durch Unterweisung und Gemeinschaft weitergegeben – erhielt überall die Besonderheit des jüdischen Volkes. Diese Religion nehmen Kinder nicht wie körperliche Merkmale auf, sondern durch Lehre und Zusammenleben. Sie grenzt nicht nur inhaltlich ab; indem sie Misstrauen und Abneigung hervorrief, erzeugte sie zudem starken äußeren Druck. Mehr noch als ihre Gebote machte dieser Druck jüdische Gemeinschaften

überall zu Gemeinschaften innerhalb der Gemeinschaft. So entstand und erhielt sich eine besondere soziale Umgebung, die einen unterscheidbaren Charakter prägt. Heiraten innerhalb der eigenen Gruppe waren eine Folge davon, nicht ihre Ursache. Was Verfolgung nicht erreichen konnte, solange man jüdische Kinder nicht ihren Eltern wegnahm und außerhalb dieser besonderen Umgebung erzog, wird die abnehmende Kraft des religiösen Glaubens bewirken. In den Vereinigten Staaten ist dies bereits zu erkennen, wo der Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden rasch schwindet.

Der Einfluss dieses gesellschaftlichen Netzes oder dieser Umgebung erklärt meines Erachtens auch etwas, das häufig als Beweis angeborener Unterschiede zwischen Völkern angeführt wird: die Schwierigkeit weniger entwickelter Gesellschaften, eine höher entwickelte Zivilisation aufzunehmen, und das Verschwinden mancher dieser Gesellschaften bei der Berührung mit ihr. Gerade weil eine soziale Umgebung fortbesteht, erschwert oder verhindert sie für die von ihr geprägten Menschen die Annahme einer anderen.

Wenn der Charakter irgendeines Volkes als unveränderlich gelten kann, dann der chinesische. Und doch übernehmen Chinesen in Kalifornien amerikanische Arbeits- und Handelsweisen, Maschinen und andere technische Mittel so leicht, dass es ihnen offenkundig weder an Anpassungsfähigkeit noch an natürlicher Begabung fehlt. Dass sie sich in anderer Hinsicht nicht verändern, liegt an der chinesischen Umgebung, die fortbesteht und sie weiterhin umgibt. Sie kommen aus China, hoffen nach China zurückzukehren und leben hier in einem eigenen kleinen China – so wie die Engländer in Indien ein kleines England aufrechterhalten. Menschen suchen von Natur aus die Nähe derjenigen, die ihre Besonderheiten teilen;

deshalb bleiben Sprache, Religion und Gebräuche erhalten, solange Einzelne nicht völlig voneinander getrennt werden. Hinzu kommt, dass Unterschiede äußeren Druck hervorrufen, der diese Verbindung geradezu erzwingt.

Diese offenkundigen Grundsätze erklären alle Erscheinungen, die beim Zusammentreffen unterschiedlicher Kulturstufen und Kulturgemeinschaften auftreten, ohne dass man angeborene Unterschiede unterstellen muss. Wie die vergleichende Sprachwissenschaft gezeigt hat, gehört etwa der Inder derselben großen Sprach- und Abstammungsfamilie an wie sein englischer Eroberer. Zahlreiche Einzelfälle zeigen zudem: Könnte er vollständig und ausschließlich in eine englische Umgebung versetzt werden – was, wie bereits gesagt, nur möglich wäre, wenn Säuglinge in englischen Familien aufwüchsen, ohne dass sie selbst oder ihre Umgebung irgendeinen Unterschied wahrnähmen –, würde eine einzige Generation genügen, um die europäische Zivilisation vollständig zu vermitteln. Englische Vorstellungen und Gewohnheiten können sich in Indien jedoch nur sehr langsam verbreiten, weil sie dort auf ein dichtes Geflecht von Vorstellungen und Gewohnheiten treffen, das von einer gewaltigen Bevölkerung fortwährend erneuert wird und mit jeder Handlung des Lebens verwoben ist.

Bagehot versucht in *Physics and Politics* zu erklären, weshalb sogenannte Barbaren vor unserer Zivilisation verschwinden, während sie der antiken Zivilisation standhielten. Er nimmt an, der Fortschritt habe uns körperlich widerstandsfähiger gemacht. Kein antiker Schriftsteller, so bemerkt er, beklage das Schicksal der Barbaren; überall habe der Barbar den Kontakt mit den Römern ertragen und der Römer sich mit ihm verbunden. Dann schreibt er:

»Die sogenannten Wilden waren im ersten Jahr der christlichen Zeitrechnung ungefähr dieselben wie im Jahr 1800. Wenn sie den Kontakt mit den zivilisierten Menschen der Antike ertrugen, den unseren aber nicht ertragen, folgt daraus vermutlich, dass unsere menschliche Konstitution widerstandsfähiger ist als die antike. Denn wir müssen die Keime schwererer Krankheiten ertragen, als sie die Alten verbreiteten, und wir ertragen sie tatsächlich. Vielleicht können wir den unveränderten Menschen einfacher Gesellschaften als Messgerät für die Widerstandskraft jener Konstitution verwenden, mit der er in Berührung kommt.«

Bagehot erklärt nicht, weshalb die Zivilisation vor achtzehnhundert Jahren gegenüber einfachen Gesellschaften nicht denselben relativen Vorteil besaß wie heute. Doch weder diese Frage noch der fehlende Beweis irgendeiner körperlichen Verbesserung braucht uns aufzuhalten. Wer gesehen hat, wie die Berührung mit unserer Zivilisation auf weniger entwickelte Völker wirkt, wird rasch auf eine naheliegendere, wenn auch weniger schmeichelhafte Erklärung kommen.

Krankheiten, die uns vergleichsweise wenig schaden, werden für Menschen einfacher Gesellschaften nicht deshalb tödlich, weil unser Körper von Natur aus widerstandsfähiger wäre. Wir besitzen Kenntnisse und Mittel zur Behandlung, während ihnen beides fehlt. Dieselben Krankheiten, mit denen der Abschaum der Zivilisation an ihrer vorrückenden Grenze andere Menschen ansteckt, wären für Zivilisierte ebenso vernichtend, wenn diese sie aus Unwissenheit unbehandelt ließen. Tatsächlich waren sie es, bis wir ihre Behandlung lernten. Hinzu kommt: Der Zusammenstoß der Zivilisation mit einer einfachen Gesellschaft schwächt deren Menschen, ohne ihnen jene Bedingungen zu geben, die den zivilisierten

Menschen stark machen. Ihre Gewohnheiten und Gebräuche bestehen fort, soweit sie können; die Bedingungen, an die sie angepasst waren, werden jedoch gewaltsam verändert. Der Jäger lebt plötzlich in einem Land ohne Wild; dem Krieger nimmt man die Waffen und verlangt von ihm, sich in juristischen Fachbegriffen zu verteidigen. Er steht nicht nur zwischen zwei Kulturen, sondern – wie Bagehot über europäisch-indische Menschen gemischter Herkunft sagt – zwischen zwei Moralsystemen. Er lernt die Laster der Zivilisation, ohne ihre Tugenden zu erwerben. Er verliert seine vertraute Lebensgrundlage, seine Selbstachtung und seine Moral; er verfällt und stirbt aus. Die elenden Gestalten, die an Grenzstädten oder Bahnhöfen umherstehen, bereit zu betteln, zu stehlen oder sich für einen noch erniedrigenderen Handel anzubieten, sind keine gerechten Vertreter der indigenen Menschen, bevor die Weißen in ihre Jagdgebiete eindrangen. Sie haben die Kraft und die Tugenden ihres früheren Zustands verloren, ohne die eines höheren zu gewinnen. Wo die Zivilisation den »roten Mann« verdrängt, zeigt sie tatsächlich keine Tugenden. Für den Angloamerikaner an der Siedlungsgrenze besitzt der Ureinwohner gewöhnlich keine Rechte, die der weiße Mann achten müsste. Er wird verarmt, missverstanden, betrogen und misshandelt. Unter denselben Bedingungen würden auch wir aussterben. Er verschwindet vor der Zivilisation, wie die romanisierten Briten vor den angelsächsischen Barbaren verschwanden.

Der wahre Grund, weshalb kein antiker Schriftsteller das Schicksal der Barbaren beklagt und die römische Zivilisation sie aufnahm, statt sie zu vernichten, liegt meines Erachtens nicht nur darin, dass die antike Zivilisation den Völkern, auf die sie traf, weit näherstand. Wichtiger ist, dass sie sich nicht auf dieselbe Weise ausbreitete wie

unsere. Sie wurde nicht durch eine vorrückende Linie von Siedlern verbreitet, sondern durch Eroberung. Die neue Provinz wurde lediglich einer allgemeinen Herrschaft unterworfen; ihre gesellschaftliche und gewöhnlich auch ihre politische Ordnung blieb weitgehend unberührt. So konnte die Angleichung ohne Zerstörung und Verfall voranschreiten. Auf ähnliche Weise scheint sich Japan heute die europäische Zivilisation anzueignen.

In Amerika hat der Angloamerikaner die indigene Bevölkerung vernichtet, statt sie zu zivilisieren. Er hat sie weder in seine gesellschaftliche Umgebung aufgenommen, noch erfolgte die Berührung in einer Weise, die das Geflecht ihrer überlieferten Denkweisen und Gebräuche schnell genug an die neuen Bedingungen hätte anpassen können, in die sie durch mächtige neue Nachbarn versetzt wurden. Dass keine angeborene Schranke diese Völker an der Aufnahme unserer Zivilisation hindert, haben Einzelfälle immer wieder gezeigt. Soweit entsprechende Versuche überhaupt zugelassen wurden, bestätigten dies auch die Jesuiten in Paraguay, die Franziskaner in Kalifornien und protestantische Missionare auf einigen pazifischen Inseln.

Die Annahme, der menschliche Körper habe sich innerhalb irgendeines uns bekannten Zeitraums verbessert, entbehrt jeder Grundlage; für die von Bagehot genannten achtzehnhundert Jahre ist sie eindeutig widerlegt. Antike Statuen, die Lasten und Marschleistungen antiker Soldaten sowie Berichte über Läufer und Übungen von Athleten zeigen, dass sich die Menschheit in zweitausend Jahren weder in den Körperverhältnissen noch in der Kraft verbessert hat. Noch abwegiger ist die Behauptung einer geistigen Verbesserung, obwohl sie mit größerem Vertrauen und weit allgemeiner

vorgetragen wird. Kann die moderne Zivilisation Dichter, Künstler, Architekten, Philosophen, Redner, Staatsmänner oder Feldherren von größerer geistiger Kraft vorweisen als die Antike? Namen aufzuzählen ist überflüssig; jedes Schulkind kennt sie. Für unsere Vorbilder und Verkörperungen geistiger Größe kehren wir zu den Alten zurück. Stellen wir uns für einen Augenblick jene Möglichkeit vor, an die der älteste und verbreitetste aller Glaubenssätze erinnert – eine Auffassung, die Lessing gerade wegen ihres Alters und ihrer Verbreitung für besonders wahrscheinlich hielt, auch wenn er sie aus metaphysischen Gründen annahm. Homer oder Vergil, Demosthenes oder Cicero, Alexander, Hannibal oder Cäsar, Platon oder Lukrez, Euklid oder Aristoteles würden im 19. Jahrhundert erneut ins Leben treten: Könnten wir erwarten, dass sie den heutigen Menschen unterlegen wären? Betrachten wir irgendeine Zeit seit der Antike, selbst die dunkelste, oder irgendeine frühere Epoche, über die wir etwas wissen, finden wir dann nicht Menschen, die unter den Bedingungen und mit dem Wissen ihrer Zeit ebenso große geistige Fähigkeiten zeigten wie Menschen heute? Und entdecken wir nicht auch gegenwärtig in weniger entwickelten Gesellschaften, sobald sich unsere Aufmerksamkeit auf sie richtet, Menschen, die unter ihren Bedingungen geistige Eigenschaften zeigen, welche den höchsten Leistungen der Zivilisation gleichkommen? Bewies die Erfindung der Eisenbahn zu ihrer Zeit eine größere Erfindungskraft als die Erfindung der Schubkarre zu einer Zeit, in der es noch keine Schubkarren gab? Wir Angehörigen der modernen Zivilisation stehen weit über früheren Menschen und den weniger entwickelten Gesellschaften unserer Zeit. Doch der Grund ist nicht, dass wir größer wären, sondern dass wir auf einer Pyramide stehen. Die

Jahrhunderte haben nicht unsere Körpergröße erhöht, sondern ein Bauwerk errichtet, auf das wir unsere Füße stellen können.

Ich wiederhole: Ich behaupte nicht, alle Menschen besäßen dieselben Fähigkeiten oder seien geistig gleich – ebenso wenig wie ich behaupte, sie seien körperlich gleich. Unter den zahllosen Millionen Menschen, die auf der Erde gelebt haben, waren vermutlich niemals zwei körperlich oder geistig vollkommen identisch. Ebenso wenig bestreite ich deutlich erkennbare geistige Unterschiede zwischen Völkern, so wie es erkennbare körperliche Unterschiede gibt. Ich leugne nicht, dass Vererbung besondere geistige Eigenschaften ähnlich und möglicherweise im selben Maß weitergibt wie körperliche. Dennoch scheint es mir für den Geist ebenso wie für den Körper ein gemeinsames Grundmaß und eine natürliche Ausgewogenheit zu geben, zu der Abweichungen zurückzukehren neigen. Unsere Lebensbedingungen können Verformungen erzeugen, wie jene nordamerikanischen Gruppen, die die Köpfe ihrer Säuglinge abflachten, oder wie chinesische Familien, die die Füße ihrer Töchter banden. Doch so wie deren Kinder weiterhin mit natürlich geformten Köpfen und Füßen geboren wurden, scheint auch die Natur zum normalen geistigen Typus zurückzukehren. Ein Kind erbt das Wissen seines Vaters ebenso wenig wie dessen Glasauge oder künstliches Bein. Das Kind völlig ungebildeter Eltern kann zum Wegbereiter einer Wissenschaft oder zum führenden Denker werden.

Entscheidend ist für uns die folgende große Tatsache: Die Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Gemeinschaften, Orte und Zeiten, die wir als Unterschiede der Zivilisation bezeichnen, liegen nicht in den Einzelnen, sondern in der Gesellschaft. Sie beruhen nicht, wie Herbert Spencer meint, auf Verschiedenheiten der

einzelnen Bestandteile, sondern auf den Bedingungen, unter denen diese Bestandteile in der Gesellschaft zusammenwirken. Kurz gesagt erkläre ich die Unterschiede zwischen Gemeinschaften so: Jede Gesellschaft, ob klein oder groß, webt zwangsläufig ein eigenes Geflecht aus Wissen, Überzeugungen, Gebräuchen, Sprache, Vorlieben, Einrichtungen und Gesetzen. In dieses Geflecht – genauer: in diese Geflechte, denn jede Gemeinschaft oberhalb der einfachsten Stufe besteht aus kleineren, einander überschneidenden und durchdringenden Gemeinschaften – wird der Mensch bei seiner Geburt aufgenommen, und darin bleibt er bis zu seinem Tod. Es ist die Form, in der sich sein Geist entfaltet und von der er sein Gepräge erhält. Auf diese Weise entstehen und erhalten sich Sitten, Religionen, Vorurteile, Geschmäcker und Sprachen. Auf diese Weise werden Fertigkeiten weitergegeben, Wissen gespeichert und die Entdeckungen einer Zeit zum gemeinsamen Besitz und zum Ausgangspunkt der nächsten. Dieses Geflecht errichtet häufig die schwersten Hindernisse gegen den Fortschritt – und macht Fortschritt zugleich überhaupt erst möglich. Es versetzt heute jedes Schulkind in die Lage, in wenigen Stunden mehr über das Universum zu lernen, als Ptolemäus wusste, und hebt selbst einen mittelmäßigen Wissenschaftler weit über den Stand, den der gewaltige Geist des Aristoteles erreichte. Es ist für die Menschheit, was das Gedächtnis für den Einzelnen ist. Unsere wunderbaren Künste, unsere weitreichende Wissenschaft und unsere erstaunlichen Erfindungen sind daraus hervorgegangen.

Der menschliche Fortschritt schreitet voran, indem die Leistungen einer Generation auf diese Weise zum gemeinsamen Eigentum der nächsten werden und ihr als Ausgangspunkt weiterer Fortschritte dienen.

KAPITEL III DAS GESETZ DES MENSCHLICHEN FORTSCHRITTS

Welches Gesetz bestimmt also den menschlichen Fortschritt – nach welchem Gesetz schreitet die Zivilisation voran?

Dieses Gesetz muss klar und bestimmt erklären – nicht durch vage Verallgemeinerungen oder oberflächliche Vergleiche –, weshalb heute so große Unterschiede der gesellschaftlichen Entwicklung bestehen, obwohl die Menschheit vermutlich mit denselben Fähigkeiten und zur selben Zeit begann. Es muss stehen gebliebene, verfallene und untergegangene Zivilisationen ebenso erklären wie die allgemeinen Tatsachen ihres Aufstiegs und jene versteinernde oder erschlaffende Kraft, die der Fortschritt der Zivilisation bisher stets selbst hervorgebracht hat. Es muss Rückschritt ebenso wie Fortschritt erklären, die allgemeinen Unterschiede zwischen asiatischen und europäischen Zivilisationen, den Unterschied zwischen antiker und moderner Zivilisation, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung sowie ihre auffälligen kleineren Erscheinungen: Ausbrüche, Anläufe und Stillstände. Es muss uns damit die wesentlichen Bedingungen des Fortschritts zeigen und erkennen lassen, welche gesellschaftlichen Ordnungen ihn fördern und welche ihn hemmen.

Ein solches Gesetz ist nicht schwer zu entdecken. Wir müssen nur hinsehen. Ich beanspruche nicht, es mit wissenschaftlicher Genauigkeit zu formulieren, sondern will lediglich darauf hinweisen.

Die Antriebe des Fortschritts sind die in der menschlichen Natur liegenden Wünsche: das Verlangen, die Bedürfnisse des Körpers, des Geistes und des Mitgefühls zu befriedigen; der Wunsch zu

sein, zu wissen und zu handeln. Solange das Unendliche nicht erreicht ist, können diese Wünsche niemals erfüllt werden, denn sie wachsen an dem, wovon sie sich nähren.

Der Geist ist das Werkzeug, mit dem der Mensch voranschreitet und jeden Fortschritt sichert, um ihn zur Grundlage des nächsten zu machen. Durch bloßes Nachdenken kann er seiner Körpergröße keine Elle hinzufügen; wohl aber kann er durch Denken sein Wissen über das Universum und seine Macht darüber – soweit wir erkennen können – ins Unendliche erweitern. Die kurze Spanne des menschlichen Lebens lässt den Einzelnen nur ein kleines Stück zurücklegen. Doch selbst wenn jede Generation nur wenig erreicht, können aufeinanderfolgende Generationen, die auf dem Gewinn ihrer Vorgänger aufbauen, den Stand der Menschheit allmählich erhöhen – wie Korallenpolypen, deren Generationen auf den Werken der vorangegangenen weiterbauen und sich so vom Meeresgrund emporheben.

Die geistige Kraft ist daher der Motor des Fortschritts. Menschen entwickeln sich in dem Maß weiter, in dem sie geistige Kraft für den Fortschritt einsetzen – für die Erweiterung des Wissens, die Verbesserung von Verfahren und die Gestaltung besserer gesellschaftlicher Verhältnisse.

Die geistige Kraft ist jedoch eine begrenzte Größe. Die Arbeit, die ein Mensch mit seinem Geist leisten kann, hat ebenso eine Grenze wie die Arbeit seines Körpers. Für den Fortschritt steht daher nur jene geistige Kraft zur Verfügung, die übrig bleibt, nachdem die nicht fortschrittlichen Aufgaben erfüllt sind.

Die nicht fortschrittlichen Zwecke, die geistige Kraft verbrauchen, lassen sich in Erhaltung und Konflikt einteilen. Mit Erhaltung meine ich nicht nur die Sicherung des Lebens, sondern auch die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zustands

und der bereits erreichten Fortschritte. Konflikt umfasst nicht bloß Krieg und Kriegsvorbereitung, sondern jeden Aufwand geistiger Kraft, mit dem Menschen ihre Wünsche auf Kosten anderer befriedigen wollen oder sich gegen solche Angriffe wehren.

Vergleichen wir die Gesellschaft mit einem Boot. Wie rasch es durch das Wasser fährt, hängt nicht vom gesamten Kraftaufwand der Besatzung ab, sondern von der Kraft, die tatsächlich dem Antrieb dient. Jede Kraft, die zum Ausschöpfen von Wasser, zum Kampf der Besatzungsmitglieder untereinander oder zum Rudern in verschiedene Richtungen benötigt wird, vermindert den Vortrieb.

Solange Menschen voneinander getrennt leben, beansprucht die bloße Erhaltung des Lebens ihre gesamten Kräfte. Erst ihr Zusammenschluss zu Gemeinschaften setzt geistige Kraft für höhere Zwecke frei, weil er Arbeitsteilung und alle Vorteile ermöglicht, die aus der Zusammenarbeit einer wachsenden Zahl entstehen. Zusammenschluss ist daher die erste wesentliche Bedingung des Fortschritts. Verbesserungen werden möglich, wenn Menschen sich friedlich verbinden; je weiter und enger ihre Verbindung reicht, desto größer sind die Möglichkeiten. Der verschwenderische Verbrauch geistiger Kraft im Konflikt wächst oder sinkt dagegen danach, ob das sittliche Gesetz, das jedem gleiche Rechte zugesteht, missachtet oder anerkannt wird. Gleichheit – oder Gerechtigkeit – ist somit die zweite wesentliche Bedingung des Fortschritts.

Zusammenschluss unter Gleichen ist daher das Gesetz des Fortschritts. Der Zusammenschluss setzt geistige Kraft für Verbesserungen frei. Gleichheit, Gerechtigkeit oder Freiheit – die Begriffe bedeuten hier dasselbe, nämlich die Anerkennung des sittlichen Gesetzes – verhindert, dass diese Kraft in fruchtlosen Kämpfen vergeudet wird.

Dieses Gesetz erklärt alle Unterschiede, jeden Fortschritt, jeden Stillstand und jeden Rückschritt. Menschen schreiten voran, soweit sie enger zusammenrücken und durch Zusammenarbeit die geistige Kraft vermehren, die Verbesserungen dienen kann. Soweit dagegen Konflikte entstehen oder der Zusammenschluss zu ungleichen Lebensbedingungen und Machtverhältnissen führt, wird die Tendenz zum Fortschritt geschwächt, aufgehalten und schließlich umgekehrt.

Bei gleichen angeborenen Fähigkeiten ist offenkundig, dass die gesellschaftliche Entwicklung je nach den Widerständen, auf die sie trifft, schneller oder langsamer voranschreitet, zum Stillstand kommt oder sich umkehrt. Im Verhältnis zur Gesellschaft selbst lassen sich die Hindernisse im Allgemeinen als äußere und innere einteilen. Die äußeren wirken in frühen Zivilisationsstufen stärker, die inneren gewinnen auf späteren Stufen an Bedeutung.

Der Mensch ist seiner Natur nach ein gesellschaftliches Wesen. Man muss ihn nicht einfangen und zähmen, um ihn zum Zusammenleben zu bewegen. Die völlige Hilflosigkeit, mit der er zur Welt kommt, und die lange Zeit bis zur Reife seiner Fähigkeiten machen die Familie notwendig. Wie wir beobachten können, ist diese Familie bei weniger entwickelten Völkern sogar größer und in ihren Erweiterungen enger verbunden als bei stärker kultivierten. Die ersten Gesellschaften sind Familien, die sich zu Stämmen ausweiten, weiterhin auf gemeinsame Abstammung verweisen und selbst als große Nationen noch eine solche gemeinsame Herkunft beanspruchen.

Bei Wesen dieser Art, die auf einer Erde mit so unterschiedlichen Landschaften und Klimazonen leben, muss die gesellschaftliche Entwicklung selbst bei gleicher Begabung und gleichem Anfang sehr verschieden verlaufen. Die erste Grenze oder

der erste Widerstand gegen den Zusammenschluss geht von den natürlichen Bedingungen aus. Da diese sich örtlich stark unterscheiden, müssen sich entsprechende Unterschiede des gesellschaftlichen Fortschritts zeigen. In einem frühen Wissensstand, in dem die Menschen für ihren Lebensunterhalt vor allem auf das unmittelbar von der Natur Gebotene angewiesen sind, hängen ihre tatsächliche Vermehrung und die Möglichkeit, trotz wachsender Zahl eng beieinanderzubleiben, weitgehend von Klima, Boden und Landschaft ab. Wo viel tierische Nahrung und warme Kleidung erforderlich sind; wo die Erde arm und karg erscheint; wo die überbordende Lebenskraft tropischer Wälder die schwachen Versuche einfacher Menschen verspottet, sie zu beherrschen; wo Berge, Wüsten oder Meeresarme Menschen trennen und isolieren, können der Zusammenschluss und die daraus entstehende Fähigkeit zur Verbesserung zunächst nur wenig vorankommen. Auf fruchtbaren Ebenen warmer Gebiete dagegen, wo das Leben mit geringerem Kraftaufwand und auf kleinerer Fläche erhalten werden kann, leben Menschen enger zusammen und können von Anfang an weit mehr geistige Kraft für Verbesserungen einsetzen. Deshalb entstanden die ersten Zivilisationen natürlicherweise in jenen großen Flusstälern und Hochebenen, in denen wir ihre frühesten Zeugnisse finden.

Unterschiedliche natürliche Bedingungen erzeugen nicht nur unmittelbar verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen. Indem sie diese Unterschiede hervorbringen, schaffen sie im Menschen selbst ein Hindernis, ja eine aktive Gegenkraft zur Verbesserung. Werden Familien und Stämme voneinander getrennt, endet das Gemeinschaftsgefühl an ihren Grenzen. Unterschiede in Sprache, Sitte, Überlieferung und Religion entstehen – kurz, im ganzen sozialen

Geflecht, das jede noch so kleine oder große Gemeinschaft fortwährend webt. Mit diesen Unterschieden wachsen Vorurteile und Feindseligkeiten. Begegnungen führen leicht zum Streit, Angriff erzeugt Gegenangriff, und Unrecht entzündet Rache.[62] Zwischen den getrennten Gemeinschaften entstehen so das Gefühl Ismaels und der Geist Kains. Krieg wird zur dauerhaften und scheinbar natürlichen Beziehung. Menschliche Kräfte werden für Angriff und Verteidigung, gegenseitiges Töten und die Zerstörung von Wohlstand oder für Kriegsvorbereitungen verbraucht. Wie lange diese Feindseligkeit anhält, zeigen die Schutzzölle und stehenden Heere der heutigen zivilisierten Welt. Wie schwer der Gedanke zu überwinden ist, dass auch der Diebstahl an einem Ausländer Diebstahl ist, zeigt die Schwierigkeit, ein internationales Urheberrecht zu schaffen. Können wir uns über die dauernden Feindschaften von Stämmen und Sippen wundern? Wenn jede Gemeinschaft von allen anderen getrennt ihr eigenes soziales Geflecht spann, aus dem kein Einzelner entkommen konnte, musste Krieg die Regel und Frieden die Ausnahme sein. »Sie waren wie wir.«

Krieg ist die Verneinung des Zusammenschlusses. Indem die Trennung in verschiedene Stämme den Krieg vermehrt, hemmt sie die Entwicklung. Wo dagegen eine große Bevölkerung wachsen kann, ohne sich stark zu zerstreuen, wird die Zivilisation vom inneren Stammeskrieg entlastet, selbst wenn die Gemeinschaft als Ganzes jenseits ihrer Grenzen Krieg führt. Wo der natürliche Widerstand gegen ein enges Zusammenleben am geringsten ist, wird daher auch die Gegenkraft des Krieges zunächst am wenigsten spürbar. Auf den fruchtbaren Ebenen, auf denen Zivilisation zuerst entsteht, kann sie eine große Höhe erreichen, während verstreute Stämme

noch auf einer einfachen Stufe verharren. Wenn kleine getrennte Gemeinschaften durch dauernden Krieg am Fortschritt gehindert werden, besteht der erste Schritt zu ihrer Zivilisierung häufig im Auftreten eines erobernden Stammes oder Staates, der sie zu einer größeren Gemeinschaft vereinigt und den inneren Frieden sichert. Wird diese friedliche Verbindung durch äußere Angriffe oder innere Kämpfe zerstört, endet der Fortschritt und der Rückschritt beginnt.

Doch nicht allein Eroberung hat den Zusammenschluss gefördert und damit geistige Kraft von den Erfordernissen des Krieges befreit. Wenn Unterschiede des Klimas, des Bodens und der Landschaft die Menschen zunächst voneinander trennen, regen sie zugleich den Austausch an. Handel ist selbst eine Form des Zusammenschlusses oder der Zusammenarbeit. Er fördert die Zivilisation nicht nur unmittelbar, sondern schafft Interessen gegen den Krieg und zerstreut die Unwissenheit, die Vorurteile und Feindseligkeiten besonders fruchtbar hervorbringt.

Ähnliches gilt für die Religion. Ihre Formen und die von ihr geweckten Feindschaften haben Menschen zwar häufig getrennt und Kriege verursacht; zu anderen Zeiten förderte sie jedoch den Zusammenschluss. Eine gemeinsame Verehrung milderte etwa bei den Griechen häufig den Krieg und bildete eine Grundlage der Einheit. Die moderne Zivilisation wiederum entstand aus dem Sieg des Christentums über die sogenannten Barbaren Europas. Hätte die christliche Kirche beim Zerfall des Römischen Reichs nicht bestanden, wäre Europa ohne jedes verbindende Band vielleicht auf einen Zustand gesunken, der kaum über dem nordamerikanischer Stammesgesellschaften lag. Oder es hätte eine asiatisch geprägte Zivilisation erst durch die erobernden Krummsäbel jener Heere erhalten, die

eine in den Wüsten Arabiens entstandene Religion zu mächtiger Kraft vereint hatte. Diese Religion hatte seit unvordenklicher Zeit getrennte Stämme zusammengeführt und anschließend einen großen Teil der Menschheit im gemeinsamen Glauben verbunden.

In der uns bekannten Weltgeschichte sehen wir daher überall Zivilisation entstehen, wo Menschen miteinander verbunden werden, und verschwinden, wo diese Verbindung zerbricht. Die römische Zivilisation breitete sich durch Eroberungen über Europa aus, die inneren Frieden gewährleisteten; sie wurde von den Einfällen nördlicher Völker überwältigt, die die Gesellschaft wieder in unverbundene Bruchstücke zerschlugen. Der heutige Fortschritt unserer modernen Zivilisation begann, als das Feudalsystem Menschen erneut in größeren Gemeinschaften verband und die geistliche Oberhoheit Roms diese Gemeinschaften in ein gemeinsames Verhältnis brachte, wie es zuvor die Legionen getan hatten. Aus feudalen Bindungen entwickelten sich selbstständige Nationen. Das Christentum milderte die Sitten, brachte das in dunklen Jahrhunderten bewahrte Wissen wieder hervor, knüpfte in seiner allgegenwärtigen Organisation Fäden friedlicher Einheit und lehrte in seinen Orden das gemeinschaftliche Leben. So wurde ein größerer Fortschritt möglich, der immer stärker wurde, je enger die Menschen sich verbanden und zusammenarbeiteten.

Den Verlauf der Zivilisation und die vielfältigen Erscheinungen ihrer Geschichte können wir jedoch niemals verstehen, wenn wir nicht jene inneren Widerstände oder Gegenkräfte betrachten, die im Herzen einer fortschreitenden Gesellschaft entstehen. Nur sie erklären, weshalb eine einmal in Gang gekommene Zivilisation aus sich selbst heraus stehen bleibt oder von sogenannten Barbaren zerstört werden kann.

Die geistige Kraft als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts wird durch Zusammenschluss freigesetzt – genauer vielleicht: durch Integration. Die Gesellschaft wird dabei komplexer, ihre Mitglieder stärker voneinander abhängig. Berufe und Aufgaben spezialisieren sich. Aus umherziehender wird sesshafte Bevölkerung. Statt dass jeder Mensch alle Bedürfnisse selbst zu befriedigen versucht, trennen sich Gewerbe und Tätigkeiten: Der eine entwickelt Geschick auf einem Gebiet, der andere auf einem anderen. Dasselbe gilt für das Wissen, dessen Gesamtumfang ständig über das hinauswächst, was ein Einzelner erfassen kann. Es teilt sich in Bereiche, denen verschiedene Menschen nachgehen. Auch religiöse Handlungen gelangen in die Hände einer dafür besonders zuständigen Gruppe. Die Wahrung der Ordnung, die Rechtspflege, die Verteilung öffentlicher Aufgaben und Anerkennungen, die Kriegführung und Ähnliches werden zu besonderen Aufgaben eines organisierten Staates. In Herbert Spencers Sprache der Evolution geht die Gesellschaft im Verhältnis zu ihren Mitgliedern von unbestimmter, unzusammenhängender Gleichartigkeit zu bestimmter, zusammenhängender Verschiedenartigkeit über. Auf einer niedrigen Entwicklungsstufe gleicht sie einem einfachen tierischen Organismus ohne Organe oder Glieder, von dem ein abgetrennter Teil weiterleben kann. Auf einer höheren Stufe gleicht sie einem hoch entwickelten Organismus, in dem Aufgaben und Kräfte spezialisiert und alle Glieder lebensnotwendig voneinander abhängig sind.

Dieser Prozess der Integration und Spezialisierung von Aufgaben und Kräften ist aufgrund eines wohl sehr tiefen Gesetzes der menschlichen Natur ständig mit der Gefahr wachsender Ungleichheit verbunden. Nicht Ungleichheit ist notwendig das Ergebnis

gesellschaftlichen Wachstums. Sie ist jedoch seine beständige Tendenz, wenn die gesellschaftlichen Regeln nicht zugleich so verändert werden, dass sie unter den neuen Bedingungen die Gleichheit sichern. Bildlich gesprochen neigt das Gewand aus Gesetzen, Gebräuchen und politischen Einrichtungen, das jede Gesellschaft für sich webt, mit ihrer Entwicklung dazu, zu eng zu werden. Der fortschreitende Mensch durchquert gleichsam ein Labyrinth: Geht er immer nur geradeaus, verirrt er sich unweigerlich; nur Vernunft und Gerechtigkeit können ihn auf einem ansteigenden Weg halten.

Die mit dem Wachstum einhergehende Integration setzt zwar geistige Kraft für Verbesserungen frei. Zugleich erzeugen jedoch sowohl die wachsende Bevölkerungszahl als auch die zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Ordnung eine Gegenbewegung zur Ungleichheit. Diese vergeudet geistige Kraft und bringt mit zunehmender Stärke die Entwicklung zum Stillstand.

Das Gesetz bis zu seinem höchsten Ausdruck zu verfolgen, durch das der Fortschritt selbst die Kraft hervorbringt, die ihn stoppt, würde meines Erachtens weit zur Lösung eines Problems beitragen, das noch tiefer reicht als die Entstehung des materiellen Universums: die Entstehung des Bösen. Ich beschränke mich darauf zu zeigen, wie mit der Entwicklung der Gesellschaft Tendenzen entstehen, die diese Entwicklung hemmen.

Zunächst sollten wir uns zwei Eigenschaften der menschlichen Natur vergegenwärtigen. Die eine ist die Macht der Gewohnheit – die Neigung, Dinge weiterhin auf dieselbe Weise zu tun. Die andere ist die Möglichkeit geistigen und sittlichen Verfalls. Die erste erhält Gewohnheiten, Gebräuche, Gesetze und Verfahren lange über ihre ursprüngliche Nützlichkeit hinaus. Die zweite ermöglicht das Wachstum von Einrichtungen und Denkweisen,

gegen die sich die normalen Empfindungen des Menschen instinktiv auflehnen.

Das Wachstum der Gesellschaft macht nicht nur jeden Menschen immer abhängiger von allen anderen und schwächt den Einfluss des Einzelnen selbst auf seine eigenen Lebensbedingungen gegenüber dem Einfluss der Gesellschaft. Der Zusammenschluss oder die Integration bringt zudem eine gemeinsame Kraft hervor, die sich von der Summe der Einzelkräfte unterscheidet. Entsprechende Vergleiche oder vielmehr Beispiele desselben Gesetzes finden sich überall. Mit wachsender Komplexität tierischer Organismen entsteht über dem Leben und der Kraft der Teile ein Leben und eine Kraft des verbundenen Ganzen; über der Fähigkeit zu unwillkürlichen Bewegungen entsteht die Fähigkeit zu willkürlichen. Wie oft beobachtet wurde, unterscheiden sich Handlungen und Regungen von Menschenmengen von denen, die einzelne Menschen unter denselben Umständen zeigen würden. Die Kampfkraft eines Regiments kann ganz anders sein als die seiner einzelnen Soldaten. Doch Beispiele sind kaum nötig. Bei der Untersuchung des Wesens und der Entstehung der Grundrente sind wir genau auf die Erscheinung gestoßen, die ich meine. Bei dünner Besiedlung besitzt Boden keinen Wert. Sobald Menschen sich sammeln, entsteht und wächst der Bodenwert – etwas klar Unterscheidbares von den durch einzelne Anstrengung geschaffenen Werten. Dieser Wert entspringt dem Zusammenschluss, steigt mit ihm und verschwindet, wenn die Verbindung zerbricht. Dasselbe gilt für Machtformen, die nicht gewöhnlich als Wohlstand ausgedrückt werden.

Während die Gesellschaft wächst, führt die Neigung zur Beibehaltung bestehender Ordnungen dazu, dass diese gemeinsame Kraft schon bei ihrer Entstehung in die Hände eines Teils der Gemeinschaft gelangt. Die ungleiche Verteilung von

Wohlstand und Macht, die der gesellschaftliche Fortschritt hervorbringt, verstärkt dann die Ungleichheit. Denn der Angriff wächst an dem, wovon er sich nährt, und die gewohnheitsmäßige Duldung des Unrechts trübt die Vorstellung von Gerechtigkeit.

So kann sich die patriarchalische Gesellschaftsordnung leicht zu einer Erbmonarchie entwickeln, in der der König wie ein Gott auf Erden erscheint und die breite Bevölkerung zum Spielball seiner Willkür wird. Natürlicherweise leitet der Vater die Familie, und nach seinem Tod folgt ihm der älteste Sohn als ältestes und erfahrenstes Mitglied der kleinen Gemeinschaft. Wird diese Ordnung jedoch fortgesetzt, während die Familie wächst, legt sie die Macht in eine bestimmte Abstammungslinie. Diese Macht muss mit dem gemeinsamen Besitz und der Kraft der Gemeinschaft ständig zunehmen. Aus dem Familienoberhaupt wird der erbliche König, der sich selbst für ein Wesen mit höheren Rechten hält und von anderen dafür gehalten wird. In dem Maß, in dem die gemeinsame Macht gegenüber der Kraft des Einzelnen wächst, steigen seine Möglichkeiten zu belohnen und zu bestrafen – und damit die Anreize, ihm zu schmeicheln und ihn zu fürchten. Wird der Vorgang nicht unterbrochen, kriecht schließlich ein ganzes Volk vor dem Thron, und hunderttausend Menschen arbeiten fünfzig Jahre lang am Grab eines einzelnen Sterblichen.

Auch der Kriegshäuptling einer kleinen Gruppe ist zunächst nur einer der Ihren, dem die anderen als Tapferstem und Umsichtigstem folgen. Sobald große Massen gemeinsam handeln, wird die persönliche Auswahl schwieriger; blinderer Gehorsam wird notwendig und kann erzwungen werden. Aus den Erfordernissen einer im großen Maßstab geführten Kriegführung entsteht so unumschränkte Macht.

Entsprechendes gilt für die Spezialisierung von Aufgaben. Hat die gesellschaftliche Entwicklung einen Punkt erreicht, an dem nicht mehr jeder Produzent zum Kampf von seiner Arbeit weggerufen wird, sondern eine ständige Streitmacht besteht, steigt die Produktivkraft offenkundig. Doch zwangsläufig konzentriert sich damit Macht in den Händen der militärischen Gruppe oder ihrer Führer. Auch die Wahrung der inneren Ordnung, die Rechtspflege, der Bau und Unterhalt öffentlicher Anlagen und besonders die religiösen Handlungen gelangen in die Hände besonderer Gruppen, die dazu neigen, ihre Aufgabe zu vergrößern und ihre Macht auszuweiten.

Die wichtigste Ursache der Ungleichheit liegt jedoch im natürlichen Monopol, das der Besitz von Boden verleiht. Die erste Einsicht der Menschen scheint stets zu sein, dass der Boden gemeinsames Eigentum ist. Die einfachen Mittel, mit denen dies zunächst anerkannt wird – etwa jährliche Neuverteilungen oder gemeinsame Bewirtschaftung –, passen jedoch nur zu einer niedrigen Entwicklungsstufe. Die Vorstellung des Eigentums, die sich bei menschlichen Erzeugnissen selbstverständlich bildet, wird leicht auf den Boden übertragen. Bei dünner Besiedlung sichert eine solche Einrichtung den Verbessernden und Nutzenden lediglich den angemessenen Ertrag ihrer Arbeit. Mit dichterer Bevölkerung und der Entstehung der Grundrente beginnt sie jedoch, den Produzierenden ihren Lohn zu entziehen. Mehr noch: Die Verwendung der Grundrente für öffentliche Zwecke ist auf höherer Entwicklungsstufe der einzige praktikable Weg, den Boden als Gemeineigentum zu erhalten. Gelangen politische und religiöse Macht in die Hände einer besonderen Gruppe, verwandelt sich diese öffentliche Verwendung jedoch in Bodeneigentum dieser Gruppe, während die übrige Gemeinschaft zu

bloßen Pächtern wird. Wo die gesellschaftliche Entwicklung dem Boden Wert verliehen hat, führen auch Kriege und Eroberungen, die politische Macht konzentrieren und Sklaverei hervorbringen, naturgemäß zur Aneignung des Bodens. Eine herrschende Gruppe, die Macht in ihren Händen sammelt, wird bald auch den Bodenbesitz konzentrieren. Große Teile eroberten Landes fallen ihr zu und werden von den früheren Bewohnern als Pächtern oder Leibeigenen bearbeitet. Auch öffentliche oder gemeinschaftliche Flächen, die im natürlichen Verlauf der Entwicklung in jedem Land zunächst bestehen bleiben und die das ursprüngliche Dorfsystem als Weiden und Wälder erhält, werden leicht angeeignet – wie neuere Beispiele zeigen. Ist die Ungleichheit einmal entstanden, konzentriert sich der Bodenbesitz mit fortschreitender Entwicklung immer weiter.

Ich will lediglich die allgemeine Tatsache darstellen, dass sich im Verlauf gesellschaftlicher Entwicklung Ungleichheit zu verfestigen neigt; die besondere Reihenfolge muss je nach den Umständen verschieden sein. Diese Grundtatsache erklärt jedoch Versteinerung und Rückschritt. Die ungleiche Verteilung der Macht und des Wohlstands, die aus der gesellschaftlichen Integration entstehen, hemmt und überwältigt schließlich jene Kraft, die Verbesserungen und Fortschritt hervorbringt. Auf der einen Seite müssen die breiten Schichten ihre geistige Kraft schon für die bloße Erhaltung des Lebens verbrauchen. Auf der anderen Seite wird geistige Kraft darauf verwendet, das System der Ungleichheit zu erhalten und zu verschärfen, sowie für Prunk, Luxus und Krieg. Eine Gemeinschaft, die in Herrschende und Beherrschte, in sehr Reiche und sehr Arme geteilt ist, mag »wie Riesen bauen und wie Juweliere vollenden«. Ihre Werke werden jedoch Denkmäler erbarmungslosen Stolzes und

unfruchtbarer Eitelkeit sein oder Zeugnisse einer Religion, die sich von der Erhebung des Menschen zum Mittel seiner Unterdrückung verwandelt hat. Erfindungen mögen eine Zeit lang fortbestehen, doch es werden Verfeinerungen des Luxus sein, keine Erfindungen, die Mühe erleichtern und menschliche Kraft steigern. Im Innersten der Tempel oder in den Kammern der Hofärzte mag weiterhin Wissen gesucht werden; es wird jedoch als Geheimnis verborgen. Wagt es hervorzutreten, das allgemeine Denken zu erhöhen oder das allgemeine Leben zu erhellen, wird es als gefährliche Neuerung niedergetreten. Ungleichheit mindert nicht nur die geistige Kraft, die Verbesserungen dienen kann, sondern macht Menschen auch zu Gegnern der Verbesserung. Wie stark Menschen, die aus Existenznot in Unwissenheit gehalten werden, an alten Verfahren festhalten, ist zu bekannt, um Beispiele zu benötigen. Ebenso offensichtlich ist der Konservatismus jener Gruppen, denen die bestehende Ordnung besondere Vorteile verschafft. Die Neigung, selbst vorteilhafte Neuerungen abzuwehren, zeigt sich in jeder besonderen Organisation – in Religion, Recht, Medizin, Wissenschaft und Zünften – und wird umso stärker, je geschlossener die Organisation ist. Jede abgeschlossene Körperschaft empfindet instinktive Abneigung gegen Neuerung und Neuerer. Darin äußert sich die Furcht, Veränderungen könnten die Schranken niederreißen, die sie von der Allgemeinheit trennen, und ihr Bedeutung und Macht nehmen. Deshalb hütet sie ihr besonderes Wissen oder Können sorgfältig.

Auf diese Weise folgt dem Fortschritt die Versteinerung. Wachsende Ungleichheit bringt Verbesserungen zwangsläufig zum Stillstand. Hält sie weiter an oder ruft sie erfolglose Gegenbewegungen hervor, verbraucht sie

schließlich sogar jene geistige Kraft, die zur Erhaltung des Bestehenden notwendig ist – und der Rückschritt beginnt.

Diese Grundsätze machen die Geschichte der Zivilisation verständlich.

Wo Klima, Boden und Landschaft eine wachsende Bevölkerung am wenigsten zerstreuten und deshalb die ersten Zivilisationen entstanden, entwickelten sich die inneren Widerstände gegen den Fortschritt naturgemäß regelmäßiger und vollständiger als dort, wo kleinere Gemeinschaften zunächst getrennt unterschiedliche Eigenschaften ausbildeten und erst später enger verbunden wurden. Darin liegt meines Erachtens der allgemeine Unterschied zwischen frühen Zivilisationen und den späteren Europas. Gleichartige Gemeinschaften, die sich von Anfang an ohne den Zusammenstoß verschiedener Sitten, Gesetze und Religionen entwickelten, mussten eine weit größere Einheitlichkeit zeigen. Die konzentrierenden und bewahrenden Kräfte zogen gleichsam alle in dieselbe Richtung. Rivalisierende Häuptlinge begrenzten einander nicht, und unterschiedliche Glaubensformen hielten die wachsende Macht der Priester nicht im Zaum. Politische und religiöse Macht, Wohlstand und Wissen konzentrierten sich daher in denselben Zentren. Dieselben Ursachen, die erbliche Könige und Priester hervorbrachten, führten zu erblichen Handwerkern und Arbeitern und gliederten die Gesellschaft in Kasten. Die durch den Zusammenschluss für den Fortschritt freigesetzte Kraft wurde so vergeudet, während sich allmählich Schranken gegen weitere Entwicklung erhoben. Die überschüssigen Kräfte der breiten Bevölkerung dienten dem Bau von Tempeln, Palästen und Pyramiden, dem Stolz und Luxus der Herrschenden. Entstand in den müßigen Schichten ein Wunsch nach Verbesserung, wurde er sofort von der Angst

vor Neuerung gebremst. Eine derart entwickelte Gesellschaft musste schließlich in einem Konservatismus erstarren, der keinen weiteren Fortschritt zuließ.

Wie lange eine solche vollständige Versteinerung fortbesteht, scheint nach ihrem Eintritt von äußeren Ursachen abzuhängen. Denn die eisernen Fesseln der gewachsenen sozialen Umgebung unterdrücken nicht nur Verbesserungen, sondern auch zersetzende Kräfte. Eine solche Gemeinschaft lässt sich besonders leicht erobern, weil die breite Bevölkerung zu passiver Ergebung in ein Leben hoffnungsloser Arbeit erzogen ist. Treten die Eroberer lediglich an die Stelle der herrschenden Gruppe – wie die Hyksos in Ägypten oder die Tataren in China –, geht alles weiter wie bisher. Verwüsten und zerstören sie dagegen das Land, bleiben von Palästen und Tempeln nur Ruinen; die Bevölkerung nimmt ab, Wissen und Kunst gehen verloren.

Die europäische Zivilisation unterscheidet sich von Zivilisationen ägyptischer Art, weil sie nicht aus dem Zusammenschluss eines einheitlichen Volkes hervorging, das sich von Anfang an oder lange unter denselben Bedingungen entwickelte. Sie entstand aus der Verbindung von Völkern, die getrennt voneinander besondere gesellschaftliche Eigenschaften erworben hatten und deren kleinere Ordnungen die Konzentration von Macht und Wohlstand in einem einzigen Zentrum länger verhinderten. Die Landschaft der griechischen Halbinsel teilte die Bevölkerung zunächst in zahlreiche kleine Gemeinschaften. Als diese kleinen Republiken und nominellen Königreiche ihre Kräfte nicht mehr im Krieg gegeneinander vergeudeten und sich die friedliche Zusammenarbeit des Handels ausweitete, flammte das Licht der Zivilisation auf. Doch das Prinzip des Zusammenschlusses war nie stark genug,

Griechenland vor Kriegen zwischen seinen Völkern zu bewahren. Als eine Eroberung diese Kriege beendete, setzte sich die Tendenz zur Ungleichheit durch, die griechische Weise und Staatsmänner mit verschiedenen Mitteln bekämpft hatten. Griechische Tapferkeit, Kunst und Literatur wurden zu Dingen der Vergangenheit. Auch im Aufstieg und in der Ausbreitung sowie im Niedergang und Fall der römischen Zivilisation lässt sich das Wirken der beiden Prinzipien Zusammenschluss und Gleichheit erkennen, aus deren Verbindung der Fortschritt entsteht.

Die römische Macht entstand aus dem Zusammenschluss unabhängiger Bauern und freier Bürger Italiens. Durch Eroberungen, die feindliche Völker in gemeinsame Beziehungen brachten, gewann sie neue Kraft und zwang die Welt zum Frieden. Doch die Tendenz zur Ungleichheit hemmte den wirklichen Fortschritt von Anfang an und wuchs mit der Ausdehnung der römischen Zivilisation. Diese versteinerte nicht wie gleichartige Zivilisationen, in denen starke Fesseln von Sitte und Aberglauben die Menschen zwar unterwarfen, sie aber vermutlich zugleich schützten oder zumindest den Frieden zwischen Herrschenden und Beherrschten bewahrten. Rom verfaulte, verfiel und stürzte. Lange bevor Goten oder Vandalen den Ring der Legionen durchbrachen, ja selbst während sich seine Grenzen noch ausdehnten, war Rom im Innersten tot. Großgrundbesitz hatte Italien zugrunde gerichtet. Ungleichheit hatte die Kraft ausgetrocknet und die Lebenskraft der römischen Welt zerstört. Der Staat wurde zur Willkürherrschaft, die nicht einmal durch Attentate gemildert werden konnte; Vaterlandsliebe verwandelte sich in Unterwürfigkeit; widerlichste Laster stellten sich öffentlich zur Schau; die Literatur sank zu Kindereien; Wissen wurde vergessen; fruchtbare Gebiete verödeten ohne

Krieg. Überall erzeugte Ungleichheit politischen, geistigen, sittlichen und materiellen Verfall. Die Barbarei, die Rom überwältigte, kam nicht von außen, sondern von innen. Sie war das notwendige Erzeugnis eines Systems, das die unabhängigen Bauern Italiens durch Sklaven und Kolonen ersetzt und die Provinzen in Güter senatorischer Familien aufgeteilt hatte.

Die Überlegenheit der modernen Zivilisation beruht darauf, dass mit dem Zusammenschluss auch die Gleichheit wuchs. Dazu trugen zwei große Ursachen bei: Der Zustrom nördlicher Völker spaltete konzentrierte Macht in zahllose kleine Zentren, und das Christentum entfaltete seinen Einfluss. Ohne die erste Ursache wäre es zur Versteinerung und zum langsamen Verfall des Oströmischen Reichs gekommen, wo Kirche und Staat eng verbunden waren und der Verlust äußerer Macht die innere Tyrannei nicht lockerte. Ohne die zweite hätte Barbarei ohne ein Prinzip des Zusammenschlusses oder der Milderung geherrscht. Kleine Fürsten und freie Grundherren, die überall örtliche Herrschaft an sich rissen, hielten einander im Zaum. Italienische Städte gewannen ihre alte Freiheit zurück, freie Städte wurden gegründet, Dorfgemeinschaften fassten Wurzeln, und Leibeigene erwarben Rechte an dem Boden, den sie bearbeiteten. Der Gärstoff germanischer Gleichheitsvorstellungen wirkte im aufgelösten und zerrissenen Gefüge der Gesellschaft. Obwohl diese in zahllose getrennte Teile zerfallen war, blieb die Vorstellung einer engeren Verbindung lebendig: in der Erinnerung an ein Weltreich und im Anspruch einer allgemeinen Kirche.

Das Christentum wurde auf seinem Weg durch eine verfallende Zivilisation verzerrt und vermischt: Heidnische Götter gelangten in seinen Heiligenhimmel, heidnische Formen in seine Rituale

und heidnische Vorstellungen in seine Glaubenslehre. Dennoch wurde sein Grundgedanke der Gleichheit aller Menschen niemals völlig ausgelöscht. Zwei Entwicklungen waren für die entstehende Zivilisation von höchster Bedeutung: die Einrichtung des Papsttums und die Ehelosigkeit der Geistlichen. Das Papsttum verhinderte, dass sich geistliche und weltliche Macht in denselben Linien konzentrierten. Der Zölibat verhinderte in einer Zeit, in der alle Macht erblich zu werden neigte, die Entstehung einer erblichen Priesterkaste.

In ihrem Kampf gegen die Sklaverei, im Gottesfrieden, in ihren Klöstern, in Konzilien, die Völker verbanden, und Erlassen, die politische Grenzen überschritten; in den aus einfachen Verhältnissen stammenden Händen, denen sie ein Zeichen anvertraute, vor dem sich selbst die Stolzesten beugten; in Bischöfen, die durch ihre Weihe zu Ebenbürtigen der größten Adligen wurden; in ihrem »Diener der Diener«, wie der offizielle Titel lautete, der sich kraft des Rings eines einfachen Fischers zum Schiedsrichter zwischen Völkern erklärte und dem Könige den Steigbügel hielten – in all dem förderte die Kirche trotz aller Gegensätze weiterhin den Zusammenschluss und bezeugte die natürliche Gleichheit der Menschen. In ihr selbst wuchs zugleich ein Geist heran, der ihre eigene Organisation in weiten Teilen Europas sprengte, als ihr frühes Werk der Vereinigung und Befreiung nahezu vollendet war, die von ihr geknüpften Bindungen stark geworden und das von ihr bewahrte Wissen der Welt zurückgegeben worden war. Dieser Geist zerbrach die Ketten, mit denen sie den menschlichen Geist nun fesseln wollte.

Aufstieg und Wachstum der europäischen Zivilisation sind zu gewaltig und vielschichtig, um sie in wenigen Absätzen angemessen einzuordnen.

Doch in allen Einzelheiten wie in den Grundzügen zeigen sie dieselbe Wahrheit: Fortschritt vollzieht sich in dem Maß, in dem die Gesellschaft zu engerem Zusammenschluss und größerer Gleichheit strebt. Zivilisation ist Zusammenarbeit. Einheit und Freiheit sind ihre Grundkräfte. Die große Ausweitung des Zusammenschlusses – nicht nur durch größere und dichtere Gemeinschaften, sondern auch durch wachsenden Handel und die vielfältigen Tauschbeziehungen, die jede Gemeinschaft in sich verbinden und mit weit entfernten Gemeinschaften verknüpfen; das Wachstum des internationalen und städtischen Rechts; die größere Sicherheit von Person und Eigentum, die persönliche Freiheit und die Entwicklung zur Demokratie – kurz, die fortschreitende Anerkennung gleicher Rechte auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück: Dies macht unsere moderne Zivilisation so viel größer und höher als jede frühere. Diese Entwicklungen haben die geistige Kraft freigesetzt, die den Schleier der Unwissenheit zurückschob, hinter dem der größte Teil der Erde verborgen lag; die Bahnen der Himmelskörper vermaß und uns in einem Wassertropfen bewegtes, pulsierendes Leben sehen ließ; die Vorhalle der Naturgeheimnisse öffnete und die Geheimnisse einer längst begrabenen Vergangenheit las; die Naturkräfte in unseren Dienst stellte, neben denen menschliche Muskelkraft winzig ist; und die Produktivkraft durch tausend große Erfindungen steigerte.

In dem fatalistischen Geist, der – wie erwähnt – die heutige Literatur durchdringt, ist es Mode geworden, selbst Krieg und Sklaverei als Mittel des menschlichen Fortschritts zu bezeichnen. Doch Krieg ist das Gegenteil des Zusammenschlusses. Er kann den Fortschritt nur fördern, wenn er weiteren Krieg verhindert oder gesellschaftsfeindliche

Schranken niederreißt, die selbst einen latenten Krieg darstellen.

Bei der Sklaverei kann ich nicht erkennen, wie sie jemals zur Freiheit beigetragen haben sollte. Freiheit – ein anderes Wort für Gleichheit – ist von der einfachsten vorstellbaren menschlichen Lebensform an Antrieb und Bedingung des Fortschritts. Auguste Comtes Vorstellung, die Sklaverei habe den Kannibalismus beseitigt, ist ebenso phantastisch wie Elias humoristische Erzählung darüber, wie die Menschheit den Geschmack an gebratenem Schweinefleisch entdeckte. Sie unterstellt, ein Hang, der beim Menschen nur als Ergebnis äußerst widernatürlicher Bedingungen – äußerster Not oder besonders entmenschlichenden Aberglaubens[63] – gefunden wurde, sei ein ursprünglicher Trieb. Selbst der Mensch auf der niedrigsten Stufe, der noch immer das höchste aller Tiere ist, soll also natürliche Begierden besitzen, die edlere Tiere nicht zeigen. Ebenso verfehlt ist die Vorstellung, die Sklaverei habe die Zivilisation begründet, indem sie Sklavenhaltern Muße zur Weiterentwicklung verschaffte.

Sklaverei hat den Fortschritt niemals gefördert und konnte es niemals. Ob eine Gemeinschaft aus einem einzigen Herrn und einem einzigen Sklaven oder aus Tausenden Herren und Millionen Sklaven besteht: Sklaverei vergeudet notwendig menschliche Kraft. Sklavenarbeit ist weniger produktiv als freie Arbeit; zugleich wird die Kraft der Herren dafür verschwendet, Sklaven niederzuhalten und zu bewachen, und von Aufgaben abgezogen, in denen wirklicher Fortschritt liegt. Von Anfang bis Ende hat die Sklaverei wie jede andere Leugnung der natürlichen Gleichheit den Fortschritt behindert und verhindert. In dem Maß, in dem sie die Gesellschaft prägt, endet die Entwicklung. Dass sie in der antiken Welt so

allgemein verbreitet war, erklärt zweifellos, weshalb die geistige Tätigkeit, die Literatur und Kunst so verfeinerte, keine der großen Entdeckungen und Erfindungen hervorbrachte, welche die moderne Zivilisation auszeichnen. Kein sklavenhaltendes Volk war je erfinderisch. Die oberen Schichten einer solchen Gemeinschaft mögen luxuriös und kultiviert werden, aber niemals schöpferisch. Alles, was Arbeitende erniedrigt und sie um die Früchte ihrer Arbeit bringt, erstickt den Erfindungsgeist und verhindert die Nutzung selbst bereits gemachter Entdeckungen. Allein der Freiheit ist jene Zauberkraft gegeben, die die Geister herbeiruft, in deren Obhut die Schätze der Erde und die unsichtbaren Kräfte der Luft liegen.

Was ist das Gesetz des menschlichen Fortschritts anderes als das sittliche Gesetz? In dem Maß, in dem gesellschaftliche Ordnungen die Gerechtigkeit fördern, gleiche Rechte aller Menschen anerkennen und jedem eine vollkommene Freiheit sichern, die nur durch die gleiche Freiheit aller anderen begrenzt wird, muss die Zivilisation fortschreiten. In dem Maß, in dem sie daran scheitern, muss eine fortschreitende Zivilisation zum Stillstand kommen und zurückfallen. Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaft können keine Lehren vermitteln, die nicht schon in den einfachen Wahrheiten enthalten sind, die vor achtzehnhundert Jahren armen Fischern und jüdischen Bauern von einem Gekreuzigten gelehrt wurden – Wahrheiten, die unter den Verzerrungen des Eigennutzes und des Aberglaubens jeder Religion zugrunde zu liegen scheinen, die jemals versucht hat, der geistigen Sehnsucht des Menschen eine Form zu geben.

KAPITEL IV WIE DIE MODERNE ZIVILISATION NIEDERGEHEN KANN

Die Schlussfolgerung, zu der wir gelangt sind, stimmt vollständig mit unseren früheren Ergebnissen überein.

Die Betrachtung des Gesetzes des menschlichen Fortschritts ordnet die volkswirtschaftlichen Gesetze, die wir in dieser Untersuchung entwickelt haben, nicht nur einem höheren Gesetz unter – vielleicht dem höchsten, das unser Geist erfassen kann. Sie beweist auch, dass die Überführung des Bodens in Gemeineigentum auf dem von mir vorgeschlagenen Weg der Zivilisation einen gewaltigen Anstoß geben würde, während die Weigerung dazu Rückschritt hervorrufen muss. Eine Zivilisation wie die unsere muss voranschreiten oder zurückfallen; stillstehen kann sie nicht. Sie gleicht nicht jenen einheitlichen Zivilisationen wie der des Niltals, die Menschen für festgelegte Plätze formten und sie wie Ziegel in eine Pyramide einsetzten. Weit stärker ähnelt sie jener Zivilisation, deren Aufstieg und Fall in die geschichtliche Zeit fallen und aus der sie hervorging.

Heute neigt man dazu, jeden Hinweis zu verspotten, wir könnten nicht in jeder Hinsicht fortschreiten. Der Geist unserer Zeit erinnert an den Erlass, den ein schmeichelnder Minister jenem chinesischen Kaiser vorschlug, der die alten Bücher verbrennen ließ: »Wer es wagt, gemeinsam über das *She* und das *Shoo* zu sprechen, soll getötet werden; wer die Vergangenheit erwähnt, um die Gegenwart zu tadeln, soll samt seinen Angehörigen getötet werden.«

Und doch hat es offenkundig Zeiten des Niedergangs ebenso wie Zeiten des Fortschritts

gegeben. Ebenso offenkundig konnten diese Niedergangsphasen zu Beginn nicht allgemein als solche erkannt werden.

Als Augustus das aus Ziegeln erbaute Rom in ein Rom aus Marmor verwandelte, der Wohlstand wuchs, die Pracht zunahm, siegreiche Legionen die Grenzen ausdehnten, die Sitten feiner, die Sprache geschliffener und die Literatur glanzvoller wurden, hätte es Mut erfordert zu behaupten, Rom trete in seinen Niedergang ein. Und doch war es so.

Wer hinsehen will, kann erkennen: Obwohl unsere Zivilisation scheinbar schneller voranschreitet als je zuvor, wirkt heute dieselbe Ursache, die den römischen Fortschritt in Rückschritt verwandelte.

Zerstört wurden alle früheren Zivilisationen durch die Tendenz zur ungleichen Verteilung von Wohlstand und Macht. Dieselbe Tendenz wirkt heute mit wachsender Kraft in unserer Zivilisation. Sie zeigt sich in jeder fortschreitenden Gemeinschaft und umso stärker, je weiter diese entwickelt ist. Lohn und Kapitalertrag neigen beständig zum Sinken, die Grundrente zum Steigen; die Reichen werden immer reicher, die Armen hilfloser und hoffnungsloser, und die mittleren Schichten werden verdrängt.

Ich habe diese Tendenz bis zu ihrer Ursache verfolgt und gezeigt, mit welch einfachem Mittel sie beseitigt werden kann. Nun möchte ich darlegen, wie der Fortschritt ohne diese Abhilfe notwendig in Verfall umschlagen und die moderne Zivilisation wie alle früheren zur Barbarei zurücksinken muss. Es lohnt sich zu zeigen, wie dies geschehen kann, weil viele Menschen den Übergang vom Fortschritt zum Rückschritt nicht erkennen und ihn deshalb für unmöglich halten. Gibbon glaubte beispielsweise, die moderne Zivilisation könne niemals zerstört werden, weil keine Barbaren mehr vorhanden seien, die sie überrennen könnten. Verbreitet ist auch die

Vorstellung, die Erfindung des Buchdrucks habe durch die Vervielfältigung der Bücher einen erneuten Verlust des Wissens unmöglich gemacht.

Die Bedingungen des gesellschaftlichen Fortschritts sind, wie wir gesehen haben, Zusammenschluss und Gleichheit. Seit den ersten Strahlen der Zivilisation im Dunkel nach dem Untergang des Weströmischen Reichs verlief die allgemeine Entwicklung der modernen Welt zu politischer und rechtlicher Gleichheit: zur Abschaffung der Sklaverei und ständischer Bindungen, zur Beseitigung erblicher Vorrechte, zur Ersetzung willkürlicher Herrschaft durch parlamentarische Regierung, zum Recht auf eigenes Urteil in religiösen Fragen, zu gleicherem Schutz von Person und Eigentum für Hoch und Niedrig, Schwach und Stark sowie zu größerer Freiheit der Bewegung und Berufswahl, der Rede und der Presse. Die Geschichte der modernen Zivilisation ist die Geschichte dieser Fortschritte – der Kämpfe und Siege persönlicher, politischer und religiöser Freiheit. Das allgemeine Gesetz zeigt sich darin, dass die Zivilisation in dem Maß voranschritt, in dem sich diese Tendenz durchsetzte, und gehemmt wurde, sobald man sie unterdrückte oder zurückdrängte.

Ihren vollsten Ausdruck hat diese Tendenz in der amerikanischen Republik gefunden. Dort sind politische und rechtliche Rechte vollständig gleich; der regelmäßige Wechsel öffentlicher Ämter verhindert selbst das Wachstum einer Bürokratie. Jeder religiöse Glaube und jeder Nichtglaube steht auf derselben Stufe. Jeder Junge darf hoffen, Präsident zu werden, jeder Mann besitzt dieselbe Stimme in öffentlichen Angelegenheiten, und jeder Amtsträger hängt für seine kurze Amtszeit mittelbar oder unmittelbar von der Volkswahl ab. In England muss diese Entwicklung noch das Wahlrecht erweitern und die Reste von Monarchie,

Aristokratie und kirchlicher Vorherrschaft beseitigen. In Ländern wie Deutschland und Russland, wo das Gottesgnadentum noch weit mehr als eine juristische Fiktion ist, hat sie einen längeren Weg vor sich. Doch sie ist die beherrschende Tendenz; wann Europa vollständig republikanisch wird, ist nur eine Frage der Zeit oder vielmehr des Zufalls. In dieser Hinsicht stehen die Vereinigten Staaten an der Spitze der großen Nationen auf einem Weg, den sie alle beschreiten. An ihnen sehen wir deshalb, was persönliche und politische Freiheit allein zu leisten vermögen.

Die erste Wirkung der politischen Gleichheit war eine gleichmäßigere Verteilung von Wohlstand und Macht. Solange die Bevölkerung vergleichsweise dünn ist, beruht wirtschaftliche Ungleichheit hauptsächlich auf ungleichen persönlichen Rechten. Erst im Verlauf des materiellen Fortschritts tritt die im privaten Bodeneigentum liegende Tendenz zur Ungleichheit deutlich hervor. Nun zeigt sich jedoch, dass selbst vollständige politische Gleichheit diese Tendenz nicht verhindert. Ebenso klar ist: Politische Gleichheit, die mit einer immer ungleicheren Verteilung des Wohlstands zusammenbesteht, muss schließlich entweder in die Despotie organisierter Tyrannei oder in die noch schlimmere Despotie der Anarchie führen.

Um eine republikanische Regierung in die niedrigste und brutalste Gewaltherrschaft zu verwandeln, braucht man weder ihre Verfassung förmlich zu ändern noch Volkswahlen abzuschaffen. Noch Jahrhunderte nach Cäsar gab der unumschränkte Herrscher der römischen Welt vor, nur kraft der Autorität eines vor ihm zitternden Senats zu regieren.

Formen bedeuten nichts, wenn ihr Inhalt verloren ist; gerade aus den Formen der Volksherrschaft kann der Inhalt der Freiheit

besonders leicht verschwinden. Gegensätze berühren sich. Eine Regierung mit allgemeinem Wahlrecht und theoretischer Gleichheit kann sich unter entsprechenden Bedingungen am leichtesten in eine Despotie verwandeln. Denn dort schreitet die Gewaltherrschaft im Namen und mit der Macht des Volkes voran. Ist die einzige Quelle der Macht erobert, ist alles erobert. Es gibt keine vom Wahlrecht ausgeschlossene Gruppe mehr, an die man appellieren könnte, und keine privilegierten Stände, die mit den eigenen Rechten auch die Rechte aller verteidigten. Kein Bollwerk hält die Flut zurück, keine Anhöhe ragt aus ihr hervor. Gegürtete Barone unter Führung eines mit der Mitra gekrönten Erzbischofs zwangen den Plantagenet-Herrscher zur Magna Charta; die mittleren Schichten brachen den Stolz der Stuarts. Eine bloße Geldaristokratie dagegen wird niemals kämpfen, solange sie einen Tyrannen bestechen zu können hofft.

Mit wachsender Ungleichheit der Lebensverhältnisse erleichtert das allgemeine Wahlrecht die Eroberung der Machtquelle. Denn ein immer größerer Teil der Macht liegt in den Händen von Menschen ohne unmittelbares Interesse an guter Staatsführung: Menschen, die von Not gequält und durch Armut abgestumpft ihre Stimme dem Höchstbietenden verkaufen oder dem lautesten Demagogen folgen; Menschen, die durch Entbehrung so verbittert sind, dass sie eine verschwenderische, tyrannische Regierung sogar mit jener Genugtuung betrachten, die vermutlich die römischen Proletarier und Sklaven empfanden, als Caligula oder Nero unter den reichen Patriziern wüteten. Man nehme eine Gemeinschaft mit republikanischen Einrichtungen, in der eine Gruppe so reich ist, dass keine noch so schlechte Staatsführung ihren Luxus gefährdet, und eine andere so arm, dass ein paar Dollar am Wahltag

mehr bedeuten als jede abstrakte Erwägung; in der wenige im Reichtum schwelgen und viele in Unzufriedenheit über Verhältnisse brodeln, deren Heilung sie nicht kennen. Dort muss die Macht in die Hände von Händlern gelangen, die sie kaufen und verkaufen wie die Prätorianer den römischen Purpur, oder in die Hände von Demagogen, die sie eine Zeit lang ergreifen und gebrauchen, bis noch schlimmere Demagogen sie verdrängen.

Wo der Wohlstand annähernd gleich verteilt ist – also allgemeiner Gemeinsinn, Tugend und Bildung bestehen –, wird eine Regierung umso besser, je demokratischer sie ist. Wo der Wohlstand dagegen grob ungleich verteilt ist, wird sie umso schlechter, je demokratischer sie ist. Eine verfallene Demokratie mag an sich nicht schlimmer sein als eine verfallene Alleinherrschaft; ihre Wirkung auf den Charakter des Volkes ist jedoch verderblicher. Landstreichern, völlig verarmten Menschen und solchen, für die schon die Möglichkeit zur Arbeit eine Wohltat ist und die betteln, stehlen oder verhungern müssen, das Wahlrecht zu geben, heißt die Zerstörung herbeizurufen. Politische Macht in die Hände von Menschen zu legen, die durch Armut verbittert und erniedrigt sind, heißt, brennende Fackeln an Füchse zu binden und sie in reifes Korn loszulassen; es heißt, Samson zu blenden und seine Arme um die Säulen des staatlichen Lebens zu legen.

Selbst der Zufall erblicher Nachfolge oder die Wahl durch das Los, wie sie einige antike Republiken kannten, kann gelegentlich weise und gerechte Menschen an die Macht bringen. In einer korrupten Demokratie dagegen gelangt die Macht beständig an die Schlechtesten. Ehrlichkeit und Gemeinsinn werden zum Hindernis, Skrupellosigkeit führt zum Erfolg. Die Besten sinken nach unten, die Schlechtesten steigen nach oben, und Verwerfliche werden nur von noch

Verwerflicheren verdrängt. Weil sich der Charakter eines Volkes allmählich den Eigenschaften angleicht, die Macht und damit Anerkennung verschaffen, verfällt zugleich die öffentliche Moral. Im langen Panorama der Geschichte sehen wir diesen Vorgang immer wieder Völker freier Menschen in Völker von Unterworfenen verwandeln.

Im England des 18. Jahrhunderts war das Parlament eine geschlossene Körperschaft der Aristokratie. Eine korrupte, deutlich von der breiten Bevölkerung getrennte Oligarchie kann bestehen, ohne den Charakter des Volkes stark zu beeinflussen, weil die Bevölkerung Macht dann noch mit anderen Eigenschaften als Korruption verbindet. Wo es jedoch keine erblichen Unterschiede gibt und Menschen täglich erleben, wie andere durch korrupte Eigenschaften vom niedrigsten Stand zu Reichtum und Macht aufsteigen, wird aus der Duldung dieser Eigenschaften schließlich Bewunderung. Eine korrupte demokratische Regierung muss am Ende das Volk verderben; ist ein Volk verdorben, gibt es keine Wiederauferstehung. Das Leben ist entwichen, nur der Leichnam bleibt – bis ihn die Pflugscharen des Schicksals aus dem Blick begraben.

Diese Verwandlung der Volksherrschaft in die niedrigste und entwürdigendste Despotie, die aus der ungleichen Wohlstandsverteilung notwendig hervorgeht, liegt nicht in ferner Zukunft. In den Vereinigten Staaten hat sie bereits begonnen und schreitet rasch vor unseren Augen voran. Die Maßstäbe unserer Parlamente sinken beständig; Menschen von höchster Fähigkeit und Rechtschaffenheit werden aus der Politik verdrängt, und die Künste des Machthändlers zählen mehr als der Ruf des Staatsmannes. Stimmen werden leichtfertiger abgegeben, und die Macht des Geldes

wächst. Es wird schwerer, die Bevölkerung für notwendige Reformen zu gewinnen, und noch schwerer, sie durchzusetzen. Politische Gegensätze sind immer seltener Grundsatzfragen, abstrakte Ideen verlieren ihre Kraft. Parteien geraten unter die Herrschaft von Gruppen, die auf staatlicher Ebene Oligarchien oder Diktaturen wären. All dies sind Zeichen politischen Verfalls.

Der typische Ort modernen Wachstums ist die Großstadt. Hier finden sich der größte Reichtum und die tiefste Armut – und hier ist die Volksherrschaft am sichtbarsten gescheitert. In allen großen amerikanischen Städten besteht heute eine ebenso klar erkennbare herrschende Gruppe wie in den aristokratischsten Ländern der Welt. Ihre Mitglieder beherrschen ganze Wahlbezirke, bestimmen die Kandidatenlisten der Parteitage und verteilen Ämter nach ihren Absprachen. Obwohl sie »weder arbeiten noch spinnen«, tragen sie die beste Kleidung und geben verschwenderisch Geld aus. Sie sind mächtige Männer, deren Gunst Ehrgeizige suchen und deren Rache sie meiden müssen. Wer sind diese Männer? Die Weisen, Guten und Gebildeten – Menschen, die sich durch ein untadeliges Leben, glänzende Fähigkeiten, Rechtschaffenheit im öffentlichen Amt und gründliches Studium der Staatsfragen das Vertrauen ihrer Mitbürger verdient haben? Nein. Es sind Spieler, Schankwirte, Preisboxer oder noch Schlimmere, die aus der Kontrolle von Wählerstimmen und dem Kauf und Verkauf von Ämtern und Amtshandlungen ein Gewerbe gemacht haben. Zur Regierung dieser Städte stehen sie wie die Prätorianergarde zum verfallenden Rom. Wer den Purpur tragen, auf dem kurulischen Stuhl sitzen oder die Rutenbündel vor sich hertragen lassen will, muss selbst in ihr Lager gehen oder Boten schicken, Geschenke verteilen und Versprechen machen. Durch diese Männer besetzen reiche Unternehmen

und mächtige Geldinteressen Senat und Richterbank mit ihren Geschöpfen. Sie machen Schuldirektoren, Aufseher, Steuerschätzer, Abgeordnete der Einzelstaaten und Kongressmitglieder. In vielen amerikanischen Wahlkreisen könnten George Washington, Benjamin Franklin oder Thomas Jefferson ebenso wenig in das Unterhaus eines Staatsparlaments gelangen, wie unter dem *Ancien Régime* ein nicht adlig geborener Bauer Marschall von Frankreich werden konnte. Gerade ihr Charakter wäre ein unüberwindliches Hindernis.

In der Theorie sind wir leidenschaftliche Demokraten. Der Vorschlag, unserem angesehensten Bürger einen Rangtitel zu verleihen, würde bei uns kaum weniger Entsetzen und Empörung auslösen als im alten Jerusalem der Vorschlag, im Tempel Schweine zu opfern. Und doch: Entsteht unter uns nicht eine Gruppe, die sämtliche Macht und keine einzige Tugend einer Aristokratie besitzt? Wir haben einfache Bürger, die Tausende Kilometer Eisenbahn, Millionen Hektar Boden und die Lebensgrundlage sehr vieler Menschen beherrschen; die Gouverneure souveräner Staaten ernennen wie ihre Angestellten, Senatoren auswählen wie ihre Anwälte und deren Wille gegenüber Parlamenten ebenso unumschränkt ist wie der eines französischen Königs auf einem *lit de justice*. Die Unterströmungen unserer Zeit scheinen uns zu den alten Verhältnissen zurückzutragen, denen wir entkommen zu sein glaubten. Die Entwicklung von Handwerk und Handel brach den Feudalismus allmählich nieder, nachdem er so vollständig geworden war, dass man selbst den Himmel feudal geordnet dachte und die erste und zweite Person der Dreifaltigkeit als Lehnsherrn und obersten Vasallen einordnete. Nun drohen Industrie und Austausch in einer Gesellschaftsordnung mit

privatem Bodeneigentum jeden Arbeitenden zur Suche nach einem Herrn zu zwingen – so wie die Unsicherheit nach dem endgültigen Zerfall des Römischen Reichs jeden freien Menschen zur Suche nach einem Schutzherrn zwang. Nichts scheint dieser Tendenz entzogen. Die Wirtschaft nimmt überall eine Form an, in der einer Herr ist und viele dienen. Wo einer befiehlt und die anderen dienen, wird der eine die anderen auch in Fragen wie Wahlen beherrschen. Wie der englische Grundherr die Stimmen seiner Pächter lenkt, so lenkt der Fabrikeigentümer Neuenglands die Stimmen seiner Beschäftigten.

Es ist nicht zu übersehen: Die Grundlagen der Gesellschaft werden vor unseren Augen untergraben, während wir fragen, wie eine Zivilisation mit Eisenbahnen, Tageszeitungen und elektrischen Telegrafen jemals zerstört werden könne. Während die Literatur nur den Glauben verbreitet, wir hätten uns immer weiter vom einfachen Naturzustand entfernt, täten dies noch und müssten dies künftig weiterhin tun, zeigen sich Anzeichen einer tatsächlichen Rückkehr zur Barbarei. Ein Beispiel: Zu den Merkmalen der Barbarei gehört die geringe Achtung vor den Rechten der Person und des Eigentums. Die Gesetze unserer angelsächsischen Vorfahren belegten einen Mord mit einer Geldzahlung, deren Höhe vom Rang des Opfers abhing. Unser Recht unterscheidet dagegen keinen Rang und schützt den Niedrigsten vor dem Höchsten, den Ärmsten vor dem Reichsten, indem es einheitlich die Todesstrafe androht. Darin sehen wir einen Beweis für ihre Barbarei und unsere Zivilisation. Ebenso gilt uns die frühere Anerkennung von Piraterie, Raub, Sklavenhandel und Erpressung als rechtmäßige Berufe als eindeutiger Beweis jener niedrigen Entwicklungsstufe, die wir weit hinter uns gelassen haben.

Tatsächlich aber kann jeder, der über genügend Geld verfügt und einen anderen töten will, in eines unserer großen Bevölkerungs- und Geschäftszentren gehen, seinen Wunsch erfüllen und sich anschließend der Justiz stellen – mit einer Wahrscheinlichkeit von hundert zu eins, dass ihn keine härtere Strafe trifft als vorübergehende Haft und der Verlust einer Geldsumme, die teils seinem eigenen Vermögen, teils dem Vermögen und der Stellung des Getöteten entspricht. Sein Geld fließt weder an die Familie des Ermordeten, die ihren Versorger verloren hat, noch an den Staat, der einen Bürger verloren hat, sondern an Anwälte, die wissen, wie man Verzögerungen erreicht, Zeugen findet und die Geschworenen zur Uneinigkeit bringt.

Auch wer nur in großem Umfang genug stiehlt, darf damit rechnen, dass seine tatsächliche Strafe lediglich in der Abgabe eines Teils der Beute besteht. Hat er genug gestohlen, um mit einem Vermögen davonzukommen, begrüßen ihn seine Bekannten wie einst einen Wikinger nach erfolgreicher Fahrt. Selbst wenn er Menschen beraubte, die ihm vertrauten, selbst wenn er Witwen und Waisen bestahl: Er muss nur genügend erbeuten, dann kann er seinen Reichtum ungestraft am hellen Tag zur Schau stellen.

Die Entwicklung in diese Richtung verstärkt sich. Am deutlichsten zeigt sie sich dort, wo der Wohlstand am ungleichsten verteilt ist, und sie wächst mit dieser Ungleichheit. Wenn dies keine Rückkehr zur Barbarei ist – was ist es dann? Die erwähnten Fehlschläge der Justiz sind nur Beispiele für die zunehmende Schwäche unseres Rechtsapparats in allen Bereichen. Immer häufiger hört man die Ansicht, man solle zu den ersten Grundsätzen zurückkehren und das Recht abschaffen. Dann würden sich die Menschen zur Selbstverteidigung in Bürgerkomitees

zusammenschließen und die Gerechtigkeit in die eigene Hand nehmen. Ist das ein Zeichen des Fortschritts oder des Rückschritts?

All dies lässt sich allgemein beobachten. Auch wenn wir es nicht offen aussprechen, wird der verbreitete Glaube an republikanische Einrichtungen dort enger und schwächer, wo sie am vollständigsten entwickelt sind. Es ist nicht mehr jener sichere Glaube an die Republik als Quelle staatlichen Segens, der er einst war. Nachdenkliche Menschen beginnen ihre Gefahren zu erkennen, ohne einen Ausweg zu sehen; sie nähern sich der Auffassung Macaulays und misstrauen derjenigen Jeffersons.[64] Die breite Bevölkerung wiederum gewöhnt sich an die wachsende Korruption. Das bedrohlichste politische Zeichen in den heutigen Vereinigten Staaten ist die Ausbreitung einer Haltung, die entweder die Existenz ehrlicher Amtsträger bezweifelt oder sie für töricht hält, wenn sie ihre Gelegenheiten nicht ausnutzen. Das heißt: Die Bevölkerung selbst wird verdorben. So durchläuft die republikanische Regierung in den Vereinigten Staaten den Weg, den sie unter Bedingungen ungleicher Wohlstandsverteilung notwendig nehmen muss.

Wohin dieser Weg führt, ist jedem klar, der darüber nachdenkt. Wird die Korruption zum Dauerzustand, geht der Gemeinsinn verloren, schwinden die Überlieferungen von Ehre, Tugend und Vaterlandsliebe, gerät das Recht in Verachtung und werden Reformen aussichtslos, entstehen in der gärenden Masse vulkanische Kräfte. Ein scheinbarer Zufall wird ihnen den Ausbruch ermöglichen, und sie werden alles erschüttern und zerreißen. Starke, skrupellose Männer werden bei passender Gelegenheit zu Sprechern blinder Wünsche oder heftiger Leidenschaften der Bevölkerung und stoßen Formen beiseite, die ihre Lebenskraft verloren haben. Das Schwert wird

wieder mächtiger als die Feder; in Festen der Zerstörung wechseln rohe Gewalt und wilde Raserei mit der Erstarrung einer sterbenden Zivilisation.

Ich spreche nur deshalb von den Vereinigten Staaten, weil sie unter den großen Nationen am weitesten fortgeschritten sind. Was sollen wir über Europa sagen, wo Dämme aus alten Gesetzen und Gebräuchen die anschwellenden Wasser zurückhalten und stehende Heere auf den Sicherheitsventilen lasten, während die Feuer darunter Jahr für Jahr heißer brennen? Europa bewegt sich unter Bedingungen zur Republik, die keine wahre Republik zulassen – Bedingungen, die an die Stelle der ruhigen, erhabenen Gestalt der Freiheit die Brandstifterin und die Guillotine setzen.

Woher sollen die neuen Barbaren kommen? Geht durch die elenden Viertel der Großstädte, und ihr könnt ihre sich sammelnden Scharen schon heute sehen. Wie soll das Wissen untergehen? Die Menschen werden aufhören zu lesen; Bücher werden Feuer nähren und zu Patronen verarbeitet werden.

Erschreckend ist, wie geringe Spuren unsere Zivilisation hinterließe, sollte sie durch dieselben Krämpfe gehen, die den Niedergang jeder früheren Zivilisation begleiteten. Papier hält nicht so lange wie Pergament, und selbst unsere mächtigsten Gebäude und Denkmäler sind mit den aus dem Fels gehauenen Tempeln und titanischen Bauten alter Zivilisationen nicht an Festigkeit zu vergleichen.[65] Die Erfindungskraft hat uns außerdem nicht nur Dampfmaschine und Druckerpresse gegeben, sondern auch Erdöl, Nitroglyzerin und Dynamit.

Und doch gilt heute schon der bloße Hinweis, unsere Zivilisation könne möglicherweise zum Niedergang neigen, als wilder Pessimismus. Die von mir genannten besonderen Tendenzen sind nachdenklichen Menschen sichtbar. Bei den meisten von ihnen und bei der breiten Bevölkerung

bleibt der Glaube an einen grundlegenden Fortschritt jedoch tief und stark – ein Grundglaube, der nicht einmal den Schatten eines Zweifels zulässt.

Wer darüber nachdenkt, erkennt jedoch, dass dies zwangsläufig so sein muss, wenn Fortschritt allmählich in Rückschritt übergeht. In der gesellschaftlichen Entwicklung wie überall neigt Bewegung dazu, in gerader Linie fortzubestehen. Nach einer Zeit des Fortschritts ist der Niedergang deshalb selbst dann äußerst schwer zu erkennen, wenn er bereits vollständig eingesetzt hat. Fast unwiderstehlich ist die Neigung, eine fortbestehende Vorwärtsbewegung weiterhin für Fortschritt zu halten, nur weil sie bisher Fortschritt war. Das Geflecht aus Überzeugungen, Gebräuchen, Gesetzen, Einrichtungen und Denkgewohnheiten, das jede Gemeinschaft fortwährend webt und das bei den von ihm umgebenen Menschen die Unterschiede des nationalen Charakters hervorbringt, wird niemals rückwärts aufgelöst. Gemeinschaften steigen daher im Niedergang nicht auf denselben Wegen hinab, auf denen sie aufgestiegen sind. In der Staatsordnung führte der Verfall der Zivilisation uns beispielsweise nicht von der Republik über die konstitutionelle Monarchie zum Feudalsystem zurück, sondern zu Alleinherrschaft und Anarchie. In der Religion führte er nicht zum Glauben unserer Vorfahren, zum Protestantismus oder Katholizismus zurück, sondern zu neuen Formen des Aberglaubens, von denen der Mormonismus und noch gröbere »Ismen« vielleicht eine schwache Vorstellung geben. Im Wissen führte er uns nicht zu Bacon zurück, sondern zu den Literaten Chinas.

Der Rückschritt nach einer Fortschrittszeit kann so allmählich verlaufen, dass er damals keinerlei Aufmerksamkeit erregt; die große Mehrheit muss ihn sogar für Fortschritt halten. Zwischen

griechischer Kunst der klassischen Zeit und der Kunst des späten Kaiserreichs liegt beispielsweise ein gewaltiger Unterschied. Die Veränderung wurde jedoch von einem Geschmackswandel begleitet – genauer: von ihm verursacht. Künstler, die diesem Wandel am schnellsten folgten, galten ihren Zeitgenossen als die besten. Dasselbe gilt für die Literatur. Wenn sie leerer, kindischer und gekünstelter wurde, gehorchte sie einem veränderten Geschmack, der ihre zunehmende Schwäche für wachsende Kraft und Schönheit hielt. Wirklich gute Autoren fanden keine Leser; man hielt sie für roh, trocken oder langweilig. Ebenso sank das Theater – nicht aus Mangel an guten Stücken, sondern weil der herrschende Geschmack immer stärker derjenige einer weniger gebildeten Schicht wurde, die selbstverständlich gerade das von ihr Bewunderte für das Beste seiner Art hielt. Auch in der Religion galten einem abergläubischen Volk die von ihm hinzugefügten abergläubischen Vorstellungen als Verbesserungen. Mit fortschreitendem Niedergang erschien die Rückkehr zur Barbarei, soweit sie nicht selbst für Fortschritt gehalten wurde, als notwendige Antwort auf die Erfordernisse der Zeit.

In England wurde beispielsweise die Prügelstrafe für bestimmte Vergehen vor Kurzem wieder in das Strafrecht aufgenommen; diesseits des Atlantiks ist sie nachdrücklich gefordert worden. Ich äußere mich nicht dazu, ob sie eine bessere oder schlechtere Strafe als Gefängnis ist. Ich verweise nur darauf, wie eine wachsende Kriminalität und zunehmende Schwierigkeiten beim Unterhalt von Gefangenen – beides heute sichtbare Tendenzen – zu einer weitergehenden Rückkehr zur körperlichen Grausamkeit barbarischer Gesetzbücher führen könnten. Die Folter in gerichtlichen Untersuchungen, die mit dem Niedergang der römischen Zivilisation beständig

zunahm, könnte bei verrohenden Sitten und wachsender Kriminalität ebenso leicht als notwendige Verbesserung des Strafrechts gefordert werden.

Ob die heutigen Strömungen von Meinung und Geschmack bereits weitere Zeichen des Rückschritts enthalten, braucht hier nicht untersucht zu werden. Unbestreitbar ist jedoch vieles, was zeigt, dass unsere Zivilisation einen kritischen Punkt erreicht hat und das 19. Jahrhundert künftig ihren Höhepunkt bezeichnen könnte, wenn kein neuer Schritt zur gesellschaftlichen Gleichheit erfolgt. Wirtschaftskrisen, die ebenso viel Verschwendung und Leid verursachen wie Hungersnöte oder Kriege, gleichen den Stichen und Erschütterungen, die einer Lähmung vorausgehen. Überall zeigt sich: Die Ungleichheit, die der materielle Fortschritt bei monopolisiertem Boden notwendig hervorbringt, kann kaum weiter zunehmen, ohne unsere Zivilisation auf den abwärts führenden Weg zu bringen, der so leicht zu betreten und so schwer zu verlassen ist. Überall entzieht der immer härtere Überlebenskampf, die wachsende Notwendigkeit, jede Kraft anzuspannen, um im Gedränge nach Wohlstand nicht niedergeworfen und zertreten zu werden, den Verbesserungen ihre Kraft. In jedem zivilisierten Land nehmen Armut, Kriminalität, psychische Erkrankungen und Suizide zu. In jedem zivilisierten Land verbreiten sich Krankheiten, die aus überlasteten Nerven, unzureichender Ernährung, elenden Wohnungen, ungesunden und eintönigen Tätigkeiten, zu früher Kinderarbeit sowie den Lasten und Verbrechen entstehen, zu denen die Armut Frauen zwingt. In jedem hoch entwickelten Land scheint die Lebenserwartung, die über mehrere Jahrhunderte allmählich stieg und um das erste Viertel dieses Jahrhunderts ihren

Höhepunkt erreicht zu haben scheint, nun wieder zu sinken.[66]

Solche Zahlen zeigen keine fortschreitende Zivilisation, sondern eine Zivilisation, deren Unterströmungen bereits zurückweichen. Wenn in einer Bucht oder einem Fluss die Flut in die Ebbe übergeht, geschieht dies nicht überall zugleich: Hier strömt das Wasser noch aufwärts, dort hat es bereits den Rückweg begonnen. Wenn die Sonne den Mittag überschritten hat, erkennt man dies nur an der Richtung der kurzen Schatten, denn die Hitze nimmt zunächst weiter zu. Doch so sicher die gewandelte Strömung bald vollständig abläuft und die sinkende Sonne Dunkelheit bringt, so sicher hat der Niedergang begonnen, wenn wir im Verhältnis zur Bevölkerung immer mehr Gefängnisse, Armenhäuser und psychiatrische Anstalten bauen müssen – auch wenn das Wissen noch wächst, die Erfindungen fortschreiten, neue Staaten besiedelt werden und Städte sich weiter ausdehnen. Gesellschaften sterben nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben.

Noch deutlichere Zeichen für eine Ebbe der Zivilisation als jede Statistik sind eine allgemeine, wenn auch unbestimmte Enttäuschung, wachsende Verbitterung unter den arbeitenden Schichten und ein weitverbreitetes Gefühl der Unruhe und einer heraufziehenden Umwälzung. Wäre dies mit einer klaren Vorstellung verbunden, wie Abhilfe geschaffen werden kann, wäre es ein hoffnungsvolles Zeichen. Das ist jedoch nicht der Fall. Obwohl die Schule seit einiger Zeit verbreitet ist, scheint die allgemeine Fähigkeit, Wirkungen auf ihre Ursachen zurückzuführen, kein wenig gewachsen. Die Rückkehr zum Protektionismus und zu anderen längst widerlegten Irrtümern der Staatsführung beweist dies.[67] Selbst ein philosophisch denkender Freigeist kann den gewaltigen Wandel religiöser Vorstellungen, der

gegenwärtig die zivilisierte Welt erfasst, nicht betrachten, ohne zu spüren, dass diese Tatsache höchst folgenreiche Beziehungen haben könnte, die erst die Zukunft offenlegt. Was vor sich geht, ist keine Änderung der religiösen Form, sondern die Verneinung und Zerstörung jener Vorstellungen, aus denen Religion hervorgeht. Das Christentum befreit sich im allgemeinen Bewusstsein nicht bloß von abergläubischen Bestandteilen; es stirbt an der Wurzel, wie die alten heidnischen Religionen starben, als das Christentum in die Welt trat. Nichts Neues erhebt sich an seiner Stelle. Die Grundvorstellungen eines vernünftigen Schöpfers und eines künftigen Lebens verlieren im allgemeinen Denken rasch an Kraft. Ob dies an sich ein Fortschritt sein mag oder nicht: Die bedeutende Rolle der Religion in der Weltgeschichte zeigt die Tragweite des gegenwärtigen Wandels. Wenn sich die menschliche Natur nicht plötzlich in ihren tiefsten, durch die gesamte Geschichte bezeugten Eigenschaften verändert hat, bereiten sich gewaltigste Wirkungen und Gegenwirkungen vor. Solche Denkzustände kennzeichneten bisher stets Übergangszeiten. In kleinerem Maßstab und geringerer Tiefe ging ein ähnlicher Zustand der Französischen Revolution voraus. Denn wer die Richtung unserer Literatur beobachtet und mit unterschiedlichen Menschen über solche Fragen spricht, wird erkennen, dass materialistische Vorstellungen heute nicht nur die Oberfläche, sondern den Untergrund umpflügen. Die engste Parallele zum heutigen Zerfall religiöser Vorstellungen liegt jedoch in jener Epoche, in der die antike Zivilisation vom Glanz in den Niedergang überging. Kein Sterblicher kann sagen, welche Veränderung kommen wird; dass aber eine große Veränderung kommen muss, beginnen nachdenkliche Menschen zu fühlen. Die zivilisierte Welt zittert am Rand einer gewaltigen Bewegung.

Entweder vollzieht sie einen Sprung nach oben, der den Weg zu noch ungeahnten Fortschritten öffnet, oder sie stürzt nach unten und trägt uns zur Barbarei zurück.

KAPITEL V DIE ZENTRALE WAHRHEIT

Auf dem knappen Raum, der diesem letzten Teil unserer Untersuchung zwangsläufig bleibt, musste ich vieles auslassen, das ich gern gesagt hätte, und manches nur kurz berühren, das eine umfassende Behandlung verdient hätte.

Zumindest dies ist jedoch klar: Die Wahrheit, zu der uns der volkswirtschaftliche Teil unserer Untersuchung geführt hat, zeigt sich ebenso deutlich im Aufstieg und Fall von Staaten und im Wachstum und Verfall von Zivilisationen. Sie stimmt zudem mit jenen tief verwurzelten Erkenntnissen von Zusammenhang und Folge überein, die wir sittliche Empfindungen nennen. Damit erhalten unsere Schlussfolgerungen die größte Gewissheit und die höchste Bestätigung.

Diese Wahrheit enthält eine Drohung und ein Versprechen. Sie zeigt, dass die aus der ungerechten und ungleichen Wohlstandsverteilung entstehenden Übel, die im Verlauf der modernen Zivilisation immer sichtbarer werden, keine Begleiterscheinungen des Fortschritts sind, sondern Entwicklungen, die ihn zum Stillstand bringen müssen. Sie heilen sich nicht selbst. Wird ihre Ursache nicht beseitigt, werden sie vielmehr immer größer, bis sie uns auf demselben Weg wie alle früheren Zivilisationen in die Barbarei zurücktreiben. Zugleich zeigt diese Wahrheit, dass solche Übel nicht von Naturgesetzen auferlegt werden. Sie entstehen allein aus gesellschaftlichen Fehlordnungen, die Naturgesetze missachten. Beseitigen wir ihre Ursache, geben wir dem Fortschritt einen gewaltigen Anstoß.

Die Armut, die Menschen mitten im Überfluss quält und erniedrigt, und die vielfältigen Übel, die aus ihr hervorgehen, entspringen der Verweigerung von Gerechtigkeit. Indem wir die Monopolisierung

der Möglichkeiten zulassen, die die Natur allen frei anbietet, missachten wir das grundlegende Gesetz der Gerechtigkeit. Denn soweit wir die Dinge im Großen betrachten können, erscheint Gerechtigkeit als höchstes Gesetz des Universums. Beseitigen wir dieses Unrecht und bekräftigen das Recht aller Menschen auf die natürlichen Lebensmöglichkeiten, bringen wir uns mit diesem Gesetz in Einklang. Wir beseitigen die wichtigste Ursache widernatürlicher Ungleichheit von Wohlstand und Macht; wir schaffen Armut ab, zähmen die erbarmungslosen Leidenschaften der Habgier, lassen die Quellen von Laster und Elend versiegen, entzünden an dunklen Orten das Licht des Wissens, geben Erfindungen neue Kraft und Entdeckungen einen frischen Anstoß, ersetzen politische Schwäche durch politische Stärke und machen Tyrannei wie Anarchie unmöglich.

Die von mir vorgeschlagene Reform stimmt mit allem überein, was politisch, gesellschaftlich oder sittlich wünschenswert ist. Sie besitzt die Eigenschaften einer wirklichen Reform, denn sie erleichtert jede andere Reform. Was ist sie anderes als die buchstaben- und sinngemäße Verwirklichung jener Wahrheit, die in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen wurde – jener »selbstverständlichen« Wahrheit, die ihr Herz und ihre Seele bildet: »Alle Menschen sind gleich geschaffen; ihr Schöpfer hat ihnen bestimmte unveräußerliche Rechte verliehen; dazu gehören Leben, Freiheit und das Streben nach Glück.«

Diese Rechte werden verweigert, wenn das gleiche Recht auf den Boden verweigert wird, auf und von dem allein Menschen leben können. Die Gleichheit politischer Rechte gleicht die Verweigerung des gleichen Rechts an den Gaben der Natur nicht aus. Wo das gleiche Bodenrecht fehlt, wird politische Freiheit mit wachsender Bevölkerung und fortschreitender Technik zur

bloßen Freiheit, um eine Beschäftigung zu Löhnen am Rand des Verhungerns zu konkurrieren. Diese Wahrheit haben wir übergangen. Deshalb erscheinen Bettler auf unseren Straßen und Wohnungslose auf unseren Wegen. Armut versklavt Menschen, die wir stolz als politische Souveräne bezeichnen. Not erzeugt Unwissenheit, die unsere Schulen nicht erhellen können. Bürger stimmen nach den Anweisungen ihrer Herren ab; der Demagoge nimmt den Platz des Staatsmanns ein; Gold senkt die Waage der Justiz; auf hohen Ämtern sitzen Menschen, die der Bürgertugend nicht einmal die Ehre der Heuchelei erweisen. Und die Säulen der Republik, die wir für so stark hielten, biegen sich bereits unter wachsender Last.

Dem Namen und der Form nach ehren wir die Freiheit. Wir errichten ihr Statuen und singen ihr Lob. Doch wir haben ihr nicht vollständig vertraut. Mit unserem Wachstum wachsen auch ihre Forderungen. Sie duldet keinen halben Dienst.

Freiheit! Dieses Wort besitzt beschwörende Kraft und darf das Ohr nicht durch leeres Prahlen ermüden. Denn Freiheit bedeutet Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit ist das Naturgesetz – das Gesetz von Gesundheit, Ausgewogenheit und Stärke, von Verbundenheit und Zusammenarbeit.

Wer glaubt, die Freiheit habe ihre Aufgabe mit der Abschaffung erblicher Vorrechte und der Gewährung des Wahlrechts erfüllt und besitze keine weitere Bedeutung für den Alltag, hat ihre wahre Größe nicht erkannt. Solchen Menschen müssen die Dichter, die von ihr sangen, wie Schwärmer und ihre Märtyrer wie Narren erscheinen. Die Sonne ist nicht nur die Herrin des Lichts, sondern auch des Lebens. Ihre Strahlen durchdringen nicht bloß die Wolken, sondern tragen alles Wachstum, liefern jede Bewegung und rufen aus einer sonst kalten, reglosen Masse die unendliche Vielfalt des Lebens und der Schönheit hervor. Ebenso wirkt die Freiheit

auf die Menschheit. Nicht für eine Abstraktion haben Menschen gearbeitet und ihr Leben gegeben; nicht für eine Abstraktion sind in jedem Zeitalter Zeugen der Freiheit aufgetreten und Märtyrer der Freiheit gestorben.

Wir sprechen von der Freiheit als einer Sache und von Tugend, Wohlstand, Wissen, Erfindungskraft, staatlicher Stärke und Unabhängigkeit als anderen Dingen. Doch die Freiheit ist Quelle, Mutter und notwendige Bedingung von ihnen allen. Für die Tugend ist sie, was das Licht für die Farbe ist; für den Wohlstand, was die Sonne für das Getreide ist; für das Wissen, was die Augen für das Sehen sind. Sie ist der Geist der Erfindung, die Muskelkraft des Staates und die Seele seiner Unabhängigkeit. Wo Freiheit aufsteigt, wächst die Tugend, nimmt der Wohlstand zu, erweitert sich das Wissen und vervielfacht die Erfindungskraft die menschlichen Fähigkeiten. An Kraft und Geist erhebt sich das freiere Volk unter seinen Nachbarn wie Saul unter seinen Brüdern – größer und schöner. Wo die Freiheit sinkt, verwelkt die Tugend, schwindet der Wohlstand, wird Wissen vergessen und endet die Erfindungskraft. Einst in Waffen und Künsten mächtige Reiche werden zur hilflosen Beute freierer sogenannter Barbaren.

Der Menschheit hat die Sonne der Freiheit bisher nur in unterbrochenen Strahlen und mit unvollständigem Licht geschienen. Doch jeden Fortschritt hat sie hervorgerufen.

Die Freiheit kam zu einem Volk von Sklaven, das unter ägyptischen Peitschen kauerte, und führte es aus dem Haus der Knechtschaft. Sie härtete es in der Wüste und machte es zu einem Volk von Eroberern. Der freie Geist des mosaischen Gesetzes erhob seine Denker zu Höhen, auf denen sie die Einheit Gottes erblickten, und begeisterte seine Dichter zu Gesängen, in denen sich bis heute die höchsten Erhebungen des Gedankens ausdrücken.

Die Freiheit dämmerte an der phönizischen Küste, und Schiffe fuhren an den Säulen des Herakles vorbei, um das unbekannte Meer zu durchpflügen. Ein Teil ihres Lichts fiel auf Griechenland: Marmor nahm die Formen vollkommener Schönheit an, Worte wurden zu Werkzeugen feinsten Denkens, und an der kleinen Miliz freier Städte zerbrachen die zahllosen Heere des Großkönigs wie Wellen an einem Felsen. Ihre Strahlen fielen auf die kleinen Höfe italienischer Bauern, und aus ihrer Kraft entstand eine Macht, die die Welt eroberte. Sie glänzten auf den Schilden germanischer Krieger, und Augustus beweinte seine Legionen. Nach der Nacht, die ihrer Verdunkelung folgte, fielen ihre schrägen Strahlen erneut auf freie Städte. Verlorenes Wissen erwachte, die moderne Zivilisation begann und eine neue Welt wurde enthüllt. Mit der Freiheit wuchsen Kunst, Wohlstand, Macht, Wissen und Verfeinerung. In der Geschichte jedes Volkes lesen wir dieselbe Wahrheit. Die aus der Magna Charta geborene Kraft siegte bei Crécy und Agincourt. Die Wiederbelebung der Freiheit nach der Willkürherrschaft der Tudors verherrlichte das elisabethanische Zeitalter. Der Geist, der einen gekrönten Tyrannen auf den Richtblock führte, pflanzte hier den Samen eines mächtigen Baumes. Die Kraft der alten Freiheit machte Spanien im Augenblick seiner Einigung zur mächtigsten Weltmacht – nur damit es nach dem Sieg der Tyrannei über die Freiheit in tiefste Schwäche sank. In Frankreich starb unter der Tyrannei des 17. Jahrhunderts jede geistige Kraft und erwachte im 18. Jahrhundert mit der Freiheit zu neuem Glanz. Auf der Befreiung der französischen Bauern in der großen Revolution beruhte jene erstaunliche Stärke, die in unserer Zeit selbst einer Niederlage widerstand.

Sollten wir ihr nicht vertrauen?

In unserer Zeit schleichen wie in früheren Zeiten jene tückischen Kräfte heran, die Ungleichheit erzeugen und Freiheit zerstören. Am Horizont ziehen Wolken auf. Die Freiheit ruft uns erneut. Wir müssen ihr weiter folgen und ihr vollständig vertrauen. Entweder nehmen wir sie ganz an, oder sie bleibt nicht. Es genügt nicht, dass Menschen wählen dürfen; es genügt nicht, dass sie vor dem Gesetz theoretisch gleich sind. Sie müssen frei sein, die Möglichkeiten und Mittel des Lebens zu nutzen; gegenüber den Gaben der Natur müssen sie auf gleicher Stufe stehen. Entweder geschieht dies, oder die Freiheit zieht ihr Licht zurück. Entweder geschieht dies, oder die Dunkelheit bricht herein und gerade die vom Fortschritt hervorgebrachten Kräfte werden zu Mächten der Zerstörung. Das ist das allgemeine Gesetz und die Lehre der Jahrhunderte. Ein gesellschaftliches Gebäude, dessen Fundamente nicht in der Gerechtigkeit liegen, kann nicht bestehen.

Unsere grundlegende gesellschaftliche Ordnung verweigert Gerechtigkeit. Indem wir einem Menschen gestatten, den Boden zu besitzen, auf und von dem andere leben müssen, machen wir diese Menschen in einem Maß zu seinen Abhängigen, das mit dem materiellen Fortschritt wächst. Diese feine Alchemie entzieht den breiten Schichten aller zivilisierten Länder auf Wegen, die sie nicht erkennen, die Früchte ihrer mühevollen Arbeit. Sie setzt an die Stelle der beseitigten Sklaverei eine härtere und hoffnungslosere; sie bringt aus politischer Freiheit politische Gewaltherrschaft hervor und muss demokratische Einrichtungen bald in Anarchie verwandeln.

Dies verwandelt die Segnungen des materiellen Fortschritts in einen Fluch. Dies drängt Menschen in stinkende Keller und elende Mietskasernen, füllt Gefängnisse und Bordelle, treibt die einen durch Not an und verzehrt die anderen durch Habgier. Es

raubt Frauen die Anmut und Schönheit voller Entfaltung und kleinen Kindern Freude und Unschuld des Lebensmorgens.

Eine Zivilisation auf dieser Grundlage kann nicht fortbestehen. Die ewigen Gesetze des Universums verbieten es. Die Ruinen untergegangener Reiche bezeugen es, und die Stimme in jeder Seele antwortet, dass es nicht sein kann. Nicht bloß Wohlwollen und nicht bloß Wohltätigkeit, sondern die erhabene Gerechtigkeit selbst verlangt von uns, dieses Unrecht zu berichtigen. Eine Gerechtigkeit, die sich nicht verweigern und nicht aufschieben lässt – die neben der Waage ein Schwert trägt. Wollen wir den Schlag mit Liturgien und Gebeten abwehren? Wollen wir die Entscheidungen unveränderlicher Gesetze durch Kirchenbauten abwenden, während hungernde Säuglinge stöhnen und erschöpfte Mütter weinen?

Auch wenn es die Sprache des Gebets annimmt, ist es Gotteslästerung, das aus Armut entstehende Leid und die Erniedrigung den unergründlichen Beschlüssen der Vorsehung zuzuschreiben; mit gefalteten Händen zum Vater aller zu blicken und ihm die Verantwortung für Not und Verbrechen unserer Großstädte aufzubürden. Wir erniedrigen den Ewigen und verleumden den Gerechten. Ein barmherziger Mensch hätte die Welt besser geordnet; ein gerechter Mensch würde einen solchen schwärenden Ameisenhaufen mit dem Fuß zertreten. Nicht der Allmächtige, sondern wir tragen die Verantwortung für das Laster und Elend, die in unserer Zivilisation schwären. Der Schöpfer überschüttet uns mit Gaben – mit mehr als genug für alle. Doch wie Schweine, die um Futter kämpfen, treten wir sie in den Schlamm, während wir einander zerreißen.

Mitten in den Zentren unserer heutigen Zivilisation gibt es genug Not und Leid, um jeden im Herzen krank zu machen, der nicht die Augen

schließt und seine Empfindungen verhärtet. Wagen wir es, uns an den Schöpfer zu wenden und ihn um Abhilfe zu bitten? Nehmen wir an, das Gebet würde erhört. Auf denselben Befehl, der das Universum ins Dasein rief, erhielte die Sonne größere Kraft, die Luft neue Lebenskraft und der Boden frische Fruchtbarkeit; für jeden heutigen Grashalm wüchsen zwei und ein Samen, der heute fünfzigfältig trägt, brächte hundertfältige Frucht. Würde die Armut geringer, würde die Not gelindert? Offenkundig nicht. Jeder Vorteil wäre nur vorübergehend. Die neuen Kräfte des materiellen Universums könnten nur über den Boden genutzt werden. Weil der Boden Privateigentum ist, würden jene Gruppen, die heute die Gaben des Schöpfers monopolisieren, auch die neuen Gaben monopolisieren. Allein die Grundeigentümer profitierten. Die Grundrenten stiegen, die Löhne neigten weiterhin zum Verhungerniveau.

Dies ist nicht nur eine Folgerung der Volkswirtschaftslehre, sondern eine Erfahrungstatsache. Wir wissen es, weil wir es gesehen haben. In unserer eigenen Zeit und vor unseren Augen hat jene Macht, die über allem, in allem und durch alles ist; jene Macht, von der das ganze Universum nur eine Erscheinung ist; jene Macht, die alles geschaffen hat und ohne die nichts Geschaffenes besteht – sie hat die Fülle dessen, was Menschen genießen können, ebenso wirklich vermehrt, als hätte sie die Fruchtbarkeit der Natur gesteigert. Im Geist des einen entstand der Gedanke, den Dampf in den Dienst der Menschheit zu stellen. Dem inneren Ohr eines anderen wurde das Geheimnis zugeflüstert, das den Blitz zwingt, eine Nachricht um die Erde zu tragen. In alle Richtungen wurden die Gesetze der Materie enthüllt; in jedem Wirtschaftsbereich entstanden eiserne Arme und stählerne Finger, deren Wirkung auf die Erzeugung von Wohlstand genau einer

erhöhten Naturfruchtbarkeit entspricht. Was war das Ergebnis? Schlicht, dass Grundeigentümer den gesamten Gewinn erhalten. Die erstaunlichen Entdeckungen und Erfindungen unseres Jahrhunderts haben weder die Löhne erhöht noch die Mühe erleichtert. Sie haben lediglich wenige reicher und viele hilfloser gemacht.

Können die Gaben des Schöpfers auf diese Weise ungestraft zweckentfremdet werden? Ist es eine Kleinigkeit, dass Arbeit um ihren Ertrag gebracht wird, während die Habgier im Reichtum schwelgt; dass die vielen Mangel leiden, während die wenigen übersättigt sind? Schlagt die Geschichte auf: Auf jeder Seite steht die Lehre, dass solches Unrecht niemals ungestraft bleibt und die der Ungerechtigkeit folgende Nemesis weder zaudert noch schläft. Seht euch heute um. Können diese Verhältnisse fortbestehen? Dürfen wir auch nur sagen: »Nach uns die Sintflut«? Nein. Die Säulen des Staates zittern schon jetzt, und die Fundamente der Gesellschaft beginnen unter den aufgestauten, glühenden Kräften zu beben. Der Kampf, der entweder neues Leben bringen oder alles in Trümmern erschüttern wird, steht unmittelbar bevor – wenn er nicht schon begonnen hat.

Der Befehl ist ergangen. Mit Dampf und Elektrizität und den neuen, aus dem Fortschritt geborenen Kräften sind Mächte in die Welt getreten, die uns entweder auf eine höhere Stufe zwingen oder überwältigen werden, wie vor uns Staat um Staat und Zivilisation um Zivilisation überwältigt wurden. Nur die dem Untergang vorausgehende Täuschung sieht in der Unruhe, die die zivilisierte Welt fieberhaft durchpulst, eine vorübergehende Wirkung kurzfristiger Ursachen. Zwischen demokratischen Vorstellungen und aristokratischen gesellschaftlichen Ordnungen besteht ein unversöhnlicher Konflikt. In den Vereinigten Staaten ebenso wie in Europa ist er

bereits zu erkennen. Wir können Menschen nicht weiterhin wählen lassen und sie zugleich zum Umherziehen ohne Arbeit und Wohnung zwingen. Wir können Jungen und Mädchen nicht in öffentlichen Schulen bilden und ihnen danach die Möglichkeit verweigern, auf ehrliche Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wir können nicht fortwährend von unveräußerlichen Menschenrechten sprechen und zugleich das unveräußerliche Recht auf die Gaben des Schöpfers verweigern. Schon beginnt der neue Wein in den alten Schläuchen zu gären, und elementare Kräfte sammeln sich zum Kampf.

Wenn wir uns jedoch der Gerechtigkeit zuwenden und ihr gehorchen, solange noch Zeit ist, wenn wir der Freiheit vertrauen und ihr folgen, müssen die heutigen Gefahren verschwinden und die bedrohlichen Kräfte zu Mitteln des Aufstiegs werden. Denken wir an die heute vergeudeten Kräfte, an die unendlichen Gebiete des Wissens, die noch zu erforschen sind, und an die Möglichkeiten, von denen uns die wunderbaren Erfindungen dieses Jahrhunderts nur eine Ahnung geben. Wenn die Not beseitigt und die Habgier in edle Leidenschaften verwandelt ist; wenn die aus Gleichheit entstehende Verbundenheit an die Stelle von Eifersucht und Furcht tritt, die heute Menschen gegeneinanderstellen; wenn Lebensbedingungen, die selbst den Ärmsten Behaglichkeit und Muße geben, die geistige Kraft befreien – wer könnte dann die Höhen ermessen, zu denen unsere Zivilisation aufsteigen mag? Worte reichen an diesen Gedanken nicht heran. Es ist das Goldene Zeitalter, von dem die Dichter sangen und das die Seher in Bildern verkündeten. Es ist die herrliche Vision, die den Menschen immer wieder in flüchtigem Glanz heimsuchte. Es ist, was jener sah, dessen Augen auf Patmos in Verzückung geschlossen wurden. Es ist die Vollendung des Christentums – die Stadt Gottes

auf Erden mit Mauern aus Jaspis und Toren aus Perlen. Es ist die Herrschaft des Friedensfürsten.

ANMERKUNGEN ZUM ZEHNTEN BUCH

57 In halb wissenschaftlicher oder populärer Form findet diese Auffassung ihren vielleicht besten, weil offensten Ausdruck in Winwood Reades *The Martyrdom of Man*, einem Werk von ungewöhnlicher Anschaulichkeit und Kraft. Tatsächlich handelt es sich um eine Geschichte des Fortschritts oder genauer um eine Untersuchung seiner Ursachen und Wege. Unabhängig davon, wie man die Fähigkeit des Autors zu philosophischen Verallgemeinerungen beurteilt, lohnt die Lektüre wegen der eindringlichen Bilder. Den Zusammenhang von Gegenstand und Titel zeigt der Schluss: »Ich gebe der Universalgeschichte einen seltsamen, aber wahren Titel – Das Martyrium des Menschen. In jeder Generation wurde die Menschheit gequält, damit ihre Kinder aus ihrem Leid Nutzen zögen. Unser eigener Wohlstand gründet auf den Qualen der Vergangenheit. Ist es daher ungerecht, wenn auch wir zum Wohl der Kommenden leiden?«

58 Herbert Spencer, *The Study of Sociology*, Schluss.

59 Winwood Reade, *The Martyrdom of Man*.

60 Herbert Spencers Definition der Evolution in *First Principles*, S. 396.

61 Wordsworth hat in seinem *Song at the Feast of Brougham Castle* diesen Einfluss in stark poetischer Form angesprochen: »Die Rüstung rostet in seinen Hallen / und ruft nach Cliffords Blut. / ›Schlag den Schotten‹, ruft die Lanze; / ›Trag mich in das Herz Frankreichs‹, / verlangt der Schild.«

62 Wie leicht Unwissenheit in Verachtung und Abneigung übergeht und wie selbstverständlich wir Unterschiede der Umgangsformen, Gebräuche oder Religion als Beweis für die Unterlegenheit

derjenigen deuten, die sich von uns unterscheiden, kann jeder in der zivilisierten Gesellschaft beobachten, der sich wenigstens teilweise von Vorurteilen gelöst hat und mit unterschiedlichen Schichten verkehrt. In der Religion etwa findet sich der Geist des Liedes »Lieber bin ich Baptist mit strahlendem Gesicht, als Methodist und falle stets aus der Gnade« in allen Konfessionen. Wie ein englischer Bischof sagte: »Orthodoxie ist meine Lehre; Heterodoxie ist jede andere Lehre.« Zugleich besteht überall die Neigung, alle außerhalb der Orthodoxien und Heterodoxien der herrschenden Religion als Heiden oder Atheisten einzuordnen. Dieselbe Neigung zeigt sich bei allen anderen Unterschieden.

63 Die Bewohner der damaligen Sandwichinseln ehrten gute Häuptlinge, indem sie deren Körper aßen; schlechte und tyrannische Häuptlinge berührten sie nicht. Die Māori Neuseelands glaubten, durch das Essen ihrer Feinde deren Kraft und Tapferkeit zu erwerben. Darin scheint der allgemeine Ursprung des Verzehrs von Kriegsgefangenen zu liegen.

64 Siehe Macaulays Brief an Randall, den Biografen Jeffersons.

65 Aufschlussreich ist meines Erachtens auch, wie unzulänglich und irreführend das Bild unserer Zivilisation wäre, das man allein aus ihren religiösen Bauwerken und Grabdenkmälern gewinnen könnte – also aus derselben Art von Überresten, auf die unsere Vorstellungen von begrabenen Zivilisationen angewiesen sind.

66 Statistiken zu diesen Erscheinungen sind übersichtlich in Samuel Royces Band *Deterioration and Race Education* zusammengestellt, den der hochbetagte Peter Cooper aus New York weit verbreiten ließ. Seltsamerweise schlägt Royce als einziges Heilmittel die Einrichtung von Kindergärten vor.

67 Im Hinblick auf gestaltende Staatskunst – die Erkenntnis grundlegender Prinzipien und die Anpassung der Mittel an die Ziele – ist die vor einem Jahrhundert angenommene Verfassung der Vereinigten Staaten den jüngsten Verfassungen der Einzelstaaten weit überlegen. Die neueste von ihnen, die kalifornische, ist ein durch und durch misslungenes Flickwerk.